

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Die Militärademie in der demokratischen Revolution 1989/90

Aufbruch und Ende

Die Militärademie in der demokratischen Revolution 1989/90

Aufbruch und Ende

DSS-Arbeitspapiere

Heft 114 – 2015

Herausgeber: **D**resdener **S**tiudengemeinschaft **S**ICHERHEITSPOLITIK e.V.

Vorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorfer Straße 3 01257 Dresden

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. informiert über Aktivitäten und
Ergebnisse ihrer Arbeit im Internet. Sie finden uns unter
<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>

Redaktion: Wolfgang Scheler (Leiter), Eberhard Haueis, Joachim Klopfer,
Reinhard Klos, Siegfried Schönherr

Endredaktion und Druckvorbereitung, V.i.S.d.P.: Joachim Klopfer und Siegfried Schönherr

Vertrieb: Lothar Glaß Neuostra 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder,
mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren.

Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer
Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer
Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 31. Juli 2015

Kostenbeitrag: 10,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Inhaltsverzeichnis

WOLFGANG SCHELER	Vorwort	6
WOLFGANG SCHELER	Die Militärakademie in der demokratischen Revolution und Militärreform	8
EBERHARD HAUEIS, WOLFGANG SCHELER	Die Militärakademie im Ringen um Konversion	107
SIEGFRIED SCHÖNHERR	Der Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften in den Wende-Monaten	170
RAINER BÖHME	Operative Lehre und Forschung an der Militärakademie zwischen neuer Militärdoktrin und Militärreform	186
EBERHARD HAUEIS	Die Auflösung der Militärakademie Dresden	212
HANS-WERNER LIEBIG	Erinnerungsbericht als Mitglied der Unterstützungsgruppe zur Auflösung der NVA-Militärakademie <i>Friedrich Engels</i> in Dresden	254

**Nachgereichte Beiträge zu *Militärakademie ‚Friedrich Engels‘*.
Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung,
DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009**

HEINZ WEIDNER	Zur Rolle der Politabteilung der Militärakademie <i>Friedrich Engels</i> in den 1970er und 1980er Jahren	281
REINHARD KLOS	Erinnerungen an meinen Dienst als Offizier im Politorgan der Militärakademie <i>Friedrich Engels</i>	299
	Autoren	313

Wolfgang Scheler

Vorwort

Vor einem Vierteljahrhundert endete ein Zeitalter und ein neues begann. Nur wer das dramatische Geschehen der Jahre 1989 und 1990 erlebt hat, kann sich vorstellen, wie auf einmal nahezu alles, was in Deutschland und Europa der Nachkriegszeit die Politik und das gesellschaftliche Leben bestimmt hatte, sich gravierend veränderte. In einem historisch kurzen Moment zerfiel eine europäische Ordnung, die jahrzehntelang unumstößlich erschien. Der Konflikt zweier Welten hatte diese Ordnung erzeugt und mitten durch Deutschland eine Konfrontationslinie gezogen. An dieser standen sich hochgerüstete und atomar kampffähige Streitkräfte zweier Militärblöcke feindlich gegenüber. Dann aber, überraschend für alle und schnell, löste sich diese gefährliche politische und militärische Konfrontation auf. Schon infrage gestellt von einer Friedensbewegung und von neuen sicherheitspolitischen Konzepten beiderseits der Konfrontationslinie, löste sich überraschend für alle diese gefährliche politische und militärische Konfrontation auf. Eine Welle demokratischer Revolutionen auf der östlichen Seite setzte der deutschen Teilung ein Ende.

Die vorliegende Publikation widmet sich der Frage, in welcher Weise die Militärakademie der DDR von diesem historischen Umbruch betroffen war und wie sie sich ihm gestellt hat. Sie erscheint in Fortsetzung des Heftes unserer Schriften, das die Studiengemeinschaft über das Kolloquium *Militärakademie ‚Friedrich Engels‘. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung*“ im Jahr 2009 herausgegeben hat. Im Nachwort hatten die Herausgeber darauf hingewiesen, dass manches noch lückenhaft und unvollständig geblieben ist. Sie versicherten, dass die Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin bemühen wird, historisch-kritisch auf jene militärakademische Bildungsstätte zurückzublicken, aus der sie hervorgegangen ist. Inzwischen ist hierzu das Heft *Philosophen an der Militärakademie* erschienen. Mit dem vorliegenden Heft sollen die Arbeiten der Studiengemeinschaft zur Militärakademie zum Abschluss gebracht werden.

Die Abhandlung widmet sich der Endphase der Militärakademie. Im Zentrum steht das Geschehen im letzten Studienjahr, das so ganz anders verlief als die vorhergehenden. Was hier im September 1989 unter dem Vorzeichen des Aufbegehrens einer Bürgerbewegung begann und sich in einer demokratischen Revolution fortsetzte, riss auch die Militärakademie in die politischen Auseinandersetzungen und forderte ihre Stellungnahme heraus.

In den ersten zwei Beiträgen werden, dem Verlauf der Ereignisse folgend, das Verhalten der Militärakademie in der Revolution, ihr Wirken für eine demo-

kratische Militärreform, ihre Aktivitäten zur Streitkräftekonversion auf dem Weg in die deutsche Einheit und ihre Bemühungen um Kooperation mit Institutionen und Persönlichkeiten in der damaligen Bundesrepublik an eigenem Erleben und anhand von Zeitzeugnissen dargestellt. Ein dritter Beitrag zeichnet nach, was beim Auflösen der Militärakademie getan worden ist und was unterblieb.

Ergänzend zu dieser systematischen und chronologischen Abhandlung geben zwei Darstellungen Einblick, welche Umwälzungen sich seinerzeit im militärökonomischen und im militärwissenschaftlichen Denken vollzogen und welche entsprechenden praktischen Handlungen sie nach sich zogen. Ein Zeitzeugenbericht über die Tätigkeit der Unterstützungsgruppe der Bundeswehr für die Auflösung der Militärakademie schließt die Darstellung der Umbruchszeit ab.

Nachgereicht werden außerdem zwei Abhandlungen, die sich in die Reihe der Beiträge zum Kolloquium anlässlich des 50. Gründungstages der Militärakademie einordnen und das Heft 95 der Arbeitspapiere des Jahres 2009 ergänzen. Da im Kolloquium und in der Publikation zum Kolloquium nicht dargestellt werden konnte, welche Rolle die Politabteilung an der Militärakademie spielte, füllen die Autoren jetzt diese Lücke. Sie berichten aus eigenen Erfahrungen über ihre Tätigkeit in der Politabteilung der Militärakademie.

Die Autoren danken Prof. Dr. Eberhard Arnold, Dr. Rainer Böhme, Egon Gleau, Dr. Robert Haas, Dr. Wolfgang Hesse, Dr. Gerhard Kolitsch, Prof. Dr. Dietrich Knitter, Prof. Dr. Klaus Kürbis, Dr. Hans Richter und Dr. Dietrich Wiehl für die wertvolle Hilfe, die sie erwiesen haben, indem sie Angaben aus ihren Erinnerungen und Aufzeichnungen beibrachten und noch vorhandene Dokumente zur Verfügung stellten.

Ganz besonderer Dank gilt Dr. Joachim Klopfer und Prof. Dr. Siegfried Schönherr für die ausgezeichnete Gestaltung und Herstellung der Druckvorlage.

Wolfgang Scheler

Die Militärakademie in der demokratischen Revolution und Militärreform

Erinnerungen und Reflexionen

Nahezu drei Jahrzehnte hatte die Militärakademie Bestand. Als im September 1989 das neue Studienjahr eröffnet wurde, wusste noch keiner, dass es das letzte sein würde. Niemand hatte eine Vorstellung davon, in welchen politischen Umbruch Lehrkörper wie Offiziershörer binnen kurzem hineingerissen werden sollten. Noch keiner ahnte, wie Schlag auf Schlag Gewohntes und scheinbar Festgefügtes zerbrachen, wie Autoritäten stürzten und Gewissheiten sich in Unwägbarkeiten verwandelten. Getrieben vor allem von außen, von dem, was im Land und seinem östlichen wie westlichen Umfeld geschah, aber auch getragen von ihrer eigenen Entwicklung geriet die Militärakademie in Turbulenzen und Loyalitätskonflikte. Für mich wurde das letzte Jahr der Militärakademie zu einem wie im Zeitraffer ablaufenden Geschehen, in dem sich mein Denken und Tun in einem tief greifenden Lernprozess von Woche zu Woche, manchmal von Tag zu Tag, veränderte. In der Verantwortung des Leiters des Lehrstuhls Marxistisch-leninistische Philosophie und infolge von Umständen, die im Weiteren beschrieben werden, kam ich in eine exponierte Lage und wurde gefordert, eigene politische Entscheidungen zu treffen und nach eigenem Ermessen zu handeln.

Wie sich die Akademie in den Wochen und Monaten des politischen Umbruchs verhielt, wie sich sukzessive das politische Denken und Handeln ihres Personals änderte, das lässt sich allein aus der Augenblickssituation nicht schlüssig erklären. Den Schlüssel für das Verstehen dieser gravierenden Neuorientierung und dafür, dass die Akademie nicht passives Objekt des Machtwechsels blieb, sondern sich in diesem aktiv als Subjekt betätigte, kann man nur in Prozessen finden, die schon einige Jahre zuvor eingreifende Veränderungen in Gang gesetzt hatten. Hierzu gehörten die Veränderungen im sicherheits- und verteidigungspolitischen Denken und Handeln, das Wirksamwerden einer neuen Theorie über Frieden, Krieg und Streitkräfte und das Schwinden ideologischer Gewissheiten. Jeder dieser drei Prozesse entfaltete für sich schon eine gravierende Wirkung. Noch mehr aber potenzierte sie sich durch das Ineinandergreifen dieser Prozesse. Es trafen sich dabei innere und äußere Faktoren.

Den wohl wichtigsten inneren Faktor für das Verhalten der Militärakademie im politischen Umbruch findet man in dem erreichten Grad der Qualifikation ihrer Spitzenkräfte in Lehre und Forschung. Anfang der achtziger Jahre war in den seit der Akademiegründung vergangenen zwei Jahrzehnten ein Stamm

qualifizierter Hochschullehrer und Wissenschaftler herangewachsen. An den Sektionen und in den Fakultäten des Wissenschaftlichen Rates, der gesellschaftswissenschaftlichen, der militärwissenschaftlichen und der militärtechnischen Fakultät, gab es nunmehr ausgewiesene Wissenschaftler, die das Niveau der Lehre und Forschung bestimmten. Die ausgebildete Fähigkeit des wissenschaftlichen Denkens erzeugte eine selbständige Urteilskraft und Kritikfähigkeit.

Profilierte Wissenschaftler der Akademie wollten nicht mehr nur den Vorgaben auf der Linie der politischen und militärischen Hierarchie folgen. Sie wollten gehört werden und an den Entscheidungen über Lehre und Forschung mitarbeiten. Sie gehörten zwar dem Wissenschaftlichen Rat der Militärakademie an, doch verstand die Akademieführung selbst den Wissenschaftlichen Rat weniger als Beratungsgremium, sondern mehr als ein Organ, über das sie ihre Absichten und Entscheidungen dem Lehrkörper vermittelt. Deshalb mussten neue Wege gefunden werden, um den berufenen Hochschullehrern und ausgewiesenen Wissenschaftlern den Gedankenaustausch untereinander zu ermöglichen und ihrer Stimme Gewicht zu verleihen.

Mit dem *Professorengespräch* fand der Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, dafür eine geeignete Form. „Das Besondere an diesem Gesprächskreis ist die Tatsache, dass es damit erstmalig an der Militärakademie ein wissenschaftliches Gremium gibt, in dem ohne bindende Vorgaben der militärischen Vorgesetzten und in wesentlich erweiterten Grenzen der Meinungsfreiheit nahezu alle Fragen der Sicherheitspolitik offen und unter Bruch mancher Tabus diskutiert werden können.“¹ Es sollte zugleich dazu dienen, die Ergebnisse und offenen Probleme der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen kennenzulernen und die interdisziplinäre Verständigung zu fördern. Außer den Professoren, so lautete eine Bedingung, sollte auch die Akademieführung an den Gesprächen teilnehmen. Das erwies sich sogar als nützlich, gelangten ihr doch auf diese Weise die erörterten Gedanken zu Gehör. Eine weitere Bedingung war, dass zum Zeichen seines informellen Charakters das Professorengespräch außerhalb der Dienstzeit stattzufinden hatte. Das erste dieser Professorengespräche fand am

¹ R. Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen. Sicherheitspolitische Forschung und Impulse für die Militärreform an der Militärakademie *Friedrich Engels* in den Jahren 1988-1990. Erinnerungen an eine bewegte Zeit, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS), in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 100/2010, S. 16.

19. Februar 1987 statt. Es widmete sich dem brennenden Thema *Neues Denken über Krieg und Frieden*.

Mit dieser Thematik ist ein weiterer innerer Faktor benannt, der Vorbedingungen für das gravierende Umdenken im letzten Jahr der Militärakademie schuf. Bisher galt die marxistisch-leninistische Theorie über Krieg und Streitkräfte offiziell als weltanschauliche Grundlage für das militärische Denken und die militärische Praxis in der NVA. Diese Theorie geriet in den achtziger Jahren immer mehr in Kollision mit den neuen Tatsachen, die das Atomzeitalter geschaffen hatte. In einem längeren Prozess der Forschung und geistigen Auseinandersetzung wurde sie durch eine zeitgemäße Theorie des Friedens, des Krieges und der Streitkräfte ersetzt. Vor allem die Philosophen an der Militärakademie stritten, unterstützt von Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann und anderen weitsichtigen Wissenschaftlern, für ein neues sicherheits- und verteidigungspolitisches Denken. Es hatte es aber nicht leicht, sich an der Militärakademie durchzusetzen. Verlangte es doch den Bruch mit den Grundsätzen und der Denkweise, die im militärischen Denken über Jahrzehnte als unumstößlich galten. Den Inhalt dieses neuen Denkens über Frieden, Krieg und Streitkräfte im Atomzeitalter hier darzustellen, ist weder möglich noch nötig. In einer Reihe von Publikationen ist er erschöpfend abgehandelt worden, die auch eingehend zeigen, welche Kämpfe ausgefochten werden mussten, um seine Annahme und Anerkennung zu erreichen.² Im Folgenden werde ich noch darauf zu sprechen kommen, wie an der Militärakademie schließlich der Durchbruch gelang.

Veränderung in der Sicherheitspolitik und Dialog mit dem Gegner

Wesentliche äußere Bedingungen für das, was sich an der Militärakademie im Herbst 1989 vollzog, haben die Veränderung der Sicherheitspolitik und der Dialog mit dem Gegner gesetzt. Schon ab Anfang der achtziger Jahre war es in der Gesellschaft der DDR, ausgelöst durch die bedrohliche Stationierung von atomwaffenfähigen Kurz- und Mittelstreckenraketen beiderseits der mitten durch Deutschland gehenden Trennlinie der beiden Militärblöcke, zu ei-

² Siehe W. Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden in der NVA, in: W. Wünsche (Hrsg.), *Rührt euch! Zur Geschichte der NVA*, Berlin 1998, S. 508 ff.; ders., Die Umwälzung im sicherheitspolitischen Denken der achtziger Jahre, in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., DSS-Arbeitspapiere*, Heft 50/2001, S. 7 ff.; A. Loose und W. Scheler, Philosophen an der Militärakademie. Der Philosophielehrstuhl an der Militärakademie *Friedrich Engels*. Reminiszenzen ehemaliger Mitglieder, in: *DSS-Arbeitspapiere*, Heft 109/2014, S. 139-158, 194-256.

ner intensiven geistigen Auseinandersetzung über die Gefahr des atomaren Untergangs gekommen. Ins öffentliche Bewusstsein trat die Erkenntnis, dass Frieden oder Krieg gleichbedeutend geworden war mit Sein oder Nichtsein des menschlichen Lebens. Reflektiert wurde die grundlegende Neuheit der Gefahrensituation vor allem in Kreisen der Wissenschaft und Kultur. In beiden deutschen Staaten entstanden Vereinigungen für den Frieden und für Friedensforschung. Der geistige Aufbruch im Kampf um den Frieden steigerte sich zu einem Aufstand des Gewissens. Auf der politischen Bühne der DDR schlug er sich nieder in einer Konzeption der Vernunft und des Realismus. Schon im Jahr 1983 gelang es der Friedenswissenschaft, eine ganz entscheidende Neuerung in die staatsoffizielle Friedenspolitik der DDR einzubringen. In das Referat Erich Honeckers auf der Wissenschaftlichen Konferenz zum 150. Geburtstag von Karl Marx gelangte die Aussage, dass der Frieden das höchste Gut der Menschheit, das vorrangige, gemeinsame, einigende Interesse ist, einigend über Klassenschranken, über Trennendes hinweg, ungeachtet unterschiedlicher politischer Programme, weltanschaulicher Positionen und religiöser Bekenntnisse.³ Das war der politische Ansatz einer neuen Friedenskonzeption, wenn es auch noch mancher Kämpfe bedurfte, ihn in seiner ganzen Tragweite zu verstehen und danach zu handeln. Zurückgenommen war damit der klassenkämpferische Duktus der bisherigen partei- und staatsoffiziellen Friedenspolitik. Über das Klasseninteresse wurde nun das gemeinsame Menschheitsinteresse am Frieden gestellt.

An der Militärakademie beförderte diese neue Friedens- und Sicherheitspolitik den beschriebenen Wandel in den weltanschaulichen Grundlagen des militärischen Denkens und in der Wehrmotivation. Kräftige Impulse für den Paradigmenwechsel in den Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte gingen ab 1985 vom Machtwechsel in der Sowjetunion und dem so genannten Neuen Denken aus. Michail Gorbatschow sprach von einer „völlig neuen Situation, die einen Bruch mit den Traditionen, den Denk- und Verhaltensweisen bedeutet, die sich über Jahrhunderte, ja über Jahrtausende herausgebildet haben. Nicht sofort passt sich menschliches Denken an alles Neue an“.⁴ Auch an der Militärakademie fiel diese Anpassung schwer, aber sie schritt unauf-

³ Siehe Rede E. Honeckers, in: Karl Marx und unsere Zeit – der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt. Internationale Wissenschaftliche Konferenz des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 11. bis 16 April 1983, S. 22.

⁴ M. Gorbatschow, Für eine friedliche, freie gedeihliche Zukunft Europas und aller anderen Kontinente. Rede auf dem Treffen mit Parlamentariern Frankreichs, 3. Oktober 1985, in: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1987, S. 513.

haltsam voran, nachdem der Bruch mit den alten militärischen Denk- und Verhaltensweisen im Mai 1987 in den Prinzipien einer neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages verbindlich festgeschrieben war. Besonders die ausschließliche Ausrichtung der Militärdoktrin auf strategische Verteidigung musste in der militärwissenschaftlichen Ausbildung und Forschung umgesetzt werden. Dieses ganz praktische Erfordernis setzte im Lehrkörper unweigerlich ein tiefgreifendes Umdenken in Gang.

Einbeziehung von Wissenschaftlern der Militärakademie in den sicherheitspolitischen Dialog

Mehr noch als von wissenschaftlichen Debatten wurde das Umdenken befördert durch die praktische Beteiligung der Militärakademie an Aktivitäten auf der Agenda einer neuen Sicherheitspolitik und durch ihr Einbinden in den Dialog mit dem militärischen Gegner.

Schon als 1986 der in der DDR akkreditierte ARD-Korrespondent Fritz Pleitgen ein Gespräch mit dem Chef der Akademie, Generalleutnant Prof. Hans Wiesner, führen durfte, um eine Fernsehdokumentation über die Militärakademie zu produzieren, war das eine erstaunliche Neuheit. Dass der hochkarätige bundesdeutsche Fernsehjournalist sich im Areal der Militärakademie, nur begleitet von Oberstleutnant Dr. Rudolf Oelschlägel, frei bewegen und filmen durfte, sprach für einen ganz neuen Umgang mit der Bundesrepublik, von der wir uns zuvor immer nur in feindseliger Gegnerschaft abgegrenzt hatten.

Noch sehr viel mehr Aufsehen erregte es, als im Juli 1987 Andreas von Bülow, begleitet von Generalmajor Dr. Werner Hübner von der Sicherheitsabteilung des ZK der SED, zu einem Expertengespräch an die Militärakademie kam. Der Sicherheitsexperte der SPD, der unter der SPD/FDP-Regierung parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium gewesen war, warb vor einem kleinen Kreis von Generalen und Offizieren der Akademie für sein Konzept über Wege zur Sicherheitspartnerschaft und zu neuen Sicherheitsstrukturen. Wir erlebten einen Politiker der Gegenseite, der, für uns ganz ungewohnt, in kritischer Distanz zur Regierungspolitik seines eigenen Staates revolutionierende Gedanken über die Veränderung der Funktionen und Strukturen des Militärs vortrug.

Mit der neuen Militärdoktrin, sagte er, hätten die Staaten des Warschauer Vertrages eine Philosophie, die mit der der SPD völlig im Einklang stehe. Man müsse jetzt die neue Philosophie zwischen den Sicherheitspartnern austauschen. Die Bevölkerung glaube nicht mehr an Reagan, sie glaube an Gorbatschow, sagte er, und die NATO sei durch die doppelte Nulllösung (atomar) und die konventionellen Abrüstungsofferten des Ostens in die Defensive gedrängt worden. Dieser Erfolg müsse durch Initiativen von unserer Seite

erweitert werden. Von der Militärakademie erwarte er, das Konzept der Nichtangriffsfähigkeit vom militärisch Handwerklichen her für beide Seiten akzeptabel zu machen. Die Vorverteidigung müsse ersetzt werden durch eine Idee und Struktur, in der beide Seiten eine unterlegene Offensivfähigkeit und eine überlegene Defensivfähigkeit haben. Doch das sei nicht Regierungspolitik und selbst dann schwer zu verwirklichen, wenn die SPD regiert. Die Masse der Bundeswehroffiziere verharre zudem im alten Denken der Abschreckung. Es sei aber eine breite Massenstimmung für eine andere Sicherheitspolitik vorhanden.⁵

Unmittelbar nach der Deklaration über die neue Militärdoktrin der WVO war das eine Offenbarung für die meisten der Zuhörer. Sie konnten zum ersten Mal erleben, dass sich auf der Gegenseite ein ganz ähnliches Denken Bahn brach, wie es bei uns die Gemüter bewegte, wenn auch erst in der Opposition. Das warf auch ein neues Licht auf die Auseinandersetzungen, die darüber in den eignen Reihen geführt wurden, und bei der Aussage über das Verharren der Masse der Bundeswehroffiziere im alten Denken der Abschreckung wurde manchem unserer Offiziere bewusst, in welcher Gesellschaft er sich befand. Als Andreas von Bülow am nächsten Tag vor einem größeren Kreis des Lehrkörpers einen Vortrag über das Konzept der Nichtangriffsfähigkeit hielt und seine Idee auf die Aussage zuspitzte, Panzer erleiden heute das historische Schicksal der Ritterrüstung, gab es verdutzte, ungläubige Gesichter.⁶ Uns zeigte die Begegnung vor allem, dass der sicherheitspolitische Dialog mit Einverständnis der Staatsspitze von der bisher politischen und zivilen Ebene nun auf den militärischen Bereich ausgedehnt wird. Vor allem Offiziere aus wissenschaftlichen Institutionen der NVA wurden damit beauftragt.⁷

Der Notwendigkeit, militärischen Sachverstand in das konzeptionelle Denken über eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik einzubeziehen, trug man Rechnung, als im Oktober 1987 der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR gegründet wurde. In diesen wurden auch Offiziere der Nationalen Volksarmee berufen, von der Militärakademie Generalmajor Prof. Rolf Lehmann.

⁵ Siehe W. Scheler, Niederschrift über das Expertengespräch mit Andreas von Bülow am 08.07.1987 in Dresden, Archiv des Autors.

⁶ Siehe ebenda.

⁷ Siehe W. Schreiber, Als Offizier und Wissenschaftler der NVA im deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Dialog 1987 - 1990. Ein Zeitzeugenbericht, DSS-Arbeitspapiere, Heft 75/2005, Dresden 2005.



Vertreter der NVA während einer Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Oben von links Oberst Dr. Siegmund (MfNV), Oberst Prof. Dr. Schirmer (MPHS), Generalmajor Prof. Dr. Lehmann und Kapitän zur See Prof. Dr. Scheler (beide Militärakademie *Friedrich Engels*); unten Kapitän zur See Prof. Dr. Scheler, Oberst a. D. Prof. Dr. Dr. Woit (TU Dresden).



Damit war Friedensforschung offiziell als Arbeitsgebiet von Wissenschaftlern aus dem militärischen Bereich sanktioniert. Der Vorsitzende des Rates, Prof. Max Schmidt, und Prof. Rolf Lehmann sorgten dafür, dass ich auch ohne Nominierung durch die Politische Hauptverwaltung der NVA im Rat für Friedensforschung mitarbeiten konnte. Seit langem arbeitete ich auf dem Gebiet philosophischer Probleme von Krieg und Frieden im Atomzeitalter und hatte mich mit Publikationen in Kreisen der Friedenswissenschaft bekannt gemacht. Als dritter Offizier von der Militärakademie wurde dann noch Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer in die Arbeit des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung einbezogen. Der Rat für Friedensforschung stellte Kontakte zu Friedensforschungsinstituten in der Bundesrepublik her und pflegte nach Kräften den Dialog mit sicherheitspolitischen Forschungseinrichtungen der Gegenseite.

Am Standort der Militärakademie selbst kam es zu einer weiteren Begegnung mit Sicherheitspolitikern der Bundesrepublik als im März 1988 im Rahmen der Städtepartnerschaft *Hamburg – Dresden* ein Symposium zum Thema *Frieden und Abrüstung* stattfand. Auf Bitte des Dresdener Oberbürgermeisters Wolfgang Berghofer beteiligte sich daran Oberst Prof. Dr. Erich Hocke mit einem Diskussionsbeitrag über friedliche Koexistenz und gemeinsame Sicherheit. Der Chef der Militärakademie hatte dafür im Verteidigungsministerium die Genehmigung eingeholt. Erich Hocke war von Haus aus Philosoph und hatte, bevor er Leiter des Lehrstuhls Wissenschaftlicher Kommunismus – ein Lehrstuhl mit falschem Namen, denn er beschäftigte sich vielmehr mit Politikwissenschaft – wurde, im Philosophielehrstuhl zusammen mit mir an einer neuen Theorie des Friedens und der Sicherheit gearbeitet, und diese Zusammenarbeit setzten wir auch weiter fort. Der westdeutschen Delegation gehörte auch Egon Bahr an. Dieser vertrat schon seit längerer Zeit die Idee gemeinsamer Sicherheit.

Bei den bisherigen Treffen waren Offiziere der Militärakademie zwar Persönlichkeiten aus zivilen Institutionen der Bundesrepublik begegnet, noch nie aber einem Offizier der gegnerischen Streitkräfte. Das änderte sich nun zum ersten Mal, als der Leiter des Lehrstuhls Aufklärung, Oberst Prof. Dr. Eberhard Arnold, im Rahmen der vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen zur Manöverbeobachtung auf dem Gebiet der Bundesrepublik 1987 bei der Übung *Reforger* eingesetzt wurde. Die Begegnungen mit Offizieren der Bundeswehr waren offen und sachlich, konnte er berichten. Einer seiner Gesprächspartner, der stellvertretende Kommandeur der Hannoveraner Panzer-

division, Brigadegeneral Ellermann, äußerte sinngemäß, er habe nicht erwartet, dass man sich mit einem Offizier der NVA normal unterhalten kann.⁸



Brigadegeneral Ellermann im Gespräch mit Oberst Prof. Dr. Arnold (rechts).

Begegnungen mit Offizieren aus Streitkräften des gegnerischen Militärbündnisses hatte Oberst Arnold als KSZE-Beobachter noch einmal im September 1989 beim Manöver *Fartel 89* (Bild auf der folgenden Seite).

Kurze Zeit später traf Generalmajor Lehmann unverhofft einen Offizier der Bundeswehr bei einer wissenschaftlichen Veranstaltung auf dem Boden der DDR. „Zu einem ersten individuellen Dialog mit einem Offizier der Bundeswehr im Admiralsrang kam es am 9. Juni 1988 in Potsdam anlässlich der Jahreskonferenz des New Yorker Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien (Institute for East-West-Security Studies)“,⁹ erinnert sich Rolf Lehmann. „Ein

⁸ Siehe E. Arnold, Die Wahrnehmung des militärischen Gegners in Lehre und Forschung – realistische Vorstellungen über den Gegner oder Feindbild?, in: Militäarakademie *Friedrich Engels*. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009, S. 96 f.

⁹ R. Lehmann, Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren. Erinnerungen und Zeitzeugnisse, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 43/1998, S. 4.




OBSERVATEUR CSCE
FARTEL 89
12-14.09.89
COL EBERHARD ARNOLD
R.D.A.

mir bekannter Kollege aus dem Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) kam auf mich mit der Frage zu: ‚Hast du die Erlaubnis, mit einem Admiral der Bundeswehr zu sprechen? Der Admiral Brost möchte sich bei dir als dem militärischen Vertreter des Gastgeberlandes melden.‘ Eine Erlaubnis hatte ich natürlich nicht, woher auch bei dieser Vorbereitung. Aber ich hatte eine Weisung zur Teilnahme, und auf Konferenzen wird nun mal miteinander geredet. Also freue ich mich, die Bekanntschaft des Herrn Admiral machen zu können.“¹⁰

In den Gesprächen am Rande der Konferenz bestand Übereinstimmung in der Anerkennung der Realitäten in Europa: Gegenseitige Abschreckung und gegenseitiges Misstrauen; Krieg ist in Europa nicht führbar, ein untaugliches Mittel der Politik; Ziel muss ein System gemeinsamer Sicherheit sein, das schnelle Schritte zur Abrüstung erfordert. Nichtübereinstimmung gab es zur Frage der Kernwaffen. Die westlichen Teilnehmer hielten an der nuklearen Abschreckung fest und klammerten die Marine und die Fliegerkräfte aus den Verhandlungen über Streitkräftereduzierung aus. Wie außergewöhnlich, ja verstörend die Kontakte mit dem militärischen Gegner für manchen an der Militärakademie noch waren, beschrieb Rolf Lehmann in einer bezeichnenden Episode: „Über den normalen Postweg war auf meinen Namen ein Brief aus New York eingegangen. ... In der Poststelle der Akademie muss irgendjemand kalte Füße bekommen haben: Ich durfte mir den Brief beim Chef der Akademie abholen. Sein Inhalt – die Kurzfassung des Protokolls und die tatsächliche Teilnehmerliste, alles natürlich in englischer Sprache. Ich habe dieses Nachspiel nur angefügt, um zu zeigen, wie es in dieser Zeit mit dem gegenseitigen Vertrauen bestellt war.“¹¹

Etwa zur gleichen Zeit erhielt ich einen Brief von Prof. Dr. Dietmar Schössler aus Mannheim – das war verdächtig – mit der Einladung zu einem Clausewitz-Kolloquium im Herbst 1988 an der Universität Mannheim. Prof. Schössler beschäftigte sich mit Ostforschung und leitete die Arbeitsgemeinschaft für internationale Beziehungen und Strategie am Zentrum für Sozialwissenschaften der Mannheimer Universität. Für das Kolloquium trug er mir an, einen Vortrag über die militärtheoretischen Auffassungen von Friedrich Engels zu halten. Der Versuch, meine Vorgesetzten von der Nützlichkeit dieses wissenschaftlichen Kontakts zu überzeugen, schlug fehl. Ich musste dem an unserer Arbeit interessierten Wissenschaftler absagen und den Antwortbrief dem

¹⁰Ebenda, S. 6.

¹¹Ebenda.

Stellvertreter des Chefs und Leiter der Politabteilung, Generalmajor Heinz Bilan, zur Genehmigung vorlegen. So stand es mit dem Vertrauen im eigenen Hause.

Im Juni 1988 richtete die DDR in Berlin auf hoher diplomatischer Ebene das *Internationale Treffen für kernwaffenfreie Zonen* aus. Als friedens- und sicherheitspolitische Experten wurden dafür auch Offiziere der Nationalen Volksarmee benannt. Von der Militärakademie nahmen die Professoren Generalmajor Rolf Lehmann und ich an diesem bedeutenden Welttreffen teil. Wir erlebten hier, dass sich hochrangige Politiker der SPD wie Egon Bahr und Karsten Voigt gemeinsam mit denen der SED für einen kernwaffenfreien Korridor an der Bündnisgrenze einsetzten. Natürlich ergab sich Gelegenheit zu Gesprächen mit westdeutschen Sicherheitsexperten, so mit dem damaligen SIPRI-Direktor Walter Stützle, der sich für eine neue *Grand Strategy* verwandte.

Ebenfalls auf hoher Ebene nahm am 30. und 31. August 1988 Generalmajor Rolf Lehmann an einem Rundtischgespräch zur konventionellen Rüstungskontrolle in Budapest teil. Bei dieser Begegnung von Politikern und Militärs aus den gegnerischen Bündnisssystemen sprachen Gyula Horn (Ungarn) und Volker Rühle (BRD) über *Ziele eines stabilen Zustandes konventioneller Rüstungen*, James A. Thomson (USA) und Valentin M. Falin (UdSSR) über *Probleme bestehender Asymmetrien*, Francois Heisbourg (Frankreich) und Rolf Lehmann (DDR) über *Zustand der Streitkräfte und ihre Dislozierung*, Sir James Eberle (Großbritannien) und Vladimir N. Lobov (UdSSR) über *Militärdoktrinen*, Tibor Toth (Ungarn) und Klaus G. Citron (BRD) über die *Gefahr eines Überraschungsschlages*, Robert D. Blackwill (USA) und Zdenek Kac (ČSSR) über *Konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle I*, Mieczyslaw Dachowski (Polen) und Lynn N. Hansen (USA) über *Konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle II*. Am Rande des Treffens führte Rolf Lehmann Gespräche mit dem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Militärausschuss der NATO, Generalleutnant H. P. Tandeki. Dieser äußerte dabei, dass er ein Treffen der Verteidigungsminister der Bundesrepublik und der DDR befürworte und der Austausch von Militärattachés bereits überfällig sei. Manöverbeobachter der Bundeswehr sprachen sich sehr lobend über die Bedingungen aus, die sie bei ihrer Tätigkeit in der DDR vorfänden.¹²

¹²Siehe R. Lehmann, Ausgewählte Erkenntnisse aus der Teilnahme am Rundtischgespräch zur konventionellen Rüstungskontrolle in Budapest am 30. und 31. August 1989. Aktennotiz, Archiv des Autors.

Auf Weisung des Verteidigungsministers nahmen zwei Offiziere der Militärakademie an einer wissenschaftlichen Arbeitstagung des Instituts für Internationale Beziehungen mit Vertretern der RAND-Corporation und der Universität von Kalifornien Los Angeles teil. Es waren dies der Lehrstuhlleiter Oberst Prof. Dr. Erich Hocke und der stellvertretende Leiter der Politabteilung Oberstleutnant Dr. Wolfgang Herzog. Die Beratung fand vom 24. - 27. Oktober 1988 in Berlin statt und befasste sich mit Problemen der europäischen Sicherheit, mit dem Wandel von Sicherheitskonzeptionen im Sinne des Neuen Denkens, mit Trends in und zwischen den Bündnissen, mit den Aussichten für europäische Rüstungsreduzierung und mit vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen. Die RAND-Corporation war eines der ältesten strategischen Forschungszentren und konservativ orientiert.¹³

Als der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung im November 1988 den Nationalen Friedenskongress der Wissenschaftler der DDR abhielt, nahm an ihm eine starke Delegation der Militärakademie teil. Eingeladen und bestätigt vom Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef des Hauptstabes waren die Generalmajore Prof. Dr. Lehmann und Prof. Dr. Böhme, die Oberste Prof. Dr. Arnold, Prof. Dr. Hocke, Prof. Dr. Rippa, Dr. Hobiger und Dr. Jakob sowie die Kapitäne zur See Dr. Fischer und Prof. Dr. Scheler. Der Kongress tagte zum Thema *Wege aus dem Wettrüsten – für Frieden und Sicherheit in Europa und für die Zukunft der Welt*. Oberst Rippa war vom Rat gebeten worden, einen Plenarvortrag zu halten zum Thema *Die Wirkung moderner nichtnuklearer Waffensysteme in der europäischen Region*. Wie stets musste der Vortrag im Verteidigungsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden. „Auch Prof. Rippas Vortrag mit naturwissenschaftlich-technischem Inhalt wurde in der Politischen Hauptverwaltung kontrolliert – und abgelehnt, weil die obligatorische allgemeine ideologische Agitation fehlte. Der Vorsitzende des Rates konnte über einen Mitarbeiter des Zentralkomitees der SED erreichen, dass die Ablehnung zurückgenommen wurde.“¹⁴ So erst konnte die Militärakademie ihren militärischen Sachverstand in die Debatte der Wissenschaftler über Frieden und Sicherheit in Europa einbringen. Prof. Rolf Lehmann leitete gemeinsam mit Prof. Heinz Stiller die Arbeitsgruppe 2 zum Thema *Das Zerstörungspotential moderner Waffensysteme*.

¹³E. Hocke, Aktennotiz für den Stellvertreter des Ministers und Chef der Politischen Hauptverwaltung, Archiv des Autors.

¹⁴R. Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen ... a. a. O., S. 10.



Nationaler Friedenskongress der Wissenschaftler der DDR im November 1988.
Generalmajor Prof. Dr. Lehmann im Gespräch mit Prof. Dr. Doernberg.

Das Erleben einer Debatte von Wissenschaftlern, die mit den Erkenntnismitteln ihrer jeweiligen Wissenschaftsdisziplin für ein neues Konzept des Friedens und der Sicherheit eintraten, öffnete vor allem Offizieren aus den militärwissenschaftlichen Sektionen der Akademie den Blick dafür, dass Friedensforschung durchaus relevant ist für sicherheitspolitisches und militärtheoretisches Denken. Hiervon ging ein wichtiger Impuls aus für die Akzeptanz des neuen sicherheitspolitischen Denkens an der Militärakademie. Auch das Schauspiel im Maxim-Gorki-Theater, das die Kongressteilnehmer am Abend gesehen hatten, regte sehr zum Nachdenken an. Es war die DDR-Erstaufführung des Dramas *Der Brester Frieden* von Michail Schatrow, bekannt vor allem durch seine politisch kritischen Stücke *Blaue Pferde auf rotem Gras* und *Weiter, weiter, weiter*. Die Aufführung beeindruckte uns vor allem durch eine neue Sicht auf die Oktoberrevolution. Statt die Oktoberrevolution wie bisher zu heroisieren, erschien sie in ihrer rauen Wirklichkeit, dramatischen Widersprüchlichkeit und Halbheit. Ins Bild gesetzt wurden die Auseinandersetzungen und Zerwürfnisse zwischen ihren führenden Persönlichkeiten, in denen Lenin nicht mehr die Stellung des unangefochtenen Revolutionsführers einnahm.

Eine Begegnung sollte schließlich weitreichende Bedeutung erhalten. Am 7. Dezember 1988 nahm Oberst Prof. Dr. Erich Hocke an einem Podiumsgespräch mit Egon Bahr, Dieter S. Lutz und Reinhard Mutz vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg an der Humboldt-Universität zu Berlin teil und war anschließend zu einem Abendessen im Gästehaus der Regierung eingeladen. Egon Bahr sagte dort: Beide deutsche Staaten tragen besondere Verantwortung und haben in ihren Bündnissen auch eigene Interessen, die sich von den beiden Dicken unterscheiden. Die Militärs verstehen sich gut, sie einigen sich schnell, beide wissen, was sie haben und was sie damit ausrichten können. Er habe mit Minister Keßler ausgemacht, im März 1989 in Hamburg ein Treffen von fünf Offizieren der NVA mit fünf Offizieren der Bundeswehr zu organisieren.¹⁵

Das Hauptereignis im deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Dialog von Soldaten

Als das Treffen dann im März 1989 wirklich stattfand, war das eine Sensation und für uns Soldaten das Zeichen einer beginnenden Abkehr von der gefährlichen militärischen Konfrontation auf deutschem Boden. Der Delegation

¹⁵Siehe E. Hocke, Aktennotiz für den Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes, Archiv des Autors.

von Offizieren der NVA gehörten auf Weisung des Stellvertreters des Ministers und Chefs des Hauptstabes an: von der Militärakademie Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, der die Delegation leitete, und Oberst Prof. Dr. Eberhard Arnold; von der Sicherheitsabteilung des ZK der SED Generalmajor Dr. Werner Hübner und vom Hauptstab der NVA Oberst Dr. Schuster. Als die Offiziere am 28. März von Berlin nach Hamburg reisten, wussten sie noch nicht, wer ihre Gesprächspartner sein würden. Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz war unter den Druck von Gegnern des Entspannungsprozesses geraten und hatte Mühe, eine Delegation der Bundeswehr zu benennen. Anlass dafür boten tödliche Schüsse von DDR-Grenzsoldaten an der Berliner Mauer.

An dem zweitägigen Seminar nahmen vom Hamburger Friedensforschungsinstitut Egon Bahr, Dr. Dieter S. Lutz, Dr. Reinhard Mutz, Arnold P. Feicht und Susanne Feske teil. Von der Bundeswehr nahmen teil Brigadegeneral Dr. Hermann Hagena, Stellvertreter des Kommandeurs der Führungsakademie, Oberst i. G. Berner, Oberst i. G. Dr. Achmann und Kapitän zur See Dr. Suchon. In drei Gesprächsrunden wurden vereinbarte Themen erörtert. „Naturgemäß war der Anfang der Gespräche etwas schwierig. Hohe Militärs beider deutscher Armeen, die sich nie zuvor gesehen hatten, saßen am Runden Tisch. Die Bündnispartner waren ‚außen vor‘. (Übrigens hatten die Botschaften der USA und der UdSSR die Bitte geäußert, an dem Seminar teilzunehmen. Das Institut hat es abgelehnt.) Die vom Institut geschaffene Atmosphäre und der gute Wille aller Seiten führten dazu, dass sehr schnell ein sachliches, offenes und vertrauensbildendes Gespräch zustande kam.“¹⁶

Zum Abschluss des zweiten Beratungstages gab es eine Pressekonferenz. Da die Offiziere der Bundeswehr keine Erlaubnis zur Teilnahme erhielten, verzichteten auch die Offiziere der NVA. „Beide Delegationen baten Herrn Bahr, allein vor die Presse zu treten, und fixierten dazu als Orientierung die folgenden übereinstimmenden Gesichtspunkte:

- Kriege sind in Europa nicht mehr führbar und gewinnbar.
- Das erklärte Ziel beider Seiten ist die Kriegsverhinderung.
- Beide Seiten haben die Absicht, ihre Streitkräfte defensiv auszurichten.
- Im Falle eines bewaffneten Konfliktes wird die Verteidigung mit dem Ziel der Wiederherstellung der staatlichen Integrität geführt.

¹⁶R. Lehmann, Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren ..., a. a. O., S. 14.

- Die Ausbildung von Militärspezialisten für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Streitkräftereduzierung wird als notwendig erkannt.
- Der gemeinsame Wunsch für schnelle und substantielle Ergebnisse in Wien wurde dokumentiert.
- Die Einladung zur Fortsetzung des Dialogs an der Militärakademie *Friedrich Engels* wurde zur Kenntnis genommen. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, darauf in Kürze antworten zu können.¹⁷

Diese Punkte standen dann tatsächlich im Mittelpunkt der Pressekonferenz. Hinzu trat das Thema *Feindbild*. Auf die Frage, ob das Thema *Feindbilder* der NVA zur Sprache gekommen sei, antwortete Egon Bahr: „Ja. Wir haben eigentlich keine schwierige Frage ausgelassen. Es hat eine Diskussion darüber stattgefunden, zum Thema Feindbilder. Auch die berühmte und bekannte Formulierung der Erziehung zum Hass ist nicht unterdrückt worden. Und die Gäste aus der DDR haben erstens darauf aufmerksam gemacht, dass die Manöverbeobachter der Bundeswehr in der DDR bei keinem Gespräch, das geführt worden ist, auf eine Erziehung zum Hass gestoßen sind, und zweitens, sie haben definiert, dass selbstverständlich zur Ausbildung der NVA gehört, dass jemand, der mit der Waffe in der Hand in feindlicher Absicht auftritt, Feind ist. Das ist für andere Streitkräfte natürlich auch so. Es ist auch diskutiert worden darüber, dass es natürlich auch auf unserer Seite Feindbilder gibt. Der Generalinspekteur hat sich ja gerade in einer Schrift über seine Sorge verbreitet, dass bei uns Feindbilder zu schnell verschwinden könnten. Wir haben es sicher in Gegenseitigkeit mit Feindbildern zu tun und sind uns bewusst, dass das Ziel der ganzen Geschichte sein muss, Feindbilder abzubauen.“¹⁸ Das war wohl das wichtigste Resultat dieses ersten deutsch-deutschen Offizierstreffens. Das Hamburger Abendblatt stellte seinen Bericht treffend unter die Überschrift: *Beim Essen kamen Feindbilder vom Tisch*.¹⁹ Man kann wohl sagen: Zwei Offiziere der Militärakademie, General Rolf Lehman und Oberst Eberhard Arnold, leisteten Pionierarbeit für den Abbau der Feindbilder, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der DDR.

Dieses Hamburger Offizierstreffen war ohne Zweifel das Hauptereignis im deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Dialog von Soldaten beider Seiten. Die Berufssoldaten der beiden deutschen Armeen hatten sich bisher nicht nur

¹⁷Ebenda, S. 15.

¹⁸Ausführungen des Herrn Egon Bahr auf der Pressekonferenz zum Abschluss der zweitägigen wehrpolitischen Beratung in Hamburg am 29. März 1989, S. 9 f., Archiv des Autors.

¹⁹Hamburger Abendblatt vom 29.03.1989, S. 3.

als militärische Gegner gegenüberstanden, sondern auch im Geist politischer und ideologischer Feindschaft. Es erregte verständlicherweise großes Aufsehen, dass auf einmal Offiziere dieser beiden deutschen Armeen sich zu Gesprächen trafen, noch dazu in Hamburg, auf für die Nationale Volksarmee gegnerischem Boden. Die Zeitung Neues Deutschland, immerhin das Zentralorgan des ZK der SED, brachte zweimal an herausgehobener Stelle Meldungen und positive Wertungen über das Treffen. Im ersten Bericht hieß es, Generalmajor Lehmann habe betont, die Zeit sei längst überfällig für solche Begegnungen zwischen Militärs aus der DDR und der BRD. Die DDR wolle alles dazu tun, dass mehr Vertrauen, mehr Sicherheit und Kooperation auch auf das militärpolitische Gebiet übergreifen.²⁰ Ein zweiter Artikel berichtete über die Ergebnisse. Gegenstand der Gespräche seien ein System der europäischen Sicherheit, die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit und Probleme der Militärdoktrinen gewesen. Als ein Stück praktischer Vertrauensbildung habe der Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Egon Bahr, die zweitägigen Gespräche zwischen hohen Offizieren der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr bezeichnet.²¹ Natürlich widmete die bundesdeutsche Presse dem Ereignis große Aufmerksamkeit mit unterschiedlichen Akzenten in der Bewertung. Nun, so glaubten wir, breche eine Zeit an, in der die beiden deutschen Staaten ihre Sicherheit im Rahmen der KSZE gemeinsam organisieren werden und der Frieden auf eine neue, sichere Grundlage gestellt werden kann. Aber eine Antwort auf die Einladung, die Gespräche an der Militärakademie fortzusetzen, blieb aus. Offenbar hatte die CDU-Regierung kein Interesse. Dass bald übergeordnete politische Prozesse und Ereignisse unsere Hoffnung begraben würden, ahnten wir nicht. Zunächst aber nahm Generalmajor Rolf Lehmann auf Ersuchen des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an einem weiteren Arbeitstreffen des New Yorker Instituts für Ost-West-Sicherheitsstudien teil. Es fand vom 23. bis 25. April 1989 statt. Gastgeber war die Stiftung *Wissenschaft und Politik* Ebenhausen. Doch im Gegensatz zu dem Hamburger Treffen war die Gesprächsatmosphäre von gegenseitigem Misstrauen geprägt und es gab keine substantiellen Ergebnisse.²²

²⁰Siehe Wehrpolitisches Seminar hat in Hamburg begonnen. Militärwissenschaftler und Offiziere der Bundeswehr und der NVA sind die Teilnehmer, in: Neues Deutschland vom 29.03.1989.

²¹Siehe Hohe Offiziere der NVA und der Bundeswehr beendeten ihre Gespräche in Hamburg, in: ebenda vom 30.03.1989.

²²Siehe R. Lehmann, Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren ..., a. a. O., S. 18.



Entspannung auch am Rande des Treffens. Oben vorn von links Brigadegeneral Dr. Hagen, Prof. Bahr, Generalmajor Prof. Dr. Lehmann; unten Generalmajor Dr. Hübner, Egon Bahr, Oberst Prof. Dr. Arnold.



General-Anzeiger

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DIE BUNDESHAUPTSTADT



Deutsch-deutscher Offiziersdialog in Hamburg

Hohe Offiziere der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR sind gestern in Hamburg erstmals zu einem umfassenden Meinungsaustausch über Sicherheitspolitik und Abrüstung zusammengekommen. Zu dem zweitägigen Treffen hat das vom SPD-Politiker Egon Bahr (li.) geleitete Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik eingeladen. Leiter der DDR-Delegation ist der stellvertretende Kommandeur der Dresdner Militärakademie, Generalmajor Lehmann (Mi.), die Bundeswehr-Delegation leitet der stellvertretende Kommandeur der Führungsakademie Hamburg, Brigadegeneral Hagena (re.).

Foto: AP

Presseecho, Der Bonner Stadtanzeiger vom 29.03.1989.

Ein Kuriosum hatte die Frage nach dem Auftreten unserer Offiziere in Uniform hervorgebracht. Als der Staatsratsvorsitzende und Oberbefehlshaber der NVA, Erich Honecker, im Fernsehen das Hamburger Treffen verfolgt und seine Offiziere in Zivil neben den Bundeswehroffizieren in Uniform gesehen hatte, war er erbost und ordnete an, dass sie künftig in Uniform aufzutreten haben. Nun sollte Rolf Lehmann in DDR-Generalsuniform in die Bundesrepublik reisen. Das Außenministerium hatte Bedenken, wie der Bayerische Grenzschutz bei der Einreise reagieren würde und vertrat die Auffassung, dass Risiken für die persönliche Sicherheit in der bundesdeutschen Öffentlichkeit bestehen. Die langjährig verfestigten Feindbilder wirkten ja noch. So fand man die Lösung „Generalmajor Lehmann reist in Zivil und tritt bei Veranstaltungen in Uniform auf“. Damit das möglich war, wurde er mit Dienstwagen gefahren.²³

Anders erging es mir. Eine Delegation des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung unter Leitung seines Vorsitzenden, Prof. Max Schmidt, fuhr im Juni 1989 nach Frankfurt a. M. Es ging um Kontakte zu westdeutschen Friedensforschern, die am Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V. (IMSF) tätig waren. Das IMSF hatte eine Studie von Jürgen Reusch herausgebracht zu Entwicklung, Positionen und Perspektiven der Friedensforschung in der Bundesrepublik.²⁴ Der Delegation sollte auch ich angehören, und alle Vorbereitungen hierzu waren getroffen und alle Genehmigungen erteilt. Nun erhob sich die Frage, ob ich in Zivil oder in Uniform reisen soll. Grundsätzlich lautete der Befehl – in Uniform! Ihn auszuführen hätte bedeutet: Nachdem Offiziere der DDR bei einem Treffen von Soldaten beider deutscher Armeen im März in Hamburg in Zivil aufgetreten waren, fährt nun im Juni ein Offizier der DDR zu einer zivilen Begegnung in Uniform, dazu noch zu einem marxistischen, der DKP nahe stehenden Verein. Wie würde das wahrgenommen und von der Presse ausgeschlachtet? Niemand war aber bereit, der Anordnung des Partei- und Staatschefs zuwider zu handeln, und niemand fand sich, Honecker das Problem vorzutragen. Also blieb nur, auf die Mitreise eines Friedensforschers und Offiziers der DDR zu verzichten.

Einen anderen Charakter trug die Reise einer Offiziersdelegation zu den *Saarbrücker Gesprächen*. Es war der Versuch von SPD-Politikern, ihre Konzeption der gemeinsamen Sicherheit doch noch auf den Weg zu bringen. Dazu hatte

²³Siehe ebenda, S. 17 f.

²⁴Siehe J. Reusch, *Friedensforschung in der Bundesrepublik. Entwicklung, Positionen, Perspektiven*, Frankfurt a. M. 1986.

der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine seine Position als Ministerpräsident des Saarlandes genutzt und den ranghöchsten Militär der DDR, Generaloberst Fritz Streletz, eingeladen, der damit zum ersten Mal den Boden der Bundesrepublik betrat. Wieder gehörte Generalmajor Lehmann zur Delegation, ebenfalls Prof. Max Schmidt, Direktor des IPW und Vorsitzender des Rates für Friedensforschung. Seitens der SPD waren an den Gesprächen beteiligt: Prof. Horst Emke, Egon Bahr, Andreas von Bülow, Karsten Voigt, Dr. Hermann Scheer, General a. D. Helmut Opel und einige andere. Generaloberst Fritz Streletz erläuterte an Schautafeln die bereits realisierten und die geplanten einseitigen Abrüstungsschritte der Warschauer Vertragsstaaten. Diese Saarbrücker Gespräche fanden am 7. Juni 1989 statt.²⁵

Bestimmt von politischen Interessen, erhielt der deutsch-deutsche sicherheitspolitische Dialog so manche Prägung erst durch Persönlichkeiten, die ihn führten. Von jenen, die als Soldaten in ihn einbezogen waren, ist das an erster Stelle über Generalmajor Prof. Dr. sc. mil. Rolf Lehmann zu sagen. In seiner Person vereinigten sich die besten Eigenschaften eines Offiziers und Wissenschaftlers. Was ihn besonders auszeichnete, war der Blick für Wesentliches, die Fähigkeit, augenblicklich eine Situation zu erfassen und in ihr zu agieren, vor allem aber die Gabe, auf Menschen zuzugehen und sie in seinen Bann zu ziehen. Egon Bahr gab dem Ausdruck, als er in einem Brief schrieb, „das gibt es sehr selten, dass man zu Menschen, mit denen man nur einige Begegnungen und Gespräche gehabt hat, das Gefühl einer freundschaftlichen Verbindung entwickelt. Das habe ich glücklicher Weise durch General Rolf Lehmann erlebt“. Das Besondere an der Persönlichkeit Rolf Lehmanns charakterisierte Egon Bahr treffend mit einer Episode aus dem ersten deutsch-deutschen Offizierstreffen: „Vor der erstmaligen Zusammenkunft in Hamburg, die mir ganz lebendig vor Augen steht, hatte sich ein Stabsoffizier der Bundeswehr bei mir gemeldet und erklärt, er nehme nur auf Befehl an einem Termin mit kommunistischen Parteigeneralen teil. Danach meldete er sich wieder und bat, an den folgenden Treffen wieder hinzugezogen zu werden. Diese Wirkung als Eisbrecher im Kalten Krieg hat ganz konkret General Lehmann erzielt.“²⁶

Schon seine Persönlichkeitseigenschaften verliehen Rolf Lehmann die Eignung, im sicherheitspolitischen Dialog eine herausragende Rolle zu spielen.

²⁵Siehe R. Lehmann, Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren ..., a. a. O., S. 18 f.

²⁶Brief von Egon Bahr an Hermann Schierz, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 167.

Hinzu kam seine Stellung als Stellvertreter des Chefs der Militärakademie für Wissenschaft und Forschung. Sie verschaffte ihm Gewicht nicht nur, weil er zuständig war für die Verbindung zu den wissenschaftlichen Institutionen des ganzen Landes und des Bündnisses, sondern weil er mit dem wissenschaftlichen Potenzial der Militärakademie im Rücken aus einem breit gefächerten Fundus von Erkenntnissen schöpfen konnte. Zu einem Hauptakteur im sicherheitspolitischen Dialog zwischen beiden deutschen Staaten und zwischen den Bündnissen wurde er auch noch aus einem anderen wichtigen Grund. Rolf Lehmann war jener General an der Militärakademie, der sich entschieden auf die Position des neuen Denkens über Frieden, Krieg und Streitkräfte gestellt hatte. Er verstand und förderte jene philosophische Denkschule über Frieden, Krieg und Streitkräfte, die sich an der Militärakademie in den achtziger Jahren entwickelte.

Beginnende Erosion unserer ideologischen Identität

In ihren sicherheits- und verteidigungspolitischen Konsequenzen war die neue Philosophie des Friedens weitgehend kongruent mit Gorbatschows Neuem Denken und mit dem SPD-Konzept der gemeinsamen Sicherheit. Eine alte philosophische Idee der Wahrheitsfindung und Verständigung, der Dialog, kam in diesem Sicherheitsdenken wieder zu Ehren. Den politischen Dialog selbst rechne ich also zu den Grundideen eines Denkens, das die europäische Sicherheit auf ein neues Prinzip gründen sollte. An die Stelle der militärischen Machtprojektion im Umgang der Gegner sollte der Dialog treten als Mittel, Wege zum Überleben zu finden und Sicherheit gemeinsam zu organisieren. Friedens- und Sicherheitspolitik dialogisch statt mit militärischer Macht zu betreiben, das war schließlich auch in der DDR-Führung politischer Wille und praktisches Handeln geworden, jedenfalls soweit es die Außenpolitik betraf. Im auffälligen Gegensatz dazu verweigerte die Partei- und Staatsführung rigoros den Dialog im Innern und begegnete Andersdenkenden und so auch staatskritischen Friedensanhängern mit Repression.

Immer mehr kam uns auch an der Militärakademie dieser Widerspruch zu Bewusstsein. Die Erfahrungen, die einige Offiziere der Militärakademie im sicherheitspolitischen Dialog gemacht hatten, bestätigten praktisch die Ideen des Neuen Denkens. In dem Maße, wie sie an der Militärakademie bekannt wurden, veränderten sie bei vielen Offizieren die eingeübte konfrontative Denkweise und führten zu einer neuen Sicht auf die militärpolitischen Gegebenheiten. Vor allem das im Kalten Krieg verfestigte Feindbild, das eine tragende Säule der Partei- und Staatsideologie und unserer eigenen ideologischen Identität bildete, geriet dadurch ins Wanken. Schon die Enthüllungen im Zuge von Glasnost und Perestroika hatten ab Mitte der achtziger Jahre an der Militärakademie einen Prozess der Erosion bislang fest gefügter politischer

und ideologischer Grundüberzeugungen in Gang gesetzt. Die Bindungen der an der Militärakademie lehrenden und studierenden Offiziere an die Partei- und Staatsideologie, waren stabil genug, um den Einflüssen der westlichen Ideologie und Propaganda zu widerstehen. Als nun aber im Epizentrum der Produktion und Verbreitung dieser Partei- und Staatsideologie ein Grundpfeiler nach dem anderen abgetragen wurde, untergrub das allmählich die bisher unangefochtenen ideologischen Gewissheiten.

Welche Konsequenzen aus all dem erwachsen, lässt sich wohl kaum treffender beschreiben als es Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagen tat, nachdem er aus vielen Begegnungen und Gesprächen mit uns ein sicheres Urteil gewonnen hatte: „Da man dieser so aufwendig ausgebildeten akademischen Elite den Zugang zur ausländischen Fachliteratur nicht versagen konnte und zudem die akademische Lehre bei aller ‚sozialistischen Parteilichkeit‘ geradezu zwangsläufig kritisches und unabhängiges Denken forderte und förderte“, so schrieb er, „bildete sich an den Akademien und Hochschulen der Streitkräfte ein Kern hochqualifizierter, selbstbewusster Offiziere heraus, die sich nicht mehr einfach als Transmissionsriemen des parteistaatlichen Agit-Prop-Apparates verstanden, sondern die Entwicklungen im Westen ebenso sorgfältig verfolgten wie sie die eigenen Verhältnisse einer vorurteilslosen Analyse unterzogen.“²⁷

Hinzu kam, dass die gesellschaftliche Praxis in der DDR ihrer ideologischen Selbstdarstellung zunehmend widersprach. Stagnation und Regress in der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit untergruben den Glauben an eine progressive sozialistische Entwicklung der DDR. An der Akademie gab es deutliche Anzeichen politischer Desintegration. So wurden mehrere Offiziere überführt, heimlich Kontakte zu Verwandten im Westen zu unterhalten. Zu diesen gehörten auch Politoffiziere, so 1987 Oberst Dr. Karl-Heinz Kregelin, Fachgruppenleiter im Lehrstuhl Führung der politischen Arbeit, und 1988 sogar der Stellvertreter des Leiters der Politabteilung, Oberst Heinz Krum-scheid. Das machte die politische Arbeit an der Militärakademie natürlich erst recht unglaubwürdig. Erhebliche Irritationen löste es aus, als Offiziere, die bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 in Wahlvorständen gearbeitet hatten, anschließend bemerkten, dass die von ihnen ermittelten Ergebnisse nicht mit den offiziell bekannt gegebenen Zahlen übereinstimmten. Auch das erschütterte das Vertrauen in die Politik und zu denen, die uns regierten. Noch aber

²⁷ H. Hagen, Reform für die NVA. Vom Parteisoldaten zum Staatsbürger in Uniform, in: Europäische Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau, Heft 03/1990, S. 172.

hielt der politische Grundkonsens, und die Hoffnung richtete sich auf eine Ablösung der alten Partei- und Staatsführung durch reformorientierte Kräfte, die sich in allen gesellschaftlichen Bereichen bemerkbar machten. Wir erwarteten die notwendige Erneuerung vom bevorstehenden 12. Parteitag der SED.

Verfall der Staatsautorität, Vertrauensschwund und Bewusstseinswandel

Als das neue Studienjahr am 1. September 1989 begann, war unsere Stimmungslage ungemein widersprüchlich. Zwar lief das Studienjahr formell noch in ungebrochener Kontinuität an. Doch beunruhigte uns die Lage im Land und seinem Umfeld. Der Machtwechsel im Nachbarland Polen zugunsten der Opposition Solidarnocs war ein deutliches Zeichen für einen politischen Umbruchprozess in nahen sozialistischen Staaten. Vor allem aber beunruhigten uns der anschwellende Ausreisestrom von DDR-Bürgern und die spektakulären Botschaftsbesetzungen in Warschau und Prag, die das Ansehen der DDR schwer beschädigten. Als ich an der Leitungssitzung des Wissenschaftlichen Rates für marxistisch-leninistische Philosophie am 4. September in Berlin teilnahm, konnte man spüren, wie weit das Bewusstsein der politischen Krise die dort Versammelten bereits erfasst hatte. Das Gremium bestand aus den Leitern der philosophischen Institutionen, allesamt eingeordnet in die Strukturen der Ideologieproduktion und -verbreitung von Partei und Staat. Zum ersten Mal stand die Frage, ob der für Anfang November angesetzte Philosophiekongress angesichts der politischen Krisensituation und der ideologischen Verunsicherung durchgeführt oder verschoben werden soll. Das machte mir deutlich, wie ernst die Lage sein musste.

Noch aber befanden wir, die wir uns an der Militärakademie für eine neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik einsetzten, in Aufbruchstimmung. Eine Atmosphäre des Umbruchs und des Aufbruchs zu neuen Ufern erlebten Rolf Lehmann und ich am 12. September in Berlin auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung. Außerdem erwarteten wir das Erscheinen des von der Militärakademie herausgegebenen Buches zur neuen philosophischen Theorie des Friedens, des Krieges und der Streitkräfte. Wir hofften, damit das neue Denken über Sicherheitspolitik im Atomzeitalter endgültig durchsetzen zu können, und zwar sowohl an der Militärakademie selbst wie auch in der NVA und darüber hinaus. General Rolf Lehmann hatte erwirkt, dass der Wissenschaftliche Rat der Militärakademie eine Tagung zu dieser Thematik abhält. Schon im Juni vor der Sommerpause hatte der Philosophielehrstuhl dazu Thesen vorgelegt. Den Entwurf, verfasst von Dozent Dr. sc. Siegfried Keil und mir, hatte der Lehrstuhl kollektiv beraten und sich zu eigen gemacht. In den Thesen hatten wir ungeschminkt das alte militäri-

sche Denken verworfen und das erforderliche neue dagegen gesetzt, und der für die Ratstätigkeit zuständige Stellvertreter des Chefs der Militärakademie, Prof. Rolf Lehmann, hatte sie unverändert den Ratsmitgliedern übergeben.

Die Kerngedanken waren: Das neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte ist ein verändertes Denken unter veränderten Umständen. Der Frieden ist zur zentralen Kategorie des militärischen Denkens und Handelns geworden. Die klassische Wesensbestimmung des Krieges, von der wir uns, Clausewitz und Lenin folgend, bisher leiten ließen, ist nicht anwendbar auf den neuartigen, den alles vernichtenden Krieg des Atomzeitalters. Notwendig ist ein neuer, ein kernwaffenfreier und gewaltloser Frieden durch radikale Abrüstung, dessen Wesen in der gemeinsamen Sicherheit sozialistischer und kapitalistischer Staaten besteht, einer Sicherheit ohne militärische Abschreckung. Die Streitkräfte beider Bündnissysteme sind im Konflikt miteinander untauglich als Instrument der Kriegführung, aber auch ihre Friedenssicherungsfunktion wird relativiert und in Frage gestellt. Der Dualismus bisherigen militärischen Denkens, den Frieden zu bewahren oder, wenn das nicht gelingt, durch den Sieg im Verteidigungskrieg das sozialistische Vaterland, ja die Menschheit zu retten, hat seine Berechtigung verloren. Verteidigungsfähigkeit reduziert sich darauf, keinen Krieg zuzulassen. Die Streitkräfte werden mehr und mehr zu aktiven Mitgestaltern des Abbaus des bestehenden Sicherheitssystems, das auf militärischer Abschreckung beruht.²⁸

Mich hatte die Ratsleitung beauftragt, das Referat zu halten, und nur die Vorlage einer Konzeption verlangt. Ich hatte also freie Hand, die Thesen ausführlich zu begründen und bewusst zu machen, dass es sich um den Bruch mit den bisherigen Auffassungen über Krieg und Frieden, Sicherheit und Verteidigung handelt.

Unser Lernprozess, betonte ich, wird auch weiterhin nicht konfliktlos verlaufen. Konflikte im Entwicklungsprozess des militärischen Denkens sind nur eine Erscheinungsform objektiver Widersprüche. Ohne Widersprüche aber gibt es keine Entwicklung. Der Wissenschaftliche Rat sollte seine Verantwortung darin sehen, die neuen Erkenntnisse über Frieden, Krieg und Streitkräfte im Atomzeitalter zum Gegenstand des wissenschaftlichen Lebens an der Militärakademie zu machen, damit sie schnell zum geistigen Besitz aller werden.

²⁸Siehe Lehrstuhl Marxistisch-leninistische Philosophie, Thesen für die Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 13.09.1989 zum Thema *Erkenntnistheoretische und methodologische Probleme und Erfordernisse der Erforschung von Fragen des Friedens, des Krieges und der Streitkräfte* vom 27.06.1989, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 248 ff.

Was sich in der Entwicklung unserer Armee an Grundansichten über den Krieg, die Streitkräfte und den bewaffneten Kampf durch militärdoktrinäre Festlegungen und ideologische Vorgaben verfestigt hat und uns als allgemeingültige Wahrheit erschien, hat sich in zeitlos gültige Dogmen verwandelt, in Glaubenssätze und Vorurteile. Der Übergang ins Nuklearzeitalter ist aber der tiefste historische Einschnitt für den Krieg, den Frieden und die Streitkräfte seit ihrem Entstehen vor etwa 3000 Jahren, und entsprechend tief ist die qualitative Wandlung, die sie erleiden. Ändert sich so gravierend das Erkenntnisobjekt, so müssen sich, sollen sie richtig bleiben, ebenso gravierend auch die Anschauungen über diesen Gegenstand ändern.²⁹

Nachdem ich an ausgewählten Beispielen erläutert hatte, worin die gravierenden Änderungen bestehen, kam ich zu dem Schluss: „Das militärische Denken dem veränderten Wesen der Welt anzupassen verlangt, seinen Bestimmungsgrund nicht mehr im Krieg, sondern im Frieden zu sehen. Allein das ist bereits eine Revolution im militärischen Denken. Sie macht den Frieden zur Zentralkategorie des militärischen Denkens. Militärisches Denken ist zeitgemäß und richtig, wenn es sich von der Erhaltung und Neugestaltung des Friedens leiten lässt, wenn es den Erfordernissen des Krieges Rechnung trägt, um jeden Krieg zu verhüten. Das verlangt, dass es nicht mehr ausschließlich auf der Theorie des Krieges aufbauen kann, sondern in erster Linie auf der Theorie des Friedens aufbauen muss. Das zu realisieren, steht zum größten Teil noch aus. Als Fazit kann man ziehen: Das nuklear-kosmische Zeitalter hat eine grundlegend neue Situation für das militärische Denken geschaffen, der es sich anpassen muss. Es hat einen beispiellosen Lernprozess im politischen und militärischen Denken in Gang gebracht. Das Ausmaß und die Tiefe der Wandlungen in der Militärtheorie lassen sich mit einem Paradigmenwechsel in der Wissenschaft vergleichen. In der sozialistischen Militärtheorie vollziehen sich diese Wandlungen sehr dynamisch, in der bürgerlichen Militärtheorie sehr träge, aber auch da sind sie unausweichlich. Das neue militärische Denken enthält in sich sogar den logischen Ansatz zu seiner Selbstaufhebung, denn seine Intention ist die Auflösung des Militärs als Instrument internationaler Politik.“³⁰

In der Diskussion äußerten sich die Ratsmitglieder zustimmend. Das war sehr erstaunlich nach den Erfahrungen der letzten Jahre und zeigte, dass auf die-

²⁹Siehe W. Scheler, Erkenntnistheoretische und methodologische Probleme und Erfordernisse der Erforschung von Fragen des Friedens, des Krieges und der Streitkräfte in unserer Zeit sowie Konsequenzen und Schlussfolgerungen für die Lehre, Archiv des Autors.

³⁰Ebenda.

sem Gebiet ein Umdenken im Gange war. Einzelne Einwände erhoben nur Generalmajor Dr. Alfred Dziewulski von der PHV und Oberst Günter Frenzel von der Sicherheitsabteilung des ZK der SED. Im Ergebnis der Tagung fasste der Wissenschaftliche Rat den Beschluss: „Den in den Thesen und im Referat dargelegten Erkenntnissen zum Problem Frieden, Krieg und Streitkräfte in unserer Zeit wird zugestimmt. Die Thesen, das Referat und die auf dieser Grundlage geführte Diskussion sind von allen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Rates als Orientierung für die wissenschaftliche und Lehrtätigkeit auszuwerten sowie in den Sektionen und Lehrstühlen zu verallgemeinern.“³¹

Freilich war das neue Denken eine Zumutung für das Militär, für die militärische Denkweise und das Selbstverständnis des Soldaten. Es wendete sich gegen so ziemlich alles, was bis dahin als feststehende Grundsätze des sicherheits- und verteidigungspolitischen Denkens gegolten hatte: Verzicht auf militärische Überlegenheit; Unmöglichkeit des Sieges in einem Krieg zwischen den Hauptgegnern; Sinnlosigkeit des Krieges, weil er nicht mehr Fortsetzung der Politik, sondern nur noch das Ende jeder Politik sein kann; Verzicht auf Angriffsfähigkeit, die zuvor als beste Verteidigung und stärkste Macht galt, den Gegner von einem Angriff abzuhalten; Verteidigungsaporie,³² weil Verteidigung nur zerstören würde, was sie verteidigen soll; damit auch Aufgabe des Grundsatzes, den Verteidigungskrieg gegen eine Aggression als gerecht zu bewerten, womit ein tragendes Wehrmotiv in Wegfall kam; Reduktion des Streitkräfteauftrages und der Wehrmotivation auf Friedensbewahrung; damit aber Aufbrechen des Widerspruchs, Frieden mittels Kriegsfähigkeit erhalten zu wollen und schließlich Absage an Feinddenken, mittels dem überhaupt die Kriegsbereitschaft, die Rüstungslasten und die Drohung mit atomarer Vernichtung öffentlich gerechtfertigt werden konnten.

Ein solches Umdenken erforderte nicht nur die Fähigkeit und Bereitschaft, bisher gültige und verinnerlichte Anschauungen mit intellektueller Anstrengung kritisch zu überwinden. Es verlangte auch, verfestigte emotionale Bindungen aufzulösen, die von einer als marxistisch-leninistisch verstandenen Weltanschauung und sozialistischen Wehrmotivation geknüpft worden waren. Überdies musste man auch bereit sein, sich dem Konflikt mit jenen starken Potentaten auf den vorgesetzten Ebenen zu stellen, die am alten Denken

³¹Beschluss der Tagung des Wissenschaftlichen Rates der Militärakademie *Friedrich Engels* am 13. September 1989 (korrigierter Entwurf), in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 256.

³²Aporie bedeutet die Unmöglichkeit, eine Frage philosophisch zu lösen. Diese gilt eben auch für die Frage der Verteidigung im Atomkrieg.

festhielten und abweichende Positionen als Verlassen des Klassenstandpunktes und Vergehen gegen die geforderte Loyalität bewerteten. Schließlich lag es objektiv in der Logik des neuen sicherheitspolitischen Denkens, in der Perspektive sich als Soldat selbst abzuschaffen.

Mit der positiven Stellungnahme des Wissenschaftlichen Rates der Militärakademie zur Umwertung der Werte im militärischen Denken schien uns der Durchbruch nun auch im eigenen Hause endlich gelungen. Publizistische Offerten und Aufträge für Vorträge in der Öffentlichkeitsarbeit waren schon lange in einer Dichte eingegangen, die bei Weitem unsere Möglichkeiten überstiegen. Wir fühlten uns im Aufwind. Als deutliches Zeichen dafür, dass wir uns mit unseren Ansichten auf der Ebene der Armeeführung durchgesetzt hatten und die Verdikte gefallen waren, werteten wir, dass drei von uns für die erbrachte wissenschaftliche Leistung den Nationalpreis erhalten sollten. Demnach mussten ja unsere Vorgesetzten im Ministerium, namentlich in der Politischen Hauptverwaltung, die uns wegen eben dieses neuen sicherheitspolitischen Denkens immer wieder kritisiert, gerügt und behindert hatten, schließlich doch zu einer anderen Meinung gekommen sein.



Am 26. September übergab eine Abordnung des Militärverlages gemeinsam mit Abgesandten der Politischen Hauptverwaltung mir als Leiter des Autorenkollektivs das Buch *Frieden Krieg Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriß*.³³ Verfasst hatten es unter der wissenschaftlichen Redaktion von Wolfgang Scheler, Siegfried Keil und Gottfried Kießling Autoren des Philosophielehrstuhls zusammen mit zwei Wissenschaftlern anderer Lehrstühle. Aus dem Philosophielehrstuhl waren es neben den genannten Mitgliedern der wissenschaftlichen Redaktion Siegfried Fischer, Lothar Glaß, Friedrich Groh, Horst Groß-

³³Siehe Autorenkollektiv, *Frieden Krieg Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriß*, Militärakademie *Friedrich Engels* (Hrsg.), Berlin 1989.

mann, Konrad Ihlau und Bernd Lippoldt. Autoren waren weiter Erich Hocke vom Lehrstuhl Wissenschaftlicher Kommunismus und Siegfried Schönherr vom Lehrstuhl Politische Ökonomie und Militärökonomie. Gemeinsam mit den Abgesandten des Verlages und der PHV überreichte ich das Buch offiziell als Forschungsergebnis dem Kommandeur der Sektion Gesellschaftswissenschaften, Generalmajor Prof. Horst Syrbe. Es enthielt in entwickelter Form unsere Erkenntnisse über die Umwälzung im Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte im Atomzeitalter. Mit ihnen vollzog sich ein Paradigmenwechsel in der Theorie. Doch was wir damit beabsichtigt hatten, ging unter im Strudel der Ereignisse. Im gesellschaftlichen Umbruch blieb kaum jemandem die Muse zum Bücherlesen, und alsbald geriet es, wie viele andere Bücher, auf die Schutthalde.



Herausgeber und Verlag übergeben im Beisein von Vertretern der Politischen Hauptverwaltung das Buch *Frieden Krieg Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriß* an den Sektionskommandeur. Von links F. Zierold, B. Grebe, P. Gutsch, I. Hantke, H-J. Schorat, W. Scheler, W. Kaczmarek, G. Kießling, K. Götze, H. Syrbe.

Als ich dem Chef der Militärakademie, Generalleutnant Manfred Gehmert, unser Buch überreichte, fragte er mich direkt nach meiner Meinung über die politische Situation. Auf meine Besorgnisse über den Ernst der Lage erwiderte er, er habe in vielen Gesprächen mit Werktätigen, die er als Volkskammerabgeordneter führte, trotz aller Kritik im Einzelnen ein festes Vertrauen zu

Partei und Regierung gespürt. Ich konnte bei meinem auf der Führungspyramide drei Ebenen über mir stehenden direkten Vorgesetzten in dem abgeschlossenen Gespräch, das er mit mir führte, kein Krisenbewusstsein ausmachen.

Aber die politische Krise holte uns ein, und die Lage spitzte sich zu. Ungarn hatte am 11. September die Grenze nach Österreich für DDR-Bürger geöffnet, und es rollte nun eine neue Ausreisewelle, diesmal über die CSSR. Sie verstärkte sich noch, als am 1. Oktober das Außenministerium erklärte, dass DDR-Bürger aus Botschaften in Warschau und Prag mit Zügen der deutschen Reichsbahn über das Territorium der DDR ausgewiesen werden. Am 3. Oktober folgt daraufhin die Aussetzung des pass- und visafreien Verkehrs in die CSSR. Was wir noch nicht wissen: Am Grenzübergang Bad Schandau werden etwa 500 Reisende aus Zügen geholt, zurückgeschickt oder einer Untersuchung zugeführt. Es kommt zu Sitzstreiks auf Bahnanlagen, zu Ansammlungen von Ausreisewilligen auf dem Dresdner Hauptbahnhof und zur Erstürmung von Leerzügen. Zwei Bahnsteige werden blockiert und Sprechchöre fordern: *Wir wollen raus!*

Der Philosophielehrstuhl nahm am 4. Oktober zur politischen Lage Stellung. Das Kollektiv verständigte sich auf einer Lehrstuhlberatung über den offenen Ausbruch der Krise. Rückhaltlos äußerte ich meine Meinung: Wir haben eine explosive Lage in der DDR und der Ausweg ist unklar. Im Gegensatz zur Außen- und Sicherheitspolitik ist es im Innern nicht gelungen, eine positive Wende zu erreichen. Die politische Führung reagiert nicht, und den Dialog, den sie nach außen führt, verweigert sie der eignen Bevölkerung. Es handelt sich um eine Krise des bisherigen Sozialismusmodells. Notwendig, so meine Ansicht, ist der Aufbruch zu einem neuen Sozialismus, und das unter Bedingungen, die wir nicht selber setzen. Die Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen worden sind und die unsere Führung, der wir vertrauten, uns verheimlicht oder als feindliche Propaganda abgetan hat, fallen uns jetzt auf die Füße. Der Marxismus, dem das angelastet wird, ist diskreditiert und wird erst von einer späteren Generation wieder angenommen werden. Wir müssen schnell und gründlich lernen, oder wir werden untergehen. Hierüber gab es eine offene Diskussion, in der sich weitere Lehrstuhlmitglieder in ähnlicher Weise äußerten.

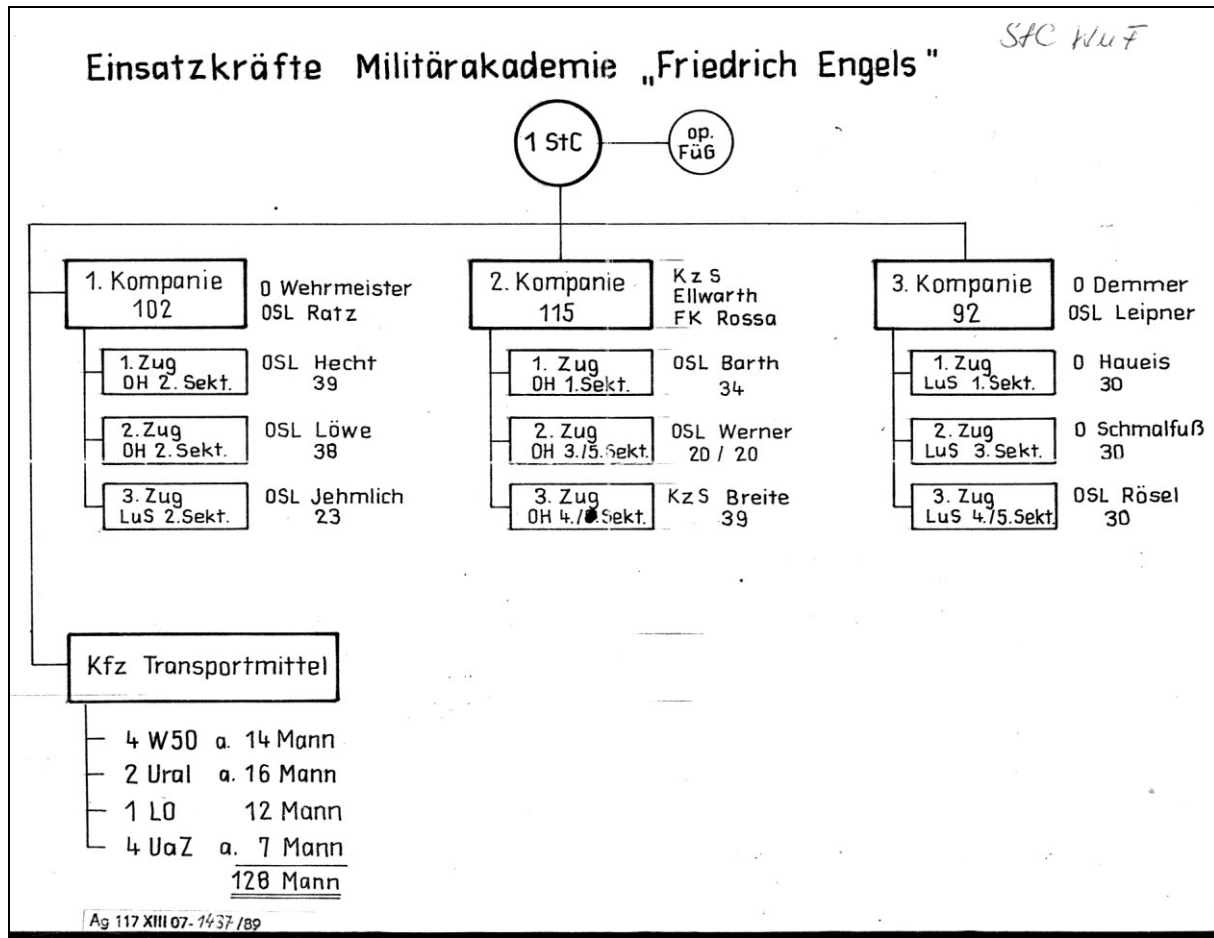
Tags darauf, es war der 5. Oktober, brachte ein Dienstfahrzeug zwei Offiziere und einen zivilen Dozenten der Sektion Gesellschaftswissenschaften nach Berlin. Oberst Prof. Dr. sc. Erich Hocke, Oberst d. R. Dozent Dr. sc. Siegfried Keil und Kapitän zur See Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler nahmen den Nationalpreis 3. Klasse für Wissenschaft und Technik entgegen. Vergeben wurde er an ein Kollektiv aus der Militärakademie *Friedrich Engels* für seine

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie über Frieden, Krieg und Streitkräfte. Man spürte die Spannung und den Ernst der Situation und merkte Ministerpräsident Willi Stoph, der die Auszeichnung in Vertretung des erkrankten Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vornahm, deutlich an, dass in der prekären Situation keine Feststimmung bei ihm aufkam. Merkwürdig war, dass die drei Vertreter der Nationalen Volksarmee, die wir in vollem Paradedichs vortraten, von den versammelten Preisträgern starken Beifall erhielten. Beim anschließenden Imbiss rief mich der Minister, Armeegeneral Heinz Keßler, zu sich und gratulierte mir, ohne viele Worte zu verlieren. Es war das erste Mal, und zugleich sollte es das letzte Mal sein, dass an Angehörige der Militärakademie ein Nationalpreis vergeben wurde. Natürlich fühlten wir uns geehrt, vor allem aber bestätigt in unseren Auffassungen und in unserem Kampf für ihre Anerkennung.

Als wir am späten Abend nach Dresden zurückkehrten, überraschte uns die Nachricht über den Einsatz von Offizieren der Militärakademie zu Polizeihilfsdiensten. In Hundertschaften formiert, sollten sie helfen, Unruhen zu begegnen, die in Dresden wegen der Durchfahrt von Zügen mit DDR-Bürgern aus Prag in die Bundesrepublik aufgeflammt waren. Da ein großer Teil der Offiziershörer sich zur Parade in Berlin befand, wurde auch eine Einsatzkompanie aus dem Bestand des Lehrkörpers und Stammpersonals formiert, die 3. Kompanie. Geführt wurde sie vom Lehrstuhlleiter Jagdfliegerkräfte, Oberst Prof. Wolfgang Demmer. Sie bestand aus drei Zügen zu je 30 Mann. Der 1. Zug wurde gebildet aus Offizieren der I. Sektion, geführt von Oberst Dr. Eberhard Haueis. Der 2. Zug wurde gebildet aus Offizieren der III. Sektion, geführt von Oberst Schmalfuß, der 3. Zug aus Offizieren der IV. und V. Sektion, geführt von Oberstleutnant Rösel. Die 1. Kompanie bestand aus zwei Zügen mit Offiziershören und einem Zug aus Lehr- und Stammpersonal der II. Sektion. Ihr Chef war Oberst Wehrmeister, Lehrgangsleiter in der II. Sektion, einem Zug mit Offiziershören der III. und V. Sektion und einem Zug mit Offiziershören der IV. Sektion. Sie wurde geführt von Kapitän zur See Ellwarth, Lehrgangsleiter in der IV. Sektion.

Dass Angehörige der Streitkräfte, dazu noch Offiziere, für die Sicherung der öffentlichen Ordnung gebraucht wurden, war beisspiellos und ließ darauf schließen, dass eine verzweifelte Lage entstanden sein musste. Ein solcher Einsatz war verfassungswidrig und durch kein Gesetz gedeckt. Doch waren wir noch zu sehr in Kategorien der machtpolitischen Ideologie befangen, um die Frage nach der Rechtsgültigkeit an die erste Stelle zu setzen. Mich bewegte die Frage: Was denken sich eigentlich die Verantwortlichen dabei, Armeeeoffiziere in die gewaltsame Unterdrückung von Protestdemonstrationen zu verwickeln? Das ging nicht nur gegen das Gesetz und die Soldatenehre, das

musste auch die Armee in den Augen der Bürger in Misskredit bringen und damit ein weiteres Machtorgan des Staates paralisieren. Als zwei Lehroffiziere meines Lehrstuhls in die Hundertschaften eingeordnet wurden, war ich drauf und dran, den Befehl zu verweigern.



Ich beriet mich mit Oberst Prof. Horst Großmann, dem Leiter der Fachgruppe, aus der einer der Offiziere gestellt werden sollte. Doch wir konnten uns nicht zur Befehlsverweigerung entschließen. Ich schreckte vor den Konsequenzen zurück, die ja nicht nur mich, sondern den ganzen Lehrstuhl betroffen hätten. Noch war ich mir nicht sicher, ob individueller Protest von anderen als Zeichen zum Widerstand verstanden und unterstützt werden würde.

Am Abend des folgenden Tages hatten die drei Nationalpreisträger den Chef der Akademie, seine Stellvertreter für Politische Arbeit und für Wissenschaft und Forschung sowie die Sektionsführung zu einer Feier eingeladen. Rolf Lehmann hatte uns ermöglicht, dafür das Gästehaus der Akademie zu nutzen. Bei der Feier fehlte der Akademiechef, weil ihm das Einsatzkommando über die NVA-Hundertschaften im Raum Dresden übertragen worden war. Angesichts der politischen Lage und der Betroffenheit der Militärakademie war auch den anderen Gästen nicht recht nach Feiern, obwohl – im Gegensatz zu dem spärlichen Angebot für den Normalbürger – der Leiter des Gästehauses

wohl wegen des besonderen Anlasses im Übermaß kulinarische Köstlichkeiten aufgefahren hatte. Uns erstaunte, was offenbar auf höheren Führungsebenen geboten werden konnte. Mein Toast auf die Deutsche Demokratische Republik war ehrlich gemeint, doch hielt ich auch nicht mit meiner Meinung hinterm Berg, dass, wenn sie überleben soll, wir augenblicklich zu einer anderen Politik finden und uns in einen offenen Dialog mit der oppositionellen Bewegung begeben müssen. Dazu aber gehört, das Neue Forum zuzulassen – damals noch ein Sakrileg. Erich Hocke unterstützte entschieden diese Aussage.

Bedrückend empfanden wir, dass zur gleichen Zeit Einsatzkompanien der Militärakademie ausgerückt und hinter den Linien der Polizei und anderer Sicherheitskräfte in Position gebracht worden sind. Sie hatten, wie wir danach erfuhren, zwar keinen Kontakt mit den Protestierenden, aber ein Zusammenreffen war nicht ausgeschlossen, und das hätte schlimme Folgen haben können. Die Offiziershundertschaften der Akademie waren beim ersten Einsatz mit der persönlichen Schusswaffe ausgeschickt worden. Als höheren Vorgesetzten die gefährliche Unvernunft dieser Entscheidung klar wurde, stattete man die Offiziere stattdessen mit Schlagstöcken aus, eine andere Art von Unvernunft und eine Entwürdigung des Ethos eines Offiziers!

Vom politischen Hauptereignis zwei Tage später in Dresden, am 8. Oktober, erfuhr ich aus Rundfunk und Presse, am meisten aus dem Deutschlandfunk, der äußerst zeitnah über das Geschehen in der DDR unterrichtete und es aus westlicher Sicht kommentierte.³⁴ Westfernsehen konnte ich im *Tal der Abnungslosen* ja nicht empfangen. Nach der gefährlichen Eskalation von Gewalt und Unversöhnlichkeit, bei der die Staatsmacht nicht unterschied zwischen dem gewaltsamen Erzwingen der Ausreise und den friedlichen Demonstranten, die Reformen einforderten, war es an diesem Tag zum Wendepunkt gekommen. Kirchenführer unterbreiteten während der Demonstration ein Gesprächsangebot der Demonstranten und, als Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer es auf Entscheidung Hans Modrows, Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung, annahm, bildete sich spontan eine Vertretung der Demonstranten, die *Gruppe der 20*.³⁵ Eigenmächtig hatten Hans Modrow und Wolfgang

³⁴Seit meiner Aspirantur am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, wo man täglich auf dem Laufenden sein musste, was an politischer Beeinflussung von *driiben* kam, habe ich entgegen dem für die NVA geltenden Verbot regelmäßig den Deutschlandfunk gehört.

³⁵Siehe E. Bahr, *Sieben Tage im Oktober. Aufbruch in Dresden*, Leipzig 1990, S.124 ff.; D. Wehnert, A. Graff (Hrsg.), *Stürmischer Herbst 1989. Chronik der Ereignisse in Dresden – eingebettet in den gesellschaftlichen Umbruch der DDR*, Dresden 1994, S. 23 ff.

Berghofer gehandelt und sich der Partei- und Staatsführung widersetzt, die den Dialog mit der Protestbewegung verbot. Der Bann war gebrochen und der Dialog begann. Von da ging ein Signal aus für zivilisierte Formen der politischen Auseinandersetzung. Der Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann bezeichnete das Beispiel Dresden als Vorbild für die gesamte DDR.³⁶ Das Dresdener Modell wirkte der Gefahr einer gewaltsamen Lösung des Machtkonflikts entgegen. Am nächsten Tag schon fiel in Leipzig die wohl wichtigste Entscheidung. 70.000 Menschen hatten es gewagt, gewaltlos der angedrohten Gewalt zu widerstehen, und bewirkt, dass auf Seiten der Staatsmacht Vernunft und Bereitschaft zum Dialog die Oberhand gewannen. Ich war sehr erleichtert.

Die Widersprüchlichkeit der Situation an der Militärakademie kann nicht deutlicher charakterisiert werden, als es Rolf Lehmann für das am 8. Oktober Geschehene getan hat: „Im Gästehaus der Militärakademie empfangen Rolf Lehmann und Erich Hocke Herrn Dr. Hermann Hagen, als Brigadegeneral nun schon *a. D.* Die Situation ist etwas delikater. Während Teile der Akademie, in *Hundertschaften* organisiert, für Polizeiaufgaben in Bereitschaft gehalten werden, parkt im Hof des Gästehauses der BMW des Gastes mit Bonner Kennzeichen.“³⁷ Inzwischen war auch zu uns an die Militärakademie die Kunde gedrungen, dass am 6. Oktober die Schauspieler des Dresdener Staatsschauspiels nach der Aufführung aus ihren Rollen getreten waren und eine Resolution verlesen hatten. Sie sagten, dass eine Parteiführung, die nicht mit ihrem Volk spricht, unglaublich und zum Untergang verurteilt ist. Sie verlangten vom Staatsapparat und vom Volk, den Dialog gewaltlos zu führen. Es sei unsere Pflicht, Sozialismus so zu definieren, dass dieser Begriff wieder ein annehmbares Lebensideal für unser Volk wird.³⁸ Diese Erklärung verlas das Schauspielensemble an jedem Abend. Ihre Aussagen trugen sehr zum Verstehen dessen bei, was die Aufbegehrenden antrieb und wie sie dachten.

Überraschend rief mich der Verbindungsoffizier, Geheimcode VO (unter uns in Sprechweise *V Null*), zu sich. Dieser war der Leiter der an der Militärakademie tätigen Behörde der Staatssicherheit, das, was woanders Militärabwehr heißt. Seinen Familiennamen Siebenäuger fand ich lustig, passte er doch so gut zu der ihm übertragenen Aufgabe. Aber jetzt war mir gar nicht lustig, zu-

³⁶Siehe Deutschlandfunk vom 09.10.1989, 17.00 Uhr.

³⁷Siehe R. Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen ..., a. a. O., S. 12.

³⁸Siehe Stürmischer Herbst 1989 ..., a. a. O., S. 22.

mal ich schon gewarnt worden war, vorsichtiger zu sein, man sammle Material gegen mich. In dem Gespräch ging es nun zu meinem nicht geringen Erstaunen genau umgekehrt. Nicht ich, der ich mich abwartend zurückhielt, sondern er urteilte ganz offen kritisch über die alte Führung, und, indem er seinen Blick auf das Honecker-Bild an der Wand richtete, sagte er, der muss weg, und fuhr fort, ich hätte mich ja auch schon gehörig aus dem Fenster gelehnt. Offensichtlich versuchte er, mich ins Vertrauen zu ziehen. Mir war die Sache nicht ganz geheuer, und ich blieb lieber ausweichend und unverbindlich. Später, als ich von Markus Wolfs Aktivitäten wusste, konnte ich mir die Zusammenhänge schon eher erklären. Noch entschloss ich mich nicht zum offenen Bruch. Ich fürchtete Isolation und wartete auf ein Signal aus den Kreisen der Parteireformer, die ich aus dem Berliner akademischen Bereich kannte.

Am 12. Oktober hatte ich einen Vortrag in Berlin-Buch am Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften zu halten. Was ich dort vorfand, vertiefte mein Krisenbewusstsein ungemein. Niemand in dem sonst gut gefüllten Hörsaal fand sich ein. Ein Emissär der einladenden Institution zeigte sich verwundert, dass ich als NVA-Offizier in dieser Situation überhaupt gekommen war. Nachdem er doch noch eine Anzahl von Wissenschaftlern zusammengetrommelt hatte, schlug mir eine Mischung aus Neugier und eisiger Ablehnung entgegen. Einer erhob sich und erklärte mit mühsam unterdrückter Erregung, warum er sich eigentlich nicht den Vortrag eines Vertreters der Staatsmacht anhören wollte. Sein Sohn sei vor der Gethsemanekirche misshandelt und festgenommen worden, und er wisse nichts über sein weiteres Schicksal. Derlei Nachrichten würden sich in seiner Umgebung häufen. Ich distanzierte mich deutlich von dem Vorgehen der Sicherheitskräfte, kritisierte die Politik der Verweigerung des Dialogs, erläuterte, wie ich selbstkritisch meine früheren Ansichten über Krieg, Frieden und Landesverteidigung revidiert habe – das Vortragsthema war *Lernprozesse im militärischen Denken* – und entwickelte meine Position des neuen Denkens in der Sicherheitspolitik. Binnen kurzem hatte ich die Zuhörer auf meiner Seite, und wir gingen erwartungsvoll und in der Hoffnung auf eine Änderung der DDR zum Guten auseinander.

Offener Bruch und Aufkündigung der politischen Gefolgschaft

Am Dienstag, dem 17. Oktober, hatte General Lehmann ein Professorengespräch über die Feindproblematik angesetzt, an der, wie vereinbart, die Leitung der Akademie teilnahm. Ausnahmsweise fand es schon in der Dienstzeit am Nachmittag statt. Rolf Lehmann hatte mich gebeten, den einführenden Beitrag zu übernehmen. Bereitwillig ergriff ich die Gelegenheit, rücksichtslos das offiziell gesetzte und immer noch von vielen verinnerlichte Feindbild zu

demontieren. Am Feindbild, sagte ich, wird die letzte Verteidigungslinie des alten Denkens befestigt, und setzte dagegen: Die Aufhebung der Feindschaft ist das Überlebensgesetz des Atomzeitalters.³⁹ Natürlich stellte sich in der Diskussion sogleich auch der Zusammenhang mit der inneren Situation her, und zu meinem Entsetzen musste ich erkennen, dass die Informationen und Argumentationen der Politischen Hauptverwaltung über konterrevolutionäre Umtriebe von manchem General, dessen Befehl wir unterstanden, kritiklos übernommen wurde. Es fiel das schlimme Wort vom Mob auf der Straße. Was kommt da auf uns zu, dachte ich. Immerhin wurden noch die mit Schlagstöcken ausgerüsteten Offiziershundertschaften in Bereitschaft gehalten.

Noch am Abend des gleichen Tages erhielt ich den letzten Anstoß zum offenen Bruch mit dem vorgegebenen politischen Verhalten. Unsere Vorgesetzten schickten uns – natürlich in Zivil – zu der von der Protestbewegung angesagten Kundgebung vor der Kreuzkirche, wo die Ergebnisse der Gespräche zwischen Oberbürgermeister Berghofer und der *Gruppe der 20* öffentlich gemacht werden sollten. Der Platz sollte nicht allein den Oppositionellen überlassen werden, sondern zuverlässige Genossen sollten zugegen sein, um eine mäßigende Wirkung auszuüben. Wir sollten hören, nicht agitieren, Ruhe verbreiten und uns im Falle eines Polizeieinsatzes entfernen. Was sich uns jedoch darbot, war das unmittelbare Erleben engagierter Bürger, die mit Vernunft und bewusster Disziplin, mit geistiger Ausstrahlung und dem Gefühl, in solidarischer Übereinkunft Bürger- und Menschenrechte zu vertreten, zuhörten und ihren gemeinschaftlichen Willen äußerten. Von ihnen ging eine Faszination aus. Ihre Forderungen brachten vielfach das Verlangen auf den Begriff, das auch ich schon lange empfand. Ich fühlte mich hingezogen zu dieser Volksbewegung, obgleich ich der anderen Seite zugehörte, die sie scharf kritisierten und entschieden aufforderten, sich für Gewaltanwendung und Misshandlungen zu verantworten und dem Begehren der Demonstranten nach Bürgerdemokratie zu entsprechen.⁴⁰

Nun wusste ich, was zu tun war, nämlich offen die Berechtigung der Bürgerbewegung anzuerkennen und dafür einzutreten, dass wir nicht gegen sie missbraucht werden, sondern dass wir uns an ihre Seite stellen und auf unse-

³⁹Siehe Die Feindproblematik aus der Sicht des neuen Denkens, Manuskript. Archiv des Autors.

⁴⁰Siehe Abschlussbericht der Unabhängigen Untersuchungskommission (UUK) an die Stadtverordnetenversammlung von Dresden zu den Handlungen der Schutz- und Sicherheitsorgane im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 3. bis 10. Oktober 1989 in Dresden, in: E. Bahr, Sieben Tage im Oktober ..., a. a. O., S. 153 ff.

rem Gebiet für grundlegende Reformen wirken. Anderntags zu Dienstbeginn informierte ich, wie vom Sektionskommandeur angeordnet, den dafür als Verantwortlichen eingeteilten Oberst Dr. Dieter Groll über die Ausführung unseres Auftrages. Dieter Groll war zu dieser Zeit amtierender Leiter des Lehrstuhls Wissenschaftlicher Kommunismus, da Oberst Prof. Erich Hocke sich gerade in der obligatorischen Kur befand. Schnell wurden wir uns einig: Jetzt müssen wir handeln. Mit einigen Lehrstuhlleitern der Sektion stimmten wir uns über unser Vorgehen ab. Wir entschieden uns, die Dienstbesprechung des Sektionskommandeurs am Nachmittag zu nutzen, um offen unsere politische Gefolgschaft aufzukündigen.

Entschlossen und auf alles gefasst gingen wir verabredeten Lehrstuhlleiter in die Dienstbesprechung. Als erster sprach, wie von uns vereinbart, der Leiter des Lehrstuhls Führung der politischen Arbeit, Oberst Prof. Heinz Friedrich. Dass gerade von dem Lehrstuhl, dessen Gegenstand die politische Arbeit war, die politische Gefolgschaft aufgekündigt wurde, ließ aufhorchen und gab anderen Mut. Die wesentlichen Aussagen waren: Wir halten nicht länger still. Wir machen unsere kritischen Positionen öffentlich, sowohl in der Lehre und Publikation als auch im geistigen Leben der NVA und des Landes. Mitten in die Schlag auf Schlag folgenden und immer freier die Tabus brechenden Äußerungen platzte eine umwerfende Nachricht: Honecker ist von allen Ämtern zurückgetreten. Wir atmeten auf. Jetzt wird der Weg frei sein für die notwendigen Reformen, war unser erster Gedanke. Auf Vorschlag des Stellvertreters des Kommandeurs für Forschung, Oberst Dr. Klaus Götze, beschlossen wir, ein Positionspapier der berufenen Hochschullehrer der Sektion zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Der Entwurf, den ich zusammen mit Oberst Götze verfasste, wurde von den Professoren per Mitzeichnung angereichert und konkretisiert. Das dauerte allerdings bis zum 30. Oktober, viel zu lange für das stürmische Tempo der damaligen Ereignisse.

Am Montag, dem 23. Oktober, rief mich der an der Akademie tätige sowjetische Militäroberspezialist zu einem Gespräch zu sich. Er zeigte sich gut informiert und fragte mich aus über meine Meinung zu den im Land ablaufenden politischen Ereignissen. Ich antwortete freimütig, und er schien zufrieden mit meinen Auskünften, die er sicher als ein Indiz für die Stimmung unter den Lehroffizieren der Militärakademie deutete.

Danach begab ich mich zum Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung und teilte ihm meine Befürchtung mit, dass eine Staatsmacht am Ende ist, wenn sie Offiziere der Streitkräfte zu Hundertschaften formiert und zur Niederhaltung einer oppositionellen Bewegung einsetzt. Inzwischen hatten Offiziershörer des 3. Studienjahres schon fordernd nach den gesetzlichen Grundlagen für den Einsatz gefragt. Was wäre zu tun? Wir können nicht län-

ger der Sprachlosigkeit der politischen Führung tatenlos zusehen, sondern müssen unserer Verpflichtung als Lehrer und Wissenschaftler gerecht werden. Drei Dinge hielt ich für nötig: Erstens in der Lehre offen mit den Offiziershörern die Situation diskutieren, zweitens dem Lehrkörper über den Wissenschaftlichen Rat eine Stimme geben und drittens ein Forum Maximum an der Akademie einberufen, auf dem Lehrer und Hörer ihre Meinung sagen können. Rolf Lehmann, immerhin als Stellvertreter des Chefs, zwei Führungsetagen über mir, konnte man derart Umstürzlerisches vorschlagen. Er war einverstanden und sagte zu, in der Leitung dafür sein Möglichstes zu tun.

Am selben Tag noch machte ich weitere Erfahrungen im Bereich der Truppe. Im Militärbezirk III sprach ich vor Schulungsgruppenleitern der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung (GWW) zum Thema *Neues Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte*. Die Offiziere hörten mit finsternen Gesichtern nicht gerade aufmerksam zu. Die Ereignisse in Leipzig und die Einsatzbefehle, die sie um den 9. Oktober erhalten hatten, bedrückten sie, und die Bereitschaftslage war nicht aufgehoben. Man ließ mich nicht zum Bahnhof bringen, sondern fuhr mich mit dem Auto nach Dresden. Es war Montag, und die Demonstranten strömten zusammen. Man fürchtete um meine Sicherheit als Uniformierter.

Am nächsten Tag hatte ich Vorlesung an der Kreisschule Marxismus-Leninismus der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Diesmal nahmen die meist jüngeren Wissenschaftler weniger interessiert auf, was ich über das neue Denken in der Krieg-Frieden-Frage zu sagen wusste. Sie konfrontierten meine Aussagen über den Vorrang gemeinsamer Menschheitsinteressen, den Verzicht auf Feindbilder und Gewalt, den Dialog, das Lernen voneinander und die gemeinsame Sicherheit scharf mit dem, was sie beim Wehrdienst erlebt hatten und momentan in der DDR erlebten. Sie wandten sich entschieden gegen das Säbelrasseln mit der Militärparade in Berlin und verlangten Friedenserziehung statt Wehrerziehung im gesellschaftlichen Leben. Das Bild der DDR sei schon viel zu uniform, da brauchte es nicht auch noch so viele Uniformierte. Meine etwas hilflose Antwort war, dass die letzte Parade sicher die letzte bleiben und die Demilitarisierung des politischen Denkens wohl auch zu entsprechenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Praxis führen werde. Auch diese Gedanken von kritischen Wissenschaftlern an der Akademie der Wissenschaften prägten meine Vorstellungen von dem, was reformbedürftig in unserer eigenen Gesellschaft ist.

Endlich war am 31. Oktober das Positionspapier der Hochschullehrer an der Sektion Gesellschaftswissenschaften fertig.⁴¹ Mit einer Ausnahme hatten alle Professoren der Sektion und Oberst Götze das Papier unterschrieben. Oberst Prof. Horst Kühne, der sich für die Erarbeitung einer Biographie des Armeegenerals Heinz Hoffmann in Freistellung befand, verweigerte seine Unterschrift. Nach unserem gemeinsamen Willen sollte unsere Meinungsäußerung in der Sächsischen Zeitung veröffentlicht werden. Oberst Götze, der es übernommen hatte, für die Veröffentlichung zu sorgen, hielt aber den Dienstweg für die Freigabe von Publikationen in der Bezirkspresse ein, und der dafür zuständige Stellvertreter des Chefs für politische Arbeit, Generalmajor Heinz Bilan, verweigerte die Freigabe. Als ich davon erfuhr, war ich schon auf dem Weg zum Philosophiekongress der DDR. Meinem wiederholten Drängen per Telefon, im revolutionären Umbruch die antiquierte Vorschrift zu missachten, gab der sonst reformfreudige Mitstreiter nicht nach. Nochmals verloren wir kostbare Zeit.

Der Philosophie-Kongress gestaltete sich zu einer offenen und gedankenreichen geistigen Auseinandersetzung um Politik und Ideologie des DDR-Sozialismus. Die Philosophen der Militärakademie, die mit einer starken Delegation vertreten waren, beteiligten sich an ihr mit den neuen Erkenntnissen über Frieden und Sicherheit und erweiterten sie in Anwendung auf die Erfordernisse des inneren Friedens und einer grundlegenden Erneuerung unserer Gesellschaft und ihrer Streitkräfte. Bedeutenden Gewinn zogen wir aus Überlegungen von Geistes- und Sozialwissenschaftlern der Humboldt-Universität zu Berlin und der Akademie der Wissenschaften, die sich als Vordenker von Gesellschaftsreformen im Sinne eines dritten Weges betätigten. Sie opponierten gegen die Bevormundung durch die Politik und nahmen sich die volle Freiheit des Gedankens und der öffentlichen Rede.

Zum Abschluss des Kongresses hatte ich im Plenum die Ergebnisse des Arbeitskreises 1, *Friedensgestaltung und Vernunft in unserer Zeit* zu resümieren, darunter, dass ein unbewaffneter Frieden notwendig und möglich ist, dass der Entwurf einer Militärdoktrin der DDR öffentlich diskutiert werden müsse, dass die Dialektik von äußerem und innerem Frieden ins Bewusstsein getreten ist und die Grundprinzipien des neuen Denkens auch für die Gestaltung des Sozialismus produktiv gemacht werden müssten.⁴² Neue Besorgnis erweckte

⁴¹Siehe WIR SIND DER MEINUNG. Standpunkte von Gesellschaftswissenschaftlern der Militärakademie *Friedrich Engels*, Manuskript vom 31.10.1989, Archiv des Autors.

⁴²Siehe W. Scheler, Bericht Arbeitskreis 1, Manuskript meines Vortrages, Archiv des Autors.

in mir ein Gespräch beim Abschlussempfang. In den Straßen Berlins, so erfuhr ich, seien am Abend massiert Sicherheitskräfte aufgefahren, auch Einsatzkräfte der NVA. Für morgen sei eine große Demonstration angesagt, bei der ein Marsch auf die Mauer zu befürchten sei, und es könnte sein, dass, um den Sturm der Mauer zu verhindern, geschossen werde. Ich entgegnete schockiert, dass auf gar keinen Fall geschossen werden darf und man lieber die Mauer stürmen lassen muss. Wenn wir schießen, wird uns der Volkszorn hinwegfegen, und das mit Recht. Das war am Vorabend der größten Demonstration in der Geschichte der DDR, an der sich auf dem Alexanderplatz mehr als eine halbe Million Bürger beteiligten. In der Nacht kamen wir zurück nach Dresden. Mich erwartete am anderen Morgen schon das nächste Ereignis, die außerordentliche Tagung des Wissenschaftlichen Rates. Bis weit in die Nacht bereitete ich meine Diskussionsrede vor.

Der Wissenschaftliche Rat bekennt sich zu Bürgerfrieden und Armeereform

Anderntags trat der Wissenschaftliche Rat der Militärakademie zu der geforderten außerordentlichen Tagung zusammen. Mit Generalmajor Prof. Lehmann war ich, wie schon gesagt, zu der übereinstimmenden Auffassung gekommen, dass es angesichts der prekären politischen Situation und der Gefahr, zum gewaltsamen Vorgehen gegen die oppositionelle Bewegung missbraucht zu werden, notwendig ist, den Wissenschaftlichen Rat zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Nun hatte General Lehmann das schließlich durchgesetzt. Wir sahen darin die Möglichkeit, den Repräsentanten des Lehrkörpers das Forum zur eigenständigen Bewertung der Situation und zu einer Neubestimmung des Verhaltens zu verschaffen. Weil wir Philosophen bis zum Vortag auf dem Philosophiekongress waren, die Zeit aber drängte, musste ein dienstfreierer Sonnabend dafür angesetzt werden. Es war der 4. November. Noch wussten wir nicht, dass dieser Tag wegen der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz ein geschichtsträchtiges Datum werden würde.

Nach dem Referat des Chefs und Vorsitzenden des Rates, Generalleutnant Manfred Gehmert, in dem er zum Festhalten an den alten Positionen aufforderte, wurde die Diskussion ganz unerwartet mit einer Wortmeldung des Sektionskommandeurs Generalmajor Prof. Horst Syrbe eröffnet. Er beklagte, dass die Stellungnahme der Professoren unserer Sektion, nach nunmehr vier Tagen seit Fertigstellung immer noch nicht für die Veröffentlichung freigegeben worden ist. Er forderte vom Stellvertreter des Chefs für politische Arbeit, der gemäß Publikationsordnung dafür zuständig war, das unverzüglich zu tun. Die Meinung der Ratsmitglieder war eindeutig. Sofort wurde ein Bote mit dem Manuskript zur Redaktion der Sächsischen Zeitung geschickt. Unsere

Stellungnahme als Gesellschaftswissenschaftler an der höchsten militärischen Bildungsstätte, gedacht als ein Signal der Ermutigung an alle, die so nicht mehr weiter machen wollten und für grundlegende Reformen in unserer Gesellschaft waren, erschien zwar vier Tage danach in konzentrierter Form,⁴³ ihre öffentliche Wirkung verpuffte aber, denn die stürmische Entwicklung der Ereignisse war schon darüber hinweg gegangen.

Auf der Ratstagung allerdings kam das darin Vorgesagte zur Sprache und wurde radikalisiert. Nachdem Generalmajor Heinz Bilan den Ernst und die Gefahren der politischen Lage beschworen hatte, sprach Oberst Prof. Kühne, der es als einziger Hochschullehrer der Sektion abgelehnt hatte, unser Positionspapier zu unterzeichnen. So war auch seine Rede. Dann erhielt ich das Wort. Was ich sagen wollte, stand in Kernsätzen auf meinem Notizzettel. Die Hauptaussagen waren: Der bisherige Sozialismus ist gescheitert. Wir müssen zu einer neuen Form des Sozialismus finden, und auch die Streitkräfte müssen reformiert werden. Nicht nur die neue Sicherheitskonzeption ist dafür bestimmend, sondern auch die Erneuerung der Gesellschaft. Aufgabe der Militärakademie ist es, den Inhalt der Armeereform zu bestimmen. Wir tragen Mitverantwortung dafür, dass das stärkste Machtorgan unseres Staates in einer Machtkrise eine intakte Macht bleibt, eine Macht, auf die sich die Partei bei ihrer Wende zu einer neuen, zeitgemäßen Politik verlassen kann. So war noch immer mein Glaube. Wir müssen vor allem den Frieden üben, ganz besonders den inneren, den Bürgerfrieden. Nicht weit waren wir davon entfernt, dieses Verfassungsgebot zu verletzen. Weg mit dem Knüppel und weg mit dem Feindbild, das uns den Knüppel in die Hand gab! Im Aufbruch zu einem demokratischen Sozialismus müssen wir Feindschaft abbauen und Partnerschaft suchen, Konfrontation vermeiden, auf Gewalt verzichten und Konflikte ausschließlich mit politischen Mitteln lösen. Der Schlüsselbegriff ist Dialog. An der Militärakademie müssen wir schonungslos unsere Arbeit überprüfen und verändern und den auszubildenden Führungskadern helfen, sich auf eine völlig veränderte gesellschaftliche Situation umzustellen. Wir brauchen völlige Lehrfreiheit für die berufenen Hochschullehrer und völlige Studienfreiheit für unsere Hörer.

Abschließend fasste ich meine Gedanken zur Armeereform in neun Punkten zusammen. Hier im Konzentrat:

⁴³Siehe Aus einer Stellungnahme von Gesellschaftswissenschaftlern der Militärakademie *Friedrich Engels*, in: *Sächsische Zeitung* vom 08.11.1989.

- Die Armee muss zusammengehen mit der Volksbewegung für einen demokratischen Sozialismus.
- Wir brauchen den mündigen Staatsbürger in Uniform.
- Hergestellt werden muss die volle Eigenverantwortung für jeden im Rahmen seiner Kompetenz.
- Es muss die Möglichkeit freier Meinungsäußerung, Mitbestimmung und Interessenvertretung geben.
- Die Politorgane verlieren ihren Sinn, wenn sie nicht hauptsächlich für eine innere Verfassung der Streitkräfte sorgen, in der es sozialistisch, also menschlich, demokratisch, gerecht, solidarisch zugeht, jeder seine Rechte wahrnehmen kann und Machtmissbrauch ausgeschlossen wird.
- Inhalt und Formen der politischen Arbeit müssen unverzüglich entsprechend der Erneuerung des Sozialismus verändert werden. Gedanken aller gesellschaftlichen Kräfte, einschließlich der des *Neuen Forum*, sind zu studieren und alles Nützliche ist aufzunehmen.
- Die Nationale Volksarmee muss eine Armee des Volkes und seines Staates sein, nicht die einer Partei. Das war die Kardinalfrage. Die Rolle der SED und ihr Verhältnis zu anderen Parteien müssen neu bestimmt werden.
- Das Vorzeigen militärischer Macht und das militärische Zeremoniell müssen dem Geist der Zeit angepasst und auf Paraden muss verzichtet werden.
- Eine schlichte und praktische Uniform ohne antiquierten Zierrat sollte eingeführt werden und ihr Tragen auf die Dienstausbübung beschränkt werden.⁴⁴

Soweit ich mich erinnere, brachte keiner der weiteren Diskussionsredner prinzipielle Einwände vor. Verunsichert durch die tiefe politische Krise, den Vertrauensverlust und die Führungslosigkeit, widersprachen nicht einmal Mitglieder der Ratsleitung. Der Kommandeur der Sektion Landstreitkräfte, Generalmajor Dr. Zeh, sprach sich sogar dafür aus, die von mir dargestellten Auffassungen zum Gedankengut aller zu machen. Nachdrücklich unterstützte Oberst Dr. Klaus Götze meine Positionen und erhob einige weitergehende konkrete Forderungen. Im Rückgriff auf einen Gedanken der preußischen Heeresreformer rief er uns zu, die Armee müsse an der Spitze des Fortschritts marschieren. Entscheidend aber war, dass auch General Prof. Rolf Lehmann sich zu diesen Positionen bekannte und sich rückhaltlos an unsere Seite stell-

⁴⁴Siehe W. Scheler, Sondertagung des Wissenschaftlichen Rates. Diskussionsbeitrag, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit ..., a. a. O., S. 141 ff.

te. Er, der als einziger in der Leitung der Akademie selbst Wissenschaftler war, genoss unter den anderen Wissenschaftlern hohe Autorität und verkehrte mit ihnen auf gleicher Augenhöhe. Obwohl gerade er es am wenigsten nötig hatte, leitete er seinen Redebeitrag in seiner offenen Art mit dem Bekenntnis ein, nicht immer seine Möglichkeiten genutzt zu haben, um dem drängenden Wort der Wissenschaft Gehör zu verschaffen, und versicherte, sich dieser Verantwortung konsequenter zu stellen. Er sprach sich dafür aus, die Rolle des Wissenschaftlichen Rates so zu verändern, dass er zu einem kompetenten Organ wird und Einfluss auf Grundsatzentscheidungen an der Militärakademie nehmen kann.⁴⁵

Anders als sonst war diesmal Oberst Günter Frenzel von der Sicherheitsabteilung des ZK der SED nicht zugegen, und auch die eingeladenen Vertreter des Ministeriums für Nationale Verteidigung waren nicht erschienen, was von Oberst Prof. Siegfried Schönherr und anderen Ratsmitgliedern scharf kritisiert wurde. Das hatte natürlich einen Informationsverlust über das revolutionierende Umdenken an der Militärakademie zur Folge, der in der angespannten Situation auch durch Berichterstattung nach oben nicht auszugleichen war. Zwei Offiziershörer, die an der Ratstagung teilnahmen, baten mich um mein Redemanuskript, um es unter den Hörern zu verbreiten. Noch am Nachmittag fertigte ich die Niederschrift an und übergab sie am Montag, dem 6. November, den beiden Hörern und dem Sekretär des Wissenschaftlichen Rates.

Mit Begeisterung hatte ich noch einen Teil der Übertragung von der großen Demonstration auf dem Alexanderplatz verfolgen können, und am Montag las ich die Reden in der Zeitung. Eine intellektuelle Elite von Schauspielern, Schriftstellern und anderen wachen Geistern hatte die unhaltbaren Zustände im Land einer scharfen Kritik unterzogen und unverhohlen den Rücktritt der Staatsführung gefordert, um eine grundlegende demokratische Erneuerung der Gesellschaft einzuleiten. Deutlich sind mir die Worte und Gesten der Schauspielerin Steffi Spira in Erinnerung geblieben. Sie schlug vor, aus Wandlitz ein Altersheim zu machen, und die jetzigen Bewohner, soweit über 60, könnten dort wohnen bleiben, wenn sie das machen, was ich jetzt mache: Abtreten!

In diesen von Veränderungswillen, von humanistischem und freiheitlichem Geist getragenen Aufbruch konnten sich die an der Militärakademie geäußer-

⁴⁵Siehe R. Lehmann, Diskussionsbeitrag zur außerordentlichen Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 04.11.1989, Archiv des Autors.

ten Reformgedanken auf dem Gebiet der Landesverteidigung einordnen. Unter der Leitung von Rolf Lehmann wurde eine *Standpunktbestimmung des Wissenschaftlichen Rates auf seiner außerordentlichen Tagung*⁴⁶ erarbeitet und vom Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates, Generalleutnant Manfred Gehmert, unterzeichnet. Sie enthielt die meisten meiner Gedanken und Vorschläge in zum Teil wörtlicher Übernahme. Kurze Zeit später kam die Redaktion der Armeeweitschrift *Parteiarbeiter* auf mich zu – die Kunde war also doch nach oben gedrungen – und drängte auf eine rasche Veröffentlichung meiner Rede. Die von mir leicht bearbeitete Fassung erschien dann auch noch im Dezemberheft unter dem Titel *Gedanken zur Armee reform*.⁴⁷

Leider hat die Armeeführung diesen von der Militärakademie ausgehenden Aufruf zu einer grundlegenden demokratischen Militärreform und den danklichen Ansatz dafür zunächst ignoriert. Das zeigt die *Konzeption für die sozialistische Erneuerung in der NVA und den Grenztruppen der DDR (Reformen im Militärwesen)*, die im November 1989 auf Initiative der Politischen Hauptverwaltung von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Generalmajor Dr. Alfred Dziewulski ausgearbeitet und den Kollegiumsmitgliedern übergeben worden ist. In ihr ist nicht von einer Militärreform die Rede, sondern von Reformen im Militärwesen, ohne etwas über deren Inhalt auszusagen. Sie enthält keinen der tragenden Reformgedanken wie das Zusammengehen mit der Volksbewegung, oder dass die Armee nicht die einer Partei, sondern eine des ganzen Volkes sein und das demokratische Prinzip des Staatsbürgers in Uniform anerkennen muss.⁴⁸ Auch im Beschluss des Sekretariats der PHV vom 18. November, dessen Inhalt in einem Brief des Sekretariats der Politischen Hauptverwaltung veröffentlicht wurde, ist das nicht anders.⁴⁹

Am 6. November beteiligte ich mich an der Montagsdemonstration in Dresden. Es war ein erhebendes Gefühl, in der Menge freudig erregter Menschen zu gehen, die selbstbewusst ihre Überzeugung und ihre Forderungen mit

⁴⁶Siehe Standpunktbestimmung des Wissenschaftlichen Rates der Militärakademie *Friedrich Engels* auf seiner außerordentlichen Tagung am 04.11.1989, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 145 ff.

⁴⁷Siehe W. Scheler, Gedanken zur Armee reform, in: *Parteiarbeiter*, Heft 12/1989, S. 5 ff.

⁴⁸Siehe Abschrift des Entwurfs einer im November 1989 unter Leitung von GM Dr. Dziewulski erarbeiteten Konzeption für die sozialistische Erneuerung in der NVA und den Grenztruppen der DDR (Reformen im Militärwesen), Archiv des Autors.

⁴⁹Siehe Brief des Sekretariats der Politischen Hauptverwaltung der NVA an alle Mitglieder und Kandidaten der SED in der Nationalen Volksarmee, in den Grenztruppen der DDR und in der Zivilverteidigung, ohne Datum.

Kreativität und Mutterwitz zum Ausdruck brachten. Ihre wichtigsten Losungen waren: *Keine Gewalt! Wir sind das Volk! Wir bleiben hier – Reformen wollen wir! Für unsere Kinder keine Feindbilder! Stasi in die Produktion!* und *8 – 9 – 10 – SED muß gehen!* Auf selbst gefertigten Plakaten und Transparenten forderten sie Freiheit der Information, politischen Dialog und Meinungsfreiheit. Direkte antisozialistische Forderungen wurden nicht erhoben, und für die Sorge, keinen Schaden in der DDR-Gesellschaft anrichten zu wollen, sprach, dass die durch das Demonstrieren ausfallende Arbeitszeit nachgearbeitet wurde. Beindruckend waren für mich Disziplin, Verantwortungsbewusstsein und Toleranz der Demonstranten und die kluge Moderation von Amtsträgern der Kirche. Auf einer abschließenden Kundgebung auf dem Fučikplatz sprachen Redner der Opposition und der Staatsmacht, darunter auch Hans Modrow, Wolfgang Berghofer und dessen späterer Nachfolger Herbert Wagner. Das gab einen weiteren Impuls für den Bewusstseinswandel, der sich in dieser aufregenden Zeit bei mir und auch bei vielen anderen an der Militärakademie vollzog. Als ich zwei Tage später vor den Militärjournalisten, die mich zum Vortrag nach Grünheide eingeladen hatten, zum Thema *Neues Denken über das Militärwesen und den Sinn des Soldatseins* sprach, nahm ich nun kein Blatt mehr vor den Mund. Ich sagte ihnen deutlich, was ich über die fällige Gesellschafts- und Militärreform dachte und stieß auf offene Ohren und volle Zustimmung.

Am Abend des 9. November blieb ich bis in die Nacht vor dem Fernseher und verfolgte gespannt, wie die Berliner Mauer fiel. Dass man die Grenze öffnen muss, war mir schon lange klar, spätestens seit der Ausreisewelle im September. Viel zu lange hatte die alte Führung das hinausgeschoben, und die neue hatte durch ihr Unvermögen die Initiative aus der Hand gegeben. Ich war sehr froh, dass die Öffnung der Grenze trotz des chaotischen Verlaufes, den eine erschreckend inkompetente politische und militärische Führung ausgelöst hatte, gewaltlos geblieben war. Auf mich übertrug sich ganz spontan die euphorische Stimmung der Menschen. Ich vermochte ihre Freude nachzufühlen, dass sie auf einmal den ihnen lange verschlossenen Westteil der Stadt betreten und Menschen von der anderen Seite in die Arme schließen konnten.

Am Nachmittag des 10. November fand eine Versammlung der Sektion Gesellschaftswissenschaften statt, auf der Lehrkörper und Offiziershörer sich gemeinsam über die entstandene Lage verständigten und wissen wollten, wie es weitergehen soll. Natürlich spielte dabei auch die Grenzöffnung eine Rolle, aber sehr viel mehr ging es darum, Klarheit über die in der DDR ablaufenden politischen Prozesse zu gewinnen und in diesen die eigene Position zu bestimmen. Noch waren wir uns der Tragweite des Mauerfalls nicht bewusst. In der Diskussion forderten einige Hörer nachdrücklich: Kapitän zur See Scheler

soll sprechen. Unvorbereitet wie ich war, äußerte ich mich über meine Eindrücke von der Montagsdemonstration und bekannte, dabei mehr gelernt zu haben als aus zehn philosophischen Büchern. Wir Offiziere, so sagte ich, sollten uns offen auf die Seite derer stellen, die eine grundlegende Gesellschaftsreform fordern und deshalb mit ihnen demonstrieren, und zwar in Uniform.

Die erste Gelegenheit dazu gab es zwei Tage später, am Sonntag, bei einer Kundgebung, zu der sich allerdings vor allem das unzufriedene, auf Veränderung drängende SED-Parteivolk versammelte und Hans Modrow verabschiedete. Auf ihn, der am nächsten Tag in der Volkskammer zur Wahl als Ministerpräsident kandidierte, ruhten jetzt alle unsere Hoffnungen. Es sprachen dort auch die Mitglieder der *Gruppe der 20* Herbert Wagner und Friedrich Boltz, das einzige SED-Mitglied in der *Gruppe der 20*. Was sie sagten, schien mir sehr vernünftig und brachte mich auf den Gedanken, mit der *Gruppe der 20* Kontakt aufzunehmen. Da ich aber am nächsten Tag nach Moskau fliegen musste, konnte ich das erst nach meiner Rückkehr tun.

Ost-West-Dialog auf der Moskauer Konferenz *Neues Denken und Militärpolitik*

Nach Moskau reiste ich am 13. November mit der Delegation des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften. In dessen Auftrag, nicht in dem des Verteidigungsministeriums, leitete General Prof. Dr. Lehmann die Delegation. Wir waren eingeladen zu der internationalen Konferenz *Neues Denken und Militärpolitik*. Als NVA-Offiziere gehörten ihr weiter Oberst Prof. Wilfried Schreiber von der Militärpolitischen Hochschule *Wilhelm Pieck* und ich von der Militärakademie an. Die drei zivilen Delegationsmitglieder waren der Sekretär des Rates für Friedensforschung Dr. Klaus Benjowski, Prof. Bernhard Gonnermann von der Humboldt-Universität zu Berlin und Dr. Wolfgang Schwarz vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW). Kurz vor dem Abflug aus Berlin führte auf dem Flughafen ein Reporter des Rundfunksenders *Stimme der DDR* noch ein Gespräch mit mir über meine Ansichten zur Militärreform.

Als wir in Moskau vom Flughafen Scheremedjewe mit einem Bus abgeholt wurden, fuhren wir zuerst zum Offiziershotel. Dort war aber offenbar kein Platz mehr. Der Chefororganisator, General Tschaldymow, wurde gerufen und nach einigem Hin und Her brachte er uns in das Gästehaus des Zentralkomitees der KPdSU an der Moskwa, für uns ein Zeichen, über welche Kanäle er verfügte. Jeder von uns erhielt eine fürstliche Suite mit prächtigen Wohn- und Arbeitsräumen bei herrlichem Ausblick auf die Moskwa. Die Räume waren mit exotischen Hölzern getäfelt und stilvoll ausgestattet. Der krasse Gegensatz dieses luxuriösen Anspruchsniveaus einer Führung, die sich kommunistisch

tisch nannte, zur Ärmlichkeit der allgemeinen Lebensverhältnisse sprang deutlich ins Auge.

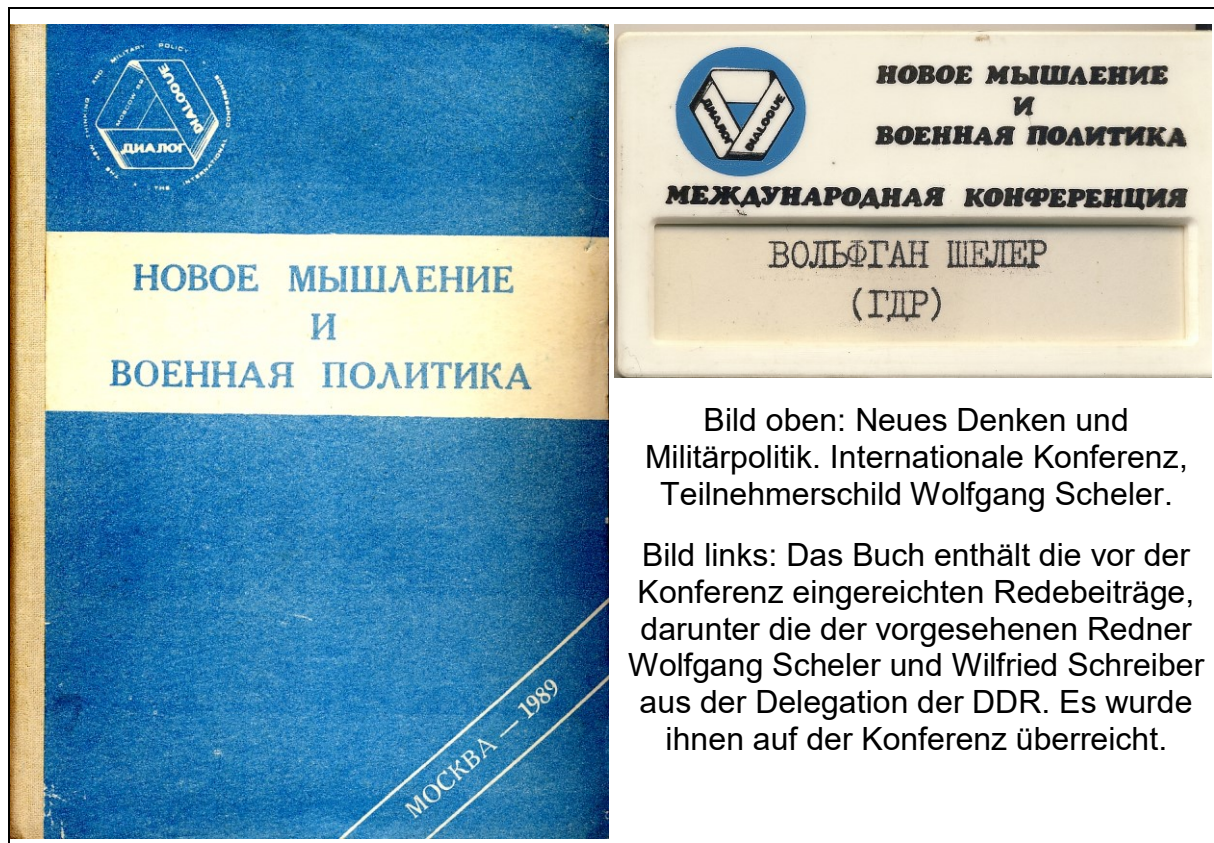


Bild oben: Neues Denken und Militärpolitik. Internationale Konferenz, Teilnehmerschild Wolfgang Scheler.

Bild links: Das Buch enthält die vor der Konferenz eingereichten Redebeiträge, darunter die der vorgesehenen Redner Wolfgang Scheler und Wilfried Schreiber aus der Delegation der DDR. Es wurde ihnen auf der Konferenz überreicht.

Veranstalter der dreitägigen Moskauer Konferenz vom 14. bis 16. November war die Philosophische Gesellschaft der UdSSR, gemeinsam mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und dem Verteidigungsministerium der Sowjetunion. Sie führte hochrangige Soldaten und Sicherheitsexperten beider Bündnisse zu einem historisch wohl einmaligen sicherheitspolitischen Dialog zusammen. Meine Erinnerung an diese Begegnung von Repräsentanten antagonistischer gesellschaftlicher Systeme und Militärblöcke ist noch heute sehr lebendig. Das Eis jahrzehntelanger Konfrontation und Feindschaft schien auf einmal gebrochen. Ein neuer Geist, die Umkehr zur gegenseitigen Akzeptanz und Verständigung bemächtigte sich der vormaligen Gegner, die eben noch die Waffen der garantierten gegenseitigen Vernichtung aufeinander gerichtet und ständig perfektioniert hatten.

Initiator und Organisator dieses Ereignisses war mein Kollege von der Militärpolitischen Akademie *W. I. Lenin*, Generalmajor Prof. Nikita A. Tschaldymow, Leiter des Lehrstuhls Philosophie, Mitglied des Präsidiums der Philosophischen Gesellschaft und Vorsitzender der Sektion Krieg und Frieden. Schon im Februar war er nach Dresden gekommen, um inhaltliche Absprachen zu treffen. Dabei wurde mir klar, dass er zur Funktionselite Gorbatschows gehörte und, mit weit reichenden Vollmachten ausgestattet, hochrangige Militärs und Sicherheitspolitiker der NATO-Staaten für eine Teil-

nahme zu gewinnen suchte. Er übergab General Lehmann, Fregattenkapitän Siegfried Fischer, der ihn betreute, und mir die Einladung und bat mich, einen Plenarbeitrag zu halten. Unserer Geistesverwandtschaft war ich mir spätestens bewusst, seit dem er gemeinsam mit einem Kollegen unser Buch *Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges* mit einem ausführlichen Vorwort versehen in Russisch⁵⁰ herausgegeben hatte. Deshalb sagte ich unbekümmert zu, nicht ahnend, in welche Phalanx ich da eindringen würde. Meinen Plenarbeitrag musste ich schon im Mai über das Verteidigungsministerium, übersetzt in Russisch, einreichen, was dieses Mal ohne Zensur über die Bühne ging.⁵¹

Infolge der revolutionären Ereignisse in der DDR galt uns die Aufmerksamkeit vieler der Teilnehmer. Vor allem Vertreter aus NATO-Staaten wollten sich aus erster Hand informieren, was sich bei uns tat und wie wir darüber dachten. So fand auch mein Vortrag im Plenum starke Beachtung, obwohl ich von Stellung und Rang überhaupt nicht in die Reihe der Redner passte. Die Ranghöhe war bestimmt von Männern wie dem Senator Robert Raille, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Kongresses der Vereinigten Staaten, dem einflussreichen Präsidenten der Gesellschaft für Politikwissenschaften der UdSSR, Georgij Ch. Schachnasarow, dem britischen Admiral James Eberle, Direktor des Königlichen Instituts für internationale Beziehungen, dem Chef des Generalstabs der Sowjetarmee, Generaloberst Nikolai F. Tscherwow, dem durch seine gründlich umwertende Stalin-Biographie bekannten Autor und Direktor des Instituts für Militärgeschichte, Generaloberst Prof. Dmitri A. Wolkogonow und Prof. Dr. Jurij A. Krasin, Rektor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU. Nach diesen Rednern erhielt ich das Wort.

Betont langsam, damit die Simultanübersetzer es genau wiedergeben konnten, sagte ich: Mein erster Gedanke bezieht sich auf den Zusammenhang zwischen Frieden und den Menschenrechten. In meinem Land findet eine Revolution statt, eine demokratische und friedliche Revolution. Unser Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, ist uns gründlich misslungen. Wir befanden uns, was wir heute erkennen müssen, auf einem Irrweg. Das bürokratisch-administrative System mit dem Machtmonopol einer Partei ist gescheitert. Was wir wollen und was wir brauchen, ist ein effektiver, demokratischer,

⁵⁰Filosofija mira protiv ideologii vojny, Moskva, *Mysl* 1988.

⁵¹W. Scheler, Das neue Denken und die philosophischen Auffassungen des Marxismus-Leninismus über Frieden, Krieg und Streitkräfte, Mai 1989, veröffentlicht in: *Novoje Myschlenije i vojennaja politika*, Moskva 1989, S. 31 ff., Archiv des Autors.

gerechter und moralisch sauberer Sozialismus, der den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. In den Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Wochen begriff ich, dass bei uns demokratische Rechte der Bürger missachtet und Menschenrechte mit Füßen getreten wurden. Das war nicht gut für den Frieden. Wir verstehen nun den Zusammenhang von äußerem und innerem Frieden besser. Bei uns finden tiefgreifende Reformen unseres gesellschaftlichen Systems statt. Das wird gut sein für den Frieden. Allerdings – so reagierte ich auf meinen Vorredner aus den USA – habe ich Zweifel, ob es für den Frieden, den wir heute alle brauchen, ausreicht, wenn nur wir uns reformieren. Wäre es nicht besser für den Frieden, wenn jeder sich vor allem bemüht, in seiner Gesellschaft, in der er lebt, zu prüfen, was es an ihr zu verändern gibt, damit wir für immer in einem ungefährdeten Frieden leben können? Es steht keiner Seite gut zu Gesicht, wenn sie den Anspruch erhebt, in den Fragen, über die wir den Dialog führen, die allein gültige Wahrheit zu vertreten.

Während dieser einleitenden Ausführungen herrschte im Saal gespannte Aufmerksamkeit und Stille. Dann behandelte ich mein eigentliches Thema, *Neues Denken und die Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte*. Dabei erläuterte ich die von uns unternommene Revision der marxistisch-leninistischen Lehre über Krieg und Streitkräfte. Abschließend trug ich kurz meine Gedanken über eine demokratische Militärreform vor, wie ich sie für dringend erforderlich hielt. Mein Hauptgedanke war: Die Nationale Volksarmee muss eine Armee des ganzen Volkes und seines demokratischen Staates sein, frei von der Bindung an eine politische Partei und an eine einzige Weltanschauung.⁵² Wolfgang Schwarz aus unserer Delegation meinte, das sei eine Lehrstunde für die anwesende sowjetische Generalität gewesen.

Nach der Plenartagung erhielt ich von vielen Seiten Zuspruch und wurde in angeregte Gespräche gezogen. Beim Mittagessen kam der britische Vizeluftmarschall Mason an meinen Tisch, an dem ich neben sowjetischen Generalen platziert worden war. Er wandte sich in einem betont öffentlichen Auftritt an

⁵²Der Vortrag zum Thema *Neues Denken und die Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte* ist veröffentlicht in: W. Scheler, Neues militärisches Denken, in: *Militärwesen*, Heft 02/1990, S. 15 ff. Siehe dazu auch H. Hagen, Vermerk über ein Gespräch mit Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, StvKdr Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden, am 14.11.1989, 18.00 - 19.00 Uhr im Hotel *Oktjabr*, Moskau, sowie über sonstige Eindrücke während der sicherheitspolitischen Konferenz in Moskau vom 14. - 16.11.1989, in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ...*, a. a. O., S. 163 ff. sowie S. Andrä, H.-U. Kohr, J. Kulmann, M. Schönborn, Konferenzbericht über das Internationale Wissenschaftliche Symposium *Neues Denken und Militärpolitik*, Moskau 14. - 16.11.1989, in: *SOWI-ARBEITSPAPIER*, Nr. 31, München, Januar 1990, S. 11.

mich und sprach vor den im Raum Anwesenden seine Zustimmung zu meinen Äußerungen aus. Ausdrücklich entschuldigte er sich für die anmaßenden Ausführungen seines amerikanischen Bündnispartners. Anschließend bat General Fricaud-Chacnaud aus dem Verteidigungsministerium Frankreichs um ein Gespräch. Das ging über längere Zeit und war möglich, weil Christoph Bertram, damals Mitarbeiter der ZEIT und davor Direktor des Londoner Instituts für Strategische Studien, sehr zuvorkommend angeboten hatte zu übersetzen. Den französischen General interessierten vor allem die Vorgänge in der DDR und die Haltung der Nationalen Volksarmee in der demokratischen Revolution.

Ein weiteres Gespräch hatte ich mit Ronald L. Hatchett, stellvertretender Direktor des Instituts für Verteidigungsstudien an der Universität Texas. Er hatte in der 1. wissenschaftlichen Sektion der Konferenz gesprochen, die sich dem Thema *Krieg und Frieden im System globaler Probleme der Gegenwart* widmete. In seiner Rede wandte er sich gegen die Skeptiker unter den Regierenden in den USA und nannte dabei den Verteidigungsminister und den Chef der NATO-Streitkräfte, die die alte Politik in regionalen Konflikten weiterführen wollten. Er sprach sich für Zusammenarbeit und die Integration der Sowjetunion in die Weltgemeinschaft aus. Die schwierige Situation des Ostens dürfe nicht zum einseitigen Vorteil des Westens genutzt werden, sonst falle man zurück in Konfrontation. Bei unserem persönlichen Gespräch stellten wir eine erstaunliche Schnittmenge gemeinsamer Auffassungen über die notwendige Erneuerung der Sicherheits- und Verteidigungsstrategie in beiden Bündnissen fest.

General Rolf Lehmann beteiligte sich an der Debatte in der Sektion 2, *Modelle der Militärpolitik und der Strategie im Atomzeitalter, Tendenzen ihrer Entwicklung*. An ihn wurde die Frage gestellt, inwieweit die von Scheler vorgetragenen Auffassungen in der NVA geteilt würden. Er antwortete, dass er selbst dahinter stehe und sie vom Wissenschaftlichen Rat der Militärakademie geteilt werden. Die Verfassungsgrundsätze müssten auch für Soldaten gelten. So müsste ein Professor an der Militärakademie das Recht haben, seine Meinung ohne Zensur zu veröffentlichen.⁵³ In der Sektion 4 *Ökonomische Entwicklung und Probleme von Krieg und Frieden unter den gegenwärtigen Bedingungen* sprach aus unserer Delegation Oberst Prof. Dr. Wilfried Schreiber zum Thema *Hochtechnologierüstung und internationale Sicherheit*.

⁵³Siehe H. Hagena, Vermerk über ein Gespräch mit Generalmajor Prof. Dr. Lehmann ..., a. a. O.

Rolf Lehmann und wir anderen Delegationsmitglieder hatten noch eine weitere Begegnung von nachhaltiger Bedeutung. Aus Bonn war Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagena angereist. Am Abend des ersten Konferenztages traf Rolf Lehmann sich mit ihm zu einem Vieraugengespräch. Sie tauschten sich über die Vorbereitung einer Begegnung zwischen den Verteidigungsministern der DDR und der Bundesrepublik aus. Dabei sollte auch die Fortsetzung der Gespräche zwischen der Militärakademie und der Führungsakademie ein Gegenstand sein.

Brigadegeneral a. D. Hagena suchte auch das Gespräch mit unserer Delegation insgesamt. Uns NVA-Offiziere behandelte er wie selbstverständlich als Soldatenkameraden, obgleich er natürlich um unsere Parteibindung wusste. Im gleichen Gästehaus untergebracht wie wir, trafen wir uns mit Herrn Hagena im Foyer, und er lud uns sechs DDR-Deutsche zum Wein ein, was allerdings wegen Gorbatschows Abstinenzdekret scheiterte. Doch auch hier ganz Soldat, setzte er trotz der Friktionen den Entschluss entsprechend der Lage durch. Er opferte seine letzten Dollars, um uns in ein Devisenlokal zu führen, wobei ihm dieses Opfer nur deshalb Leid tat, weil er uns dafür nicht den geliebten Wein spendieren konnte. Es war ein Bierlokal, und für das Halbliterglas Münchner Bier musste er fünf Dollar zahlen. Wir, die wir zu Hause für einen halben Liter Bier etwa eine Mark hätten aufbringen müssen und den Umrechnungskurs zum Dollar im Hinterkopf hatten, waren stark beeindruckt von solcher Freigiebigkeit, viel mehr aber noch von der freimütigen Unterhaltung. Das Urvertrauen, das Menschen eigen ist, wenn sie einander begegnen, siegte über die in der jeweiligen Sozialisation erlernte Gegnerschaft und ideologisch eingeübte Abgrenzung.

Natürlich drängte es uns besonders, mit bundesdeutschen Konferenzteilnehmern ins Gespräch zu kommen. Ihnen erging es offenbar ebenso, und in den Konferenzpausen standen wir oft zusammen in zwangloser Unterhaltung. Sie stellten sich uns vor als Mitarbeiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. Vor allem von sowjetischer Seite ist die Affinität der Konferenzteilnehmer aus beiden deutschen Staaten aufmerksam beobachtet worden. Gespräche hatte unsere Delegation mit General Tschaldymow und anderen sowjetischen Wissenschaftlern und Militärs. Außerdem gab es weitere Begegnungen und Gespräche mit Dr. Scheelen, Präsident der Europäischen wissenschaftlichen Gruppe *Armee und Gesellschaft*, mit Prof. Enrico Jacchia, Gene-

raldirektor der Kommission für das Vereinte Europa, Rom, und mit Dr. Fleckenstein, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr.⁵⁴

Am Abend waren General Lehmann und ich mit mehreren anderen zu Gast im Hause General Tschaldymows. Ich traf dabei Oberst Dr. Ryzsard Rosa wieder, einen mir gut bekannten Offizier von der Militärpolitischen Akademie in Warschau, der dort inzwischen den Philosophielehrstuhl leitete. Bei einem echten russischen Gastmahl äußerten wir unsere Befriedigung darüber, dass mit der Konferenz die Verständigung über eine neue Sicherheitspolitik und ihre militärischen Konsequenzen vorangebracht worden ist.

Am späten Abend des letzten Konferenztages trafen wir sechs Wissenschaftler des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung uns dann noch in der Delegation, um uns über nächste Schritte zur Militärreform zu verständigen. Wir diskutierten einige konzeptionelle Grundgedanken und wurden schnell einig, uns nach der Rückkehr in Berlin wieder zu treffen und gemeinsam unser Konzept für eine demokratische Militärreform zu verfassen und es der Presse und zuständigen Gremien zu übergeben.

Nach dem Ende der Konferenz begaben wir drei Offiziere aus der Delegation, Rolf Lehmann, Wilfried Schreiber und ich, uns an die Militärpolitische Akademie. Wir trafen uns dort mit den Offiziershörern aus der DDR und wurden natürlich sogleich nach der Lage und den jüngsten Ereignissen in der Heimat ausgefragt. Die Offiziere – unter ihnen Frank Preiß und Egbert Lemcke, die später Mitglied der von Rolf Lehmann gegründeten Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. wurden – waren aus Zeitung und Rundfunk gut informiert, doch sie wollten von uns wissen, wie das Geschehen zu bewerten sei und welche Folgen für sie persönlich daraus erwachsen. Sie fühlten sich verunsichert und von den Eigenen zu sehr allein gelassen. Uns baten sie, die zuständigen Leute im Verteidigungsministerium davon zu unterrichten, dass sie sich gerade in dieser Situation engere Kontakte und bessere Betreuung wünschen. Nach unserer Rückkehr leiteten wir an die Vorgesetzten weiter, dass die an der Lenin-Akademie studierenden Hörer verunsichert sind über ihre Perspektive und den Sinn ihres Studiums. Wir schlugen vor, ständige Konsultationen mit ihnen zu führen und sie geistig in die Armereform einzubeziehen. Außerdem zogen wir die Schlussfolgerung, dass

⁵⁴Siehe W. Scheler, Bericht über die Teilnahme von Offizieren der NVA an der Internationalen Konferenz *Neues Denken und Militärpolitik* vom 14. - 16.11.1989 in Moskau vom 29.11.1989, Archiv des Autors.

die NVA die Stellung, die sie im Ost-West-Dialog der Militärs und Wissenschaftler objektiv zu spielen imstande ist, bewusster wahrnehmen sollte.⁵⁵

Am Nachmittag flogen wir heim. Bei der Abfertigung auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld erfuhr ich von dem Passkontrolleur, als er mich in blauer Uniform sah, dass jetzt ein Admiral Verteidigungsminister sei. Die Nachricht nahm ich befriedigt auf, nicht wegen des Marineblaus des neuen Ministers. Vielmehr sah ich uns nun außer Gefahr, doch noch von Armeegeneral Heinz Keßler, dem getreuen Klassenkämpfer, zu einer militärischen Aktion eingesetzt zu werden.

Wissenschaftler der Militäarakademie über das Wesen der Militärreform

Schon am anderen Tag, es war das Wochenende 18./19. November, ging ich wieder auf Reisen, diesmal in die Oberlausitz zum Absolvententreffen der Philosophen, die unser Lehrstuhl von 1979 bis 1982 ausgebildet hatte und von denen die meisten seitdem an den Offiziershochschulen lehrten. Natürlich wollten sie wissen, was ich erlebt hatte und wie ich die Entwicklung der Dinge bewerte. Deutlich ist mir in Erinnerung, dass ich bei der Rückfahrt am Sonntag im gecharterten Bus einer Rede von Superintendent Christof Ziemer zuhörte. Sie wurde von einer Kundgebung in Dresden übertragen. Ich war sehr beeindruckt von dem Geist, mit dem der Redner die Situation in Worte fasste und dem Anspruch auf Veränderungen Ausdruck gab, von der Behutsamkeit, die er anmahnte und von dem Willen zur Verständigung mit allen, die dazu bereit sind. Es hörte sich an wie die Bergpredigt.

In mir wurde die Erinnerung an die Einladung wach, die ich von Christof Ziemer erhalten hatte und ausschlagen musste. Im Jahr zuvor hatte er mich gebeten, auf der Ökumenischen Versammlung im Frühjahr 1989 in Dresden über unsere neuen Ansichten zu gerechten und ungerechten Kriegen zu sprechen. Alle meine Bemühungen, die Erlaubnis für den Vortrag zu erwirken, schlugen fehl. Horst Dohle, unser Gastdozent und Vertrauter im Staatssekretariat für Kirchenfragen, von dem ich Hilfestellung erhoffte, war längere Zeit abwesend. Mein aus gemeinsamer Autorschaft guter Bekannter Prof. Wolfgang Kliem, der an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED für theologische und Kirchenfragen zuständig war, sah keinen Weg, weil Honecker gerade mit den Kirchenoberen über Kreuz lag. Ich musste Christof Ziemer also sagen, dass es mir verboten worden war. Welch eine Chance hatten wir vergeben! Wie später nachzulesen war, formulierte die

⁵⁵Siehe ebenda.

Ökumenische Versammlung: „Mit der notwendigen Überwindung der Institution des Krieges kommt auch die Lehre vom gerechten Krieg, durch welche die Kirchen den Krieg zu humanisieren hofften, an ein Ende.“⁵⁶ Wir hätten zeigen können, dass wir als Soldaten in dieser lebenswichtigen Frage, aus veränderten Umständen lernend, mit der Gemeinschaft der Christen zu übereinstimmenden Auffassungen gekommen sind.

Wieder im Dienst, nahm ich sofort Kontakt mit der *Gruppe der 20* auf. Kurzerhand rief ich Kirchenamtsrat Steffen Heitmann an, der sich der Gruppe als Rechtsberater angeschlossen hatte, und schlug vor, dass wir uns mit einigen Vertretern beider Seiten zu einem Gespräch treffen. Dieser war sofort bereit und erbot sich sogar, mit einigen Mitgliedern der Gruppe in die Militärakademie zu kommen. Wir vereinbarten den 29. November als Termin. Die Zeit bis dahin war angefüllt von Berichterstattungen über die Moskauer Dialogkonferenz, mit aufgestauten Arbeiten im Lehrstuhl, Vorbereitung der Parteidelegiertenkonferenz der Militärakademie und mit der Ausarbeitung des Entwurfs für das Papier zur Militärreform.

Inzwischen hatte der neue Minister Admiral Theodor Hoffmann auf der Kommandeurstagung am 20. November 1989 über Konturen einer Militärreform gesprochen. In seiner Rede sagte er, diese müsse Teil der Erneuerung in der DDR sein. Es habe ein revolutionärer Prozess begonnen, der zu einem Umbruch der Gesellschaft, zu einem erneuerten Sozialismus führe. Alle Armeeangehörigen müssten als mündige Staatsbürger akzeptiert werden und der Wissenschaft in der Führungstätigkeit müsse ein grundsätzlich neuer Stellenwert gegeben werden.⁵⁷ Damit waren einige Aspekte des Verhältnisses von Armee und Gesellschaft angesprochen, die entscheidende Frage der Militärreform aber, das Verhältnis von Armee und Partei, blieb noch unberührt. Umso wichtiger erschien es mir, dass wir unsere Gedanken zu dieser Kardinalfrage unterbreiten.

In meinem Entwurf *Gedanken zur Militärreform* war eingangs die Absicht formuliert, die vom Verteidigungsminister bekannt gegebene Ausarbeitung des Konzepts für eine Militärreform zu unterstützen. Der Entwurf enthielt die folgenden Hauptaussagen: „Der demokratische Aufbruch des Volkes in unse-

⁵⁶Gerechter Friede. Die deutschen Bischöfe, 66, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Bonn 2000, S. 5.

⁵⁷Siehe Welche Konturen sollte die Militärreform haben? Aus dem Referat von Verteidigungsminister Admiral Theodor Hoffmann auf der Kommandeurstagung am 20. November 1989, in: Volksarmee, Nr. 47/1989, S. 6.

rem Land zerbricht die politischen Strukturen, die dem Wesen des Sozialismus als freier, demokratischer und gerechter Gesellschaft widersprechen. Er schafft neue politische Strukturen, die den originären Ideen der Sozialisten und anderen Humanisten, vor allem aber den heutigen Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Die Streitkräfte sind – solange noch nicht entbehrlich – Teil des Volkes und des politischen Systems der Gesellschaft. Wandelt sich radikal der Charakter unserer Gesellschaft, so müssen sich ebenso radikal unsere Streitkräfte wandeln.“⁵⁸

Die Militärreform hat die Nationale Volksarmee in ihrer Stellung in der Gesellschaft und in ihrer inneren Verfassung zu verändern. Das Konzept der Militärreform sollte folgende Grundsätze enthalten:

- Die Nationale Volksarmee muss mit der Volksbewegung für einen neuen, wirklichen Sozialismus zusammengehen. Sie erhält ihren Auftrag aus der im demokratischen Aufbruch zu erringenden Volkssouveränität, die in einer neuen Verfassung verankert werden wird. Der demokratischen, friedlichen Revolution, dem Akt freier Selbstbestimmung des Volkes der DDR, gibt sie zusammen mit den Bündnisarmeen äußeren Schutz.
- Die Militärreform kann nicht von oben verordnet werden, sondern ist eine von allen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam mit der Armee zu lösende Aufgabe. Sie setzt von Anfang an Öffentlichkeit und die Aufnahme der Ideen aller demokratischen Parteien und Bewegungen voraus.
- Die NVA wird – wie die anderen bewaffneten Organe – strikt der obersten Volksvertretung und den von ihr gebildeten und kontrollierten Organen unterstellt. Sie muss eine Armee des ganzen Volkes und seines Staates sein, frei von der Bindung an eine politische Partei und an eine einzige Weltanschauung. Der demokratische Konsens aller politischen und sozialen Kräfte, festgeschrieben in einer neuen Verfassung, müssen Auftrag und Führung, personelle Zusammensetzung und Geist der Armee bestimmen. Erforderlich ist der freie Zugang jedes geeigneten und geneigten Bürgers zum Offizierskorps und zu Führungsfunktionen, unabhängig von einer Parteizugehörigkeit und Weltanschauung.
- Die Trennung von Staat und Partei erfordert, die parteipolitisch formierten Politorgane und die leitenden Parteiorganisationen in der NVA aufzulösen. Die politische Bildung und Erziehung muss auf der Grundlage des demokratischen Konsenses und des gesamten humanistischen Gedankengutes

⁵⁸W. Scheler, Entwurf, Gedanken zur Militärreform, von einer Gruppe von Wissenschaftlern ziviler und militärischer Einrichtungen, die im Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung zusammenarbeiten, 24.11.1989, Archiv des Autors.

in Inhalt und Form verändert werden. Sie obliegt den zu schaffenden Organen für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung.

- Die demokratischen Parteien des Landes müssen Zugang zur politischen Betätigung unter den Armeeingehörigen zu gleichberechtigten Bedingungen erhalten. Grundorganisationen von Parteien in der NVA haben nicht das Recht, in die dienstliche Tätigkeit einzugreifen.
- Der mündige Staatsbürger in Uniform ist das Grundprinzip für die Demokratie im inneren Leben der Armee. In ihm müssen alle Freiräume für die Entfaltung der Persönlichkeit und Individualität geöffnet werden. Der Wehrdienst darf verfassungsmäßige Rechte nicht verwehren, sondern muss sie in armeespezifischer Weise gewähren. Die Notwendigkeit des Befehls und seiner widerspruchslosen Ausführung ist vereinbar mit freier Meinungsäußerung und demokratischer Mitbestimmung aller. Notwendig sind Interessenvertretungen verschiedener Gruppen von Armeeingehörigen. Vorzuschlagen ist die Einrichtung eines ständigen Gremiums der Volkskammer, das das innere Gefüge der Streitkräfte beurteilt und an das sich alle Armeeingehörigen und Bürger direkt mit Eingaben, Beschwerden und Vorschlägen wenden können.
- Die Militärreform und die reformierte Armee braucht die Wissenschaft. Sie muss die Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Lehre, die Freiheit wissenschaftlicher Kritik und Publikation sowie Bedingungen für freie wissenschaftliche Arbeit im Interesse der Landesverteidigung garantieren. In der Führungstätigkeit darf es keine Geringschätzung der Wissenschaft, keine Bevormundung der Wissenschaftler und Missachtung von Forschungsergebnissen geben. Die verschiedenen Bereiche der militärischen Tätigkeit und alle überkommenen Vorstellungen und Gewohnheiten des militärischen Lebens müssen vor dem Richterstuhl der Vernunft auf ihre Rationalität und Berechtigung für unsere Zeit geprüft werden.
- Die Dienstbelastung und die Lebensbedingungen müssen an die der Arbeitssphäre im zivilen Bereich angeglichen werden.
- Der effektive Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und der fortschreitende Abrüstungsprozess erfordern, den Offiziersdienst nicht mehr als Lebensberuf, sondern als einen zeitweilig auszuübenden Beruf zu leisten. Auf der Grundlage einer zivilen Hochschulbildung mit militärfachlicher Spezialisierung könnte der flexible und abgestufte Übergang in den zivilen Arbeitsbereich ermöglicht werden.
- Das äußere Erscheinungsbild der NVA sollte durch eine schlichte und praktische Uniform und ihre vernünftige Trageweise, durch Verzicht auf

Zierrat und durch Entrümpelung des militärischen Zeremoniells mit dem demokratischen Geist unserer Zeit in Übereinstimmung gebracht werden.⁵⁹

Diesen Entwurf in der Tasche, fuhren Rolf Lehmann und ich, wir hatten einen Tag Urlaub genommen, am Montag, dem 27. November, nach Berlin. In der Wohnung von Wolfgang Schwarz, der auch die Federführung übernahm, verfassten wir das Papier *Militärreform in der DDR – Denkanstöße und Vorschläge*.⁶⁰ In einer kreativen Diskussion entstand eine Konzeption, die neue Ideen aufnahm und der sich rasch verändernden gesellschaftlichen Situation gerecht wurde. So sind die grundlegenden demokratischen Reformprozesse nicht mehr mit sozialistischen Zielsetzungen verbunden worden. Das Wichtigste war, dass nun die Reformgedanken über das Verhältnis von Armee und Gesellschaft und über die innere Verfasstheit der Streitkräfte, die der Entwurf enthielt, mit den Reformgedanken über die neue Sicherheitspolitik vereinigt wurden: „Eine Militärreform muß sich verbinden mit der Konzipierung einer nationalen Militärdoktrin sowie mit der bereits eingeleiteten Reduzierung und defensiv orientierten Umstrukturierung der Nationalen Volksarmee.“⁶¹ Dementsprechend ist ein Abschnitt *Auftrag und Funktion* verfasst worden. Er beginnt mit der bereits im Entwurf enthaltenen Forderung „Die NVA muß eine Armee des ganzen Volkes und seines Staates sein – frei von der Bindung an eine einzige politische Partei und an eine einzige Weltanschauung. Sie erhält ihren Auftrag aus der im demokratischen Konsens zum Ausdruck kommenden Volkssouveränität, die in einer neuen Verfassung verankert wird.“⁶² Neu enthält der Abschnitt eine Funktionsbestimmung der Armee: „Die Funktion der NVA besteht ausschließlich darin, einen Beitrag zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit der DDR, zur Friedensbewahrung und Kriegsverhütung in Europa zu leisten. Angesichts der sich gegenüberstehenden Militärblöcke ist das nur im Rahmen des Warschauer Vertrages möglich.

Für die NVA geht es darum, den Übergang vom System der gegenseitigen Abschreckung zwischen Ost und West zu einem System gemeinsamer Sicher-

⁵⁹Siehe ebenda.

⁶⁰Siehe *Militärreform in der DDR - Denkanstöße und Vorschläge*. Sechs Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR nehmen Stellung, in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ...*, a. a. O., S. 166. ff.; siehe auch B. Gonnermann, G. Merkel (Hrsg.), *DDR ohne Waffen?, Sicherheitspolitische Dokumente*, 1990, S. 51 ff.

⁶¹Ebenda, S. 166.

⁶²Ebenda.

heit durch Abrüstungsschritte sowie vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu fördern,

- aktiv an der Politik des Dialogs und der Schaffung systemübergreifender Sicherheitsstrukturen teilzunehmen;
- in Krisen- und Spannungssituationen militärische Mittel so einzusetzen, daß sie deeskalierend wirken und von der Gegenseite so verstanden werden;
- militärische Provokationen ohne Gefahr eines Kriegsausbruchs zurückzuweisen;
- im Falle eines militärischen Konflikts dergestalt defensiv zu reagieren, daß Spielraum für eine politische Konfliktbeendigung geschaffen wird bzw. erhalten bleibt.“⁶³

Am nächsten Tag schon wurde es der Nachrichtenagentur ADN, dem Verteidigungsministerium und einigen weiteren Institutionen und Presseorganen übergeben. Unverzüglich und ausführlich berichtete darüber die *Sächsische Zeitung*, und die bundesdeutsche Öffentlichkeit erfuhr davon aus einem Bericht des *Spiegel*, 49/1989, unter dem Titel *Ohne Glanz und Gloria. DDR-Offiziere fordern eine radikale Militärreform*.⁶⁴ Obwohl auch dem Verteidigungsministerium übergeben, wo sich am 25. November die Kommission *Militärreform* konstituiert hatte, blieb das Papier dort meines Wissens zunächst unbeachtet.

Schließlich übergab der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung das Positionspapier am 5. Dezember der Antragskommission zum Außerordentlichen Parteitag der SED und beantragte, dazu folgende Passage in das zu beschließende Aktionsprogramm aufzunehmen: „Bestandteil der demokratischen Erneuerung der Gesellschaft der DDR muß eine umfassende Militärreform sein, die eine Angelegenheit aller verfassungstreuen Kräfte, Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen der DDR sein muß. Im Kern geht es darum, die NVA und die anderen bewaffneten Organe der DDR von jeder einseitigen parteipolitischen und weltanschaulichen Bindung und direkten Einflußnahme zu befreien und ihre Funktion, Stellung in der Gesellschaft sowie innere Verfaßtheit neu zu bestimmen.“⁶⁵

⁶³Ebenda, S. 167.

⁶⁴Siehe Nachdruck, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 173.

⁶⁵Siehe Schreiben des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR an die Antragskommission zum Sonderparteitag der SED vom 05.12.1989, Archiv des Autors.

Vertreter der Gruppe der 20 an der Militärakademie

Am Vormittag des 29. November trafen Kirchenamtsrat Steffen Heitmann und drei weitere Mitglieder der *Gruppe der 20*, die sich inzwischen erweitert hatte, an der Militärakademie ein. Die Wache rief mich an, und ich ließ die Besucher, wie die Ordnung es verlangte, abholen. Außer den Genossen meines Lehrstuhls hatte ich niemand informiert. Neben Herrn Heitmann und mir nahmen am Gespräch teil: Von der *Gruppe der 20*. Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider, Eberhard Ohst, Diplomchemiker am Institut für graphische Technologie, und Steffen Hein von der AG Entmilitarisierung, Ausbilder für kirchliche Behinderten- und Jugendarbeit. Von ihnen gehörte Eberhard Ohst zu jenen 20 Personen, die von den Demonstranten auf der Prager Straße spontan ausgewählt worden waren, mit dem Oberbürgermeister Gespräche zu führen. Vom Lehrstuhl nahmen am Gespräch außerdem teil: Oberst Prof. Horst Dr. Großmann, Oberst Doz. Dr. Lothar Glaß und Oberst Doz. Dr. Alwin Loose.

Wir begegneten uns unverkrampft und beiderseits mit dem Willen zur Verständigung. Unseren Gästen überließen wir es, die Gesprächsthemen zu bestimmen, ihre Meinung dazu darzulegen und ihre Anliegen vorzubringen. Als wichtige Fragen warfen sie auf: Die Stellung der Armee in der Gesellschaft; der Friedensdienst ohne Waffe; ein Gesetz über den Zivildienst; die Behandlung von Wehrpflichtigen durch EKs (Entlassungskandidaten) und die Entmilitarisierung der Gesellschaft. Dabei verstanden sie unter Entmilitarisierung nicht etwa, die NVA abzuschaffen, sondern ihr Feindbild abzubauen und sie dem Volk näher zu bringen. Dazu müsse die derzeit angeschlagene nationale Identität durch die Wiedereinführung der Länder wiederhergestellt werden, wobei sich die Stimmung zwischen Eigenständigkeit der DDR und Wiedervereinigungsgedanken bewege.

Der Armeedienst werde von den einen als Übel, von anderen als Notwendigkeit empfunden. Erforderlich sei aber eine Entmilitarisierung der ganzen Gesellschaft mit dem Ziel einer anderen Militärdoktrin und des Verzichts auf den Einsatz nach innen. Als man erfahren habe, dass an die Einsatzkräfte scharfe Munition ausgegeben worden sei, habe das Erschrecken ausgelöst und man halte das für ganz schlimm. Kritisiert wurde auch der Einsatz der NVA gegenüber Bruderstaaten. Es sei eine Geschichtsaufarbeitung in der Armee notwendig.

Zur angekündigten Militärreform müsse ein breiter Konsens hergestellt werden, wobei schwere Auseinandersetzungen unvermeidlich seien. Der Zivildienst dürfe nicht abgewertet werden und nicht länger dauern als der Wehrdienst. Das Militär müsse durch Demokratisierung attraktiver gemacht werden. Hierzu gehörten das Tragen von Zivilkleidung außer Dienst und die zivi-

le Haartracht. Für die Ablösung des Führungsanspruchs der SED in der Gesellschaft werde es eine Übergangszeit geben müssen. Aus der Armee müsse man so schnell wie möglich die SED herauslösen. Aber die Berufssoldaten müssten sich zu ihrer SED-Vergangenheit bekennen. Nur so könnten sie Glaubwürdigkeit gewinnen.⁶⁶

Das Verhältnis der NVA zur SED erwies sich als die Kernfrage einer demokratischen Militärreform. Hierzu entspann sich eine längere Debatte, in der wir unsere Vorstellung vortrugen, die Streitkräfte für eine Betätigung aller demokratischen Parteien und Bewegungen zu öffnen. Doch das wurde entschieden verworfen, denn die SED sei personell und institutionell in der NVA so verankert, dass ein gleichberechtigtes Wirken anderer Parteien auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden würde.

Als nächste Aktivitäten in der Zusammenarbeit vereinbarten wir:

- Aus den Kommissionen der Bürgervertretung werden Fragen an uns herangetragen und wir zur Mitarbeit gebeten.
- Im Dezember veranstalten wir, Lehrstuhl und *Gruppe der 20*, an der Militärakademie gemeinsam ein öffentliches Forum zur *Entmilitarisierung der Gesellschaft*.
- Landesjugendpfarrer Bretschneider wird eine Vorlesung vor den Offiziershörern der I. Sektion über die christliche Soziallehre und Wehrethik halten.

Dieses Gespräch hatte wesentlichen Einfluss auf mein weiteres Handeln. Vor allem hatte ich jetzt eine klare Vorstellung davon, wie wir Nationale Volksarmee und Partei entflechten müssen.

Militärakademie für die Trennung von Partei und Armee

An der Militärakademie waren wir zu der Zeit, von Mitte September bis Ende November, gerade intensiv mit den Parteiwahlen zur Vorbereitung des Parteitages beschäftigt, der ursprünglich Anfang 1990 stattfinden sollte. Es war aber diesmal anders als sonst. Die Parteiführung hatte einen Umtausch der Parteidokumente beschlossen, und dazu wurde mit jedem Mitglied eine Aussprache geführt. Das Ganze sollte, wie es im Parteideutsch hieß, die Kampfkraft der Partei stärken, die Reihen schließen und „Meckerer und Nörgler“ disziplinieren oder entfernen. Das war die Linie von oben. Der stand eine Linie von unten entgegen. Sie manifestierte sich in einer Vertrauenskrise gegen-

⁶⁶Siehe Gesprächsnotizen beim Treffen mit der *Gruppe der 20*, Archiv des Autors.

über der Parteiführung, in immer offenerer Kritik des Parteivolkes am Politbüro und ZK, die in Aufbegehren überging.

Viele Parteigrundorganisationen an der Militärakademie, darunter auch meine, stellten an das ZK die Forderung, nicht wie inzwischen beschlossen, zur Bewältigung der Krise eine Parteikonferenz, sondern einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, denn nur ein Parteitag konnte ein neues Zentralkomitee wählen. Wir beteiligten uns also an dieser landesweiten Bewegung zum Sturz der alten Parteiführung, um das statutengemäße Quorum für einen Parteitag zu erreichen, und das mit Erfolg. In den Parteiaussprachen, die ich erlebte, dachte aber noch keiner an ein Ende der SED, sondern zeigte sich bereit, in ihr für eine politische Erneuerung zu wirken.

Am 30. November, einen Tag nach dem Treffen mit der *Gruppe der 20*, begann am Nachmittag eine außerordentliche Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen an der Militärakademie. Sie war diesmal nicht wie sonst vorbereitet worden vom Stellvertreter des Chefs und Leiter der Politabteilung, Generalmajor Heinz Bilan, in dessen Regie früher auch die Auswahl der Redner und der Kandidaten für die Wahl der Delegierten zur Delegiertenkonferenz der NVA gelegen hatte. Diesmal war bereits ein von den Parteiorganisationen getragener demokratischer Prozess im Gange. Ihn koordinierte ein Initiativkomitee, das nach dem Beschluss des Sekretariats der PHV vom 18. November zur Auflösung der leitenden Parteiorgane gebildet worden war. Die Leitung übernahm Oberst Dr. Wolfgang Herzog. Er war zuvor als Nachwuchskader für die Politabteilung eine Zeitlang als Lehroffizier in den Philosophielehrstuhl eingeordnet, um sich an der Basis mit Lehre und Forschung vertraut zu machen. Jetzt gehörte er zu denen, die an der Militärakademie entschlossen für eine Erneuerung der Gesellschaft und der Streitkräfte eintraten. Ständig beriet Wolfgang Herzog sich dazu auch mit mir.

Den Verlauf der Konferenz, die eine lebendige und kontroverse Diskussion und ein kritischer Geist auszeichneten, kann ich nur anhand der Tagesordnung und meiner unvollständigen Notizen rekonstruieren. Entgegen der vom Initiativkomitee vorgesehenen Tagesordnung hatten Delegierte der I. Sektion sowie Oberst Hertzsch von der II. und Kapitän zur See Feil von der IV. Sektion eine neue Tagesordnung vorgeschlagen, die angenommen wurde.⁶⁷

⁶⁷Siehe Entwurf eines gemeinsamen Vorschlags der Delegierten zu Tages- und Geschäftsordnung der außerordentlichen Delegiertenkonferenz, Archiv des Autors.

Entwurf
eines
gemeinsamen Vorschlags der Delegierten zu
Tages- und Geschäftsordnung der
außerordentlichen Delegiertenkonferenz
(zur persönlichen Kenntnisnahme der Delegierten)

Präambel: In Sorge um den Erfolg der außerordentlichen Delegiertenkonferenz der MAFE und um langwierige Diskussionen über Verfahrensfragen und Schwerpunkte abzukürzen, schlagen die von der 1. Sektion beauftragten Delegierten sowie die Delegierten Gen. Oberst Hertzsch und KzS Feil entgegen der bisher vorliegenden Variante des Initiativkomitees folgende Tagesordnung und Geschäftsordnung vor:

0. Eröffnung Gen. Herzog

Wahl des Präsidiums	
Beschlußfassung zur Tagesordnung	Versammlungsleiter
Beschlußfassung zur Geschäftsordnung	Versammlungsleiter
Wahl der Kommissionen	Versammlungsleiter

TO: I. Erarbeitung des Mandats und Wahl der Delegierten für den Sonderparteitag
 II. Erarbeitung des Mandats und Wahl der Delegierten für die außerordentliche Delegiertenkonferenz der NVA
 III. Erarbeitung von inhaltlichen und strukturellen Leitlinien der zukünftigen Parteiarbeit an der MAFE und Wahl des Sekretärs und der Leitung

Geschäftsordnung:

zu TOP I.: - Kandidatenliste
 - Diskussion zum außerordentl. PT
 - Wahl der Delegierten
 PAUSE (von 15.30 bis 16.00 Uhr Imbiss Speisesaal IV)
 zu TOP II.: - Aufstellen der Delegiertenliste
 - DB Genosse Scheler
 - Diskussion zur Delegiertenkonferenz NVA
 - Wahl der Delegierten
 PAUSE (eventuell Vertagung auf Montag 16.30 Uhr)
 zu TOP III.: - DB Genosse Herzog
 - Diskussion zu Inhalt und Strukturen der Parteiarbeit an der MAFE
 - direkte Wahl des Sekretärs der Parteileitung
 - Beschlußfassung über Quoten von Leitungsmitgliedern für die direkte Wahl in den Sektionen und Bereichen

Beschlüsse:

Orientierungen für die Delegierten zum Sonderparteitag
 Positionen der Grundorganisationen zur Militärreform
 Inhaltliche und strukturelle Leitlinien zur Parteiarbeit an der MAFE

Genosse Herzog eröffnete die Versammlung und ließ das vorgeschlagene Präsidium bestätigen. Als Versammlungsleiter bestätigten die Delegierten Oberst Dr. Herbert Müller, Fachgruppenleiter im Lehrstuhl Führung der politischen Arbeit, mit dem ich seit unserem gemeinsamen Studium an der Militärakademie befreundet war. Erstmals machten wir von der im Parteistatut festgeschriebenen innerparteilichen Demokratie wirklich Gebrauch. Als einige Delegierte wegen sich immer wieder lange hinziehender Verfahren und Abstimmungen stöhnten, konterte er: Ja, da seht ihr, Demokratie ist anstrengend

und zeitraubend. Verhandelt wurde zu drei Tagesordnungspunkten: 1. Erarbeitung des Mandats und Wahl der Delegierten zum außerordentlichen Parteitag; 2. Erarbeitung des Mandats und Wahl der Delegierten zur Delegiertenkonferenz der NVA; 3. Erarbeitung von inhaltlichen und strukturellen Leitlinien der zukünftigen Parteiarbeit an der Militärakademie und Wahl des Sekretärs der Leitung.

Zum 1. und 2. Tagesordnungspunkt sprachen zahlreiche Genossen. Für mich war laut Tagesordnung ein Diskussionsbeitrag beschlossen worden. Ich kann nicht genau sagen, an welcher Stelle in der Reihe der Diskussionsredner ich zu Wort kam. Auf jeden Fall warb ich entschieden dafür, die Parteiorganisationen in der NVA aufzulösen und mit dieser Initiative zur Armeedelegiertenkonferenz und zum Parteitag zu gehen. Genosse Strube, Kaderoffizier der Militärakademie, forderte, ein neues ZK zu wählen, Fehler offen einzugestehen und keine Halbheiten zu dulden. Notwendig seien Selbstreinigung, moralische Integrität und Kompetenz. Die Partei brauche ein neues Programm und Statut. Das Territorial- und das Betriebsprinzip der Struktur sowie der Name sollten beibehalten werden, wir sollten uns aber nicht Kommunisten nennen. Die Streitkräfte müssten für alle verfassungsmäßigen politischen Kräfte geöffnet werden. Genosse Löser wandte sich gegen das Monopol auf Wahrheit. Für eine demokratische Partei und eine sozial und moralisch begründete Alternative zur BRD sprach sich Genosse Hocke aus. In der Armee dürfe es keine Parteiorganisationen geben. Verschiedene Parteien würden die Einheit der Armee zerstören. Die Rechtlosigkeit der Berufssoldaten müsse beendet werden. Unsere Parteitagsdelegierten müssen auf dem Parteitag unsere Ideen zur Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik vertreten. Für den Verbleib der Partei in den Streitkräften setzte sich Genosse Zeh ein, ebenso Genosse Müller (nicht der Versammlungsleiter). Genosse Meinhard sprach für eine konsequent kommunistische Linie. Genosse Pöschel beklagte, die Parteiführung habe den Staat an die Wand gefahren. Wir müssten jetzt das Ruder herumreißen. Wesentlich sei das Handeln mit Zivilcourage nach dem eigenen Gewissen. Es ginge um moralische Integrität. Er verurteilte die Haltung der Partei zur Niederschlagung der Studentenproteste in China, die Wahlfälschungen in der DDR und den Einmarsch in die ČSSR. Nötig sei das Nachdenken über eine Strategie, meinte Genosse Feil, aber man müsse auch sofort etwas tun und dafür Aufgaben erarbeiten. Kriterien für eine sozialistische Gesellschaft seien zu bestimmen, die pluralistisch sein müsse. Genosse Gleisberg kritisierte, dass es in der Führung der Akademie zwei Linien gegeben habe, eine wissenschaftliche und eine administrative. Kritisch fragte er nach den die Einsatzhundertschaften betreffenden Entscheidungen. Genosse Pötke sprach sich für eine Säuberung des ZK aus. Der Generalsekretär der Partei dürfe keine Staatsfunktion ausüben. Alle Parteien sollten in der NVA wirken kön-

nen. Genosse Ganz forderte von den Parteitagsdelegierten, sich dem Forum der Militärakademie zu stellen und gegen den Machtmissbrauch in der Armee Stellung zu nehmen. Nach Meinung von Genossen Noack sollten sich die Berufssoldaten in Wohnparteiorganisationen organisieren. Für einen größtmöglichen demokratischen Konsens politischer Kräfte sprach sich Genosse Glaß aus. Genosse Scholz wollte eine kampfstarke, aber keine große Partei. Genosse Schröder forderte, konsequenter die Korruption und andere Missstände aufzudecken.

Zum 3. Tagesordnungspunkt gab es nur eine kurze, aber aufschlussreiche Debatte. Genosse Herzog eröffnete sie mit der Aussage, dass die Führung der Politabteilung die Mitglieder der Parteiorganisationen bisher von der Beschlussfassung ausgeschlossen hat. Es werde kein Parteilehrjahr mehr geben. In der politischen Arbeit müssten wir die Weltsicht erweitern und offen für andere kulturell-geistige Leistungen sein. Zur vorgesehenen Wahl einer Parteileitung an der Militärakademie sagte er, das erübrige sich, denn die Parteimitglieder müssten sich umgehend im zivilen Leben organisieren. Er schlug vor, eine Initiativgruppe zu bilden und ihr die Legitimation zu geben, die Parteiorganisationen in den zivilen Bereich zu überführen. Demgegenüber vertrat Genosse Jurscha die Meinung, wir sollten eine arbeitsfähige Parteileitung wählen, die hier aufräumt. Gegen eine zentrale Parteileitung sprach sich Genosse Ventur aus. Er habe kein Vertrauen mehr zu einem solchen Gremium. An der Akademie habe es ganze Völkerstämme von Gesellschaftswissenschaftlern gegeben, die eine Pseudowissenschaft betrieben haben. Noch im September hätten welche von einer inneren Funktion der Streitkräfte gesprochen.⁶⁸ Notwendig sei eine Überprüfung der gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen in der Armee. Er schlug vor, in einem Brief an den Minister zu fordern, bisherige Leiter der Politorgane von den neuen Einrichtungen für staatsbürgerliche Bildung auszuschließen. An den Wissenschaftlichen Rat richtete er die Forderung, General Hampf die ihm von der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Rates verliehene Ehrendoktorwürde abzuerken-

⁶⁸Gemeint war eine Aussage in meinem Referat auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 13. September: „Die Streitkräfte sind, solange sie existieren, ein entscheidender Machtfaktor jeder Gesellschaft. Sie tragen Verantwortung für die Stabilität und Unantastbarkeit der Staatsmacht. Schließen wir das in unser militärisches Denken ein.“, in: W. Scheler, Erkenntnistheoretische und methodologische Probleme und Erfordernisse der Erforschung von Fragen des Friedens, des Krieges und der Streitkräfte in unserer Zeit sowie Konsequenzen und Schlussfolgerungen für unsere Lehre ..., a. a. O., S. 31. Genau diese Einsicht in die objektive Tatsache, dass die Streitkräfte ein Machtfaktor des Staates sind, versetzte uns im Machtkonflikt des Herbstes 1989 in große Sorge, weil wir fürchten mussten, zur Machtsicherung eingesetzt zu werden.

nen. Genosse Wolf beklagte die um sich greifende Resignation und die Parteiaustritte und verlangte die Auflösung des bisherigen Parteiapparates. Auch er sei für ein Aktionskomitee, das die Parteiorganisationen aus der Militärakademie herauslöst. Zum Schluss wandte sich ein Genosse gegen eine Pauschalverurteilung von Gesellschaftswissenschaftlern und Politoffizieren.⁶⁹

Wesentliche Ergebnisse der außerordentlichen Delegiertenkonferenz brachten die Wahl der Delegierten und das Erteilen der Mandate. Nach dem Delegiertenschlüssel konnten wir zur Armee-Delegiertenkonferenz zehn und zum Parteitag zwei Delegierte entsenden. Wäre es gewesen wie immer, dann wären auf beiden Listen die ersten Plätze dem Chef der Akademie und dem Leiter der Politabteilung sicher gewesen – und wir hätten das für selbstverständlich genommen. Jetzt aber war es anders, nicht mehr von oben abgesprochen und vorgegeben, sondern in freier Selbstbestimmung von unten schlugen die Parteiorganisationen ihre Kandidaten vor. So gelangten 19 Genossen auf die Kandidatenliste für die Wahl zur Armee-Delegiertenkonferenz. Von ihnen wurden in geheimer Wahl (in Reihenfolge der erhaltenen Stimmen bei 283 gültigen Wahlscheinen) gewählt: Scheler (281), Lehmann (273), Hocke (240), Herzog (239), Stutterheim (217), Müller (198), Hertzsch (174), Haas (154), Strube (144) und Schönbeck (124). Das waren überwiegend ausgewiesene Wissenschaftler und Lehrer. Für die Wahl von zwei Delegierten zum außerordentlichen Parteitag wurden drei Kandidaten vorgeschlagen und aufgestellt. Von 302 abgegebenen Stimmen erhielt Rolf Lehmann 268 und ich 289. Damit waren wir beide gewählt. Wolfgang Herzog hatte 47 Stimmen erhalten.⁷⁰

Als Rolf Lehmann gefragt worden war, ob er, wenn er das Mandat für den Parteitag erhalte, bereit sei, für die in der kritischen Diskussion erhobenen Forderungen einzutreten, antwortete er in der für ihn typischen Art, die Sache auf den Punkt zu bringen: Ja, ich will die Karre mit aus dem Dreck ziehen. Am Schluss der Delegiertenkonferenz meldete sich ein Genosse zur Geschäftsordnung und dankte dem Versammlungsleiter für seine Tätigkeit, die für ihn eine Lehrvorführung in Sachen Demokratie gewesen sei. Herbert Müller erinnert sich an das Aufeinanderprallen unterschiedlichster und gegensätzlicher Meinungsäußerungen in der Kernfrage: „Ich glaube, die härteste Ausei-

⁶⁹Siehe Notizen über die Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen an der Militärakademie am 30.11.1989, Archiv des Autors.

⁷⁰Siehe ebenda.

nersetzung gab es darüber, ob es Parteiorganisationen in der NVA weiterhin geben solle oder nicht.“⁷¹ Sie wurde entschieden.

Die Delegiertenkonferenz erteilte den Parteitagsdelegierten und den Delegierten zur außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen in der NVA jeweils ein in elf bzw. sieben Punkten abgefasstes Mandat.⁷² Darin war enthalten, für die strikte Trennung von Partei- und Staatsfunktionen einzutreten und überzeugend gegen den Verbleib der Parteiorganisationen in der NVA zu wirken. An Rolf Lehmann erging der Auftrag, mich für die Wahl in das neue Zentralkomitee vorzuschlagen.

Diese Delegiertenkonferenz war nach der außerordentlichen Tagung des Wissenschaftlichen Rates das zweite Schlüsselereignis im Prozess der Neuorientierung der Militärakademie. Ging es im Rat um die Repräsentanten der Lehre und Forschung, so war jetzt die Militärakademie mit ihrem gesamten Personalbestand vertreten, mit Lehr- und Stammpersonal ebenso wie mit den Studierenden, den Offiziershörern. Vor allem aber waren ihre Entscheidungen sehr viel radikaler und eingreifender. Sie hatten eine weitreichende Wirkung auf die Reformierung der Nationalen Volksarmee und auf die Beziehung von Armee und Gesellschaft.

Am nächsten Morgen nach der bis in den späten Abend dauernden Konferenz, es war am 1. Dezember, fuhr ich sehr zeitig nach Strausberg zu einer Beratung des zentralen Initiativkomitees, das gebildet worden war, um die Parteidelegiertenkonferenz der Armee vorzubereiten. Als ich, etwas unvermittelt den Standpunkt der Militärakademie über die Auflösung der Parteiorganisationen in den Streitkräften einbrachte, stieß das überwiegend auf Unverständnis und Entrüstung. Die ablehnende Haltung der dort versammelten Offiziere, von denen wohl die meisten reformbereit waren, zeigte mir, dass ich unsere Forderung evident begründet und schriftlich abgefasst als ein Dokument zur außerordentlichen Delegiertenkonferenz in der NVA vorlegen muss.

Danach formulierte ich das Papier in einer solchen Form, dass man daraus eine Beschlussvorlage für die Delegiertenkonferenz machen konnte. Die wesentliche Aussage lautete, dass die Auflösung der SED-Parteiorganisationen die einzige Möglichkeit ist, die Bindung der NVA an eine politische Partei

⁷¹Brief von H. Müller an W. Scheler vom 16.10. 2008, Archiv des Autors.

⁷²Siehe Mandate der außerordentlichen Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen an der Militärakademie, Archiv des Autors.

aufzugeben, und dass die NVA nur dann eine Armee des ganzen Volkes sein kann, wenn wir auf die bisher beanspruchten Vorrechte verzichten. „Wir, die Delegierten aus den Parteiorganisationen der NVA, sollten heute“, so schlug ich für die Delegiertenkonferenz vor, „den Beschluss zur Selbstauflösung der Partei in den Streitkräften fassen. Diesen Selbstaufhebungsbeschluss sollten wir sofort öffentlich bekannt geben und mit ihm zum Parteitag der Erneuerung kommen. Es wäre ein Beweis unseres Willens zur demokratischen Selbstveränderung und würde unsere Fähigkeit zeigen, aus eigener Erkenntnis und in freier Selbstbestimmung am Erneuerungsprozess unserer Gesellschaft und unserer Partei teilzunehmen.“⁷³ Das Papier ging sofort nach Strausberg an die Initiativgruppe. Die Delegiertenkonferenz, die für den 9. Dezember anberaumt worden war, fand allerdings dann wegen des auf den 8. Dezember vorgezogenen Parteitages gar nicht mehr statt.

Für eine neue Militärpolitik und Auflösung der Parteiorganisationen in der NVA

Von Tag zu Tag verschärfte sich die politische Krise, angeheizt von Enthüllungen über Machtmissbrauch der alten Partei- und Staatsführung. Auch an der Militärakademie wuchs die Empörung, und der Unmut über die Handlungsunfähigkeit der nur inkonsequent erneuerten Parteiführung unter Egon Krenz brach sich Bahn. In dieser Stimmungslage wandten sich einige Offiziere der Militärakademie in einem Schreiben mit Forderungen an Verteidigungsminister Admiral Hoffmann, in tiefer Sorge, wie es darin heißt, um die DDR und ihre Streitkräfte. Um die DDR zu retten und die stattfindende Revolution weiter gewaltlos halten zu können, seien konsequentere Schritte notwendig und auch die Streitkräfte gefordert. Vom Minister erwarteten sie sofortige Maßnahmen zur Unterstützung der Regierung Modrow im Sinne der Verfassung und der demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft. Aufgeführt werden konkrete Forderungen, so zur Schaffung einheitlicher Auffassungen über die Verantwortung der NVA auf einer unverzüglich einzuberufenden Kommandeurstagung; zur Aufdeckung von Korruption und Gesetzesverletzungen durch eine Untersuchungskommission; zur Hilfe bei Sicherungsmaßnahmen durch die NVA und zur Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Militärreform. Unterzeichner des Schreibens waren Generalleutnant Gehmert, die Oberste Doehler, Götze, Groll und Herzog sowie Ka-

⁷³Zuarbeit zur außerordentlichen Delegiertenkonferenz in der NVA vom 03.12.1989, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit ..., a. a. O., S. 162.

pitän zur See Scheler.⁷⁴ An dem Papier hatte ich nicht mitgeschrieben und war auch nicht mit allem einverstanden, unterstützte aber das grundsätzliche Anliegen und unterschrieb.

Für den 5. Dezember hatte ich eine außerordentliche Sitzung der Fachkommission Philosophie einberufen. Mit meinen Lehrstuhlleiterkollegen an den Offiziershochschulen verständigte ich mich darüber, wie wir in den Streitkräften an den revolutionären Erneuerungsprozessen mitwirken können. Über die Trennung der Armee von der Partei vertrat mein Kollege von der Offiziershochschule der Volksmarine, Kapitän zur See Dr. Dieter Soppart, die Meinung, alle Armeeingehörigen sollten aus der Partei austreten. Diese Forderung vertrat er bereits öffentlich in seinem Umfeld. Die anderen Mitglieder der Fachkommission folgten dem nicht. Sie unterstützten vielmehr meinen Antrag an die Armeedelegiertenkonferenz, die NVA durch die Auflösung der Parteiorganisationen von der bisherigen Parteibindung zu befreien und die Mitgliedschaft von Berufssoldaten in einer politischen Partei zur Privatsache zu machen.

Am Abend rief mich Rolf Lehmann an und teilte lapidar mit: Berghofer hat uns beide für die nächsten Tage zum Arbeitsausschuss nach Berlin beordert. Abfahrt morgen 7.30 Uhr. Richte dich darauf ein, dass wir von da gleich zum Parteitag gehen. Zwei Tage zuvor war das Zentralkomitee der SED nach anhaltenden Protesten des Parteivolkes und einiger höherer Parteifunktionäre geschlossen zurückgetreten. Ein Arbeitsausschuss hatte die Vorbereitung eines außerordentlichen Parteitages übernommen.

Im *Großen Haus* angekommen, trafen wir auf unseren alten Mitstreiter Oberst Prof. Wilfried Schreiber von der Militärpolitischen Hochschule, der ebenfalls beordert war. Als Vierter gesellte sich Oberst Manfred Zaisse zu uns, ein leitender Offizier der Militäraufklärer, den ich bisher nicht kannte. Wir erhielten von einem Vertreter der Arbeitsgruppe Berghofer, die im Arbeitsausschuss für das politische System zuständig war, den Auftrag, das militärpolitische Konzept für den Parteitag auszuarbeiten. Vorgaben erhielten wir nicht, nur einige Informationen über die politische Situation. Jochen Willerding, der als Reformier noch vor dem inzwischen erfolgten Rücktritt des ZK ins Politbüro aufgestiegen war, unterrichtete uns über konzeptionelle Gedanken zu einer Konföderation mit der Bundesrepublik. Wir Vier überlegten gemeinsam gründlich, welche Gedanken dem Parteitag unbedingt unterbreitet werden

⁷⁴Siehe In tiefer Sorge um die Existenz der DDR und ihrer Streitkräfte wenden wir uns an den Minister für Nationale Verteidigung, 04.12.1989, Archiv des Autors.

müssten und in welche Form wir sie zu bringen haben, damit sie als politische Handlungsorientierung wirksam werden können. Mir übertrug man zwar die Federführung, doch ging jeder Satz und jede Formulierung aus gemeinsamer Diskussion von Gedanken und ihrer möglichst treffenden Präsentation hervor. Vor allem Wilfried Schreiber wirkte hieran kreativ und einfallreich mit.

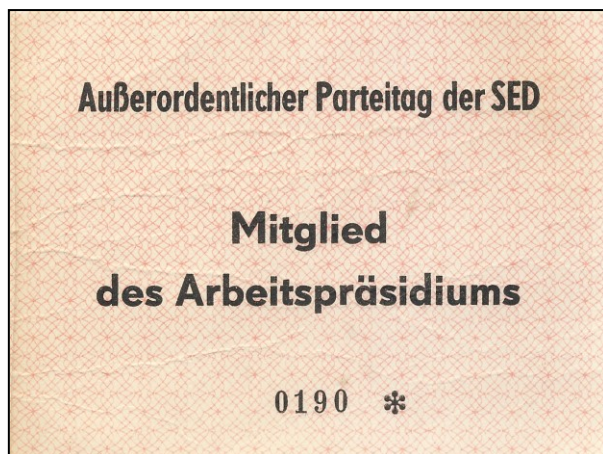
Viel Zeit blieb uns nicht, denn schon zwei Tage später begann der Parteitag. Zudem wurden wir Delegierten der Streitkräfte am Nachmittag des 7. Dezember zu einer Versammlung zusammengerufen. Es hieß, Markus Wolf werde zu uns sprechen und uns auf die Beratungen des Parteitages einstimmen. Erwartungsvoll nahmen wir im Saal Platz. Markus Wolf, ich sah ihn zum ersten Mal, betrat die Tribüne, allein, setzte sich, schaute in die Runde und sagte: Was gibt es für Fragen? Niemand meldete sich. Er wartete eine Weile, fragte erneut, und als sich immer noch niemand regte, beendete er mit guten Wünschen für den kommenden Tag die Versammlung.

Im Gästehaus der Partei, in dem wir seit unserer Ankunft einquartiert waren, versammelten sich am Abend viele Delegierte des Parteitages. Eine vorzügliche Bewirtung trug zusätzlich zu der ohnehin schon gehobenen Stimmung bei, die im krassen Gegensatz stand zu der prekären Lage im Land und der zunehmend feindseliger werdenden Stimmung gegen die SED, angeheizt von einem Enthüllungsjournalismus über Machtmissbrauch und Korruption. Speisen und Getränke, auch alkoholische, wurden auf Bestellung, aber unentgeltlich gereicht, und die Angestellten des Hauses bemühten sich redlich um unser Wohl. Erst später wurde mir bewusst, wie empfänglich man doch für solche Wohltaten ist und Privilegien in Anspruch nimmt, ohne nach ihrer Berechtigung zu fragen.

Anderntags versammelten wir Delegierten der NVA und der Grenztruppen uns zu einer Delegiertenberatung. Zu den Delegierten der Streitkräfte gehörten auch Admiral Hoffmann, die Generaloberste Goldbach und Stechbarth, Generalleutnant Süß, Generalmajor Lehmann und noch weitere Generale. Diese nahmen an der Delegiertenberatung nicht teil, weil sie währenddessen zu einer Beratung bei Minister Admiral Hoffmann zusammenkamen. Der Arbeitsausschuss hatte entschieden, dem Parteitag die Wahl eines hundertköpfigen Parteivorstands vorzuschlagen. Nun ging es darum, wer aus den Reihen der Streitkräfte dafür kandidieren soll. Von den Delegierten aus der Armee wurden Heinz Calvelage (Generalmajor, PHV), Hartmut Selau (Oberst, OHS *Ernst Thälmann*) und ich vorgeschlagen. Rolf Lehmann hatte Wilfried Schreiber gebeten, in seinem Namen Wolfgang Scheler vorzuschlagen. Damit hatte er den Auftrag erfüllt, der ihm von der Delegiertenkonferenz an der Militärademie erteilt worden war. Von den drei Kandidaten der NVA waren also

zwei Politoffiziere, und es waren zwei, die aus Lehreinrichtungen kamen. Die Delegierten der Grenztruppen schlugen Joachim Sladko (Oberst) vor.

Außerdem musste für die Delegierten der Streitkräfte noch ein Delegationsleiter bestimmt werden, der sie im Arbeitspräsidium des Parteitages vertreten und für sie sprechen sollte. In der heftigen Debatte mit Pro (Hermann Schierz, Wilfried Schreiber u. a.) und Contra (so zum Beispiel ein Divisionskommandeur, der lieber einen Truppenführer und keinen Wissenschaftler wollte) fiel die Wahl auf mich. Ich erklärte mich nur unter der Bedingung bereit, das Mandat anzunehmen, dass ich vor dem Parteitag das sagen kann, was ich für notwendig und richtig halte. Auch dafür erhielt ich schließlich die mehrheitliche Zustimmung der NVA-Delegierten, und Genosse Sladko ersuchte mich, auch im Namen der Delegierten der Grenztruppen zu sprechen.



Nun hatte ich mir eine nicht geringe Verantwortung aufgeladen, und sogleich wurde ich von verschiedenen Seiten bedrängt. Ein Redakteur des Magazins *Armeerundschau* wollte auf der Stelle ein Interview, und als ich ihn auf später vertröstete, drohte er mit öffentlicher Schelte, wenn ich meiner Verantwortung nicht nachkäme, der Presse als Medium der demokratischen Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Mir blieb aber nur wenig Zeit, um mich auf meinen Redebeitrag vorzubereiten, was der Mann endlich gelten ließ, als ich ihm zusagte, sofort nach der ersten Sitzung des Parteitags für ihn zur Verfügung zu stehen. Sodann nahm mich Generaloberst Stechbarth vertraulich beiseite, um mir zu erklären, was ich unbedingt sagen müsste. Ich bedeutete ihm, dass ich mich jetzt zurückziehen und mir eben das selber klarmachen werde. Es gelang mir auch, einen ruhigen Platz zu finden und zu notieren, was ich in aller gebotenen Kürze sagen wollte.

Als wir dann in die Dynamohalle traten, drückte mir Minister Theodor Hoffmann ein Fernschreiben von Generalleutnant Baarß, Leiter des Konsultativstützpunktes für die Militärreform, in die Hand. Die Konflikte, die das weitere Wirken der SED in der Armee auslösten, nähmen immer schärfere Formen an, hieß es darin sinngemäß, und an der Basis fordere man eine entschiedene Trennung von Armee und Partei. Ich nahm das als Bestätigung meiner Ansicht und Rückhalt für das, was ich im Namen der Delegierten der Streitkräfte einzufordern beabsichtigte. Meine ursprüngliche Absicht, einen Beschluss der Armeedelegiertenkonferenz über die Auflösung der Parteiorganisationen in der NVA herbeizuführen und damit zum Parteitag zu kommen,

Als wir dann in die Dynamohalle traten, drückte mir Minister Theodor Hoffmann ein Fernschreiben von Generalleutnant Baarß, Leiter des Konsultativstützpunktes für die Militärreform, in die Hand. Die Konflikte, die das weitere Wirken der SED in der Armee auslösten, nähmen immer schärfere Formen an, hieß es darin sinngemäß, und an der Basis fordere man eine entschiedene Trennung von Armee und Partei. Ich nahm das als Bestätigung meiner Ansicht und Rückhalt für das, was ich im Namen der Delegierten der Streitkräfte einzufordern beabsichtigte. Meine ursprüngliche Absicht, einen Beschluss der Armeedelegiertenkonferenz über die Auflösung der Parteiorganisationen in der NVA herbeizuführen und damit zum Parteitag zu kommen,

war dem Tatbestand zum Opfer gefallen, dass diese gar nicht mehr stattfinden konnte. Ich hatte dafür eigentlich nur das Mandat der Delegierten der Militärakademie. Doch konnte ich mich immerhin auf das mir von den Armeedelegierten gegebene Mandat stützen, in ihrem Namen das zu sagen, was ich für notwendig und richtig halte. Als ich nach den langwierigen Verfahren zur Konstituierung und Geschäftsordnung sowie nach den Eingangsreferaten als einer der ersten Diskussionsredner das Wort erhielt, es war schon nach Mitternacht, erklärte ich namens der Delegierten der NVA und der Grenztruppen: Wir sind für den vollständigen Bruch mit dem bürokratisch-administrativen System, das wir irrtümlich Sozialismus genannt haben. Wir tun alles, damit unsere Armee und die Grenztruppen auf der Seite der demokratischen Volksbewegung für die Erneuerung stehen und mit ihr zusammengehen. Wir wollen nicht länger die Armee einer Partei, sondern wir wollen die Armee des ganzen Volkes sein. Es ist deshalb auch unser Wille, dass die Parteiorganisationen in der NVA und in den Grenztruppen umgehend aufgelöst werden. Die Nationale Volksarmee und die Grenztruppen werden keine Gewalt gegen das Volk anwenden. Und wir möchten, dass auch keine gegen uns angewendet wird. Soweit die wichtigsten Aussagen.⁷⁵ Sie wurden mit gespannter Aufmerksamkeit und mit Beifall aufgenommen.

In der Pause bedankte sich Minister Theodor Hoffmann bei mir, sprach seine volle Unterstützung für das Gesagte aus und bot an, dass ich mich jederzeit sofort direkt an ihn wenden könne. Auch auf der Gegenseite maß man den Aussagen Bedeutung bei. So zitierte die Wochenzeitung *Die Zeit* einige Sätze und meinte: „Manche der Genossen im Saal verstanden das, was Scheler sagte, als die wichtigste Botschaft der endlosen Nacht.“⁷⁶ Das allerdings war es allenfalls aus westlicher Sicht, bezogen auf den erklärten Gewaltverzicht. Doch für die Genossen im Saal war da schon klar, dass die Machtorgane des Staates das Kredo der oppositionellen Bewegung, *keine Gewalt*, akzeptiert und dem eigenen Verhalten zugrunde gelegt hatten. Aus den Reihen der Offiziere aber erhielt ich in den folgenden Tagen per Brief und Fernschreiben nicht nur zustimmende Äußerungen und Danksagungen, sondern auch harsche Kritik und Beschimpfungen wegen der erhobenen Forderungen nach Auflösung der Parteiorganisationen in den Streitkräften. Nach der langen Wahlnacht konstituierte sich am Sonnabend der Parteivorstand der SED/PDS. Die drei Kan-

⁷⁵Siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 72 f.

⁷⁶G. Hofmann, in: *Die Zeit* vom 15.12.1989.

didaten der Armee und der Kandidat der Grenztruppen waren gewählt worden und gehörten nun zum Vorstand.

Kaum von der strapaziösen ersten Tagung des Außerordentlichen Parteitages am 8. und 9. Dezember zurückgekehrt, musste ich nun mein Versprechen einlösen, das ich dem Redakteur der *Armeerundschau* gegeben hatte. Am Sonntag also kam Oberstleutnant Heiner Schürer zum Gespräch in meine Wohnung. Zuerst fragte er, wohin die Militärreform führen und welche Konturen sie haben sollte. Meine Antwort lautete, dass sie dem demokratischen Aufbruch im Lande entsprechen müsse. Sie sei Teil der Demokratisierung des politischen Systems. Darum dürfe sie nicht als armeeinterne Angelegenheit aufgefasst und von oben verordnet werden. Sie müsse von der Gesellschaft und von der Armee gemeinsam in einem demokratischen Prozess von unten konzipiert und verwirklicht werden. Für die betroffenen Menschen, die sich nun in einer kritischen Situation befinden, ohne sie verschuldet zu haben, müsse die Gesellschaft nun sozial gerechte Lösungen finden.

Auf die Frage, ob wir den Namen Volksarmee bisher zu Unrecht getragen haben, sagte ich: „Ja und nein. Unsere Streitkräfte sind im radikalen Bruch mit dem deutschen Faschismus und Militarismus ins Leben gerufen worden. Das war eine große revolutionäre Errungenschaft. Sie wurden von Antifaschisten geführt. Ein neues Offizierskorps aus Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen wurde geschaffen. Insofern besaß die NVA von Anbeginn Volkscharakter. Zugleich aber war sie mit einer schweren Hypothek belastet – mit dem stalinistischen System. Hierzu gehörte der Anspruch, nur die marxistisch-leninistische Partei dürfe den Staat führen und damit auch seine Machtorgane beherrschen.“⁷⁷ Auch ich war hier in falschen Vorstellungen befangen, gestand ich ein, und habe erst im Laufe der demokratischen Revolution verstanden, dass der Name unserer Armee erst dann vollauf gerechtfertigt ist, wenn alle Klassen und Schichten und deren politische Parteien Zugang zur Armee und ihren Führungsorganen haben. Deshalb dürfe sie auch nicht, wie bisher, einen Klassenauftrag erfüllen, sondern einen Volksauftrag, beschlossen vom Parlament.

Gefragt, wie ich den Begriff *Staatsbürger in Uniform*, der von der Bundeswehr besetzt ist, ausfüllen würde, antwortete ich klar: So wie jene, die ihn besetzt haben. Progressive Militärs, so General Wolf Graf Baudissin, hätten ein Kon-

⁷⁷Fragen und Antworten zur Militärreform der DDR. AR sprach mit Kapitän zur See Dr. Wolfgang Scheler, Professor für Philosophie an der Militärakademie *Friedrich Engels*, in: *Armeerundschau*, Nr. 02/90, S. 84 f.

zept entwickelt, das mit alten militaristischen Traditionen brechen und die Bundeswehr in eine demokratische Gesellschaft einbinden sollte. In der Bundesrepublik sei umstritten, inwieweit das gelungen ist. Eine Gesellschaft, die sich nunmehr wirklich sozialistisch organisieren und nach demokratischen Grundsätzen aufbauen will, habe eine echte Chance, die Idee vom mündigen Staatsbürger in Uniform zu verwirklichen. Schließlich fragte der Redakteur nach geistigen Vätern der Militärreform, Scharnhorst oder Clausewitz. Ohne die genannten Personen gegeneinander zu stellen, sagte ich, dass auf jeden Fall ihre Idee von einer Armee, die sich auf die Seite des Fortschritts stellt, heute zu gebrauchen wäre. Die beiden waren ja nicht nur Armee-, sondern auch Gesellschaftsreformer. Das sei vielleicht das Wichtigste. Sie wollten eine verteidigungswerte Gesellschaft und das wollen auch wir.⁷⁸

Diese Ansichten über den Inhalt einer Militärreform an alle Soldaten der Nationalen Volksarmee heranzutragen, dazu eignete sich das Soldatenmagazin *Armeerundschau* tatsächlich am besten. Leider vermochte es die Redaktion nicht, das Gespräch noch in der Januarausgabe der Zeitschrift zu bringen. Es gelangte erst in der Februarausgabe zur Veröffentlichung, viel zu spät, löste aber ein kontroverses Echo aus. In die nächsten drei Tage fielen unter anderem die Berichterstattung, die Rolf Lehmann und ich vor interessierten Offizieren der Akademie über den Parteitag gaben, außerhalb der Dienstzeit natürlich, weiter ein Workshop mit Friedensforschern aus Westdeutschland (Dieter S. Lutz) und den USA (Walker) über Sicherheitspolitik. An der Diskussion nahm auch ein Vertreter der kritischen Soldateninitiative der Bundeswehr *Darmstädter Signal* teil.

Am 14. Dezember, wieder in Berlin, erhielten wir vier Offiziere, die wir die militärpolitische Konzeption im Entwurf vorgelegt hatten, nun den Auftrag, unseren Text zu einer Passage des Referats umzuarbeiten, das Gregor Gysi als neuer Vorsitzender auf der 2. Tagung des außerordentlichen Parteitages am 16. Dezember halten werde, und das bis zum nächsten Morgen. Pünktlich übergaben wir am anderen Morgen den militärpolitischen Referatsteil. Wolfgang Berghofer, in dessen Zuständigkeit im neuen Präsidium des Parteivorstandes auch die Sicherheitspolitik fiel, führte uns zu Wolfgang Herger, bis zum Rücktritt des Zentralkomitees der SED Leiter der Sicherheitsabteilung des ZK, und zu Generalmajor Werner Hübner, der in der Sicherheitsabteilung für Grundsatzfragen zuständig war. Wolfgang Herger, ein Kopf der Re-

⁷⁸Siehe ebenda.

formkräfte innerhalb der SED,⁷⁹ entschuldigte sich dafür, dass es ihm nicht gelungen war, sich rechtzeitig und entschiedener mit seinen Ansichten durchzusetzen. An mich als neu gewähltes Vorstandsmitglied gewandt, sagte er: Nun habt ihr die Verantwortung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Macht es besser und lasst euch die Sache nicht aus der Hand nehmen. Wolfgang Berghofer teilte uns mit, es werde ein Arbeitskreis Sicherheit und Verteidigung gebildet und wir sollten doch darin mitarbeiten. Mir trug er den Vorsitz des Arbeitskreises an. Völlig überrumpelt nahm ich an, was ich alsbald bereuen sollte.

Am Vortag der 2. Tagung des Parteitags versammelten sich noch einmal die Delegierten der Streitkräfte. Sie hatten Rechenschaft von Generaloberst Horst Brünner verlangt, der nun als Verantwortlicher für die Parteiarbeit in der Armee zum Sündenbock für das Desaster avanciert war. Mir war das Nachtreten zuwider, zumal wir ja alle das jetzt Verworfene zuvor gemeinsam getragen hatten und die Verantwortung dafür auch gemeinsam übernehmen mussten. Mich beschäftigten vielmehr die zunehmend feinseliger werdende Atmosphäre in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und die Angriffe auf Institutionen und Personen. Deshalb entwarf ich einen Antrag an den Parteitag, in dem eine Initiative gefordert wird, Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit Soldaten der NVA ganz und gar unbewaffnet in Partnerschaft mit Bürgerkomitees am Schutz von Personen und Sachen vor Gewalt teilnehmen können.⁸⁰ In unserer Vierergruppe wurden wir schnell einig, und, um das als Antrag der Armeedelegierten einbringen zu können, trug Rolf Lehmann den Entwurf vor den Versammelten vor. Sofort erhob Minister Hoffmann scharf Einspruch. Er überzeugte mich mit dem Argument, dass Angehörige der NVA dann unweigerlich in innergesellschaftliche Auseinandersetzungen hineingezogen werden würden, sie aber ausschließlich einen nach außen gerichteten Auftrag zu erfüllen haben. Ich zog den Antrag zurück, weil ich einsah, dass die guten Absichten nicht aufgehen konnten, sondern wir damit die Konflikte nur verschlimmert hätten. Admiral Theo Hoffmann war ich dankbar, dass er mich vor einer politischen Dummheit bewahrt hatte.

Unsere Ausarbeitung ist unverändert in die Rede des Vorsitzenden eingegangen und fand lebhaften Beifall der Delegierten. In Stichworten wiedergegeben beinhaltete sie: Das Antikriegsgesetz als oberstes Gebot des nuklearen Zeital-

⁷⁹W. Herger brachte als Fraktionsvorsitzender der PDS in der Volkskammer den Antrag zur Streichung der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei aus der Verfassung ein.

⁸⁰Siehe Antrag *Armee gegen Gewalt – für Sicherheitspartnerschaft*, Archiv des Autors.

ters befolgen. Mit politischen und militärischen Mitteln Krieg verhüten und zu einem kooperativen und unbewaffneten Frieden fortschreiten. Ideologische Feindbilder und Hasserziehung ablehnen. Reduzierung der Wehrdienstzeit auf 15 oder 12 Monate (*Beifall*). Verabschieden eines Zivildienstgesetzes. Sicherheitspartnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten. Eine Regierungskommission zur Militärreform einsetzen. Die Funktion der NVA und ihre Stellung in der Gesellschaft neu bestimmen, frei von Bindung an eine Partei. Die Parteiorganisationen in den Streitkräften auflösen. Wehrdienst und Soldatenberuf neu gestalten und die Rechtssicherheit und soziale Absicherung gewährleisten (*Beifall*). Den Nationalen Verteidigungsrat auflösen und das Ministerium für Nationale Verteidigung reorganisieren (*Beifall*). Das äußere Erscheinungsbild der NVA durch Entrümpelung des militärischen Zeremoniells und Verzicht auf Ehrenparaden (*Beifall*) mit dem demokratischen Aufbruch in Übereinstimmung bringen. Eine schlichte und praktische Uniform, die keine falschen Erinnerungen weckt, einführen. Beim Paradeschritt von unrühmlichen preußischen Traditionen verabschieden (*Bravo-Rufe, Beifall*). So stark und gefechtsbereit sein, dass die Armee den Bündnisverpflichtungen und den Aufgaben der Landesverteidigung nachkommen kann (*Beifall*). Die Regierung der BRD zu der Überlegung führen, Rüstungskosten und militärische Stärke auf unser Niveau zu reduzieren (*Beifall*).⁸¹

Zu Beginn der folgenden Woche, es war die letzte vor Weihnachten, informierten Rolf Lehmann und ich an der Militärakademie über den Parteitag. Anschließend beteiligte ich mich wieder an der Montagsdemonstration. Deutlich war zu spüren, wie sich die Atmosphäre gewandelt hatte. Die Faszination des freudigen und kreativen Aufbruchs verantwortungsbewusster Bürger war gewichen, und bei einem Teil der Demonstranten gewann eine feindselige und intolerante Stimmung die Oberhand. Die Initiatoren taten alles, um diesen gefährlichen Tendenzen entgegenzutreten. Viele Teilnehmer bekundeten durch weiße Tücher die Mahnung zu Besonnenheit und Gewaltlosigkeit. Ich hörte wieder Christof Ziemer eindrucksvolle Worte sprechen: Die erstrittenen Freiheiten gelte es jetzt in politische Formen zu gießen. Den Hass gelte es konstruktiv in den Willen zur Aufarbeitung umzuwandeln. Doch die beglückende Einmütigkeit zur gewaltlosen Veränderung drohe jetzt an der nationalen Frage zu zerbröckeln. So war es denn auch, wie der nächste Tag zeigte.

Am späten Nachmittag des 19. Dezember begab ich mich in Zivil, ich hatte einen Urlaubstag, zur Ruine der Frauenkirche. Zahlreiche Bürger mit Fahnen

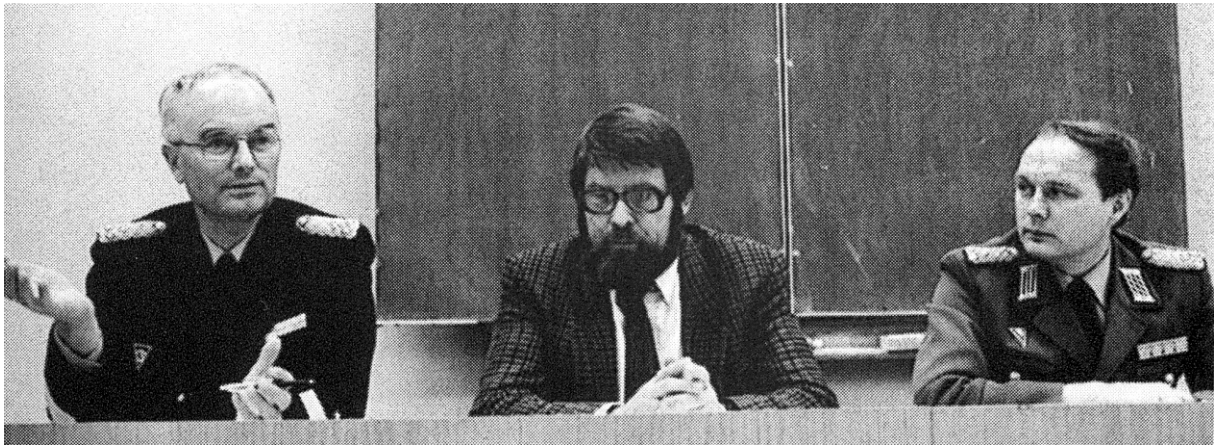
⁸¹Siehe Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS ..., a. a. O., S. 334-336.

und Transparenten waren versammelt, es sollen etwa 15.000 gewesen sein. Als Ministerpräsident Hans Modrow mit Bundeskanzler Helmut Kohl das provisorische Podest am Lutherdenkmal betrat, brandete jubelnder Beifall auf, und offensichtlich vom begeisterten Empfang beflügelt, wusste der Bundeskanzler die Landsleute für sich einzunehmen. Proteste einer kleinen Gruppe von etwa zweihundert DDR-Getreuen, die sich unter roten und Fahnen ihres Staates gesammelt hatten, gingen unter. Die Stimmung wurde beherrscht vom Gefühl der nationalen Einheit.

Nachdem ich noch mit einigen Bekannten gesprochen hatte, darunter auch mit Offizieren aus der Militärakademie, verließ ich das ideologische Schlachtfeld deutsch-deutscher Politik mit Vorahnungen über das, was uns erwartet. Dennoch trug mich noch immer eine Aufbruchstimmung. Sie gründete sich auf die überall spürbare Aktivität vielfältiger Bürgerinitiativen und reformwilliger Kräfte in den bestehenden Strukturen, die eine einzigartige Konsensdemokratie entstehen ließ. Es hatten sich ungeahnte Handlungsräume für das Voranbringen der Reformideen eröffnet. Wie schon auf dem außerordentlichen Parteitag die euphorische Stimmung im scharfen Kontrast stand zu der prekären Lage in der Partei und im ganzen Land, so empfand ich das Hochgefühl einer neuen politischen Handlungsfreiheit, ohne schon zu realisieren, wie der Wandel der politischen Kräfteverhältnisse unseren Handlungsspielraum schrumpfen ließ. Vorerst dominierte noch der Reiz des Neuen. Vor allem war ich erfüllt von dem Bewusstsein, genau 200 Jahre nach der Französischen Revolution, die die Welt verändert hatte, nun selbst eine Revolution erleben zu können. Auch sie sollte die Verhältnisse zum Guten verändern, und hieran wollte ich mitwirken. Wie in jeder Revolution, so hatten sich auch in dieser Revolution Individuen und Personengruppen aus den Herrschaftsstrukturen der alten, zum Untergang verurteilten gesellschaftlichen Verhältnisse dem revolutionären Aufbruch angeschlossen.

Kooperation mit der Gruppe der 20

Auf einmal war bisher Unmögliches möglich geworden und man brauchte es nur zu tun. So empfing ich vereinbarungsgemäß am Vormittag des 20. Dezember Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider und Kirchenamtsrat Stefan Heitmann. Harald Bretschneider hielt vor Offiziershörern und Lehrern der Sektion Gesellschaftswissenschaften, wie vereinbart und inzwischen per Honorarvertrag rechtlich abgesichert, eine Vorlesung über Evangelische Sozialethik und das Staat-Kirche-Verhältnis. Er stellte sich vor als Mitinitiator der Aktion *Schwerter zu Pflugscharen*.



Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider liest vor Offizieren der Militärakademie und führt das Gespräch zur Vorlesung. Oben von links W. Scheler, H. Bretschneider, K. Götze; unten vorn L. Glaß, St. Heitmann, W. Scheler.



Unter dem Begriff Definitives behandelte er Grundsätzliches wie die Verpflichtung zum Gemeinwohl, die Doppelnatur des Menschen und die Botschaft der Bergpredigt, um es dann zu konkretisieren. Die Kirche sei weder antikommunistische Widerstandsbewegung noch eine sozialistische Integrationsform. Grundidee der Aktion *Schwerter zu Pflugscharen* sei gewesen, ein Zeichen zu setzen für Verbindendes zwischen biblischen und sowjetischen Abrüstungsgedanken. Christliche Friedensanhänger und Wehrdienstverweigerer hätten frühzeitig das offizielle Sicherheitsdenken hinterfragt und sich dazu vor der Ruine der Frauenkirche geäußert. Eine Eskalation des Konflikts mit der Staatsmacht, der nach den Worten von Superintendent Christof Ziemer drei Schwellen überschritten habe, sei durch Gespräche mit Modrow verhindert worden.

Eingehend behandelte Harald Bretschneider das friedensethische Handeln der Kirche. Die Ökumenische Versammlung habe drei Leitgedanken für die Bewahrung der Schöpfung gesetzt: Erstens sich für Gerechtigkeit und Nichtbenachteiligung einzusetzen, zweitens dem Frieden mit gewaltfreien Mitteln zu dienen und drittens das Leben zu schützen. Hieraus ergeben sich als konkrete Folgerungen, die Institution des Krieges abzuschaffen, von der militärischen Abschreckung zum System politischer Friedenssicherung überzugehen, Militärreformen in allen Ländern durchzuführen mit dem Ziel der Nichtangriffsfähigkeit, der Reduzierung und Demokratisierung. Die atomare Abschreckung sei eine Perversion der Sicherheit. Die Kirche habe ihr eine Absage erteilt und fordere den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen. In diesem Bereich sehe er viel Übereinstimmung mit uns.

Ein zweiter Bereich seiner Vorlesung betraf den Wehrdienst. Die Wiederbewaffnung des nach dem Krieg entmilitarisierten Landes habe in Form der militärischen Abschreckung zu einer gewissen Militarisierung geführt. Wehrdienst mit der Waffe für den Frieden sei eine vertretbare Möglichkeit für Christen, und die Mehrheit christlicher Bürger leiste ihn. Christliche Wehrdienstverweigerer wollen aber ein Zeichen setzen für die politische Vernunft des Gewaltverzichts. Die neue ethische Beurteilung des Waffendienstes räume dem Christen drei Entscheidungsmöglichkeiten ein:

- Wehrdienstverweigerung. Dies sei Handeln im Vorgriff auf eine zukünftige Weltfriedensordnung, ein prophetischer Dienst.
- Wehrdienst ohne Waffe als Bausoldat. Dies sei Dienst für den militärischen Schutz bei voller Akzeptanz des militärischen Gehorsams, aber zu der Bedingung, persönlich keine Waffengewalt anzuwenden.
- Wehrdienst mit der Waffe zum Zweck der Kriegsverhinderung und Friedenssicherung in persönlicher Verantwortlichkeit für das Handeln unter Befehl.

Dienst am Gemeinwohl und Dienst zum Schutz des Gemeinwohls sind gleichwertig und verlangen rechtliche Gleichstellung, auch bezüglich der Dauer. Unverzichtbar sei die seelsorgerische Begleitung für jene, die mit Gewalt umzugehen haben. Eine demokratisierte Armee werde attraktiver sein. Dazu seien auch eine Verbesserung der Dienstbedingungen notwendig, mehr Urlaub, Zivilkleidung und andere Einberufungsmodi, zum Beispiel die Nähe von Dienst- und Wohnort.⁸²

⁸²Aufzeichnung des Inhaltes anhand meiner Mitschrift, Archiv des Autors.

Für die Vorlesung und das anschließende Gespräch standen insgesamt vier Stunden zur Verfügung. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen einer geistigen Neuorientierung zur Befreiung aus politischer Engstirnigkeit hin zu Offenheit und Toleranz. Sie wurde von den Offiziershörern und den zahlreich teilnehmenden Lehroffizieren der Sektion sehr interessiert aufgenommen und hat sicherlich manche verhärtete Position im Verhältnis zu den als pazifistisch abgelehnten oder als konterrevolutionär eingestuften Kirchenvertretern aufgebrochen.

Eine Zusammenarbeit der Militärakademie mit der *Gruppe der 20* gab es noch in anderen Formen. Bei den Gesprächen der Gruppe mit dem Oberbürgermeister waren gemeinsame Arbeitsgruppen mit der Stadtverordnetenversammlung zu bestimmten Themen gebildet worden. Die Militärakademie wurde in deren Arbeit einbezogen. Von speziell für diesen Zweck gebildeten Arbeitsgruppen wurden wissenschaftliche Ausarbeitungen geliefert. Für die akademieinterne Arbeitsgruppe zur Gesellschaftsstrategie des Sozialismus hatte ich eine Ausarbeitung beigesteuert. Am 13. Dezember erhielt ich vom Chef der Akademie einen Bericht der zeitweiligen gemeinsamen Arbeitsgruppe *Gesellschaftsstrategie des Sozialismus* der *Gruppe der 20* und der Stadtverordnetenversammlung. Das Papier enthielt wesentliche Aussagen, aus denen ersichtlich ist, zu welchen Auffassungen man gemeinsam gekommen war:

Bisher sei keine mit Sozialismus bezeichnete gesellschaftliche Struktur bekannt, die nicht durch schwere Deformationen gekennzeichnet ist. Dabei seien die Begründer dieser Strukturen meist nach verdienstvollen und opferreichen Befreiungskämpfen mit den besten Absichten an die Verwirklichung ihrer Ideale gegangen. Der Aufbruch sei eine einmalige Chance, eine Gesellschaftsordnung mit solchen Merkmalen aufzubauen, die den Menschheitsidealen am nächsten kommt. Dafür seien nicht nur Reformen, sondern eine revolutionäre Umgestaltung erforderlich. Sie solle sich auszeichnen durch pluralistische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; größtmögliche Toleranz und Offenheit im Umgang miteinander und vorurteilslose Aufarbeitung der eigenen Geschichte; durch den Übergang von einem zentral gesteuerten Wirtschaftsmechanismus zu einem am Markt orientierten geregelten Wirtschaftsmechanismus; durch ganzheitliche Betrachtung von Ökologie und Ökonomie sowie sinnvolle Nutzung der Wissenschaft und Technik für diese Zwecke; durch vielfältige Eigentumsformen bei Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums, die die Identifizierung der Bürger mit dem Eigentum ermöglichen; durch umfassende Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit und Freiheit der Religion; durch Medienvielfalt, unbeschränkten Zugang zu den Medien und gesetzliche Unterbindung ihrer Gleichschaltung; durch Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens bei Sicherung der Verteidigungsfähigkeit.

Außenpolitische Ziele sollten sein: Fortsetzung der aktiven Friedenspolitik. Die DDR solle eine wegbereitende Rolle in der Abrüstung einnehmen mit dem Fernziel der Auflösung der Militärblöcke. Angesichts einer leidvollen Geschichte solle die DDR sich in besonderer Weise ihren östlichen Nachbarn verpflichtet fühlen. Sie solle sich an der Lösung des Nord-Süd-Konflikts durch eine gerechte Weltordnung beteiligen. Sie solle für die weitere Normalisierung der besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten unter Nutzung neuer Formen der Zusammenarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Hauses Europa wirken.⁸³

Das mit der *Gruppe der 20* vereinbarte Forum zum Thema *Entmilitarisierung der Gesellschaft und Militärreform* mussten wir aus Termingründen auf den 3. Januar verschieben. Zur gemeinsamen Veranstaltung hatten der Philosophielehrstuhl und die Gruppe *Entmilitarisierung der Gesellschaft*, eine Arbeitsgruppe der *Gruppe der 20*, eingeladen. Sie fand im großen Hörsaal, Block A, der Militärakademie statt. Der Einladung waren viele gefolgt, vor allem zahlreiche Offiziere aus der Militärakademie, und es ging durchaus lebhaft zu. Steffen Heitmann, juristischer Berater der Gruppe, und ich leiteten die Debatte. Beteiligt waren Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider und Steffen Hein, AG Entmilitarisierung, vom Lehrstuhl Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer. Im Mittelpunkt der längeren Diskussion, die vom Willen zur Verständigung gekennzeichnet war, standen Wege zu einer gewaltfreien, von militaristischen Elementen und Tendenzen befreiten Gesellschaft, die Akzeptanz eines Wehrersatzdienstes in der DDR und dessen prinzipielle Reformierung und Motivierung als Friedensdienst.⁸⁴

Konzeptionelle Arbeit für die Militärreform

Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, Leiter der Ende November von Verteidigungsminister Admiral Theodor Hoffmann eingesetzten Militärreformkommission, kam am 20. Dezember an die Militärakademie. In der Beratung informierte er uns über den Stand der konzeptionellen Arbeit an der Militärreform und die bereits erfolgte praktische Umsetzung. Es sei eine Regierungskommission *Militärreform* unter Vorsitz des Ministers gebildet worden. Am *Zentralen Runden Tisch* habe es ein Gespräch zum Entwurf der Militärdoktrin der DDR gegeben. Generalleutnant Süß unterbreitete seine Vorstellungen

⁸³Siehe Ziele der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft. Bericht der zeitweiligen gemeinsamen Arbeitsgruppe *Gesellschaftsstrategie des Sozialismus* der *Gruppe der 20* und der Stadtverordnetenversammlung, ohne Datum, Archiv des Autors.

⁸⁴Siehe Sächsische Zeitung vom 05.01.1990.

über die Mitarbeit der Militärakademie und über die Reformierung von Wissenschaft und Bildung in der NVA. Seine Konzeption der Militärreform beinhaltete die Neustrukturierung der NVA unter einem zivilen Minister mit einem militärischen Führungsstab, den Verzicht auf Kommandos der Teilstreitkräfte, die Ausgliederung der Grenztruppen und der Zivilverteidigung und eine Verringerung des Personalbestandes. Die Dienstpflicht soll 12 Monate betragen und die Einberufung nach dem Territorialprinzip erfolgen. In der Perspektive sei eine Berufsarmee möglich. Offiziere seien drei Jahre auszubilden plus ein Jahr Diplomausbildung für einen 10-jährigen Offiziersdienst mit der Möglichkeit zur Weiterverwendung nach entsprechender Qualifizierung.

Kern der Militärreform seien die Neubestimmung des Auftrags der Streitkräfte, ihre Stellung in der Gesellschaft und das Konzept des Staatsbürgers in Uniform. Trennung von Partei und Staat, Kontrollrecht der Volkskammer, gesetzliche Rechtssicherstellung und Interessenvertretungen der Soldaten sowie freier Zugang zu Führungsfunktionen seien dazu notwendig. Die Kompetenz der Einzelleiter sei zu erhöhen. Demgemäß erhalte die staatsbürgerliche Bildung, soziale Betreuung und Traditionsarbeit eine neue Funktion und einen neuen Inhalt. Wir sahen, dass nun doch jene Ideen in das Konzept der Militärreform eingegangen waren, die der Wissenschaftliche Rat der Militärakademie auf seiner Außerordentlichen Tagung am 4. November 1989 unterbreitet und als Forderungen erhoben hatte. Eingegangen war auch manches aus unserem Papier *Gedanken zur Militärreform* vom 27. November.

Einen bedeutenden Platz nehme die Wissenschaftsreform ein. Es gelte, die Fehlentwicklung der bisherigen Wissenschaftsstrategie und Wissenschaftsorganisation in der NVA zu korrigieren, die administrativ-zentralistischen Strukturen aufzuheben und den Praktizismus zu überwinden. Die Deformationen seien gegen die Meinung der Wissenschaftler in der Armee vollzogen worden und hätten den wissenschaftlichen Vorlauf gebremst. Sie seien verursacht durch eine Ignoranz von Führungskadern gegenüber der Wissenschaft, durch Anfeindungen von Wissenschaftlern und Verbote für Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Es gelte, die Freiheit der Wissenschaft zu gewährleisten und ihre Angebote zu nutzen. Dazu soll ein leistungsfähiges Wissenschaftspotenzial geschaffen, der Anteil der Forschung erhöht werden und die Militärakademie die Kompetenz für Institutsforschung erhalten. Ein Wissenschaftlicher Beirat beim Minister soll gebildet werden. Wir, die auf Erneuerung drängenden Wissenschaftler an der Militärakademie, die schon lange dafür gestritten hatten, nahmen all das befriedigt zur Kenntnis und gingen entschlossen daran, dafür das Unsere im eigenen Verantwortungsbereich zu tun.

Zuvor aber ging ich in den Weihnachtsurlaub und widmete mich meiner arg vernachlässigten Familie. Nach den aufreibenden Aktivitäten der letzten Wochen hatte ich Erholung dringend nötig. Doch trieb mich das Geschehen in Rumänien am Tag vor Heiligabend wieder in die Akademie. Während des Aufstands gegen die Ceaucescu-Diktatur hatte die Rumänische Volksarmee sich geweigert, wie andere Sicherheitskräfte es taten, mit Gewalt gegen das eigene Volk vorzugehen. Ich hielt es deshalb für notwendig, dass die NVA unverzüglich eine Solidaritätsbotschaft an die Rumänische Volksarmee sendet. Das war aber Sache des Ministers. Da dieser mir angeboten hatte, ich könne mich jederzeit direkt an ihn wenden, begab ich mich wieder in die Dienststelle und rief den Minister über die Nachrichtenverbindung S1 an. Admiral Theodor Hoffmann war sofort mit der Idee und meinem Entwurf einverstanden und ergänzte die Botschaft mit dem Angebot medizinischer Hilfe und Aufnahme von Verwundeten in Lazaretten der NVA.⁸⁵

Nun hatte die Militärreform gerade in der Kernfrage, der Entflechtung der Armee von der Partei, einschneidende Konsequenzen für die Militärakademie. Sehr einfach ging die Auflösung der Parteiorganisationen vonstatten. Die Mitgliedschaft in einer Partei war nun Privatangelegenheit eines jeden Offiziers. Das ist wohl von den meisten Offizieren als wohltuende Erleichterung für eine sachbezogene Arbeit in ihrem Verantwortungsbereich wahrgenommen worden. Ebenfalls unproblematisch war es, die parteipolitisch ungebundene Staatsbürgerliche Bildung an die Stelle der von der Parteiideologie geprägten Gesellschaftswissenschaftlichen Schulung der Offiziere (GWS) zu setzen. Gravierend in den Lehrauftrag und die Struktur der Militärakademie aber griff ein, dass mit der Entflechtung der Armee von der Partei keine Politoffiziere mehr gebraucht wurden. Damit erübrigte sich ein bisher wesentliches Profil der militärakademischen Diplomausbildung, das gesellschaftswissenschaftliche.

Schon am 13. Dezember war entsprechend Befehl 133 des Ministers das Profil Politoffiziere für das Studienjahr 1990 ausgesetzt worden. Des Weiteren wurde, nachdem es keine Politabteilung mehr gab, die Sektion Gesellschaftswissenschaften dem Chef der Akademie unmittelbar unterstellt. Die gesell-

⁸⁵ Aus der Solidaritätsbotschaft: „Wir sind stolz auf Euch, Waffenbrüder der Rumänischen Volksarmee. Eure Verweigerung, Krieg gegen das eigene Volk zu führen, ist eine humanistische und patriotische Tat. ... Wir Soldaten des Volkes, das in einer gewaltlosen Revolution Freiheit und Demokratie erkämpft, bezeugen unsere Solidarität, indem wir uns an der Hilfeleistung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik für das rumänische Volk aktiv beteiligen.“, Archiv des Autors.

schaftswissenschaftliche Ausbildung wurde reduziert. Der Befehl bestätigte unseren Vorschlag über die Neuprofilierung und Umbenennung von Lehrstühlen. Aus dem Lehrstuhl Marxistisch-leninistische Philosophie wurde der Lehrstuhl Philosophie, aus dem Lehrstuhl Wissenschaftlicher Kommunismus der Lehrstuhl Politische Wissenschaften und aus dem Lehrstuhl Politische Ökonomie und Militärökonomie der Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften. Anfang Januar wurden die Offiziershörer des ersten Studienjahres im Profil Gesellschaftswissenschaften in die militärwissenschaftlichen Profile der anderen Sektionen eingegliedert. Die Hörer des zweiten Studienjahres im Profil Gesellschaftswissenschaften mussten sich nun mit Rücksicht darauf, dass es in der Bundesrepublik kein Diplom in Gesellschaftswissenschaften gibt, entscheiden, ob sie ihr Studium als Diplomphilosophen oder als Diplompolitikwissenschaftler abschließen wollen. Die Hörer des dritten Studienjahres sollten im Sommer 1990 das politikwissenschaftliche Diplom erhalten. Nachdem Ministerpräsident Hans Modrow in realistischer Bewertung der Lage das Bekenntnis aus der Nationalhymne der DDR, *Deutschland einig Vaterland*, wieder zum politischen Ziel erhoben hatte, war uns klar, dass die Absolventen mit einem Diplom ausgestattet werden müssen, das in der Bundesrepublik anerkannt wird.

Nicht alle Offiziershörer wollten in der Ungewissheit der Perspektive ihr Studium zu Ende führen und trafen selbständig ihre Entscheidung. Schon am 18. Dezember sind mit Ministerbefehl 58 Offiziershörer, nicht nur Politoffiziere, auf eigenen Wunsch aus dem aktiven Dienst entlassen worden. Bis zum 8. Februar stieg die Zahl entlassener Offiziere an der Militärakademie auf fast 100. An der Militärakademie hatte sich ein Offiziershörerrat gebildet. Mit diesem führte der Akademiechef am 16. Januar eine Beratung. Für den 6. Februar berief der Offiziershörerrat eine Offiziershörerversammlung ein, auf der die Hörer ihre Interessen artikulierten, um diese nachdrücklich vertreten zu können. An der Versammlung beteiligten sich aber nur wenige Offiziershörer. Welche Perspektive die Offiziershörer erwartet, hing natürlich davon ab, was aus der Militärakademie werden wird.

Dazu hatte schon am 22. Januar eine Arbeitsgruppe beim 1. Stellvertreter des Chefs, Generalmajor Egon Gleau, Gedanken zur perspektivischen Entwicklung der Militärakademie erarbeitet. Der Hauptgedanke war, dass die Militärakademie sich neu profilieren muss zu einer Akademie für Sicherheitspolitik, zu einer zentralen wissenschaftlichen Forschungs- und Bildungsstätte für zivile und militärische Kader. Dementsprechend müsse die Struktur der Militära-

ademie an die zivilen akademischen Einrichtungen angenähert werden.⁸⁶ Auf dieser Grundlage legte die Arbeitsgruppe *Entwicklung der Militärakademie* am 26. Januar *Konzeptionelle Überlegungen zur Weiterentwicklung der Militärakademie ‚Friedrich Engels‘* vor.⁸⁷ Geleitet vom amtierenden Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, Oberst Doz. Dr. Gerhard Kolitsch, gehörten der Arbeitsgruppe vier Offiziere aus den Sektionen an: Oberst Prof. Dr. Allwelt, Kapitän zur See Doz. Dr. Berger, Oberst Dr. Klaus Götze und Oberst a. D. Klaus Kulisch. Ausgehend von einem Zeithorizont bis zum Jahr 2000 präziserte das Papier die Idee, gemäß dem erwarteten Übergang von vorrangig auf militärische Macht gestützten Sicherheitsstrukturen zu nichtmilitärischen Sicherheitsstrukturen die Militärakademie in eine Akademie für Sicherheitspolitik der DDR zu verwandeln. Die Diplombildung solle auslaufen. Als Forschungsakademie mit Bildungsauftrag solle sie mit Spitzenleistungen der Forschung und mit akademischer Qualifizierung höherer militärischer und ziviler Kader die Sicherheitspolitik der DDR durchsetzen helfen. Das wissenschaftliche Potenzial, einschließlich des Promotionsrechts, sei zu erhalten.

Sicherheitskonzeption und Militärpolitische Leitsätze der DDR

Es war die Zeit der Runden Tische und Konsensdemokratie. Gemeinsam entschieden staatlich Regierende und Vertreter der revolutionären demokratischen Bewegung an den Runden Tischen über die wichtigsten Fragen der gesellschaftlichen Umgestaltung der DDR. Ohne die Zustimmung der Runden Tische konnte die Staatsmacht nicht regieren, weder auf der zentralen, noch auf den untergeordneten Ebenen. Ein solcher Runder Tisch war im Dezember 1989 auch zu Fragen der Militärreform beim Verteidigungsminister entstanden. Er wurde zu einem wichtigen Partner der Militärreformkommission und öffnete sie in die Gesellschaft. Für die Arbeit der Reformkommission wurde nun auch der wissenschaftliche Sachverstand der Militärakademie genutzt. Mit Befehl des Chefs der Militärakademie vom 9. Januar 1990 wurden Generalmajor Rolf Lehmann, Oberst Dr. Eberhard Jakob und Oberst a. D. Dr. Klaus Kulisch zur Arbeit an der neuen Militärdoktrin der DDR und Militärreform der NVA freigestellt und die beiden Oberste zur Expertenkommission ins Ministerium kommandiert.

⁸⁶Arbeitsgruppe *Org.-Struktur* der Militärakademie, Standpunkte zur perspektivischen Entwicklung der neuen Org.-Struktur der Militärakademie *Friedrich Engels*, 22.01.1990, Archiv des Autors.

⁸⁷Arbeitsgruppe *Entwicklung der Militärakademie*, Konzeptionelle Überlegungen zur Weiterentwicklung der Militärakademie *Friedrich Engels* vom 28.01.1990, Archiv des Autors.

Am 18. Januar 1990 rief mich Generalleutnant Süß in seiner Funktion als Leiter der Kommission *Militärreform* zu sich ins Ministerium. Er informierte mich über die am Runden Tisch *Militärreform* beim Minister erhobene Forderung, der Erarbeitung der Militärdoktrin der DDR eine Sicherheitskonzeption voranzustellen. Er erteilte mir den Auftrag, eine solche Sicherheitskonzeption der DDR auszuarbeiten, sodass sie rechtzeitig vor der nächsten Sitzung des Runden Tisches am 6. Februar den beteiligten Vertretern aller demokratischen Parteien und Bewegungen übergeben werden konnte. General Süß erläuterte mir ausführlich seine Vorstellungen darüber, welchen Inhalt diese Sicherheitskonzeption haben sollte. Für die Ausarbeitung könne ich kompetente Persönlichkeiten meiner Wahl hinzuziehen. Ich bat, Oberst Prof. Wilfried Schreiber (MPHS) und Dr. Wolfgang Schwarz vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in die Arbeitsgruppe zu berufen. Mit ihnen hatte ich ja bereits in dieser Sache gut zusammengearbeitet. Wilfried Schreiber brachte noch Dr. Lutz Kleinwächter vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staat und Recht mit. Von der Militärakademie arbeiteten weiter Oberst Dr. Eberhard Jakob und Oberst a. D. Dr. Klaus Kulisch mit. Schon nach wenigen Tagen konnten wir den Entwurf der Sicherheitskonzeption für die Beratung am Runden Tisch übergeben.

Sie beschrieb die wesentlichen Gefährdungen der Sicherheit, die Zerstörung der natürlichen Umwelt, die militärischen Vernichtungspotenziale, zivile Hochrisikotechnologien und politisch-soziale Instabilitäten. Keines dieser Probleme kann mit militärischen Mitteln gelöst werden, sondern setzt die Entmilitarisierung der Staatenbeziehungen voraus. Vom militärisch nicht mehr zu sichernden Frieden muss zum nichtmilitärisch gesicherten Frieden übergegangen werden. Zu den militärischen Sicherheitsinteressen gehört die Kriegsverhinderung, der Abzug aller ausländischen Streitkräfte vom Territorium beider deutscher Staaten, die Wandlung der Bündnissysteme aus militärischen in politische und anderes. Eine Vertragsgemeinschaft beider deutscher Staaten müsste gemeinsame Abrüstungsinitiativen und regelmäßige Treffen der militärischen Führungen der Streitkräfte umfassen. Eine überstürzte Auflösung der NVA würde den angestrebten Sicherheitsprozess behindern, wenn nicht gar unmöglich machen.⁸⁸

Generalleutnant Süß erteilte mir sogleich den Auftrag, einen neuen Entwurf der Militärdoktrin für den Runden Tisch zur Militärreform auszuarbeiten.

⁸⁸Siehe Überlegungen zu einer umfassenden Sicherheitskonzeption der DDR, in: B. Gonnermann, G. Merkel, DDR ohne Waffen ... a. a. O., S. 60 f.

Dazu übergab er den achtseitigen *Beschluss des Ministerrats über den Entwurf der Militärdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Januar 1990*.⁸⁹ Diesen hatte eine erweiterte Arbeitsgruppe des Verteidigungsministeriums, beginnend im Mai 1989, ausgearbeitet, der neben Generalen und Offizieren, darunter General Rolf Lehmann, Oberst Erich Hocke und Oberst Wilfried Schreiber, auch Wissenschaftler ziviler Institutionen, wie Wolfgang Schwarz vom IPW und Lutz Kleinwächter vom IIB, angehörten. Der Ministerrat hatte diesen Entwurf als verbindlich erklärt für das Auftreten der DDR-Delegation auf dem Wiener Seminar zum Vergleich der Militärdoktrinen vom 16. Januar bis 5. Februar in Wien.

Diesen Entwurf fasste nun dieselbe Arbeitsgruppe, von der die Sicherheitskonzeption erarbeitet worden war, im Sinne unserer Sicherheitskonzeption grundlegend neu. Am 30. Januar konnten wir sie General Süß übergeben. In der Sitzung des Runden Tisches zur Militärreform am 6. Februar hatte ich auf Weisung des Ministers die Vorlage zu vertreten. Minister Admiral Theodor Hoffmann eröffnete die Tagung des Runden Tisches zur Militärreform mit dem Vorschlag, beide vorliegende Dokumente, die Sicherheitskonzeption und die Militärdoktrin, im Kontext zu behandeln und sie möglicherweise anschließend zur Selbstverständigung und gegenseitigen Verständigung für die Fortführung der Militärreform zu einem Grundsatzdokument zusammenzufassen. Er bat, unter den Aspekten der Entwicklung politischer, entmilitarisierter Sicherheitsstrukturen im Rahmen des europäischen Friedensprozesses und des Weges zu einer neuen deutschen Einheit eine Sachdiskussion zu den vorgelegten Papieren zu führen. Mit der Bemerkung, Prof. Dr. Scheler, „der von mir mit der Leitung der Arbeitsgruppe beauftragt war“, sei bereit zu antworten, übergab er mir das Wort zur Begründung und Diskussion unserer Vorlagen.⁹⁰

Einführend begründete ich das Vorgehen der Arbeitsgruppe bei der Erarbeitung der vorgelegten Papiere: Vor Augen standen uns dabei die Ergebnisse vorangegangener Diskussionen am Runden Tisch, eingesandte Stellungnahmen und eigene Erkenntnisse aus dem Verlauf der gesellschaftlichen und politischen Prozesse. Wesentliche Richtungen der Überarbeitung waren

⁸⁹Siehe Beschluss über den Entwurf der Militärdoktrin der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Januar 1990, in: W. Schreiber, Von einer Militärdoktrin der Abschreckung zu Leitsätzen entmilitarisierter Sicherheit (1987-1990), in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 86/2007, S. 82 ff.

⁹⁰Siehe Bemerkungen des Ministers für Nationale Verteidigung zum *Runden Tisch* am 06.02.1990, Archiv des Autors.

- die bereits vorgelegten Gedanken zu militärischen Aspekten der Sicherheit weiter zu modernisieren, zu ergänzen und zu korrigieren, sie in die anderen, nichtmilitärischen Aspekte der Sicherheit einzuordnen und einen Sicherheitsbegriff zu definieren;
- die Militärdoktrin mit den Intentionen der Sicherheitskonzeption in Übereinstimmung zu bringen und von überholten Denkmustern zu befreien.

Neu gefasst wurde gegenüber dem bisherigen Entwurf der Militärdoktrin in den Abschnitten I bis IV:

I. Die Grundsätze wurden akzentuiert auf das Ziel der Kriegsverhütung und die Unmöglichkeit, die DDR anders militärisch zu schützen.

II. Abrüstung und Vertrauensbildung wurden logisch abgeleitet aus den übergeordneten Zielen der Entmilitarisierung der Sicherheit, der allgemeinen und vollständigen Abrüstung, der Freiheit von Massenvernichtungswaffen und der Bereitschaft zu einseitigen Abrüstungsschritten.

III. Dieser Abschnitt wurde völlig neu gefasst. Die Bedrohung wurde nicht mehr am Gegner festgemacht und das Bedrohungssyndrom als Rechtfertigung eigener militärischer Anstrengungen und der Wehrmotivation endgültig aufgegeben. Die Notwendigkeit einer Armee wurde abgeleitet aus den noch bestehenden militärischen Sicherheitsstrukturen und ihrer schrittweisen Überwindung.

IV. Charakter und Aufgaben der NVA wurden klarer gefasst und zum Teil neu formuliert, die Aufgaben logisch geordnet.

Auf Abschnitt V. über den Aufbau der NVA wurde verzichtet.⁹¹

Die Sicherheitskonzeption wurde zustimmend zur Kenntnis genommen und bildete eine gedankliche Grundlage für die Diskussion der Militärdoktrin. Nach eingehender Debatte und dem Einbringen von Korrekturen und Ergänzungen wurde über jeden Satz abgestimmt und der Text zum Beschluss erhoben. Um das Abgehen von bisherigen Militärdoktrinen deutlich hervortreten zu lassen, erhielt das Dokument den Namen *Militärpolitische Leitsätze der Deutschen Demokratischen Republik*.

In diesen Leitsätzen war festgeschrieben, das System militärischer Abschreckung zu überwinden und gemeinsame Sicherheit in Europa zu erreichen. Zum Wesensmerkmal der Leitsätze werden entmilitarisierte Sicherheit, voll-

⁹¹Siehe W. Scheler, Einführung *Runder Tisch*, 06.02.1990, Archiv des Autors.

ständige Abrüstung und eine von Atomwaffen freie Welt erklärt. Ideologische Feindbilder und Hasserziehung werden ausdrücklich abgelehnt. Die Nationale Volksarmee erhält den Auftrag, zur Aufrechterhaltung der Abwehrbereitschaft nach dem Prinzip minimaler Hinlänglichkeit beizutragen, militärische Provokationen unter Vermeidung der Gefahr eines Kriegsausbruchs zurückzuweisen und im Falle eines militärischen Konflikts defensiv zu wirken und den Spielraum für eine politische Konfliktbeendigung zu erhalten. Sie hat teilzunehmen an der Schaffung systemübergreifender Sicherheitsstrukturen und an friedenserhaltenden Missionen der UNO.⁹²

Über den Tag hinaus denkwürdig und bedeutungsvoll ist, dass die an den Runden Tisch entsandten Vertreter aller im demokratischen Aufbruch befindlichen Parteien und Organisationen, vom Neuen Forum bis zur CDU, diese Leitsätze im Konsens angenommen haben und dass sie auch von der Führung der NVA unter Minister Admiral Theodor Hoffmann akzeptiert worden sind. Es war dies eine Sternstunde der Konsensdemokratie. Der Runde Tisch zur Militärreform hat sie im März als Beschlussentwurf der frei gewählten Volkskammer zugeleitet, allerdings vergeblich.

Die neuen Gedanken der *Militärpolitischen Leitsätze der DDR* kamen auch nicht mehr auf dem Wiener Seminar der 35 KSZE-Staaten zum Vergleich der Militärdoktrinen zur Geltung. Im Auftrag der Regierung der DDR vertrat General Prof. Lehmann unter Leitung des Chefs des Hauptstabes der NVA, Generalleutnant Manfred Grätz, die sicherheitspolitischen Interessen unseres Staates. In dem Bericht über das Ereignis schrieb er: „Alle Delegationen bezeichneten das Treffen der Generalstabschefs sowie hochrangiger Militärs und Diplomaten als historisches Ereignis. Erstmals haben in diesem Seminar die Chefs der Generalstäbe des Warschauer Vertrages, der NATO-Staaten sowie der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten Europas einen offenen und sachbezogenen Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen der Streitkräfte und der militärischen Vertrauensbildung geführt.“⁹³

In der wehrpolitisch interessierten Öffentlichkeit der Bundesrepublik wurden die Aktivitäten der Militärakademie in der Militärreform aufmerksam verfolgt. Im Auftrag der *Europäischen Wehrkunde/Wehrwissenschaftliche Rundschau* besuchte

⁹²Siehe Militärpolitische Leitsätze der DDR, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 175 ff.

⁹³Siehe Entwurf. Bericht der Delegation der DDR zum Verlauf und den Ergebnissen des Wiener Seminars über Militärdoktrinen, in: R. Lehmann, Zum deutsch-deutschen Dialog von Militärs in den achtziger Jahren ..., a. a. O., S. 42.

Brigadegeneral Dr. Hermann Hagena vom 25. bis 27. 1990 Januar die Militärakademie. Er führte Gespräche mit den Obersten Prof. Erich Hocke, Prof. Friedemann Beer, Prof. Hans-Ludwig Ewert, Dr. Gerhard Kolitsch und Kapitän zur See Prof. Wolfgang Scheler. Über seine Erkenntnisse und Eindrücke schrieb er einen sachlich wertenden Artikel unter der Überschrift *Reform für die NVA. Vom Parteisoldaten zum Staatsbürger in Uniform*. Die wehrwissenschaftliche Zeitschrift veröffentlichte ihn in ihrer Ausgabe vom März 1990.⁹⁴ Sowohl der Titel als auch der Inhalt zeigten, dass in dem Artikel der Kern der demokratischen Militärreform klar erfasst war.

Zur gleichen Zeit wandte sich Dr. Martin Kutz, Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr, mit einem Brief an mich und die anderen Unterzeichner unseres Papiers *Militärreform in der DDR – Denkanstöße und Vorschläge* vom November 1989. Er stimmte diesem Papier grundsätzlich zu, machte aber auf Probleme aufmerksam, die mit einer solchen demokratischen Wehrreform verbunden sind:

- „1. Die NVA steht zur Zeit in der prinzipiell gleichen Situation, wie die Bundeswehr 1956. Es gibt einige wenige, die konzeptionell Neues ins Auge fassen, es gibt teilweise potentielle Verbündete in der Armee, faktisch bestimmend ist aber die bei Ihnen zwar teilweise andere, jedoch etablierte Tradition.
2. Auch deklaratorische Zustimmung politischer Gremien besagt überhaupt nichts über die tatsächliche Wirksamkeit solcher Konzepte. Sie müssen rechtlich, d. h. über Gesetzesregelungen, so weit als rechtlich regelbar etabliert werden.
3. Solche Regelungen, ob rechtlicher Art oder solche zur politischen Bildung oder politischen oder wissenschaftlich begleiteten Kontrolle sind auch intentional umkehrbar, zumindest haben interessierte Militärs wie Politiker die Möglichkeit, Demokratisierungsprozesse auch trotz, oder sogar mit solchen Instrumenten zu verlangsamen oder aufzuhalten.“⁹⁵

Martin Kutz schlug uns vor, in einen Dialog mit denen zu treten, die Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse über die Schwierigkeiten anzubieten haben, eine demokratische Armee in Westen aufzubauen, um nicht die Fehler, die dabei gemacht wurden, zu wiederholen. Das waren zweifellos wichtige Warnungen und Vorschläge, die wir, soweit wir dazu in der Lage wa-

⁹⁴Siehe H. Hagena, *Reform für die NVA. Vom Parteisoldaten zum Staatsbürger in Uniform ...*, a. a. O., S. 172 ff.

⁹⁵M. Kutz, Brief an Wolfgang Scheler u. a. vom 24.01.1990, Archiv des Autors.

ren, berücksichtigten und in verschiedenen Diskussionsforen zu realisieren versuchten.

Eine etwas andere Konzeption als jene, die für die DDR-Streitkräfte in den *Militärpolitischen Leitsätzen* niedergeschrieben war, vertrat an der Militärakademie Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer.⁹⁶ Er nahm die Idee auf, mit dem der im Dezember ergangene *Appell der 89* die Initiative zu „einer Volksabstimmung für eine totale militärische Abrüstung der DDR“ ergriffen hatte. In Übereinstimmung, hieß es darin, dass von deutschem Boden nur noch Frieden ausgehen wird, rufen wir alle Menschen guten Willens auf, „mit einem mutigen und die Phantasie beflügelnden Schritt der Welt den Beweis für die Kraft der Vernunft zu liefern, indem die Deutsche Demokratische Republik einseitige Vorleistungen mit dem Ziel einer totalen militärischen Abrüstung bis zum Jahre 2000 vollzieht“.⁹⁷

Zu den 89 Erstunterzeichnern gehörten der Biologe Johannes Schönherr, Initiator des Appells, die Schriftstellerinnen Christa Wolf, Daniella Dahn und Elfriede Brüning, die Schriftsteller Stefan Heym und Jochen Laabs, der Maler Werner Tübke und der Graphiker Peter Porsch, der Bischof i. R. Albrecht Schönherr, der Theologe Heinrich Fink und die Pfarrer Friedrich Schorlemmer und Rainer Eppelmann, die Philosophen Karl-Friedrich Wessel und Michael Brie, der Friedensforscher André Brie und der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur.

⁹⁶Siehe S. Fischer, Militärdoktrinen und internationale Sicherheit. Für eine entmilitarisierte DDR, in: *Initial*, Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, Heft 03/1990, S. 255-262.

⁹⁷Siehe *Appell der 89* vom Dezember 1989, in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit ...*, a. a. O., S. 158 f.

APPELL DER 89

Im Wissen und mit der Erfahrung tiefgreifender Veränderungen in der Welt der sozialistischen Länder, angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krisensituation unseres Planeten, die sich in Gestalt der Bevölkerungsexplosion, der Energie- und Umweltkrise, in der sich anbahnenden Klimakatastrophe, der Zerstörung der schützenden Ozonschicht, der Abholzung des tropischen Regenwaldes und der Verluste von immer mehr Tier- und Pflanzenarten als die Existenzgefährdung der Erde erweisen könnte, rufen wir in Übereinstimmung mit der Zusicherung, daß von deutschem Boden nur noch Friede ausgehen wird, alle Menschen guten Willens auf, mit einem mutigen und die Phantasien überflügelnden Schritt, der Welt den Beweis für die Kraft der Vernunft zu liefern, indem die Deutsche Demokratische Republik einseitige Vorleistungen mit dem Ziel einer totalen militärischen Abrüstung bis zum Jahre 2000 vollzieht.

Dieser Schritt ist die logische Konsequenz aus der Einsicht, daß in Europa mit seinem dichten Netz von Kernkraftwerken, Ballungen der chemischen Industrie und anderer hochsensibler Anlagen jede militärische Aktion – auch im konventionellen Fall, auch im Verteidigungsfall – das Ende menschlichen Lebens und den Einzug des nuklearen Winters in der Welt bedeuten würde.

Mit den freigesetzten Mitteln und dem Elan von hunderttausenden junger Menschen, die in einem völlig unproduktiven und überaus kostspieligen Beruf verpflichtet sind, können bisher unvorstellbare moralische, industrielle, wissenschaftliche, ökologische und künstlerische Energien gewonnen werden.

Mit diesen Energien wird unser Land sich aus seiner gesellschaftlichen und ökonomischen Krise befreien können und eine Kultur entwickeln, die das Leben reicher macht, ohne den nur auf Gewinnstreben ausgerichteten Gesellschaften verfallen zu müssen. Kommende Generationen sollen nicht länger nur Schulden und ökologische Sünden von uns erben.

Im Sog des uralten Traums der Menschen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und seiner ersten wirklichen Chance in der Geschichte werden sich Menschen aller Länder zusammenfinden, die wie wir erkannt haben, daß die völlige Abrüstung der erste Schritt ist, unseren bedrohten Planeten zu retten.

Im letzten Monat des Jahres 1989 erheben wir unsere Stimme aus einem Land der Deutschen, aus einem vielfach zwiespältigem Land, berühmt und belastet gleichermaßen. Berühmt auch durch das Wirken von Dürer, Bach und Goethe, belastet aber auch mit Untaten und Verbrechen zweier Weltkriege und unvorstellbarem Völkermord. Eingedenk dieser Vergangenheit geht unser Ruf an alle friedliebenden Menschen:

Verpflichtet Eure Parteien und Gruppierungen den APPELL DER 89 in ihre Wahlprogramme aufzunehmen und verpflichtet die frei gewählten Parlamentarier diesen APPELL DER 89 zum Dekret Nr. 1 der neuen Volkskammer, zum „Dekret des Friedens“ zu erheben.

Unterzeichner »APPELL DER 89«

Rosemarie Schuder, Schriftstellerin	Reinhold Andert, Liedermacher	Gertrud Tamme, Angestellte
Johannes Schönherr, Biologe	Brigitte Fechner, Journalistin	Gisela Rimpler, Schauspielerin
Rudolf Hirsch, Schriftsteller	Christine Barckhausen-Canalé, Schriftstellerin	Margit Stragies, Lektorin
Kurt Julius Goldstein, F.I.R.-Sekrerär	Hans-Hartmut Krüger, Regieassistent	Nora Leo, Sekretärin
Heinrich Fink, Theologe	Michael Seidel, Buchhändler	Christian Rau, Liedermacher
Margot Goldstein-Wloch	Rainer Eppelmann, Pfarrer	Gregor Gysi, Rechtsanwalt
Jörn Fechner, Dramaturg	Gerhard Schöne, Liedermacher	Tamara Danz, Rockmusikerin
Marianne und Ulrich Staedtefeld, Filmemacher	Wolfram Beyer, Kameramann	Kurt Pätzold, Historiker
Axel Peters, Bildhauer	Gina Pietsch, Sängerin	Ellen Richter, Chemiker
Rainer Ohff, Chemiker	Daniela Dahn, Schriftstellerin	Elke Erb, Schriftstellerin
Peter Schreier, Sänger	Carl Ordnung, Sekretär der CFK	Hans-Jürgen Fischbeck, Physiker
Bärbel Bohley, Malerin	Wolfgang Hellmich, Sänger	Siegfried Matthus, Komponist
Katja Havemann	Werner Tübke, Maler	Manfred Butzmann, Grafiker
Günther Drefahl, Präsident des Friedensrates der DDR	Christa Leuek	Werner Enders, Sänger
Elisabeth Wilke, Sängerin	Werner Felix, Musikwissenschaftler	Freimut Börngen, Astronom
Michael-Christfried Winkler, Organist der Kreuzkirche Dresden	Carmen Wedel, Lektorin	Elisabeth Seidel, Apothekerin
Nuria Quevedo, Malerin	André Brie, Friedensforscher	Peter Schwarzbach, Restaurator
Günther Huniat, Bildhauer	Bettina Sitte, Geigerin	Eva Butzmann, Gartenarchitektin
Richard Pietraß, Schriftsteller	Peter Porsch, Grafiker	Wolfram Blaffert, Tierarzt
Hans-Peter Gensichen, Leiter des Kirchlichen Forschungsheims	Franz Bugenhagen, Kulturwissen- schaftler	Ulrich Schwark, Elektroniking.
Dieter Birr, Rockmusiker („Pudhys“)	Jürgen Rennert, Schriftsteller	Horst Hillmer, Jurist
Christine Schornsheim, Cembalistin	Hans Vent, Maler	Franziska Lobeck, Bildhauerin
Uwe Hempel, Pressesprecher NVA	Detlef Espey, Dramaturg	Gisela Jahrmärker, Grafikerin
Reinhold Sitte, Lehrer	Kay Blumenthal-Barby, Arzt	Birgit Blaffert, Veterenäringenieurin
Walther Kaufmann, Schriftsteller	Knut Jempin, Szenenbildner	Detlev Lücke, Redakteur
Michael Brie, Philosoph	Klaus Schmidt, Musikproduzent	Monika Degorea, Dramaturgin
Christa Wolf, Schriftstellerin	Sabine Andert, Cellistin	Barbara Börngen
Ruth Kretschmann, Poststellenleiterin	Ute Rarsberg, Kostümbildnerin	Wolfgang Högner
Hans Coppi	Liane Kubiczek, Musikwissen- schaftlerin	Heidrun Zschocke
Klaus Ampler, Sportler	André Steiner, Wirtschaftshistoriker	Erika Rosenlöcher
Joachim Borner, Politökonom	Scarlett Seeboldt, Sängerin	Frank Matthus
Reinhard Decker, Sänger	Stefan Körbel, Liedermacher	Christian Högner
Wolfgang Schnur, Rechtsanwalt	Michael Köppen, Angestellter	Bettina Schulz
Albrecht Schönherr, Bischoff i. R.	Gerhard Leo, Schriftsteller	Barbara Kellerbauer, Sängerin
Joachim Garstecki, Referent für Friedensfragen im BEK	Hermann Groth, Theaterwissen- schaftler	Wolfgang Rieck, Liedermacher
Friedrich Schorlemmer, Pfarrer	Adelheid Wedel, Journalistin	Gerhard Gundermann, Bergmann
Fritz Bornemann, Regisseur	Gisela Hellmich	Günter Wirth, Kirchenhistoriker
Toni Krahl, Rockmusiker	Klaus Kühnel, Redakteur	Gerhard Kuback, Musiker
A. Monti, Chefarzt	Christian Krebs, Liedermacher	Hartmut Dietz, Programmgestalter
Ulrich Wobus, Molekularbiologe	Jochen Laabs, Schriftsteller	Jürgen Ganzer, Musiker
Oljean Ingster, Kantor der Jüdischen Gemeinde	Karl-Friedrich Wessel, Philosoph	Conny Gundermann, Techn. Assist.
Walther Nawoyski, Chefredakteur	Jalda Rebling, Sängerin	Frank Nicolovius, Musiker
Elfriede Brüning, Schriftstellerin	Lothar Sell, Grafiker	Reinhard Mann, Tongestalter
Stefan Heym, Schriftsteller	Günther Scholz, Genetiker	Peter Lucht, Musiker
Peter Hoheisel, Chefarzt	Irene Runge, Soziologin	Udo Magister, Liedermacher
Rainer Ilg, Architekt	Peter Kirchner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde	Regine Sylvester, Autorin
Hilde Eisler, Journalistin	Joachim Anders, Pfarrer	Ronald Paris, Maler
	Magdalene Anders, Kantorin	Friedrich Huth, Theologe
		Elisabeth Adler, Philologin
		Leonie Gruner, Chordirigentin
		Joachim Gruner, Komponist
		Günter de Bruyn, Schriftsteller
		Johanna Schall, Schauspielerin

Dieser Appell hatte an der Militärakademie keinen Beifall gefunden, und es gab besorgte Nachfragen an mich, als im Januar behauptet wurde, auch der Vorsitzende der SED/PDS, Gregor Gysi, habe den Appell unterzeichnet. Ich bezweifelte und dementierte das, nachdem es Gregor Gysi auf meine Frage hin verneint hatte. Nun meldete sich Hauptmann Frank Marczinek, Offiziershörer an der Militärakademie, bei mir und bewies mit einer neuen Unter-

zeichnerliste, dass Gysi doch unterschrieben hatte. Ich musste das Dementi dementieren. Die Tatsache, dass der SED/PDS-Vorsitzende die Idee einer vollständigen Abrüstung der DDR innerhalb von 10 Jahren unterstützte, war vielen Offizieren an der Militärakademie Anlass, sich von der Politik dieser sich reformierenden sozialistischen Partei gegenüber der NVA abzuwenden. Inzwischen hatten den Appell noch weitere bekannte Persönlichkeiten unterzeichnet, so Kurt Masur, Peter Schreier, Bärbel Bohley, Ronald Paris und Günter de Bruyn. Bemerkenswert für uns war, dass zu den Unterzeichnern auch zwei Offiziere der NVA gehörten, der Pressesprecher der NVA, Oberst Uwe Hempel, und der Offiziershörer an der Militärakademie, Hauptmann Frank Marczinek. Kapitän zur See Siegfried Fischer, der sich dem Appell ebenfalls noch angeschlossen hatte, stieß in einer Staatsbürgerlichen Information an der Militärakademie, bei der er seine Konzeption begründete, auf Unverständnis und Protest. Viele Offiziere glaubten, auch bei einer Vereinigung der deutschen Staaten eine Berufsperspektive im Militär zu haben.

Selbständig und äußert aktiv setzte Siegfried Fischer sich für die praktische Realisierung der Konsequenzen unserer Erkenntnisse über Frieden, Krieg und Streitkräfte ein. Eingebunden in die Arbeit des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung und in die neu gegründete *Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit* in Berlin, sprach er auf Pressekonferenzen und beteiligte sich an der Gründung des Unabhängigen Instituts für Friedens- und Konfliktforschung (UIFK) an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Als der Chef der Militärakademie, Generalleutnant Gehmert, Verbote aussprach, die das öffentliche Auftreten von Siegfried Fischer beschränkten, musste er diese auf Einspruch aus der Bürgerbewegung zurücknehmen. In unseren sicherheitspolitischen Grundpositionen waren wir uns einig, nur über die Wege zum Ziel hatten wir unterschiedliche Ansichten.

Auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 26. Februar 1990 versuchte ich, ein dialektisches Verständnis für die Militärfrage im deutschen und europäischen Einigungsprozess zu vermitteln. „So wie wir im deutschen Einigungsprozess temporär die Souveränität der DDR brauchen, so brauchen wir die temporäre Existenz der NVA. Die Armee ist Symbol staatlicher Souveränität. Im Prozess der schrittweisen Übertragung von Souveränitätsrechten der beiden Staaten an gemeinsame Organe müssen auch diese, die militärischen Insignien der Souveränität, schrittweise übertragen oder abgebaut werden. Um aber dem deutschen Staat, der entstehen soll, demokratischen Charakter zu geben und ihn für alle Nachbarn verträglich zu machen, darf man keine

Erhaltungsstrategie für das Militär verfolgen, sondern eine Entmilitarisierungsstrategie.“⁹⁸

Der Interdisziplinäre Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS)

In der Konzeption der Militärreform sollte der Wissenschaft, wie General Prof. Hans Süß betonte, ein besonderer Platz eingeräumt werden. Das sollte für die Militärakademie konkrete Konsequenzen haben, zumal ihr die Kompetenz für Institutsforschung gegeben werden sollte. Schon längere Zeit hatte General Lehmann sich bemüht, an der Militärakademie ein Institut für Sicherheitspolitik einzurichten. Die aktuelle Situation verlangte dringend, Forschungsleistungen in militärspezifischen Fragen der Sicherheitspolitik zu erbringen. Dazu bedurfte es entsprechender Forschungskapazitäten an der Militärakademie. Ein Institut dafür an der Militärakademie zu schaffen, überstieg aber die finanziellen und personellen Möglichkeiten. Außerdem gab es schon lange Bemühungen, ein Institut für Sicherheitspolitik in Berlin an der Militärpolitischen Hochschule zu schaffen.

General Lehmann hatte im sicherheitspolitischen Dialog mit der Gegenseite, die sich auf entsprechende Think-Tanks stützen konnte, das Fehlen eines komplexen wissenschaftlichen Fundaments für die militärspezifischen Themen der Sicherheitspolitik deutlich gespürt. Jetzt handelte er und gründete, nachdem der Akademie-Chef seine Zustimmung gegeben hatte, an der Militärakademie einen Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit. Da er aber dafür keinen Stellenplan des Ministers erhalten konnte, wurden diesem Wissenschaftsbereich Wissenschaftler nur auf Basis einer Kommandierung zugeordnet. Sie verblieben in ihren Funktionen und arbeiteten zusätzlich in dem geschaffenen Gremium. Die erste Zusammenkunft der kommandierten Wissenschaftler fand am 16. Februar 1990 statt.

Den IWBS leitete Generalmajor Prof. Dr. Lehmann. Weiter gehörten zu ihm: Oberst Prof. Dr. Allwelt, Oberst Prof. Dr. Arnold, Oberst Prof. Dr. Beer, Oberst Dr. Böhme, Kapitän zur See Dr. Engelmann, Oberst Prof. Dr. Ewert, Kapitän zur See Dr. Fischer, Oberst Dr. Haas, Oberst Prof. Dr. Hocke, Oberst Dr. Jakob, Oberst Dr. Kießlich-Köcher, Oberst Dr. Klopfer, Oberst Dr. Kolitsch, Oberst a. D. Dr. Kulisch, Oberst Prof. Dr. Kürbis, Oberst Prof. Dr. Picard, Oberst Prof. Dr. Pukrop, Kapitän zur See Prof. Dr. Scheler, Oberst Prof. Dr. Schönherr, Oberst Prof. Dr. Scholz, Oberst. d. R. Dr. So-

⁹⁸W. Scheler, Diskussionsbeitrag auf der Tagung des Wissenschaftlichen Rates am 26.02.1990, Archiv des Autors.

umar, Oberstleutnant a. D. Ulrich und Oberst Dr. Waldenburger.⁹⁹ Später kamen noch weitere Mitglieder hinzu. Dieses Gremium von leistungsfähigen Vertretern verschiedener Wissenschaftsdisziplinen betraute Rolf Lehmann nun mit der Lösung von Forschungsaufgaben, die der Militärakademie im Rahmen der Militärreform vom Verteidigungsministerium gestellt wurden, und mit der Erarbeitung dementsprechender Empfehlungen.

„Als oberstes Arbeitsprinzip gilt im IWBS unvoreingenommenes, konsequent wissenschaftliches Herangehen an alle Fragen, mit Untersuchung aller denkbaren – auch unerwünschter – Varianten. Empfehlungen sollten aus völlig freier Diskussion, ohne jegliche Tabus, entstehen.“¹⁰⁰ Es war eine an der Militärakademie noch nie gekannte äußerst motivierende, kreative und fruchtbare Arbeitsatmosphäre entstanden. Geschaffen war das vor zwei Monaten auf der außerordentlichen Tagung des Wissenschaftlichen Rates eingeforderte Klima freier Hochschulforschung.

Vorstellungen über das, was wir zu erwarten haben und worauf wir uns selbst und die Offiziershörer einstellen müssen, gewannen wir auch aus weiteren Begegnungen mit verschiedenen Personen und Vereinigungen aus dem Westen, die sich für uns interessierten. Für die Neuausrichtung der Lehre, ebenso wie für das Bemühen, mit unseren neuen Auffassungen über Frieden, Krieg und Streitkräfte in die sicherheitspolitische Dimension der deutschen Einheit einzugreifen, war das unverzichtbar. Eine wichtige Begegnung mit Friedensforschern aus der Bundesrepublik ermöglichte ein Kolloquium, das im Rahmen des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 19. bis 24. Februar in Dresden stattfand. Sein Thema war *Konflikte und Konfliktregulierungen in den internationalen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Geschichte und Prognosen*. An diesem Kolloquium nahmen Erich Hocke und ich teil. In einem Diskussionsbeitrag sprach ich zum Verhältnis von äußerem und innerem Frieden.¹⁰¹ Wir lernten hier den bekannten Friedensforscher Dieter Senghaas kennen und führten aufschlussreiche Gespräche mit dem ebenso bekannten Friedens- und Konfliktforscher Egbert Jahn.

⁹⁹Siehe R. Lehmann, Wissenschaftler in Uniform vor neuen Herausforderungen ..., a. a. O., S. 20 ff.

¹⁰⁰Siehe ebenda, S. 22.

¹⁰¹W. Scheler, Zum Verhältnis von äußerem und innerem Frieden, in: M. Robbe, D. Senghaas (Hrsg.), Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen, Berlin 1990, S. 403 ff.

Ende Februar konnten wir an der Militärakademie erneut Gespräche mit Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagen aus Bonn über mögliche Wege zur deutschen Einheit und die Zukunft der Streitkräfte führen. In der Zeit vom 26. Februar bis 1. März sprach er mit etwa 30 Offizieren, vom Hauptmann bis zum General, zum großen Teil Mitglieder des Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheitspolitik (IWBS). Unsere Arbeit an der Militärreform stieß auf lebhaftes Interesse. Über seine Erkenntnisse und Eindrücke schied er einen sachlichen und wohlwollenden Artikel zur Militärreform in der DDR in der Zeitschrift *Europäische Wehrkunde*. Dieser trug den Titel *Vorschlag für die Volkskammer. Die radikale Wende der Nationalen Volksarmee*. Im Mittelpunkt standen seine Gespräche mit dem neuen Chef der Akademie, Generalleutnant Prof. Hans Süß, über den vollzogenen politischen Wandel der NVA und mit Generalmajor Prof. Rolf Lehmann über die Arbeit im Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit.

„Wer Gelegenheit hat“, so sein Eindruck aus den Gesprächen, „mit den ‚Reformern‘ persönlich Kontakt aufzunehmen, spürt weder Orientierungslosigkeit noch Resignation, sondern allenfalls Aufbruchstimmung und tiefes Durchatmen nach Jahrzehnten einer erzwungenen, teilweise auch im Sinne von *Kant* selbstverschuldeten Isolation. Hinzu kommt ein großes und unbefangenes Interesse an dem Besucher aus dem Westen. Es ist zu hoffen, dass bei den nun einsetzenden Begegnungen die Angehörigen der Bundeswehr Verständnis und Fingerspitzengefühl aufbringen. Wer glaubt, über die Vergangenheit der unter Hammer und Zirkel angetretenen Soldaten richten zu müssen, sollte sich zuerst fragen, wie er sich wohl verhalten hätte, wäre er in einem Staat wie der DDR groß geworden.“ An die Politiker gewendet, richtete er die Mahnung, sie sollten „bedenken, dass auch die Soldaten in den steingrauen Uniformen Teil unseres Volkes sind“.¹⁰²

Sowohl aus den Gesprächen mit Brigadegeneral Hagen als auch aus unserer eigenen nüchternen Einschätzung der politischen Entwicklung ergaben sich Vorstellungen darüber, wie der Prozess der Annäherung und Vereinigung beider deutscher Staaten verlaufen könnte und welche Konsequenzen daraus für die NVA im Allgemeinen und die Militärakademie im Besonderen erwachsen. So ist bemerkenswert, dass der IWBS sich als erstes dieser Problematik zuwandte und eine Studie hierzu ausarbeitete. Schon am 12. März legte die Arbeitsgruppe *Auftrag und Funktion der Streitkräfte* ein *Arbeitspapier zu Rah-*

¹⁰²H. Hagen, Vorschlag für die Volkskammer. Die radikale Wende der Nationalen Volksarmee, in: *Europäische Wehrkunde*, Heft 04/1990, S. 206 ff.

menbedingungen des Prozesses der Annäherung und Vereinigung von BRD und DDR“ vor.¹⁰³ Unter Leitung von Prof. Erich Hocke hatten das Papier Dr. Eberhard Jakob, Dr. sc. Klaus Kulisch, Prof. Horst Pukrop, Prof. Wolfgang Scheler und Prof. Siegfried Schönherr verfasst. Unter dem erklärten Vorsatz der Politikberatung in Fragen der Streitkräfteplanung wurden die möglichen Varianten des Vereinigungsprozesses analysiert, um hieraus die sicherheitspolitischen Konsequenzen und Entwicklungsvarianten für die NVA abzuleiten.

Voran stand die wesentliche Aussage, der Vereinigungsprozess vollziehe sich auf der Grundlage der demokratischen Revolution in den Staaten des Warschauer Vertrages, der Beendigung des Ost-West-Konfliktes sowie des KSZE-Prozesses und der Entwicklung neuer Sicherheitsstrukturen im Gefolge von Abrüstung und Vertrauensbildung. Diese neuen Sicherheitsstrukturen würden charakterisiert durch den Abbau konfrontativer Strukturen und den Aufbau militärischer Partnerschaft, die vorrangige Demontage des Mechanismus der gegenseitigen Vernichtung und Beseitigung aller militärischen Bedrohungspotenziale, den Abzug der Streitkräfte der Siegermächte vom deutschen Territorium und der Auflösung der Militärorganisationen von NATO und WVO. Abhängig davon, ob die Vereinigung in der Variante der Vereinigung von zwei souveränen Staaten oder in der Variante eines Anschlusses der DDR an die BRD gemäß Artikel 23 GG erfolgt, werde das wesentlich verschiedene Konsequenzen für die NVA haben.

Im Falle der Vereinigung von zwei souveränen Staaten gäbe es die Möglichkeit, a) dass die NVA bis zur Vereinigung als eigenständige Armee existiert und in das vereinigte Deutschland eingebracht werden kann, b) dass die NVA bis zur Vereinigung kurzfristig oder längerfristig aufgelöst wird. Im anderen Falle des Anschlusses der DDR an die BRD gäbe es die Möglichkeit, a) dass die NVA nach dem Anschluss zeitweilig weiter existiert, oder b) dass sie sofort aufgelöst wird. Bei Möglichkeit a) könnten Teile der NVA in den Bestand der Bundeswehr eingehen, bei Möglichkeit b) würde die Dauer der Auflösung durch die Maßnahmen der Vernichtung, Übergabe bzw. Konservierung der Hauptbewaffnung und -kampftechnik limitiert. Aus diesen im Februar und Anfang März entstandenen Überlegungen geht zweierlei hervor: Erstens gab es für uns im IWBS keinen Zweifel am im Gang befindlichen Vereinigungsprozess zu einem einheitlichen Deutschland. Wir verhielten uns zur Herstellung eines einheitlichen Deutschland positiv und konstruktiv. Die Probleme,

¹⁰³ Arbeitspapier zu Rahmenbedingungen des Prozesses der Annäherung und Vereinigung von BRD und DDR vom 12.03.1990, in: Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS), Arbeitspapiere, Militärakademie *Friedrich Engels*, Mai 1990, S. 5 ff.

die sich daraus für die Perspektive NVA ergaben, sahen wir realistisch und noch weitgehend offen in der konkreten Ausgestaltung. Zweitens beurteilten wir die Herstellung der deutschen Einheit als einen Teil des KSZE-Prozesses und der Schaffung neuer kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa, und das mit einer hohen Erwartungshaltung.

Die demokratische Revolution kam zu ihrem Ende, definitiv und unübersehbar mit der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Ihr Feuer war schon zuvor erloschen, denn die Meinungsführerschaft im Wahlkampf hatte Helmut Kohl, hatte die politische und Geldelite der Bundesrepublik übernommen. Sie formierten auch die politischen Akteure in der DDR. Sie schmiedete die *Allianz für Deutschland* aus der Ost-CDU und aus dem *Demokratischen Aufbruch*. Diese Allianz erzielte bei den Wahlen 48 Prozent der Stimmen, 41 Prozent davon die CDU. Diese hatte noch wenige Monate zuvor fest an der Seite der SED gestanden und die SED-Diktatur mitgetragen. Nun aber hatte sie sich zur Parteigängerin der CDU (West) gewendet. Der *Demokratische Aufbruch* und andere Partner in der Allianz, von denen ein kaum quantifizierbarer Teil zu den Initiatoren und Trägern der oppositionellen Bewegung gehörte, erzielten zusammen 7 Prozent. Das Bündnis 90, in dem die Bürgerrechtler und Organisatoren der friedlichen Revolution hauptsächlich vereinigt waren, darunter das *Neue Forum*, erhielten nur 2,9 Prozent der Stimmen.

Wie in allen Revolutionen, ernteten die Früchte der Kämpfe nicht die, die sie gewagt hatten. Ihnen aber gehört das Verdienst, dass es die Revolution gegeben hat. Ihren Zielen und ihrem Inhalt nach war es eine demokratische Revolution. Alle Revolutionen werden mit Illusionen gemacht. Ihre Ergebnisse sind andere als die erstrebten Ziele. Diese Revolution unterscheidet sich aber in einem Merkmal von fast allen anderen. Sie verlief friedlich von ihren Anfängen bis zu ihrem Ende. Sie war ihrer Form nach eine friedliche Revolution. Und das ist nicht hoch genug zu schätzen. Das ist das Verdienst der gewaltlosen Kraft der Bürgerbewegung, ihres humanistischen Geistes, ihrer Zivilisiertheit und Disziplin. Sie hat die alte Macht moralisch entwaffnet, und das konnte sie nur, weil es auch auf der Seite der von der SED dominierten Staatsmacht eine höhere Moral und Disziplin gab als das Gebot der Machterhaltung, eine humanistische Vernunft und Verantwortung. Mit dem Erkämpfen demokratischer Grundrechte hat die Revolution den Weg für die Wiederherstellung der nationalen Einheit in einer parlamentarisch-demokratischen Republik frei gemacht.

Eberhard Haueis, Wolfgang Scheler

Die Militärakademie im Ringen um Konversion

Mit dem Sieg der Allianz für Deutschland bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 traten auch an der Militärakademie vielfältige Veränderungen ein. Was wirklich kommen wird, lag noch im Verborgenen, aber es stand außer Zweifel, dass nun der Weg zur deutschen Einheit beschritten wird. Es war jetzt im Grunde nur noch offen, wie im Einzelnen und in welchem Zeitraum das geschieht. Für die Angehörigen der Militärakademie hieß das, sich auf grundlegende Veränderungen einzustellen, wie sie mit den gewohnten Maßstäben nicht mehr zu messen waren.

Allgemein hatte man erwartet, aus den Wahlen werde eine von der SPD geführte Regierung hervorgehen. In dem Fall wäre der Mathematiker und Friedensforscher Prof. Dr. Walter Romberg Verteidigungsminister geworden.¹ Der Wahlausgang zugunsten der CDU hatte daher für die Militärakademie ganz unmittelbar zur Folge, dass es nicht zu der vorgesehenen Zusammenarbeit mit einem Verteidigungsminister kam, den Generalmajor Prof. Rolf Lehmann, Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer und Kapitän zur See Prof. Dr. Wolfgang Scheler schon aus dem Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung kannten. Eine Zusammenarbeit mit Walter Romberg, der Berater für Fragen der Sicherheitspolitik und Abrüstung beim Bund der Evangelischen Kirchen der DDR war, hatte es an der Militärakademie bereits gegeben, als er sein *Programm begrenzter selbständiger und erwideter Truppenreduzierungen im Sinne nicht-offensiver Verteidigung* vorgestellt und um Meinungsäußerung gebeten hatte.²

In dieser in vieler Hinsicht unklaren Situation verhielt sich die Militärakademie nicht passiv in Erwartung höherer Weisungen. Im Gegenteil. Trotz des gravierenden Wechsels in der Staatsführung setzten die um Generalmajor Prof. Rolf Lehmann gruppierten Wissenschaftler, die sich, wie im vorangegangenen Beitrag beschrieben, für eine neue Sicherheitspolitik und demokratische Militärreform engagierten, ihre Arbeit fort. Intensiv bemühten sie sich, an der Militärakademie jene Kerngedanken praktisch zu realisieren, die das

¹ W. Romberg, (1928-2014), Prof. Dr., Mathematiker und Friedensforscher; u. a. 1989 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der DDR; Februar 1990 Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow, April bis August 1990 Minister der Finanzen in der Regierung de Maiziere.

² Siehe W. Romberg, Über einen gradualistischen Zustand zu militärischer Krisenstabilität in Mitteleuropa. Ein Programm begrenzter selbständiger und erwideter Truppenreduzierungen im Sinne nicht-offensiver Verteidigung, Archiv der Autoren.

Wesen der Militärreform ausmachten. Verankert waren sie in den *Militärpolitischen Leitsätzen*, die der Runde Tisch zur Militärreform unter Mitwirkung von Wissenschaftlern der Militärakademie beschlossen und der neuen Volkskammer als Entwurf für einen Parlamentsbeschluss überreicht hatte.

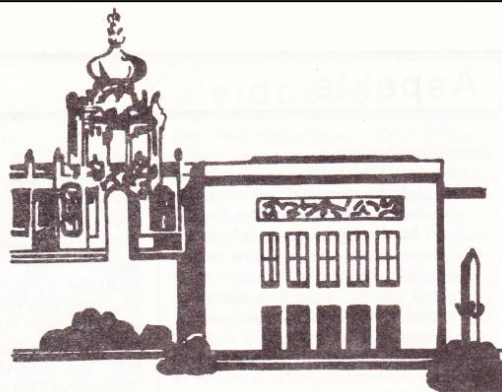
Die NVA von der Bindung an eine politische Partei und an eine bestimmte Weltanschauung zu befreien, sie mit demokratischem Geist zu erfüllen und ihre Stellung in der parlamentarischen Demokratie zu verankern sowie sie auf den Abbau militärischer Sicherheitsstrukturen auszurichten, das waren die Intentionen, die nun die künftige Tätigkeit in Lehre und Forschung, ganz besonders aber die Mitarbeit an der Herstellung kooperativer Sicherheitsstrukturen, bestimmen sollten. Anders gesagt, es ging um Konversion in mehrfachem Sinne dieses Begriffs, um Konversion des ideologischen Selbstverständnisses und der Funktion und inneren Verfasstheit der Militärakademie, um das Erarbeiten wissenschaftlicher Grundlagen der Streitkräftekonversion auf dem Weg in die deutsche und die europäische Einheit – und schließlich um personelle Konversion im eigenen Hause.

Ein Wissenschaftler wird Chef der Militärakademie

Das Anliegen, die Ideen der Militärreform und die hierzu getroffenen Entscheidungen an der Militärakademie konsequent umzusetzen, ist sehr erleichtert und befördert worden, weil es zur gleichen Zeit einen Wechsel in der Führung der Akademie gab. Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, der bis dahin die Reformkommission beim Verteidigungsminister geleitet hatte, übernahm am 16. März die Militärakademie. Mit ihm bekam die Akademie zum ersten Mal einen Wissenschaftler als Chef. Zugleich war dieser wie kein anderer prädestiniert, ganz im Sinne der Militärreform zu handeln. Was er am 20. Dezember des Vorjahres über die neue Rolle der Wissenschaft in der NVA und die entsprechenden Aufgaben der Militärakademie vorgetragen hatte, nahm er nun entschlossen in Angriff. Ein demokratischer akademischer Geist zog ein.

Sichtbar kam das im Erscheinen einer eigenen Zeitung der Militärakademie zum Ausdruck. Die *Militärakademie-Zeitung MAZ* wurde vom Direktorat des Chefs der Akademie herausgegeben. Verantwortlicher Redakteur war Oberstleutnant Schöbel, als Redaktionsmitglieder arbeiteten Korvettenkapitän Krügel und Oberstleutnant Wohlan.³ Mitte März erschien ihre erste Ausgabe mit

³ Die MAZ Militärakademie-Zeitung wurde halbmonatlich bis monatlich herausgegeben, letztmalig als Nr. 8 im August 1990. Sie ist in den Katalogen der Sächsischen Landesbibliothek-



Militärakademie-Zeitung

Der MAZ zum Geleit

Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß

Die Herausgabe einer eigenen Zeitung an der Militärakademie „Friedrich Engels“ begrüße ich sehr und wünsche dem Blatt ein interessantes und langes Leben.

Die „AZ“ kann ein wichtiges Mittel demokratischer Auseinandersetzung, Beratung und Mitgestaltung sein. Sie sollte aktuell sein (aus eigener Erfahrung kenne ich die Folgen, wenn ein Artikel 6 Wochen nach der Fertigstellung erscheint), dürfte keine „heißen Eisen“ auslassen, müßte sachlich sein – nicht nach dem Motto „eine Meldung, ein Dementi“ – konstruktiv und für alle offen. In diesem Sinne wünsche ich der „AZ“ nicht nur viele interessierte Leser, sondern auch eine große Zahl kritischer und kreativer Mitarbeiter.

Da die Erstausgabe fast mit der Investitur zusammenfällt, habe ich wohl die Pflicht, etwas mehr zu äußern als nur die Geleitworte dazu. In normalen Zeiten ist das auch kein Problem. Heute ist es eins. Die Hauptfrage ist doch, wie weiter mit der Militärakademie „Friedrich Engels“, – „quo vadis“. Diese Perspektive steht und fällt mit der Nationalen Volksarmee, und hierzu gibt es bekanntlich viele Meinungen, Vermutungen, Forderungen und Irritationen.

Meine Meinung ist, daß die Nationale Volksarmee im gesamteuropäischen Sicherheits- und Abrüstungs- und im deutschen Einigungsprozeß, der die Interessen der Nachbarn berücksichtigen muß, eine wichtige friedenserhaltende und kriegsverhindernde Funktion hat. Eine sofortige Auflösung der Streitkräfte und Entmilitarisierung ist mit dem Entstehen neuer, unübersehbarer Sicherheitsrisiken verbunden. Ich bin aber auch der Ansicht, daß diese neue demokratische Armee des Volkes über eine Reduzierung auf zunächst 110.000 Soldaten in kurzer Zeit zu einer „schlanken“ Freiwilligenarmee werden muß.

In diesen Zusammenhängen (die aufgrund des zur Verfügung stehenden Umfangs nur äußerst grob skizziert sind) sehe ich Funktion und Perspektive der Militärakademie „Friedrich Engels“.

Die Hauptaufgaben möchte ich folgendermaßen gruppieren:

1. Die Militärakademie „Friedrich Engels“ ist zur weiteren Mitarbeit an der Militärreform gefordert.
2. Die Realisierung der Militärreform verlangt mit Sicherheit, daß schnell jüngere Führungskräfte auf- und nachrücken. Die Gründe dafür sind zwingend. Wer soll für die Ebene Brigade und höher die Befähigung verleihen, wenn nicht die Militärakademie „Friedrich Engels“? Das muß natürlich mit neuem Inhalt und auf neue Art und Weise geschehen, und wir müssen in kürzester Zeit die Voraussetzungen dafür schaffen. Ich rechne ebenfalls mit der Aufgabe, in demokratischen politischen Parteien und Gruppierungen engagierte Personen, die in Zukunft verantwortlich in sicherheitspolitischen bzw. militärischen Bereichen tätig sein werden, in Lehrgängen mit den notwendigen militärischen Fachkenntnissen auszurüsten.
3. Die Militärakademie „Friedrich Engels“ hat die Aufgabe, die Sicherheitskonzeption, die militär-politischen Leitsätze (Militärdoktrin) hinsichtlich ihrer militärischen Aspekte wissenschaftlich auszufüllen. Viel mehr als die Formulierung der militärischen Aufgaben ist bisher nicht vorhanden, und was ist z.B. unter defensiver Hinlänglichkeit und struktureller „Angriffsunfähigkeit“ für die NVA zu verstehen?
4. Für den Abrüstungsprozeß gibt es (wenigstens nach meinem Wissen) weder in der DDR noch anderswo



Zur Person:

- * geboren am 20. 04. 35 in Buchholz/ Kreis Annaberg
- * in den bewaffneten Kräften seit 1953, Ausbildung zum Artillerieoffizier in Dresden
- * 1956 – 1960 Besuch einer sowjetischen Militärakademie
- * danach bis 1974 Tätigkeit in den Funktechnischen Truppen und als Chef der Funktechnischen Truppen im Kommando LSK/LV, in dieser Zeit außerplanmäßige Aspirantur an der MAFE
- * 1974 – 1976 Besuch der Generalstabsakademie
- * 1976 – 1978 Stabschef der 1. LVD
- * 1978 – 1988 Kommandeur der OHS der LSK/LV
- * ab 01. 12. 1988 Hauptinspekteur
- * verheiratet, drei Kinder

einem Geleitwort des neuen Akademiechefs. Darin bezeichnete er seine Amtseinführung als Investitur, womit er darauf hinwies, dass von nun an akademische Führungsprinzipien gelten werden.

Er unterbreitete seine Vorstellungen über die Funktion und Perspektive der Militärakademie, die mit der Perspektive der NVA steht und fällt. Hauptaufgaben sah er darin, weiter an der Militärreform mitzuarbeiten, insbesondere die *Sicherheitskonzeption* und die *Militärpolitischen Leitsätze* hinsichtlich ihrer militärischen Aspekte wissenschaftlich auszufüllen, das Feld der verschiedenen Aspekte des Abrüstungsprozesses zu bearbeiten und Kader für Verifikationsaufgaben in künftigen Sicherheitsstrukturen auszubilden. Das aber sei ein langfristiger Prozess, nicht eine einmalige, national beschränkte Hauruck-Aktion.⁴

Mit der letzten Aussage spielte er auf den *Aktionsplan zur einseitigen Abrüstung der DDR ohne Vorbedingungen* an, den ein Treffen von Künstlern, Politikern, Militärs, Wissenschaftlern, Repräsentanten der Kirchen und Vertretern der Friedensbewegung im *Brief aus Berlin an die Bürgerinnen und Bürger, Parlamente und Regierungen Europas, Kanadas und der USA* vom 28. Februar 1990 unterbreitet hatte. Der in dem Brief vorgestellte 7-Punkte-Plan zur vollständigen Entmilitarisierung der DDR löste an der Militärakademie erregte Diskussionen aus und stieß auf erheblichen Widerspruch. In der *MAZ* machte Oberstleutnant Göbel unter Berufung auf das 1989 von der Militärakademie herausgegebene Buch, *Frieden Krieg Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriss*, geltend, dass ein unzulängliches Sicherheitssystem eben nur dann abgeschafft werden kann, wenn ein vollkommeneres installiert und funktionstüchtig ist.⁵

Im Sinne des Briefes aus Berlin fand am 27. März an der Militärpolitischen Hochschule (MPHS) in Berlin-Grünau eine Konferenz zum Thema *Notwendigkeit, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR* statt. An ihr nahmen 250 Wissenschaftler, Kulturschaffende, Vertreter gesellschaftlicher Kräfte und politischer Institutionen aus beiden deutschen Staaten teil. Eingeladen hatten auf Initiative der *Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES)* der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung, der *Appell der 89* und weitere Vereinigungen. Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer, Militärakademie, hielt das von der Studiengruppe ausgearbeitete Einführungsreferat. Er begründete als Anliegen der Konferenz, am Beispiel der DDR ein Modell der Entmilitarisierung zu schaffen. Es sei „sachlich zu prüfen, inwieweit die Ent-

⁴ Siehe H. Süß, Der MAZ zum Geleit, in: MAZ Militärakademie-Zeitung, März 1990, S. 1.

⁵ Siehe Göbel, Disput kontrovers - oder das Recht des Andersdenkenden, in: ebenda.

militarisierung wirklich eine tragfähige politische Option ist und welche Gegenargumente existieren, welche Voraussetzungen zu ihrer Realisierung notwendig sind, wie erforderliche Konversionskonzepte aussehen müssen u.a.m.“⁶ Aus dem Referat und der Diskussion sprach die Hoffnung, mit einer stufenweisen Entmilitarisierung des kleineren deutschen Staates beispielgebend auf die Bundesrepublik Deutschland zu wirken. In seinem Diskussionsbeitrag brachte Oberst Rainer Böhme, Militärakademie, begründete Einwände gegen eine einseitige Entmilitarisierung der DDR vor. „Kooperative Sicherheit“, so sein Hauptargument, „kann man nur auf dem Grundsatz der Zwei- oder Mehrseitigkeit aufbauen. Kein Partner sollte sich einseitig aus Verpflichtungen und Verantwortungsbereichen lösen, ohne vorher zur Übereinstimmung mit anderen zu gelangen.“⁷ Auch Generalleutnant Prof. Süß brachte Einwände vor, weil für eine absehbare Zeit militärische Potenziale noch eine erhebliche Rolle spielen würden.

Am Vortag der Konferenz hatte im Club der Militärakademie eine wissenschaftliche Veranstaltung des Interdisziplinären Arbeitskreises Friedensforschung Dresden (IAFD) zum Thema *Wozu noch Militär?* stattgefunden. Diesen Arbeitskreis hatte Prof. Dr. Ernst Voit unter Beteiligung von Wissenschaftlern der Militärakademie im Februar 1989 an der Technischen Universität Dresden gegründet.⁸ Zum Thema *Wozu noch Militär?* sprachen vor Offizieren der Militärakademie Dr. Detlef Bald vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München und Dr. Wolfgang Vogt von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Sie begründeten die Notwendigkeit, aus der derzeitigen hoch militarisierten Phase in Europa durch Abrüstung und Konversion zu einer spätmilitärischen und in der Perspektive zu einer nachmilitärischen Phase zu gelangen.⁹ Diese Ansichten deckten sich weitgehend mit jenen, die Wissenschaftler der Militärakademie in Gestalt einer neuen Theorie des Friedens, des Krieges und der Streitkräfte ausgearbeitet hatten. Erstaunt stellten die anwesenden Offiziere fest, dass es solche Auffassungen auch an Einrichtungen der Bundeswehr gab. Allerdings hatten sie keinen Einfluss auf

⁶ S. Fischer, Notwendigkeit, Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR, in: Forschung für den Frieden, Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung der DDR, Heft II/1990. S. 4.

⁷ R. Böhme, Entmilitarisierung - einseitig und vollständig?, in: ebenda, S. 40.

⁸ Siehe E. Voit, Friedensforschung in Dresden. Der Interdisziplinäre Arbeitskreis Friedensforschung (IAFD) 1989-1990, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 42/1998.

⁹ Siehe *Wozu noch Militär?*, in: MAZ Militärakademie-Zeitung, Nr. 2, April 1990, S. 2.

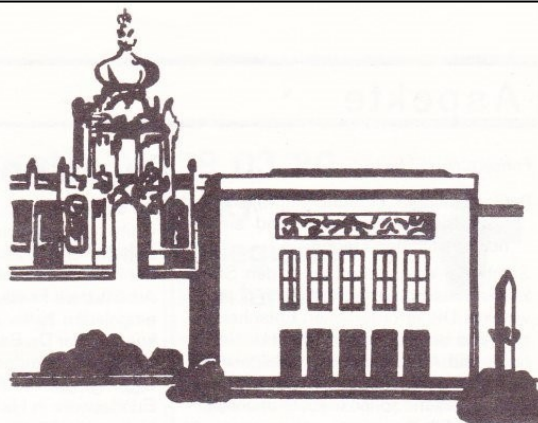
die regierungsamtliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Bundesrepublik.

Parallel dazu machte sich wenige Tage zuvor ein deutscher Gesprächskreis höherer Offiziere Gedanken über die Perspektive künftiger gesamtdeutscher Streitkräfte im Rahmen neu entstehender Sicherheitsstrukturen in Europa. Die Idee eines solchen Gesprächskreises ergab sich aus einem Briefwechsel von Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling und Oberst Prof. Dr. Erich Hocke. Das Gründungstreffen fand vom 23. bis 25. März in Baden-Baden statt. Aus der DDR nahmen an dem Treffen teil: Konteradmiral Prof. Dr. Günther Pöschel, Oberst Prof. Dr. Erich Hocke, Oberst Prof. Dr. Eberhard Arnold von der Militärakademie und Oberst Prof. Dr. Wilfried Schreiber von der Militärpolitischen Hochschule. Aus der Bundesrepublik nahmen teil: Brigadegeneral Winfried Vogel, Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling, Oberst i. G. Heinz Kluss, Kapitän zur See P. Mohr und Kapitän zur See a. D. T. Oltmanns.

Die Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung. In dieser schlugen sie zur Gestaltung des Verhältnisses der beiden Armeen vor:

1. Unverzögliche Begegnung der beiden Verteidigungsminister.
2. Bildung einer gemeinsamen Militärkommission, die einen Stufenplan zur Lösung der Fragen ausarbeitet, die die Annäherung und Zusammenführung der Streitkräfte betreffen.
3. Erteilung der Erlaubnis für Kontaktaufnahmen und Begegnungen von Truppenteilen und Dienststellen aller Ebenen.
4. Aufnahme von Patenschaften.
5. Austausch von Lehrgangsteilnehmern und Verbindungsoffizieren der Ausbildungseinrichtungen der Streitkräfte.
6. Gegenseitige Vortragstätigkeit sowie Publikationen in Militärzeitschriften.
7. Erfahrungsaustausch zu Fragen der Inneren Führung und zu Ergebnissen der Militärreform.
8. Gemeinsame Forschungsprojekte zu sozialwissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen.¹⁰

¹⁰Siehe Erklärung der Teilnehmer des Gründungstreffens eines deutschen Gesprächskreises höherer Offiziere, Baden-Baden, 25. März 1990, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Heft 100/2010, S. 32.



Militärakademie-Zeitung № 2 April 1990

Treffen in Baden-Baden

Vom 23. bis 25. März 1990 fand in Baden-Baden das Gründungstreffen eines deutschen Gesprächskreises höherer Offiziere statt. Die Initiative ergab sich aus einem Briefwechsel von Flottenadmiral a.D. Elmar Schmähling und Oberst Prof. Dr. Erich Hocke - beide kannten sich von früheren Begegnungen. Die Idee besteht dabei darin, höhere Offiziere beider deutscher Armeen in einem informellen Gesprächskreis, in welchem jeder für sich selbst spricht, zusammenzuführen und Fragen zu beantworten, die sich im militär- und sicherheitspolitischen Bereich aus dem deutschen Vereinigungsprozeß ergeben. Offizielle Maßnahmen zwischen beiden Armeen sollen dadurch gefördert, keineswegs ersetzt oder gar behindert werden.

An den Diskussionen nahmen teil:
Aus der BRD: Brigadegeneral Winfried Vogel, Flottenadmiral a.D. E. Schmähling, Oberst i.G. H. Klass, Kapitän zur See P. Mohr und Kapitän zur See a.D. T. Oltmanns.

Aus der DDR: Konteradmiral Prof. Dr. G. Pöschel, Oberst Prof. Dr. E. Hocke, Oberst Prof. Dr. E. Arnold und Oberst Prof. Dr. W. Scherber.

Die Diskussionen - lebendig, mitunter kontrovers, jedoch stets kameradschaftlich geführt - umfaßten ein breites Spektrum von Fragen, und es zeigte sich bald, daß viele davon weiteren Treffen vorbehalten bleiben müssen. So konzentrierten sich die Gespräche schließlich auf jene Fragen, die Eingang in die Erklärung dieses Treffens fanden. Es ist geplant, die Gespräche demnächst in Dresden und dann im Herbst in Tutzing fortzusetzen. An eine mögliche Erweiterung des Gesprächskreises ist gedacht.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß dieses Treffen materiell nur gesichert werden konnte, weil Elmar Schmähling einen UKW-Privatsender „Radio 7 Victoria“ als Sponsor gewonnen hatte.

An Meinungen zu der gemeinsam verabschiedeten Erklärung sind wir interessiert.

Oberst Erich Hocke



Erklärung der Teilnehmer des Gründungstreffens

Die Teilnehmer des Gründungstreffens eines deutschen Gesprächskreises höherer Offiziere erörterten vom 23. bis 25. März 1990 sich aus der deutschen Vereinigung für beide Armeen betreffende Fragen.

Sie kamen zu folgenden Ergebnissen: Die Schaffung eines paktübergreifenden europäischen Sicherheitssystems bleibt unverrückbares Ziel deutscher Sicherheitspolitik auch nach der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten.

Dieses Sicherheitssystem soll die bestehenden Bündnisse schrittweise ablösen und die bestehenden Militärstrukturen und -beziehungen neu gestalten.

Der deutsche Einigungsprozeß muß mit dem europäischen Prozeß im Einklang stehen und gegenseitige Vertrauensbildung, Abrüstung, Verifikation sowie die Schaffung gemeinsamer Sicherheitsstrukturen unterstützen.

Da der Prozeß der deutschen Einigung jedoch voraussichtlich schneller verläuft als die Schaffung dieses Sicherheitssystems, stellt sich die Aufgabe, jetzt Aussagen über die Perspektive künftiger gesamtdeutscher Streitkräfte zu machen:

1. Die heutige NVA bleibt in einer Übergangszeit in verkleinerter und veränderter Form bestehen und wird nicht durch andere Streitkräfte ersetzt. Dabei ist anzustreben, daß sie aus der Militärorganisation des Warschauer Vertrages entlassen wird und Territorialaufgaben erhält.
2. Im Zuge der Anpassung der NATO an den Abrüstungsprozeß und die Veränderung der Strategien und Strukturen verkleinert sich auch der Umfang der Bundeswehr und es verändert sich ihre Rolle.
3. Beide Bündnisse geben für das Territorium der bisherigen DDR eine Sicherheitsgarantie, die in den KSZE-Prozeß eingebunden ist.
4. Die im Rahmen des KSZE-Prozesses beschlossenen Abrüstungsmaßnahmen sollten durch eine internationale Verifikationsbehörde mit Sitz in Berlin überwacht werden.

Für die unmittelbare Zukunft stellt sich die Frage der Gestaltung des Verhältnisses der beiden Armeen zueinander.

Hierzu schlagen wir vor:

1. Unverzügliche Begegnung der beiden Verteidigungsminister.
2. Bildung einer gemeinsamen Militärkommission, die einen Stufenplan zur Lösung der Fragen ausarbeitet, die die Annäherung und Zusammenführung der Streitkräfte betreffen.
3. Erteilung der Erlaubnis für Kontaktaufnahmen und Begegnungen von Truppenteilen und Dienststellen aller Ebenen.
4. Aufnahme von Patenschaften.
5. Austausch von Lehrgangsteilnehmern und Verbindungsoffizieren der Ausbildungseinrichtungen der Streitkräfte.
6. Gegenseitige Vortragstätigkeit sowie Publikationen in Militärzeitschriften.
7. Erfahrungsaustausch zu Fragen der Inneren Führung und Ergebnissen der Militärreform.

Das waren sinnvolle Vorschläge, doch auf ministerieller Ebene wurden sie nicht aufgegriffen, weil der Bundesminister der Verteidigung kein Interesse zeigte. Zwar traf er sich fünf Wochen später, am 27. April, mit dem Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, doch dauerte es noch zwei Monate, bis er wenigstens das Kontaktverbot für seinen Verantwortungsbereich aufhob. Wenn überhaupt, wurde der eine oder andere Vorschlag des Gesprächskreises nur dann praktisch in Angriff genommen, wenn einzelne Offiziere aus den beiden Armeen dazu persönlich die Initiative ergriffen.

So war Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer schon vom 23. bis 25. März zu einer Beratung an das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) in die Dresdner Partnerstadt gefahren. Oberst Prof. Erich Hocke reiste vom 26. bis 27. März nach Frankfurt a. M. zu Beratungen an der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung und hielt dort einen Vortrag. An einem Podiumsgespräch der Jungsozialisten der SPD beteiligte sich Oberst Dr. Gerhard Kolitsch vom 26. bis 28. März in Offenbach. Kapitän zur See Dr. Fischer beteiligte sich vom 20. bis 22. April an einer Kooperationstagung des Instituts für Internationale Politik Wuppertal und des Politischen Bildungswerkes *Umdenken* in Hamburg. Das Thema *Die Zukunft des Militärs in beiden deutschen Staaten* diskutierten dort vor allem mehrere Offiziere und zivile Wissenschaftler der Führungsakademie, darunter die Oberstleutnante Wilhelm Nolte und Frank S. Rödiger sowie die Militärsoziologen Dr. Martin Müller, Dr. Wolfgang Vogt und Dr. Martin Kutz mit anderen interessierten Wissenschaftlern.

Nach Hamburg fuhr Generalmajor Prof. Rolf Lehmann vom 27. bis 28. April zu Beratungen an das IFSH. Vom 14. bis 18. April führte Dr. Stratmann von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen Gespräche an der Militärakademie und hielt hier Vorträge zum Thema *Westliche Vorstellungen zur nuklearen Strategie*. Den Vortrag hielt er auch im Professorengespräch. Dieses Gremium, Anfang 1987 geschaffen, um außerhalb der militärischen Hierarchie den Wissenschaftlern ein Forum zu geben, hatte nun seine Aufgabe erfüllt und beendete seine Tätigkeit. Aus diesen Begegnungen gewannen die Beteiligten beider Seiten Vorstellungen über die Denkweise der Partner und fanden in vielem eine gemeinsame Sprache.

Der IWBS – ein Gremium wissenschaftlicher Produktivität

Seine Entschlossenheit, die Militärakademie als eine Stätte der Wissenschaft in der NVA zu führen, bewies der neue Chef, indem er sich dezidiert auf die Arbeit des Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheit (IWBS) stützte. Seine erste Aufforderung erging an die Arbeitsgruppe *Auftrag und Funktion der Streitkräfte*. Er brauchte eine wissenschaftliche Expertise, wie Auftrag und Funktion der NVA in der neuen Situation gefasst werden können, in der die

deutsche Vereinigung einer Neugestaltung der europäischen Sicherheitsstrukturen offenbar vorseht. Gedacht war das als eine konstruktive Alternative zu dem Konzept der Entmilitarisierung der DDR. Fünf Wissenschaftler der genannten Arbeitsgruppe, Kapitän zur See Prof. Dr. sc. Scheler (Leiter) und die Militärwissenschaftler Oberst Prof. Dr. sc. Beer, Oberst Dr. Jakob, Oberst Prof. Dr. Pukrop und Oberst Dr. Waldenburger, erarbeiteten die Konzeption *Auftrag und Funktion der Streitkräfte*.

Sie legten der Konzeption den Gedanken zugrunde, dass die politische Entscheidung der Bürger der DDR für eine schnelle Vereinigung und ihr faktischer Beginn den Inhalt des Auftrages und der Funktionen der NVA grundlegend verändern. Interessen der DDR, der Garantiemächte und Nachbarn sprächen aber dafür, die NVA nicht sofort aufzulösen. Als Vorschlag für den Auftrag wurde formuliert: „Auftrag der Streitkräfte der DDR ist es, im Verlaufe des deutschen Vereinigungsprozesses zur Bewahrung der äußeren Sicherheit der DDR, zur Erhaltung und Neugestaltung des Friedens, zur militärischen Vertrauensbildung und Herausbildung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa, zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und der Gesellschaft beizutragen.“ (Zitat im Original unterstrichen.)¹¹

Dementsprechend sollten als Funktionen (Aufgaben) der NVA festgelegt werden:

- Teilnahme an der Sicherung der Hoheitsrechte durch friedenserhaltende militärische Handlungsbereitschaft;
- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der militärischen Führungsorgane, der Truppen sowie der militärischen Einrichtungen;
- Sicherung der Objekte, Truppen, Waffen und Technik vor Zugriffen Unbefugter;
- Erfüllung von Aufgaben der Abrüstung und Konversion;
- Teilnahme an militärischen Kontrollmaßnahmen im KSZE-Prozess;
- Teilnahme an der Lösung ökologischer Probleme;
- Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen der UNO;
- Einsatz zur Beseitigung der Folgen von Havarien und Katastrophen.¹²

¹¹Autorenkollektiv, Leiter Prof. Dr. sc. W. Scheler, *Auftrag und Funktion der Streitkräfte*, in: Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik (IWBS), Arbeitspapiere, Heft 1, Dresden 1990; auch in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS)*, DSS-Arbeitspapiere, Heft 50/2001, S. 195.

¹²Siehe ebenda, S. 196.

Aus der Art dieser Aufgaben ist klar ersichtlich, dass die NVA nur noch temporär solche Funktionen sinnvoll erfüllen sollte, mit denen sie geordnet der Aufhebung ihrer Existenz entgegengehen kann. Ausdrücklich wurde die Funktion ausgeschlossen, zur Aufrechterhaltung der Abwehrbereitschaft im Verteidigungsbündnis beizutragen. Das Papier endet mit der Forderung, dass allen Soldaten und Zivilbeschäftigten während ihrer Tätigkeit und bei ihrer Entlassung die soziale und Rechtssicherheit gewährleistet werden muss.¹³ Der Chef der Akademie ließ den Leiter der Arbeitsgruppe das Papier in einer Offiziersversammlung am 6. April verlesen. Es wurde nach kurzer Aussprache per Akklamation bestätigt. Doch das war nur der erste Akt. Als zweiter Akt musste die Konzeption als Denkschrift abgefasst und dem gewählten Konzil zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Diese und andere Analysen, Studien und Dokumentationen des Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheit an der Militärakademie waren natürlich nicht Selbstzweck. Vielmehr richteten sie sich an die Öffentlichkeit, insbesondere an die neue Regierung der DDR. Sie fanden aber auch bei Vertretern von Politik und Wissenschaft der Bundesrepublik überraschend großes Interesse. Nach der Übersendung der ersten beiden Hefte der Arbeitspapiere des IWBS bekundeten bekannte Persönlichkeiten ihre interessierte Aufmerksamkeit und Zustimmung, darunter Egon Bahr, MdB; Prof. Dr. C. F. Freiherr von Weizsäcker; General a. D. Wolf Graf Baudissin; Dr. W. Bruns vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung; Dr. A. Krohn vom Stockholm International Peace Research Institute; Dr. D. Bald vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr sowie The Hoover Institution on war, revolution and peace. Karsten D. Vogt, MdB, bedankte sich mit den Worten: „Sehr geehrter Herr Generalmajor, lieber Professor Lehmann, vielen Dank für die Übersendung Ihrer Arbeitspapiere. Ich habe sie inzwischen durchgearbeitet. Die darin enthaltenen Gedanken sind nicht nur interessant, sondern stimmen in vielen Punkten mit meinen eigenen Überlegungen überein.“¹⁴

In Kenntnis dessen, was der IWBS debattierte und produzierte, sowie aus den Erfahrungen der persönlichen Begegnungen mit einigen seiner Mitglieder setzte sich der ehemalige stellvertretende Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr, Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagena,

¹³Siehe ebenda, S. 197.

¹⁴K. D. Vogt, Brief an Rolf Lehmann vom 24.06.1990, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 27.

für sachliche Beziehungen der Bundeswehr zu Berufssoldaten der NVA ein. Die Militärakademie-Zeitung MAZ druckte dazu eine Äußerung Hermann Hagenas in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 03.04.1990 ab. Darin wandte er sich dagegen, NVA-Offizieren, weil sie SED-Mitglieder waren, mit ideologischer Voreingenommenheit zu begegnen: „Viele ehemalige Mitglieder der SED haben dieser Partei inzwischen den Rücken zugewandt. Andere versuchen, mit der PDS einen neuen Anfang zu machen, was unter den obwaltenden Umständen wohl eher etwas mit idealistischer Nibelungentreue als mit Opportunismus zu tun hat. ... Haben wir das Recht, allen ehemaligen SED-Mitgliedern in der NVA die Chance zu nehmen, aus Irrtümern zu lernen und einen neuen Anfang zu machen? Soll die deutsche Einheit mit einem gigantischen Berufsverbot für alle PDS-Mitglieder eingeläutet werden? Ist uns der ‚Wendehals‘ lieber als der Offizier, der versucht, seine Vergangenheit in einer gewandelten PDS aufzuarbeiten? ... Wenn wir denn Vereinigung und keinen Anschluss wollen, dann werden wir auch über die Zukunft der Streitkräfte in Deutschland verhandeln müssen. Die kann aber doch nur in einer Vereinigung von Bundeswehr und NVA liegen. ... Wichtiger als die künftige Streitkräftestruktur scheint mir die Bereitschaft zu sein, nach langen Jahren der Trennung das Gespräch auch gerade mit denen zu suchen, die in der steingrauen Montur unter Hammer und Zirkel angetreten sind.“¹⁵

In einem Interview mit der Militärakademie-Zeitung äußerte sich Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagenas auch zur Perspektive der Militärakademie: „Natürlich wird sich ein vereinigtes Deutschland den Luxus zweier Akademien nicht leisten können. Aber mir sind eine Reihe konstruktiver Vorstellungen über die Entwicklung der MA ‚FE‘ bekannt, zum Beispiel für die Bereiche Rüstungskontrolle, Konversion und internationale militärische Zusammenarbeit, welche mit entsprechenden Strukturen einer zivilen Bildungseinrichtung mit militärwissenschaftlichen Teilfunktionen durchaus eine Zukunft bieten.“¹⁶

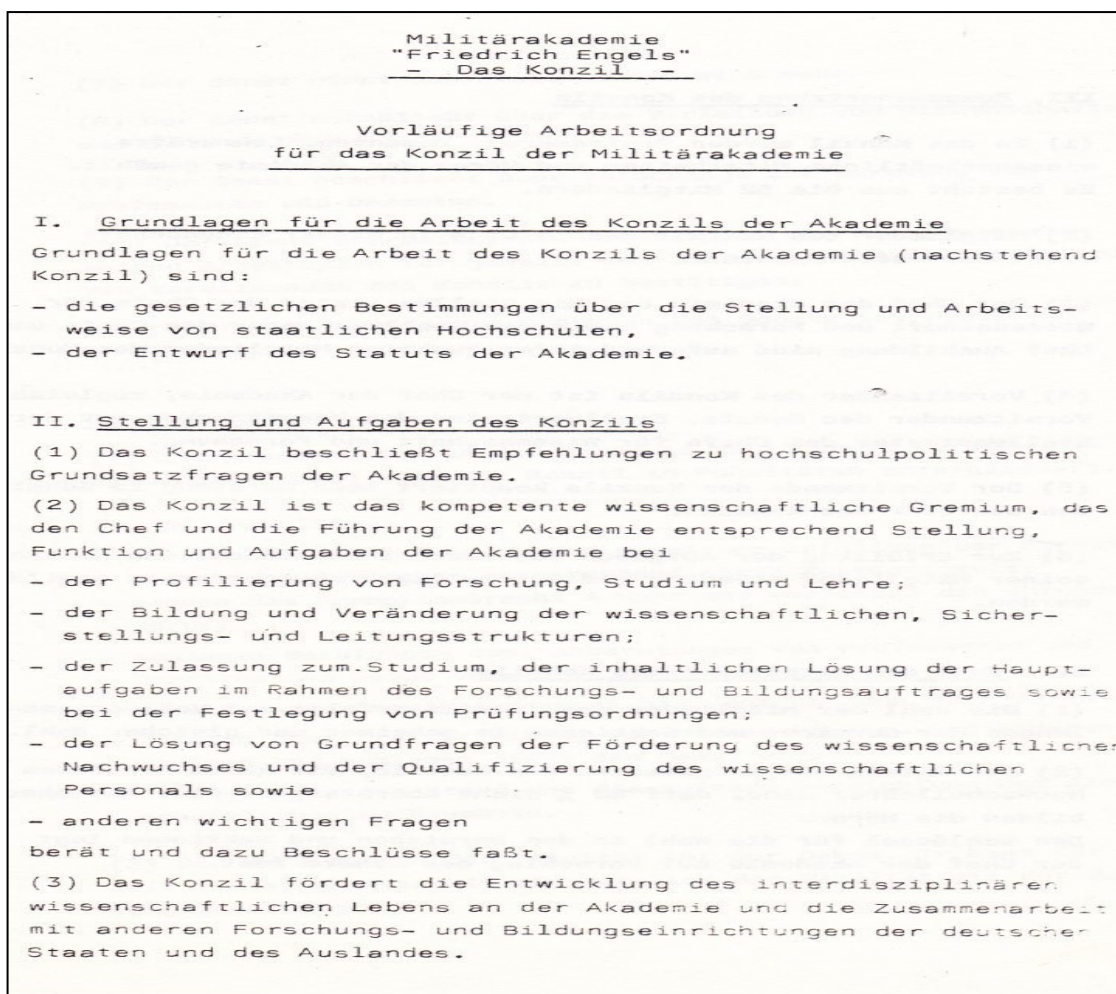
Einführung akademischer Führungsprinzipien

Der Chef der Akademie wollte akademischen Führungsprinzipien vor allem dadurch Geltung verschaffen, dass er den berufenen Hochschullehrern und Wissenschaftlern die Hauptverantwortung für das Geschehen an der Akademie übertrug. Als das entscheidende Gremium der Militärakademie betrachte-

¹⁵H. Hagenas, Auch mit der NVA sprechen, in: MAZ Militärakademie-Zeitung, Nr. 4, Mai 1990, S. 2.

¹⁶H. Hagenas, Aus der Verantwortung wird man nicht entlassen!, in: ebenda.

te Generalleutnant Prof. Dr. Süß demzufolge den Wissenschaftlichen Rat. Bisher waren in den Wissenschaftlichen Rat die Mitglieder stets von dessen Vorsitzenden, also vom Chef der Militärakademie, berufen worden. Nun aber fanden zum ersten Mal in Übereinstimmung mit akademischen Gepflogenheiten geheime Wahlen für das Konzil (lateinisches Wort für Rat) und den Senat (anstelle der bisherigen Leitung des Rates) statt. Auf Vollversammlungen der Bereiche und Sektionen wurden am 30. März gemäß einer vorläufigen Arbeitsordnung aus dem Kreis von Professoren, Dozenten, Lehrkräften, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Hörern 49 von 52 Mitgliedern des *Konzils* gewählt. Davon mussten, außer bei den Hörern, mindestens 80 Prozent berufene Hochschullehrer sein. Der Chef der Akademie und seine Stellvertreter für Wissenschaft und Forschung sowie für Ausbildung gehörten dem Konzil qua Dienststellung an. Vorsitzender des Konzils war der Akademiechef, stellvertretender Vorsitzender der Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung.¹⁷



¹⁷Siehe Vorläufige Arbeitsordnung für das Konzil der Militärakademie, Archiv der Autoren.

In den Verantwortungsbereich des Konzils sollte erstens gehören, Empfehlungen zu hochschulpolitischen Grundsatzfragen zu beschließen, und zweitens, den Chef und die Führung der Akademie in Fragen von Forschung, Studium und Lehre, Leitungsstrukturen, Zulassung zum Studium, Prüfungsordnung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu beraten und dazu Beschlüsse zu fassen. Das Konzil sollte zweimal im Jahr tagen. In der Zwischenzeit hatte der Senat die Aufgaben des Konzils zu erfüllen und über Aufgaben zu beschließen, die von grundsätzlicher Bedeutung für die Akademie sind. So hatte er das Promotionsrecht für den Doktor der Wissenschaften auszuüben und die Kandidaten für die Berufung von Professoren und Dozenten vorzuschlagen. Der Senat bestand aus 13 Mitgliedern. Ihm gehörten der Chef der Akademie und die beiden Stellvertreter für Forschung und für Ausbildung an. Die Dekane der Fakultäten und die anderen sieben Mitglieder wurden vom Konzil aus dem Kreis der Professoren, Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie dem Rat der Hörer gewählt. Die Fakultäten nahmen das Promotionsrecht für den Doktor ihres Wissenschaftszweiges wahr und verliehen die Ehrendoktorwürde. Sie hatten Vorschlagsrecht für Berufungen und Abberufungen sowie für Preisverleihungen. Vorsitzender der jeweiligen Fakultät war der Dekan.¹⁸

Das Konzil konstituierte sich am 11. April. Es wählte zuerst den Senat. Ohne Wahl gehörten ihm gemäß der Ordnung an: Generalleutnant Prof. Dr. rer. mil. Hans Süß als Vorsitzender, Generalmajor Prof. Dr. sc. mil. Rolf Lehmann und Generalmajor Werner Schulze. Gewählt wurden in den Senat als Dekan der sozialwissenschaftlichen Fakultät Oberst Prof. Dr. sc. phil. Erich Hocke, als Dekan der militärwissenschaftlichen Fakultät Konteradmiral Prof. Dr. sc. mil. Günther Pöschel und als Dekan der militärtechnischen Fakultät Oberst Prof. Dr. sc. techn. Klaus Kürbis. Als weitere Senatoren wurden gewählt: Kapitän zur See Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Scheler, Oberst Prof. Dr. sc. phil. Edgar Döhler, Oberst Prof. Dr. sc. oec. Horst Fiedler, Oberst Prof. Dr. rer. mil. Horst Pukrop, Oberst Prof. Dr. sc. mil. Eberhard Arnold, Oberst Prof. Dr. sc. techn. Wolfgang Allwelt und Prof. Dr. sc. mil. Heinz Hobiger.¹⁹ Fast alle Senatoren und viele Mitglieder des Konzils waren zugleich Mitglieder des Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheit (IWBS). Schon aus diesem Grund und auch, weil Generalleutnant Süß ganz

¹⁸Siehe ebenda.

¹⁹Siehe D. Wolf, Konzil der MA „FE“ konstituiert, in: MAZ Militärakademie-Zeitung, Nr. 3, April 1990, S. 1.

bewusst auf die wissenschaftlichen Ergebnisse des IWBS setzte, kam es zu einer inhaltlich kongruenten Tätigkeit von IWBS und Konzil.




Militärakademie-Zeitung No 3 April 1990

Konzil der MA „FE“ konstituiert

Am 11.04. 1990 trat erstmalig das Konzil der Militärakademie „Friedrich Engels“ zusammen. Das aus 52 Wissenschaftlern bestehende Gremium beschäftigte sich im ersten Tagesordnungspunkt mit der Wahl der Dekane der Fakultäten und des Senats.

Zu Dekanen wurden gewählt:
In der gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät Oberst Prof. Dr. sc. phil. Hocke, in der militärwissenschaftlichen Fakultät Konteradmiral Prof. Dr. sc. mil. Pöschel und in der militärtechnischen Fakultät Oberst Prof. Dr. sc. techn. Kürbis.

Dem Senat der Akademie gehören 13 Mitglieder an. Neben dem Chef der Militärakademie, Generalleutnant Prof. Dr. rer. mil. Süß, Generalmajor Prof. Dr. sc. mil. Lehmann, Generalmajor Schulze und den drei Dekanen wurden Kapitän zur See Prof. Dr. sc. phil. Scheler, Oberst Prof. Dr. sc. phil. Doehler, Oberst Prof. Dr. sc. oec. Fiedler, Oberst Prof. Dr. rer. mil. Pukrop, Oberst Prof. Dr. sc. mil. Arnold, Oberst Prof. Dr. sc. techn. Allwelt, Oberst Prof. Dr. sc. mil. Hobiger sowie als Sekretär Oberst Dr. rer. mil. Tippmann in den Senat gewählt.

In einem zweiten Tagesordnungspunkt wurde ein Vorschlag zur weiteren Entwicklung der Militärakademie diskutiert. Ausgehend davon, daß die weitere Perspektive der Militärakademie nur in engem Zusammenhang mit dem gesamteuropäischen Sicherheits- und Abrüstungsprozeß und darin eingeordnet dem deutschen Einigungsprozeß bestimmt werden kann, standen folgende Probleme im Mittelpunkt der Diskussion:

- Standpunkte zu Auftrag und Funktion von Streitkräften der DDR;
- Richtung und Neuprofilierung der Militärakademie;
- Ziele und Inhalte von Lehre und Studium bis 1992;
- Vorbereitung des Lehrkörpers auf die künftigen Aufgaben;





- Möglichkeiten der Militärakademie zur Umschulung von militärischen Berufskadern auf zivilberufliche Tätigkeiten.

Die Ergebnisse dieser Diskussion, die durch den Senat weiter zu präzisieren sind, werden gemeinsam mit einer vom Konzil verabschiedeten Denkschrift über Auftrag und Funktion der Streitkräfte der DDR dem Minister für Abrüstung und Verteidigung übergeben.

Unter den geladenen Gästen befanden sich u.a. Vertreter des Verbandes der Berufssoldaten, der Gewerkschaft der Armeeingehörigen, der Gewerkschaft der Zivilbeschäftigten und des Rates der Offiziershörer der Militärakademie.

Dr. D. Wolf
Oberstleutnant



Lexikalisches

Konzil: ursprünglich Versammlung von geistlichen (katholischen) Würdenträgern

- wissenschaftliche Beratung der Hochschulen
- Versammlung delegierter Wissenschaftler
- Gremium von Wissenschaftlern, Angestellten und Studenten einer Universität

Senat: ehemals Rat (der Alten) im alten Rom

- Verwaltungskörperschaft einer Universität
- Professorenkollegium an Hochschulen

Dekan: Vorsteher einer Fakultät

Über die weitere Arbeit des Konzils gibt ein Bericht in der MAZ Auskunft: „In einem zweiten Tagesordnungspunkt wurde ein Vorschlag zur weiteren Entwicklung der Militärakademie diskutiert. Ausgehend davon, dass die weitere Perspektive der Militärakademie nur in engem Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen Sicherheits- und Abrüstungsprozess und, darin eingeordnet, dem deutschen Einigungsprozess bestimmt werden kann, standen folgende Probleme im Mittelpunkt der Diskussion:

- Standpunkt zu Auftrag und Funktion von Streitkräften der DDR;
- Richtung und Neuprofilierung der Militärakademie;
- Ziele und Inhalte von Lehre und Forschung bis 1992;
- Vorbereitung des Lehrkörpers auf die künftigen Aufgaben;
- Möglichkeiten der Militärakademie zur Umschulung von militärischen Berufskadern auf zivilberufliche Tätigkeiten.

Die Ergebnisse dieser Diskussion, die durch den Senat weiter zu präzisieren sind, werden gemeinsam mit einer vom Konzil verabschiedeten Denkschrift über Auftrag und Funktion der Streitkräfte der DDR dem Minister für Abrüstung und Verteidigung übergeben.²⁰ Die Vorlage für das Konzil zum Thema *Die weitere Entwicklung der Militärakademie*²¹ hatte Generalmajor Prof. Rolf Lehmann in einem einleitenden Vortrag begründet.²² Der Senat konstituierte sich dann am 17. April.

Neue Regierung – was wird aus der NVA und ihrer Militärakademie?

Einen Tag nach der Tagung des Konzils wählte die neue Volkskammer am 12. April die Regierung de Maiziere. Das Verteidigungsressort übernahm in der von der CDU geführten Regierung Pfarrer Rainer Eppelmann, ein konsequenter Wehrdienstverweigerer. Rainer Eppelmann hatte sich als eine mutige und entschlossene Persönlichkeit in der staatenabhängigen und militärkritischen Friedensbewegung der DDR ausgewiesen. Bekannt war er geworden, als er im Januar 1982 mit dem *Berliner Appell, Frieden schaffen ohne Waffen*, an die Öffentlichkeit trat. Dieser beginnt mit der eindringlichen Warnung: „Es kann

²⁰Ebenda.

²¹Siehe Konzil der Militärakademie *Friedrich Engels*, Vorlage für die Tagung des Konzils der Militärakademie *Friedrich Engels* am 11.04.1990, Thema: *Die weitere Entwicklung der Militärakademie*, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ... a. a. O., S. 245 ff.

²²Siehe R. Lehmann, Einleitender Vortrag zur Begründung der Vorlage über die weitere Entwicklung der Militärakademie, in: ebenda, S. 238 ff.

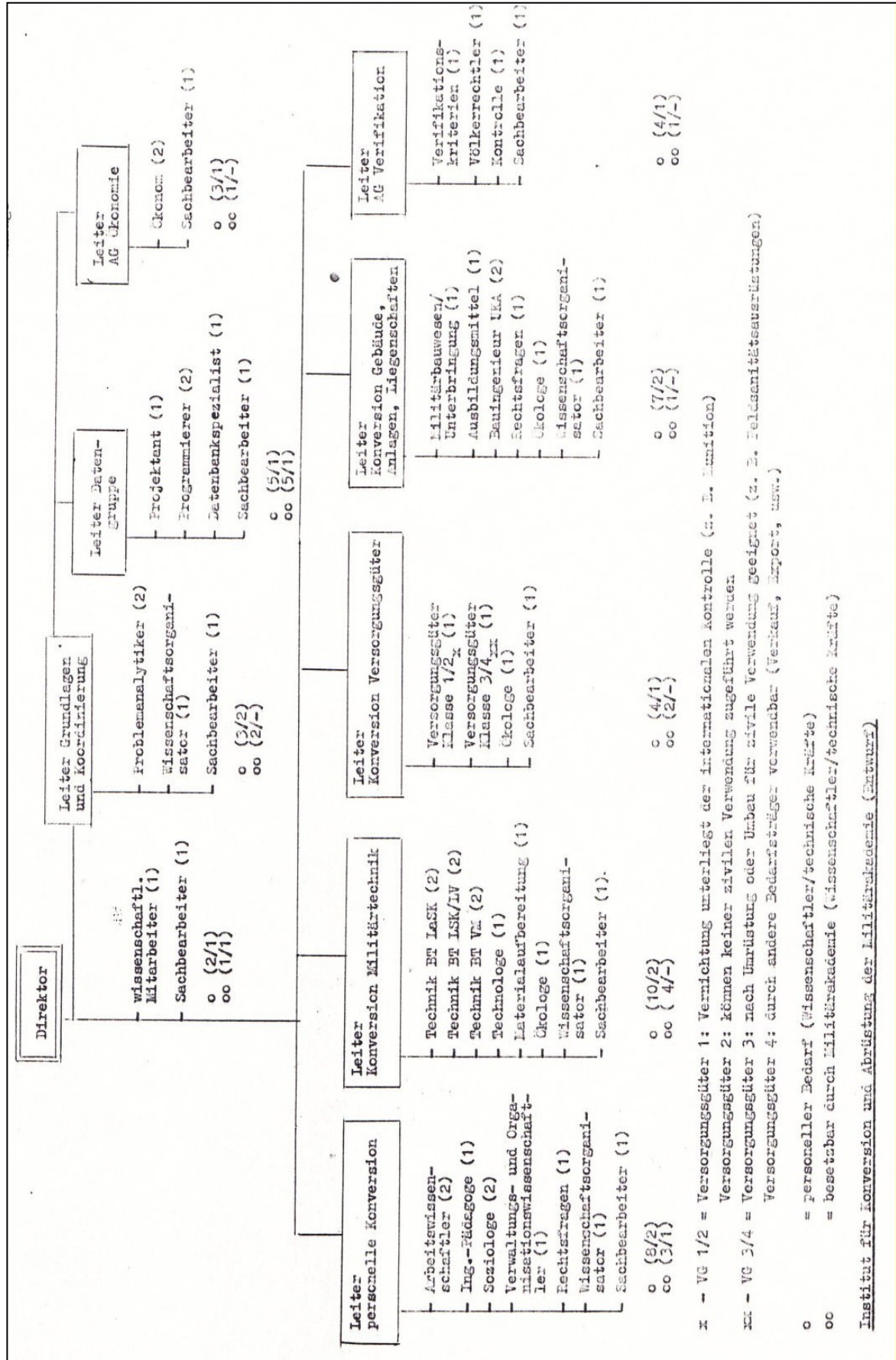
in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten.“ Darum erhob er die Forderung: „Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen!“²³ Er schlug vor, Verhandlungen zwischen der Regierung der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland aufzunehmen. Die Siegermächte sollten endlich den im Potsdamer Abkommen festgelegten Friedensvertrag mit Deutschland abschließen und danach ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen.

Wir sollten, so wandte er sich an die Öffentlichkeit und an die Regierung, in einer Atmosphäre der Toleranz und der freien Meinungsäußerung zu Fragen des Friedens beraten und entscheiden über Kriegsspielzeug, Wehrunterricht an Schulen, sozialen Friedensdienst, Demonstration militärischer Machtmittel und Übungen zur Zivilverteidigung. Mit diesen Forderungen widersprach er der regierungsoffiziellen Friedens- und Sicherheitspolitik. Anstatt die Vorschläge zu diskutieren, antwortete die Staatsmacht mit Unterdrückung. Der Notwendigkeit, Frieden ohne Waffen zu schaffen, setzte sie seinerzeit die unsinnige Losung entgegen *Frieden schaffen ohne NATO-Waffen*.

Der Verantwortungsbereich des Ministers erhielt – *nomen est omen* – den Namen Ministerium für Abrüstung und Verteidigung. Damit und mit der Berufung von Frank Marczinek, bis Anfang des Jahres noch Hauptmann der NVA und Offiziershörer an der Militärakademie, als Staatssekretär für Abrüstung, war der auch von uns vertretene Abrüstungsgedanke im Ministerium institutionalisiert.

Der Staatssekretär für Abrüstung stellte zwei Wochen nach seinem Amtsantritt, am 26. April, eine wichtige Aufgabe. Dazu bestellte er Wissenschaftler aus zivilen und militärischen Einrichtungen zu sich und erteilte ihnen den Auftrag, Vorschläge für die Einrichtung eines *Instituts für Konversion und Abrüstung* zu erarbeiten. Nach seinen eigenen Vorstellungen sollte es dem Staatssekretär für Abrüstung unterstehen und strukturiert sein mit Büro, Unterabteilung Finanzen, Personalstelle und drei Hauptabteilungen, eine für technische Abrüstung, eine für soziale und regionale Konversion und eine für allgemeine Angelegenheiten der Abrüstung. In den folgenden zwei Tagen war zusammen mit verschiedenen zivilen Wissenschaftlern ein Richtungspapier auszuarbeiten. Es sollte die Diskussion zu Zielstellung, Aufgaben, Arbeitsweise und Führung kanalisieren. Eine Arbeitsgruppe, der Dr. Geiger, Dr. Kleinwächter,

²³Berliner Appell *Frieden schaffen ohne Waffen*, in: R. Eppelmann, *Wende-Wege*, Bonn, Berlin 1992, S. 213 ff.



Dr. Machon, Oberst Prof. Schreiber, die Oberste Dr. Schuster, Tesche und Mattig sowie Kapitän zur See Prof. Scheler angehörten, erarbeitete am 27. und 28. April im Ministerium dieses Papier. Als Name wurde vorgeschlagen: Institut für Konversion der Streitkräfte.

Auch dafür hatte der Interdisziplinäre Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS) gedankliche Vorarbeit geleistet. Die Arbeitsgruppe Konversion und Abrüstung des IWBS hatte unter Leitung von Oberst Prof. Dr. Wolfgang Allwelt schon am 24. April konzeptionelle Vorstellungen zur Konversion von Streitkräften in der DDR ausgearbeitet. Auf der Grundlage dieser Vorstellungen hatte Wolfgang Allwelt einen Entwurf für die Bildung des Instituts für Konversion und Abrüstung der Militärakademie vorgelegt, in dem Zielstellung, Aufgaben und Struktur beschrieben werden.²⁴

Der Arbeitsgruppe gehörten weiter an: Kapitän zur See Dr. sc. Engelmann, die Oberste Prof. Picard, Prof. Schönherr, Prof. Kürbis, Prof. Scholz und Oberst d. R. Dr. Soumar. Das von ihr erarbeitete Papier zur Konversion von Streitkräften in der DDR geht davon aus, dass mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa mit der Ausprägung paktübergreifender Sicherheitsstrukturen zu rechnen sei. Die Abrüstung werde damit zu einer dominierenden Aufgabe im Leben der DDR. „Die ehemals militärisch genutzten Potentiale und Ressourcen sind einer effektiven und sinnvollen Wiederverwendung für zivile Zwecke zuzuführen, bzw. deren weitere militärische Verwendung ist auszuschließen. Diese vielschichtigen Überlegungen und Prozesse finden ihre begriffliche Widerspiegelung in der Kategorie Konversion.“²⁵ In dem Dokument wurde herausgearbeitet, dass die Konversion ein vielgestaltiger Prozess ist, der in allen Teilstreitkräften erfolgt und zivile Bereiche berührt. Sie erfordere umfangreiche interdisziplinäre Forschungsarbeit.

Ganz in diesem Sinne wurde auch an der Militärakademie unverzüglich mit der personellen Konversion im eigenen Hause begonnen. So wurden einige Entscheidungen und Maßnahmen getroffen, um Offiziershörer auf einen Zivilberuf vorzubereiten. Zu den ersten Maßnahmen gehörte, dass die Sektion Technik und Bewaffnung und Rückwärtige Dienste Lehrgänge für Kraftfahrzeug-Sachverständige (KS) plante und organisierte. Hierfür mussten die im

²⁴Siehe W. Allwelt, Institut für Konversion und Abrüstung der Militärakademie (Entwurf) vom 23.04.1990, Archiv der Autoren.

²⁵Arbeitsgruppe Konversion und Abrüstung des IWBS, Konzeptionelle Vorstellungen zur Konversion von Streitkräften in der DDR, 24.04.1990, in: Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 198.

Falle der Vereinigung zu erwartenden gesetzlichen Festlegungen der Bundesrepublik für die Ausbildung von amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kraftfahrzeugverkehr (aaSV) im zivilen und militärischen Bereich eingehalten und angewendet werden. In Vorbereitung dazu hatte eine erste Beratung mit der Kraftfahrtechnischen Anstalt der DDR (KTA) bereits am 15.02.1990 stattgefunden. In der Folgezeit wurde in Beratungen mit dem Chef Kfz-Dienst der NVA, der KTA und dem Institut für Verkehrssicherheit der Hochschule für Verkehr sowie später mit der DEKRA e. V. (Deutscher Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein) am 25.04.1990 ein Konzept zur Ausbildung vorgestellt.

Noch gab es aber auch die Option, Offiziershörer auf den Dienst in Streitkräften vorzubereiten, die auf dem Weg zur deutschen Einheit entstehen könnten. Die militärwissenschaftliche Lehre und Forschung musste sich daher den neuen Herausforderungen stellen. Aus diesem Grund behandelte die Militärwissenschaftliche Fakultät der Militärakademie diese Problematik und ihre Konsequenzen auf einer Wissenschaftlichen Konferenz am 26. April 1990 zum Thema *Zu den allgemeinen Grundlagen der Militärwissenschaft*.²⁶

In dieser Zeit wurden vom Chef der Militärakademie mit der erklärten Absicht, die wissenschaftlichen Kapazitäten für eine Konversion der Militärakademie zu erhalten und neue Tätigkeitsbereiche zu schaffen, weitere Maßnahmen in die Wege geleitet. Diesem Zweck diente auch die Arbeit eines außerhalb der Struktur gebildeten Lehrstuhls Ökologie und Streitkräfte. Er arbeitete auf Kommandierungsbasis unter Leitung von Oberst Rainer Böhme mit elf Offizieren ganz unterschiedlicher Wissenschaftszweige. Die dazugehörigen konzeptionellen Arbeiten und begonnenen Ausbildungsmaßnahmen umfassten einen breit angelegten Lehr- und Forschungsgegenstand.²⁷ Darin eingeschlossen waren auch Lehrgangsangebote für die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, die aber nicht angenommen worden sind.

Auf der 1. Kommandeurstagung am 2. Mai 1990 verkündete der Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, es werde auch nach der Vereinigung auf DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben. So

²⁶Siehe *Zu den allgemeinen Grundlagen der Militärwissenschaft*. Aus dem Protokoll der militärwissenschaftlichen Konferenz vom 26.04.1990, in: Schriften der Militärakademie *Friedrich Engels*, Heft 267, Dresden 1990.

²⁷Siehe R. Böhme, *Ökologie und Streitkräfte - ein Rückblick auf 1990/91*, in: Militärakademie *Friedrich Engels*. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung, DSS-Arbeitspapiere, Heft 95, Dresden 2009.

wurden auf dieser Kommandeurstagung Pläne für die nächsten zwei, drei Jahre zur Umstrukturierung der NVA vorgestellt und beraten. Admiral Theodor Hoffmann schrieb dazu in seinem Buch *Das letzte Kommando*, dass sowohl der starke Beifall als auch die anschließenden Diskussionen in den Arbeitsgruppen der Teilstreitkräfte sowie Gespräche mit den Teilnehmern zeigten, „daß Rainer Eppelmann mit seinem Vortrag und seinem gesamten Auftreten, auch durch Diktion und Tonfall seiner Reden, die Mehrheit der Offiziere für sich eingenommen hatte.“²⁸ In der Lagemeldung der Militärpolitischen Analysegruppe vom 4. Mai 1990 hieß es dazu: „Vorgesetzte aller Ebenen äußerten sich anhaltend positiv zu Verlauf und Ergebnissen der Kommandeurstagung am 02.05.1990. Der Vortrag des Ministers für Abrüstung und Verteidigung hätte – so die typische Auffassung – die Erwartungen erfüllt.“²⁹

In seinen Ausführungen auf dieser Tagung stützte sich der Chef der Nationalen Volksarmee, Admiral Theodor Hoffmann, eigenen Angaben zufolge auf die ihm vom Konzil der Militärakademie überreichte Denkschrift zu Auftrag und Funktion der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik. In „einer Denkschrift der Militärakademie, aus der ich ausführlich zitierte,“ so schrieb er, wurden „eine ganze Reihe neuer Aufgaben für die Streitkräfte der DDR in Erwägung gezogen, wie z. B. die Teilnahme an militärischen Überwachungs- und Kontrollaufgaben im KSZE-Prozeß oder die Schaffung solcher Strukturelemente und Einrichtungen, die für den deutschen Einigungsprozeß benötigt werden.“³⁰

In dieser Denkschrift, die das Konzil der Militärakademie *Friedrich Engels* am 17. Mai 1990 dann auch dem Minister für Abrüstung und Verteidigung überreichte, unterbreitete das Konzil, Bezug nehmend auf die vom Runden Tisch am 27. Februar beschlossenen *Militärpolitischen Leitsätze der DDR*, „seine Auffassungen über mögliche Präzisierungen und Ergänzungen der militärpolitischen Leitsätze und Vorschläge für die Formulierung von Auftrag und Funktion der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik“. In Übereinstimmung mit den Funktionen, die sie noch zu erfüllen haben, „könnte, bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten, der Verfassungsauftrag der Streitkräfte der DDR wie folgt neu gefasst werden (im Original unterstrichen): Auftrag der Streitkräfte der DDR ist es, im Verlaufe des deutschen Vereinigungsprozesses zur Bewahrung der äußeren Sicherheit der DDR, zur

²⁸Th. Hoffmann, *Das letzte Kommando*. Ein Minister erinnert sich, Berlin 1993, S. 229.

²⁹Ebenda, S. 233.

³⁰Ebenda, S. 231.

Erhaltung und Neugestaltung des Friedens, zur militärischen Vertrauensbildung und Herausbildung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa, zur Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen und der Gesellschaft beizutragen“ (im Original fett).³¹

Im Weiteren wird in der Denkschrift in zwölf Punkten vorgeschlagen, die Aufgaben der Streitkräfte der DDR neu zu fassen.

Nationale Volksarmee
Militärakademie „Friedrich Engels“
K O N Z I L

D E N K S C H R I F T
zu

**Auftrag und Funktion der Streitkräfte
der Deutschen Demokratischen Republik**

Einleitung

Der „Runde Tisch“ zur Militärreform bestätigte am 27. Februar 1990 die „**Militärpolitischen Leitsätze der DDR**“ als Beschlussentwurf für die Volkskammer der DDR und damit auch **Auftrag und Funktion ihrer Streitkräfte**.
Dieses Dokument berücksichtigt die bis dahin eingetretenen grundsätzlichen Veränderungen in den Sicherheitsinteressen der DDR.

Existenz und Auftrag der Streitkräfte der DDR waren darin wie folgt begründet und formuliert:

1. Die Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik sind ein Teil der in Europa noch bestehenden militärischen Sicherheitsstrukturen. Im Vorhandensein und im schrittweisen Prozess der Auflösung dieser Sicherheitsstrukturen sind Existenz und Funktion der Nationalen Volksarmee begründet.
2. Der Verfassungsauftrag der Nationalen Volksarmee besteht ausschließlich darin, einen Beitrag zur Bewahrung der äußeren Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten und schließt den militärischen Einsatz nach innen aus.
Die Nationale Volksarmee hat – integriert in das Militärbündnis des Warschauer Vertrages – zur Aufrechterhaltung der Abwehrbereitschaft nach dem Prinzip minimaler Hinlänglichkeit im Verteidigungsbündnis beizutragen und ständig die not wendige Gefechtsbereitschaft zu gewährleisten.

Der am 18.03.1990 von den Bürgern der DDR bekundete Wille zur schnellen deutschen Vereinigung und die darauf beruhenden polit. und milit. Erklärungen und Entscheidungen der Regierung der DDR, sowie der Verlauf des Vereinigungsprozesses verändern auch die Prämissen für Auftrag und Funktion der Streitkräfte der DDR.

Diesen Entwicklungen Rechnung tragend, **will das Konzil der Militärakademie mit vorliegender D E N K S C H R I F T seine Auffassungen über mögliche Präzisierungen und Ergänzungen der militärpolitischen Leitsätze darstellen und Vorschläge für die Formulierung von Auftrag und Funktion der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, unterbreiten.**

³¹ Militärakademie *Friedrich Engels*, Konzil. Denkschrift zu Auftrag und Funktion der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden, den 17. Mai 1990, Blatt 2, Archiv der Autoren.

Gleichzeitig mit der Denkschrift übergab der Chef der Militärakademie dem Minister für Abrüstung und Verteidigung einen Vorschlag über *Profil und Struktur der Militärakademie*. Dieser Vorschlag zur Neuprofilierung der Militärakademie wurde im Ergebnis der ersten Tagung des Konzils vom Senat erarbeitet. Zu Funktion und Profil der Militärakademie heißt es darin, Hauptgegenstand der Militärwissenschaft kann nicht mehr der Krieg und seine Verhinderung durch Vorbereitung auf den Krieg sein. Vielmehr sei zu ihrem Hauptgegenstand geworden, welche Aufgaben die Streitkräfte zur Friedenserhaltung in Krisen- und Konfliktsituationen durch deeskalierende militärische Handlungen unterhalb der Schwelle des Waffeneinsatzes und durch Konzipierung von Abrüstungs- und Konversionsmaßnahmen zu lösen haben. Dazu brauche es jüngerer reformfähiger Führungskräfte. Die Ausbildungsprogramme müssten daher grundlegend verändert und auf die Anforderungen des Übergangs vom bewaffneten zum unbewaffneten Frieden ausgerichtet werden.³²

Grundidee war die Vision, die Militärakademie könne eine Mittlerrolle zwischen dem militärischen Denken in Ost und West übernehmen. Sie könne zur Stätte der Begegnung und Kooperation von Sicherheitsexperten und Militärtheoretikern beider Bündnisse werden, die Entmilitarisierung des Denkens fördern und die Wissenschaft in den Dienst des Aufbaus einer europäischen Friedensordnung stellen. Die Militärakademie könne die Komplexität der Aspekte der Abrüstung mit militärwissenschaftlichem Sachverstand ergänzen. Deshalb wurde vorgeschlagen, dazu das vorhandene wissenschaftliche Potenzial in Gestalt eines Instituts für Abrüstung an der Militärakademie zu nutzen. Weiter könne die Akademie Experten für Verifikationsaufgaben zur Verfügung stellen. Sie könne beratend zur Sicherheitspolitik wirken und zur öffentlichen Meinungs- und Willensbildung beitragen. Die Militärakademie besitze auch die Voraussetzungen, in Zusammenarbeit mit der TU Dresden und der Hochschule für Verkehrswesen Aufgaben zur Vorbereitung auf Zivilberufe zu erfüllen.

Diese Neuprofilierung erforderte auch eine neue Struktur der Militärakademie: Sie solle von einem gewählten Rektor geführt werden. Die bisherige Sektionsstruktur nach Teilstreitkräften müsse von einer Struktur mit Fakultäten und Instituten nach Wissenschaftsgebieten ersetzt werden. Vorgeschlagen werden vier Fakultäten, die Fakultäten Sozialwissenschaften, Militärwissen-

³²Siehe Vorschlag über Profil und Struktur der Militärakademie vom 17.05.1990, Archiv der Autoren.

Eine Antwort auf die beiden Offerten, die sich im Rahmen der Idee von Minister Eppelmann, *zwei Staaten - zwei Armeen*, bewegten, blieb aus. Der Grund dafür war offenbar, dass die neue Regierung den Prozess der demokratischen Militärreform der DDR kurz nach ihrem Amtsantritt jäh abgebrochen hat. Die Expertengruppe der Militärreform hat am 10. Mai 1990 ihre Tätigkeit beendet. Für den Komplex Militärreform wurde gewissermaßen als Alibi ein Bevollmächtigter eingesetzt.³⁴ Im Grunde bedeutete die Entscheidung, die demokratische Militärreform nicht weiterzuführen und zu vollenden, nichts anderes als eine wesentliche Errungenschaft der demokratischen Revolution gering zu schätzen und sie nicht dauerhaft zu bewahren. Aus der Revolution war die demokratische Militärreform hervorgegangen. Wie Militärreformen zumeist mit gesellschaftlichen Umbrüchen verknüpft sind, schrieb der Militärhistoriker Paul Heider, so auch die der Nationalen Volksarmee. „Sie war Bestandteil der demokratischen Revolution, die das Scheitern der bisherigen Form des Sozialismus und eine breite, auf die Erneuerung der Gesellschaft zielende revolutionäre Volksbewegung zur Voraussetzung hatte.“³⁵ Daher war sie als eine von allen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam mit der Nationalen Volksarmee zu lösende Aufgabe aufgefasst und praktisch verwirklicht worden. Gerade darin liegt ja eine wesentliche Ursache dafür, dass die Revolution friedlich verlaufen konnte. Wenn eine Regierung, die im Gefolge der demokratischen und friedlichen Revolution aus freien Wahlen in Verantwortung gekommen ist, so selbstvergessen mit den Wurzeln und Grundlagen ihrer eigenen Macht umgeht, ist das schwer verständlich und kann kaum aus ihren eigenen Motiven erklärt werden.

Was aber an der Militärakademie damals noch niemand wusste: Bereits seit Februar 1990 beschäftigte sich, wie später bekannt wurde, eine Arbeitsgruppe des Planungsstabes der Bundeswehr damit, ob und wie Teile der NVA in die Bundeswehr übernommen werden könnten. Bereits vor dem Kaukasustreffen wurde „Anfang Juli dann vorgeschlagen, die Verbände und Einrichtungen der NVA zunächst als Einheiten der Bundeswehr zu übernehmen, sie schrittweise

³⁴Siehe K. Froh, *Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung. 1956-1990*, Berlin 2010, S. 696.

³⁵P. Heider, *Militärreform der DDR 1989/90*, in: *Reform - Reorganisation - Transformation. Zum Wandel in deutschen Streitkräften von den preußischen Heeresreformen bis zur Transformation der Bundeswehr*, im Auftrag des MGFA hrsg. von K.-H. Lutz, M. Rink und M. von Salisch, München, Oldenbourg 2010, S. 383; siehe auch ders., *Demokratische Mitgestaltung - ein Grundprinzip der Militärreform 1989/90 in der DDR*, in: *Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 20 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ... a. a. O.*, S. 108 ff.

aufzulösen, um dann neue, gemischte Truppenteile nach Bundeswehrkriterien aufzustellen. ... In der DDR wußte man offensichtlich nur wenig von diesen Planungen – oder glaubte sie nicht.“³⁶ Auch der Vize-Kanzleramtschef Horst Teltschik, damals immerhin der Leiter der Abteilung II *Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen/Entwicklungspolitik/äußere Sicherheit* im Bundeskanzleramt, beharrte wiederholt darauf, die NVA aufzulösen.³⁷

Immerhin fand die Idee des zeitweiligen Nebeneinanders zweier deutscher Armeen ihren Niederschlag im *Ersten Entwurf zur Positionsliste für den Staatsvertrag zur Herstellung der Einheit für den Bereich der Sicherheitspolitik*, den die DDR-Seite vorlegte. Er folgte der Grundidee der Arbeitsberatung NVA – Bundeswehr vom 15. Juni 1990, aus einer reduzierten NVA für eine Übergangszeit die Territorialstreitkraft-Ost zu schaffen. In diesem Sinn wies Minister Eppelmann auf der Volkskammertagung am 5. Juli 1990 die Forderung Bonns nach Auflösung der NVA zurück. Daraufhin kam von der Arbeitsgruppe in Bonn an Minister Eppelmann der Vorschlag, die NVA zunächst als Einheiten in die Bundeswehr zu übernehmen und schrittweise aufzulösen.³⁸

Es war demzufolge kein Wunder, dass die Berufssoldaten der Militärakademie, wie die der gesamten NVA, immer wieder verunsichert worden sind. Mit offen gehaltenen bzw. unterschiedlichen, oft entgegengesetzten Verlautbarungen, wurde auf Kosten der NVA-Angehörigen ein Verwirrspiel betrieben. Wie sich im Weiteren immer klarer herausstellen sollte, stand dahinter offensichtlich die Absicht, die immer noch voll gefechtsfähige Truppe zum Stillhalten zu bewegen. Die Perspektive der NVA und ihrer höchsten Bildungsanstalt rückte immer wieder in ein diffuses Licht widersprüchlicher politischer Informationen und Entscheidungen.

Um Klarheit über die Perspektiven zu gewinnen, war die Militärakademie bemüht, die Kontakte zur Bundeswehr auszubauen. Sie nutzte dabei bereits gewonnene Erfahrungen systemübergreifender Veranstaltungen und friedenserhaltender Maßnahmen, die sie in den vorangegangenen Jahren bei internationalen Konferenzen und Treffen erworben hatte.³⁹

³⁶Siehe J. Schönbohm, *Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee*, Berlin 1992, S. 28.

³⁷Siehe Teltschik beharrt auf NVA-Auflösung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.07.1990.

³⁸Siehe K. Froh, *Chronik der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR*, a. a. O., S. 701.

³⁹Siehe W. Demmer, E. Haueis, *Militärakademie Friedrich Engels. 1959 bis 1990*, S. 149-154.

Offizielle Kontakte zwischen Militärakademie und Führungsakademie

Nachdem am 1. Juni der Bundesminister der Verteidigung das für offizielle Begegnungen der Bundeswehr mit der Nationalen Volksarmee geltende Kontaktverbot aufgehoben hatte, schienen sich normale Beziehungen zwischen Bundeswehr und NVA ganz im Sinn von *zwei Staaten – zwei Armeen* anzubahnen. Daran beteiligte sich die Militärakademie *Friedrich Engels* sogleich aktiv mit einem offiziellen repräsentativen Besuch an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Dieser fand vom 5. bis 7. Juni 1990 statt. Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß leitete die Delegation. Ihr gehörten an: Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Generalmajor Prof. Dr. Heinz Böhme, Konteradmiral Prof. Dr. Günther Pöschel, Oberst Dr. Gerhard Kolitsch, Oberst Prof. Dr. Horst Pukrop, Oberst Dr. Johannes Tippmann und Kapitän zur See Prof. Dr. Wolfgang Scheler.

Zu den Teilnehmern des Treffens seitens der Führungsakademie gehörten der Stellvertreter des Kommandeurs, Brigadegeneral Strzebniok, der Direktor Ausbildung und Lehre, Flottillenadmiral von Hößlin, der Chef des Akademiestabes, Oberst i. G. Franke, der Chef Stab Ausbildung und Lehre, Oberst i. G. Schlüter, der Präsident der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik, Dr. Metzler, der Präsident der Universität der Bundeswehr Hamburg, Prof. Dr. Homuth, Kapitän zur See Müller-Meinhard, Oberst i. G. Hegner, Oberst i. G. Backerra, der Wissenschaftliche Direktor Dr. Vogt und weitere Offiziere.



Zur Erinnerung an den ersten Besuch einer Delegation
der Militärakademie "Friedrich Engels" aus Dresden
an der Führungsakademie der Bundeswehr
vom 05. - 07. Juni 1990

Am frühen Abend traf die Delegation in Hamburg-Blankenese ein. Der Kommandeur der Führungsakademie, Generalmajor Werner von Scheven, begrüßte militärisch korrekt den Chef der Militärakademie, Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, und die ihn begleitenden Generale und Offiziere. Nach einem Gespräch beider Generale gab der Kommandeur der Führungsakademie einen Empfang. Am nächsten Vormittag tauschten der Kommandeur der Führungsakademie und der Chef der Militärakademie Grußadressen zur Begrüßung aus.

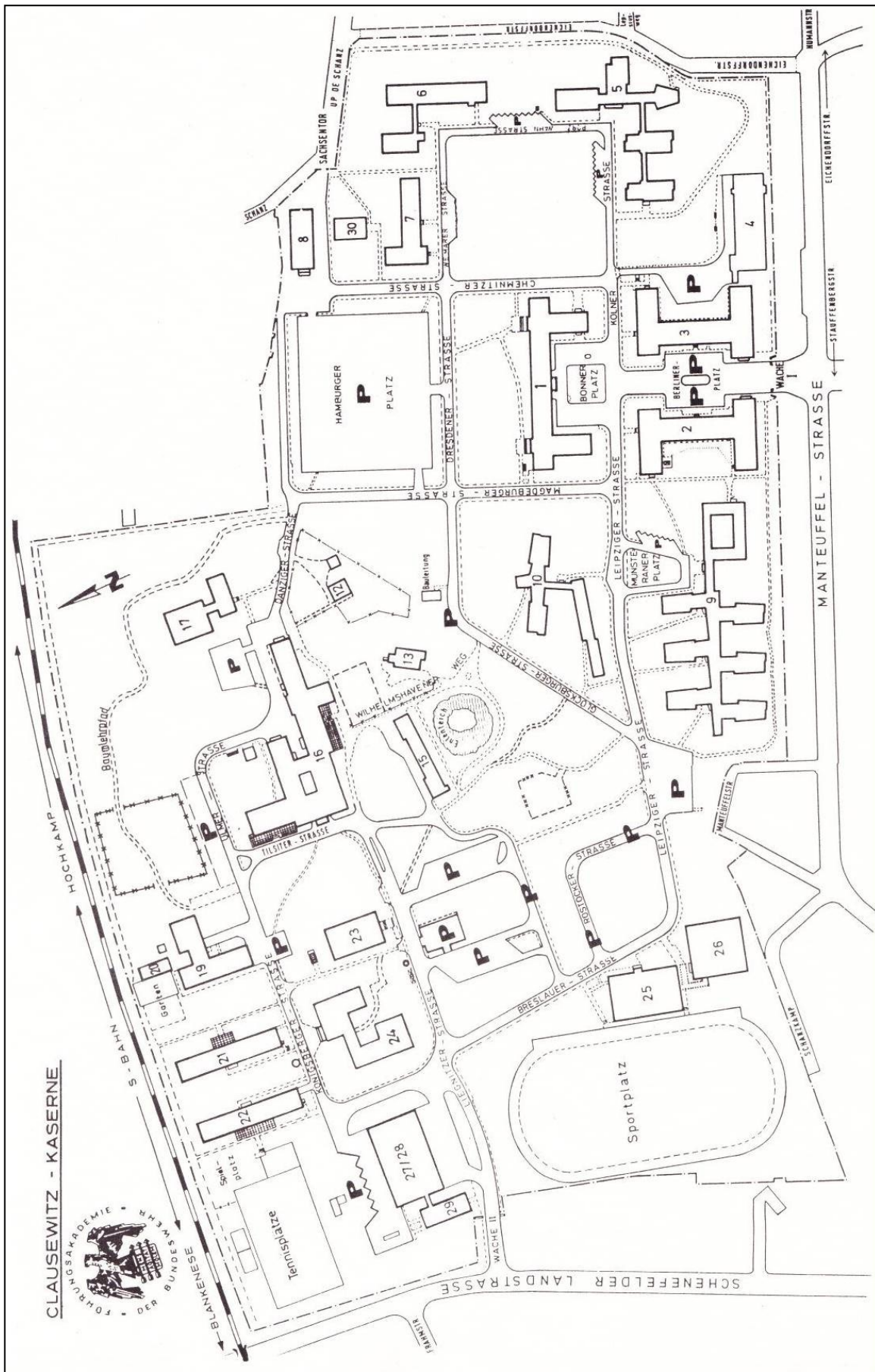
Generalmajor Werner von Scheven sagte, der Bundesminister der Verteidigung und der Minister für Abrüstung und Verteidigung hätten vereinbart, nach dem 1. Juni 1990 offizielle Beziehungen aufzunehmen: „Diese Beziehungen sollen in erster Linie den Menschen im zusammenwachsenden Deutschland, die ihren Dienst als Soldat leisten, Gelegenheit bieten, sich frei zu begegnen. Mit den neuen Möglichkeiten der Begegnung soll die Chance ergriffen werden, dass Verständnis und Vertrauen zwischen Soldaten in beiden Teilen Deutschlands wachsen kann. ... Aus den seit über 40 Jahren getrennten Teilen Deutschlands kommend, begegnen wir uns in der Tat wie Menschen aus getrennten Welten. ... Sie als Angehörige der Nationalen Volksarmee, die ganze DDR, waren uns trotz geographischer Nähe sehr fern und sehr fremd. ... Meine Herren, wir wollen auch in Ihnen Bürger der DDR sehen, die den Wandel bejahen und positiv mitgestalten. In dem Maße, wie Sie sich uns als solche Bürger der neuen DDR zu erkennen geben, in dem Maße werden Sie sich einbezogen finden in unseren Respekt und in unsere Bereitschaft zur Zusammenarbeit. ... Der ‚reale Sozialismus‘ hat sich weltweit auf dramatische Weise historisch widerlegt. ... Wer dem ‚realen Sozialismus‘ zum besonderen Dienst verpflichtet war, muß bei diesem Ereignis ein gutes Stück dessen verloren haben, was wir mit ‚Identität‘ bezeichnen. Der Mensch kann, wie wir alle wissen, ohne Identität nicht leben. Neue Identität muß wachsen. ... Wir gehen auch bei Ihnen von einer Berufswahl aus, bei der Dienst am Frieden in einem Deutschland, von dem nie mehr Krieg ausgehen darf, ein leitendes Motiv war und bleibt. Das zumindest könnte uns verbinden. Wir haben eine gemeinsame Zukunft als Staatsbürger in einem vereinigten Deutschland. Die Frage einer gemeinsamen Zukunft als Soldat ist offen. ... In einem Europa der Kooperation haben Soldaten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee je eigene Erfahrungen der internationalen Kooperation. Das gilt insbesondere für die Führungsakademie der Bundeswehr und die Militärakademie Friedrich Engels. Wir tun gut daran, diese Erfahrungen

auszutauschen und einzubringen in die Mitgestaltung einer europäischen Friedensordnung.“⁴⁰

In Inhalt und Ton trafen diese Worte die Stimmungslage der Gäste wie wohl auch der Gastgeber. Letztere gaben sich Mühe, die Abordnung der Militärakademie mit Struktur und Arbeitsweise der Führungsakademie näher vertraut zu machen und bei einer Stadtrundfahrt auch die Hansestadt Hamburg zu zeigen. Was beim Betreten der Clausewitz-Kaserne, so heißt das Gebäude der Führungsakademie, sofort ins Auge fiel, war der Leitspruch *mens agitat molem*. Der Geist bewegt die Materie – das Gegenteil von dem, was an der Militärakademie in Philosophie gelehrt worden war. In den Räumlichkeiten fielen an Wänden angebrachte Karten von Deutschland auf, in denen dieses in den Grenzen von 1937 gezeigt wurde. Der Plan der Clausewitz-Kaserne an der nach einem Pommerschen Adels- und Offiziersgeschlecht benannten Mantuffelstraße verzeichnete denn auch Straßennamen wie Danziger, Breslauer, Liegnitzer und Königsberger Straße. Vor dem Hauptgebäude wurde das Ereignis des ersten (und letzten) Besuches der Abordnung der Militärakademie an der Führungsakademie mit einem Foto festgehalten.

In einem Vortrag mit anschließender Aussprache machte Generalmajor Werner von Scheven die Gäste mit der inneren Verfassung der Bundeswehr und ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft vertraut. Der Chef der Militärakademie führte anschließend ein Gespräch mit Christoph Bertram, Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*. Am Abend wurde zu einem Herrenabend eingeladen. Es hatte sich im Offizierskorps der Bundeswehr also die alte, von vornehmen Kreisen der Gesellschaft gepflegte Tradition erhalten. An den gemischt besetzten Tischen im Blauen Salon, Jagdzimmer und Hamburger Zimmer ging es aber keineswegs steif zu. Man war neugierig aufeinander und fand in einer gelösten Atmosphäre ausreichend Gesprächsstoff. Anderntags hörten die Besucher einen Vortrag über die Bundeswehr im Bündnis unabhängiger Staaten, gemeint war die NATO. Im Anschluss daran wurde ein Rahmenprogramm für die zukünftige Kontaktpflege zwischen beiden Akademien besprochen. Das war für die Offiziere der Militärakademie das Wichtigste. Nach der Besichtigung des Fachzentrums Audiovisuelle Ausbildungsmittel und des Fachzentrums Dokumentation wurden die Gäste am Nachmittag verabschiedet.

⁴⁰W. von Scheven, Grußadresse an die Abordnung der Militärakademie *Friedrich Engels* Dresden bei der Begrüßung am 06. Juni 1990, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit. 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft ..., a. a. O., S. 261 ff.



Beim Gegenbesuch vom 4. bis 6. Juli 1990, wurde die Delegation der Führungsakademie von ihrem Kommandeur, Generalmajor Werner von Scheven, geleitet. Ihn begleiteten Flottillenadmiral von Höblich, Direktor Ausbildung und Lehre, Oberst i. G. Schlüter, Chef Stab Ausbildung und Lehre, Oberst i. G. Meier-Dörenberg, Fachgruppenleiter Sicherheitspolitik und Streitkräfte, Oberst i. G. Backerra, Kommandeur Abt. Funktions- und Sonderlehrgänge, Oberst i. G. Dr. Lanuschny, Fachgruppenleiter Betriebs- und Organisationswissenschaften, Oberst i. G. Seiz, Kapitän zur See Kolander, Fachgruppenleiter Marine, und Major Brauß, Sekretär des Konsiliums.

Teilnehmer am Besuchsprogramm seitens der Militärakademie waren: Generalleutnant Prof. Dr. Süß, Chef der Militärakademie, die Stellvertreter des Chefs Generalmajor Gleau, Generalmajor Schulze, Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, Generalmajor Priem, die Kommandeure der Sektionen Generalmajor Prof. Dr. Syrbe, Generalmajor Dr. Zeh, Generalmajor Prof. Dr. Böhme, Konteradmiral Prof. Dr. Pöschel, Generalmajor Dr. Grapentin, weiter Oberst Strobel, Leiter des Direktorats für personelle, staatsbürgerliche und soziale Angelegenheiten, Oberst Habel, Leiter der Abteilung Finanzökonomie, Oberst Doz. Dr. Kolitsch, Leiter der Abteilung Militärwissenschaft, Kapitän zur See Prof. Dr. Scheler, Leiter des Lehrstuhls Philosophie, Oberst Prof. Dr. Pukrop, Leiter des akademischen Kurses, Oberst Dr. Tippmann, Leiter des Sekretariats des Chefs und Sekretär des Konzils, und Doz. Dr. Machon, Direktor des Instituts für Konversion der Streitkräfte.

Das Veranstaltungsprogramm enthielt neben Besuchen Dresdener Sehenswürdigkeiten und der Sächsischen Schweiz Informationsvorträge des Chefs und seiner Stellvertreter sowie der Sektionskommandeure und Besichtigung von Teilen der Lehrbasis.⁴¹ Hierzu gehörten auch ein Fototermin vor dem Portal der Akademie und ein *Herrenabend* im Gästehaus Preußstraße, eine Nachahmung dessen, was die Führungsakademie ihren Gästen aus der Militärakademie geboten hatte. Abgeschlossen wurde der Besuch mit einem Gespräch der Gäste und Vertretern der Militärakademie mit dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Dr. Wagner. Die vorgesehene Rahmenvereinbarung zwischen der Führungsakademie und der Militärakademie war nicht zustande gekommen. Der Kommandeur der Führungsakademie hatte offensichtlich andere Instruktionen.

⁴¹Siehe Programm für den Aufenthalt einer Delegation der Führungsakademie der Bundeswehr an der Militärakademie *Friedrich Engels* vom 4. bis 6. Juli 1990, in: Archiv der Autoren; siehe auch Auszug in: DSS Arbeitspapiere, Heft 50/2001, S. 266.



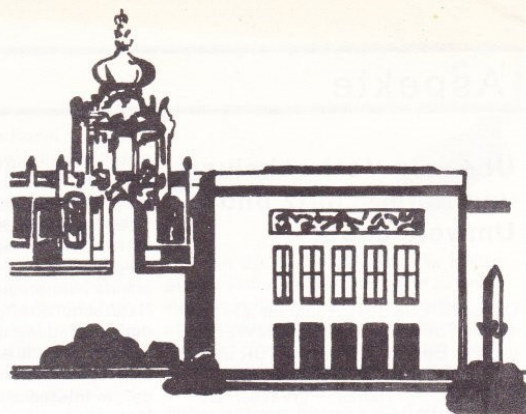
Abb. 10: Die Delegationen der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr und der Dresdner Militärakademie „Friedrich Engels“ am 5. Juli 1990 in Dresden

Das Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS) an der Militärakademie

Eine wissenschaftlich begründete Tätigkeit des Amtes für Konversion und Abrüstung der DDR brauche eine entsprechende wissenschaftliche Einrichtung, so hatte die Arbeitsgruppe Konversion und Abrüstung des IWBS ihren Vorschlag begründete, ein Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS) an der Militärakademie zu schaffen. Dieselben Ambitionen verfolgte der Staatssekretär für Abrüstung Frank Marczinek und trieb gemeinsam mit der Arbeitsgruppe an der Militärakademie die Vorbereitungen voran. Zu einer Konsultation über die Schaffung eines solchen Instituts lud er für den 1. Juni 1990 Wissenschaftler aus dem zivilen Bereich und aus der NVA ein. Von der Militärakademie waren Generalleutnant Prof. Süß, Generalmajor Prof. Lehmann und Kapitän zur See Prof. Scheler eingeladen. Bevor die Konsultation begann, empfing Frank Marczinek die drei Vertreter der Militärakademie freundlich und respektvoll zu einem Gespräch. Er sprach lobende Worte über die wissenschaftliche Potenz und initiativreiche Tätigkeit der Militärakademie, an der er gern studiert habe. Schließlich erteilte er dem Chef der Militärakademie den Auftrag, kurzfristig die Vorbereitung für die Gründung des Instituts am 8. Juni 1990 an der Militärakademie zu treffen.

Nach vielfältigem Bemühen der Militärakademie, gemeinsam mit dem Staatssekretär für Abrüstung Frank Marczinek, wurde das Institut am 8. Juni 1990 offiziell an der Militärakademie gegründet. Es war dies ein letzter Versuch, die konzeptionellen Vorstellungen der Konversion am Subjekt Militärakademie praktisch zu verwirklichen. Damit wurde der Akademie, wenigstens auf einem Teilgebiet, eine neue Aufgabe zugewiesen, für die im Prozess des Abbaus der militärischen Konfrontation in Europa ein wachsender Bedarf erwartet wurde und für die sie das wissenschaftliche Potential besaß. An der Gründungszeremonie nahmen prominente Gäste teil, unter ihnen Militärattachés verschiedener, darunter auch westlicher Staaten. Das Konzept, das dieser Gründung zugrunde lag, folgte dem bereits begonnenen Prozess der Verringerung der Streitkräfte in Europa.

Mit der Grundsatzentscheidung des Ministers für Abrüstung und Verteidigung vom 05.06.1990 über die Bildung dieses Instituts hat dieser seiner Bezeichnung als Abrüstungsminister Genüge getan und mit der Ansiedlung des



Militärakademie-Zeitung № 7 Juli 1990

IKOS – den Soldaten verpflichtet!

Als die „SZ“ vom 09.06.90 unter der Schlagzeile „Neues Institut bereitet Umwandlung der NVA vor“ von der Gründung unseres Institutes berichtete, rief das nicht unberechtigt einige Irritationen auch bei uns im Hause vor.

Nicht die Umwandlung der NVA ist unser Gegenstand, sondern die sozial-ökonomisch und ökologisch verträgliche Umwandlung der militärischen Ressourcen, die in den nächsten Monaten und Jahren von konkreter Abrüstung betroffen sein werden. Wir gehen davon aus, daß die sich auf der Basis der NVA herausbildenden deutschen Streitkräfte zwischen Elbe und Oder qualitativ und quantitativ anders aussehen werden als unsere gegenwärtige Armee. Hier haben die Militärwissenschaftler auch der Militärakademie sicher ein gewichtiges Wort mitzureden.

Das IKOS will dafür Sorge tragen, daß Strategien entwickelt und wirksam werden, die für alle von der Abrüstung betroffenen Berufssoldaten und Zivilbeschäftigten gangbare Wege für den Übergang in

zivile Bereiche sichern. Es sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie unter Verwendung militärischer Objekte, Anlagen und Liegenschaften Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Der Prozeß der Abrüstung von militärischer Technik und militärischen Versorgungsgütern soll wissenschaftlich begleitet werden, um ökonomisch optimale und ökologisch vertretbare Varianten der Eliminierung militärischer Güter zu finden. Der Platz würde nicht ausreichen, das gesamte Profil des IKOS vorzustellen. Es sei aber gesagt, daß es sich um interdisziplinäre und projektbezogene Forschung handelt, die bei uns betrieben wird. Am 10.09. werden leitende Vertreter unseres Institutes bzw. der gegenwärtigen Arbeitsgruppe zur Formierung des IKOS in der 1. UE im LA 3 nähere Auskünfte geben.

Ich will aber bereits heute unterstreichen, daß wir uns als eine Einrichtung betrachten, die im Interesse der Streitkräfte und



Vom Minister für Abrüstung und Verteidigung berufen:
Direktor Dr. sc. mil. Machon



ihrer Soldaten arbeitet und einen Beitrag leisten will, die Abrüstung machbar zu gestalten.

Gegenwärtig befinden wir uns noch in der Phase der Formierung – ein nicht einfacher Prozeß in dieser bewegten Zeit. Inzwischen sind Strukturvorstellungen gereift und wir werden in den nächsten Tagen über die Personalabteilung die zu besetzenden Stellen ausschreiben. Deutlich möchte ich aussprechen, daß Bewerber aus der Akademie bei entsprechender Kompetenz Vorzug genießen – auch so fühlen wir uns den Soldaten verpflichtet!

Dr. sc. mil. Christian Machon

Instituts an der Militärakademie zugleich deren Weiterexistenz suggeriert.⁴² Dieser Entscheid war aber von vornherein von Halbherzigkeit geprägt. Erst drei Monate später, auf „energisches Drängen des IKOS und seines Direktors wurde Ende August erreicht, dass der Befehl zur Aufstellung des IKOS unterzeichnet und das Institut eindeutig als Strukturelement der Militärakademie ausgewiesen wurde“.⁴³ Obwohl der Leiter der Hauptabteilung Haushalt im Ministerium die geplanten Haushaltsmittel für IKOS von 777,2 TDM für das zweite Halbjahr anwies, kam es zu keinem Stellen- und Ausrüstungsnachweis durch das Ministerium. Ähnlich verhielt es sich mit dem Institut für Sicherheitspolitik (ISIP) an der Militärpolitischen Hochschule in Berlin-Grünau, das im Juni 1990 offiziell gegründet worden war.

Trotz der klaren Befehlslage kam es weder zur notwendigen Stellenplanänderung an der Akademie noch zu einem Befehl über die Einnahme der Arbeitsstruktur. Um dennoch die Arbeitsfähigkeit des IKOS herzustellen, wurden vom Chef der Militärakademie 12 Offiziere und drei Zivilbeschäftigte bis Ende 1990 an das IKOS kommandiert. Dem Chef der Militärakademie wurde aber vorgeschlagen, diese Kommandierungen nicht über den Zeitpunkt 30.09.1990 hinaus zu verlängern – mit Ausnahme der Sekretärin des Direktors.⁴⁴ Wie Siegfried Schönherr schreibt, erbrachten die Mitarbeiter des IKOS „selbst unter diesen widrigen Umständen bemerkenswerte Arbeitsergebnisse. Man würde ihrem initiativreichen und engagierten Wirken keine Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn darauf nicht hingewiesen würde. Das Erreichte ist umso höher einzuschätzen, je mehr die konkreten Arbeitsumstände und die geringe Mitarbeiterzahl in Rechnung gestellt werden.“⁴⁵

„Zu den Aktivitäten und Ergebnissen des kurzen, beschwerlichen Arbeitslebens des IKOS zählen

- die Erfassung wissenschaftlicher Einrichtungen und Industrieunternehmen der DDR, die in der Lage und bereit waren, an der technischen Konversion mitzuwirken,

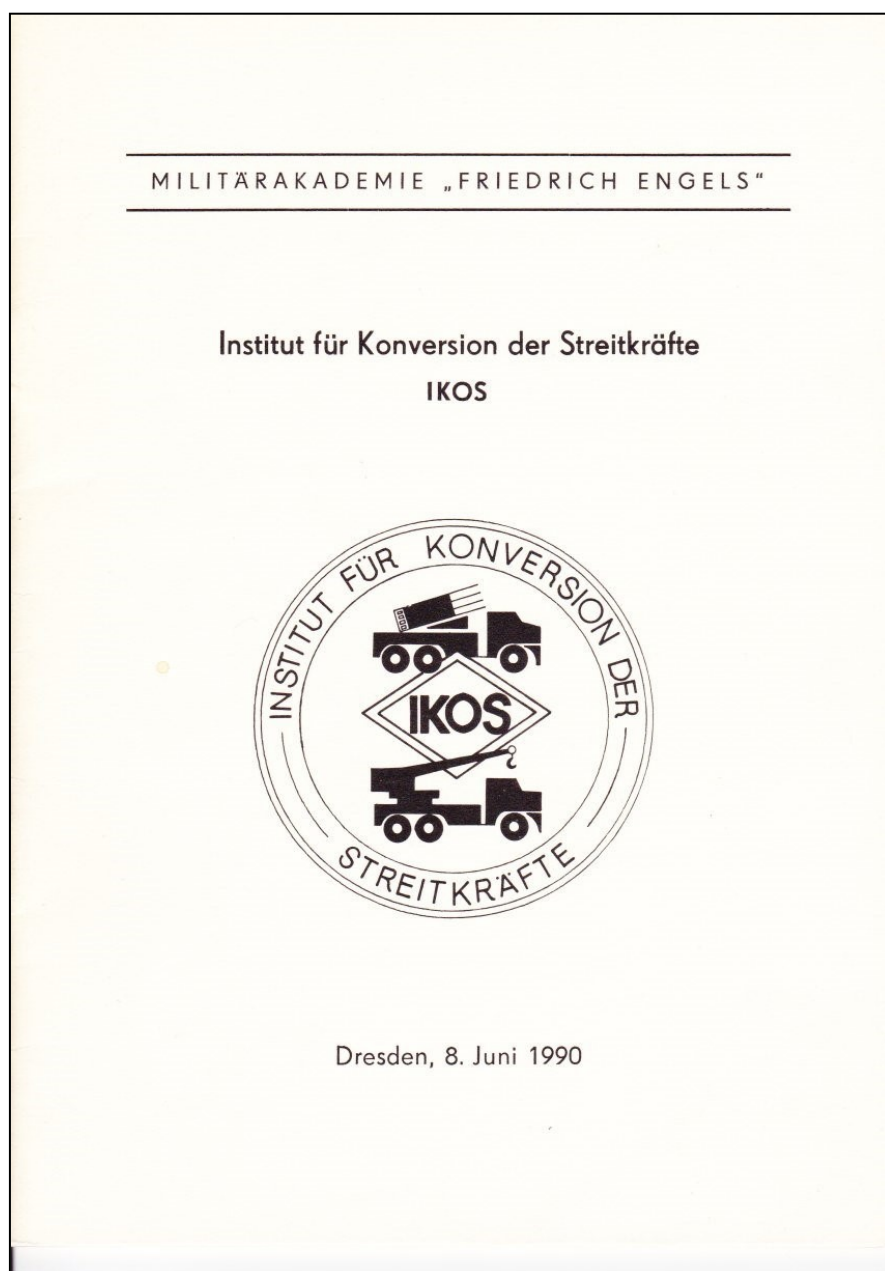
⁴²Siehe Befehl Nr. 33/90 des MfAV vom 28.08.1990 über die Aufstellung des IKOS und Befehl Nr. 55/90 des CMA über die Aufstellung des IKOS als Strukturelement der Militärakademie *Friedrich Engels* vom 05.09.1990, Archiv der Autoren.

⁴³S. Schönherr, Das Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS) des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung der DDR (8. Juni - 2. Oktober 1990). Erinnerungen und Zeitzeugnisse zu einer vertanen Chance, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 38/1997, S. 12.

⁴⁴Siehe ebenda, S. 11 f.

⁴⁵Ebenda, S. 13.

- die Herstellung vielfältiger Verbindungen im Interesse von Hauptabteilungen des Staatssekretariats für Abrüstung zur Unterstützung der personellen und technischen Konversion,
- die Erarbeitung eines Auskunftsberichtes über Ausbildungsprofile für konversionsbetroffene Offiziere der NVA im Zusammenhang mit einer möglichen Berufsförderung,
- die Teilnahme an einem Pilotprojekt zur Rekultivierung militärisch genutzter Liegenschaften u. a.⁴⁶



⁴⁶Ebenda.

Als Resümee über diesen Versuch, für die Konversion der Streitkräfte eine wissenschaftliche Institution zu etablieren, kann festgehalten werden: „Wenn das IKOS auch auf dem ‚Altar der deutschen Einheit‘ geopfert wurde, weil die militärischen und ökonomischen Interessen der nunmehr agierenden politischen Klasse sich von den Vorstellungen der Reformer in der Aufbruchperiode immer mehr unterschieden, so war sein kurzes Wirken dennoch ein hervorstechendes Beispiel für die Militärreform in der DDR. Seinen Repräsentanten gebührt Respekt. Sie haben eine beispielgebende planerische und konzeptionelle Arbeit für ihr eigenes Institut geleistet. Sie erreichten in dieser Zeit eine breite öffentliche Aufmerksamkeit und eine große Medienpräsenz, die wesentlich half, auf die anstehenden Aufgaben aufmerksam zu machen.“⁴⁷

Der sinnvolle und aussichtsreiche Versuch, die Militärakademie im Sinne der Konversion der Streitkräfte wenigstens in Teilen aus der alten in eine neue Einrichtung mit ziviler Funktion zu verwandeln, schlug fehl, nicht aus Mangel an Aufträgen oder an Leistungsvermögen, sondern weil es die maßgebliche Politik nicht wollte

Konversion der Streitkräfte war zugleich eine Aufgabe, die als personelle Konversion für die Offiziershörer und den Personalbestand der Militärakademie selbst in Angriff genommen werden musste. Dazu ergriff die Militärakademie vielfältige Initiativen, um Voraussetzungen für einen zivilberuflichen Abschluss der Offiziershörer zu schaffen. Bereits am 20. Juni 1990, einen Monat vor Erlass des Befehls des Ministers Nr. 21/90 vom 24.07.1990 über die weitere Tätigkeit militärischer Lehreinrichtungen und die Ausrichtung der militärischen Hochschulen der DDR auf einen zivilberuflichen Hochschulabschluss, wurde auf Befehl des Chefs der Militärakademie eine Arbeitsgruppe zur Schaffung des Konferenz-, Tagungs- und Schulungszentrums – KONTAS – als Strukturelement der Militärakademie gegründet.⁴⁸ Damit wurde ein außerordentlich wichtiges Instrument für die Umschulung der Offiziere auf einen zivilen Beruf geschaffen, das bis zur endgültigen Auflösung der Militärakademie eine durchaus erfolgreiche Arbeit zur personellen Konversion leistete. Als Leiter der Arbeitsgruppe wurde Oberst Dr. Kolitsch eingesetzt. Weitere Mitglieder waren Oberstleutnant Slodowski (Stellvertreter), Oberst Spieß, Oberstleutnant Röhnert, Oberstleutnant Leipner und

⁴⁷Ebenda, S. 15.

⁴⁸Siehe Befehl 48/90 des Chefs der Militärakademie über die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Schaffung des Konferenz-, Tagungs- und Schulungszentrums – KONTAS – als Strukturelement der Militärakademie vom 20.06.1990, Archiv der Autoren.

Stabsfähnrich Wahrmut. Sie arbeiteten eine perspektivische Konzeption zur Bildung eines Informationsbüros *KONTAS* aus.

NATIONALE VOLKSARMEE
MILITÄRAKADEMIE "FRIEDRICH ENGELS"

BEFEHL Nr. 48/90

des Chefs

über die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Schaffung des
Konferenz-, Tagungs- und Schulungszentrums

- KONTAS -

vom 20. 06. 1990

Im Rahmen der Umstrukturierung der Militärakademie wird ein
Konferenz-, Tagungs- und Schulungszentrum gebildet.

Ich befehle:

1. Zur Führung des Prozesses der Bildung des KONTAS wird eine
Arbeitsgruppe geschaffen.

Leiter	Oberst Doz. Dr. sc. Kolitsch	Bereich WuF
Stellvertreter	Oberstleutnant Slodowski	Bereich StCCA
Mitglieder	Oberst Spieß	Bereich StCCA
	Oberstleutnant Röhnert	Bereich WuF
	Oberstleutnant Leipner	Bereich WuF
	Stabsfähnrich Wahrmut	Bereich StCCA

2. Der Leiter der Arbeitsgruppe hat in Zusammenarbeit mit den
Stellvertretern, Chefs und Leitern zu erarbeiten und vorzu-
legen:

- a) Konzeption zur perspektivischen Entwicklung des KONTAS
für die Jahre 1991/92

Termin: 24. 08. 1990

Weitere Bemühungen um Kooperationspartner in der Bundesrepublik

Besonders intensiv setzte sich Oberst Prof. Dr. Erich Hocke ein, um mit Partnern in der Bundesrepublik auf friedens- und sicherheitspolitischem Gebiet zu kooperieren. Bei der Heinemann-Friedensgesellschaft hatte er am 25. April in Siegen an einem Symposium teilgenommen. Vom 11. bis 13. Mai war er an der Evangelischen Akademie in Tutzing und hielt dort einen Vortrag. Ebenfalls mit einem Vortrag beteiligte er sich am 14. Mai an einer Diskussion an der Bundeswehruniversität München. Beteiligt war er weiter an der Tagung einer Internationalen Expertenrunde am 2. Juni in Lübeck.

Auf Einladung des Lehrstuhls Wirtschaftswissenschaften nahm die bundesdeutsche Gesellschaft für Militärökonomie vom 24. bis 26. Mai mit einer großen Delegation an einer eigens dafür organisierten wissenschaftlichen Beratung an der Militärakademie teil.⁴⁹ Vom 6. bis 9. Juni fuhr dann eine Abordnung des Lehrstuhls Wirtschaftswissenschaften nach Leck in Schleswig-Holstein, eingeladen zu einer wissenschaftlichen Veranstaltung der Gesellschaft für Militärökonomie über die militärökonomische Bedeutung von EG-Integration und gemeinsamem Markt. Dabei waren der Lehrstuhlleiter, Oberst Prof. Horst Fiedler, Oberst Prof. Siegfried Schönherr, Oberst Prof. Siegfried Börngen, Oberst Doz. Dr. Klaus Lehmann und Oberstleutnant Dr. Matthias Gramann.

Eine mit Dr. Martin Kutz geführte Korrespondenz über die Militärreform mündete schließlich in eine öffentliche Begegnung in Dresden. Am 18. Mai veranstaltete die Landeszentrale für Politische Bildung Hamburg, gemeinsam mit der Dresdener URANIA Bezirkssektion Militärpolitik, ein Podium zum Thema *Deutscher Soldat – Gesamtdeutsche Armee? – Militärreformen in Ost und West*. Gesprächspartner waren Dr. Martin Kutz von der Führungsakademie der Bundeswehr und Kapitän zur See Prof. Wolfgang Scheler von der Militärakademie. Oberst a. D. Prof. Dr. Gustav Urbani, ehemals Stellvertreter des Kommandeurs für Forschung an der Sektion Gesellschaftswissenschaften der Militärakademie und seinerzeit Vorsitzender der URANIA-Bezirkssektion Militärpolitik, moderierte das Gespräch.⁵⁰ Wenig später, vom 7. bis 10. Juni, beteiligte sich Generalmajor Prof. Dr. Lehmann in Westberlin an einer Tagung

⁴⁹Siehe S. Schönherr, Der Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften in den Wendemonaten, im vorliegenden Heft.

⁵⁰Siehe G. Urbani, Zum Wirken der Militärakademie in der Bezirkssektion Militärpolitik der URANIA, in: Militärakademie *Friedrich Engels*. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung ..., a. a. O., S. 292 ff.

der Studiengruppe für alternative Sicherheitspolitik der Friedrich Ebert-Stiftung.

Freitag, den 18. Mai 1990, 18 Uhr, Haus der Kultur und Bildung, Maternistr. 17, kl. Saal, III. Etage
 Gemeinschaftsveranstaltung mit der Landeszentrale für Politische Bildung der Freien und
 Hansestadt Hamburg und der URANIA-Bezirkssektion Militärpolitik
22. Dresdner URANIA-Podium

**Deutscher Soldat – Gesamtdeutsche Armee? –
 Militärreformen in Ost und West**

Gesprächspartner: **Dr. Martin Kutz**, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg,
 und Kapitän zur See **Prof. Dr. sc. phil. Wolfgang Scheler**, Militärakademie „Friedrich Engels“ Dresden
 Gesprächsleitung: **Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Gustav Urbani**, Dresden

Um diese Zeit wiederholte Prof. Dr. Dietmar Schössler von der Universität Mannheim seinen ein Jahr zuvor gescheiterten Kontaktversuch mit dem Philosophielehrstuhlleiter Kapitän zur See Prof. Scheler. Prof. Schössler und der Vorsitzende der SIS e. V., Peter Trummer, luden diesen nun für den 20. und 21. Juni zu einem Besuch an die Universität Mannheim ein. Das Besuchsprogramm umfasste einen Vortrag vor Offizieren und Wirtschaftsunioren zum Thema *Philosophie der Militärreform*, einen Kurzvortrag mit Diskussion im kleinen Kreis vor Professoren der Universität Mannheim und SIS-Mitgliedern zum gleichen Thema und einen öffentlichen Vortrag an der Universität Mannheim zum Thema *Wandel in den Grundlagen der Militärtheorie und Militärdoktrin der Nationalen Volksarmee*.

Vom 22. bis 24. Juni fand in Hamburg ein groß angelegter friedens- und sicherheitspolitischer Kongress statt. Er widmete sich dem Thema *VERWUNDBARKEIT DER INDUSTRIELANDSCHAFT EUROPA. Perspektiven kooperativer Sicherheit für die nachmilitärische Ära*.⁵¹ Den Kongress hatten Friedensinstitutionen aus West und Ost gemeinsam organisiert: die Naturwissenschaftler-Initiative e. V. – Verantwortung für den Frieden und Einrichtungen an der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie die Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg als Mitveranstalter. An diesem Ereignis beteiligte sich die Militärakademie mit einer starken Delegation. Ihr gehörten an: Generalmajor Prof. Dr. Lehmann, Generalmajor Dr. Grapentin, Oberst Prof. Hocke, Oberst Dr. Kolitsch, Oberst Prof. Schönherr, Oberst Böhme,

⁵¹Siehe *Verwundbarkeit der Industrielandschaft Europa. Perspektiven kooperativer Sicherheit für die nachmilitärische Ära*, 22.-24. Juni 1990, Hamburg. Endgültiges Programm, in: Archiv der Autoren.

Kapitän zur See Dr. Fischer, Kapitän zur See Prof. Scheler, Fregattenkapitän Groh und weitere.

Es traf sich nahezu das gesamte Friedensforschungspotenzial aus der Bundesrepublik und der DDR. Unter ihnen bekannte Wissenschaftler, Politiker und Militärs, wie Prof. Max Schmidt (Berlin), Prof. J. Schneider (Göttingen), Prof. Hans-Peter Dürr (München), Prof. Dorothee Sölle (Hamburg), F. Duve (MdB), Prof. Karlheinz Lohs (Leipzig), Prof. Knut Krusewitz (Berlin), Dr. Dieter S. Lutz (Hamburg), Prof. Bernhard Gonnermann (Leipzig), Dr. Wolfgang Vogt (Hamburg), Dr. Wolfgang Schwarz (Berlin), H. Klaus (IGM-Vorstand, Frankfurt/Main), Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling (Bergisch Gladbach), Rainer Eppelmann (Berlin) und Frank Marczinek (Berlin).

Zum Auftakt am Freitagabend wurde ein Video vorgeführt mit dem Titel: *Umdenken – Vom Abschrecken zur gemeinsamen Sicherheit*. Danach fand eine Diskussion statt zu *Zukunft der Sicherheit – Sicherheit in Zukunft: Wozu noch Militär in Europa?* An dieser nahmen neben Friedensforschern auch Militärs aus Ost und West teil, so Generalmajor Peter Herrich und Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling. Der nächste Tag begann im Plenum mit Vorträgen zu den Themen: *Zivile Verwundbarkeit als politische Herausforderung* (Dr. G. Knies), *Industriell-ökonomische Verwundbarkeit* (Prof. M. Schmidt), *Verwundbarkeit sozialer Systeme* (H. Klaus) und *Verwundbarkeit der Ökologie* (Prof. J. Schneider). Die Diskussion zu diesen Themen fand in parallelen Arbeitsgruppen statt. In einer dieser Arbeitsgruppen sprach auch Minister Rainer Eppelmann. Am zweiten Abend widmete sich der Kongress mit einer Podiumsdiskussion dem Thema *Zwang zum Umdenken – Wir haben nur eine Welt*. Staatssekretär für Abrüstung, Frank Marczinek, gab die Einführung. Im Podium wirkte Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer mit.

Am Sonntag diskutierten acht parallele Arbeitsgruppen zum übergeordneten Thema *Gestaltung der nachmilitärischen Ära in Europa*. In der Arbeitsgruppe 2 zu *Friedensforschung mit und ohne Militär*, die Dr. Wolfgang Vogt von der Führungsakademie und Generalmajor Prof. Rolf Lehmann von der Militärakademie moderierten, hielt Dr. Dieter S. Lutz vom ISFH den Impulsvortrag. Die auf dieser Konferenz vorgetragenen Auffassungen bewegten sich in weitgehender Übereinstimmung mit den Erkenntnissen über Frieden, Krieg und Streitkräfte, wie sie an der Militärakademie in den achtziger Jahren gewonnen und publiziert worden waren. Der Kongress setzte ein hoffnungsvolles Zeichen für die Entmilitarisierung der Sicherheit in Europa.

Ende Juni nahmen Oberst Dr. Klaus Götze, Stellvertreter des Kommandeurs der Sektion Sozialwissenschaften für Forschung, und Dr. Lothar Glaß vom Lehrstuhl Philosophie am 3. Symposium der Mülheimer Initiative an der

Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr teil. Wissenschaftler, Kirchenleute und Militärs aus der Bundesrepublik, der Sowjetunion und der DDR erörterten *Perspektiven künftiger Sicherheitspolitik unter Einbeziehung ethischer und theologischer Aspekte*. In ihren Statements trugen Klaus Götze und Lothar Glaß die in Forschungen an der Militärakademie gewonnenen Erkenntnisse über die Entmilitarisierung und Entfeindung der Sicherheit vor.

Doch die politische Entwicklung nahm eine andere Richtung. Eben dies hatte schon bei dem Besuch einer Abordnung der Führungsakademie Anfang Juli dafür gesorgt, dass es nicht zu der von der Militärakademie angestrebten Rahmenvereinbarung mit der Führungsakademie gekommen war. In Erkenntnis dieser Tatsache ließ der Chef der Militärakademie einen *Vorschlag zu möglichen zukünftigen Hauptaufgaben der Militärakademie* erarbeiten und unterschrieb ihn am 11. Juli. Expressis verbis ging der Vorschlag davon aus, dass es sehr schnell zu einem vereinigten Deutschland kommen wird, welches der NATO angehört. Eine weitere Ausgangsüberlegung lautete, dass es für eine bestimmte Zeit für das ehemalige Gebiet der DDR einen Sonderstatus geben wird, auf dem deutsche Territorialstreitkräfte stationiert sein werden, die nicht der NATO angehören. Diese werden hauptsächlich aus der reduzierten NVA rekrutiert und brauchen eine eigene Wehrverwaltung. Hieraus wurden mögliche Hauptaufgaben der Militärakademie abgeleitet:

- Beteiligung an der Qualifizierung militärischer Führungskräfte für die Territorialstreitkräfte Ost (TSKO) und von Beamten für deren Wehrverwaltung;
- Schaffung wissenschaftlicher Voraussetzung für die Konversion von Streitkräften und
- Vorbereitung von Berufssoldaten auf zivile Tätigkeiten.

Als Hauptinhalte für die Qualifizierung militärischer Führungskräfte der TSKO waren vorgesehen:

- Führungslehre über Einsatzgrundsätze, Innere Führung;
- Führungssysteme Logistik/Waffen, Abrüstung und Konversion sowie Ökologie;
- Sicherheitspolitik und Streitkräfte mit Auftrag und Funktion der TSKO, Völker- und Staatsrecht, Militärgeographie und Militärgeschichte;
- Betriebs- und Organisationswissenschaft;
- Sozialwissenschaften mit Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Pädagogik/ Psychologie;
- Mathematisch-naturwissenschaftliche Grundlagenausbildung;
- Fremdsprachen Englisch und Russisch.

Diese Qualifizierung sollte in Jahreslehrgängen unter Inanspruchnahme von Gastlektoren aus Bundeswehruniversitäten für Führungslehre erfolgen.

Für die Ausarbeitung eines Lehrprogramms, so der Vorschlag, wäre eine gemeinsame Programmgruppe aus der Führungsakademie der Bundeswehr, der Akademie Innere Führung Koblenz und der Militärakademie *Friedrich Engels* zu schaffen. Der Auflistung von Ausbildungsaufgaben und ihrer inhaltlichen Bestimmung merkt man an, dass Eindrücke und Erkenntnisse aus dem Besuch an der Führungsakademie eingegangen sind.

Weiter enthielt der Vorschlag Hauptinhalte für die Aus- und Weiterbildung von Beamten der Wehrverwaltung der TSKO. Da das aber für die Militärakademie ein absolut fremdes Terrain war, blieb der Inhalt vage. Wichtiger war die Aufforderung an das Ministerium, staatliche Regelungen zu treffen, damit die Militärakademie ihr Potenzial in die Umschulung von Berufssoldaten auf zivile Tätigkeiten in Verwaltungs- und technischen Berufen einbringen kann. Hierzu wurde an Beispielen Bericht erstattet, was die Militärakademie schon von sich aus für die Lösung sozialer Probleme der Berufssoldaten getan hat:

- Es wurden Konsultationen mit Beraterfirmen, Banken, Versicherungsgesellschaften geführt.
- Einem Institut für berufsbezogene Erwachsenenqualifizierung COGNOS AG Hamburg wurden von der Militärakademie Räume zur Verfügung gestellt, wofür im Gegenzug 10 Prozent der Lehrgangsplätze von Offiziershörern genutzt werden konnten.
- Mit der DEKRA Dresden und Stuttgart wurde am 2. Juli 1990 die Ausbildung amtlich anerkannter Kraftfahrzeugsachverständiger begonnen. Der dreimonatige Lehrgang und weitere geplante wurden zu einem Drittel von Offizieren der NVA belegt.

Alle aufgeführten Hauptaufgaben könne die Militärakademie auch bei einer Kürzung ihres Personalbestandes um 40 bis 45 Prozent bewältigen, versicherte Generalleutnant Prof. Süß am Ende des achtseitigen Papiers.⁵²

Wenig später fand vom 20. bis 22. Juli 1990 in Bernried am Starnberger See mit Vertretern der Militärakademie ein Seminar zum Thema *Die militärpolitischen Perspektiven im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses – Stabilitätsgewinn oder*

⁵²Chef der Militärakademie *Friedrich Engels*, Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, Vorschlag zu möglichen zukünftigen Hauptaufgaben der Militärakademie Dresden vom 11.07.1990, Archiv der Autoren.

Gefahr für die europäische Sicherheit statt. Es war seit März 1990 gemeinsam von Dieter Knautz vom Bayerischen Seminar für Politik e. V. und Dr. Hans Richter vom Lehrstuhl Soziologie der Militärakademie vorbereitet worden. Einge-laden wurden Wissenschaftler, Militärs, Politiker und Journalisten aus beiden deutschen Staaten. Von den 29 Teilnehmern kamen 18 aus der DDR, an ihrer Spitze Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Stellvertreter des Chefs der Militärakademie *Friedrich Engels*. Die ranghöchsten westdeutschen Teilnehmer waren Generalmajor Bruno von Mengden und Generalleutnant a. d. Günter Raulf.

Thematisiert wurden die sozialen und ökonomischen Dimensionen von Ab-rüstung, Konversion und Truppenreduzierungen in Europa. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die NVA wurden hier ohne Umschweife zur Sprache gebracht. Nach Auskunft von Dr. Hans Richter stand das Seminar ganz im Zeichen der zu erwartenden Auflösung der NVA und ihrer Folgen für die Berufssoldaten. Die Gespräche über die anstehende Verringerung der Streitkräfte in Deutschland liefen bei den westdeutschen Teilnehmern darauf hinaus, die NVA bis auf etwa 10.000 Mann aufzulösen. Dabei wurde unter Berücksichtigung von Beschäftigten in der Rüstungsindustrie, Zivilbeschäftig-ten der NVA usw. damit gerechnet, dass bei Auflösung der NVA insgesamt 585.000 Arbeitsplätze infrage gestellt werden.

In die Bemühungen um Kooperation ordnete sich auch ein Arbeitsbesuch des Chefs der Militärakademie bei der Bundesakademie für Wehrverwal-tung/Wehrtechnik (BAkVWWT) in Mannheim ein. Mit ihm führen die De-kane der Sozialwissenschaftlichen und der Militärtechnischen Fakultät, Oberst Prof. Erich Hocke und Oberst Prof. Klaus Kürbis, sowie die Lehrstuhlleiter Oberst Prof. Horst Fiedler, Prof. Dieter Pickard und Oberst Rainer Böhme sowie Doz. Dr. Klaus Lehmann. Zweck der Reise im Juli 1990 war es, Betäti-gungsmöglichkeiten für die wissenschaftliche Kapazität der Militärakademie im Sinne der Lösung von Konversionsaufgaben zu suchen.

Verwirrspiel und unwürdiges Ende

Die Entscheidung über den Status des zukünftigen Beitrittsgebietes, wie es inzwischen hieß, war mehr oder weniger offiziell am 16. Juli 1990 gefallen, als Michail Gorbatschow gegenüber Helmut Kohl seine Zustimmung gab, das vereinte Deutschland in die NATO einzugliedern. Das ursprüngliche Ziel der Sowjetunion, die Einheit Deutschlands mit der europäischen Einigung zu verbinden und die beiden Militärpakte aufzulösen, wurde zugunsten der Aus-dehnung der NATO bis zur Oder-Neiße-Linie aufgegeben, allerdings ohne NATO-Truppenstationierung auf dem Territorium der DDR. Der damit ver-bundene Kurswechsel für die weiteren Verhandlungen zur deutschen Einheit wurde vor allem von den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik und der

NATO bestimmt. Danach war das Ausscheiden der DDR aus der am 24. September 1990 aufgelösten Warschauer Vertragsorganisation nur noch eine Formsache. Spätestens damit war auch das endgültige Urteil über die Nationale Volksarmee gesprochen. Mit dem Ausscheiden der NVA aus dem Warschauer Vertrag entfiel deren militärische Funktion, mit dem Verschwinden der DDR ihre Existenzberechtigung.

Im Widerspruch dazu bekräftigte der Minister für Abrüstung und Verteidigung das Konzept von den zwei Armeen erneut in einem Tagesbefehl vom 20. Juli. Er hatte für diesen Tag noch eine Vereidigung der Nationalen Volksarmee auf die Deutsche Demokratische Republik angeordnet. In dem Tagesbefehl hieß es: „Demokratisch legitimiert, wirklich im Volke verwurzelt und seine Interessen wahrnehmend, hat die NVA ihren Beitrag im demokratischen Umgestaltungsprozeß geleistet und wird ihn auch weiterhin leisten. Mit Umsicht und verantwortungsbewußt bereitet sich die Armee darauf vor, ihren Platz als Territorialheer im vereinigten Deutschland einzunehmen.“⁵³

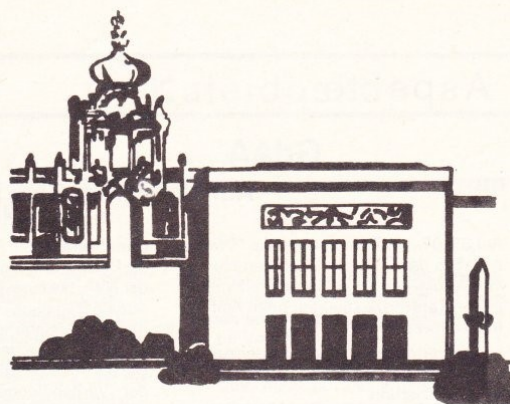
Angesicht der nur noch kurzfristig bemessenen Existenz der NVA erschien den meisten Offizieren der Militärakademie dieser Akt überflüssig und unsinnig. Sie wollten sich dem am liebsten entziehen. Nur der Autorität des Chefs der Militärakademie war es zu verdanken, dass der Widerwille nicht zur Verweigerung wurde. An der Militärakademie fand die Vereidigung, verbunden mit dem Appell zur Verleihung der Diplome an die Absolventen, schon am 19. Juli 1990 statt. Die alten DDR-Symbole an der Uniform wurden entfernt und die Mützen mit neuen Kokarden ausgestattet. In der *Militärakademie-Zeitung MAZ* schrieb dazu Oberstleutnant Schöbel: „Eingeschworen auf eine Republik, deren Tage gezählt sind, deren Armee daher bald keiner selbständigen Existenz mehr bedarf, deren Wappen schon aus den Kokarden entfernt werden musste – Tatsachen einer realistischen Lagebeurteilung.“⁵⁴ Die Berufssoldaten wurden von ihrem alten Eid entbunden, und alle schworen, getreu den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik, die militärischen Pflichten stets diszipliniert und ehrenhaft zu erfüllen, die ganze Kraft zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.⁵⁵ Damit wurden auch an der Militärakademie weiterhin Il-

⁵³Zitiert in: W. Hanisch, Die NVA auf dem Weg in die Armee der Einheit? Tatsachen aus dem Jahr 1990, in: Was war die NVA? Studien - Analysen - Berichte. Zur Geschichte der Nationalen Volksarmee, Berlin 2001, S. 638.

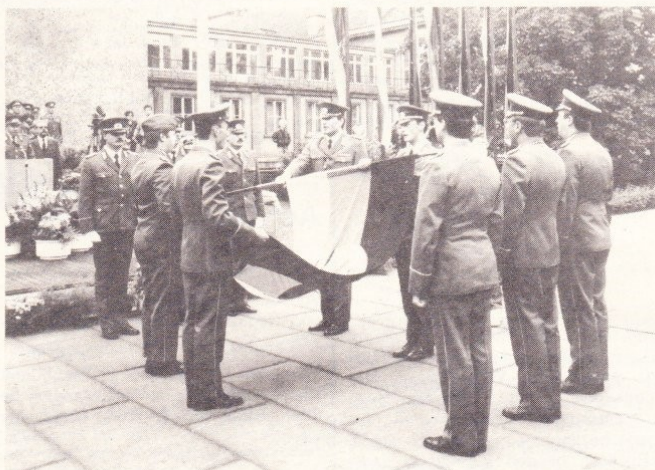
⁵⁴Schöbel, Frisch vereidigt – cui bono?, in: MAZ Militärakademie-Zeitung, Nr. 8, August 1990.

⁵⁵Siehe K. Froh, Chronik der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR ... a. a. O., S. 704.

lusionen genährt und Aktivitäten ausgelöst, um den verkündeten Perspektiven gerecht zu werden.



Militärakademie-Zeitung No 8 Aug. 1990



obzwar belogen und benutzt, jegliche Schuld von sich zu schieben und mit offenen Armen euphorisch in eine neue Richtung zu stolpern.

Ist es den Angehörigen der Bundeswehr zu verdenken, wenn sie unseren durchaus aufrichtigen Bemühungen um ein neues Verständnis auch mit Skepsis oder Ablehnung gegenüberstehen? Zu dürtig ist das Wissen voneinander, zu groß noch die über Jahre der Konfrontation aufgebauten Vorbehalte.

Im Glauben, für die Friedenserhaltung als verpflichtendem Auftrag angetreten zu sein, bestanden für viele von uns „Privilegien“ nur aus harter, seltsam gedankter Arbeit, Entbehrungen sowie immer wieder geprüfem Belastungsvermögen.

Auch wenn man mit uns seitens der eigenen Regierung unwürdig zu verfahren scheint, sollten Ehrlichkeit, Anstand und Würde nicht „abrüstbar“, sondern Grundlagen eines neuen Beginns sein.

Eingeschworen auf eine Republik, deren Tage gezählt sind, deren Armee daher bald keiner selbständigen Existenz mehr bedarf, deren Wappen schon aus den Kokarden entfernt werden mußte – Tatsachen einer realistischen Lagebeurteilung.

Ein (für jeden, der es ehrlich meint) schmerzhafter Prozeß von Vergangenheitsbewältigung und Neuorientierung wird durch unzählige offene Fragen und Ängste begleitet, die nüchterne Konversions-Arithmetik (30 000 minus 24 000?) ohne erkennbare Sicherheiten übersteigt bei einigen Wenigen auch das rational verträgliche Maß. Von lächerlichen Fremdenlegionsvisionen über saudi-arabische Ambitionen bis hin zu dogmatischen Inquisitionsgelüsten gegen den andersdenkenden Nebenmann treibt gar manche Blüte am Baum der sozialen Verunsicherung.

Erstaunlich zum Teil, wer alles im „passiven Widerstand“ gelebt haben will oder „Nur-Fachmann“ war und es dennoch bis zu höchsten Graden brachte. Ehrlos, wem es leicht fällt, einen Teil seines Lebens einfach zu interpolieren, um,

Frisch vereidigt – cui bono?

OSL Schöbel



Unmittelbar nach dem Appell zur Vereidigung fand letztmalig der Appell zur Verleihung der Diplome an die Absolventen statt. Auf der Tribüne und beim Empfang des Chefs der Militärakademie erschienen neben den gewohnten hochrangigen Gästen der Stadt neue, teils unbekannte Persönlichkeiten. Die Meldung erfolgte an den Beauftragten des Ministers für Abrüstung und Verteidigung, Staatssekretär Werner Ablass, der auch die Begrüßung vornahm. Darin und auch in den üblichen Toasts beim Empfang erklangen neue Töne, aber niemand sprach von der Auflösung der Militärakademie.

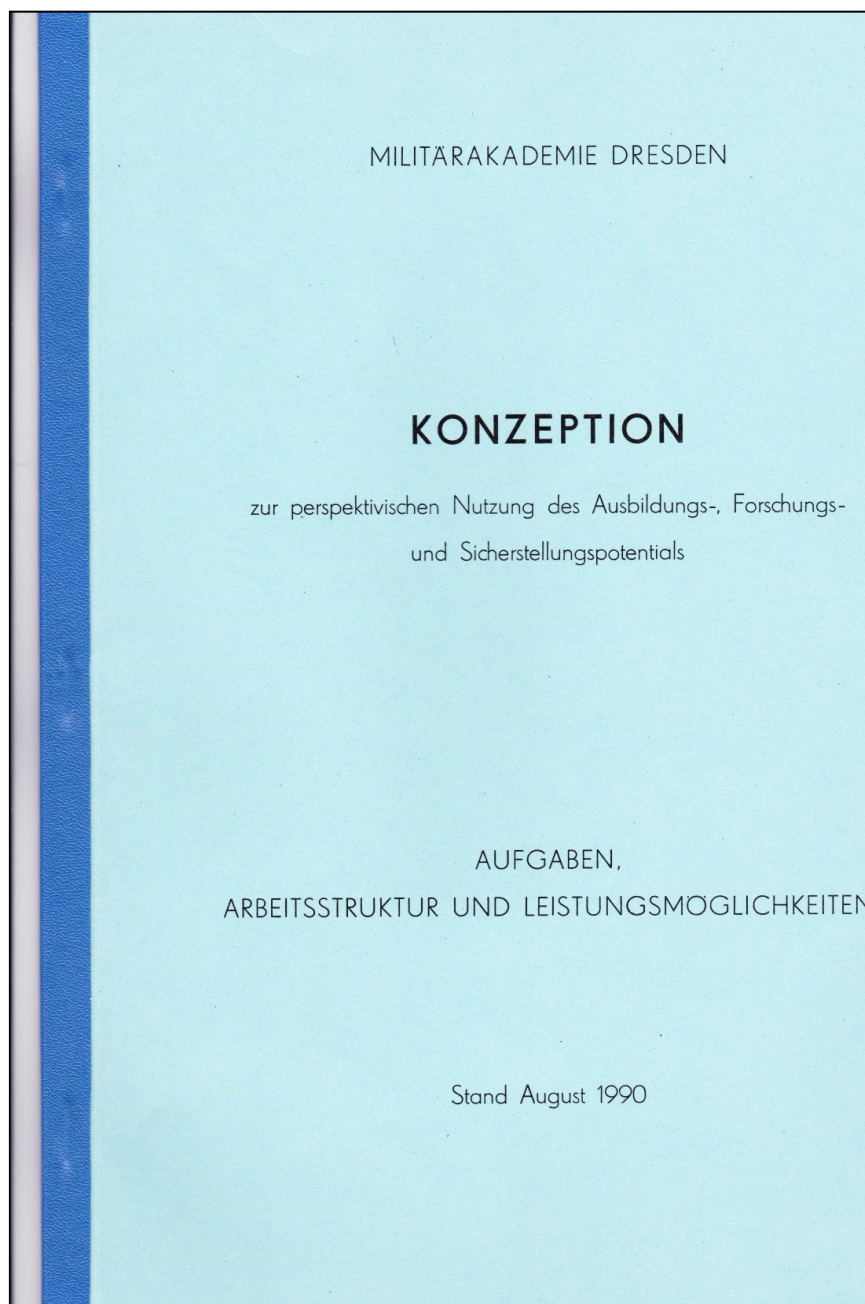
Vom Ministerium für Abrüstung und Verteidigung erhielt die Militärakademie eindeutige Weisungen für das im September beginnende neue Studienjahr. Der Befehl Nr. 21/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung vom 24.07.1990 über die weitere Tätigkeit militärischer Lehreinrichtungen legte fest: „An der Militärakademie hat am 01.09.1990 ein neuer Studienkurs eines 2jährigen Diplomstudiums für Offiziere der NVA, die von sowjetischen Militärakademien zuversetzt werden, und für ausländische Offiziere zu beginnen. Das Studium der Offiziere der NVA ist auf einen zivilberuflichen Hochschulabschluss auszurichten. Offiziershörer des neuen 2., 3. und 4. Studienjahres sowie von sowjetischen Militärakademien zuversetzte Offiziere der NVA setzen an der Militärakademie und an der Militärpolitischen Hochschule ihr Studium nach präzisierten Programmen fort.“⁵⁶

Ein reguläres 1. Studienjahr sollte also nicht beginnen. Aber die Lehre musste in den drei höheren Studienjahren fortgesetzt, und darüber hinaus in einem verkürzten Diplomlehrgang mit von sowjetischen Militärakademien zurückgekehrten Offiziershörern aufgenommen werden. Damit war ein nur wenig verkürzter Lehrauftrag für mindestens zwei Jahre gegeben. Diesem Lehrauftrag entsprach eine Konzeption vom August 1990, die eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Oberst Doz. Dr. sc. Kolitsch ausgearbeitet hatte. Sie trug den Titel *Konzeption zur perspektivischen Nutzung des Ausbildungs-, Forschungs- und Sicherstellungspotentials. Aufgaben, Arbeitsstruktur und Leistungsmöglichkeiten*.⁵⁷ Unter den Aufgaben nennt die Konzeption erstens die Fortführung und den planmäßigen Abschluss der gegenwärtigen militärakademischen Ausbildung nach präzisierten Programmen für das 1. Studienjahr mit zivilem Hochschulabschluss 1992; für das 2. und 3. Studienjahr mit Abschluss 1991 zum Dipl. rer.

⁵⁶Befehl 21/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über die weitere Tätigkeit militärischer Lehreinrichtungen vom 24.07.1990, S. 2 f., Archiv der Autoren.

⁵⁷Konzeption zur perspektivischen Nutzung des Ausbildungs-, Forschungs- und Sicherstellungspotentials. Aufgaben, Arbeitsstruktur und Leistungsmöglichkeiten. Stand August 1990 in: Archiv der Autoren.

mil., Dipl. phil., Dipl. rer. pol. und Dipl. oec., Abschluss 1992 zum Dipl.-Ing. und für das 4. Studienjahr mit Abschluss 1991 zum Dipl.-Ing. Sie nennt unter zweitens Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für zivilberufliche Befähigungsnachweise, drittens Mitwirkung bei Aus- und Fortbildung von Beamten/Angestellten in der Wehrverwaltung, viertens Ausbildung auf dem Gebiet Umwelt und Streitkräfte, fünftens Lösung von einschlägigen Forschungsaufgaben, sechstens Durchführung von Aspiranturen und Forschungsstudien und siebentens marktwirtschaftliche Nutzung von Kapazitäten der Militärakademie.



Zur Lösung dieser Aufgaben schlug die Konzeption eine Grundstruktur für die Militärakademie vor:

- Führung durch ein Rektorat;
- Fachbereiche Militärwissenschaft, Sozialwissenschaften, Wehrverwaltung und Wehrtechnik, die sich in Lehrabteilungen gliedern;
- selbständige Bereiche Verwaltung, Studenten und Lehrgänge, KONTAS.

In Ausführung der vom Minister für Abrüstung und Verteidigung gegebenen Befehle wurde mit Wirkung vom 14. August 1990 das Militärwissenschaftliche Institut der NVA in Kletitz aufgelöst.⁵⁸ Die dortigen Kursanten wurden kurzfristig an die Militärakademie versetzt. Für ihre Ausbildung wurden extra Planstellen für zwei Lehrer und für 18 Offiziershörer geschaffen.⁵⁹ Durch einen verkürzten Diplomabschluss kam es noch Ende September 1990 zur Verteidigung ihrer Diplomarbeiten. Weiterhin wurden nach Angaben von Prof. Dittrich Knitter, damals Kommandeur der Sektion Landstreitkräfte, im September 1990 die an der Militärakademie studierenden ausländischen Offiziershörer aus der UdSSR, Polen und aus der Tschechoslowakischen Republik in ihre Armeen zurückversetzt. In dieser Zeit begannen schon viele Offiziere, in eigener Zuständigkeit bei den Arbeitsämtern vorstellig zu werden.

Sinn und Zusammenhang der einzelnen Entscheidungen des Ministers erschlossen sich nicht, weil sie nicht aus einem schlüssigen Gesamtkonzept hervorgingen. Verständlich wurden sie erst nachträglich, nachdem bekannt wurde, was sich hinter den Kulissen abspielte. Offensichtlich lagen auf der höheren Führungsebene verschiedene Strategien miteinander im Streit, und mindestens eine kam aus Bonn: Auflösen, was denn sonst! In diesem Sinne wurde bereits im Vorfeld der Vereinigung die NVA in *Nützlichkeitsgruppen* eingeteilt:

- Befristete Übernahme von 773 Dienststellen mit ca. 27.000 Berufs- und Zeitsoldaten;
- schrittweise Auflösung bis zum 1. April 1991, das betraf 516 Dienststellen mit etwa genauso vielen Berufs- und Zeitsoldaten;
- sofortige Auflösung von 58 Dienststellen, wie zum Beispiel Militärstaatsanwaltschaft, Institutionen der politischen Bildung etc. nach Beitritt.⁶⁰

⁵⁸Siehe Befehl 27/90 des Chefs der NVA, Th. Hoffmann, BArch-MArch, DVW 1/44496, Bl. 100-104.

⁵⁹Siehe B. Wegmann, Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2006.

⁶⁰Siehe H. J. Gießmann, Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden-Baden 1992, S. 65.

Die Militäarakademie gehörte zur zweiten Gruppe.

Mitte August 1990 erfolgte ein weiterer entscheidender Schritt zur Auflösung der NVA und damit auch der Militäarakademie. Der Befehl Nr. 28/90 des Ministers über weitere Reduzierungsmaßnahmen in der Nationalen Volksarmee vom 15. August 1990 legte fest, bis 30. September 1990 alle Armeeingehörige über 55 Jahre „wegen Erfüllung der Dienstzeit und im Zusammenhang mit strukturellen Veränderungen“ zu entlassen.⁶¹ Dabei wurde eine Erweiterung auf Offiziere über 50 Jahre eingeräumt und von vielen auch genutzt. Im Einzelnen waren im Befehl die Zahlung einer befristeten erweiterten Versorgung, die Durchführung individueller Aussprachen und die Sicherung der medizinischen Abschlussuntersuchung festgelegt. Weiter heißt es im Befehl: „Zur Erfüllung der Dienstpflichten der ausscheidenden Offiziere können geeignete Berufssoldaten festgelegt werden. Diese verbleiben grundsätzlich in ihrer bisherigen Dienststellung.“⁶² Das hieß, sie wurden nur interimistisch mit der Wahrnehmung von Dienstpflichten der höheren Dienststellung beauftragt und bekamen dann auch nicht das ihnen zustehende Gehalt.

Von der Entlassung nach Befehl 28/90 des Ministers waren von der Militäarakademie 159 Generale und Offiziere, 9 Fähnriche und 2 Berufsunteroffiziere im Alter über 55 Jahre betroffen. Dem schlossen sich weitere 36 Generale und Offiziere, 4 Fähnriche und 3 Berufsunteroffiziere im Alter von 50 bis 54 Jahren sowie 10 Generale und Offiziere, 1 Fähnrich, 4 Berufsunteroffiziere und 29 Offiziershörer/Aspiranten unter 50 Jahre an.⁶³ Infolge dieser Entscheidung mussten auch die meisten im IWBS tätigen Wissenschaftler den aktiven Dienst in der NVA beenden.⁶⁴

Die Entlassung dieser 257 Armeeingehörigen der Militäarakademie erfolgte ohne ein würdiges offizielles Zeremoniell. In ihren Arbeitskollektiven wurde ihnen lediglich eine Urkunde des Ministers ausgehändigt. Darin sprach er seinen Dank „in Würdigung gewissenhafter Pflichterfüllung in den bewaffneten Organen“ aus.

⁶¹Siehe Befehl 28/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über weitere Reduzierungsmaßnahmen in der Nationalen Volksarmee vom 15. August 1990, Archiv der Autoren.

⁶²Ebenda, Ziffer 8.

⁶³Siehe Übergabe-/Übernahmeprotokoll der Dienstgeschäfte des Chefs der Militäarakademie *Friedrich Engels* vom 20.09.1990, S. 4, Archiv der Autoren.

⁶⁴Sie setzten ihre wissenschaftliche Tätigkeit in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e. V. fort, die sie am 16.10.1990 gründeten.

URKUNDE

IN WÜRDIGUNG
GEWISSENHAFTER PFLICHTERFÜLLUNG
SPRECHE ICH

Kapitän zur See
Scheler, Wolfgang

FÜR 37 JÄHRIGE TÄTIGKEIT
IN DEN BEWAFFNETEN ORGANEN
MEINEN DANK AUS

Berlin, den 30.09.1990

Rainer Spelman
Minister
für Abrüstung und Verteidigung



Was die Bezeichnung Urkunde trug, war eine formlose Klappkarte in Postkartengröße, in die Dienstgrad, Name und Dienstjahre mit Schreibmaschine eingefügt worden waren, unterzeichnet von Minister Rainer Eppelmann. So entledigte sich der Dienstherr der Nationalen Volksarmee, die er gerade noch auf die demokratisch gewandelte DDR vereidigt und gewürdigt hatte, seiner Verantwortung für deren Führungselite. Für eine Regierung, die nach einer demokratischen und friedlichen Revolution aus freien Wahlen hervorgegangen war und alles besser machen wollte als die alte DDR-Regierung, war das nicht gerade ein Ausweis für einen achtungsvollen Umgang mit den in ihren Diensten stehenden Menschen.

Völlig ignorant verhielt die Regierung sich gegenüber der Tatsache, dass es sich an der Militärakademie bei den Entlassenen zum erheblichen Teil um Menschen handelte, die vom Minister für Hoch- und Fachschulwesen zu Hochschullehrern berufen waren. Keiner der berufenen Professoren und Dozenten wurde, wie es die Gesetze vorschrieben, von seinem Lehramt abberufen und wie üblich in einem Akt der Anerkennung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit emeritiert. Diese Missachtung des noch geltenden Hochschulrechts ließ durchaus Zweifel an der proklamierten Rechtssicherheit im bürgerlichen Rechtsstaat aufkommen.

Zur bewussten Irreführung von Lehrern und Hörern gestaltete sich die Eröffnung des neuen Studienjahres im September 1990. Es gab lediglich die Anordnung, die Umprofilierung der Militärakademie und der Offiziershochschulen zu Umschulungszentren beziehungsweise deren Rückbau bis 1994 vorzubereiten.⁶⁵ Was das für die Militärakademie konkret bedeutete, war nicht erkennbar. Als Kapitän zur See Prof. Scheler am 4. September vor Offizieren des 1. und 2. Studienjahres⁶⁶ die Eröffnungsvorlesung im Studienfach Philosophie halten musste, stand er vor der Frage, was er in dieser Situation der Unwägbarkeit über den weiteren Fortgang des militärakademischen Studiums den Hörern sagen sollte. Er entschloss sich, der unredlichen Hinhaltepolitik der Führung eine ehrliche Bilanz unseres eigenen Tuns und unsere Selbstreflexion entgegenzusetzen. Dafür hatte er in Nacharbeit eine neue Vorlesung konzipiert mit dem Thema: *Die geistige Situation der Zeit und die Neubestimmung der Werte. Die Globalisierung der Sicherheit.*

⁶⁵Siehe Befehl des Ministers für Abrüstung und Verteidigung vom 21.09.1990, Ziffer 7, Archiv der Autoren.

⁶⁶Im 1. Studienjahr befanden sich nur die von sowjetischen Militärakademien zurückversetzten Offiziershörer.

An den Anfang setzte er die eindringlichen Worte: „Das Studienjahr beginnt in einer sehr merkwürdigen Situation. Keiner weiß, wann es endet und womit es endet. Es ist dies nur das Symptom einer Unsicherheit größeren Maßstabs. Wir befinden uns zwischen Abbruch und Aufbruch, zwischen Angst und Hoffnung. ... Ein Zeitalter geht zu Ende und ein neues beginnt. Wir aber waren auf besondere Weise mit dem vergangenen Zeitalter verbunden. Wir waren Soldaten der DDR, hatten unsere berufliche Existenz mit ihr verknüpft, haben uns zu ihrer Verteidigung bekannt und haben die geistigen Werte und weltanschaulichen Grundlagen dieses Staates mitgetragen. Nun stehen wir da als die von der Geschichte Widerlegten. Was wir für gut und richtig hielten, erweist sich als unrecht und falsch. Wir stehen vor dem Scherbenhaufen unserer Wertvorstellungen, unserer beruflichen Karriere, unserer persönlichen Existenz. Wir müssen uns fragen, warum wir uns geirrt haben, welche Schuld wir tragen, denn wir brauchen geistigen Halt für eine *neue* Lebensorientierung in einer anderen Gesellschaft.“⁶⁷

Dann schloss sich die Aufforderung an, mündige Bürger einer Bundesrepublik Deutschland zu werden. Das verlange das Aufstoßen neuer Denkhorizonte, die uns bisher verschlossen waren. „Wir brauchen die Freiheit, unsere Vergangenheit selbst geistig zu bewältigen und aus unserer Erfahrung heraus an der deutschen Einheit und an der Lösung der heutigen Menschheitsfragen teilzunehmen.“⁶⁸ Deshalb sei der Blick von unseren persönlichen auf die Probleme des neuen Deutschlands zu lenken, auf seine geistige Verfassung und die Stellung, die es eingedenk seiner Geschichte unter den europäischen Nationen einnehmen wird. Die geistige Situation der Zeit bestehe im Bewusstsein der Notwendigkeit, sich als ganzheitliche Menschheit zu verstehen. Beherrschendes Paradigma des alten Denkens sei das der zwei Welten gewesen, der Gegensatz zweier Gesellschaftssysteme, von Kapitalismus und Sozialismus, der diesen Namen eigentlich nicht verdient, und von beiden hätten wir eine einseitige, letztlich falsche Vorstellung gehabt. Die Theorie und Praxis der zwei Welten sei eine von zwei nichtkompatiblen Wirtschaftssystemen, von zwei gegensätzlichen politischen Ordnungen, namentlich Demokratie und Diktatur, und von gegensätzlichen Ideologien, einer pluralistischen und einer einheitlichen Staatsideologie. Die Institutionalisierung des Marxis-

⁶⁷W. Scheler, Die geistige Situation der Zeit und die Neubestimmung der Werte.

Die Globalisierung der Sicherheit; veröffentlicht unter: (Ost-)Deutsche Soldaten im geistigen Umbruch, in: Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS), Arbeitspapiere, Heft 03/1990, S. 7.

⁶⁸Ebenda, S. 9.

mus-Leninismus als Staatsideologie und Instrument der Partei, deren Grundlagen schon in der Leninschen Doktrin enthalten seien, habe zum Anspruch der Parteiführer auf Unfehlbarkeit und auf ihr Recht geführt, darüber zu urteilen, was Marxismus ist und was nicht.

Ursache für das Auseinanderfallen von hehrer Idee und schnöder Wirklichkeit sei gewesen, dass die bolschewistischen Führer, als die russische Revolution allein blieb, ihr Scheitern nicht anerkannten, sondern sie künstlich am Leben hielten. Der Preis dafür sei Gewalt gegen Andersdenkende, Nichtzulassen politischer Freiheiten, diktatorische Machtausübung, Repressalien und Verletzung der Menschenrechte gewesen. Der Sozialismus sei so zu einem kolossalen historischen Fehlschlag geworden. Doch sei der misstratene Sozialismus kein individueller, sondern ein welthistorischer Irrtum auf dem Weg der Menschheit zu höheren Lebensformen gewesen. Er sei geboren und am Leben gehalten worden durch die Hoffnung vieler benachteiligter, geknechteter und ihrer Würde beraubter Menschen auf soziale Gerechtigkeit, und er habe sich nur so lange halten können, weil er auch Leistungen vorzuweisen hatte und Grundbedürfnissen des Menschen besser gerecht zu werden schien. Die Rückkehr zur aufsteigenden und dynamischen Entwicklungslinie der Gesellschaft, zur Marktwirtschaft, sei historisch notwendig und ein Fortschritt.⁶⁹

Die Offiziershörer folgten den Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit, ebenso als Gast unser Gesprächspartner Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagena. Dieser erbat den Text der Vorlesung, um ihn zur Aufklärung über die Geisteshaltung eventuell in die Bundeswehr zu übernehmender Offiziere an Generalmajor Werner von Scheven zu übergeben, der nach dem 3. Oktober im Bundeswehr-Kommando Ost mit der Auflösung der NVA beschäftigt sein werde.

Zu diesem Zeitpunkt liefen noch Umschulungen für Offiziershörer, die für einen späteren Einsatz in den Streitkräften oder in der Wehrverwaltung vorgesehen waren. Neben der Diplombildung sollte auch die Ausbildung und Betreuung von Aspiranten und Offiziershörern im Forschungsstudium fortgesetzt werden. Eingeleitet war bereits ein Grundstudium für die Heranbildung zum Beamten im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst ab 10. September 1990, in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Verwaltungswissenschaft e. V. Mannheim für ca. 100 bis 120 Offiziere mit einer Dauer von drei Monaten. Dazu kam ein dreimonatiges postgraduales Stu-

⁶⁹Siehe ebenda, S. 9 ff.

Zwischen dem Chef der Militärakademie und Oberst Kolitsch wurde am 10. September 1990 ein *Nutzungsvertrag zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Konferenz-, Tagungs- und Schulungszentrums (KONTAS)* abgeschlossen.⁷¹ Darin enthalten sind Absicht und Zweck von KONTAS, die Sicherung von Schulungs- und Beratungsräumen, Bereitstellung eines Raum- und Unterbringungsfonds mit genauer Bestimmung sowie deren unentgeltlichen Nutzung. Genehmigt wurden die Einrichtung eines Sekretariats und der Abschluss von Verträgen mit zivilen Ausbildungseinrichtungen. So konnten zivile Umschulungsmaßnahmen von Berufssoldaten an der Militärakademie bereits im September 1990 auf der Grundlage von Verträgen mit 13 Bildungseinrichtungen beginnen. Nach einem Bericht von Dr. Kolitsch arbeitete ab 03. September 1990 ein durch das Arbeitsamt Dresden bestätigter Weiterbildungslehrgang des Instituts für berufsbezogene Erwachsenenbildung (IFBE). Daran nahmen 200 Personen teil, die durch elf verpflichtete Dozenten der COGNOS-AG Hamburg ausgebildet wurden. In das umfassende Umschulungsprogramm, in dem es um die Ausbildung von Steuergehilfen, Handels-, Industrie- und Vertriebskaufleuten und Fachkräften auf dem Gebiet des Kreditwesens ging, wurden auch 31 Lehroffiziere und 40 Zivilbeschäftigte der Militärakademie in 9 verschiedenen Bildungseinrichtungen eingebunden.

In einem 1,25 Meter langen Fernschreiben informierte Minister Eppelmann am 10. September die Kommandeure und Chefs über die am 3. Oktober geltenden rechtlichen und finanziellen Regelungen für die Zeit- und Berufssoldaten.

Kurz vor Toresschluss konnten noch einige Aspiranturen erfolgreich beendet werden. Die letzten Verteidigungen von Dissertationen vor Promotionskommissionen der Militärakademie fanden am 25. September statt. Oberst Rainer Böhme, Oberstleutnant Hans-Peter Slodowski und Oberstleutnant Konrad Ihlau promovierten zum Doktor eines Wissenschaftszweiges und erhielten am 27.09.1990 vom Konzil der Militärakademie die Urkunde.

Über die sicherheitspolitischen Perspektiven und die Rolle, die Deutschland dabei spielen müsste, dachten die Wissenschaftler des Interdisziplinären Wissenschaftsbereichs Sicherheit (IWBS) weiter nach und brachten ihre Gedanken zu Papier. So veröffentlichte Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann unter dem Datum 14. September 1990 *Sieben Thesen zur sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands in Europa* als Diskussionspapier. Ausgehend von der historischen

⁷¹Siehe Nutzungsvertrag zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit des Konferenz-, Tagungs- und Schulungszentrums (KONTAS) ..., a. a. O.

Verantwortung Deutschlands für Europa, so betonte er, seien sicherheitspolitische Aspekte der deutschen Einheit von erstrangiger Bedeutung. Die Reduzierung und teilweise Auflösung militärischer Einrichtungen trage Prozesscharakter und sei mit dem Staatsakt der Vereinigung nicht abgeschlossen, sondern beginne damit erst. Eine klare Konzeption für diesen Prozess sei weder aus dem Bundesministerium der Verteidigung noch aus dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung erkennbar. „Klar ist nur, daß der Traum vom Nebeneinanderbestehen zweier deutscher Armeen für eine längere Übergangsperiode, und damit relative Selbständigkeit der NVA, sich spätestens nach dem Kaukasus-Gipfel von Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl als Illusion erwiesen hat und wie eine Seifenblase geplatzt ist.“⁷²

Als Realist müsse man „davon ausgehen, daß es in einem einheitlichen Staat mit einem Parlament, einer Regierung auch nur eine Armee geben kann, die sich auf der Grundlage der gegenwärtigen Bundeswehr entwickeln wird. Als ‚Akademiker‘ hätte ich erwartet, dass dabei als erstes die Frage nach dem Auftrag und der Funktion deutscher Streitkräfte untersucht und entschieden wird (der IWBS hat sich in den Arbeitspapieren 1 und 2 dazu geäußert), aber die Politiker haben als erstes Festlegungen über den Personalumfang getroffen. ... Die von einzelnen Autoren vertretene Auffassung, die Lösung könne nur in der Auflösung der NVA bestehen, und auf dem gegenwärtigen DDR-Territorium werden dafür Verbände der Bundeswehr stationiert, die nicht in die NATO integriert sind, halte ich für gefährlich. Das wäre dann aus militärischer Sicht weder eine Vereinigung noch ein Beitritt, sondern einfach eine Unterwerfung“.⁷³

Am 18. und 19. September fand noch eine gemeinsame wissenschaftliche Veranstaltung des Philosophielehrstuhls der Militärakademie und der Arbeitsgruppe für Internationale Beziehungen und Strategieforschung der Universität Mannheim an der Militärakademie statt. Es war die Idee von Prof. Dr. Dietmar Schössler, der im Juni zu Vorträgen nach Mannheim eingeladen hatte, ein Werkstattgespräch zum Thema *Das militärtheoretische Denken von Clausewitz und Engels* zu führen. Vorträge hielten der Leiter des Lehrstuhls Politikwissenschaften und Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Oberst Prof. Dr. Erich Hocke, der Leiter des Lehrstuhls Philosophie, Kapitän zur See Prof. Dr. Scheler, der Fachgruppenleiter im Philosophielehrstuhl, Oberst Prof. Dr.

⁷²R. Lehmann, Sieben Thesen zur sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands in Europa, in: Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS), Arbeitspapiere, Heft 03/1990, S. 38.

⁷³Ebenda, S. 38 f.

Horst Großmann, die Aspiranten am Philosophielehrstuhl Fregattenkapitän Friedrich Groh und Oberstleutnant Ulrich Knappe sowie der Forschungsstudent am selben Lehrstuhl, Hauptmann Peter Liebau. Von der Mannheimer Arbeitsgruppe sprachen Prof. Dr. Dietmar Schössler, der Aspirant Zhang Yuanlin M. A. und der Vorsitzende der SIS e. V., Peter Trummer. Es war eine ertragreiche Debatte. Sie zeigte, dass es auch bei gegensätzlichen politischen und weltanschaulichen Positionen einen fruchtbaren Gedankenaustausch über theoretische Aspekte des militärischen Denkens geben kann. Das Werkstattgespräch wurde zum Auftakt für eine weitere Zusammenarbeit der beteiligten Wissenschaftler.

Eine letzte wissenschaftliche Beratung führte die Sektion Landstreitkräfte noch am 25. September 1990 durch. Sie widmete sich dem Thema *Unverträglichkeit von Kampfhandlungen in bewohnten Gebieten*. Eine Studie von Oberstleutnant Reiner Schneider, Lehrstuhl Taktik der Landstreitkräfte, hatte den Beweis erbracht, dass Kampfhandlungen in Ballungsgebieten auch beim Einsatz ausschließlich konventioneller Waffen die Lebensgrundlagen der Bevölkerung zerstören würden. An der wissenschaftlichen Beratung beteiligten sich auch Major i. G. Kästner vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg und Dr. Mormann von der Führungsakademie der Bundeswehr. Von Seiten der DDR waren Vertreter der Hochschule für Zivilschutz, des Katastrophenstabes Dessau und des Zivilschutzes Dresden beteiligt.

In Dresden kam vom 21. bis 23. September auch der im März gegründete Deutsche Gesprächskreis höherer Offiziere noch einmal zu einem Folgetreffen zusammen. An ihm nahmen von der NVA teil: Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, Konteradmiral Prof. Dr. Günther Pöschel, Oberst Prof. Dr. Erich Hocke und Oberst Prof. Dr. Wilfried Schreiber. Aus der Bundesrepublik nahmen teil: Flottillenadmiral a. D. Elmar Schmähling, Oberst i. G. Heinz Kluss, Kapitän zur See Peter Mohr und Kapitän zur See a. D. Teo Oltmans. In diesen Beratungen ging es um den aktuellen Zustand der NVA, um Ziele und weitere Möglichkeiten des Gesprächskreises sowie um die Vorbereitung einer geplanten Tagung an der Evangelischen Akademie Tutzing, die dann auch vom 16. bis 18. November 1990 noch stattfand, als die beteiligten Dresdner Offiziere längst aus dem aktiven Dienst entlassen waren.

Wegen der Entlassung der älteren Generale und Offiziere zum 30. September war es notwendig, in den Leitungsfunktionen der Militärakademie und der Sektionen personelle Veränderungen vorzunehmen. Bereits am 20. September

1990 erfolgte die Übergabe der Dienstgeschäfte des Chefs der Militärakademie an Oberst Doz. Dr. Gerhard Kolitsch.⁷⁴

Die Führung der Militärakademie setzte sich ab 24.09.1990 wie folgt zusammen:

- Chef der Militärakademie: Oberst Gerhard Kolitsch;
- 1. Stellvertreter des Chefs: Oberstlttn. Manfred Pirnbaum;
- Stellv. des Chefs und Chef Ausbildung: Oberstlttn. Horst Schneider;
- Stellv. des Chefs und Chef Rückwärtige: Dienste Oberst Wolfgang Hesse;
- Stellv. des Chefs und Chef Wissenschaft und Forschung: Kapitän zur See Peter Becher;
- Kommandeur der Sektion Sozialwissenschaften: Oberst Klaus Götze;
- Kommandeur Sektion Landstreitkräfte: Oberst Dietrich Knitter;
- Kommandeur der Sektion Luftstreitkräfte/Luftverteidigung: Oberst Heinz Hobiger;
- Kommandeur der Sektion Seestreitkräfte: Fregattenkapitän Ulf Bethmann;
- Kommandeur der Sektion Militärtechnik: Oberst Robert Haas;
- Direktor des *IKOS*: Dr. sc. Christian Machon;
- Leiter der Abteilung Personalwesen: Oberstlttn. Hans Theiner;
- Leiter der Abteilung Finanzökonomie: Oberst Heinz Habel.

Bald sollte sich zeigen, dass diese beauftragten Offiziere neben der Führung des verbliebenen Personals nur noch *Abrissarbeiten* zu erledigen hatten.

Zwei Tage vor Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August 1990 lag dann beim Chef der Militärakademie ein Fernschreiben von Staatssekretär Ablaß vor, in dem alle Bereiche der NVA über Regelungen und Konsequenzen des Einigungsvertrages informiert wurden. In die Verhandlungen zum Einigungsvertrag waren keine Vertreter der NVA-Führung einbezogen. Es war eine der ersten Festlegungen des Ministers für Abrüstung und Verteidigung gewesen, die NVA-Führung von politischen Aktivitäten fern zu halten. Sie hatte sich auf die inneren Angelegenheiten der Armee zu beschränken. Als die Volkskammer der DDR am 31.08.1990 den Einigungsvertrag beschloss, enthielt er „im Unterschied zu den Vorentwürfen ... keine Aussagen mehr zu gesamtdeutschen Streitkräften, sondern lediglich – in den öffentlichen Dienst eingeordnet – einige rechtliche Übergangsregelungen für NVA-Angehöri-

⁷⁴Siehe Übergabe-/Übernahmeprotokoll der Dienstgeschäfte des Chefs der Militärakademie *Friedrich Engels* a. a. O.

ge“.⁷⁵ Deswegen gab es auch keine weiteren Aussagen zum künftigen Status der Berufssoldaten der NVA.

Diese Situation beeinflusste natürlich die Stimmungslage der Berufssoldaten an der Militärakademie bis in die letzten Tage der DDR. Neben den noch von Strausberg aus durchgeführten Meinungsumfragen unter den Armeeingehörig-en liegt auch eine Einschätzung des Stimmungsbildes von der Unterstützungsgruppe der Bundeswehr an der Militärakademie vor. Dort heißt es: „Die Angehörigen der MA Dresden zeigten sich tief enttäuscht über die nach ihrer Meinung mangelnde Fürsorge des bisher für sie verantwortlichen MfAV sowie über die im Einigungsvertrag vorgesehenen finanziellen Regelungen für zu entlassende ehemalige NVA-Angehörige. Es bestand die Erwartung, dass die MA als Institution bis zur Beendigung angelaufener Lehrgänge (bis 1993) und auch zur Erfüllung neuer Aufgaben fortbestehen könnte. Daher waren Planungen für mehrere Jahre auch zur Durchführung zivilberuflicher Qualifizierung und zur Erforschung aller Aspekte der Konversion entworfen worden.“⁷⁶

Den bis dahin noch nicht entlassenen Offizieren des Lehr- und Stamm-personals und der Hörer wurden am 1. Oktober die Bescheide über die Weiterverwendung ab 3. Oktober als Soldat der Bundeswehr an der Militärakademie Dresden übergeben – eine in mehrfacher Hinsicht irreführende Bezeichnung. Sie enthielten auch den vorläufigen Dienstgrad, der in vielen Fällen herabgesetzt war und einer Degradierung gleichkam.

Am 2. Oktober 1990, einem Dienstag, fand der letzte Appell in NVA-Uniform, Hose lang, statt. Nach Angaben des damaligen Chefs der Militärakademie, Oberst Dr. Kolitsch, erfolgte der Ablauf des Appells strikt nach der offiziellen Zeremonie mit Musikkorps und Intonation der Nationalhymne der DDR, Einmarsch des Fahnenkommandos, Abschreiten der Front durch den Chef. Es folgte das Verlesen des Tagesbefehls des Ministers für Abrüstung und Verteidigung der DDR. Darin erklärte der Minister, dass mit dem 2. Oktober 24 Uhr die Nationale Volksarmee aufhört zu existieren, aber nicht ihre Soldaten und Zivilbeschäftigten. Immerhin erkannte er als bleibendes Verdienst der Angehörigen der Nationalen Volksarmee an, „ihre in der Verfassung gegebene Aufgabe, die äußere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

⁷⁵K. Froh, Chronik der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR ..., a. a. O., S. 708.

⁷⁶Bericht über den Abschluß der Tätigkeit der Unterstützungsgruppe Militärakademie Dresden vom 11.12.1990, Militärarchiv Freiburg, Aktenzeichen DVW 2-2/120310.

zu gewährleisten und der Bewahrung des Friedens zu dienen, nach bestem Können und mit hoher Professionalität erfüllt zu haben.“

Hier wurde vom Minister Eppelmann noch etwas gewürdigt, wovon später nie mehr die Rede war, nämlich die NVA-Angehörigen hätten „verantwortungsbewusst ihren Beitrag dazu geleistet, daß der Umgestaltungsprozeß in unserem Lande friedlich verlaufen ist.“ Ausdrücklich dankte er ihnen mit den Worten: „Für die Erfüllung Ihrer militärischen Pflichten gegenüber dem Vaterland und Ihre Bereitschaft, persönliche Interessen sowie Belange Ihrer Familienangehörigen sehr oft hinter die des Volkes zu stellen, gebührt Ihnen, meine Damen und Herren, mein aufrichtiger Dank.“ Der Tagesbefehl endet mit dem Wortlaut der offiziellen Entpflichtung: „Hiermit entlasse ich Sie als Angehörige oder Zivilbeschäftigte der Nationalen Volksarmee aus Ihren Verpflichtungen, die Sie gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen hatten.“⁷⁷



⁷⁷Tagesbefehl des Ministers für Abrüstung und Verteidigung, in: http://petersdada.de/ende_der_nva.htm. Als Vorsitzender der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur *Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland* hatte der ehemalige Minister seine damalige Würdigung der NVA-Angehörigen allerdings vergessen.



Nach dem letzten Defilee der am 5. Januar 1959 der Militärakademie verliehenen Truppenfahne wurde diese auf Befehl gesenkt und eingerollt. Die Dienstflagge der NVA an der Einfahrt zum Antreterplatz der Militärakademie war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr gehisst. Die neue Bundesdienstflagge der Bundeswehr war aber schon empfangen worden und wartete darauf, gehisst zu werden. Die angetretenen 685 Armeeinghörigen hatten schon vor dem 2. Oktober die Felddienstuniformen der Bundeswehr empfangen. Zu diesem Zeitpunkt gehörten neben den Armeeinghörigen noch 468 Zivilbeschäftigte zur Dienststelle. Die Wache zog am Abend des 2. Oktober bereits in der neuen Uniform auf. Die Vergatterung nahm ein Offizier der Bundeswehr vor, der dazu als Wachvorgesetzter schon vorfristig berechtigt worden war.

Fazit

Trotz aller Unwägbarkeiten hatten sich Lehrkörper, Stammpersonal und Offiziershörer der Militärakademie in dieser für sie nicht immer überschaubaren Zeit gravierenden Wandels stets loyal zum Einigungsprozess verhalten. Kreativ hatten sie versucht, Lösungen zu finden für die notwendigen Prozesse der Konversion der Militärakademie. Sie setzten sich kritisch mit dem Staat auseinander, dem sie gedient hatten, und lösten sich aus ihrer ideologischen Befangenheit. Aktiv waren sie mit der Herstellung einer demokratischen inneren

Verfassung der Militärakademie befasst. Kreative wissenschaftliche Leistungen hatten sie zum Problem der Streitkräftekonversion erbracht. Vieles war von ihnen mit Erfolg zur personellen Konversion im eigenen Hause, von der sie ganz persönlich betroffen waren, getan worden.

Im Ganzen aber blieb das Ringen der Militärakademie um Konversion ohne Ergebnis. Die angestrebte Konversion in der definierten Bedeutung des Begriffs, bisher militärisch genutzte Potenziale und Ressourcen sinnvoll für zivile Zwecke zu nutzen, ist politisch verhindert worden. Am Ende stand nicht die Konversion der Militärakademie in nützliche Verwendungen, sondern ihre Liquidation.

Vielfach hatten Hoffnungen, die sich nicht erfüllten, das Handeln geleitet. Manche aus eigener Naivität rührende oder bewusst von der neuen Regierung genährte Illusionen stimulierten zielstrebiges und konstruktives Handeln. Umso größer geriet die Enttäuschung. Vieles von dem, was an den Führungsentscheidungen des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung Verwirrung und Unverständnis an der Militärakademie ausgelöst hatte, fand erst später eine Erklärung. Sehr aufschlussreich ist eine Offenbarung von General a. D. Dr. Klaus Reinhard über die Dominanz des Bundesministeriums der Verteidigung in den Entscheidungen über die Streitkräfte jenes deutschen Staates, der der Bundesrepublik beiträgt: „Hatten wir bis zur Mitte Juli absolutes Planungs- und Sprechverbot hinsichtlich der Zusammenführung mit der NVA, um die ‚Deutsch-Deutschen Verhandlungen‘ zwischen Schäuble und Krause und die noch laufenden ‚2+4-Verhandlungen‘ nicht durch mögliche Indiskretionen aus dem Bundesministerium der Verteidigung zu torpedieren, wurde nun quasi über Nacht der Nachbrenner eingeschaltet: Alles musste möglichst sofort geschehen. Am 2. August diskutierte der Militärische Führungsrat erstmalig über mögliche Optionen der Übernahme der NVA, wenige Tage später erarbeitete die Runde der Stabsabteilungsleiter unter Führung des Stellvertreters des Generalinspektors ein Positionspapier für den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Stoltenberg, zum gleichen Thema, gekoppelt mit einem ersten, schon recht detaillierten Maßnahmenkatalog. Am 13. August beauftragte mich der Minister, ihm bis zum 1. September ein Gesamtkonzept für die Übernahme der NVA vorzulegen. Zehn Tage später führen der Stabsabteilungsleiter FüS III, Generalmajor Naumann, und ich ins Hauptquartier der NVA nach Strausberg, um der dortigen Führung deutlich zu machen, dass es zu keiner Vereinigung der beiden deutschen Streitkräfte kommen würde, sondern dass wir stattdessen die NVA in Gänze auflösen und beab-

sichtigen würden, in den neuen Bundesländern schrittweise Elemente der Bundeswehr völlig neu aufzubauen.“⁷⁸

Das zeigt, dass schon vor dem Beitritt die Führung der Bundeswehr das Kommando über die Armee im anderen deutschen Staat übernommen hatte, um sie aufzulösen und Elemente der Bundeswehr in den neuen Bundesländern aufzubauen. Nicht die nun zu einem demokratischen Staat gewordene DDR, vertreten durch Volkskammer und Regierung, handelte im Einigungsvertrag aus, was mit ihren Streitkräften geschehen soll. Die Entscheidung darüber traf allein der Staat, dem die DDR beitrug. Ohne vertragliche oder sonstige rechtliche Grundlage traf sie der Bundesminister der Verteidigung mit einem von Generalen der Bundeswehr erarbeiteten Konzept. Demokratie in ihrer bürgerlichen rechtsstaatlichen Gestalt, das lässt sich exemplarisch hieran ablesen, ist eben auch nichts anderes als eine politische Herrschaftsform, und in ihr bestimmen Interessen, weniger die hochgehaltenen demokratischen und rechtsstaatlichen Werte, die Handlungen ihrer Repräsentanten.

Die Nationale Volksarmee auf diese Weise aufzulösen und nichts von ihr zu bewahren, hatte eine schwerwiegende Konsequenz. Es wurde auch das entsorgt, was von der demokratischen Revolution und der demokratischen Militärreform in dieser Armee an wahrhaft Progressivem und Bewahrenswertem hervorgebracht worden war. Neben all dem, was die Nationale Volksarmee zu einer Armee in der Demokratie wandelte, bestand die Militärreform in einem ganz neuen Verständnis des Auftrags der Streitkräfte. In einem bislang beispiellosen Lernprozess hatten die Reformkräfte in der Armee unter maßgeblicher Mitwirkung jener der Militärakademie, gemeinsam mit den im demokratischen Aufbruch wirkenden gesellschaftlichen Bewegungen und politischen Parteien, das Tor zu einer neuen Sicherheitspolitik aufgestoßen. Militärische Konfrontation und Abschreckung sollten ersetzt werden von militärischer Kooperation nach dem Prinzip gleicher Sicherheit und struktureller Angriffsunfähigkeit. Der Auftrag der Nationalen Volksarmee sollte nicht mehr auf Kriegsführungsfähigkeit zur Abschreckung eines Angriffs ausgerichtet sein, sondern auf Funktionen im Prozess eines schrittweisen Abbaus militärischer Sicherheitsstrukturen in Europa. Bei der Auflösung der Nationalen Volksarmee ist auch dieser Reformansatz zu einer entmilitarisierten Sicherheitspolitik mitsamt seinem wissenschaftlichen Fundament entsorgt worden – ein Menektekel.

⁷⁸K. Reinhard, Eine Zeit des Umbruchs, in: Führungsakademie der Bundeswehr. 1957-2007. 50 Jahre, Hamburg, Berlin, Bonn 2007, S. 23.

Siegfried Schönherr

Der Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften in den Wende-Monaten

Auch der Lehrstuhl Politische Ökonomie und Militärökonomie, seit der Jahreswende 1989/90 Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften, stand zu Beginn des neuen Lehrjahres im Herbst 1989 vor einer Umbruchsituation. Das war nichts Ungewöhnliches. Nach seiner Einrichtung 1959 gab es des Öfteren Situationen, in denen Struktur und Lehrprogramme den veränderten politischen Verhältnissen angepasst und neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen Raum gegeben werden mussten. Nachdem die älteren Lehrkräfte schon 1953 mit der Einführung der Politik des Neuen Kurses die politökonomische Glaubensfrage nach und nach aufgeben mussten, wonach die Schwerindustrie immer schneller als die Konsumgüterindustrie wachsen müsse, hatte sich der Lehrkörper zu Beginn der 1960er Jahre auf das Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS) einzustellen, einem wirtschaftspolitischen Kurs, der noch Jahre zuvor von Vielen als unverantwortliche Abkehr von der reinen marxistischen Lehre angesehen wurde. Er hatte bekanntermaßen zum Ziel, den objektiv wirkenden Marktgesetzen die gebührende Beachtung zu schenken. Dieses nur rudimentär umgesetzte Konzept wich ab 1971 einer wirtschaftspolitischen Orientierung, die nicht nur von den Politökonomien der Militärakademie herbeigeseht worden war, weil sie endlich das eigentliche Ziel sozialistischen Wirtschaftens in den Mittelpunkt stellte: die ständige Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Mit großem Engagement gingen auch wir an die politökonomische Fundierung dieser Politik der Hauptaufgabe. Freilich war es schon längst zu spät, um das festgezurrte Modell der sozialistische Plan- und Kommandowirtschaft lebens- bzw. überlebensfähig zu machen.

Als sich in den 1970er Jahren elementare Veränderungen in den kapitalistischen Hauptländern vollzogen, die zur Herausbildung eines voll entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus führten, und im Zuge des Helsinki-Prozess deutliche Entspannungstendenzen spürbar wurden, setzte sich auch bei uns die Erkenntnis durch, dass bei der Schaffung adäquater Sicherheitsstrukturen von einer real vorhandenen Friedensfähigkeit des Westens ausgegangen werden muss. Bei der notwendigen Präzisierung der ökonomischen Rüstungsprozesse in den NATO-Hauptländern leisteten Angehörige unseres Lehrstuhls vielbeachtete Beiträge.

Die größten Umbrüche waren aber stets mit der militärökonomischen Profilierung des Lehrstuhls verbunden. Das begann Anfang der 1960er Jahre, als von den vorgesetzten Dienststellen die berechtigige Forderung gestellt wurde,

dass ein Politökonomie-Lehrstuhl an der höchsten militärischen Bildungseinrichtung des Landes eine praxisorientierte militärökonomische Ausbildung zu gewährleisten habe. Eine Wissenschafts- oder Lehrdisziplin Militärökonomie gab es aber nicht. Mit der Einrichtung einer Fachgruppe Militärökonomie wurden dafür 1963 Voraussetzungen geschaffen. Als erste Grundlagen gelegt waren, ging es ab 1970 darum, die den bewaffneten Organen zugewandte Seite der militärökonomischen Lehrdisziplin stärker auszubauen und eine Ökonomie in den Streitkräften zu entwickeln und lehrfähig zu machen. Daran wurde mit beachtlichem Erfolg gearbeitet. So konnte und musste in den 1980er Jahren die Aufgabe gestellt werden, eine in sich geschlossene Militärökonomie bzw. ein praktikables Lehrsystem Militärökonomie zu entwickeln, das auch an anderen militärischen Bildungseinrichtungen – in modifizierter Form natürlich – verwendet werden konnte. Das ist – zumindest in Ansätzen – gelungen.

Reformbemühungen 1989/90

1989/90 herrschte eine völlig andere Situation. Die jetzt notwendigen Veränderungen in Lehre und Forschung waren mit den bisherigen Umbrüchen nicht vergleichbar. Der Lehrstuhl musste sich in einer völlig anderen Qualität neu ausrichten.

- Zum einen galt es, die schon seit Mitte der 1980er Jahre vorhandenen Denkansätze konsequent zu Ende zu führen, wonach künftige militärökonomische Voraussetzungen des Staates, der Staatengruppierungen, nur einem Ziel zu dienen hatten, der Friedenssicherung, und sei es zunächst auch noch einer militärischen. Der Frieden wurde nicht nur zur zentralen Kategorie des militärischen, sondern auch des militärökonomischen Denkens. Ökonomische Führungsprinzipien in den Streitkräften durchzusetzen, der zweite große Aufgabenbereich der Militärökonomie, bedeutete für die damit befassten Lehroffiziere, sich an den Bestrebungen einer umfassenden Militärreform in der NVA zu orientieren.
- Zum anderen reifte auch in unserem Lehrstuhl die Erkenntnis, dass es durch die politischen Umbrüche endlich notwendig wurde, sich mit einem neuen, einem demokratischen Sozialismusmodell zu identifizieren – und damit auch mit einem neuen Wirtschaftsmodell. Die durch Partei und Staat gelenkte Zentralverwaltungswirtschaft musste zugunsten demokratischer, flexibler und marktorientierter Modelle überwunden werden.

Um erstere Überlegungen durchzusetzen, brauchten wir nicht bei null beginnen. Schon der laufende Forschungsplan hatte einen Schwerpunkt, den Zusammenhang von Ökonomie und Landesverteidigung bzw. Militärwesen unter den veränderten technischen und gesellschaftlichen Verhältnissen zu untersuchen. Das führte u. a. zu einer Mitarbeit am Buchprojekt des Philoso-

phie-Lehrstuhls *Frieden, Krieg, Streitkräfte*.¹ Konversion wurde zu einem beherrschenden Thema. Diplomarbeiten wurden vergeben, um brauchbare Erkenntnisse zu gewinnen. Eine ausgezeichnete Literaturstudie über Konversion² diente 1990 einer wissenschaftlichen Beratung des Lehrstuhls als Ausgangsmaterial. Ihre Ergebnisse eigneten sich, die Lehrunterlagen zu überarbeiten. Auch die politischen Tagesgeschehnisse, etwa die einseitigen Abrüstungsschritte der DDR-Regierung zu Beginn des Jahres 1989, veranlassten uns, den militärökonomischen Aspekten der Konversion gebührendes Augenmerk zu schenken. Für die Fachgruppe Militärökonomie schlug sich das in einem präzisierten Ausbildungsprogramm nieder.³ Mit der Bildung des Interdisziplinären Wissenschaftsbereiches Sicherheitspolitik (IWBS) – ich war seit seiner Gründung im Februar 1990 Mitglied dieses Gremiums – gewann Konversion auch unter den Angehörigen der Militärakademie immer stärkere Beachtung. Sie wurde nicht mehr nur als ein militärpolitisches und militärökonomisches Phänomen wahrgenommen; sie rückte als tagespolitische Aufgabe, ja sogar als persönlich erlebbares Schicksal in den Blickpunkt. Zusammen mit vielen Wissenschaftlern, die sich innerhalb und außerhalb der Militärakademie damit beschäftigten, konnten wir im Lehrstuhl die theoretischen Grundlagen zu dieser Thematik weiter ausbauen, ohne sie freilich im Lehrprozess jemals umfassender vermitteln zu können.⁴ Wir vermochten es aber, einen bedeutenden Beitrag zur Bildung eines Institutes für Konversion der Streitkräfte zu leisten, das am 08.06.1990 an der Militärakademie installiert wurde, aber schon wenige Wochen später auf dem Altar des deutschen Einigungsprozesses wieder geopfert wurde.⁵

Auch die der Wirtschaft zugewandte Seite der Militärökonomie ist nicht vernachlässigt worden, wenn auch Themen wie *Das Wesen und die Funktion der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung unter den Bedingungen tiefgreifender*

¹ Siehe S. Schönherr, *Ökonomie und Militärwesen*, in: *Frieden, Krieg, Streitkräfte*. Historisch-materialistischer Abriss, Berlin 1989, S. 224 ff.

² Siehe I. Lewinski, Studienmaterial zur Rüstungskonversion. Literaturstudie, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1990.

³ Siehe Präzisiertes Ausbildungsablauf Militärökonomie für die II. und V. Sektion ab 01.12.1989, Archiv des Autors.

⁴ Siehe Konzeptionelle Vorstellungen zur Konversion von Streitkräften in der DDR, in: Interdisziplinärer Wissenschaftsbereich Sicherheitspolitik (IWBS), Arbeitspapiere, Dresden 1990.

⁵ Siehe S. Schönherr, *Das Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS) des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung der DDR. Erinnerungen und Zeitzeugnisse zu einer vertanen Chance*, DSS-Arbeitspapiere, Heft 38/1997.

sozialer Reformen in Gesellschaft, Wirtschaft und Militär nur in sehr allgemein Zügen bearbeitet werden konnten und noch keineswegs klar war, mit welchen Inhalten sie auszufüllen waren.⁶

Die Überlegungen zur politökonomischen Fundierung eines reformierten sozialistischen Wirtschaftsmodells, wie sie Ende 1989 in allen Fachgruppen des Lehrstuhls erarbeitet wurden, lesen sich im präzisierten Ausbildungsablauf aus heutiger Sicht sehr vage und unbestimmt. Es dominierten Überlegungen, den Marktgesetzen mehr Aufmerksamkeit zu schenken oder Demokratisierungsbestrebungen gebührenden Raum zu geben.

Natürlich beteiligten sich viele Angehörige unseres Lehrstuhls auch an den oft leidenschaftlich geführten Diskussionen in der Sektion Sozialwissenschaften und an der Militärakademie über demokratische Reformen in Lehre und Forschung; die Rolle der Parteiorganisationen in der NVA; die Freiheit des wissenschaftlichen Denkens; die konkrete Ausgestaltung der Militärreform oder über den Inhalt der Militärpolitischen Leitsätze der DDR. Ich erhielt zum Beispiel viel Unterstützung, als ich mich Ende 1989 entschloss, unsere Auffassungen zur aktuellen Umbruchsituation und zur Verantwortung des Wissenschaftlers in der *Volksarmee* zu publizieren. Der Beitrag erschien unter den Schlagzeilen: *Wer neuen Kredit möchte, muß alte Rechnungen bezahlen. Zur Verantwortung des Wissenschaftlers im Erneuerungsprozeß unserer Armee und einige militärökonomische Denkansätze.*⁷

Diese neuen polit- und militärökonomischen Vorstellungen Ende 1989/Anfang 1990 blieben freilich in den Anfängen stecken und wurden durch die gesellschaftliche Entwicklung recht bald überholt. Als sich nach den Wahlen zur Volkskammer im März 1990 der Kurs auf eine staatliche Vereinigung immer mehr durchsetzte, veranlasste das auch unseren Lehrstuhl, völlig neue Lehrprogramme zu erarbeiten, freilich immer noch unter den fixierten Koordinaten: Existenz von zwei Armeen; Aufrechterhaltung des Ausbildungsbetriebes für bestimmte Gruppen zunächst bis mindestens Ende des Jahres; Weiterbestehen einer militärakademischen Lehreinrichtung in Dresden. Es kam zu einem zweiten Umbruch in unseren Überlegungen zu Forschung und Lehre in der Wende-Zeit. Uns wurde jetzt klar, dass künftige Absolventen in einer marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft ihr Leben gestalten müssten. Ab 01.09.1990 sollte deshalb nach einem Programm gearbeitet werden, das folgende Lehrgebiete vorsah: Volkswirtschaftslehre; Betriebswirtschaftslehre;

⁶ Siehe Präzisierte Ausbildungsablauf Militärökonomie ..., a. a. O.

⁷ Volksarmee 52/98, Forum, S. 6.

Wirtschaftsrecht; Verwaltungsrecht und Verwaltungsbetriebslehre. Militärökonomische Themen sollten, eingeordnet in die einzelnen Lehrabschnitte, behandelt werden. Das Dokument wurde am 31.07.1990 vom Sektionskommandeur bestätigt.⁸

In diesen Monaten gab es bekanntlich ein zähes Ringen um das Profil einer *Militärakademie des Ostens* für die kommenden Jahre. Auch unser Lehrstuhl brachte sich dabei des Öfteren ins Gespräch – und zwar mit sehr weitreichenden Vorschlägen. Am 28.06.1990 legten wir eine fundierte Konzeption zur Ausbildung von Führungskräften der NVA in künftigen Territorialstreitkräften vor.⁹ In ihr fanden sich Themengebiete, die von der Staatstheorie bis zur Wehrverwaltung und zur Organisationswissenschaft reichten und natürlich völlig neue Anforderungen an die Lehrkräfte stellten. Es hätte aber nur eine Chance zur Verwirklichung gegeben, wenn ein anderer Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten beschritten worden wäre.

Aus rein pragmatischen Gründen orientierten wir uns aber zunächst darauf, Lehrunterlagen zur Marktwirtschaft zu erarbeiten. Schon im April 1990 konnte ein Lesematerial dazu herausgegeben werden.¹⁰ Es beschrieb in sehr sachlicher Art und Weise den Wirtschaftskreislauf in den unterschiedlichen marktwirtschaftlichen Systemen und war selbstverständlich frei von den bisher üblichen ideologischen Verzerrungen. Am 30.07.1990 war ein zweites Material fertiggestellt, das die allgemeine bürgerliche Volkswirtschaftslehre zum Inhalt hatte.¹¹ Es war lehrbuchartig aufgebaut und genügte durchaus wissenschaftlichen Ansprüchen. Beiden Lehrmaterialien lagen bundesdeutsche Lehrbücher zugrunde, was nicht verwundern dürfte.

Natürlich gab es im Lehrstuhl gewisse Voraussetzungen, solche anspruchsvollen Programme mit eigenen Kräften umzusetzen. Schließlich war es schon seit Jahrzehnten üblich, sich mit der Wirtschaftswissenschaft der westlichen

⁸ Siehe Themenliste zum Angebot Volkswirtschafts-, Betriebswirtschafts- und Verwaltungsbetriebslehre für die Gruppen 34/89 und 51/89, gültig ab 01.09.1990, Archiv des Autors.

⁹ Siehe Konzeption des Lehrstuhls Wirtschaftswissenschaften zur verwaltungs- und sozialwissenschaftlichen Aus- und Weiterbildung von Führungskräften der NVA für den Dienst in Territorialstreitkräften und Wehrverwaltungsorganen ab 1991 vom 28.06.1990, Archiv des Autors.

¹⁰ Siehe K. Lehmann, Zu Theorie und Praxis der Marktwirtschaft, Lesematerial, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1990.

¹¹ Siehe Autorenkollektiv, Einführung in die Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Studienmaterial, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1990.

Welt auseinanderzusetzen, nicht nur im Lehrgebiet der Politischen Ökonomie des Kapitalismus. Ebenso klar war aber auch, dass spezielle Lehrgegenstände, vor allem die verschiedenen Rechtsgebiete und die Organisationswissenschaften, nur von Gastdozenten behandelt werden konnten, zumal solche Themen bei bestimmten Ausbildungsprofilen eindeutig überwogen. Für eine derartige Dominanz gab es zwei Ursachen: Einmal erschien ein Lehrstoff dieser Art übergreifend und relativ neutral, und eignete sich dadurch für fast alle Ausbildungsrichtungen. Wir lebten ja weiterhin in einer Zeit größter Ungewissheit. Zum anderen gab es in diesen Monaten rege Kontakte zur Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung, Bereich Bundeswehrverwaltung. Viele der dort tätigen Lehrkräfte waren in der Wende-Zeit Gast bei uns und sahen an der Militärakademie günstige Betätigungs- und Profilierungsmöglichkeiten.

Überlegungen, bei einer künftigen Ausbildung an der Militärakademie besonders das verwaltungs- und organisationswissenschaftliche Profil zu schärfen, gab es auch bei Lehrkräften der 1986 geschaffenen Sektion Technik und Bewaffnung und Rückwärtige Dienste. Ich vertrat seit vielen Jahren die Sektion Gesellschaftswissenschaften in der Fakultät dieser Sektion und kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie jede Seite ihre Ansprüche geltend machte und eine gewisse Deutungshoheit beanspruchte. Die Zeit entledigte uns der Sorgen, die notwendigen Abstimmungen vorzunehmen.

Diese konzeptionellen Überlegungen im ersten Halbjahr 1989 – und der damit verbundene Umbau des Lehrsystems – waren für die Angehörigen des Lehrstuhls Wirtschaftswissenschaften nicht nur berechtigt; sie waren unabdingbar, um einen künftigen akademischen Lehrbetrieb mit neuen Zielen und veränderten Inhalten zu gewährleisten. Daraus erklärt sich auch unser Bemühen, Kontakt mit zivilen und militärischen Einrichtungen der Bundesrepublik zu suchen. Von den zuständigen Stellen der Militärakademie wurden wir dabei nicht nur unterstützt, sondern dazu aufgefordert. Eine solche wichtige Kontaktstelle, die sich einige Jahre auch als ergiebig erweisen sollte, war die Gesellschaft für Militärökonomie e. V.

Erinnerungen an eine Zusammenkunft des Lehrstuhls mit der Gesellschaft für Militärökonomie

Vom 24. bis 26. Mai 1990 war auf Einladung unseres Lehrstuhls eine 25-köpfige Delegation der Gesellschaft für Militärökonomie in Dresden zu Gast. Das war für die Militärakademie ein Novum. Es kam zu einem regen Gedankenaustausch und beide Seiten sprachen von einer sehr nützlichen Veranstaltung. Das Treffen mit Repräsentanten dieser zivilen wissenschaftlichen Vereinigung war kein Zufall. Ihm liegt eine Vorgeschichte zugrunde, die nicht

unbedingt typisch für eine Lehreinrichtung wie die Militärakademie war. Auf sie soll kurz verwiesen werden.

Als 1963 die politökonomische Ausbildung an der Militärakademie durch militärökonomische Themen ergänzt werden sollte, existierte noch keine Wissenschaftsdisziplin Militärökonomie. Das überraschte uns nicht. Überall suchten wir nach Schriftgut, um wenigstens Spuren und Ansätze zu finden. Zunächst blickten wir zu den Waffenbrüdern in Richtung Osten. In der Sowjetunion und ihren Armeeeinrichtungen gab es vereinzelte Publikationen, etwa Lagowskis Schrift *Strategie und Ökonomie*,¹² umfangreiche historische Untersuchungen – und immer noch eine ermüdende akademische Diskussion über den Gegenstand der Militärökonomie. Das half uns kaum weiter. Die Auswertung der polnischen und tschechoslowakischen Literatur war ergiebiger, reichte aber auch nicht, um anspruchsvolle Lehrinhalte zu schaffen.

Wir wandten dann den Blick nach Westen, fanden dort auch keine sofort auswertbaren Arbeitsergebnisse, stellten aber fest, dass es eine kaum überschaubare Zahl an Publikationen über die Versorgungsführung aus der Wirtschaft zu den Streitkräften gab und eine Diskussion im Gange war, ob und wie man in der Bundeswehr betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigen sollte.¹³ Das weckte unser Interesse, und wir begannen mit der Auswertung, ohne schon konkrete Zielvorstellungen zu haben.

Ein Zufall half uns, sie zu finden. Beauftragte des Ministeriums, wenn ich mich recht erinnere, waren es Vertreter der Politischen Hauptverwaltung, die für die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung an den Lehreinrichtungen zuständig waren, forderten uns auf zu untersuchen, wie sich in Westdeutschland die Zu- und Abführung von Waffen, Munition, technischer Ausrüstung, Betriebsstoffen u. ä. aus der Wirtschaft zu den Streitkräften vollzieht. Später stellten wir fest, dass die damalige DDR-Beschaffungspraxis darauf Antworten suchte, weil der rasche Ausbau der bewaffneten Organe nach neuen Lösungen verlangte. Die vorhandenen Strukturen und Methoden waren nicht mehr zeitgemäß.

Damals war Major Dr. Einhorn für die militärökonomische Profilierung des Lehrstuhles zuständig. Er ermunterte uns zu sorgfältigem wissenschaftlichen

¹²A. N. Lagowski, *Strategie und Ökonomie*, Kurzer Abriß ihrer Wechselbeziehungen, Berlin 1959.

¹³Die Diskussion begann mit einem Artikel J. Gerbers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.07.1957, *Moderne Kostenrechnung beim Militär?*, und fand einen vorläufigen Abschluss mit einer Schrift desselben Autors, *Betriebslehre für Streitkräfte*, Köln 1967.

Arbeiten und griff den Vorschlag auf, die bundesdeutsche Beschaffungspraxis zu untersuchen. Mich reizte diese Thematik ungemein, weil man praktisch bei null beginnen musste und sich deshalb große Freiräume auftaten. Zudem fiel es mir schwer, die damals sehr ausgetretenen Wege der Politischen Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus zu gehen. Ich sah bei unserem Ausbildungsstand an der Militärakademie wenig Möglichkeiten, wissenschaftlich produktiv zu werden. So drängte ich mich ganz bewusst ein wenig in den Vordergrund und wurde schließlich beauftragt, diese Zu- und Abführungsproblematik in der Bundesrepublik zu untersuchen. Ich begann sofort mit den Studien, und schon nach wenigen Monaten konnte ich erste Arbeitsergebnisse vorlegen. Von meinen Vorgesetzten wurde ich sehr unterstützt, provozierte sie freilich zu der Einschätzung, dass daraus eine Dissertationsschrift werden könnte. Plötzlich war ich der erste außerplanmäßige Aspirant, nicht nur an der gesellschaftswissenschaftlichen Sektion, sondern an der Militärakademie überhaupt.

Mitte 1965 konnte ich verteidigen und nachweisen, dass es in den meisten westlichen Ländern eine mehr oder weniger einheitliche Versorgungslinie aus der Wirtschaft zu den Streitkräften gibt, die sich in dem Begriff Logistik widerspiegelt. Für vergleichbare zivile Prozesse wurde dieser Begriff damals noch sehr selten verwendet. Die Logistik als militärische Kategorie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg neben Strategie und Taktik zu einem wichtigen dritten Bestandteil der bürgerlichen Kriegskunst, auch in Westdeutschland. Das war eine neue Qualität im deutschen militärischen Denken. Die jahrhundertalte Unterschätzung des Ökonomischen im Militärischen wich allmählich einem Denken, das den Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in den bewaffneten Organen entsprach. Unseren Folgerungen wurde zugestimmt, dass man das bei der Beurteilung des politischen und militärischen Gegners beachten muss. Dabei übersahen wir keineswegs, dass die Profit- und Konkurrenzinteressen zwischen den Hauptländern der NATO und in den einzelnen Staaten auch Widersprüche hervorrufen, und in der militär-technischen Politik und im militärischen Beschaffungswesen der NATO-Staaten oft große Hemmnisse auftreten, die den Kampfwert der Streitkräfte mindern und die Staatsfinanzen belasten. Die seit 2014 aufgedeckten Ausrüstungskandale der Bundeswehr belegen das bis in unsere Zeit.

Wir konnten weiter nachweisen, dass es viele wissenschaftliche Publikationen gibt, und die Thematik in der Aus- und Weiterbildung der Militär- und Wirtschaftskader der Bundesrepublik eine beachtliche Rolle spielt. Eine entwickelte militärökonomische Wissenschaft ließ sich aber auch dort nicht finden, zumal in den westlichen Ländern unter dem Begriff Militärökonomie fast aus-

schließlich die Widerspiegelung militärökonomischer Prozesse in der Bundeswehr, also in den Streitkräften, verstanden wurde.

Mittlerweile arbeiteten mehrere Mitglieder unseres Lehrstuhls an dieser Thematik und veröffentlichten, wenn auch zögerlich, ihre Arbeitsergebnisse. Die Untersuchungen, besonders die der Logistikprozesse, stießen auf beachtliches Interesse, nicht nur bei den Gesellschaftswissenschaftlern. Auch ich hatte mehrere Zeitschriften- und Buchbeiträge verfasst.¹⁴ Bald stellten wir fest, dass unsere Arbeiten auch im Westen gelesen werden und in der militärökonomischen Publizistik der Bundesrepublik eine Rolle spielen.

Diese Aufmerksamkeit mag auch durch einen Artikel in der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Zeitung unseres Landes befördert worden sein, den ich 1969 zur militärökonomischen Politik der DDR verfasst hatte.¹⁵ Er erregte Aufsehen, weil in der zivilen Öffentlichkeit zum ersten Mal, auch anhand einiger konkreter Zahlen, über Rüstungsanstrengungen und die Beanspruchung des ökonomischen Potenzials der DDR durch die Landesverteidigung die Rede war. Er diente allerdings auch verschiedenen Westmedien viele Monate dazu, der DDR Militarisierungstendenzen vorzuwerfen. Unserem Lehrstuhl wurde die Rolle einer Denkfabrik auf dem Gebiet der ökonomischen Rüstung zugesprochen und ich als DDR-Rüstungsexperte apostrophiert.¹⁶ Das traf in keiner Weise zu, weil uns die konkreten Prozesse nur in ihren allgemeinsten Zusammenhängen bekannt waren. Später fiel uns das oft auf die Füße. Aus dieser Stigmatisierung wurden Ansprüche abgeleitet, die wir nicht im Entferntesten erfüllen konnten. Wir hatten aber bei einigen Militärökonomien im Westen einen Namen.

Viele unserer Beiträge über die militärökonomische Theorie und Praxis in der Bundesrepublik waren natürlich polemisch angelegt. Meist standen Arbeiten von J. Gerber im Mittelpunkt. Im Lehrstuhl wurden seine Arbeiten für so bedeutend gehalten, dass von der Fachgruppe Militärökonomie ein spezielles

¹⁴Es erschienen Artikel in Materialien der Politischen Hauptverwaltung der NVA in verschiedenen Veröffentlichungen des Militärverlages der DDR und in den Zeitschriften Militärwesen, militärtechnik, Deutsche Außenpolitik und Zeitschrift für Militärgeschichte.

¹⁵Siehe S. Schönherr, Über den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Landesverteidigung beim Aufbau des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 08/1969, S. 1161 ff.

¹⁶Siehe u. a. RIAS Berlin, Hauptabteilung Politik, Ostpolitik, Sendung vom 02.09.1969.

Studienmaterial aus meiner Feder herausgegeben wurde,¹⁷ natürlich unter dem Vorzeichen, dass damit eine spezielle Seite des Feindbildes gezeichnet wird. Wer zwischen den Zeilen lesen konnte, erkannte aber auch den informativ-produktiven Aspekt der Thematik. Bundesdeutsche Autoren schätzten später ein: „Ihre Tätigkeit (der Gesellschaft für Militärökonomie e. V. - d. A.) wird auf der DDR-Seite seit vielen Jahren aufmerksam und offensichtlich ... mit starker Sympathie beobachtet. Der Grund ist die in den Tagungen der Gesellschaft vorhandene Offenheit für Kritik, die absolute Freiheit der Meinung ohne Rücksicht auf irgendein Parteikalkül ...“¹⁸

In den Wende-Monaten war es nun logisch und konsequent, diese langjährigen Kontakte, die sich bisher auf die Auseinandersetzung in der militärökonomischen Literatur beschränkten, auch auf das Persönliche, auf den gegenseitigen wissenschaftlichen Disput, auszudehnen. Wir standen ja, wie schon erwähnt, vor der schwierigen Aufgabe, sehr spezielle Lehrprogramme umsetzen zu müssen und waren dringend auf Unterstützung angewiesen. Schon sehr früh schickte deshalb unser Lehrstuhlleiter, Oberst Prof. Dr. Fiedler, eine Einladung an J. Gerber, den Vorsitzenden der Gesellschaft für Militärökonomie e. V., und lud zu einer Zusammenkunft nach Dresden ein. Unser Vorschlag ist sofort aufgegriffen worden. Es zeigte sich, dass auf beiden Seiten Interesse an einem gegenseitigen Kennenlernen bestand, wenn auch die Motive dafür sehr unterschiedlich waren, wie sich später herausstellte.

Einer bewährten Arbeitstradition folgend, wurde eine ausführliche Konzeption mit einem detaillierten Ablaufplan erarbeitet. Damit ist logischerweise die Fachgruppe Militärökonomie betraut worden. Der Plan sah vor, am Abend des Anreisetages nach einer offiziellen Begrüßung durch den Lehrstuhl und dem gemeinsamen Essen im Club der Akademie zu einem informellen Treffen zusammenzukommen, das mit fortschreitender Dauer gesellige Züge annahm. Das half, für die nächsten Tage eine offene Gesprächsatmosphäre zu schaffen und noch bestehende Vorurteile abzubauen. Auch der damalige Chef der Militärakademie, Generalleutnant Prof. Dr. Süß, begrüßte unsere Gäste, was von ihnen sehr anerkennend registriert worden ist. Ich kann mich erinnern, dass seine Vorstellungen zur Militärreform in der NVA auf großes Interesse und viel Verständnis stießen. An den folgenden beiden Tag kam es zu ergiebigen wissenschaftlichen Beratungen, einer Besichtigung des neu ge-

¹⁷Siehe S. Schönherr, Über die Rolle ökonomischer Führungsprinzipien beim weiteren Ausbau der Aggressionskraft der Bundeswehr, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1972.

¹⁸Zeitung zur Militärpolitik, Militärökonomische Blätter, Heft 04/1990, S. 4.

stalteten sozialwissenschaftlichen Kabinetts, das einen großen Eindruck hinterließ, und einer Stadtrundfahrt, die die Gäste auch mit den demokratischen Veränderungen in unserer Garnisonsstadt vertraut machte und sie des Öfteren in Erstaunen versetzte.

Wir hatten vor allem die Beratungen sehr gründlich vorbereitet und wollten nicht nur die bisherigen Arbeitsergebnisse zeigen, sondern auch auf unsere Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft für neue Aufgaben aufmerksam machen. Neben unserem Lehrstuhl und einigen wenigen Angehörigen anderer Lehrstühle der Militärakademie waren auch Lehrkräfte von verschiedenen Bildungseinrichtungen der NVA und des zivilen Bereiches eingeladen. Auf bundesdeutscher Seite gab es auffallend viel Prominenz. Das überraschte, ist uns aber erst später voll bewusst geworden. In einem Konferenzbericht der Gesellschaft für Militärökonomie e. V. wird aufgelistet: „Dr. Johannes Gerber, Dipl.Kfm., Generalmajor a. D. (früher u. a. Berater im Bundeskanzleramt unter W. Brandt) ...; Prof. Dr. Kirchhoff, Forschungsbeauftragter des Vertg.Ministeriums für Militärökonomie ...; Prof. (für Volkswirtschaft) Dr. Maneval von der BW-Uni München-Neubiberg; Prof. (Sozialökonomie des Haushaltes) Dr. Witt, TU-München; Prof. (Konfliktforschung) Dr. Wolfgang Pfeifer, Bonn; Prof. (Jurist) Dr. Klett, Bundeswehrverw.-Hochschule Mannheim; 3 aktive Soldaten (u. a. von der „Inneren Führung“); 6 Leute aus der freien Wirtschaft; 8 Mitglieder der öffentlichen Verwaltung; 1 Richterin und Martin Holzfuß, Generalmajor a. D. (ehem. Wehrbereichs-Befehlshaber IV), jetzt Mitglied im Europ. Parlament.“¹⁹

Das wissenschaftliche Seminar, so die offizielle Bezeichnung, wurde von drei Redebeiträgen unseres Lehrstuhls bestimmt. Einleitend äußerte sich Prof. Dr. Fiedler zum Thema: *Die militärökonomische Ausbildung und Forschung an der Militärakademie Friedrich Engels*. Er skizzierte die bisherige Entwicklung des Lehrstuhles unter besonderer Berücksichtigung der Militärökonomie, umriss das entstandene Wissenschaftsgerüst und ging dann auf die neuen Inhalte der militärökonomischen Ausbildung ein. Zum Schluss betonte er, dass die Lehre und Forschung von folgenden Bedingungen auszugehen habe: Neues Denken über Krieg, Frieden und Streitkräfte; veränderte Sicherheitslage in Europa durch kooperative Sicherheitsstrukturen, die sich allmählich herausbilden; demokratische Veränderungen in den Ländern des realen Sozialismus; Dynamik der politischen Entwicklung auf deutschem Boden. Auf die künftige Ein-

¹⁹Ebenda.

bindung der beiden deutschen Staaten in die europäischen Sicherheitsstrukturen wurde besonderer Schwerpunkt gelegt.

Viel Aufmerksamkeit fand der Beitrag von Oberstleutnant Dr. Mathias Gramann über die *Perspektive einer künftigen Betriebswirtschaftslehre der Streitkräfte*, befand er sich doch mit diesem Thema auf gleicher Wellenlänge mit vielen Militärökonomieexperten der Bundesrepublik. Er verlangte eine stärkere wissenschaftliche Fundierung bisheriger Arbeitsergebnisse, etwa der an der Militärakademie entstandenen Ökonomie der Streitkräfte und forderte, endlich zu Effektivitätsbewertungen militärischer Prozesse zu kommen, die diesen Namen auch verdienen. Abschließend entwickelte M. Gramann seine Vorstellungen, wie ab Herbst des Jahres die betriebs- und organisationswissenschaftliche Lehre bei speziellen Ausbildungsprofilen der Militärakademie in enger Zusammenarbeit mit westdeutschen militärischen und zivilen Lehreinrichtungen aussehen könnte.

Meinen Redebeitrag überschrieb ich: *Militärökonomische Aspekte der europäischen Sicherheit (Militärökonomie zwischen Konfrontation und Kooperation)*. Auf bisherige unterschiedliche Entwicklung der Militärökonomie in den beiden deutschen Staaten verweisend, skizzierte ich künftige Aufgabenfelder, denen keine Seite ausweichen kann, auch wenn die jeweiligen Strukturen der Disziplin Militärökonomie weiterhin sehr unterschiedlich bleiben sollten. Ich hatte das oft sehr einseitige und ökonomistische Herangehen vieler Kollegen aus dem Westen im Auge, als ich drei Kernthesen hervorhob und näher begründete: Von einer Militärökonomie mit Feindbildern zu einer solchen ohne Feindbilder; von einer Ökonomie der Kriegsvorbereitung und Kriegsführung zu einer Ökonomie der Kriegsverhinderung; nicht Sicherheits- und Abrüstungsökonomie statt Militärökonomie, sondern Militärökonomie als Sicherheits- und Abrüstungsökonomie. Die Begriffe Sicherheits- und Abrüstungsökonomie tauchten in diesen Monaten immer wieder auf, ohne sie inhaltlich näher zu bestimmen.

Viele Diskussionsredner von unserer Seite ergänzten das Gesagte oder entwickelten weitere Vorstellungen. Auch bundesdeutsche Teilnehmer beteiligten sich sehr intensiv am Disput. Wir erhielten Kenntnis über ihre Vorstellungen zu militärökonomischen Theorien, wie sie in der Bundeswehr und der Bundeswehrverwaltung, in der Wirtschaft und in verschiedenen akademischen Lehreinrichtungen bestanden. Einen solchen Überblick hatten wir bisher noch nicht. Die angekündigten längeren Redebeiträge unserer Gäste blieben aber aus, was sich nicht unbedingt als Nachteil erwies. Der eine oder andere ging offensichtlich doch mehr von einer Landparty in den jetzt transparent werdenden Ostblock und weniger von einer wissenschaftlichen Veranstaltung aus, als er sich der Exkursion hinter den *Eisernen Vorhang* nach Dresden anschloss.

Im Mitteilungsblatt der Gesellschaft für Militärökonomie, das zu dieser Zeit in einigen wenigen Ausgaben erschien, schätzte ihr Sprecher ein: „Wenn die westliche Seite mit gewissem Unbehagen nach Dresden gefahren war, so deshalb, weil gerade auf wirtschaftlichem Gebiet, und dann noch bei der NVA, man irgendwo doch ideologische Befrachtung des Themas fürchtete. Am Ende ... stand bei allen Teilnehmern ... fest, wirklich ein Erlebnis gehabt zu haben. Was die Analyse der Situation (West wie Ost) anging, so erlebten selbst die 5 Professoren auf der Seite West ... eine Lehrstunde von ihren Kollegen Ost. Eine derartige Offenheit in der Auslegung, aber auch bei der scharfen Analyse der daraus zu ziehenden Forderungen, wäre, so das einhellige Urteil, vielen West-*Verteidigern* zu wünschen.“²⁰

Nach dieser Beratung zu Himmelfahrt 1990 wurden die Bestrebungen nach einem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Bonner Grundgesetzes immer offensichtlicher. Die jetzt dominierende politische Klasse forcierte das Tempo, trotz Warnungen vieler real denkender Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Schon bald kam es zur sogenannten Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den beiden deutschen Staaten. Damit relativierten sich auch die im Mai in Dresden getroffenen Einschätzungen der MilitärökonomInnen beider Seiten. Hardliner meldeten sich auch unter den MilitärökonomInnen immer nachhaltiger zu Wort. Trotzdem war diese Mai-Veranstaltung an der Militärakademie *Friedrich Engels* der Ausgangspunkt für eine gedeihliche Zusammenarbeit vieler DDR-MilitärökonomInnen mit ihren Kollegen aus dem Westen. Nicht nur wir Dresdener profitierten davon. Die Gesellschaft Militärökonomie e. V. übernahm zum Beispiel die Sektion Militärökonomie an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Es entstand ein der Gesellschaft angeschlossenes Institut. Das sicherte nicht nur vielen Mitarbeitern für einige Jahre Lohn und Brot, es beförderte auch die vielschichtigen Konversions- und Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern. Als Vertreter des Interdisziplinären Wissenschaftsbereiches Sicherheitspolitik (IWBS), später der Dresdner Studiengemeinschafts Sicherheitspolitik e. V. (DSS), hielt ich enge Verbindung zu den Berliner MilitärökonomInnen, und es konnten einige beachtliche Vorhaben gemeinsam verwirklicht werden. Als nach der staatlichen Vereinigung die Abwicklungsprozesse im Osten abgeschlossen waren und im Westen zum Teil neue Einrichtungen, etwa das BIC Bonn International Center for Conversion, entstanden waren, änderten sich die Verhältnisse. Die Zusammenarbeit mit Vertretern der Gesellschaft für Militärökonomie e. V. hielt bis etwa 1994/95 an. Danach ver-

²⁰Ebenda, S. 3.

siegte sie, was auch an den inneren Zuständen dieses Vereins lag, die ein weiteres ersprießliches Mitarbeiten nicht mehr zuließen.

Schlussgedanken

Zwischen Herbst 1989 und Frühherbst 1990 gab es auch im Lehrstuhl Wirtschaftswissenschaften intensive Diskussionen und ständiger Neuerungen. Wir versuchten mit viel Engagement, den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht zu werden. Auf der einen Seite wollten wir weiter nach unseren politischen Grundüberzeugungen leben und arbeiten, auf der anderen Seite aber den politischen Umwälzungen Rechnung tragen, sie auf gewisse Weise mit vorantreiben. Viele Wochen schien das eine reale Möglichkeit zu sein. Auch ich habe mich damals aktiv eingebracht, innerhalb des Lehrstuhls und auch außerhalb, in verschiedenen militärökonomischen Gremien, in denen ich schon seit Jahren mitarbeitete. An den Runden Tischen zur Konversion habe ich versucht, theoretisch begründete Lösungsvorschläge einzubringen und umzusetzen. Vieles war damals für die mit Konversion befassten Politiker, Ökonomen und Wissenschaftler offensichtlich, drängte nach Verwirklichung und hätte, unabhängig von den konkreten politischen Machtverhältnissen, helfen können, den gesellschaftlichen Transformationsprozess zu befördern, ihn effektiver zu gestalten. Wertvolles Volksvermögen hätte für den anstehenden gesellschaftlichen Umbau erhalten werden können.

Natürlich hatten wir gelegentlich auch Zweifel, ob unser Bemühen zukunfts-trächtig ist und ob wir die richtigen Leute dazu wären. Bei mir nährten sich diese Bedenken ab Mitte 1990. Es gab ein Schlüsselerlebnis, das mich nachdenklich stimmte. Nach dem Besuch der Gesellschaft für Militärökonomie im Mai des Jahres an unserer Akademie wurden wir zu einem Gegenbesuch nach Leck in Schleswig-Holstein eingeladen, damals ein Standort der Bundeswehr-Luftwaffe. Anfang Juni hielt die Gesellschaft Militärökonomie dort ihre Jahresveranstaltung zu einem Thema der europäischen Vereinigung ab. An einem Abend wurden wir zum Sprotten-Essen an die Küste eingeladen. Ein Mitarbeiter auf der mittleren Führungsebene der Bundesverwaltung suchte das Gespräch mit mir. Er zeigte sich sehr verwundert über meine Vorstellungen, die ich am Vormittag über die Zukunft der Dresdener Militärakademie entwickelt hatte. Hinter vorgehaltener Hand deutete er an, dass seine Dienststellen schon seit Jahresbeginn daran arbeiten, die territoriale Wehrverwaltung für die bald größere Bunderepublik zu konzipieren und für die künftigen neuen Bundesländer schon Strukturen festgelegt worden wären. Heute wissen wir, dass sich die Bundesregierung bereits seit Februar 1990 zielgerichtet auf den Beitritt der DDR zur BRD vorbereitete, und zwar auf allen Gesellschaftsbereichen.

Möglicherweise habe ich damals noch nicht die gesamte Tragweite dieser expansionistischen Bestrebungen erkannt, vielleicht auch gedacht, dass eine zweite deutsche Armee auf einer einheitlichen Verwaltung möglich wäre, da es sich dabei um einen zivilen Bereich der öffentlichen Administration handelt. Vielleicht gingen wir auch davon aus, dass ja auf beiden Seiten verschiedene Varianten durchgespielt werden, von denen nur eine verwirklicht werden konnte. Noch am 19.07.1990 schreckte ja unser oberster Dienstherr nicht davor zurück, die Militärangehörigen der Militärakademie auf die neu installierte Staatsmacht zu vereidigen, ein Prozedere, das für Soldaten und Offiziere seit jeher einen hohen Symbolwert hatte.

Wie dem auch sei, wir setzten unsere Bemühungen fort, wenn auch das Engagement bei Manchem ein wenig nachließ. Wir wussten, in der Lehre konnten und durften wir nicht nur auf Sicht fahren, auch Fernziele mussten ins Auge gefasst werden, selbst wenn es nur eine geringe Chance gab, sie zu erreichen. Auch unsere Forschungsbemühungen stellten wir nicht ein. Im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten wollten wir politikbegleitend wirken – mit ehrlichen Absichten. Es taten sich ja viele neue Politikfelder auf, die wissenschaftlich wenig erschlossen waren. Es gelang uns sogar, die wohl letzte Publikation an der Militärakademie herauszubringen, zu einer Zeit als der ursprüngliche Lehrkörper schon nicht mehr existierte, die NVA sowie ihre Akademie längst aufgelöst waren und sich unsere einstige Lehrereinrichtung auf dem Weg der personellen und materiellen Abwicklung befand. Da es aber noch strukturelle Reste des einstigen Konversions-Institutes gab, fand sich eine Möglichkeit, die am 12.11.1990 fertiggestellte Schrift *Militärökonomie zwischen Konfrontation und Kooperation* drucken zu lassen, freilich nicht mehr mit dem Logo der Akademie und auf der Grundlage neuer Strukturen der wissenschaftlichen Arbeit. Neben Autoren unseres ehemaligen Lehrstuhls kamen J. Gerber, H. Einhorn, M. Ruck, M. Grundmann und Chr. Machon zu Wort.²¹

Heute bin ich froh, dass wir uns damals so aktiv verhielten. Es waren keine nutzlosen Sandkastenspiele, die veranstaltet wurden. Vieles, was damals erdacht worden ist, floss wenig später in Überlegungen ein, die auch in unserer Studiengemeinschaft angestellt wurden. Etliche ihrer Veranstaltungen und Publikationen beruhten auf Arbeitsergebnissen aus dieser Endzeit der Militärakademie. Da wir in diesen Monaten erstmals völlig frei von ideologischen

²¹ Oberst a. D. Prof Dr. sc. S. Schönherr, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Militärökonomie e. V., Arbeitskreis Sachsen (Hrsg.), *Militärökonomie zwischen Konfrontation und Kooperation*, Heft I, Dresden 1990.

Vorgaben und militärischen Beschränkungen tätig sein konnten, liest sich die eine oder andere Ausarbeitung oft interessanter und innovativer als manch frühere. Aus diesem Engagement in den Wende-Monaten leiteten wir nicht nur das moralische Recht und die selbstverständliche Pflicht zum kritischen und differenzierten Umgang mit unserer Vergangenheit als Offizier und Wissenschaftler ab, sondern auch die Verantwortung, weiterhin unseren Beitrag für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung zu leisten.

Rainer Böhme

Operative Lehre und Forschung an der Militäarakademie zwischen neuer Militärdoktrin und Militärreform (1987-1990).

Meine Erinnerungen an eine Militärwissenschaft im Umbruch

Das 25-jährige Jubiläum des Wirkens ehemaliger Wissenschaftler der DDR in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. veranlasst mich, mit ausreichend zeitlichem Abstand nüchtern meine vierjährige, äußerst ereignisreiche wissenschaftliche Tätigkeit an der Militäarakademie in den Blick zu nehmen, die schließlich zum Jahreschluss 1990 abrupt beendet wurde. Die wenigen Aufzeichnungen und Kalendernotizen aus einer fast vergilbten Ablage konnten dazu Erinnerungs- und Überlegungshilfe bieten. Titel und Untertitel dieses Beitrages verweisen auf die beiden Bedingungen, deren zufällige Gleichzeitigkeit die Situation prägten: das Zusammenfallen der gesellschaftlichen Umwälzungen Mitte der 1980er Jahre im Umfeld des Militärs mit meiner beruflichen Veränderung ab 1987 an die Militäarakademie, nach langjähriger Truppen- und Stabsdienst-Laufbahn. Zu meinem Erstaunen zeigten sich beim Schreiben viele Ähnlichkeiten zu aktuellen Entwicklungen, die meinen Respekt vor den wissenschaftlichen Leistungen im Operativen Denken an der Militäarakademie nur vergrößerten.

Wechsel zur Militäarakademie im Jahr der neuen Militärdoktrin 1987

Das Personalgespräch beim Chef des Militärbezirkes, Generalmajor Steger, im Frühjahr 1987 fiel in die Zeit der Vorbereitungen zur zweiseitigen Truppenübung mit der 1. und 11. Mot.-Schützen-Division. Anfang Oktober hatte ich die Funktion als Stellvertreter des Kommandeurs und Stabschef der 11. MSD übernommen. Das zweijährige Auslandsstudiums bis zum Sommer 1986 deutete auf eine weitere Fortsetzung dieses Weges hin; jedoch meine Laufbahn sollte in eine neue Richtung führen. Meine Überraschung konnte ich nicht verbergen. Mein Einsatz war ab Herbst als Führungskraft an der Militäarakademie *Friedrich Engels* vorgesehen. Die Aussicht, am Standort Dresden für die Familie einen neuen Lebensmittelpunkt zu finden, überlagerte in dem Moment die anderen Empfindungen. Mein Arbeitsfeld als akademischer Leh-

rer sollte im Fachgebiet Militärwissenschaft/Kriegskunst liegen. Ich sollte in der II. Sektion den Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst übernehmen.¹

Niemand konnte ahnen, dass sich die Vorzeichen für das Wirken der Nationalen Volksarmee der DDR bereits zwei Monate später mit der Deklaration der neuen Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages fundamental verändern sollten.² Der unveränderte politische Auftrag zur Bündnisverteidigung wurde in der Doktrin der Koalition vom Mai 1987 (im Weiteren Doktrin-87) neu orientiert auf strikte strategische Verteidigung und war auf Handlungen mit nur herkömmlichen (nichtnuklearen, konventionellen) Mitteln zu beschränken. Die aus einer neuen Militärdoktrin erwachsenden Umsetzungsaufgaben in die Lehre der Kriegskunst konnte ich im März jedenfalls noch nicht im Blick haben. In den Tagen bis zur Versetzung an die Militärakademie versuchte ich, mir die bevorstehende Aufgabe klarzumachen. Welche beruflichen Erfahrungen konnte ich einbringen? Welche persönlichen Stärken konnte ich nutzen? In welchen Richtungen sollte ich an meiner militärfachlichen, pädagogischen und Persönlichkeitsentwicklung arbeiten? Welche Forschungsschwerpunkte erwarteten mich?

Im Hinblick auf berufliche Erfahrungen als Offizier im Truppen- und Stabsdienst konnte ich im Sommer 1986 auf mein 25-jähriges Dienstjubiläum in der Nationalen Volksarmee zurückblicken. Zugleich hatte ich mit Abschluss des Auslandsstudiums einen weiteren akademischen Grad erworben.³ Aus der Hand von Marschall der Sowjetunion, S. F. Achromejew, erhielt ich Ende Juli 1986 das Diplom der Akademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR. Sehr bereichernd waren für mich der global-strategische Denkansatz

¹ Der Begriff Allgemeine Operative Kunst bezeichnet die Operative Kunst der allgemeinen Vereinigungen (Armeekorps, Armee, Front), die zugleich verbindliche allgemeine Grundlage für die Operative Kunst der Teilstreitkräfte, Spezialtruppen und Dienste bildet. Die Operative Kunst wird als ein Bestandteil der Kriegskunst angesehen, eingeordnet zwischen Strategie und Taktik. Siehe E. Jakob u. a., Katalog Ausgewählte Begriffe der marxistisch-leninistischen Militärwissenschaft, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1987, S. 42.

² Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 29. Mai 1987, in: Neues Deutschland vom 30./31.05.1987; siehe auch DSS-Arbeitspapiere, Heft 50/2001, Anl. 1.

³ Der erste akademische Grad, Diplom-Militärwissenschaftler, wurde mir 1975 in Dresden durch den Chef der Militärakademie *Friedrich Engels* verliehen. Das Diplom 1986 in Moskau wurde mir als zweiter akademische Grad, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, nach DDR-Recht, GBl. II, S. 122, durch den Minister für Nationale Verteidigung zuerkannt. Im russischen Original: квалификация офицера с высшим военным оперативно-стратегическим образованием (Offizier mit höchster militärischer operativ-strategischer Bildung).

des erfahrenen Lehrpersonals, die handwerklich solide Vermittlung und effiziente Aneignung der operativ-strategischen Kunst zur Führung und zu Einsatzmöglichkeiten der Streitkräfte. Die Bekanntschaft mit dem multinationalen Flair der Menschen an der Akademie und im Wohnumfeld, mit der Welt- und Kulturstadt Moskau, hatten tiefe Eindrücke bei meiner Frau und mir hinterlassen.

Prägend war die unmittelbare Atmosphäre des geistig-politischen Umbruchs zum Neuen Denken Gorbatschows, eingeschlossen dessen widersprüchliche Auswirkungen auf den Lehrkörper und die Lehrinhalte. Die Zweifel an der Führbarkeit eines Krieges im Atomzeitalter waren mir wohl bewusst geworden. Die Erreichung von Operationszielen durch vorbedachten, auch selektiven Kernwaffeneinsatz war illusorisch und musste ausgeschlossen werden. Die in Hinsicht der Kernwaffen einzige, jedoch ständige Aufgabe schien das Schaffen und Aufrechterhalten der Bereitschaft zur Antwort auf erfolgten gegnerischen Kernwaffeneinsatz, d. h. die Abschreckung, zu bleiben. Die philosophische Erkenntnis, dass mit Streitkräften und deren Gebrauch in einem künftigen großen Krieg keine politischen Ziele zu verwirklichen sind, hieß jedoch nicht im Umkehrschluss, auf Streitkräfte zu verzichten. Die Möglichkeiten anderer Akteure in der Welt zum Einsatz militärischer Gewalt unter Nutzung der verschiedenartigen Bekämpfungsmittel bewirkten das Recht und die Pflicht zur Präsenz einsatzfähiger Streitkräfte. Aus dieser Studienzeit waren mir Bestrebungen zum Paradigmenwechsel, hin zur militärstrategischen Verteidigung auf dem Westlichen Kriegsschauplatz, bereits bekannt, die operativ-strategische Verteidigung war in verschiedenen Varianten in der Theorie studiert, in der Gruppenarbeit geübt sowie während der Kommando-Stabsübung (im Weiteren Stabsübung) trainiert worden.

Die Umsetzungspraxis der Doktrin-87 erlebte ich beim Truppeneinsatz in der Nationalen Volksarmee. Vor meiner Versetzung 1984 nach Moskau waren mir als Stabschef die ausländischen Militärbeobachter bei der Divisionsübung mit Gefechtsschießen im Koalitionsbestand noch als Novum erschienen. Im September 1986 galten Beobachter-Teilnahme und eine gewisse Transparenz als Normalität, selbst bei der Durchführung einer Inspektion durch das Oberkommando der Vereinten Streitkräfte. Die überraschend durchgeführte Leistungsüberprüfung der Division traf mich als Double während der Funktionsübernahme des StKSC-11. MSD, und ich konnte die gewonnenen operativen Erfahrungen bei einer Stabsübung der Division mit Truppenteilen anwenden. Die Divisionsübung im April 1987 gab eine abschließende Empfehlung aus dem Truppendienst für die neue Tätigkeit. Die Zeit bis Mitte August war voll beansprucht mit Tagesaufgaben, sodass ich noch am Vortag der Verabschiedung aus der 11. MSD als Leitender einer Stabsübung deren Schluss-

auswertung vornahm und damit zugleich meine langjährige Truppendienstzeit abschloss.⁴

Die Auswirkungen der Doktrin-87 auf die Operative Ausbildung an der Akademie konnte ich mir in meinen Überlegungen nur ansatzweise vorstellen. Mein Informationsstand zum neuen Arbeitsplatz war zu gering und ich nahm mir vor, in einer Art Bestandaufnahme die Gegenstandsinhalte und Lehrunterlagen auf dem Gebiet der Operativen Kunst unter diesen Kriterien zu analysieren. Erst dann wären die dringlichen Aktivitäten in der Lehre und der erforderliche theoretische Erkenntnisgewinn für teilstreitkraft-übergreifendes Handeln unter den veränderten militärstrategischen Bedingungen auf dem DDR-Territorium zu ermitteln. Das konnte nur gelingen, wenn ich die Mitarbeiter im Lehrstuhl für diese Veränderungen gewinnen konnte, damit entsprechende Initiativen und Aktivitäten bereits im beginnenden Studienjahr zunehmend Wirkung zeigten.

Am 2. September, dem sogenannten Dresden-Tag der Militärakademie, wurde mir, im großen Auditorium, neben den beiden anderen zuversetzten Offizieren des Lehrstuhls und den vielen Studienanfängern zur Begrüßung sitzend, bewusst, dass die Anfangsschritte zum Hochschullehrer noch vor mir lagen. Zwei akademische Grade und eine langjährige Truppenpraxis konnten wohl ein Ausweis für die Personalentscheidung Lehrstuhlinhaber sein, der auch mein neuer Vorgesetzter, Generalmajor Manfred Zeh, Kommandeur der II. Sektion, zugestimmt hatte. Aber in diesem akademischen Umfeld zählten der pädagogische Qualifikationsnachweis, die Ergebnisse der Publikations- und Forschungstätigkeit und mindestens ein akademischer Titel. Meine Berufung in den Wissenschaftlichen Rat der Militärakademie änderte die Situation kaum. Die wissenschaftliche Akzeptanz musste über angestrengte Einarbeitung, fleißiges Publizieren, fachliche Kooperation und auch über wissenschaftliche Konkurrenzfähigkeit gefunden werden.

Der Chef der Militärakademie, Generalleutnant Manfred Gehmert, hatte mich beim Personalgespräch im Mai informiert, dass mich ein postgraduales zweijähriges Fernstudium Hochschulpädagogik⁵ und die Mitarbeit in einem zentralen Forschungsvorhaben der Vereinten Streitkräfte erwarten. Die Dimensi-

⁴ Kommando-Stabsübung der 11. MSD mit Führungsorganen der Truppenteile *Andante-87*.

⁵ Erst nachdem die Nachweise über die für eine Verleihung geforderten Leistungen in Forschung, Erziehung, Ausbildung und Weiterbildung, zum Beispiel eine Abschlussarbeit Hochschulpädagogik/-psychologie, erbracht waren, wurde 1989 die *Facultas Docendi* (Lehrbefähigung) für das Fachgebiet Militärwissenschaft/Kriegskunst erteilt.

on dieser Aufgaben war mir in dem Moment nicht bewusst. Der Umzug an den Standort Anfang November brachten Rückhalt und etwas Regelmäßigkeit, jedoch kaum Ruhe.

Stand der Operativen Ausbildung gemessen an der Doktrin-87

Zunächst hatte die Bestandsaufnahme zum Lehrgegenstand Priorität. Dabei verbot sich, eine Wertung mit wissenschaftlicher Beweiskraft oder streng logischem Vorgehen zu versuchen. Hier konnte nur die Kunst des politischen Verstandes und Gefühls zur Seite stehen, wie in vergleichbarer Situation schon Clausewitz zur Wahl des Begriffes Kunst anmerkte: „Hier verläßt also die Tätigkeit des Verstandes das Gebiet der strengen Wissenschaft, der Logik und Mathematik und wird im weiten Verstande des Wortes zur Kunst, d. h. zu der Fertigkeit, aus einer unübersehbaren Menge von Gegenständen und Verhältnissen die wichtigsten und entscheidenden durch den Takt des Urteils herauszufinden. Dieser Takt des Urteils besteht unstreitig mehr oder weniger in einer dunklen Vergleichung aller Größen und Verhältnisse, wodurch die entfernten und unwichtigen schneller beseitigt und die nächsten und wichtigsten schneller herausgefunden werden, als wenn dies auf dem Wege strenger Schlussfolge geschehen sollte.“⁶ Seit Entstehen der (sowjetischen) Militärwissenschaft war deren Zweig, Theorie der Kriegskunst,⁷ in die Bestandteile Theorie der Militärstrategie, Theorie der Operativen Kunst und Theorie der Taktik untergliedert.

Für die Taktik und die betreffenden Taktik-Lehrstühle in den Teilstreitkräften, Spezialtruppen und Diensten ergaben sich offensichtlich keine unmittelbaren größeren Veränderungen aus der Doktrin-87. Anders gestaltete sich die Lage in den übrigen Wissenschaftsbestandteilen der Kriegskunst.

Die Grundsätze der Militärstrategie der Führungsmacht der Koalition waren in der Vergangenheit an der Militärakademie aus der militärwissenschaftlichen Diskussion ausgespart. Aus diesem Blickwinkel waren Potenzial und Fähigkeiten der UdSSR als globale militärische Supermacht zu Land, zu Wasser, in der Luft und im Weltraum ausgeblendet. Zitierfähige Standardquelle blieb die

⁶ C. von Clausewitz, Vom Kriege, Berlin 1957, S. 702.

⁷ Die Theorie der Kriegskunst war definiert als „System von Kenntnissen über die Gesetzmäßigkeiten, den Inhalt und Charakter des Krieges sowie der Kriegführung, über die Methoden und Formen der Vorbereitung und Durchführung von Kampfhandlungen zu Lande, zur See und in der Luft in strategischen, operativen und taktischen Maßstäben ...“ (E. Jacob u. a., Katalog ..., a. a. O., S. 16 f.)

Militärstrategie von Sokolowski.⁸ Zur Charakterisierung der sowjetischen wie der US-amerikanischen Ansichten über Strategie vermerkte 1990 der Vorsitzende des US-Streitkräfteausschusses Senator S. Nunn sarkastisch, dass Militärstrategie bislang als die „Kunst definiert wurde, eine Gefahr zu suchen, sie überall zu finden, ungenau zu diagnostizieren und die falschen Heilmittel zu verschreiben“.⁹

Die Versuche der DDR-Führung zur schrittweisen öffentlichen Formulierung von Leitsätzen einer DDR-Militärdoktrin waren Mitte der 1960er Jahre von der obersten politischen Führung der UdSSR als Alleingang zurückgewiesen worden.¹⁰ Aus Bündnisloyalität und/oder Selbstbeschränkung wirkte der Verzicht auch in der Militärwissenschaft an der Militärakademie noch fort. Die Mobilmachungsprobleme wurden unverändert nationalzentriert bearbeitet. Ab Mitte der 1980er Jahre und seit Deklaration der neuen Doktrin-87 wurden die Debatten an der Militärakademie wieder aufgenommen. Aus den neuen militärdoktrinären Vorgaben an die DDR durch die UdSSR, und gestützt auf die sowjetischen Kriegsbildvorstellungen in Mitteleuropa, waren nun die operativ-strategischen und operativen Schlussfolgerungen für die Theorie der Operativen Kunst zu formulieren und in die Ausbildungsunterlagen einzuarbeiten. Erfahrungen lagen dazu nicht vor. Erst 1989 war der Boden dafür bereitet, dass der Chef der Militärakademie die nationale Militärdoktrin der DDR in den Rahmen der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages einordnete.¹¹

Die Einbindung der Nationalen Volksarmee in die Koalition der Staaten des Warschauer Vertrages war verbunden mit dem realen Führungsanspruch der sowjetischen Streitkräfte,¹² insbesondere auf der operativ-strategischen und

⁸ Siehe W. D. Sokolowski (Hrsg.), *Militärstrategie*, Berlin 1965.

⁹ Senator Sam Nunn, *Advokates New Military Strategie*, Nunn remarks of April 19, 1990 to the Senate, Washington 1990. Arbeitsübersetzung in: Senator Sam Nunn tritt für eine neue Militärstrategie ein, Nunn-Rede am 19.04.1990 vor dem Senat.

¹⁰ Ausführlicher bei W. Wünsche, *Sowjetische Militärdoktrin – DDR-Militärdoktrin – Landesverteidigung der DDR*, in: ders. (Hrsg.), *Rührt Euch! Zur Geschichte der NVA*, Berlin 1998.

¹¹ Siehe Eröffnungsvorlesung des Chefs der Militärakademie, Generalleutnant Gehmert, am 07.03.1989 vor dem 18. Akademischen Kurs leitender Offiziere der Nationalen Volksarmee und Grenztruppen der DDR vom 7. März bis 28. April 1989, und vor dem Lehrpersonal der Militärakademie, Notizen im Besitz des Autors (Lehrgangsteilnehmer).

¹² Gemeint ist die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), ab 1991 Gruppierung der Westgruppe der Truppen (WGT).

strategischen Ebene. Der zahlenmäßig geringe Anteil der Truppen (Kräfte) der Nationalen Volksarmee an der Streitkräfte-Gruppierung auf DDR-Territorium und im Ostsee-Raum gab Anlass und Berechtigung zu Informationsanfragen beim Vertreter des Oberkommandos der Vereinten Streitkräfte (Militäroberspezialisten) an der Militärakademie sowie beim Oberkommando der GSSD, um eine mit der Doktrin-87 passfähige Umsetzung für die Operative Kunst zu sichern. Das blieb im Wesentlichen ergebnislos. Mit Fallenlassen des militärstrategischen Prinzips, Zerschlagung des Aggressors auf dessen eigenem Territorium, und mit Präferenz für eine operativ-strategische Verteidigungsoperation war der mögliche Handlungsraum für operative Verbände sowie für operative und operativ-strategische Vereinigungen hinreichend neu umrissen.¹³

Die angebotene Operative Ausbildung, und damit der Lehr- und Forschungsgegenstand Operative Kunst, waren auszurichten und zu beschränken auf die möglichen militärischen Aufgaben für die Gruppierungen der Teilstreitkräfte der Nationalen Volksarmee auf DDR-Territorium/-Aquatorium. Die Zustandsanalyse bei Lehrunterlagen signalisierte einen Sofort-Handlungsbedarf, um für Absolventen-Lehrganggruppen den Ausbildungsstart zu sichern.

Operative Ausbildung unter dem Vorzeichen der Doktrin-87

In dieser Konsequenz war bereits im Juni, kurz nach Deklaration der Doktrin-87, die methodische operative Gruppenübung *Armeeangriffsoperation* abgesetzt worden, die im Lehrfach Allgemeine Operative Kunst geplant war. In den methodischen Gruppenübungen wurden Ablauf und Gegenstand der Entschlussfassung und Operationsplanung von den Lehroffizieren anhand bereits ausgearbeiteter möglicher Varianten demonstriert und in einzelnen Phasen geübt. Jedoch existierte unverändert, geografisch an der Staatsgrenze West und der Seegrenze der DDR, die unmittelbare Berührung mit den in der Bundesrepublik und im Ostsee-Raum dislozierten NATO-Streitkräfte-Gruppierungen. Daher waren zeitgleich auf Weisung des Chefs der Militärakademie die Entwurfsarbeiten für eine operative methodische Gruppenübung *Armeeverteidigungsoperation* angelaufen.

An der Ausarbeitung einer operativen methodischen Gruppenübung im Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst waren in der Regel beteiligt: Eine Arbeitsgruppe mit 3 bis 4 Offz. für die Idee der Gruppenübung; ständige Bearbeiter mit 1 bis 2 Offz. zur Koordinierung, Entgegennahme, Abstimmung der

¹³Operativ-strategische Vereinigung: Front; operative Vereinigung: Armee; operativer (auch operativ-taktischer) Verband: Armeekorps.

Beiträge und Einsatzvorschläge aus mehr als 20 Lehrstühlen aller Teilstreitkräfte, Spezialtruppen und Dienste; 2 bis 3 technische Kräfte für Kartenzeichnung und Dokumentenerstellung. Den aufwendigen Kartendruck (GVS) besorgte zuverlässig die hauseigene Polygraphie. Die Bestandsaufnahme im Lehrstuhl hatte gezeigt, dass die vorgesehenen Termine völlig überzogen wurden oder noch offen waren. Der Zustand war der zweimonatigen Sommerpause und der gedämpften Bereitschaft der zahlreich mitwirkenden Lehrstühle der Teilstreitkräfte, Spezialtruppen und Dienste geschuldet. Ausschlaggebend war allerdings, dass der federführende Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst zu Beginn des neuen Studienjahres einen Personalwechsel in Höhe von 30 Prozent verkraften musste.¹⁴ Die nach verkürztem Zeitplan fortgesetzte Fertigstellung wurde ermöglicht durch die ideenreichen produktiven Ausarbeiter. Die Nutzung der Gruppenübung ab Dezember 1987 war gesichert.¹⁵

Während bei operativen Gruppenübungen in der Vergangenheit nur fiktive Operationsräume und politische Grenzen auf vorhandenem topografischen Kartenmaterial abgebildet wurden, sollten sich die nun ausgewählten Räume mit dazugehörigen staatlich-administrativen Grenzen auf die Verteidigung des DDR-Territoriums/-Aquatoriums zurückführen lassen. Die Fachgruppe Militärgeographie des Lehrstuhls hatte für mögliche Handlungsräume die Lehrunterlagen zu überarbeiten und außerdem für die Lehrbasis Anschauungsmaterial zu fertigen.¹⁶ Parallel dazu setzte Oberst Rolf Krauspe seine fachspezifische Forschungsarbeit zu den historischen Grundlagen der militärgeografischen Wissenschaft fort, deren Ergebnisse in den Folgejahren in einer Schriftenreihe des Ministeriums für Nationale Verteidigung publiziert wurden.¹⁷

¹⁴Im Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst arbeiteten im Herbst 1987 die Fachgruppe Operative Kunst mit Oberst Dr. M. Weber, Oberstlttn. E. Bösa, Oberst G. Karsten, Oberstlttn. J. Och, Oberst G. Wagenführ; die Fachgruppe Akad. Kurs mit Oberst G. Müller, Oberst W. Baudisch; die Fachgruppe Militärgeographie mit Oberst R. Krauspe, Oberst W. Behr und die Zivilangestellten L. Lehmann und M. Brandau.

¹⁵Siehe W. Baudisch, R. Böhme, G. Müller, M. Weber, Methodische Gruppenübung-317, Erste Armeeverteidigungsoperation, Gesamtdokumentation (GVS), Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden, November 1987.

¹⁶Das ausgebaute Dachgeschoss im Block B (B-Boden) bot als Lehrbasis mit ca. 500 qm Platz für 2 bis 3 Offiziershörer-Gruppen und war als operative Führungsstelle vorbereitet.

¹⁷Siehe J. Holzhüter, R. Krauspe, H.-U. Suthau, H. Zimmermann, Zu theoretischen Fragen der Militärgeographie, in: Schriftenreihe Militärgeographie, Heft I, MfNV 1988; sowie R. Krauspe,

Genauso dringlich erwies es sich, für die Studien- und Lehrganggruppen inhaltlich aktuelles Studienmaterial bereitzustellen. Traditionell standen an der Militärakademie für die Fachgebiete Operative Kunst und Militärgeographie, wie auch für Militärstrategie, keine deutschsprachigen Lehrbücher zur Verfügung. Das von Anfang der 1980er Jahre stammende Studienmaterial zu den Armeeeoperationen behandelte überwiegend die Angriffsoperation. Unter Heranziehung meiner mittels Kuriersendung zu mir gelangten russischen Studienaufzeichnungen entstand ein doktrin-adäquates Studienmaterial der Militärakademie zu den *Grundlagen der Armeeeoperationen*.¹⁸ Nach intensiver interner Beratung im Lehrstuhl, redaktioneller Vorbereitung und Druck, lag dieses ab Februar 1988 zur Aus- und Weiterbildung bereit. In gleicher Weise konnte Anfang 1989 unter dem Titel, *Grundlagen der Führung der Armee und der Vorbereitung von Armeeeoperationen*, ein Studienmaterial publiziert werden.¹⁹

Schließlich erschien im Januar 1990 ein Studienmaterial der Militärakademie, das in Erinnerung an den Hinweis von Clausewitz entstand: „Historische Beispiele machen alles klar und haben nebenher in Erfahrungswissenschaften die beste Beweiskraft. Mehr als irgendwo ist dies in der Kriegskunst der Fall.“²⁰ Der Lehrstuhl Geschichte der Kriege und der Kriegskunst an der Akademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR hatte ein gründlich überarbeitetes Lehrbuch zur Entwicklung der Strategie und der Operativen Kunst im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegsperiode vorgelegt. Darin war, wesentlich breiter als in vergleichbaren Abhandlungen bisher üblich, der Zusammenhang von strategischer und operativer Verteidigung anhand historischer Beispiele in analytischer Methode herausgearbeitet worden. Die auszugsweise Erschließung des Lehrbuches sollte insbesondere zur operativen Weiterbildung des Lehrpersonals genutzt werden. In Gestalt einer gekürzten und bearbeiteten Übersetzung aus dem Russischen erfasste das Studienmaterial der Militärakademie dabei den Lehrbuchabschnitt *Verteidigung* vollstän-

Entwicklung und Bedeutung der Militärgeographie in der Kriegskunst, Teil 1 und 2 ..., a. a. O., Heft II/1 und II/2, MfNV 1989.

¹⁸Siehe R. Böhme, *Grundlagen der Armeeeoperationen*, Studienmaterial Allgemeine Operative Kunst (GVS), Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1988.

¹⁹Siehe R. Böhme, M. Weber, *Grundlagen der Führung der Armee und der Vorbereitung von Armeeeoperationen*, Studienmaterial Allgemeine Operative Kunst (GVS), Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden, Januar 1989.

²⁰C. von Clausewitz, *Vom Kriege* ..., a. a. O., S. 145.

dig.²¹ Der von den Philosophen des Hauses ausgelöste Diskurs zu Frieden, Krieg, Streitkräfte war, jedenfalls im Hintergrund und teilweise, im Lehrstuhl angekommen.

Anfang 1988 verlangte der Chef der Militärakademie die Ausarbeitung einer operativ-strategischen Idee für die Verteidigung auf dem DDR-Gesamt-Territorium. Diese Rahmen-Idee sollte den militärpolitischen Grundsätzen der Doktrin-87 folgen. Sämtliche Teilstreitkräfte, Spezialtruppen und Dienste waren einzubeziehen, um einen operativ-strategischen Masterplan für nachfolgend auszuarbeitende Übungsunterlagen in den Sektionen der Militärakademie zu besitzen. Die Vorgabe war, einen annähernd realistischen Kräfteansatz der gegenüberstehenden Seiten abzubilden, aber zugleich einen erwünschten und gebotenen Identitätsabstand zur geheimen Einsatzplanung zu wahren. Dies kam angesichts des tatsächlich begrenzten Handlungsraumes mit dem allseits bekannten militärischen Potenzial einer Quadratur des Kreises nahe. Im Klartext war die Erarbeitung einer sehr umfangreichen Dokumentation, *Idee und Erläuterungen für die Erste Frontverteidigungsoperation*, zu leisten. Mit erheblich größerem Aufwand als bei der methodischen Gruppenübung, bei zeitlichem Limit bis Juni 1988, wurde diese Aufgabe erfüllt.²² Auf dieser bestätigten Idee basierte bereits ein nachfolgendes Modul der Operativen Ausbildung. Die methodische Gruppenübung *Erste Armeeeoperation* wurde im Sommer 1988 mit dem üblichen Aufwand erarbeitet und im November bestätigt.²³

Für die Ideenfindung von Übungslagen erwies sich als vorteilhaft, dem Prinzip der Verbindung von Theorie und Praxis zu folgen. Die Gelegenheiten re-

²¹Siehe R. Böhme (Bearb. u. Übers.), Die Entwicklung der sowjetischen Operativen Kunst im Großen Vaterländischen Krieg, Studienmaterial Allgemeine Operative Kunst, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden, Redaktionsschluss 26.01.1990. Titel der Originalausgabe: Военное искусство во второй мировой войны и в послевоенной период (Стратегия и оперативное искусство), учебник для слушателей Военной академии Генерального штаба, Москва 1985. Übersetzung des Sachtitels: Die Kriegskunst im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegsperiode (Strategie und Operative Kunst), Lehrbuch für Hörer der Militärakademie des Generalstabes, Kapitel II, S. 211-286, Moskau 1985.

²²Siehe W. Baudisch, R. Böhme, G. Müller, Idee und Erläuterungen für die Erste Frontverteidigungsoperation, Gesamtdokumentation (GVS), Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden, Juni 1988.

²³Siehe W. Baudisch, R. Böhme, G. Müller, M. Weber, Methodische Gruppenübung 311, Erste Armeeeoperation, Gesamtdokumentation (GVS), Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden, November 1988.

regelmäßiger Teilnahme an der operativen Übungspraxis²⁴ der Truppen und Stäbe sowie an Maßnahmen zur Weiterbildung der Führungskräfte²⁵ mussten trotz des hohen akademischen Arbeitspensums genutzt werden.

Forschung und Publikation im Licht der Doktrin-87 und der Ethik

Die Führung der Militärakademie hatte im Rahmen eines laufenden zentralen Forschungsvorhabens den Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst in die Lösung einer Teilaufgabe eingebunden. Die Doktrin-87 bewirkte im Januar 1988 eine Arbeitspause, gefolgt von einer Themenänderung. Zu diesem Zweck wurden die Arbeitsthemen präzisiert. Nutzbare Teilergebnisse wurden als Studie an der Militärakademie publiziert. Die Betreuung der in die Teilaufgabe einbezogenen Aspiranten des Lehrstuhls wurde neu organisiert. Die im Licht der Doktrin-87 obsolet gewordene Themengliederung wurde im September 1988 durch Festlegung unterschiedlicher strategischer Varianten bearbeitungsfähig gehalten, bevor die Arbeit nach meiner Erinnerung Anfang 1990 eingestellt wurde.

Der kurze Zeitabstand zum veröffentlichten militärpolitischen Strategiewechsel (Doktrin-87) ließ in der Folgezeit breite Interpretationen über dessen strategische und operativ-strategische Umsetzung durch die Koalitionsstreitkräfte auf DDR-Territorium zu. Der gewünschte Erfahrungsaustausch mit den Militärs der Bündnispartner gestaltete sich für die Militärakademie schwerfällig, besonders aus Geheimhaltungsgründen. Die kompetenten und erfahrenen operativen Führungskräfte in den Gruppierungen der Koalitionsstreitkräfte waren zur selben Zeit enorm belastet. Die operative Einsatzplanung musste mehrfach komplett überarbeitet werden, bei streng limitiertem personellen Bestand, knappen Zeitvorgaben sowie der Forderung nach gedeckter Erarbeitung.²⁶

²⁴Zum Beispiel die Teilnahme an der Armee-Kommando-Stabsübung *Sewer-88* mit dem Kommando Militärbezirk V, Februar 1988, als Vertreter des Leitungsstabes beim Stellvertreter des Chefs und Chef des Stabes MB V sowie die regelmäßige Teilnahme an dem operativ-strategischen Stabstraining *ST-88* vom 18. - 22.01.1988 sowie *ST-89* vom 25. - 29.01.1989 im Ministerium für Nationale Verteidigung.

²⁵Dazu gehörte meine Teilnahme am 18. Akademischen Kurs Leitender Offiziere vom 07.03. - 28.04.1989 an der Militärakademie *Friedrich Engels*.

²⁶Siehe dazu H.-G. Löffler, Soldat im Kalten Krieg, Erinnerungen 1955-1990, in: Dermot Bradley (Hrsg.), Soldatenschicksale des 20. Jahrhunderts als Geschichtsquelle, Bd. 10, Bissendorf 2002; ausführlicher bei S. Lautsch, Kriegsschauplatz Deutschland, Erfahrungen und

Zur direkten Nutzung der Erfahrungen der Bündnispartner gehörten Übersetzungen aktueller Fachtexte aus dem Russischen und deren interne Publikation in deutscher Sprache für die Militärakademie.²⁷ Einladungen für den Lehrstuhl zur Teilnahme an Militärdelegationen²⁸ ins Ausland oder zu Konsultationen/Konferenzen bei Bündnispartnern waren die Ausnahme.²⁹

Die Ergebnisse aus der Operativen Ausbildung und Forschung wurden schrittweise publiziert.³⁰ Deutlich nahmen 1988 Anfragen aus der Chefredaktion *Militärwesen* zu, die über externe Publikationen (meist in Russisch) Stellungnahmen, Empfehlungen, Verwendungsvorschläge einholte. Regelmäßig landeten diese Schreiben auf meinem Tisch und machten zeitaufwendige Recherchen notwendig. Zur Gegnereinschätzung standen uns oft der benachbarte Lehrstuhl und dessen Leiter, Oberst Prof. Dr. Eberhard Arnold, mit sachkundigem Rat zur Seite. In russischsprachigen Publikationen konnten eigene Beiträge zur Militärgeographie gar nicht und zur Operativen Kunst nur selten untergebracht werden. Die Ausnahme aufgrund ministerieller Themenvorgabe, *Erste Verteidigungsoperation* (in Russisch), war ein Beitrag für den Sammelband des Stabes der Vereinten Streitkräfte zum Abgabetermin Mai 1988. Kurios war,

Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (Hrsg.), Potsdam 2013.

²⁷Siehe R. Böhme, Stellungnahme/Verwendungsempfehlung zur militärtheoretischen Arbeit unter Redaktion von Armeegeneral Gribkow, Die Führung von Vereinigungen im Koalitionsbestand in Operationen, Militärakademie *Friedrich Engels*, Dresden 1988. Deutsche Kopie im Besitz des Autors. Originaltitel: Управление коалиционными объединениями в операциях, Военно-теоретический труд под редакцией Генерала армии А. И. Грибкова, Москва 1987.

²⁸Der Autor gehörte im Mai 1989 zur NVA-Militärdelegation, die nach Moskau an die Akademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR reiste und unter Leitung von Generalleutnant M. Gehmert einen Arbeitsbesuch absolvierte. Konsultationsgegenstand bezüglich der operativ-strategischen, teilstreitkraft-übergreifenden Umsetzung der Doktrin-87 waren u. a. das Kriegsbild und strategisch-operative militärische Entwicklungen auf dem Westlichen Kriegsschauplatz.

²⁹Zum Beispiel die Teilnahme von Oberst W. Gutsche und Oberst R. Böhme an einer internationalen Konferenz *Führungssysteme* des Generalstabes der Streitkräfte der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom 24. - 26.10.1988 in Prag.

³⁰Siehe R. Böhme, G. Karsten, Studie zur Bekämpfung (Desorganisation) neuer Waffen- u. Aufklärungssysteme, Systeme der Führung und des Funkelektronischen Kampfes, Schriften der Militärakademie, Heft 264/1989 (VVS); R. Böhme, Deckungstruppen noch aktuell?, in: *Militärwesen* (VVS), Heft 07/1989.

dass bereits vor meiner Versetzung an die Militärakademie die angeforderte namentliche Meldung, mich als Autor benannte.³¹

Die Politiker-Forderung nach grenznaher Verteidigung und standhaftem Halten des bevölkerungsreichen Territoriums, die anlässlich eines Besuchs in einer operativ-strategischen Übungslage (mit drohendem, tiefem Einbruch in die Verteidigung bis an die Oder) publik wurde, machte die Entwicklung operativer Planungskonzepte im Koalitionsbestand nicht einfacher. Heftig wurden an der Militärakademie weitere brisante Fragestellungen der Operativen Kunst diskutiert, zum Beispiel die Gedecktheit der Herstellung eines höheren operativen Bereitschaftsgrades der Truppen (Kräfte); die Funktion und Aufgaben von Deckungstruppen grenznah auf eigenem Territorium; die Reaktion auf Überraschungshandlungen in der Grenzzone; die Rolle von (taktischen) Gegenangriffen und (operativen) Gegenschlägen; die Methoden der Zerschlagung eingebrochener Kräfte des Gegners auf industrialisiertem und urbanem, dicht besiedeltem DDR-Territorium sowie die Berechtigung zur Planung der Angriffsoperation.

Der bevorstehende Abschluss des Fernstudiums Hochschulpädagogik gab mir Gelegenheit, in der Abschlussarbeit Positionen zu ethischen Fragestellungen an die Operative Kunst aus der Doktrin-87 aufzuwerfen und meine Positionen im Abschluss-Kolloquium,³² kurz nach meiner Rückkehr vom Arbeitsbesuch in Moskau, zu verteidigen. In der Operativen Ausbildung sollten nach meiner Auffassung auch die ethischen Aspekte beim operativen Handeln deutlich hervorgehoben und erörtert werden. Diese Forderung kann wohl unverändert in die Gegenwart und Zukunft übertragen werden. Eine Führungsentscheidung bürdet dem Vorgesetzten unmittelbar auch moralische Verantwortung für seinen Entschluss auf.³³

³¹Siehe R. Böhme, Подготовка Первой Армейской Оборонительной Операции, Сборник Штаба Объединённых Вооружённых Сил, Москва, Übersetzung des Sachtitels: Die Vorbereitung der Ersten Armeeverteidigungsoperation (VVS), Redaktion Mai 1988, in: Sammelband des Stabes der Vereinten Streitkräfte, Moskau, Heft 38/1989.

³²Das Abschluss-Kolloquium Hochschulpädagogik fand am 28. Mai 1989 statt, vorbereitet vom Lehrstuhl Militärpädagogik/-psychologie der I. Sektion der Militärakademie.

³³Siehe R. Böhme, Schlussfolgerungen, die sich aus der sozialistischen Militärdoktrin für die moralische Erziehung der Offiziershörer in den Ausbildungsfächern 201.43 und 201.48 (Allgemeine Operative Kunst und Militärgeographie) ableiten, Abschlussarbeit im postgradualen Fernstudium Hochschulpädagogik 1988/89, Militärakademie *Friedrich Engels*, Sektion Landstreitkräfte, Dresden 28. Februar 1989, 29 S.

Beispielsweise machte es die Auswahl der gedeckten Handlungsmethode bei der Erhöhung des operativen Bereitschaftsgrades der Truppen (Kräfte) erforderlich, vorher die zu erwartenden Reaktionen des Gegner (beim möglichen Misslingen der Gedecktheit) abzuwägen, besonders hinsichtlich der eigenen Deeskalationsziele (Konfliktverhütung bzw. -verhinderung). Zu berücksichtigen war: Für eine Eskalation genügte auch die Handlung einer Seite. Die Deeskalation war viel schwieriger zu erreichen, nur mittels Verhandlung sowie erforderlichen Kompromisses zwischen mehreren Seiten.

Die Operative Ausbildung sollte die Offiziere auch befähigen, Antworten zur Ziel-Mittel-Dialektik zu finden. Dazu gehörte die ethisch verantwortbare Auswahl und der angemessene Einsatz der nichtnuklearen, konventionellen Bekämpfungsmittel, d. h. der Waffeneinsatz bei vorheriger Abwägung dessen letaler Folgen und eine mögliche, vielgestaltige Schadensbegrenzung. Das Suchen nach Antworten erschien in der operativen Führungsebene zumindest ungewöhnlich. Diese Problemstellung war dabei für den Offizier keineswegs neu. Jeder Soldat, der zum Wachdienst vorbereitet wird, erhält eine umfangreiche Instruktion zum Schusswaffengebrauch. Er lernt dabei auch moralische Verhaltensnormen, zum Beispiel wann er die Waffe nicht oder nicht mehr einsetzen darf, weil es nicht mehr der Lage angemessen ist oder über die Zielstellung hinausreicht.

Hochgestellte Ansprüche zwecks wünschenswerter grenznaher Konflikteindämmung dominierten die Deckungstruppen-Diskussion. Im sachlichen und moralischen Widerstreit dazu standen die Versuche, mit kräftemäßig schwachen, das Verlustrisiko niedrig haltenden Gefechtsvorposten im Deckungsabschnitt (-streifen) diese schwierigen operativ-taktischen Aufgaben lösen zu wollen.

Frühere Vorstellungen über einen begrenzten Kernwaffeneinsatz mussten durch die operativen Planer und Entscheider aus Sicht der Verantwortung für die Verhinderung eines nuklearen Infernos konsequent neu bewertet werden.

Auch die Frage vom Verhältnis zwischen Verteidigung und Angriff bekam für die Formulierung der Operationsziele eine ethische Dimension. War mit der Zerschlagung der auf das Staatsterritorium vorgedrungenen Kräfte oder eingebrochenen Truppen des Aggressors und der Einnahme des verloren gegangenen Territoriums die Zielstellung Abwehr erfüllt? Oder bedurfte es tiefer liegender Angriffsziele der operativen Gruppierung? Der von Wissenschaftlern der Militärakademie ausgelöste philosophische Diskurs zu Frieden, Krieg, Streitkräfte zeigte Wirkungen im Lehrstuhl.

Wissenschaftliche Konferenz bei schon offener Grenze

Eine Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Arbeit des Lehrstuhls in Folge der Doktrin-87 sollte im November 1989 auf einer offenen wissenschaftlichen Konferenz des Lehrstuhls Allgemeine Operative Kunst zu Problemen der Armeeverteidigungsoperation gezogen werden, deren Organisation und breiter Teilnehmerkreis ein Novum für die Operative Ausbildung an der Militärakademie darstellten. Die Konferenzvorbereitung, obwohl langfristig begonnen, blieb nicht unbeeinflusst von der aktuellen gesellschaftspolitischen Lageentwicklung im Oktober/November. Die angeregten Gespräche im Lehrstuhl standen unter dem Einfluss des Geschehens auf Dresdens Straßen. Mit Sicherheit war davon auszugehen, dass auch eingeladene Konferenzteilnehmer ihr Visum zum besuchsweisen Verlassen der DDR bereits beantragt und genutzt hatten. Der Ministerwechsel in Strausberg und die ersten knappen Informationen zu einer Militärreform für einen erneuerten Sozialismus weckten Erwartungen. Eine zukünftige radikale Armeereform war zu der Zeit kein Thema für Teilnehmergespräche. Eine latente Beunruhigung war zu spüren, die aus den Oktober-Ereignissen am Hauptbahnhof Dresden, dem beginnenden Machtverlust der Regierung im Inland und dem offensichtlichen Machtwechsel in Polen gespeist wurde. An den Vorbereitungen konnte ich bis Anfang Oktober nur auf Distanz teilnehmen, da ich ab Ende Juli gesundheitsbedingt nicht im Dienst war. Die Führung der II. Sektion bestärkte uns, an der Konferenz am 23. November 1989 festzuhalten.³⁴ Ein Konferenzreferat gab am Beginn klare Fakten für die Analyse und Bewertung der jenseits der Grenzen stehenden NATO-Streitkräftegruppierung, ohne ein ideologisch verbrämtes Feindbild zu bemühen.³⁵ Unsere militärische, operativ-strategische Lagebeurteilung war deutlich auf einen militärischen Gegner gerichtet, die Bedeutungsunterschiede zur sozialen Gegnerschaft und zum Feind-Begriff waren stets unausgesprochen bewusst. Ohnehin führte die bereits abschwellende politisch-ideologische Systemauseinandersetzung zur Versachlichung

³⁴Die Konferenz wurde durch den Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst vorbereitet. An der regen Diskussion beteiligten sich u. a. der Kommandeur der II. Sektion, dessen beide Stellvertreter und der Vertreter der Vereinten Streitkräfte an der Militärakademie. Zu den Teilnehmern der Konferenz gehörten ca. 40 Offiziere. Darunter waren der Stellvertreter des Chefs der Politischen Verwaltung MB-III; die Leiter der Abteilung Operativ im Kommando der Landstreitkräfte und im Kommando des Militärbezirkes III; die Leiter der Profil-Lehrstühle der II., III. und IV. Sektion der Militärakademie, der Sektion Militärtransportwesen der Verkehrshochschule, des Militärwissenschaftlichen Institutes der NVA, des Institutes für Automatisierung der Truppenführung sowie der Offiziershochschule der Landstreitkräfte.

³⁵Das Referat hielt Oberst Dr. Gerd Waldenburger.

des Bildes von diesem militärischen Gegner. Der heftige interne Meinungsstreit zum Feindbild beim Professorengespräch im Oktober wurde über jene Gesprächsrunde hinaus nicht offen an der Militärakademie ausgetragen. Erst im Februar 1990 flammte die Diskussion akademieweit auf.³⁶ Das Wissen um den bisher unveränderten Schutzauftrag für die Nationale Volksarmee dominierte den Inhalt der Konferenz. Im Hauptreferat und in den Diskussionsbeiträgen wurden Problemstellungen aus der veränderten Doktrin-87 benannt und mögliche Lösungswege in Lehre und Forschung skizziert. Zudem ließen sich die Teilnehmer auf eine künftig engere Zusammenarbeit einstimmen.

Mitarbeit im Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit

Die im Dezember 1989 angestoßene Militärreform zeigte zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Arbeit im Lehrstuhl. Unser Wissen über die sicherheitspolitischen Reformbestrebungen war geprägt durch die knappen Informationen der öffentlichen Medien über den Runden Tisch *Militärreform*. Anfang Februar 1990 forderte mich der Sektionskommandeur auf, meine Tagesaufgaben an Oberst Dr. Manfred Weber zu übergeben. Der Chef der Militärakademie, Generalleutnant Prof. Dr. Hans Süß, übertrug mir die Leitung einer interdisziplinären zeitweiligen Arbeitsgruppe, die konzeptionelle Arbeiten zum Problem *Umwelt und Streitkräfte* leisten sollte. Die Aussicht, meine außerplanmäßige Aspirantur mit einer wissenschaftlichen Arbeit zur Operativen Kunst abzuschließen, schien zu schwinden. Das Ziel war, ein konkretes Angebot für den zu erwartenden Ausbildungsbedarf zu ökologischen Aspekten in den Streitkräften vorzubereiten. Das an der Militärakademie vorhandene wissenschaftliche Potenzial sollte sinnvoll, d. h. im Sinne personeller Konversion, genutzt werden. Das Projekt wurde sehr befördert durch meine Teilnahme am Arbeitsbesuch einer kleinen Delegation³⁷ der Militärakademie an der Bundesakademie für Wehrverwaltung/Wehrtechnik Anfang Juli 1990 in Mannheim. Die dort vorgestellten mehrjährigen Erfahrungen in der Lehre zum Thema, *Umweltschutz und Bundeswehr*, erlaubten erheblichen Arbeitsfortschritt bei der etwa zehnköpfigen zeitweiligen Arbeitsgruppe in Dresden. Noch Anfang August 1990 reichte ich das angeforderte Konzept, *Lehrstuhl Ökologie und Streitkräfte (Militärökologie)*, beim Chef der Militärakademie ein, obwohl eine zeitnahe Bestätigung aufgrund der politischen Dynamik

³⁶Siehe W. Scheler, L. Glaß, K. Götze, Nicht Feind, nicht Gegner, sondern Partner, Faltblatt, Militärakademie Dresden, 16.02.1990, auch in: Volksarmee, 04/1990, 09/1990.

³⁷Teilnehmer am dreitägigen Arbeitsbesuch an der BAK-WVWT in Mannheim Anfang Juli 1990 waren Generalleutnant Prof. Dr. Süß; Oberst Prof. Dr. Hocke; Oberst Prof. Dr. Picard; Oberst Prof. Dr. Kürbis; Oberst Prof. Dr. Fiedler; Oberst Dr. Lehmann und Oberst Böhme.

zu diesem Zeitpunkt eher unwahrscheinlich schien. Ende September 1990 endete dann für die Mehrzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter der zeitweiligen Arbeitsgruppe der Dienst in den Streitkräften.³⁸

Die intensive und konstruktive Mitarbeit der Wissenschaftler in Uniform bei der Erarbeitung der *Militärpolitischen Leitsätze der DDR*³⁹ und deren Beitrag im Ringen um inhaltliche Details einer Sicherheitskonzeption für die DDR waren bei den Meisten an der Militärakademie nicht bekannt, und bei mir unterbelichtet geblieben. Mit diesen Autoren sollte ich in engeren Arbeitskontakt kommen, als ich aufgefordert wurde, auch im neuen, außerstrukturmäßigen Interdisziplinären Wissenschaftsbereich Sicherheit (IWBS) mitzuarbeiten. Die Arbeitsgruppen des IWBS gingen Anfang März 1990 bezüglich der Konsequenzen für die Nationalen Volksarmee von zwei Grundvarianten der Vereinigung aus: Vereinigung von zwei souveränen Staaten oder Anschluss der DDR an die Bundesrepublik.⁴⁰ Grundlegende Prämissen waren durch das Neue Denken über Frieden, Krieg, Streitkräfte gesetzt. Mit Konstituierung des IWBS am 16. Februar 1990 erhielt ich in einer der drei Arbeitsgruppen, benannt als *Kooperative Sicherheit*, unter Leitung von Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, meinen Arbeitsauftrag in Form einer vorbereitenden Literaturstudie.⁴¹ Sowohl grundlegende nationale und internationale Quellen als auch aktuelle waren zu sichten und bis Mitte März zu analysieren. Im Ergebnis gemeinsamer intensiver Beratung und Ausarbeitung wurde Anfang Mai 1990 ein IWBS-Beitrag publiziert,⁴² der unsere Vorstellungen über denkbare kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa abbildete.

³⁸Siehe R. Böhme, Ökologie und Streitkräfte, ein Rückblick auf 1990/91, Konzeptionelle Arbeiten an der Militärakademie zu einer möglichen Entwicklungsrichtung in Lehre und Forschung, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009, S. 275-280.

³⁹Siehe Militärpolitische Leitsätze der DDR, in: ebenda, Heft 50/2001, S. 175 ff.

⁴⁰Siehe E. Hocke, E. Jakob, K. Kulisch, H. Pukrop, W. Scheler, S. Schönherr, Arbeitspapier vom 12.03.1990 zu den Rahmenbedingungen des Prozesses der Annäherung und Vereinigung von BRD und DDR, in: Militärakademie *Friedrich Engels*, IWBS Arbeitspapiere, Heft 02/1990, S. 5-15.

⁴¹Siehe R. Böhme, Vorschläge und Konzepte zur Entwicklung kooperativer Sicherheitsstrukturen in Europa (Literaturstudie), ebenda, S. 53-86.

⁴²Siehe R. Lehmann, E. Arnold, R. Böhme, E. Hocke, J. Klopfer, Kooperative Sicherheitsstrukturen in Europa, Thesen; in: Militärakademie *Friedrich Engels*, IWBS, Arbeitspapiere, Heft 01/1990, Dresden 1990, S. 81-99.

Zweifel an der Aktualität der Militärwissenschaft und Kriegskunst

Mitte März 1990 publizierte parallel dazu Oberst Prof. Dr. Horst Pukrop, IWBS-Arbeitsgruppe *Auftrag und Funktion der Streitkräfte*, erste Vorstellungen über ein neues Verständnis der Militärwissenschaft.⁴³ Gerade mit der Doktrin-87 fielen die großen Widersprüche zu Ansichten der sozialistischen (auch marxistisch-leninistischen oder sowjetischen) Militärwissenschaft ins Auge. Die bisherige polemisch genutzte Auseinandersetzung mit Ansichten einer bürgerlichen Militärwissenschaft war im deutsch-deutschen Dialog gegenstandslos und unbrauchbar geworden. Schon 1977 war in einer Festschrift der Universität Münster, seinerzeit mit einem Lehrstuhl Militärgeschichte und Wehrwissenschaft ausgestattet, zu lesen: „Hier im ‚bürgerlichen‘ Lager also, fehlt aber überhaupt jegliche Möglichkeit, die Militärgeschichte in die Militärwissenschaft einzubauen, denn dieser letztere Begriff existiert für den Westen im Grunde gar nicht.“⁴⁴

Einerseits fand die These über die Nichtführbarkeit von Kernwaffenkriegen bei den Politikern breiteste Anerkennung. Beide militärischen Bündnisssysteme erkannten die Kriegsverhinderung als oberstes Prinzip ihrer Sicherheitspolitik an. Andererseits war deren Verwirklichung auf eine Abhalte- oder Abschreckungs-Strategie gestützt, die eine Kriegsführungsfähigkeit einschloss. Diese Erkenntnis der Nichtführbarkeit war durch Wissenschaftler auch darüber hinaus auf jeden konventionellen Krieg in den hochindustrialisierten europäischen Staaten erweitert worden; aber dies war nicht unumstritten.⁴⁵ Auch die Hamburger Konferenz, *Vermundbarkeit der Industrielandschaft Europa*, vom 22. Bis 24.06.1990 war nach meiner Erinnerung von diesem Meinungsstreit geprägt. Die Konferenz war paritätisch mit Teilnehmern aus beiden deut-

⁴³Siehe H. Pukrop, Vorstellungen vom 23.03.1990 über ein neues Verständnis der Militärwissenschaft (überarbeitete Fassung), in: Zu den allgemeinen Grundlagen der Militärwissenschaft, Aus dem Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz vom 26. April 1990, Schriften der Militärakademie, Heft 267/1990, S. 8-15; überarbeitet im Mai 1990, in: Militärakademie *Friedrich Engels*, IWBS, Arbeitspapiere, Heft. 01/1990, S. 32-41.

⁴⁴J. Ch. v. Allmayer-Beck, Ist Militärgeschichte heute noch zeitgemäß?, in Reihe Studien zur Militärgeschichte, Militärwissenschaft und Konfliktforschung, Bd. 15, D. Bradley, U. Marwedel (Hrsg.), Eine Festschrift für W. Hahlweg, Osnabrück 1977, S. 12.

⁴⁵Siehe Beiträge namhafter Wissenschaftler auf dem Nationalen Friedenskongress der Wissenschaftler der DDR vom 25.-26.11.1988, in: Wege aus dem Wettrüsten, Für Frieden und Sicherheit in Europa und für die Zukunft der Welt, Wissenschaftlicher Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Dokumentation, Teil I, Berlin 1988.

schen Staaten besetzt, darunter war eine starke Delegation der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Nationalen Volksarmee unter Leitung von Generalmajor Prof. Dr. R. Lehmann.

Die sozialistische Militärwissenschaft konnte mit ihrem Gegenstand, der gesellschaftlichen Erscheinung Krieg, und mit der Reduzierung ihres wichtigsten Bestandteils, der Kriegskunst, auf Kampfhandlungen (bewaffneten Kampf) als Wissenschaftstheorie die neu aufgetretenen Fragen der sicherheitspolitischen Praxis nicht ausreichend beantworten. Zum Extremfall Krieg war diese als Wissenschaft aussagefähig. Begründete Aussagen und eine materialistische Theorie zum politischen Gebrauch der Streitkräfte zwecks Friedenserhaltung, Konfliktverhütung und -beilegung, Krisenmanagement sowie zur Kriegsverhinderung bei gegenseitiger Abschreckung fehlten. Führung und Einsatz militärischer Kräfte und Mittel in diesem Auftragspektrum waren Neuland.

Durch diese Überlegungen Ende März angeregt, formulierte ich ebenfalls ein Thesenpapier zum akademieinternen Diskurs.⁴⁶ Die zweite vom Lehrstuhl Allgemeine Operative Kunst für den 26. April 1990 geplante wissenschaftliche Konferenz sollte eigentlich inhaltliche operative Probleme der Doktrin-87 bearbeiten. Oberst Prof. Dr. Horst Pukrop und ich kamen zur Auffassung, dass die aufgekommenen Zweifel am Gebäude der Militärwissenschaft und Kriegskunst zunächst einer anfänglichen Klärung zugeführt werden mussten. Das Thema, *Inhaltliche Aspekte der Lehre und Forschung zur Operativen Kunst*, führte zwangsläufig zu Problemen der allgemeinen Grundlagen der Militärwissenschaft, die schließlich den Hauptteil der Konferenz ausmachten. Das breite Interesse an der Kritik der Militärwissenschaft war auch am interdisziplinären Spektrum der mehr als 50 Teilnehmer abzulesen.⁴⁷

Im Impulsreferat der Konferenz richtete ich demzufolge das Augenmerk der Teilnehmer auf die Probleme der Operativen Kunst, die sich aus dem im IWBS gewonnenen Erkenntnisstand zu den Veränderungen bei Auftrag, Funktion und Aufgaben von deutschen Streitkräften ergaben. Eine polemische

⁴⁶Siehe R. Böhme, Diskussionsangebot vom 19.04.1990 zu einigen grundlegenden Problemen der Militärwissenschaft; in: Zu den allgemeinen Grundlagen der Militärwissenschaft, Aus dem Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz vom 26. April 1990, Schriften der Militärakademie *Friedrich Engels*, Heft 267/1990, S. 16-48.

⁴⁷Teilnehmer waren Vertreter aller Wissenschaftsbereiche der Militärakademie sowie Gäste vom Kommando der Militärbezirke III und V, dem Institut für Automatisierung der Truppenführung, von der Verkehrshochschule und der Offiziershochschule der Landstreitkräfte.

sche Risikoanalyse zur These über eine einseitige vollständige Entmilitarisierung der DDR stand am Anfang meines Referates. Im Weiteren vertiefte ich die Aussagen der Thesenpapiere zum Gegenstand der Militärwissenschaft, die eigentlich als Kriegswissenschaft wirkte. Breit akzeptiert wurde, dass die Bindung der Militärwissenschaft ausschließlich an das Erkenntnisobjekt bewaffneter Kampf im Krieg nicht aufrechtzuerhalten sei. Für die verengende Bezeichnung Kriegskunst könnten Militärkunst oder Militärische Kunst eine Gegenstandserweiterung ausdrücken.⁴⁸ Kontrovers waren die Meinungen, wie das Objekt neu zu bestimmen sei. Schließlich konnte ich aus unterschiedlichen Vorschlägen als rationales Erkenntnisobjekt die Begriffe Streitkräfte oder auch militärische Kräfte und Mittel zum weiteren Diskurs vorschlagen.

Nach Konferenzschluss konnte der Dekan der Militärwissenschaftlichen Fakultät, Konteradmiral Prof. Dr. Günter Pöschel, davon überzeugt werden, in einer von mir vorzubereitenden kleinen Gesprächsrunde das Resümee aus der wissenschaftlichen Konferenz zu beraten. In der Beratung am 16. Mai 1990 wurde unter Teilnahme von Konteradmiral Prof. Dr. G. Pöschel, Dekan der Militärwissenschaftlichen Fakultät; Kapitän zur See Dr. H. Berger; Oberst R. Böhme; Kapitän zur See Dr. H. Metzschke; Oberst a. D. Dr. K. Kulisch; Oberst Prof. Dr. H. Pukrop festgestellt: Die künftige Hauptaufgabe der Militärwissenschaft sollte darin bestehen, einen Beitrag zur Friedenserhaltung und Neugestaltung des Friedens, zur militärischen Vertrauensbildung und kooperativen Sicherheit sowie zur Demilitarisierung der internationalen Beziehungen und der Gesellschaft zu leisten.⁴⁹ Kurz darauf unterbreitete der Dekan einen ausführlichen Vorschlag als ersten Denkansatz für die zukünftige Fakultät Militärwissenschaft.⁵⁰ Die Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. hat im Mai 1992 den Versuch unternommen, diese Erkenntnisse als Wissenschaftsentwicklung publizistisch einzuordnen.⁵¹

⁴⁸Für den russischen Begriff *военный* (-ая, -ое) werden in Übersetzungen bei Wortverbindungen sowohl *Kriegs-* als auch *Militär-* gebraucht. Der Begriff *военное искусство* war bisher stets mit *Kriegskunst* übersetzt worden. Die synonymen Entsprechungen wären die Begriffe *Militärkunst* oder *Militärische Kunst*.

⁴⁹Siehe Resümee vom 16.05.1990, in: Zu den allgemeinen Grundlagen der Militärwissenschaft, Aus dem Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz vom 26. April 1990, Schriften der Militärakademie, Heft 267/1990, S. 61-63.

⁵⁰Siehe G. Pöschel, Vorschlag vom 16.05.1990 zur inhaltlichen Neugliederung der Lehre/Forschung in einer zukünftigen Fakultät Militärwissenschaft, in: ebenda, S. 64-70.

⁵¹Siehe Militärwissenschaft in der DDR 1949 - 1990, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 04/1992.

Meinungsstreit zur These Deutschland ohne Streitkräfte

Die Dynamik der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen wuchs in den ersten Monaten des Jahres 1990 dramatisch. Neben den geplanten IWBS-Arbeitsprojekten mussten häufig Standpunkte auch zu aktuell öffentlich lebhaft diskutierten sicherheitspolitischen Problemen gefunden und formuliert werden. So entstanden kurzfristig Wort- und Textbeiträge an der Militärakademie, die auf unkonventionelle Weise, nicht über den dienstlichen Verteiler, in die öffentliche Diskussion eingebracht wurden.

Den Anlass zur öffentlichen Stellungnahme lieferte der *Appell der 89* vom 13.12.1989, der forderte, dass „... die Deutsche Demokratische Republik einseitige Vorleistungen mit dem Ziel einer totalen militärischen Abrüstung bis zum Jahr 2000 vollzieht“.⁵² Dieses Konzept einer totalen militärischen Abrüstung als einseitige Vorleistung der DDR wurde vom Mitunterzeichner, Fregattenkapitän Dr. Siegfried Fischer, in den Diskussionen an der Militärakademie vehement vertreten. Die ablehnende Stimmung unter den aktiven Offizieren fand auch ihren Widerhall beim Meinungsaustausch innerhalb und außerhalb des Lehrstuhls Ende Februar 1990 über den veröffentlichten *Brief aus Berlin*.⁵³ Noch galt als Prämisse die mittelfristige Existenz der DDR. Der spontane Protest offenbarte zugleich das Fehlen einer durchdachten Argumentation. Im Ergebnis meiner Überlegungen entstand im März ein Pressebeitrag, der dem Militär-Wochenblatt *trend*, vorher Wochenzeitung *Volksarmee*, zur zeitnahen Veröffentlichung angeboten wurde.⁵⁴

Die Einladung zur Wissenschaftlichen Konferenz am 27. März 1990 in Berlin-Grünau unter dem Thema, *Notwendigkeit, Möglichkeit, Bedingungen und Folgen einer Entmilitarisierung der DDR*, gab mir den Anreiz zur Formulierung einer begründeten Widerrede, die auf dem Pressebeitrag basierte. Im Konferenzplenum vertrat Kapitän zur See Dr. Siegfried Fischer im Einführungsreferat breit die Entmilitarisierungsposition, allerdings in etwas moderater Fassung. Mein Contra konnte ich in der Arbeitsgruppe 1, Leitung Dr. Detlef Bald und Prof. Dr. Wilfried Schreiber, einbringen.⁵⁵ Vor meinen begründeten Einwän-

⁵²Siehe Für Entmilitarisierung der Sicherheit, 10 Jahre Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 50/2001, S. 158 f.

⁵³Siehe Volksarmee, 10/1990.

⁵⁴Siehe R. Böhme, Deutschland ohne Streitkräfte, einzige Chance oder mögliches Fernziel einer realistischen Sicherheitspolitik, in: *trend*, Nr. 03/1990, S. 6-7.

⁵⁵Siehe Wissenschaftliche Konferenz auf Initiative der Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES), Notwendigkeit, Möglichkeit, Bedingungen und Folgen einer

den gegen eine einseitige Entmilitarisierung stellte ich fest, dass mir die Herstellung eines Systems kooperativer Sicherheit als einzige vernünftige Alternative zur damaligen Situation galt. Ein einseitiger Verzicht auf Selbstverteidigung eines Volkes würde automatisch zu einer Verlagerung der politischen Verantwortung auf andere Staaten führen und diesen auch zusätzliche Kosten aufbürden. Außerdem habe jeder Staat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht zum Schutz seiner Bürger. Streitkräfte würden allein schon durch ihre Präsenz Bedingungen für freies politisches Handeln schaffen. Es gäbe zwar keine aktuelle militärische Bedrohungssituation, jedoch entstünden Gefahren auch durch soziale Konfliktpotenziale, wirtschaftliche Disproportionen und Instabilität sowie durch Folgen einer überstürzten, ungeordneten Abrüstung. Zusätzliche Risiken sah ich darin, dass die Menschen auch künftig noch die Möglichkeit zur Anwendung militärischer Gewalt besäßen. Auch nach einer umfassenden Abrüstung im Gefolge von Wien II verblieben starke militärische Kräfte in Europa. Konflikte von außerhalb unseres Kontinents könnten übergreifen. Im Weiteren verwies ich auf das Fortbestehen eines Denkens in den Kategorien der militärischen Abschreckung. Die geschichtliche Erfahrung zeige, dass gesellschaftliche Umbruchsituationen oft mit militärischer Gewaltanwendung einhergegangen seien. Es lohne sich auch zu überlegen, ob dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen bei allen gegenwärtigen und künftig entstehenden Gefahren ausschließlich mit nichtmilitärischer Macht zu entsprechen sei. Letztlich könnten allein Bekämpfungsmittel in den Händen politisch extremer Kräfte schon katastrophale Folgen hervorrufen.

Meine Schlussfolgerung war, dass ein einseitiger Verzicht auf Streitkräfte mit den Sicherheitsinteressen der Deutschen wie der Europäer kaum vereinbar sei und der Weg zu einer waffenfreien Welt noch sehr weit wäre. Für diesen Zeitraum sei es nötig, den Auftrag der Streitkräfte neu zu bestimmen und kooperative Sicherheitsstrukturen zu schaffen. Die Unumkehrbarkeit des Abrüstungsprozesses sei zu gewährleisten und die Bereitschaft, wie auch die Fähigkeit der Streitkräfte zum Handeln, wären aufrechtzuerhalten. In der Diskussion wurden die Warnungen vor Euphorie und Wunschträumen sowie die Hinweise auf Gefahren, die nicht unmittelbar mit der Ost-West-Konfrontation im Zusammenhang stehen, begrüßt. Widerspruch und Zweifel bezogen sich auf das Risiko einer möglichen grundsätzlichen Verweigerung der Entmilitarisierung durch diese argumentative Herangehensweise. Insgesamt sah ich mich mit meiner Auffassung hinsichtlich der weiteren wissenschaftlichen Ar-

beit im IWBS bestätigt. Diese Rückkopplung bekam ich auch von Rolf Lehmann und etwas später durch die Auswahl meines ungekürzten Redebeitrages zur Publikation in der Konferenzdokumentation.

Nach Rückkehr von der Konferenz suchte ich mir Unterstützung bei Oberst Dr. Klaus Götze, meinem Nachbarn aus dem Studium Hochschulpädagogik. Beide entwickelten wir für den akademieinternen Diskurs eine argumentativ gestärkte Druckschrift. Auf Anregung des Chefs der Militärakademie kam zwecks öffentlicher Publikation nochmals eine erweiterte Fassung unter dem Titel, *Können Streitkräfte „weggedacht“ werden?*, zustande. Sie erschien im Juli-Heft *Militärwesen* sowie im Oktober 1990 textgleich in der Monatszeitschrift der Bundeswehr *Information für die Truppe (IfdT)* in Bonn⁵⁶ und im September, nochmals überarbeitet, in Berlin.

Argumente in einer Neutralitäts-Debatte

Ab Ende April 1990 gelangten Elemente einer Neutralität aus verschiedenartiger Sicht und mit unterschiedlicher Auslegung in die Debatte um den deutschen Vereinigungsprozess, zum Beispiel der Kissinger-Plan aus den USA, die Studie des Bahr-Institutes aus Hamburg, die Koptelzew-Option aus Moskau, der Meckel-Vorschlag des DDR-Außenministers aus Berlin. Der ausgelöste sicherheitspolitische Diskurs, der auch die Militärakademie erfasste, musste unbedingt versachlicht werden, um emotional oder ideologisch gestützte Zustimmung wie Ablehnung zu dämpfen.

Die Quellenarbeit für die IWBS-Literaturstudie (im März) hatte mir einen soliden Überblick auf den Neutralitätsbegriff der Friedensforschung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in der Schweiz und in Österreich, verschafft. Aus dieser Vorarbeit entwickelte ich im Mai 1990 eine Zusammenstellung von Wissens- und Überlegenswertem zur Neutralität, um die Diskussion über Varianten zum sicherheitspolitischen Status eines vereinten Deutschlands sachlich zu qualifizieren. Daraus entstand ein fünfzehnteiliges Arbeitspapier, das aus Gründen der Aktualität kurzfristig und unkompliziert Ende Mai in ca. 60 Exemplaren hausintern in den Verteiler ging. Schnell kam die Rückkopplung von vielen Seiten. Der Chef der Militärakademie fragte mit einer Anmerkung nach ergänzenden Argumenten, die gegen eine Neutralität sprechen. Das forderte die Überarbeitung und Erweiterung heraus, die Mitte

⁵⁶Siehe R. Böhme, K. Götze, Können Streitkräfte „weggedacht“ werden?, in: *Militärwesen*, Heft 07/1990. Auch in: *Information für die Truppe*, Heft 10/1990.

Juni in einem IWBS-Arbeitspapier vorlag.⁵⁷ Fast zeitgleich konnte ich einen inhaltlich und stilistisch für die Presse angepassten Beitrag vorlegen, der im Militär-Wochenblatt *trend* in wiederum zweiseitiger, grafisch gelungener redaktioneller Aufmachung einem breiten Leserkreis zugänglich war.⁵⁸ Kurze Zeit später, als Politiker im Kaukasus die NATO-Mitgliedschaft für ein vereintes Deutschland akzeptierten, war eine Diskussion absurd geworden.

Akademischer Endspurt

Im Nachklang der April-Konferenz wurde ich durch einen Teilnehmer dazu angeregt, eine zusammengefasste Darstellung der bearbeiteten sicherheitspolitischen Probleme zu wagen. Zur selben Zeit ergab sich für mich die Möglichkeit, einen stärkeren Akzent auf die Forschungsarbeit zu legen. Im Vorgriff auf eine Strukturreform der Militärwissenschaft an der Militärakademie wurde die Fusion der bisher existierenden zwei operativen Lehrstühle, jener in der II. Sektion und der zentral unterstellte, verwirklicht. Nach der Übergabe des Lehrstuhls 201 an den neu benannten zentralen Lehrstuhl 010, Führung und Einsatz der Streitkräfte, Leiter Oberst Wolfgang Gutsche, Anfang Mai 1990 erhielt ich mehr Freiraum für die Forschungsarbeit im IWBS. Die Aussicht auf Weiterführung und Abschluss meiner außerplanmäßigen Aspirantur mittels einer sicherheitspolitischen wissenschaftlichen Arbeit schien günstig. Kurz entschlossen, reichte ich eine Konzeption für eine wissenschaftliche Arbeit am 2. Mai 1990 an das Sekretariat des Konzils ein. Meine bereits vorliegenden IWBS-Beiträge, wie auch die fortgeführte Bearbeitung sicherheitspolitischer Themen, beeinflussten die Struktur der Konzeption. Ein Beispiel war die Neutralitäts-Debatte und die Bestimmung des Streitkräfte-Auftrages, an die sich die Erörterung möglicher militärischer Komponenten in einem europäischen System kooperativer Sicherheit direkt anschloss. Sowohl Führungsorgane als auch Truppen (Kräfte) der beteiligten (betroffenen) Staaten sollten kooperativ handeln. Die Merkmale solcher nationalen, multinationalen oder supranationalen Komponenten sowie ihre Funktion, Struktur, Aufgaben und ihr Einsatzes waren zu bestimmen. Diese fanden thesenhaft ihren Niederschlag in einem IWBS-Arbeitspapier⁵⁹ und nachfolgend in der Gliederung. Das Thema, *Die militärische Komponente in einem europäischen System kooperativer Si-*

⁵⁷Siehe R. Böhme, Sicherheitspolitischer Status: Neutralität, in: Militärakademie *Friedrich Engels*, IWBS, Arbeitspapiere, Heft. 02/1990, Dresden 1990, S. 114-129.

⁵⁸Siehe R. Böhme, Was heißt Neutralität?, in: *trend* Nr. 12/90, S. 4-5.

⁵⁹Siehe H. Pukrop, R. Böhme, Zur militärischen Komponente kooperativer Sicherheitsstrukturen: nationale, multinationale und supranationale Streitkräfte, in: Militärakademie *Friedrich Engels*, IWBS, Arbeitspapiere, Heft. 02/1990, S. 44-51.

cherheit und Konzepte zum Gebrauch von deutschen Streitkräften, sowie Ziel und Gliederung, wurden bestätigt. Damit begann ein qualitativ neuer Abschnitt meines Weges in die Militärwissenschaft.

Mit der Einreichung der Dissertationsschrift am 9. August 1990 an das Konzil und die Gutachter konnte ich eine wichtige Etappe abschließen.⁶⁰ Während die Schrift noch in der Druckerei in Arbeit war, eskalierten die Fristen aus dem Zeitplan des Promotionsverfahrens. Unerwartet war mit Beschluss der DDR-Volkskammer vom 23. August 1990 der Beitritt zur Bundesrepublik auf den 3. Oktober 1990 vorverlegt worden. Mit der Übergabe der gedruckten Dissertation am 29. August an das Konzil der Militärakademie war noch rechtzeitig und formal der Schlusspurt eingeleitet. Die Militärwissenschaftliche Fakultät stimmte am 4. September meinem Antrag auf Eröffnung eines Promotionsverfahrens zu. Am 18. September lagen die drei positiven Gutachten vor. Am 20. September kam die erlösende Information von der Militärwissenschaftlichen Fakultät über die Annahme der Dissertation durch die beauftragte Promotionskommission mit Termin für die Verteidigung am 25. September. Die erfolgreiche Verteidigung war für mich der bisherige Höhepunkt meiner akademischen Laufbahn und zugleich, wie auch für die Mitglieder der Promotionskommission und die Gutachter, der ungewollte Schlussakkord. Bei der Übergabe der Urkunde am 27. September 1990 vor dem Konzil der Militärakademie war eine deutliche Abschiedsstimmung zu spüren.

Nachdem ab 2./3. Oktober 1990 die Militärakademie Dresden in den Bereich des Befehlshabers Bundeswehrkommando Ost eingegliedert war, wurde das noch vorhandene wissenschaftliche Potenzial in der Folgezeit kaum zweckentsprechend genutzt. Während bei einer Dienstversammlung am 5. Oktober die Formulierung, weitere Existenz, jedoch nicht als militärische Institution, aufhorchen ließ, brachte die Informationsveranstaltung am 11. Oktober die Gewissheit: Die Militärakademie Dresden wird zum 31.12.1990 aufgelöst.

Am 3. Dezember 1990 hielt ich den Bescheid über meine Entlassung aus der Bundeswehr zum Jahresende 1990 in der Hand. Die auch von mir betriebene Militärwissenschaft hatte mit der Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR ihre materielle, personelle und institutionelle Basis verloren. Die zur Evaluierung der Militärakademie angereisten Vertreter der Bundeswehr konn-

⁶⁰Siehe R. Böhme, Internationale Konflikte und Krisen, bewaffnete Konflikte sowie deren Verhütung, Beherrschung und Beilegung aus der Sicht der Streitkräfte, Dissertationsschrift, Militärakademie *Friedrich Engels*, Sektion Landstreitkräfte, Dresden, 9. August 1990.

ten, wollten oder sollten grundsätzlich keine messbaren Gebrauchswerte, außer minimalen wissenschaftlichen und materiellen Bruchstücken, für sich erkennen. Die meisten Wissenschaftsdiplome und Urkunden der Militärakademie Dresden fanden keine Anerkennung bezüglich Gleichwertigkeit.

Fazit

Eines ist gewiss: Alle Wissenschaft endet nicht mit einem Schlusspunkt, sondern mit Fragezeichen. Sind Erkenntnisse und Erfahrungen aus einer Militärowissenschaft also überholt? Die weitere stürmische Entwicklung der Technosphäre birgt in der Tendenz die Gefahr in sich, bei der Austragung von Konflikten die Dominanz über die Biosphäre, den Lebensraum der Organismen, das geografische Milieu, den Lebensraum des Menschen, und die Noosphäre, den geistigen Wirkungsraum des Menschen, zu gewinnen. Jede Wissenschaft, wie auch die Politik, muss mit der Betrachtung der Wirklichkeit beginnen. Die Neigung, Entwicklungstendenzen positiv zu bewerten und bestehende Unsicherheiten und Risiken geringzuschätzen, könnte letztlich Hoffnung zur Grundlage von Politik machen.

Die europäische und Weltpolitik befinden sich im fortwährenden Umbruch. Der Beginn der 1990er Jahre war als eine politische Zäsur in der Welt wahrgenommen worden, von der große Hoffnungen auf einen beginnenden Wandel in der Sicherheitspolitik ausging. Mit der Überwindung der Teilung Deutschlands sollten alte Feindbilder in Ost und West fallen. Nach anderthalb Jahrzehnten im neuen Jahrtausend sind die Europäer anscheinend jedoch bei einem veränderten Ost-West-Konflikt angelangt, der mit seinem Kern in der Konkurrenz der Wertesysteme wurzelt. Doch Theorien und Strategien der Herbeiführung des Zusammenbruchs der anderen Seite sind in einer global verbundenen, ganzheitlichen Welt ungeeignet, den politischen Akteuren Sicherheit zu vermitteln.

Nüchternheit in der Lagedarstellung, Beurteilung und Entscheidungsfindung, sind für eine verantwortungsvolle Politik besonders gefragt. Der sicherheitspolitische Diskurs wird fortgesetzt werden müssen.

Eberhard Haueis

Die Auflösung der Militäarakademie Dresden

3. Oktober bis 20. Dezember 1990

Im Folgenden wird das letzte Kapitel der Geschichte der Militäarakademie behandelt, die kurze Geschichte ihrer Auflösung. Der Autor war an diesem Vorgang nicht beteiligt, da er aufgrund des Befehls 28/90 des Ministerium für Abrüstung und Verteidigung (im Folgenden MfAV) der DDR aus dem aktiven Dienst ausscheiden musste. Bei der Erarbeitung dieses Beitrags stützte er sich neben den allgemein zugänglichen Publikationen und Dokumenten auf Auskünfte von ehemaligen Offizieren, die damals an der Militäarakademie noch in führenden Dienststellungen tätig waren und auch Zeugnisse aus dieser Zeit aufbewahrt haben. Dazu gehören Dr. Rainer Böhme, Dr. Ing. Robert Haas, Dr. Wolfgang Hesse, Prof. Dr. Dietrich Knitter, Dr. Gerhard Kolitsch, Dr. Ingolf König, Prof. Dr. Klaus Kürbis und Dr. Dietrich Wiehl.

Als Soldaten in einem Dienstverhältnis eigener Art

Am 02.10.1990 um 24 Uhr hörte die Militäarakademie *Friedrich Engels* der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik – so der vollständige und offizielle Name der höchsten militärischen Bildungsanstalt der DDR – auf zu existieren. Die Berufs- und Zeitsoldaten trugen jetzt zwar die Uniform der Bundeswehr und der Minister der Verteidigung war ihr oberster Befehlshaber, aber richtige Soldaten waren sie im Grunde nicht. Diesbezüglich kann man in einem Kommentar der Hauptabteilung Recht und Soziales des Ministeriums der Verteidigung zum Einigungsvertrag lesen: „Die Dienstverhältnisse der Zeit- und Berufssoldaten, die in (als Bundeswehr) fortbestehenden Truppenteilen verwendet werden, ruhen nicht, sondern sind nunmehr mit modifiziertem Inhalt ‚Dienstverhältnisse eigener Art‘. Allerdings sind ihre bisherigen Rechte und Pflichten erloschen.“¹ Der Ehrenname entfiel, denn mit Wirkung vom 03.10.1990 wurden auf Befehl Nr. 48/90 des MfAV der DDR alle Traditionsnamen von Truppenteilen, Lehreinrichtungen und Kasernen der NVA abgeschafft. Somit gab es offiziell nur noch die Militäarakademie Dresden.

¹ Siehe Hauptabteilung Recht und Soziales, Kommentierung der im Einigungsvertrag enthaltenen Regelungen hinsichtlich der Rechtsverhältnisse und sozialen Leistungen für die Soldaten der NVA ..., Vervielfältigungsnummer NVA XXVI-O6a/955-90, S. 4, 7, Kopie im Besitz des Autors.

Bereits am 01.10.1990 erhielten die verbliebenen 685 Angehörigen der NVA vom Chef der Akademie (im Folgenden C-MA) einen Bescheid über deren Weiterverwendung in der Bundeswehr in Form einer Rechtsbehelfserklärung. Darin wurde ihnen mitgeteilt, dass man mit einem Beitritt Soldat der Bundeswehr wird und die Rechte und Pflichten nach den Gesetzen der DDR erloschen sind. Dann folgte der Verweis auf die Weiterverwendung an der Militärakademie Dresden und darüber, welcher vorläufige Dienstgrad geführt werden darf (siehe Anlage 1). Dafür wurden in einer aufwendigen Aktion die Kaderunterlagen der betroffenen Offiziere durchforstet und mit den Dienstlaufbahnbestimmungen der Bundeswehr verglichen. Im Ergebnis gab es sofort nach der Vereinigung für viele der ehemaligen Angehörigen der NVA eine entsprechende Herabsetzung im Dienstgrad. Darüber, in welchem Umfang das geschah, liegen leider keine Angaben vor. Weiterhin wurde in dieser Belehrung darüber informiert, dass man „bei seinem Disziplinarvorgesetzten einen Antrag auf Berufung in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit für die Dauer von zwei Jahren stellen“ kann. Im Weiteren durften die vorher und später entlassenen Berufssoldaten der NVA – im Gegensatz zu früheren Angehörigen der Wehrmacht – nicht offiziell ihren Dienstgrad mit dem Zusatz a. D. führen. Nach Bonner Lesart hatten sie in fremden Streitkräften gedient.²

Für das Verfahren zum Tag der Vereinigung am 03.10.1990 kam bereits am 17.09.1990 ein Schreiben des Bundesministers der Verteidigung der Bundesrepublik, in dem angewiesen wurde, dass „dienstliche Veranstaltungen aus Anlass der Vereinigung am 03.10.1990 im Inland weder innerhalb noch außerhalb militärischer Einrichtungen durchzuführen sind“. Ein Appell aus Anlass der Vereinigung fand erst am 04.10.1990 statt, bei dem der Tagesbefehl des Bundesministers der Verteidigung bekannt gegeben wurde.³

Minister Stoltenberg würdigte darin die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Die in der Felddienstuniform der Bundeswehr angetretenen Soldaten und die versammelten Zivilbeschäftigten wurden auf das westliche Bündnis und seine Wertegemeinschaft eingeschworen und aufgefordert, nach der staatlichen Einigung auch das Trennende im Denken und Empfinden zu überwinden. Die NVA wird lediglich im Zusammenhang mit der Übernahme ihrer Soldaten und Zivilbeschäftigten erwähnt.

² Ab 01.03.2005 lautet die Bezeichnung *gedient außerhalb der Bundeswehr*.

³ Siehe K. Froh, Chronik der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR, 1956 - 1990, Berlin 2010, S. 715.



Appell am 4. Oktober 1990. Von links Oberstleutnant Schneider, Oberst Dr. Kolitsch, Oberst i. G. Dr. Achmann.

Mit diesem Appell begann für einen Bestand von 1.153 Soldaten und Zivilbeschäftigten der Militärakademie Dresden der Dienst in der Bundeswehr, der jetzt erweiterten Bundesrepublik Deutschland. Wie bereits erwähnt, war nunmehr offiziell aus der Militärakademie *Friedrich Engels* die Militärakademie Dresden geworden, wenn auch hin und wieder im Schriftverkehr der alte Name verwendet wurde. So dauerte es nicht lange, bis die Friedrich-Engels-Büste im Treppenaufgang des Hauptgebäudes mit den dazugehörigen Zitaten an der Wand und das Friedrich-Engels-Denkmal vor dem Hörsaal 3 verschwanden. Auf der daneben stehenden Stele wurde das Zitat von Engels, „Die neue Kriegswissenschaft muß ein ebenso notwendiges Produkt der neuen Verhältnisse sein ...“,⁴ durch den Text der bundesdeutschen Nationalhymne ersetzt.

Allen war klar, dass es bei ihrem Dienst um eine Frist bis zum 31.12.1990 ging. Bis zu diesem Zeitpunkt waren alle Soldaten, die nicht in die Bundeswehr übernommen werden, ins Zivilleben zu entlassen. Für die Zivilbeschäftigten galten dann die Kündigungsfristen nach den Gesetzen der Bundesre-

⁴ F. Engels, Bedingungen und Aussichten eines Krieges der Heiligen Allianz gegen ein revolutionäres Frankreich im Jahre 1852, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 481.

publik. Hauptaufgaben dieser Zeit bestanden nach Angaben des Chefs der Militärakademie, Oberst Dr. Kolitsch, darin, die Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen zielstrebig und diszipliniert weiterzuführen, den Berufssoldaten nach Kräften zu helfen, eine Arbeitsstelle zu finden, Waffen, Geräte und Munition sowie alle anderen materiellen Mittel zu sichern und zur Übergabe an die Bundeswehr vorzubereiten. Einzelheiten über erforderliche Maßnahmen wurden in verschiedenen Fernschreiben der vorgesetzten Einrichtungen des Bundeswehrkommandos Ost übermittelt.

Ausbildung und Umschulung werden fortgesetzt

Die Maßnahmen der Ausbildung und Umschulung wurden in ihrer gesamten Vielfalt fortgesetzt. Die schon im September begonnenen Aktivitäten der verschiedenen Bildungseinrichtungen wurden durch weitere ergänzt. Neben den vielen zivilen Lehrkräften aus dem Westen waren auch 71 Lehrer der Militärakademie in Zivil und in Uniform tätig (siehe Anlage 2). Zu den seit September auszubildenden Teilnehmern kamen noch weitere 277 Anträge von Offizieren auf Umschulung hinzu. Weitere 26 Plätze für Angehörige der Militärakademie zur Ausbildung zum Bilanzbuchhalter und Steuergehilfen wurden im Oktober 1990 eingerichtet. Für Januar 1991 war eine Umschulung für 50 Akademiker/Techniker mit dem Ziel eines Berufsabschlusses als Umweltberater/Umwelttechniker geplant. Bei einem entsprechenden Bedarf konnte dieses Angebot vollständig von Berufssoldaten/Zivilbeschäftigte genutzt werden. Im Weiteren begann im November 1990 für 25 Lehroffiziere eine Umschulung zum Fachdozenten. Eine inhaltliche und zahlenmäßige Differenzierung dieser eingeleiteten Schulungsmaßnahmen geht aus der Anlage 3 hervor.

Parallel dazu fand nach einem Plan der Sektion Landstreitkräfte mit einer großen Themenvielfalt militärische Ausbildung auf der Grundlage von Rechtsnormen und Vorschriften der Bundeswehr statt. Dazu gehörten der Innendienst und Formen des militärischen Zeremoniells, das Grundgesetz der Bundesrepublik und das Soldatengesetz, die NATO in ihrer militärischen Organisation und Struktur, einschließlich der Grundzüge ihrer Sicherheitspolitik. Auch Prinzipien der Inneren Führung standen auf dem Plan, aber auch rein militärische Themen einzelner Waffengattungen und Spezialtruppen. Weitere Themen behandelten Probleme der Führungslehre, den Umweltschutz der Streitkräfte oder methodische und pädagogische Grundsätze der Ausbildung in der Bundeswehr (siehe Anlage 4). Wie Oberst a. D. Dr. Rainer Böhme berichtete, kam noch Mitte Dezember 1990 ein gesondertes Angebot für eine Umschulung an die Militärakademie. Die Fortbildungsakademie der Wirtschaft (FAW) Köln, Tochterunternehmen des Institutes der Deutschen Wirtschaft (DIW), stellte zur Umschulung auf dem Gebiet der Betriebswirtschaft

mit Zertifikat *Management-Referent für Marketing/Export*, einschließlich Fremdsprachen-Zertifikat Englisch und Russisch, einen speziellen Lehrgang zur Verfügung. Mit einer Dauer von 18 Monaten, eingeschlossen sechs Monate Praktikum in einem Unternehmen, bot er eine solide Ausbildung. Ab 07.01.1991 nahmen daran ca. 20 ehemalige Offiziere und 10 Zivilbeschäftigten teil.

Neuartige Aufgabenstellungen zur Auflösung der Militärakademie

Die Führung der Militärakademie lag nunmehr vollständig in den Händen jener Offiziere, die diese Funktion nach dem Ausscheiden der alten Kader übertragen bekommen hatten. Die dazu notwendigen Befehle und Weisungen kamen vom Bundeswehrkommando Ost. Worum es dabei im Einzelnen ging, erfuhren sie erst am 17. und 29.10. mittels Fernschreiben.⁵ Die Fernschreiben waren das Hauptführungsmittel. Sie hatten oft eine übermäßige Länge. Fernschreiben Nr. 77 war ein geflügeltes Wort in den Stäben der NVA, auch an der Militärakademie Dresden.

Aus diesem Fernschreiben war zu entnehmen:

- Die Militärakademie *Friedrich Engels* Dresden wird als militärische Dienststelle aufgelöst. Die Liegenschaft ist bis zur Entscheidung über Abgabe bzw. weiteren Nutzung weiter in Betrieb zu halten.
- Das militärische Personal wird auf der Grundlage der vorgelegten Personalliste zum 31.12.1990 entlassen. Einzelverfügungen werden durch die Außenstelle BMVg-PRP Personal übersandt.
- Das am 01.11.1990 vom Leiter der Unterstützungsgruppe gemeldete Fachpersonal ist zur Abgabe von Bewerbungen als SAZ 2 aufzufordern. Die Bewerbungsunterlagen sind unverzüglich an BwKdoOst-G1 (Führungsgrundgebiet Personal, Innere Führung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) vorzulegen.
- Zivilpersonal, das nicht für den Weiterbetrieb der Liegenschaft benötigt wird, ist der zuständigen Standortverwaltung (StOV) zur Kündigung zu melden. Für das zur Fortführung des Liegenschaftsbetriebs benötigte Zivilpersonal sind die notwendigen Vereinbarungen, ebenfalls mit der zuständigen StOV, zu treffen.

⁵ Siehe Fernschreiben vom BMVg, Stellvertreter Generalinspekteur, FüS IV/3, Az 10-87-01, vom 17.10.1990.

- Soweit erforderlich, ist zur Abwicklung ein Nachkommando einzusetzen. Der Führer des Nachkommandos und der personelle Umfang sind dem BwKdo Ost zu melden.
- Die Grundwehrdienstzeit leistenden Soldaten der Sicherstellungskompanie sind spätestens zum 31.03.1991 zum Wehrbereichskommando VII zu versetzen. Einzelheiten sind mit WBK VII festzulegen.
- Die Sicherstellungskompanie ist bis 31.03.1991 aufzulösen.
- Mit den Akten und schriftlichen Unterlagen (Verschlussachen) der Militärakademie ist gegen Nachweis entsprechend der fernschriftlichen Weisung BwKdo Ost-G2 (Führungsgrundgebiet Aufklärung und Absicherung) vom 08.11.1990 zu verfahren. Die offenen Akten und Dokumentationen sind entsprechend Stabsbefehl 14/90 zu bearbeiten.
- Für Material, ausgenommen Liegenschaftsmaterial, sind an BwKdo Ost-G4 (Führungsgrundgebiet Logistik) Rücklieferungsanträge zu stellen. Einzelheiten ergehen mit Weisung G4 für die Steuerung der materiellen Bestände in der 47. Woche. Eine Entscheidung über die Abgabe der Hardware-Ausstattung VAX 11-785 sowie der Software Heer/Luftwaffe/Marine ergeht gesondert.
- Der Leiter der Militärakademie bzw. der Führer des Nachkommandos meldet den Vollzug der Auflösung an BwKdo Ost bis spätestens 30.06.1991.

Eine weitere logistische Weisung des Militärbezirkes III/WBK VII vom 29.10.1990, die Auflösung der Militärakademie und der Offiziershochschule (OHS) Löbau betreffend, legte fest:

- Die Abgabe der Großgeräte ist durch die Fachdienste beim WBK VII bis 05.11.1990 zu beantragen.
- Einzel- und Mengenverbrauchsgüter der laufenden Versorgung sowie Mobilmachungsreserven sind bis 23.11.1990 zu erfassen und zu verpacken. Das betraf die Bereiche Bekleidung und Ausrüstung, Betriebsstoffe, Chemische Dienste, Lagerwesen, Pionierwesen, RWD, Sanitäts- und Gesundheitswesen, Verpflegungsdienste sowie Kfz.-Dienst.⁶

Aus diesen Dienstanweisungen wird ersichtlich, dass die mit der Auflösung der Militärakademie verbundene Abgabe der materiellen Mittel, Waffen und Ausrüstung extra zu beantragen war. Zur Realisierung dieser Anweisungen wurden entsprechend einer mündlichen Aufgabenstellung des amtierenden

⁶ Siehe Schreiben an G 4 (Logistik) der Militärakademie vom 29.10.1990, Absender MB III/WBK VII, Kopie im Besitz des Autors.

Chefs der Militärakademie vom 18.10.1990 in den Stellvertreterbereichen und Sektionen Pläne bzw. Konzeptionen zur Auflösung für die Zeit bis zum 20.12.1990 ausgearbeitet.

Am Beispiel der Konzeption zur Auflösung der Sektion Landstreitkräfte kann deutlich gemacht werden, welchen Inhalt diese Dokumente auch in anderen Bereichen der Militärakademie hatten. Im Mittelpunkt stand die Festlegung von Maßnahmen und Verantwortlichen auf dem Gebiet der Sicherheit und des Geheimnisschutzes, für die Angelegenheiten der Offiziershörer, für die Auflösung der VS-Registrierstelle, für die Geschäftsstelle der Sektion und die Waffenkammer, für die Angelegenheiten der einzelnen Lehrstühle sowie für die Koordinierung aller Bereiche.

Im Einzelnen ging es dabei um die Anfertigung von Namenslisten, getrennt nach Armeeingehörigen und Zivilangestellten. Weiterhin war eine Auswahl der zu vernichtenden Ausbildungsmaterialien festzulegen und ein Entscheid über den Verbleib oder die Verwendung der Ausbildungsbasis, die Abgabe und Kontrolle aller VS-Unterlagen, die Klärung aller anstehenden Fragen auf den Gebieten Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung/Ausrüstung und Finanzen, die Organisation der Übernahme/Übergabe der Unterrichtsräume und Kabinette, des Schriftgutes, der Schießtrainer (SPz und Pz) u. a. materieller Mittel sowie die rechtzeitige Ausgabe der Laufzettel, Ausfertigung von Mustern für Dienstzeugnisse u. a. zu treffen. Hinzu kam bei der Sektion Landstreitkräfte der Rückbau von fünf B-Stellen im Ausbildungs-Außengelände. Dazu wurden jeweils konkrete Termine festgelegt.⁷

Wegen der Vielfalt der Einrichtungen und Dienste im Bereich Rückwärtige Dienste waren hier besonders umfangreiche Aufgaben zu erfüllen, zumal neben der Vorbereitung der Auflösung der tägliche Dienst zur Versorgung, Unterbringung, medizinischen Betreuung und Sicherstellung des Militärakademie-Personals und der Gäste zu bewältigen waren. Der Stellvertreter des Chefs der Militärakademie für Rückwärtige Dienste, Oberst a. D. Dr. Wolfgang Hesse, schreibt dazu: „Die Aufgaben des Stellvertreterbereichs konnten reibungslos nach dem 03.10.1990 fortgeführt werden, da in allen Diensten fachspezifisches Personal bis zum 31.12.1990 vorhanden war. Der Küchenwirtschaftskomplex, die Werkstätten der Dienste, die Medizinische Einrichtung, die Unterbringungsverwaltung und -erhaltung waren in Betrieb. Trotz parallelem Personalabbau, den allgemeinen Auflösungserscheinungen der Bil-

⁷ Siehe Konzeption der Auflösung der Sektion Landstreitkräfte, Dokument im Besitz von Prof. Dr. Dietrich Knitter.

derungseinrichtung, der Abgabe von Technik und Ausstattungen sowie der äußeren politischen Einflüsse zur Situation im Territorium wurden Sicherheit und Arbeitsfähigkeit zur Lösung der anstehenden Aufgaben gewährleistet.“⁸ Ergänzend sei gesagt, dass dieser Führungsbereich auch für die Schließung der Industriewaren- und Buchverkaufsstellen zuständig war.

Bei der Abwicklung der Militärakademie waren Kontakte zu den örtlichen Behörden und Arbeitsbeziehungen zu der neugeschaffenen Standortverwaltung unerlässlich. Einmal ging es darum, weitere Möglichkeiten für Qualifizierungsmaßnahmen und zur Arbeitsvermittlung zu erschließen. Es galt aber auch, das aktuelle Bild der Militärakademie in die Öffentlichkeit zu tragen. Wegen des öffentlichen Interesses wandten sich wiederholt mehrere Zeitungen an Oberst Kolitsch mit der Bitte um Interviews. So schrieb die in Dresden erscheinende CDU-nahe Zeitung *Union* in ihrer Ausgabe vom 19.11.1990: „Was sich im Einigungsvertrag relativ unkompliziert liest, erweist sich in der Praxis zunehmend als Herd für Irritationen, Mißverständnisse und vor allem soziale Ängste. Dabei erweisen sich nicht nur alte Vorurteile oder ideologische Barrieren als Hemmschuhe, sondern in erster Linie ein über 40 Jahre gewachsenes gegenseitiges Mißtrauen. Beschwören zum Beispiel die ‚Wessis‘ trotz mancher bestehender Vorbehalte die ‚neue Kameradschaft‘ mit den ehemaligen NVA-Soldaten, fühlen die sich durch die Vereinbarungen ‚eindeutig benachteiligt‘, häufig genug gar ‚ausgegrenzt‘ ...“ Und weiter: „Flottillenadmiral Ulrich Hunt, Chef der Akademie für Innere Führung in Koblenz, räumt etwaige Mißverständnisse rigoros aus: ‚DDR-Offiziere ... müssen auch wenn es weh tut begreifen, hier werden nicht zwei Armeen vereinigt. Vielmehr hat mit der DDR auch die NVA aufgehört zu existieren. Deshalb haben wir, so brutal das klingt, unter bestimmten Bedingungen nur Individuen zu übernehmen‘“ (siehe dazu Anlage 5).

Helfend bei der Bewältigung der Führungsaufgaben wirkte immer wieder die Beratung mit der Unterstützungsgruppe der Bundeswehr und mit neugeschaffenen Dienststellen. So pflegte Oberst Dr. Hesse als Chef der Rückwärtigen Dienste entsprechend der Zuständigkeit der Arbeitsbereiche einen engen Kontakt zur Standortverwaltung. Er schreibt dazu: „Große Unterstützung erhielt ich ... vom ersten Leiter der StOV, Herrn Gaudian. Gegenseitige Achtung und Vertrauen standen im Mittelpunkt des gemeinsamen Handelns. So wurden zum Beispiel auch viele Zivilbedienstete der Rückwärtigen Dienste in

⁸ W. Hesse, Schriftlicher Bericht über seine Tätigkeit und Erfahrungen bei der Auflösung der Militärakademie, Dokument im Besitz des Autors.

das Nachkommando aufgenommen, und einige erhielten später neue Arbeitsverträge in der Standortverwaltung.“⁹

Personalführung stand im Mittelpunkt

Die Festlegungen zur Personalführung betrafen sowohl die zur Entlassung anstehenden Soldaten als auch diejenigen, die den Antrag auf Übernahme in die Bundeswehr gestellt hatten bzw. stellen wollten.¹⁰ Speziell auf diesem Gebiet kann man ermessen, unter welchem Stress die Soldaten standen. So bedurfte es zum Beispiel immer wieder der klaren Befehlsgebung, um unkontrollierten Auflösungserscheinungen entgegenzuwirken und ein hohes Maß an Disziplin zu sichern. Hierzu berichtete Oberst a. D. Knitter für seinen Verantwortungsbereich, dass alle Offiziershörer der Sektion Landstreitkräfte täglich um 08.00 Uhr im Vorlesungssaal LA3 zur namentlichen Feststellung der Anwesenheit kamen, bevor sie sich vier Stunden in ihre Seminarräume oder Umschulungsveranstaltungen begaben.

Für die Personalführung, wie jetzt die Kaderarbeit hieß, war es wichtig, dass jeder über die Festlegungen Bescheid wusste, die seine Person betrafen. Dazu gehörte zum Beispiel, alle Berufssoldaten der ehemaligen NVA, die noch besondere Versorgungsleistungen nach der Versorgungsordnung der NVA (Befristete erweiterte Versorgung)¹¹ oder Übergangsgebühren in Form von Einmalzahlungen in Anspruch nehmen konnten, darauf hinzuweisen, dass diese Möglichkeit nur noch bis zum 31.12.1990 gegeben war (siehe Anlage 6). Soldaten, die diese Versorgungsleistungen in Anspruch zu nehmen wünschten, mussten das ihren personalbearbeitenden Stellen bis spätestens zum 14.12.1990 mitgeteilt haben, da andernfalls eine termingerechte Entlassung zum 31.12.1990 nicht sichergestellt werden konnte. Anträge zur Übernahme in die Bundeswehr waren bis zum 07.12.1990 zu stellen mit der Aussicht, diese bis Ende Dezember zu entscheiden. Anträge auf Entlassung aus dem Wehrdienst waren unabhängig von einer laufenden Bewerbung zum SAZ-2-Dienst in der Bundeswehr jederzeit möglich.

An eine Bewerbung in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit für 2 Jahre (SaZ-2) der Bundeswehr waren eine Reihe von Vorgaben und Bedingungen

⁹ Ebenda.

¹⁰ Siehe Fernschreiben von BwKdo Ost, Leiter Außenstelle BMVg, PII1, Verteiler 77, Kopie im Besitz des Autors.

¹¹ Die Befristete erweiterte Versorgung wurde quasi als Arbeitslosengeld an Berufssoldaten ab 19.03.1990 eingeführt, festgelegt in der Versorgungsordnung Nr. 005/9/003, mit einer Höchsteinkommengrenze von 2010,00 Mark.

geknüpft. Dazu gehörte von vornherein, dass Soldaten, die älter als 47 Jahre waren, nach der Dienstzeit als SAZ-2 in der Regel nicht zum Berufssoldaten ernannt werden konnten.¹² Zum Antrag gehörten ein ausführlicher zweiseitiger Fragebogen zur Person und ein Zusatzfragebogen von vier Seiten. Darin wurde detailliert nach Verbindungen zu politischen Parteien, Massenorganisationen und zur Staatssicherheit gefragt, und zwar nicht nur die eigene Person betreffend, sondern auch Personen im verwandtschaftlichen Umfeld. Weiterhin waren ein Bewerbungsschreiben, eine Erklärung über die Treuepflicht zum Grundgesetz, ein ausführlicher handschriftlicher Lebenslauf, das Schulzeugnis mit der höchsten Qualifikation, ein Ausbildungsnachweis über Berufsausbildung, die Geburtsurkunde und eine Verpflichtungserklärung – und natürlich ein Passbild, nicht älter als ein Jahr – abzugeben.

Nach den bestehenden Weisungen waren Kommandeure bzw. Dienststellenleiter nicht befugt, Zusagen über SAZ-2-Übernahmen bzw. über eine längerfristige Dauer der Beschäftigung zu machen. Aussagen über mögliche SAZ-2-Übernahmen waren nur durch die Außenstellen der zuständigen zentralen personalbearbeitenden Stellen zulässig. Sie forderten dazu auf, die eingehenden Anträge auf Übernahme als SAZ-2 zügig zu bearbeiten und den zuständigen Außenstellen schnellstmöglich zuzuleiten. Solche Entscheidungen konnten auch noch nach einer evtl. Entlassung zum 31.12.1990 getroffen werden.

	Gesamt	Davon		
		Offiziere	Unteroffiziere mit Portepee	Unteroffiziere ohne Portepee
Abgegebene Anträge	58	39	15	4
Erhaltene Bestätigungen	34	16	15	3
Erhaltene Ablehnung	24	23	-	1

Bewerbungen für die Übernahme in die Bundeswehr. Stand 31.12.1990.

¹²Siehe § 8, Abs. 4, letzter Satz der Anlage I, Kapitel XIX, Sachgebiet B, Abschnitt II, Nr. 2 des Einigungsvertrages.

Von der Militärakademie hatten sich bis Mitte Dezember 39 Offiziere und 19 Berufsunteroffiziere bzw. Unteroffiziere auf Zeit für den weiteren Dienst in der Bundeswehr beworben.¹³ Das entsprach 9,7 Prozent des an der Militärakademie am 16. Oktober 1990 vorhandenen Soldatenbestandes von 599 Offizieren, Berufsunteroffizieren und Unteroffizieren auf Zeit. Die 34 Bestätigungen, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, entsprachen 5,7 Prozent.

Sehr aufschlussreich ist hier ein Vergleich im Rahmen der Gesamt-NVA. Er macht die soziale Dimension dieser Umschichtung deutlich. Am 03.10.1990 wurden von der Bundeswehr 50.000 Mann der NVA übernommen. Zu den bis Ende 1990 ausgeschiedenen 20.000 Mann gehörten 14.800 Offiziere. Entscheidungen der Berufssoldaten, sich für den Dienst in der Bundeswehr zu bewerben, wurden vor allem von der damaligen Rechtslage beeinflusst. Danach waren finanzielle Übergangsleistungen im sogenannten Wartestand bis zu einer Entscheidung relativ unsicher. Aber auch diskriminierende Übernahmebestimmungen wie die grundsätzliche Herabsetzung um mindestens einen Dienstgrad mit den Folgen für die Besoldung und die zu erwartende Rentenleistungen hielten viele Berufssoldaten von diesem Schritt ab. Insgesamt bewarben sich bei der Bundeswehr mit dem Ziel, Berufssoldat oder Soldat auf Zeit für zwei Jahre zu werden, immerhin 11.700 Offiziere, ca. 12.300 Unteroffiziere und ca. 1.000 Mannschaftsdienstgrade. Übernommen wurden 6.000 Offiziere, 11.200 Unteroffiziere und 800 Mannschaften als SAZ-2.¹⁴

An der Militärakademie wurde natürlich nach den für die gesamte NVA geltenden Festlegungen verfahren. Dabei spielte die Einordnung der Soldaten nach dem Soldatengesetz der Bundesrepublik eine sehr große Rolle. Nach dem Einigungsvertrag wurden nur die wehrpflichtigen Soldaten der NVA nach den Festlegungen des Soldatengesetzes in die Bundeswehr übernommen. Alle anderen Armeeingehörigen standen zunächst in einem Dienstverhältnis der besonderen Art, wobei alle bisherigen Rechte und Pflichten erloschen waren.¹⁵ Wie bereits in einem anderen Zusammenhang dargelegt, wurde auf dieser Grundlage mit jedem betroffenen Offizier eine schriftliche Rechts-

¹³Siehe Protokoll zum Abschluß der Abwicklung der Militärakademie durch das Nachkommando und zur Übergabe/Übernahme der Liegenschaften an die Standortverwaltung Dresden vom 25.06.1991, Militärarchiv Freiburg, Signatur DVW 2/2/119199, S. 3.

¹⁴Siehe www.bundeswehr.de, Hintergrundinformationen zur Eingliederung von Soldaten der NVA in die Bundeswehr.

¹⁵Siehe Hauptabteilung Recht und Soziales, Kommentierung der im Einigungsvertrag enthaltenen Regelungen hinsichtlich der Rechtsverhältnisse und sozialen Leistungen für die Soldaten der NVA ..., Teil A, Ziffer 2 c, Kopie im Besitz des Autors.

behelfsbelehrung zum Rechtsverhältnis als Soldat der ehemaligen Nationalen Volksarmee durchgeführt. Aus ihr ging hervor, welchen Dienstgrad der Betreffende führen darf und welche Rechte und Pflichten nach dem Soldatengesetz für ihn gelten, mit den gegebenen Einschränkungen. Die Besoldung und Heilfürsorge blieb bis zur Entlassung nach dem Recht der DDR gültig. Grundlage dafür war ein Kommentar der im Einigungsvertrag enthaltenen Regelungen hinsichtlich der Rechtsverhältnisse und sozialen Leistungen für die Soldaten der NVA sowie Erläuterungen einiger Rechtsfragen der Arbeitsverhältnisse der Zivilbeschäftigten und der Regelungen des Arbeitsförderungsgesetzes, verfasst von der Hauptabteilung Recht und Soziales.¹⁶ Sie enthielten auch Hinweise zum Arbeitslosengeld, zu Rechtsfragen der Arbeitsverhältnisse der Zivilbeschäftigten sowie zu Fragen des Vorruhestandsgeldes.

In der komplizierten Gemengelage der damaligen rechtlichen Bestimmungen für die ehemaligen Angehörigen der NVA tauchten natürlich immer wieder Fragen und Probleme auf, die einer schnellen Klärung bedurften. In einer Meldung zur Personallage vom 15.10.1990 durch den Leiter der Personalabteilung wurde gebeten, eine schnelle Klärung herbeizuführen, die die Konversion von Soldaten im Alter von 40 Jahren und älter betrifft. Sie waren akut von Arbeitslosigkeit bedroht, ihre Umschulung wurde aber vom Arbeitsamt als fragwürdig beurteilt. Das betraf an der Akademie immerhin 137 Offiziere. Weiterhin war zu klären, was mit den zwölf aus der Sowjetunion zurückgekehrten Offiziershörern geschehen soll, die ihr Studium an der Technischen Universität fortsetzen sollten, für die jedoch laut Einigungsvertrag keinerlei Bedarf bestand. Außerdem fehlten konkrete Festlegungen über die Entlassung von Zivilbeschäftigten und der Anwendung der gesetzlichen Kündigungsfristen.¹⁷ Leider sind dazu keine Antworten überliefert.

Dem Zweck, Offizieren und Zivilbeschäftigten die Möglichkeit für einen Zivilberuf zu geben, dienten auch Veranstaltungen mit Besichtigungen und Informationsgesprächen. So kam es am 25.10.1990 zu einem Besuch von Vertretern des Führungsstabes des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und des Deutschen Industrie- und Handelstags (DIHT). Mit leitenden Offizieren der Militärakademie fanden Gespräche über die Konversion und über den Stand der Vermittlung von Zivilbeschäftigten und Offizieren in den zivilen Bereich statt. Daran haben hochrangige Vertreter der Bundesan-

¹⁶Dieser Kommentar mit 33 Seiten Anlagen ist im Besitz des Autors.

¹⁷Siehe Meldung der Personallage an der Militärakademie Dresden am 16.10.1990, S. 4, Dokument im Besitz des Autors.

stalt für Arbeit, des DIHT, des Berufsförderungsdienstes der Bundeswehr, der Bundesministerien für Verteidigung und für Arbeit, insgesamt 15 Personen, teilgenommen.¹⁸ Bei mehreren solchen Veranstaltungen in Dresden wurden Arbeitsplätze von Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes, von Betrieben und vor allem von Versicherungen und Finanzmaklern angeboten. Umgekehrt nahm Oberst Dr. Kolitsch am 22.11.1990 als einziger Vertreter vom Bundeswehrkommando Ost an der 6. Sitzung des Arbeitskreises *Wehrdienst und Berufswelt des BMVg* in Hamburg zum Thema *Konversion des Personals* teil.

Der Personalbestand der Militärakademie veränderte sich in diesen drei Monaten ständig (siehe Anlage 7). Allein vom Stellvertreterbereich Rückwärtige Dienste kamen im Nachkommando 90 Zivilbeschäftigte und 102 Soldaten zum Einsatz. Das betraf insbesondere Zivilbeschäftigte der Unterabteilung Unterbringung, des Verpflegungsdienstes, des Medizinischen Dienstes und, befristet bis zur Abversetzung in eine andere Bundeswehreinheit, die Soldaten der Sicherstellungskompanie.

Spätestens an dieser Stelle ist die Frage zu stellen, was aus den bis zum 30.09. Entlassenen bzw. Ausgeschiedenen, und auch aus jenen, die es danach betraf, geworden ist und welche Ergebnisse die Umschulungsmaßnahmen gebracht haben. Leider kann darauf keine auch nur annähernd zufriedenstellende Antwort gegeben werden. Trotzdem ist das große soziale Engagement aller Führungsverantwortlichen und Spezialisten unterschiedlicher Art an der Militärakademie hervorzuheben, das sie in dieser Auflösungsphase zeigten. Auf dem Gebiet von Theorie und Praxis der Konversion und bei vielen anderen praktischen Schritten haben sie sich sehr bemüht, für die Angehörigen der Militärakademie und für die Offiziershörer eine berufliche Zukunft zu erschließen. Auf Informationsveranstaltungen wurden wichtige Hinweise zu Rechten, Pflichten und Möglichkeiten des Dienstes in der Bundeswehr, für Arbeitssuchende auf dem zivilen Arbeitsmarkt, aber auch für Umschulungen und Weiterbildungen gegeben. So wurden, wie Oberst a. D. Dr. Hesse berichtete, durch die V. Sektion, insbesondere durch den damaligen Oberstleutnant Dr. Jürgen Oswald, Kontakte mit der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung (Mannheim), Fachbereich Bundeswehrverwaltung, geknüpft, um ein Studium der Offiziershörer des Profils Rückwärtige Dienste zu ermöglichen. Für die Angehörigen und Offiziershörer der technischen Profile wur-

¹⁸Siehe Personelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zum Besuch der Militärakademie am 25.10.1990. Im Besitz des Autors.

den Arbeitsstellen bei der DEKRA und beim TÜV Rheinland geschaffen. Weitere Angehörige der Militärakademie erwarben sich fundierte Kenntnisse zum Umweltschutz beim TÜV Rheinland. Viele der jüngeren Offiziere kamen, auch auf Grund ihres guten Bildungsstandes und ihrer organisatorischen Fähigkeiten, in den verschiedensten Tätigkeiten unter, neben den genannten Arbeitsstellen bei der DEKRA und beim TÜV, beim Umweltschutz, beim TÜV Rheinland, bei Versicherern und Finanzmaklern und selbst im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik. Eine Reihe von Offizieren hat sich in diesen Bereichen und in verschiedenen Gewerben selbständig gemacht oder sich erfolgreich als Lehrer an privaten Bildungseinrichtungen beworben.

Eine besondere Zeremonie bei der Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst gab es für die Angehörigen der Militärakademie nicht mehr. Anfang Dezember wurde den Offizieren die Entlassungsmitteilung und ein auf den 21.12.1990 datiertes Dienstzeugnis sowie eine Arbeits- und Verdienstbescheinigung für das Arbeitsamt zugestellt. Das Entlassungsschreiben im Fernschreibmodus ist mit dem 30. Oktober 1990 datiert und lautet in typischem Bürokratendeutsch: „GEMAESS PARAGRAPH 7 ABSATZ 1 SATZ 4 NR 3, KAPITEL XIX, SACHGEBIET B ABSCHNITT II NR 2 DER ANLAGE I ZU ARTIKEL 8 DES EINIGUNGSVERTRAGES ENTLASSE ICH SIE MIT ABLAUF DES 31.12.90 AUS DER BUNDESWEHR. BEGRÜNDUNG: STRUKTURELLE GRUENDE.“

Wie zum Hohn und ganz im Sinn bundesdeutscher Rechtsstaatlichkeit folgt eine Rechtsbehelfserklärung, nach der man gegen diese Entscheidung innerhalb von zwei Wochen beim nächsten Disziplinarvorgesetzten Beschwerde einlegen kann.¹⁹ Zu der angeführten Entlassungsmitteilung gab es eine Urkunde ohne Siegel und Unterschrift, in der sinnigerweise für die Teilnahme am Aufbau gesamtdeutscher Streitkräfte gedankt wird (siehe Anlage 8).

Die bereits im September entlassenen älteren Generale und Offiziere befanden sich in einer ganz anderen Lage. In Dresden konnte man sie nicht selten bei Wachdiensten, als Aufsicht in Museen und Theatern, beim Vertrieb von Zeitungen, bei Immobilienunternehmen oder beim Briefdienst der Post sehen. Ein Versuch von Prof. Dr. Hans Süß, gemeinsam mit mehreren Offizieren eine Bildungseinrichtung für Versicherer o. ä. zu schaffen, kam nicht zustande.

¹⁹Kopien des Entlassungsschreibens und der Rechtsbehelfserklärung sind im Besitz des Autors.

Qualifizierungsmaßnahmen wurden konsequent abgeschlossen

Ein wichtiges Anliegen der verbliebenen Führungskräfte der Militärakademie bestand darin, für die noch laufenden Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu gewährleisten, dass das Diplom erworben oder die Promotion abgeschlossen werden konnte. Zum Zeitpunkt des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik gab es an der Militärakademie noch mehrere planmäßige und außerplanmäßige Aspiranten mit bereits eingereichten oder unmittelbar vor dem Abschluss stehenden Dissertationsschriften. Das galt auch für einige Forschungsstudenten. Die Führung der Militärakademie und das Konzil²⁰ setzten sich sehr für einen ordnungsgemäßen Abschluss der laufenden Forschungsarbeiten der Aspiranten und Forschungsstudenten ein.²¹

Die rechtlichen Grundlagen für staatlich anerkannte Abschlüsse waren aber vollkommen unklar, sowohl hinsichtlich einer anerkannten Promotionskommission als auch der Gültigkeit eines solchen Verfahrens unter den neuen Bedingungen. Dennoch wurden die anstehenden Prüfungen durchgeführt. Um Gewissheit zu bekommen, wandte sich der amtierende Chef der Militärakademie am 26.11.1990 an den Stellvertreter des Befehlshabers des Bundeswehrkommandos Ost mit der Frage, ob die Durchführung von Promotions- bzw. Diplomverfahren und die Erteilung der *facultas docendi* weiter möglich sind. In einem Schreiben mit dem Absender *Bundesminister der Verteidigung, Sonderbeauftragter für die Universitäten der Bundeswehr*, wurde darauf geantwortet.²² Dieses Schreiben ist in zweierlei Hinsicht interessant. Erstens, Absender ist der Sonderbeauftragte des Bundesministers der Verteidigung für die Universitäten der Bundeswehr, zweitens die Begründung der erteilten Genehmigung: „Soweit bekannt, ist der Akademie das Recht zur Verleihung akademischer Grade durch damals zuständige Stellen (Bildungsministerium und Minister für Abrüstung und Verteidigung) nicht entzogen worden. Auch der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen

²⁰Vom gewählten Konzil der Militärakademie *Friedrich Engels* waren noch folgende Offiziere tätig: Oberst Dr. Rainer Böhm, Oberst Dr. Klaus Götze, Oberst Prof. Dr. Heinz Hobiger, Oberst Prof. Dr. Dietrich Knitter, Oberst Dr. Gerhard Kolitsch (Vorsitzender), Oberst Prof. Dr. Klaus Kürbis, Oberst a. D. Doz. Dr. Siegfried Keil (kooptiert), Oberst a. D. Dr. Dietrich Wiehl (Sekretär).

²¹An der II. Sektion gab es nach Angaben des letzten Kommandeurs, Prof. Dr. Knitter, vier Aspiranten und neun Forschungsstudenten.

²²Siehe Genehmigung zur Durchführung von Promotions-/Diplomverfahren und zur Erteilung des *facultas docendi* vom 06.12.1990, Fü S I 11-Az 39-00-00, Kopie des Schreibens im Besitz des Autors.

Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag – enthält keine entsprechende Klausel. Da die Militärakademie auch weder vor noch nach dem 03.10.1990 aufgelöst worden ist, ist davon auszugehen, dass ihr die zuvor verliehenen Rechte hochschulrechtlich so lange weiter zustehen, als sie ihr durch die zuständige Stelle, das ist das Land Sachsen, nicht entzogen wird bzw. die Einrichtung nicht aufgelöst worden ist.“

Tatsächlich fanden an der Militärakademie bis Dezember 1990 Promotionsverfahren und andere Prüfungen statt. Dazu schreibt Prof. Dr. Heinz Hobiger: „Es ist mir in dieser Zeit als letzter übriggebliebener frei gewählter Senator des gewesenen Wissenschaftlichen Rates mit voller Zustimmung seitens Oberst Dr. Achmann gelungen, der mit einer Gruppe der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg den Abwicklungsprozess an der Militärakademie begleitete, noch sechs Dissertationen über die Bühne zu bringen mit dem Ergebnis, dass einige unserer Mitstreiter, darunter auch die Herren Norbert Wojahn und Armin Rudert, jetzt mit einer historisch wahrscheinlich einmaligen Promotionsurkunde aufwarten können, bei der auf der linken Seite das Wappen der Militärakademie und auf der anderen Seite der Bundesadler prangt.“²³ Unter den Besitzern einer solchen Urkunde befindet sich sogar ein Philosoph aus der ersten Sektion, der über Engels promovierte. Die Promotion fand unter Beteiligung eines Professors von der Bundeswehr-Universität ‚Helmut Schmidt‘, Hamburg, statt, ein Engels-Fan, der sowohl von der Arbeit als auch von der Verteidigung begeistert war.“²⁴

Dr. Dietrich Wiehl, damals Leiter des Büros des Chefs der Militärakademie und Sekretär des Konzils, schreibt in seinem Gedächtnisprotokoll, dass „trotz der allgemeinen Unsicherheit über die weitere Perspektive der Offiziere ... in den Sektionen eine verantwortliche Arbeit der Aus- und Weiterbildung des Personalbestandes und zum Abschluss von Diplomarbeiten und Dissertationen geleistet (wurde). Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang Oberst Dr. sc. Siegfried Keil, der auf Weisung des C-MA als Vorsitzender mehrerer Promotionskommissionen eine sehr gute Arbeit leistete“ (siehe Anlage 9).

Oberst a. D. Doz. Dr. Siegfried Keil war im Sinne des Konzils für die Gesellschaftswissenschaften tätig. Unter seiner Leitung verteidigte am 03.12.1990 Klaus Sell seine Dissertation zum Thema *Was denken die Ostdeutschen über den*

²³Dieser Fall trat aber nicht ein, auf der Urkunde prangt nur der Bundesadler.

²⁴H. Hobiger, Mein Weg vom Arbeitersohn und Soldat zum Professor und Oberst der NVA, in: W. Demmer (Hg.), Lehrstuhl Jagdfliegerkräfte der Luftverteidigung an der Militärakademie *Friedrich Engels* - 1960 bis 1990, Dresden 2006, S. 137.

gesellschaftlichen Fortschritt? Eine philosophische Analyse der Fortschrittsauffassungen im Bewusstsein der ehemaligen DDR-Bürger vor und während der demokratischen Ummwälzungen 1989/90. Gutachter waren die Professoren Heinz Friedrich, ehemals Lehrstuhlleiter an der Militärakademie, und Frank Rupprecht, ehemals am Institut für Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften tätig. Als Gast nahm Brigadegeneral a. D. Dr. Hermann Hagen teil.

Am 6. Dezember folgte die Verteidigung der Dissertation von Ulrich Knappe zum Thema *Die Entwicklung von Auffassungen zu Krieg und Frieden im marxistischen philosophischen Denken der DDR. Eine philosophiehistorische Studie über den Zeitraum Mitte der 50er bis Ende der 80er Jahre.* Gutachter waren Prof. Dr. phil. et sc. pol. Ernst Voit, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften der Technischen Universität Dresden, Prof. Dr. sc. phil. Sieglinde Heppener, ehemals Institut für Philosophie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, und Prof. Dr. sc. Wolfgang Scheler, ehemals Lehrstuhlleiter an der Militärakademie. Am 06.12.1990 konnte auch der Forschungsstudent Peter Liebau seine Dissertation zum Thema *Die Auffassungen von Friedrich Engels zu Krieg und Frieden bis 1848/49* erfolgreich verteidigen. Gutachter waren Prof. Dr. Dietmar Schössler, Universität Mannheim, und Dr. Klaus Götze, Kommandeur der Sektion Sozialwissenschaften der Militärakademie und Mitglied des Konzils. Angesichts der personellen und materiellen Aufwendungen waren die Promotionsverfahren also keineswegs Notlösungen. Auch in diesen Monaten wurde dem hohen wissenschaftlichen Niveau der Militärakademie *Friedrich Engels* Rechnung getragen und ein würdiger Abschluss vollzogen.

Am 20.12.1990 wurde in einer letzten Amtshandlung durch Oberst Dr. Gerhard Kolitsch und Oberst a. D. Dr. Siegfried Keil den genannten Promovenden der akademischen Grad Dr. phil. verliehen. Die am 22.12. übergebenen Promotionsurkunden sind vom Chef der Akademie und Vorsitzenden des Konzils, Oberst Dozent Dr. sc. Kolitsch, unterschrieben und tragen den Stempel *Militärakademie Dresden* mit dem Bundesadler in der Mitte.

Es gibt leider keine vollständigen Angaben über Themen und Anzahl der Promovenden bzw. Diplomanden aus dieser letzten Zeit der Militärakademie. Mündliche Auskünfte beruhen auf lückenhaften persönlichen Notizen: Diplomabschluss am 04.12.1990, Hptm. Scheliga, Gruppe 25/88, drei oder vier Promotionsverfahren im Dezember 1990. Folgende Promovenden werden namentlich aufgeführt: Norbert Wojahn, Armin Rudert, Kießling, Ulrich Knappe, Kaube und Kutschke. In den letzten drei Monaten der Existenz der ehemaligen Lehr- und Forschungseinrichtung der NVA ist also die wissenschaftliche Arbeit keineswegs zum Erliegen gekommen. Das Konzil der Militärakademie existierte ja weiter.

In den Monaten Oktober bis Dezember 1990 fanden auch andere wissenschaftliche Veranstaltungen statt, die allerdings mit den eigentlichen inneren Aufgaben der Auflösung der Militärakademie nicht unmittelbar im Zusammenhang standen. In Fortsetzung eines Werkstattgespräches, das der Lehrstuhl Philosophie der Militärakademie und die Arbeitsgruppe für Internationale Beziehungen und Strategieforschung an der Universität Mannheim im September 1990 geführt hatten, folgte ein zweites Werkstattgespräch. Mit freundlicher Genehmigung und Unterstützung vom Akademiechef Oberst Dr. Gerhard Kolitsch konnte es vom 30.10. bis 01.11.1990 an der Militärakademie tagen. Es widmete sich dem Thema: *Engels- und Clausewitzforschung im Blick auf die europäische Strategie- und Militärwissenschaft*. Von der Mannheimer Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Dietmar Schössler sprachen Reiner Albert M. A., Frank Kostelnik M. A. und Hong Yan. Von ostdeutscher Seite sprachen Generalmajor a. D. Prof. Dr. Reinhard Brühl, Potsdam; Oberst a. D. Prof. Dr. Horst Großmann, Dresden; Oberst Dr. Klaus Götze, Militärakademie; Kapitän zur See a. D. Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dresden und Dr. Andréé Türpe, Berlin.²⁵

Oberst a. D. Prof. Dr. Knitter berichtet, dass er mehrfach vor Offizieren der Bundeswehr über Forschungsergebnisse seiner Sektion referiert hat. Eine Bitte an General v. Scheven, über diese Forschungsergebnisse auch im Bundeswehrkommando Ost sprechen zu dürfen, wurde jedoch abgelehnt.

Zur Übergabe der Bewaffnung und Ausrüstung

In der Endphase der Militärakademie wurden die vorhandene Bewaffnung und Ausrüstung sowie die gesamte Ausbildungsbasis überflüssig und mussten einem Prozess der Konversion unterzogen werden. „Die Ausbildungsbasis wird platt gemacht, die gespenstischen Anblicke sind deprimierend. Die Ausbildungskabinette sind verlassen, viele wissenschaftliche und allgemeine Ausbildungsmittel wurden zur Müllhalde gebracht. Tonnenweise wurden Bücher, wissenschaftliche Arbeiten und Zeitschriften in Papiercontainern entsorgt. Das Mobiliar wartet, teilweise umsonst, auf Nachnutzer.“ Mit diesen deprimierenden Worten schildert Oberst a. D. Wolfgang Hesse den generellen Zustand der Akademie in dieser Zeit.

Die Einrichtungen für die Ausbildung der Offiziershörer umfassten Seminarräume, Kabinette der Teilstreifkräfte, Waffengattungen und Dienste mit einer

²⁵Siehe Clausewitz- und Engelsforschung im Blick auf eine europäische Strategie und Militärwissenschaft für die neunziger Jahre (Werkstattgespräche), Dresden 1990, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 04/1999.

sehr umfassenden Ausstattung für eine moderne Ausbildung, etwa der lagegerechten computergestützten Simulation von Gefechtshandlungen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte oder der Sektion Technik und Rückwärtige Dienste.²⁶ Sehr oft waren sie das Ergebnis eigener Forschungsarbeiten.

Die Bundeswehr zeigte an der Ausbildungsbasis ein sehr unterschiedliches Interesse. Verschiedene Arbeitsgruppen kamen zur Besichtigung und zur Prüfung der Möglichkeiten einer Übernahme. Die Ausstattung der 15 Kabinette der Sektion Landstreitkräfte wurde an verschiedene Offiziersschulen der Bundeswehr gebracht. Besonderes Interesse weckte die im Bau befindliche Komplexe Ausbildungsanlage. Über eine Inspektion dieser Anlage und anderen Einrichtungen liegt ein Dienstreisebericht vom Taktikzentrum des Heeres G4/G2-Hannover mit einer Bewertung vor. Darin wird der Ausbildungskomplex zur Gefechtssimulation der Landstreitkräfte und der Simulationssysteme der V. Sektion charakterisiert mit dem Hinweis, besonders die Software auf Brauchbarkeit zu prüfen.²⁷ Später ist allerdings die mit ca. sechs Millionen Mark der DDR veranschlagte Komplexe Ausbildungsanlage zu einem großen Teil in die Sowjetunion abtransportiert worden. Die fertigen Geländemodelle mit Nachbildungen aus dem Raum Dresden befinden sich seitdem an der Frunse-Akademie in Moskau. Das mit großem Aufwand an der Militärakademie errichtete Gebäude für die Komplexe Ausbildungsanlage wurde in den folgenden Jahren rückgebaut.

Zum Thema Ausbildungsbasis seien noch folgende Reflexionen des letzten Kommandeurs der Sektion Luftstreitkräfte/Luftverteidigung, Oberst Prof. Dr. Heinz Hobiger, angeführt: „Zur Militärakademie kamen ... zuerst die Politiker ... mit einem Ziel vor Augen: Das muss alles weg. Unsere gesamte technische Einrichtung sollte nach deren Willen auf den Container. Das hat die Gruppe Achmann, soweit es ihr noch möglich war, dadurch in Teilen verhindern können, dass sie einiges nach Hamburg rettete. Sie wusste auch warum. Die für Informationstechnik (IT) an der Führungsakademie Verantwortlichen hätten es nicht einmal gewagt, an eine solche Ausstattung nur zu denken, wie wir sie hatten. Davon konnten wir uns wenige Wochen später vor Ort überzeugen.“²⁸

²⁶Siehe Übergabe- bzw. Übernahmeprotokoll, Kopie im Besitz des Autors.

²⁷Siehe Dienstreisebericht des Taktikzentrums des Heeres G4/G2 an die Unterstützungsgruppe der Führungsakademie der Bundeswehr, Kopie im Besitz des Autors.

²⁸H. Hobiger, Mein Weg vom Arbeitersohn ..., a. a. O., S. 137.

Festlegungen über die Abverfügung von Technik, Waffen und Ausrüstungen sind in einer logistischen Weisung des Militärbezirkes III/WBK VII an G 4 (Rückwärtige Dienste) vom 29.10.1990 enthalten.²⁹ Danach war zum Beispiel die Abgabe von Großgeräten bis zum 05.11.1990 zu beantragen. Zugleich war der Bedarf an Kfz-Technik für das Nachkommando anzumelden.

Hinsichtlich Technik, Bewaffnung und Ausrüstung war die Militärakademie mit den in der NVA üblichen Hauptarten für den Dienstbetrieb und für Ausbildungszwecke ausgerüstet. Dazu gehörten zehn Panzer und andere gepanzerte Fahrzeuge, elf Artilleriewaffen mit dazugehörigen Funkmessstationen bzw. Vermessungsfahrzeugen, 2.170 Pistolen und Maschinenpistolen, 195 KK-Sportwaffen der unterschiedlichen Art, 124 Kraftfahrzeuge unterschiedlicher Typen, 19 nachrichtentechnische Fahrzeuge sowie diverse Materialien der Pionierausrüstung und der Chemischen Ausrüstung.³⁰

Weiterhin werden im Übergabe-Übernahmeprotokoll des Nachkommandos 75 Gebäude bzw. Gebäudeteile sowie 10 Kunstwerke (Plastiken, Reliefs, Gemälde) aufgelistet, die am 30.06.1991 an den Leiter der Standortverwaltung übergeben wurden. Bemerkenswert ist ein Schreiben des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Dresden, vom 06.02.1991, in dem das gesamte Gebäudeensemble erstmalig zum Denkmal erklärt wird.³¹

Große Anstrengungen verlangte die Auflösung der Wissenschaftlichen Bibliothek der Militärakademie. Laut Zwischenbericht vom 05.06.1991 waren von den 253.000 Bucheinheiten 71.500 an andere Bibliotheken übergeben, 10.000 verkauft und 40.000 ausgesondert, das heißt vernichtet worden. In dieser Zeit wurden auch die Bibliotheken der Offiziershochschulen an die Militärakademie gebracht und in Garagen sowie Lagerhallen eingelagert. Ende 1991 waren immer noch 80.000 Bucheinheiten vorhanden, die bis April von Mitarbeitern bearbeitet werden mussten.³² Viele Kopien von Dissertationen sicherte sich

²⁹ Siehe Schreiben von Militärbezirk III/WBK VII vom 29.10.1990 an G 4 der OHS Löbau und Militärakademie *Friedrich Engels* zur Auflösung - logistische Weisung, Kopie im Besitz des Autors.

³⁰ Das geht aus einem Bericht des C-MA an den Chefs der NVA, Admiral Theodor Hoffmann, hervor, Kopie im Besitz des Autors.

³¹ Siehe Übergabe-Übernahmeprotokoll der Dienstgeschäfte des Chefs der Militärakademie *Friedrich Engels* vom 24.09.1990, Anlage 1, Kopie im Besitz des Autors.

³² J. Becker, Die Entwicklung der Bibliothek der Militärakademie *Friedrich Engels*, in: Militärakademie *Friedrich Engels*. Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009, S. 237 ff.

das Sozialwissenschaftliche Institut München, auch die Technische Schule Aachen sowie die Artillerieschule wurden fündig.³³

Auf die Darstellung der vom Stellvertreterbereich Rückwärtige Dienste zu lösenden Aufgaben auf den Gebieten Unterkunft, Verpflegung, Transportwesen, medizinischer Dienst und Bekleidung muss hier wegen der unterschiedlichen Inhalte und des großen Umfangs verzichtet werden. Darüber liegt eine umfangreiche Dokumentation vor. Nur ein Beispiel soll angeführt werden. Im Übergabe-/Übernahmeprotokoll der Arbeitsgruppe Verpflegung werden neben dem 41-köpfigen Personal und diverser Feld-Küchentechnik auf vier Seiten 141 Positionen Fleisch, Gewürze, Fette, Gemüse, Obst usw. aufgeführt, von 392 kg Öl bis 1 kg Suppengrün und 0,3 kg Kümmel. Das macht deutlich, wie groß der Aufwand der Erfassungsgruppen war und wie akribisch sie ihre Arbeit verrichteten.

Zur Unterstützungsgruppe der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg

Zur Auflösung der Militärakademie Dresden wurde von der Führungsakademie der Bundeswehr Hamburg eine Unterstützungsgruppe in Stärke von drei Offizieren und zwei Feldwebeln entsandt.³⁴ Ihr gehörten an: Oberst i. G. Dr. Achmann (Leiter), Oberstleutnant Conrad, Hauptmann Liebig, Stabsfeldwebel Wohlfeil und Hauptfeldwebel Maaß. Mit Einsatzbeginn vom 04.10.1990 hatte die Unterstützungsgruppe den Auftrag, den Chef der Militärakademie in allen Angelegenheiten zu beraten, die Auflösung der Militärakademie Dresden bis zum Ende des Jahres sicherzustellen, vorhandene Werte zu erhalten und die zivilberufliche Qualifizierung in die Wege zu leiten sowie Unterstützung bei der Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Infrastruktur bis zur Übernahme durch einen neuen Nutzer zu gewährleisten.³⁵

Die Unterstützungsgruppe hatte keine Befehls- oder Weisungsbefugnis, die Führung der Militärakademie erfolgte direkt durch das Bundeswehrkommando Ost, ihre Hinweise und Ratschläge wurden aber in der Regel als verbindlich betrachtet und ausgeführt. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit waren neben der Erfassung der erhaltenswerten Forschungsergebnisse, Lehrunterlagen, Softwareentwicklungen, technischen Geräte und Einrichtungen die Umstellung

³³Siehe Kulturmagazin SAX, April 1991.

³⁴Siehe dazu auch den Beitrag von Hauptmann a. D Hans-Werner Liebig von der Unterstützungsgruppe der Bundeswehr in diesem Heft.

³⁵Siehe Tätigkeitsbericht der Unterstützungsgruppe Militärakademie Dresden, Bundesarchiv Freiburg, Signatur DVW 2-2/120310.

auf die neue Vorschriftenlage mit den Schwerpunkten Bewachung, Sicherheit von Waffen, Munition und Verschlussachen, die Innere Führung und Recht sowie die Fürsorge.³⁶ Beim Aufgabenbereich Werterhaltung reisten, wie bereits ausgeführt, im Verlauf der drei Monate 21 Expertenteams verschiedener Dienststellen der Bundeswehr an, zum Teil mehrfach, um an der Beurteilung des Zustandes und der Verwertbarkeit mitzuarbeiten.

Im Rahmen der Werterhaltung richtete sich der Kernauftrag auf die von der Militärakademie genutzte und erarbeitete Datenverarbeitung. Offensichtlich bestanden hier Erwartungen, eine funktionsfähige Großanlage zur rechnergestützten Gefechtssimulationsanlage für alle Teilstreitkräfte vorzufinden. Außer dem in vollem Umfang brauchbaren Großrechner VAX 11/785 wurden weitere 18 PC von Robotron zur Nutzung empfohlen. Was die Software-Entwicklung betrifft, so wurde nur die für Simulationszwecke im operativ-taktischen Bereich mit gut beurteilt. Ihre weitere Nutzung durch die Bundeswehr hätte allerdings die Einbeziehung des entsprechenden Fachpersonals erfordert, da die Dokumentation der Software nicht vollständig gewesen war.

Zum Ausbildungsmaterial wie Lehrunterlagen, Modelle, wissenschaftliche Ausarbeitungen usw. unterbreitete die Unterstützungsgruppe verschiedenen Bedarfsträgern der Bundeswehr Vorschläge zur Übernahme. „Für DV-Hardware und -Software wurden auf der Grundlage von Expertengruppen Empfehlungen erarbeitet.“³⁷ Expertengruppen verschiedener Dienststellen der Bundeswehr ließen sich von leitenden Offizieren der Militärakademie die entsprechenden Objekte vorstellen und erläutern. Solche Objekte waren u. a. die Gefechtssimulationsmodelle der Sektion Landstreitkräfte. Nach einer Bewertung wurde die Nutzung einzelner Module des Systems für möglich gehalten. Das betraf auch das Simulationssystem der V. Sektion zur Bergung und Instandsetzung der Militärtechnik des Truppenteils. Inwieweit die Empfehlungen der Expertengruppe des Taktikzentrums der Bundeswehr nach der Prüfung und der Übernahme einzelner Systeme der Militärakademie realisiert worden sind, ist nicht bekannt.

Auf Grund ungeklärter Zuständigkeitsprobleme ist es der Unterstützungsgruppe nicht gelungen, die Großgeräte bis Jahresende 1990 abzuschleppen, wie es im Bundeswehrjargon hieß. Es wurden auch keine Entscheidungen über den künftigen Hauptnutzer der Objekte getroffen. Aus den Angaben des Nachkommandos vom 25.06.1991 ist zu entnehmen, dass „Militärgut und

³⁶Siehe ebenda, S. 2.

³⁷Siehe ebenda, S. 5.

Wehrmaterial der Militärakademie ... auf der Grundlage der aufgeführten Befehle und Weisungen an andere militärische Dienststellen ... abgeschoben bzw. übergeben“ wurden.³⁸ Der konkrete Sachstand in den Bereichen Raketen und waffentechnischer Dienst, Kraftfahrzeugdienst, Panzertechnik, Bekleidung und Ausrüstung, Ausbildungs- und Politmaterialien, Topographischer Dienst, Chemischer Dienst, Pionierdienst und Lagertechnik ist in entsprechenden Anlagen des Protokolls angegeben. Diese Anlagen liegen aber nicht vor. Man kann davon ausgehen, dass bis zum vorgegebenen Zeitpunkt die Großgeräte und andere Materialien abtransportiert waren. Abschließend wird von der Unterstützungsgruppe eingeschätzt, dass „sich die Schlußphase der Militärakademie ohne Sicherheitsprobleme oder schwerwiegende Disziplinlosigkeiten“ vollzog.³⁹ Dem Führungspersonal dieser Zeit wurde bescheinigt, ihren Aufgaben gerecht geworden zu sein.

Während Oberst i. G. Dr. Achmann Ende Dezember zurückbeordert wurde, verblieben die anderen Angehörigen der Unterstützungsgruppe unter der Leitung von Oberstleutnant Conrad noch bis Ende Februar 1991 in Dresden. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, den Abschub von Waffen, Gerät und anderem Material zu klären und zu beschleunigen. Im Abschlussbericht ist festgehalten, dass aus den umfangreichen Beständen an Ausbildungsmaterial im weitesten Sinne (zum Beispiel Schriftprojektoren, Leuchttische, Modelle, Schießtrainer usw.) große Mengen an neue Nutzer in der Bundeswehr, in Truppenteilen, Schulen und Ämtern gegen Beleg austausch übergeben werden konnten.⁴⁰ Dazu liegen noch weitere Berichte vor.

Die Beziehungen zwischen den Angehörigen der Unterstützungsgruppe und den Führungskräften der Militärakademie können nach den Aussagen der vom Autor kontaktierten Offiziere im Allgemeinen positiv beurteilt werden. Vom damaligen Stellvertreter des Chefs auf dem Gebiet der rückwärtigen Dienste, Dr. W. Hesse, wird in einer Zuarbeit zu diesem Beitrag festgestellt, dass insgesamt sehr viel Wert auf eine kameradschaftliche Atmosphäre gelegt wurde. „Einzige Ausnahme bildete Oberstleutnant Conrad ..., der keinen Wert auf eine zweckdienliche Zusammenarbeit legte ...“. Und weiter: „Sehr enge Kontakte wurden zwischen den Führungskräften der neu geschaffenen

³⁸Protokoll zum Abschluß der Abwicklung der Militärakademie Dresden durch das Nachkommando, Militärarchiv Freiburg, Signatur DVW 2/2/119199.

³⁹Ebenda, S. 8.

⁴⁰Siehe Bericht über Abschluß der Tätigkeit der Unterstützungsgruppe beim Nachkommando Militärakademie Dresden, 20.02.1991, Militärarchiv Freiburg, Signatur DVW 2-2/120310, S. 2.

Standortverwaltung Dresden und den Rückwärtigen Diensten der Militärakademie gepflegt.“ Hervorgehoben wird der Leiter der STOV, Herr Gaudian. „Gegenseitige Achtung und Vertrauen standen im Mittelpunkt des gemeinsamen Handelns.“⁴¹

Das Ende der Militärakademie Dresden ist auf den 31.12.1990 datiert. Dokumentiert ist das im Befehl Nr. 68/90 des Chefs der Militärakademie Dresden vom 03.12.1990. In diesem historischen Dokument ist auf sieben Seiten festgelegt, alle Bereiche unter Einhaltung der Sicherheit für Waffen, Munition und VS-Dokumente an ein festzulegendes Nachkommando zu übergeben. Weitere Festlegungen betreffen das Personal, das Material und organisatorische Maßnahmen (siehe Anlagen 10 und 11). Im Kreise der Führung gab es ein Abschiedessen.

Tatsächlich fand das Ende der Militärakademie Dresden aber bereits am 20.12. statt, zur letzten Dienstversammlung, als General von Scheven im Hörsaal LA3 vor wenigen deprimiert darsitzenden Angehörigen des Restbestandes der Militärakademie verkündete, dass es die Militärakademie nach gut 31 Jahren ihres Bestehens nicht mehr geben wird.

Ende 1990 war die Auflösung der Militärakademie Dresden also abgeschlossen. Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit und Wehrpflichtige waren entlassen oder in andere Dienststellen versetzt. Die Zivilbeschäftigten wurden befehlsgemäß der Standortverwaltung zur weiteren Verwendung oder zur Kündigung überstellt. Übrig geblieben waren der beeindruckende Gebäudekomplex und das Nachkommando der Militärakademie Dresden unter Leitung von Major Schäfer. Ihm gehörten 258 Armeeangehörige und 240 Zivilbeschäftigte an.

Diesem Nachkommando oblag es, die Restarbeiten zu erledigen. Das Übergabeprotokoll zu den baulichen Anlagen der Liegenschaft der Militärakademie an den Leiter der Standortverwaltung Dresden vom 20.06.1991 und das Protokoll zum Abschluss der Abwicklung der Militärakademie Dresden durch das Nachkommando vom 25.06.1991 liegen vor.

⁴¹Original im Besitz des Autors.



Abschiedsessen der Führung der Militärakademie Dresden. Von Links Kapitän zur See Dr. Becher, Oberst Dr. Kolitsch, Frau Ventur, Oberst Dr. Schneider.



Letzte Dienstversammlung der Militärakademie Dresden am 20.12.1990 mit der Verabschiedung durch General v. Scheven. In der 1. Reihe von Links Oberst i. G. Dr. Achmann, OSL Conrad, Major Schäfer (Leiter des Nachkommandos), Hauptmann Liebig, Oberst Dr. Wolfgang Hesse. 2. Reihe von links KzS Dr. Becher, OSL Pirnbaum, Oberst Dr. Götze, Dr. Machon, Oberst Dr. Haase, OSL Theiner.

Epilog

Die Militärakademie Dresden, zuvor Militärakademie *Friedrich Engels* der Nationalen Volksarmee, ist Geschichte. Das Erinnern an diese Zeit wird in einzelnen Gruppen, Lehrstühlen und anderen Einrichtungen gepflegt. Viele Seminargruppen der Offiziershörer treffen sich regelmäßig mit ihren Ehefrauen, um das in Dresden entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl und die Erinnerung an eine sinnvolle Lebensleistung zu pflegen. 19 Jahre später ergriff die Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. die Initiative, um anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Militärakademie der DDR eine wissenschaftliche Veranstaltung mit über 200 Teilnehmern durchzuführen, auf der eine historisch kritische Nachbetrachtung zum Wirken dieser höchsten militärischen Bildungsanstalt der DDR vorgenommen wurde. Die Ergebnisse dieses denkwürdigen Kolloquiums liegen in gedruckter Form vor.⁴²

Wenn auch der vorliegende Beitrag über die Auflösung der Militärakademie als dem letzten Kapitel der Existenz dieser militärischen Lehr- und Forschungseinrichtung verhältnismäßig detaillierte Angaben und Einschätzungen enthält, ist damit keineswegs die wissenschaftliche Aufarbeitung des Wirkens der Militärakademie abgeschlossen. Weiteren wissenschaftlichen Arbeiten ist es vorbehalten, die Gesamtheit der Aus- und Weiterbildung der Offiziere der NVA und der Forschungstätigkeit unter Einbeziehung aller verfügbaren Archivalien fortzuführen und in die deutsche Militärgeschichte einzuordnen.

⁴²Siehe Militärakademie *Friedrich Engels*, Historisch-kritische Nachbetrachtung ..., a. a. O.

Anlage 1**Rechtsverhältnis als Soldat der ehemaligen Nationalen Volksarmee
(Rechtsbehelfsbelehrung)**

MILITÄRAKADEMIE DRESDEN

8050 Dresden, . 10. 1990

- der Chef -

Herrn
Oberst
Knitter, Dietrich-Ekkehard

Gegen Empfangsbekanntnis!

Betr.: Ihr Rechtsverhältnis als Soldat der ehemaligen Nationalen Volksarmee

Anlg.: - 1 - Rechtsbehelfsbelehrung

Sehr geehrter Herr Oberst Knitter!

Mit Wirksamwerden des Beitritts sind Sie Soldat der Bundeswehr. Die nach dem bisherigen Recht der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden soldatischen Rechte und Pflichten sind erloschen.

Sie werden bei /an der Militärakademie Dresden weiterverwendet und dürfen den vorläufigen Dienstgrad Oberst führen.

Ihre Rechte und Pflichten während der Dauer Ihrer Weiterverwendung bestimmen sich nach den entsprechenden Vorschriften des § 1 Abs. 4 und 5 sowie des zweiten Unterabschnitts des ersten Abschnitts des Soldatengesetzes mit Ausnahme der §§ 9, 27 und 30 Absatz 1 bis 4. Besoldung und Heilfürsorge richten sich nach dem Recht, das am Tage vor dem Wirksamwerden des Beitritts in der Deutschen Demokratischen Republik galt.

Bei Ihrer Dienststelle/Ihrem Disziplinarvorgesetzten können Sie einen Antrag auf Berufung in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit für die Dauer von 2 Jahren stellen.

- 2 -

Während der zweijährigen Dienstzeit haben Sie die Möglichkeit, Ihre Weiterverpflichtung für eine längere Dienstzeit als Soldat auf Zeit oder die Übernahme in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten zu beantragen.

Während Ihrer Weiterverwendung werden Sie entlassen, wenn Sie dies beantragen oder Ihre festgesetzte Dienstzeit als Soldat auf Zeit der ehemaligen NVA endet. Sind Sie Berufssoldat, können Sie entlassen werden, wenn Sie die nach dem bisherigen Recht geltende Mindestdienstzeit erreicht oder überschritten haben.

Sie können als Soldat auf Zeit oder Berufssoldat ferner entlassen werden,

1. wenn Sie wegen mangelnder fachlicher Qualifikation oder persönlicher Eignung den Anforderungen nicht entsprechen
2. wenn Sie wegen mangelnden Bedarfs nicht mehr verwendbar sind oder
3. wenn die bisherige Beschäftigungsstelle ganz oder teilweise aufgelöst wird oder bei Verschmelzung, Eingliederung oder wesentlicher Änderung ihres Aufbaus die bisherige oder eine anderweitige Verwendung nicht mehr möglich ist.

Sie sind zu entlassen, wenn sich herausstellt, daß Sie

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben oder
2. für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit tätig waren

und dadurch die Fortsetzung des Dienstverhältnisses unzumutbar erscheint.

Mit freundlichen Grüßen



Doz. Dr. sc. Kolitsch
Oberst

Verteiler

- Empfänger
- Personalbearbeitende Stelle
 - . Offz.: BMVg Außenstelle Personal in Straußberg
 - . Uffz.: SDH, SDL, SDM
- Zusatzakte
- Abt. Finanzökonomie

Anlage 2**Einsatz von Lehrkräften der Militäarakademie bei Umschulungsmaßnahmen**

Einrichtung	Lehrkräfte		Akad. Bildung	
	Militär	Zivilist	Diplom, Promot.	Dozent, Professor
Lehrbereich Wehrtechnik	17	13	25	2
Institut angewandte Verwaltungswissenschaft e. V., Mannheim	6	2	8	
CDI Control Data Institut	2	4	6	1
Capital-Consulting Service	2	2	4	
Lehrstuhl Fremdsprachen (russisch und englisch)		12	12	1
Lehrstuhl Mathematik/Informatik		3	3	1
Institut für Aus- und Weiterbildung Dresden		3	3	1
Institut für berufsbezogene Erwachsenenbildung (IfbE)	1	1	2	
Deutsche Datenverarbeitungs-Schule e. V. (DDVS)	3		3	
Gesamt	31	40	66	6

Anlage 3

Zivile Umschulungsmaßnahmen an der Militärakademie

		Zivile Umschulungsmaßnahmen an der Militärakademie					
Verantw. d. Umschulung.	Inhalt	Zeitraum	Gesamt Kapazität	davon LSP	OH	ZB	MA Ges.
Fachhochschule des Bundes, Bundeswehrverwaltung Mannheim (in ZA mit I.u.V.Sekt.)	Grundkurse für den Einsatz in Wehrverw./Öffentl. Verwaltg. (zivile Kräfte in milit. Laufbahn)	03.09.90 - 21.12.90	28	2	25	1	28
Lehrbereich Wehrtechn.	Sachverständiger für den Kfz-Verkehr	22.10.90-18.01.91	18		18		18
Akademie für Wirtschaft und Verwaltung	Führungskraft mittl./gehobenes Management	28.10.90-31.01.92	175	25	115	35	175
GAK - Gesellschaft für Aus- bildung u. Kommunikation	Trainer und Führungskräfte Management	01.11.90-31.10.92	70	10	60		70
CCS Capital-Consulting u. Service	Finanz- u. Kapitalberatung	01.11.90-31.10.92	60	15	45		60
Cognos AG Hamburg	Kaufm. Weiterbildung	01.09.90-07.03.91	250		15	235	1) 15

Anmerkung: Bewerbungen noch nicht abgeschlossen. Zahlenangaben sind vorläufig und unterliegen Veränderungen.
 1) keine ZB der mil. Einrichtungen, sondern Zivilisten aus Betrieben, durch das Arbeitsamt vermittelt.

*Jochen Finowald & Partner
 München*

367

Anlage 4

Ausbildungsplan der Sektion Landstreitkräfte

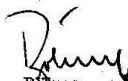
Militärakademie Dresden II. Sektion		O.U., den 04. Oktober 1990			
<u>Ausbildungsplan</u> für die Woche vom 02. bis 05. 10. 1990					
Datum	Std.	Inhalt	Durchführender	Teilnehmer	Ort
02.10.	1. UE	Appell	K-II. Sektion	LSP, OH	Appellplatz
	2. UE	ZDv 10/5 Innendienst ZDv 10/8 Militärische Formen und Feiern ZDv 3/2 Formaldienstordnung	LS 202	LSP, OH	
	3. UE	Einweisung in Richtlinien und vorläufige Bestimmungen	K-II. Sektion	LSP, OH	IA-3
04.10.	1. UE	Appell	K-II. Sektion	LSP, OH	
	2. UE	ZDv 2/30 Sicherheit	Oberst Peters	LSP, OH	
	3. UE	ZDv 10/13 Besondere Vorkommnisse ZDv 14/9 Gesetz über Anwendung von Mitteln des unmittelbaren Zwanges	OSL Huck	LSP, OH LSP, OH	
05.10.	1. UE	ZDv 14/1 Grundgesetz der BRD ZDv 14/2 Strafrecht	I. Sektion		
	2. UE	ZDv 14/3 Disziplin und Ordnung ZDv 14/5 Soldatengesetz	I. Sektion		

Datum	Std.	Inhalt	Durchführender	Teilnehmer	Ort
16.10.	1. UE	Die geistige Situation in unserer Zeit. Neubestimmung von Werten.	Doz. Dr. sc. Keil	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Das Leitbild vom Staatsbürger in Uniform.	OSL Dr. Lustig	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Militärdienst und Wehrdienst in der deutschen Geschichte.	Dr. Krämer	LSP, OH	IA-1
17. 10.	1. UE	Organisation und Aufgaben der Bundeswehrverwaltung	Oberst Motschko	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Das Verteidigungsbezirkskommando. (ZDv 150/200) Das Verteidigungskreiskommando. (ZDv 151/200)	OSL Feist	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Dienstvorschriften: ZDv 3/1 Methodik der Ausbildung	OSL Schiller	LSP, OH	IA-1
		ZDv 40/1 Aufgaben im Standortbereich	OSL Hoffmann	LSP, OH	IA-1
		ZDv 100/500 Das Heer in der Militärischen Landesverteidigung.	OSL Linke	LSP, OH	IA-1
		ZDv 75/100 Feldjäger	Hptm. Fugmann	LSP, OH	IA-1

Datum	Std.	Inhalt	Durchführender	Teilnehmer	Ort
18.10.	1. UE	Aufgaben der aufklärenden und schießenden Artillerie im Einsatz und im Feuerkampf	Oberst Peters	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Einsatz der Bataillone der Rohr- und Raketenartillerie. Grundlagen des Schießens und der Feuerleitung.	OSL Dr. Hercher	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Pionierunterstützung in den Gefechtsarten	OSL Mietke	LSP, OH	IA-1
19.10.	1. UE	Aufgaben und Organisation der ABC-Abwehr	KzS Dr. Mertens	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Ausbildungssysteme im Heer	OSL Formann	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Fernmeldesystem der Bundeswehr	OSL Wittowski	LSP, OH	IA-1

Datum	Std.	Inhalt	Durchführender	Teilnehmer	Ort
22.10.	1. UE	Umweltschutz in der Bundeswehr	Oberst Dr. Böhme	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Umweltschutz in der Bundeswehr	Oberst Dr. Böhme	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Die Folgen von Kampfhandlungen für die Umwelt	OSL Schneider	LSP, OH	IA-1
23.10.	1. UE	Die Folgen von Kampfhandlungen für die Umwelt	OSL Schneider	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Schadstoffe: toxikolog. Grundlagen, Ausbreitung, Beseitigung	Dozent Dr. Bäsigt	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Faktoren rhetorischer Wirksamkeit	OSL Dr. Rohde	LSP, OH	IA-1
24.10.	1. UE	Rhetorische Grundsätze und Möglichkeiten	OSL Dr. Rohde	LSP, OH	IA-1
	2. UE	Pädagogische Aspekte der Mitarbeiterführung	Dr. Van den Hagen	LSP, OH	IA-1
	3. UE	Persönlichkeitsbeurteilung und Motivation	Major Fritschler	LSP, OH	IA-1
25.10.	1. UE	ZDV 64/1, 64/10, 3/101 (Stabsdienst)	OSL Dr. Jacht	LSP, OH	IA-2
		ZDV 1/11, 100/600, 100/200, 100/900 (Heer)	OSL Plietz	" "	"
		ZDV 3/11, 3/12 (Ausbildung)	OSL Formann	" "	"

Datum	Std.	Inhalt	Durchführender	Teilnehmer	Ort
25.10.	2. UE	Schadstoffe: toxikolog. Grundlagen Ausbreitung, Beseitigung	Dozent Dr. Bäsigt	LSP, OH	IA-2
	3. UE	Soziologische Untersuchung in der Bw	I. Sektion	LSP, OH	IA-2
26.10.	1. UE	Schadstoffe: toxikolog. Grundlagen Ausbreitung, Beseitigung	Dozent Dr. Bäsigt	LSP, OH	IA-2
	2. UE	Diskussionsrunde zur soziologischen Untersuchung in der Bundeswehr	I. Sektion	LSP, OH	IA-2


 Böhme
 Oberst

Anlage 5

Pressestimmen zur Abwicklung der Militäarakademie

Union, 19.11.1990:

Fehlendes Vertrauen und Angst vor dem Nichts.

Die Eingliederung der NVA in die Bundeswehr bleibt schwierig.

Was sich im Einigungsvertrag relativ unkompliziert liest, erweist sich in der Praxis zunehmend als Herd für Irritationen, Mißverständnisse und vor allem soziale Ängste. Dabei erweisen sich nicht nur alte Vorurteile oder ideologische Barrieren als Hemmschuhe, sondern in erster Linie ein über 40 Jahre gewachsenes gegenseitiges Mißtrauen. Beschwören zum Beispiel die „Wessis“ trotz mancher bestehender Vorbehalte die „neue Kameradschaft“ mit den ehemaligen NVA-Soldaten, fühlen die sich durch die Vereinbarungen „eindeutig benachteiligt“, häufig genug gar „ausgegrenzt“.

Offenbar nicht ohne Grund, denn das sind die Fakten: Bis 1994 muß die Bundesrepublik die Zahl ihrer Truppen auf insgesamt 370.000 Mann reduziert haben. Von den inzwischen bereits auf 88.000 Mann verringerten NVA-Einheiten sollen nur 50.000 übernommen werden, 25.000 davon als Wehrpflichtige, die andere Hälfte Zeitsoldaten und Längerdienende. Die allerdings müssen sich bis Ende des Jahres entscheiden, ob sie einen Antrag auf Übernahme stellen sollen in eine zunächst auf zwei Jahre befristeten Dienstzeit oder ob sie eine Abfindung (200 bis 7.000 Mark je nach Dienstalster) in Anspruch nehmen wollen.

Kaum Wunder also, daß es bislang kaum Bewerbungen von NVA-Soldaten gibt. Politische Absicht oder Notwendigkeit? Dazu Oberst Gerhard Kolitsch, Chef der Militäarakademie Dresden: „Fakt ist, daß jede Stelle, die ein NVA-Mann einnimmt, künftig der alten Bundeswehr fehlt.“

Flottillenadmiral Ulrich Hunt, Chef der Akademie für Innere Führung in Koblenz räumt etwaige Mißverständnisse rigoros aus: „DDR-Offiziere ... müssen auch wenn es weh tut begreifen, – hier werden nicht zwei Armeen vereinigt. Vielmehr hat mit der DDR auch die NVA aufgehört zu existieren. Deshalb haben wir, so brutal das klingt, unter bestimmten Bedingungen nur Individuen zu übernehmen.“

Union, 21.12.1990:

Die Dresdner Militärakademie ist eine von insgesamt 550 Einrichtungen, die die Bundeswehr in Ostdeutschland schließen will. ... die entlassenen Offiziere (fallen) unter das Arbeitsförderungsgesetz und werden nicht anders behandelt als sonstige Staatsangestellte. Nach Meinung Schevens ... ergebe sich für entlassene NVA-Offiziere eine besondere Notlage, da ihre Berufsqualifikation nicht zivilverwendbar ist.

Weltspiegel, 19.11.1990:

Über eine Tagung an der Evangelischen Akademie Tutzing unter Teilnahme von ehemaligen Offizieren der NVA.

Die Stimmung unter den Ost-Soldaten hat zur Folge, daß sich kaum jemand um eine Übernahme in die Bundeswehr bewirbt. Nach Auskunft von Oberst Gerhard Kolitsch, Chef der Militärakademie Dresden, sind bisher erst 15 Bewerbungen im Bundeswehrkommando-Ost in Strausberg eingegangen.

Frankfurter Rundschau, 19.11.1990:

Am 31. Dezember endet ... die Antragsfrist für Abfindungen an ausscheidende Ex-NVAler in Höhe zwischen 200 und 7000 Mark je nach Dienstalter. Bis dahin wisse aber kaum jemand, ob seine Bewerbung für die Bundeswehr Ost angenommen werde. Also zögen viele die sichere Einmalzahlung vor und schieden aus.

Anlage 6

Information über Versorgungsleistungen und zu Fragen der
Bewerbung in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit für 2 Jahre

Kopie an N. A. 2000

MILITÄRAKADEMIE DRESDEN
Personalabteilung

Dresden, den 19. 11. 90

An alle Leiter der Bereiche/Sektionen

Ich bitte die entsprechenden Angehörigen Ihres Verantwortungsbereiches über den Inhalt des am 15. 11. 90 bei uns eingegangenen Fernschreibens in Kenntnis zu setzen:

Alle Soldaten der ehemaligen NVA, die noch besondere Versorgungsleistungen nach der Versorgungsordnung der NVA (befristete erweiterte Versorgung, Übergangsrente, Einmalzahlungen von Übergangsgebühren) in Anspruch nehmen können, sind nochmals darauf hinzuweisen, daß diese Möglichkeit


nur noch bis zum 31. 12. 90 befristet ist.

Soldaten, die diese Versorgungsleistung in Anspruch zu nehmen wünschen, müssen dies ihren zentralen personalbearbeitenden Stellen bis spätestens zum 14. 12. 90 mitgeteilt haben, da anderenfalls eine termingerechte Entlassung zum 31. 12. 90 nicht mehr sichergestellt werden kann.

Im Zusammenhang mit Bewerbungen in das Dienstverhältnis eines Soldaten auf Zeit für 2 Jahre (SAZ-2) wird darauf hingewiesen, daß

- diejenigen Soldaten, die heute 47 Jahre oder älter sind, nach der Dienstzeit als SAZ-2 in der Regel nicht zum Berufssoldaten ernannt werden können (§ 8 Absatz 4, letzter Satz der Anlage 1, Kapitel XIX, Sachgebiet B, Abschnitt II, Nr. 2 des Einigungsvertrages)
- Kommandeure/Dienststellenleiter nicht befugt sind, Zusagen über SAZ-2-Übernahmen bzw. über eine längerfristige Dauer der Weiterbeschäftigung zu machen
- Aussagen zu möglichen SAZ-2-Übernahmen nur durch die Außenstellen der zuständigen zentralen personalbearbeitenden Stellen zulässig sind
- bei den Dienststellen/Kdo.-Behörden eingehende Anträge auf Übernahme als SAZ-2 zügig zu bearbeiten und den zuständigen Außenstellen schnellstmöglich zuzuleiten sind
- die Entscheidung auf Übernahme als SAZ-2 auch noch nach einer evtl. Entlassung zum 31. 12. 90 getroffen werden kann.

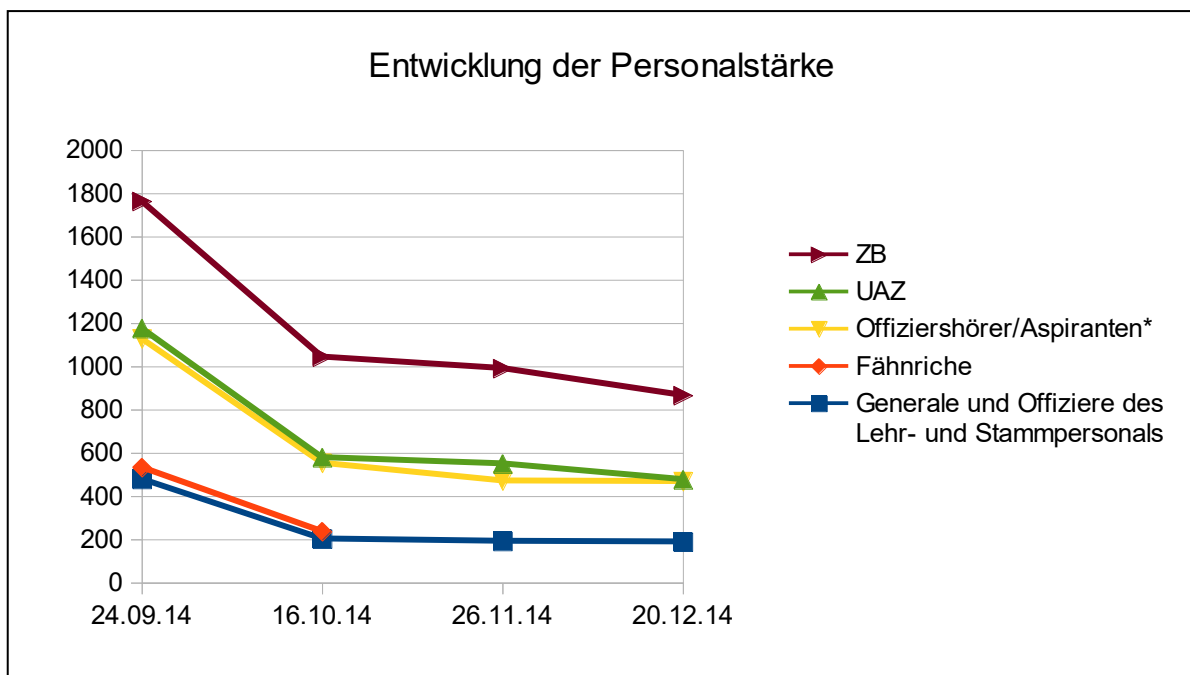
Die zentralen personalbearbeitenden Stellen werden bestrebt sein, SAZ-2-Anträge von Soldaten mit Berechtigung auf erweiterte Versorgungsansprüche noch im Dezember (vor Weihnachten) zu entscheiden. Voraussetzung ist aber, daß derartige Anträge bis spätestens 07. 12. 90 bei den zuständigen personalbearbeitenden Stellen eingegangen sind. Ein Antrag auf Entlassung kann unabhängig von einer laufenden SAZ-2-Bewerbung gestellt werden.


Theiner
Oberstleutnant

4

Anlage 7

Entwicklung der Personalstärke



Anlage 8

Entlassungsurkunde



Anlage 9

Gedächtnisprotokoll zur Arbeit des Leiters des Büros des C-MA und Sekretärs des Konzils für die Zeit von September bis Dezember 1990

Gedächtnisprotokoll zur Arbeit des Leiters des Büros des C-MA und Sekretärs des Konzils für die Zeit von September bis Dezember 1990

Anfang September informierte mich Oberst Tippmann, dass ich nach seiner Entlassung aus dem aktiven Dienst zum 30.09.1990 seine Dienstgeschäfte zu übernehmen habe. Ich war damals bereits aus dem aktiven Dienst ausgeschieden und arbeitete als Oberassistent für Forschung in der SlasK.

Am 15.09. stellte ich mich bei GL Süß als seinen neuen Büroleiter vor. Er zeigte wenig Interesse an mir, weil er offensichtlich von seiner kurz bevor stehenden Entlassung wusste. Meine eigentliche Arbeit begann mit der Übernahme der Amtsgeschäfte als C-MA durch Oberst Kolitsch.

Wir waren beide neu in unseren Funktionen und vor uns stand eine Vielzahl von z.T. artfremder und unangenehmer Aufgaben.

Bei mir liefen häufig Anfragen von weiteren Bildungsfirmen zu den bereits in der Liegenschaft der MA vorhandenen auf, die Räume zur Durchführung von Umschulungsmaßnahmen anmieten wollten. Zeitweilig gab es mehr als 6 Firmen mit bis zu 800 Teilnehmern, die ihre z.T. dubiosen und unbrauchbaren Lehrinhalte über die Teilnehmer ergossen. Um fragwürdige Kandidaten vom C-MA fernzuhalten, wirkt ich als eine Art Filter, und ließ diese Antragsteller gar nicht bis zum Chef vor.

Eine weitere Aufgabe bestand in der Eingliederung zuversetzter Offiziershörer und -schüler aus dem Ausland in die Sektionen und deren weitere Ausbildung bzw. nachfolgende Entlassung aus der NVA.

Die Bearbeitung dieser und weiterer Maßnahmen oblag zum größten Teil dem C-MA, weil auch seine Stellvertreter und die Kommandeure der Sektionen neu und ungeübt in ihren Dienststellungen waren und teilweise auch wenig Initiative bei der Erfüllung von häufig nicht überschaubaren Aufgaben an den Tag legten. Darüber hinaus schwebte über allen Verantwortungsträgern die Ungewissheit ihrer eigenen Zukunft.

Der Leiter des Büros hatte zu den genannten und weiteren Maßnahmen umfangreiche Vorbereitungsarbeiten auf Weisung des C-MA zu treffen.

Zu Erfüllung meiner Aufgaben hatte ich eine Sekretärin (Frau Ullrich) und zwei Offiziere (OSL Hartwig und OSL Wernicke) an meiner Seite. Frau U. ging im Oktober in Rente und die beiden Offiziere sorgten sich vorrangig um einen zivilberuflichen Einstieg und haben auch bald die Entlassung aus der NVA beantragt.

So blieben für die operative Arbeit Frau Ventur und ich übrig.

Wöchentlich waren Dienstbesprechungen des C-MA vorzubereiten, die Teilnehmer einzuladen und das Protokoll zu erstellen.

An den Besprechungen nahm häufig Oberst i.G. Dr. Axmann von der „Unterstützungsgruppe“ teil , ohne dabei jedoch sonderlich aktiv zu werden.

Trotz der allgemeinen Unsicherheit über die weitere Perspektive der Offiziere, wurde in den Sektionen eine verantwortungsvolle Arbeit in der Aus- und Weiterbildung des Personalbestandes und zum Abschluss von Diplomarbeiten und Dissertationen geleistet. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang Oberst Dr.sc.Siegfried Keil, der auf Weisung des C-MA als Vorsitzender mehrerer Promotionskommissionen eine sehr gute Arbeit leistete.

In guter Erinnerung ist mir die Arbeit der Oberstleutnante Horst Schneider und Pirnbaum, die als Stellv. des C-MA bis zum 20.09.90 eine fleißige Arbeit leisteten und ihm eine wertvolle Hilfe waren. Gleiches gilt für OSL Habel, der als Leiter der Abt. Finanzökonomie eine ehrliche und verantwortungsvolle Stütze des C-MA war.

Oberst Kolitsch hat seinen Dienst umsichtig und engagiert versehen, obwohl ihm vieles nicht leicht fiel. Er war häufig in Strausberg im BundeswehrKdo. Ost aber auch in Dresden unterwegs, um Maßnahmen der Auflösung der MA und den Übergang in eine zivilberufliche Verwendung für den noch verbliebenden Personalbestand zu erörtern und zu prüfen. Für die noch zahlreich vorhandenen Zivilbeschäftigten wurden Maßnahmen der Übernahme und Weiterverwendung in neu geschaffenen Einrichtungen der Bundeswehr im Standort Dresden und an anderen Orten mit der bereits vorhandenen Standortverwaltung erörtert. Dabei muss bedacht werden, dass nahezu alle ihm gemachten „Versprechungen“ seine Person betreffend, entweder von Anfang an Luftblasen waren oder sich im Nachhinein nicht realisierten. Und so ging auch er einer ungewissen Zukunft entgegen. (Siehe Interview mit der („ Stadtrundschau“).

Wiene

Anlage 10

**Befehl Nr. 68/90 des Chefs über die Auflösung der Militärakademie
Dresden vom 03.12.1990 (Titelblatt)**

MILITARAKADEMIE DRESDEN

BEFEHL NR. 68/90

des Chefs

über

die Auflösung der Militärakademie Dresden

vom 03. 12. 1990

Auf der Grundlage des Befehls des BwKdo-Ost-G 3/2-
Az.: 10-20-10 VS-NfD vom 16. 11. 1990 ist die Militär-
akademie Dresden in ihrer Ausbildungsfunktion aufzulösen,
Dazu

BEFEHLE ICH:

1. Lage
Bis zur Entscheidung über ihre weitere Nutzung sind die
Liegenschaften, die für die weitere Arbeit, bzw. die bis
zur endgültigen Auflösung benötigt werden in Betrieb,
alle weiteren funktionsfähig zu halten.

2. Auftrag
Die Stellvertreter des Chefs, Kommandeure der Sektionen
und Leiter der selbständigen Abteilungen (im weiteren
Chefs/Leiter) organisieren und überwachen die Auflösung

Anlage 11

Ereignisse und Maßnahmen zur Auflösung der Militäarakademie

Zeitpunkt	Ereignis	Grundlage	Ergebnis
20.06. 1990	Bildung der Arbeitsgruppe KONTAS als Strukturelement der Militäarakademie	Befehl Nr. 48/90 des C-MA	Bildung KONTAS unter Leitung von Oberst Kolitsch
18.07. 1990	Marktwirtschaftliche Nutzung von Raumkapazität der MA im Interesse der personellen Konversion	Zustimmung durch MAV der DDR, Schreiben vom 18.07.90	
ab 03.09. 1990			Lehrgang durch Arbeitsamt Dresden. Teilnahme von 16 Offz.
10.09. 1990	Abschluss des Vertrags der Nutzung von Räumlichkeiten für KONTAS		
24.09. 1990	Übergabe der Dienstgeschäfte des Chefs an Oberst Kolitsch	Protokoll vom 20.09.90	
01.10. 1990	Übergabe der Bescheide des C-MA an die Angehörigen der NVA über deren Weiterverwendung in der Bundeswehr und über ihren <i>vorläufigen Dienstgrad</i>		
01.10. 1990	Empfang der Bundeswehruniformen in der 7. PD		

02.10. 1990	Abschlussappell und Einrollen der Truppenfahne		
04.10. 1990	Appell zum Tag der Vereinigung beider deutscher Staaten		
Ab 11/ 1990			Umschulung zum Fachdozenten. Teilnahme von 25 Offiziere
19.12. 1990	Dienstversammlungen in den Sektionen zur Auflösung		
20.12. 1990	Abnahme/Übergabe der Ausbildungsbasis an das Nachkommando		
20.12. 1990	Dienstversammlung und Verabschiedung durch General v. Scheven		
20.12 19.90	Offizieller Tag der Auflösung der Militäarakademie	Übergabe an den Leiter des Nachkommandos Hptm. Schäfer	
21.12. 1990	Abgabe der persönlichen Bekleidung und Ausrüstung		
21.12. 1990 13.00 Uhr	Dienstschluss mit Freistellung bis 31.12.1990	Befehl 68/90 des Chefs zur Auflösung der MAK	
Juni 1991	Beendigung der Aufgaben des Nachkommandos		Übergabe an den Leiter der STOV

Hans-Werner Liebig

**Erinnerungsbericht als Mitglied der
Unterstützungsgruppe zur Auflösung der
NVA-Militärakademie *Friedrich Engels* in Dresden
03.10.1990 – 28.02.1991**



Hans-Werner Liebig im Januar 2012,
Hauptmann a. D., ehemals FüAkBw, 1977-1995.



Vorbemerkung

Diesen Bericht habe ich auf Bitten der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e. V., www.sicherheitspolitik-dss.de, geschrieben, die überwiegend aus ehemaligen Angehörigen der NVA-Militärakademie besteht. Mitglied ist aber auch der ehemalige stv. Kdr der Führungsakademie, Brigadegeneral Dr. Hermann Hagen, der 1989 zu den ersten Offizieren gehörte, die durch Initiative des SPD-Politikers und wissenschaftlichen Direktors des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Egon Bahr, in Hamburg Kontakt zu NVA-Offizieren der Militärakademie hatten. Die DSS arbeitet den Prozess der Auflösung der Militärakademie dokumentarisch auf. Darin soll auch die Arbeit der Unterstützungsgruppe von der Führungsakademie ihren Platz finden.

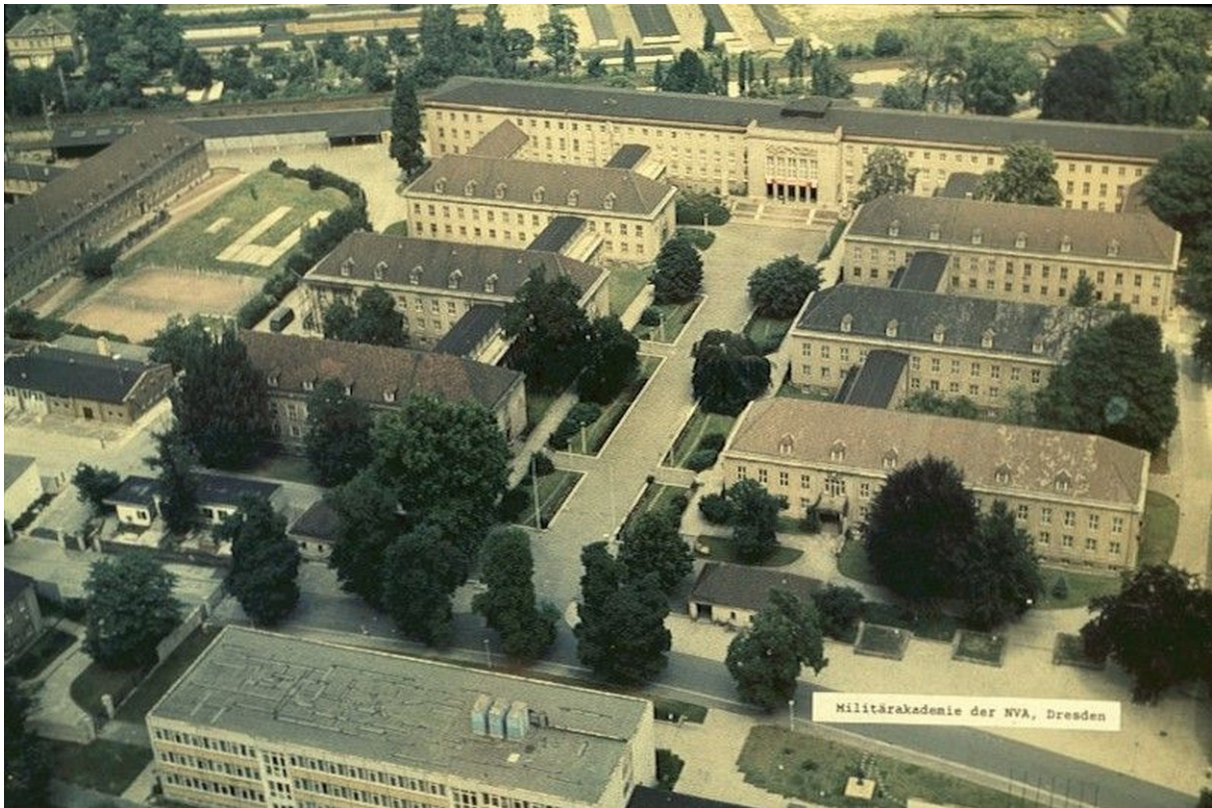
Nachfolgend handelt es sich um einen reinen Erinnerungsbericht als Zeitzeuge nach nunmehr mehr als 21 Jahren. Für meine private Nutzung habe ich mir keine Kopien von Schriftgut gefertigt. Das wäre auch dienstrechtlich unzulässig gewesen. Meine Ausführungen sind somit durch mich überwiegend nicht belegbar.

Unser Auftrag

Die Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese erhielt vom Verteidigungsministerium den Auftrag, als Unterstützungsgruppe die Auflösung der Militärakademie *Friedrich Engels* in Dresden vom Tage der Wiedervereinigung an, ab 03.10.1990, sozialverträglich für alle Maßnahmen zu begleiten und geistige Werte (Forschung, Software etc.) zu sichern. Bei der Auswahl der Personen wurde nicht nur auf fachliche Kompetenz Wert gelegt, sondern auch auf kameradschaftlich zwischenmenschliches Einfühlungsvermögen. Streng militärisches Auftreten stand nicht so sehr im Vordergrund, denn letztlich vollzog sich der friedliche Umbruch in der DDR vom Volke aus in freier Selbstbestimmung bis zur Wiedervereinigung.

Der Unterstützungsgruppe gehörten an:

- Oberst i. G. Dr. Klaus Achmann (Leitung u. Verbindung BwKdoOst);
- Oberstleutnant Hans-Udo Conrad (Beratung Sektionen; ab 1991 Leitung);
- Hauptmann Hans-Werner Liebig (Informationstechnik, Software);
- Stabsfeldwebel Hans-Ulrich Wohlfeil (Beratung Portepée-Uffz) und
- Hauptfeldwebel Holger Maaß (Geschäftsbetrieb).



Keiner dieser fünf Kameraden hätte sich wohl gesträubt, an diesem Auftrag teilzunehmen. Wir sahen unseren Auftrag auch als Herausforderung, denn letztlich traten wir als Soldaten nach unserem Demokratieverständnis immer dafür ein, dass wir in freier Selbstbestimmung die Teilung unseres Landes überwinden. Das war nun der Fall. Keiner fühlte sich als Sieger.

Jetzt wollten wir helfen, die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme zu überwinden, und vertrauensvoll Brücken bauen zwischen den Menschen. Wir wussten, dass die Akademie schon vor der Wiedervereinigung durch Entlassungen ihrer eigentlichen Führung beraubt war. Uns wurde keine Befehlsgewalt übertragen, sondern wir waren im wahrsten Sinne des Wortes Unterstützer (Berater) für die eingesetzte Führung und hatten ggf. Weisungen vom BwKdo Ost aus in Strausberg umzusetzen.

Für die Gesamtauflösung wurde eine Zeit von sechs Monaten angestrebt, was aber wegen unterschiedlicher Gründe nicht gelang, wie sich später herausstellte.

Mit unserer Hilfe sollte versucht werden, soviel wie möglich an Material in der Bundeswehr weiter zu verwenden. Es scheiterte aber meist an der fehlenden Kompatibilität von Gerät, an einer anderen Logistik und an Materialerhaltung bzw. daran, dass es sich um für unsere Maßstäbe überholtes (technisch veraltetes) Gerät handelte.



Von links Wehrpflichtiger HptFw Maaß, StFw Wohlfeil, Bürokräft Frau Haueis, Oberst i. G. Dr. Achmann, Oberstlt Conrad, Hptm Liebig.



Ich persönlich wurde fachlich als DV-(Datenverarbeitungs-)Offizier ausgewählt. Dafür gab es an der Führungsakademie damals kaum Alternativen.

Am 02. Oktober 1990 reiste ich mit Marschbefehl und in Zivil mit eigenem PKW in das Hoheitsgebiet der DDR ein. Schon der Weg nach Dresden brachte neue Eindrücke. Ich hatte zwar schon von schlechten Straßenverhältnissen und hohem Verkehrsaufkommen nach Öffnung der Grenzen gehört, aber so hatte ich mir die Fahrt ab meinem Wohnort bei Bremen bis Dresden nicht vorgestellt. Nach unseren Maßstäben waren die Straßen nicht besonders gut, meist schmal mit gewölbter Fahrbahn und vertiefter Bankette und feh-

lenden Ortsumgehungen. Trotz früher Abfahrt kam ich schließlich erst gegen Abend an der Militärakademie in der August-Bebel-Straße an.

Erster Kontakt und erste Eindrücke

An der Wache war unser Kommen schon bekannt. Nach Registrierung der Personalien und Ausstellung einer Parkerlaubnis wurde ich vom OvD zum Gästehaus der Akademie geleitet. Dort hatte das Hausmeister-Ehepaar Peschke schon die Zimmer vorbereitet. Der Empfang mit Einweisung war äußerst freundlich, aber zurückhaltend. Das Ehepaar sei nun für unsere Betreuung zuständig und würde auch das Essen zubereiten. Das war uns fremd und unangenehm, denn in der Bundeswehr gab es kein Klassenessen, sondern nur einheitliche Truppenverpflegung. Auf dieses Privileg wurde alsbald verzichtet.

In dem Gästehaus kam die gesamte Unterstützungsgruppe unter, ebenfalls der aus dem Westen abgeordnete Leiter der neuen Standortverwaltung Dresden, Herr Gaudian.

Mit dem Gästehaus hatten wir es für NVA-Verhältnisse außerordentlich gut getroffen, denn viele West-Kameraden beklagten sich bitter über die vorgefundenen Unterkünfte. Aus meiner Erinnerung wurde die ehemalige Villa einst für den König Albert von Sachsen auf diesem Gelände gebaut und gehörte später den Hohenzollern. Dazu kam noch ein eigener Bahnhof für König Albert, den die Akademie als Traditionsraum nutzte. Der monumentale Komplex der Militärakademie wurde im Dritten Reich als Reichsgau-Luftkommando errichtet, wie auch in der NS-Zeit auf dem Gelände der Führungsakademie in Hamburg-Blankenese.

Am Morgen des 3. Oktober fand sich unsere Gruppe beim Chef der Akademie, Oberst Gerhard Kolitsch, im ersten Stock des Stabsgebäudes ein. Oberst Kolitsch war ab 01.10.1990 mit der Führung der Akademie beauftragt worden, nachdem die 13 Generale/Admirale und die Politoffiziere zuvor durch den damaligen DDR-Verteidigungsminister Eppelmann aus dem Dienst entlassen worden waren. Vor dieser ersten Begegnung hatte ich schon ein etwas mulmiges Gefühl, ob wir nicht weiterhin als Klassenfeinde oder gar als Eroberer angesehen werden. Das Eis war aber bald gebrochen, und es entwickelte sich in allen Bereichen eine überwiegend kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das wurde später in allen Bereichen der Auflösung und Übernahme der NVA als gelungen bestätigt. Für unsere Gruppe waren auf der Chefetage des Stabes schon Diensträume vorbereitet.

Sehr verwundert waren wir aber, dass alle Türen mit Bändchen und Knetmasse mittels eines Petschaftes versiegelt waren. Diese übertriebenen Sicherheitsmaßnahmen, wohl wegen Misstrauen untereinander, waren uns fremd und wurden von nun an auch nicht weiter praktiziert.

Für unseren Geschäftsbetrieb wurde uns Frau Renate Hauéis als Büro- und Schreibkraft zugewiesen. Sie war zuvor beim Stellvertreter des Akademiechefs als Sekretärin eingesetzt. Ihr Mann war ebenfalls vorher langjährig als Oberst und Dozent an der Akademie tätig, musste aber als Politoffizier vor der Wiedervereinigung ausscheiden. Für meine Schreibarbeiten im Bereich der Hard- und Software hatte ich mir von der Führungsakademie einen schon damals vorhandenen Portable-PC COMPAQ mitgebracht. Frau Hauéis lernten wir bald als gewissenhafte und stets hilfsbereite Mitarbeiterin kennen.

Wir brauchten auch anfangs diese Unterstützung sehr, um uns in den Organisationsstrukturen, dem Personal und Material zurechtzufinden. Wegen der vielen Kontakte, Informationen und Eindrücke nutzten wir überwiegend die Abendstunden zur Nachbereitung. Schon am ersten Abend erschien sehr aufgeregt der OvD in Begleitung von Wachsoldaten, weil er durch Licht im Stabsgebäude aufmerksam wurde und wohl die militärische Sicherheit gefährdet sah. Die Arbeit nach der regulären Dienstzeit war wohl zu NVA-Zeiten ungewöhnlich oder hätte zumindest den Sicherheitsorganen angezeigt werden müssen.

Ungewöhnlich war für uns in den nächsten Tagen auch, dass Dienstgrade im Range eines Oberstleutnants persönlich die Post verteilten. Das machten bei uns überwiegend Zivilangestellte oder Wehrpflichtige. Aber offensichtlich war der Akademiestab aus Sicherheitsgründen für Wehrpflichtige ein Bereich, der kaum betreten werden durfte. Schon bald setzten wir uns dafür ein, dass wir einen Wehrpflichtigen als Hilfskraft und Läufer bekamen.



Unterstützungsgruppe in der Militärakademie vor der Statue des Namensgebers Friedrich Engels.

Mein Tätigkeitsbereich auf dem Gebiet der Datenverarbeitung

Die Informationstechnik war im Bereich Wissenschaft und Forschung in der Rechenstelle zusammengefasst. Leiter war der Kapitän z. S. Dr. Jürgen Ullmann, ein studierter Informatiker und kein typischer Militär, sondern als Fachmann sehr menschlich locker und freundlich. Bei der ersten Kontaktaufnahme wollte ich mir zunächst einen Überblick über Typen und Anzahl der vorhandenen Rechner verschaffen. Dazu mussten vom Kpt z. S. Ullmann aber zunächst persönlich die Unterlagen aus der zentralen Geheimregistratur geholt werden. Das machte mich etwas stutzig, weil wir es gewöhnt waren, derartige Arbeitsunterlagen vor Ort im Schreibtisch zu haben.

Nach einiger Zeit kam Ullmann mit einem großen Koffer aus Pappmaschee (mit Pepita-Muster und verstärkten Ecken) zurück, wie ich ihn noch aus der Kriegszeit meiner Eltern kannte. Was kommt nun auf mich zu, dachte ich, ein ganzer Koffer voller Akten. Umso erstaunter war ich nach Öffnen des Koffers. Heraus kam eine einzige DIN-A4-Seite, auf der mit Bleistift tabellarisch die vorhandenen Stückzahlen an Rechnern und Peripherie-Geräten aufgeführt waren. Auch im späteren Alltagsbetrieb stellten wir immer wieder fest, dass fast alles als VS (Verschlussache) eingestuft wurde. Dazu zählten zum Beispiel auch unsere frei käuflichen Wehrkunde-Zeitschriften, zu denen Offizierschüler kaum, oder gar nicht, Zugang hatten

In den nächsten Tagen setzte ich mich mit dieser Hardware auseinander. Für die RGW-Länder (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, bei uns besser als COMECON-Länder bekannt) gab es ab 1968 ein *Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik (ESER)*, welches im Ostblock auf die Entwicklung einer standardisierten Computertechnik abzielte. Die Bezeichnungen waren auch überall gleich: zwei Buchstaben und eine lfd. Nr. Ich stellte bald fest, dass es sich meist um 8Bit- und 16Bit-Rechner-Technologie des VEB ROBOTRON handelte. Diese gehörten nach der RGW-Norm zum *System der Kleinrechner (SKR)*. Wenn überhaupt mit unserem westlichen Standard kompatibel, entsprachen sie der IBM-XT-Technologie, welche bei uns als veraltet nicht mehr im Einsatz war. Für mich war bald klar, dass diese Geräte für den Verbleib in der Bundeswehr wohl keine Chancen hatten.

Von ROBOTRON in Dresden gab es zwar schon seit 1988 eine weitgehend kompatible 32Bit-Großrechner-Anlage, mehr oder weniger ein Nachbau des West-Modells VAX 11/780 der US-Firma DEC oder Digital Equipment Corporation, heute in der Fa. HP aufgegangen. Aber die innovative Entwicklung in der Computerbranche war so rasant, dass diese als K1840 vertriebene Modellreihe als veraltet anzusehen war.

Zu unserem Erstaunen hatte die Militärakademie für den technologischen Fortschritt aber eine westliche Groß-Rechenanlage VAX 11/785 der Fa. DEC mit Betriebssystem VMS (Virtual Memory System), CPU, 1 Festplatten-Speicher, 4 Wechselplatten, 2 Magnetbandeinheiten und 8 Video-Terminals, davon 3 farbig, grafikfähig. Die Anlage war äußerlich nach Entfernen der Hersteller-Embleme mit SM-52 (für System Mini-Computer?) gekennzeichnet und sollte wohl nicht als West-Produkt erkenntlich sein. Jeder der Mitarbeiter wusste das aber, denn die original englischsprachigen Nutzer-Handbücher waren vorhanden.



Rechenanlagen dieser Größe unterlagen dem Handelsembargo mit dem Ostblock. Offensichtlich gelang es aber der Dienststelle des Herrn Schalck-Golodkowski im DDR-Ministerium für Außenhandel, zuständig für den nichtoffiziellen Handel mit dem kapitalistischen Ausland, auf dubiosen Wegen dieses Handelsembargo zu umgehen.

Vergleichsbild Rechenanlage VAX 11/785.

Wie ich später erfuhr, waren wohl vier Anlagen der VAX 11/785 angeblich über Österreich eingeführt worden. Eine Anlage stand bei Robotron in Dresden und diente dort wohl als Test- und Vorbildanlage eines Nachbaus als K1845, welcher 1990 vorgestellt wurde, aber in der Produktion von nur 20 Anlagen keine Bedeutung mehr erlangte.

Für die VAX 11/785 wurde eine Weiternutzung empfohlen, obwohl sie nicht so recht in die allgemeine Rechner-Architektur der Bundeswehr passte. Die VAX wurde bereits im Januar 1991, gemeinsam mit zwei A3-Kleinplottern BBC Goerz SE293, von der Marine durch KL Odinius in einem luftgepolsterten Speditions-LKW zum BFN/TAZ, Befehlshaber Seestreitkräfte Nordsee/Taktik-Ausbildungs-Zentrum, in Wilhelmshaven-Ebkeriege transportiert. Dort wurden die Plattenlaufwerke einige Zeit genutzt, die Anlage selbst wurde später an das KdoMarFüSys, Kommando Marine-Führungs-Systeme in WHV-4. Einahrt, weitergegeben und dort einige Zeit betrieben. Auch die Weiternutzung der ca. 20 kompatiblen, aber veralteten Kleinrechner PCs empfahl ich. Über eine Realisierung weiß ich allerdings nichts.

Aus westlicher Produktion gab es auch noch ein paar Farbbildschirme der japanischen Firma NEC, Nippon Electric Corporation, aber auch die waren

äußerlich bezüglich der Herkunft anonymisiert. Weiterhin gab es noch von CALCOMP (California Computer Products) einen Rollenplotter mit Farbstiften und Papierbreite im DIN A0-Format. Diesen Plotter nahmen wir mit zur Führungsakademie und nutzten ihn dort noch einige Zeit für rechnererstellte Netzpläne im Bereich der Betriebs- und Organisationswissenschaften.

DV-Personal und Software

An der Militäarakademie war durchweg gut ausgebildetes Personal im Bereich der Hard- und Software, mit studierten Informatikern, tätig. Im Gegensatz zur Bundeswehr musste man sich hier meist bei allen Problemen selbst helfen. Wir kannten fast durchweg Leasing- und Wartungsverträge mit den Herstellern, von denen bei Reparaturen meist ganze Module (Platinen) ausgetauscht wurden. An der Militäarakademie mussten die Fehler im Detail gefunden und repariert werden. Man stellte ggf. ganze Platinen selbst her und hatte dafür Mengen an Elektronik-Bauteilen. Diese versuchte ich vergeblich in der EloInst (Elektronische Instandsetzung, besonders Luftwaffe) unterzubringen. Es wurde dann aber Elektronik-Schrott.

Für die Ausbildung war von eigenen Programmierern in Zusammenarbeit mit dem IAT (Institut für Automatisierung der Truppenführung) und Studenten der TU Dresden unterschiedliche Software entwickelt worden. Unser Fokus war auf die Simulations-Software gerichtet. Offensichtlich hatte man hier sehr effizient und autark gearbeitet, weil militärische Wünsche, Planungen und Realisierungen im Gegensatz zur Bundeswehr vor Ort entschieden und umgesetzt wurden. Den Nutzungswert für die Bundeswehr konnte ich allein nicht endgültig beurteilen. Dazu reisten verschiedene Experten-Teams an. Ich hatte allerdings gute Vergleichsmöglichkeiten durch die an der Führungsakademie in Zusammenarbeit mit zivilen Firmen erarbeiteten Simulationsmodelle zur Schulung des Führungsvorganges ab Brigade aufwärts in der Generalstabsausbildung und sah persönlich einen sehr eingeschränkten Nutzen. Die hochgestellten Erwartungen wurden auch aus Experten-Sicht weitgehend enttäuscht.

Hinzu kam, dass die Software unzureichend dokumentiert war und noch nicht die weit gesteckten Endvorstellungen erreicht hatte, auch wohl in Ermangelung modernster Hochleistungsrechner. Bei einer Übernahme hätte man auch das bisherige Personal benötigt. Simulationsergebnisse wurden meist in einem Lehrgefechtsstand den Offiziersschülern demonstriert. Meines Erachtens war das aber ein moderner Sandkasten mit vielen Effekten und notwendigem Kulissenpersonal. Bei uns an der Hamburger Führungsakademie wurden Simulationsergebnisse in militärisch üblicher Form grafisch, koordinatengerecht auf Transparent-Folie für die Karten zur Beurteilung der Lage und als Grundlage für eine neue Befehlsgebung geplottet.

Allerdings war in Dresden baulich ein größeres Gefechtsausbildungszentrum im Rohbau, dort scherzhaft als Märchenoper oder Kriegsoper bezeichnet, in dem weiter entwickelte Simulations-Software zum Einsatz kommen sollte. Dieses wurde durch die Wende nicht mehr realisiert.

Nach meiner Kenntnis wurde keine Software übernommen, allerdings zum Teil das qualifizierte Personal, auch in der Außenstelle Dresden des ADVBw (Amt für Datenverarbeitung der Bundeswehr) für die Konversion vorhandener Führungs- und Informationssysteme, besonders im personellen und materiellen Bereich.

Vom ehemaligen Leiter der Rechenstelle, Kpt z. S. Dr. Ullmann, weiß ich, dass er sich erfolgreich bis zu einem mittelständigen Unternehmen in der DV-Branche selbstständig gemacht und einige ehemalige Kameraden übernommen hat.

Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS)

Nach der Wende, als sich bereits eine mögliche Wiedervereinigung abzeichnete, hatte man vorausschauend dieses Institut an der Militärakademie gegründet. Es sollte der beruflichen Qualifikation von ausgeschiedenen NVA-Offizieren dienen. Dazu war eine weitere akademische Ausbildung mit Diplomen an diesem Ort vorgesehen. Aber auch die Wandlung der Logistik und Infrastruktur der NVA sollte zu den Aufgaben zählen. Über die Planungs- und Ausstattungsphase war man aber nicht mehr hinaus gekommen. Zu meiner und unserer Überraschung wurden 1991 diverse Beschaffungsbelege für neuzeitliche westliche DV-Ausstattung (Bürokommunikation) vorgefunden, deren physische Bestände man uns vorenthalten hatte. Diese Geräte wurden nach der Währungsunion vom 01.07.1990 in DM beschafft und teils noch während unserer Anwesenheit ab 03.10.1990 ausgeliefert. In der Summe ging es, glaube ich, um fast eine dreiviertel Million DM. Weil das IKOS auf Fortbestand auch nach einer Wiedervereinigung hoffte, hatte man sich für die Beschaffung entschieden.

Nach unseren Recherchen wurde dann ermittelt, dass fast alle diese Geräte vom BFD (Berufsförderungsdienst der Bundeswehr) genutzt wurden und teils bei der StOV. Bei diesen Dienststellen war ehemaliges Personal vom IKOS und der Akademie untergekommen. Die Bestandsfeststellungen waren mühsam, wurden letztlich aber komplett geklärt.

Sonstiges Personal

Ende 1990 mussten über 600 verbliebene Soldaten, darunter alle OTL und Obristen, und über 300 Zivilisten ausscheiden. Die menschliche Betroffenheit war bei uns groß. Alle Bediensteten taten bis zum endgültigen Ende der Aka-

demie gewissenhaft ihre Pflicht. Mit deutscher Gründlichkeit wurden die Materialien, Waffen, Gerät, Bekleidung, Ausrüstung und Verschlusssachen verwaltet. Es ging einigen Betroffenen schon ins Mark, wenn viele der jahrelang verwalteten Unterlagen und Materialien dann abgeschoben oder entsorgt wurden, das traf insbesondere für die Geheimregistratur zu.



Verabschiedung der höheren Dienstgrade im Dezember 1990 durch GenMaj Werner von Scheven, stv. Befehlshaber BwOst, Vorverwendung Kdr FüAkBw Hamburg.

Unten vordere Reihe von links O i. G. Dr. Achmann, OTL Conrad, M. Schäfer, übern. von NVA und später NachKdoFhr, H. Liebig.



Die bedrückten Gesichter auf dem Foto von der Verabschiedung durch den stv. Befehlshaber des BwKdo Ost, GenMaj von Scheven, sprechen für sich.

Für Einige brachen Welten zusammen, zunächst ohne Zukunftsperspektiven. Ich erinnere mich an einen Oberst, der mit Tränen in den Augen vor mir stand und sich als Wissensträger anbot, letztlich hätte er an der Frunse-Militärakademie in Moskau studiert. Aber sicherlich wäre dieses Wissen nach Beendigung des Ost-West-Konflikts nicht mehr von Belang gewesen.

Menschlich waren das für mich bewegende Momente. Ich wusste nicht, ob ich den Oberst als dienstgradniedrigerer Hauptmann tröstend in den Arm nehmen sollte.

Aber die ehemaligen Offiziere der NVA waren ja überwiegend gut gebildet. Durch spätere Kontakte habe ich erfahren, dass viele wieder ihren Weg in der freien Wirtschaft und im Management gemacht haben, besonders aus dem Bereich der Rückwärtigen Dienste. Schließlich gehörten Führung, Organisation und zweckdienliche Fachkenntnis zum Handwerkszeug, so wie es auch nach dem Ende des Krieges als Neuanfang bei vielen ehemaligen Wehrmachtsoffizieren der Fall war.

Viele Bedienstete hatten nach der ersten freien Volkskammerwahl gehofft, an dieser Akademie als neuen Auftrag die berufliche Qualifizierung ehemaliger NVA-Angehöriger ohne politische Anteile durchzuführen, mit diversen Studiengängen bis zur Dissertation. Dazu war bereits das zuvor erwähnte Institut für Konversion der Streitkräfte im Aufbau. Für übernommene Unteroffiziere wurden Personalgespräche geführt, sie kamen nach und nach überwiegend in Truppenteilen der Region unter. Auf einige, meist zivile Wissensträger, ca. 120, konnte zur Aufrechterhaltung des Betriebes und für die Etablierung neuer Dienststellen (StOV, KWEA, VBK) nicht verzichtet werden. Zum Beispiel wurde der für die Infrastruktur der Akademie ehemals zuständige Oberstleutnant Günter Möbius mit zivilem Status als Bezirksverwalter in der neuen Standortverwaltung Dresden weiterbeschäftigt. Das traf auch für weiteres Personal zu. Es erwies sich als Vorteil, dass der Leiter der neuen Standortverwaltung, Herr Gaudian, mit uns im Gästehaus wohnte, und dass wir uns abends mit ihm austauschen konnten. Ab 1991 wurde zunächst noch erforderliches ziviles Personal durch die StOV Dresden gekündigt oder auch übernommen.

Umnutzung der Liegenschaft

Nach Freiwerden von Gebäudeteilen zogen hier neue Dienststellen der Bundeswehr ein, wie zum Beispiel StOV, KWEA (Kreiswehrrersatzamt), VBK 76 (Verteidigungsbezirkskommando), ADvBw (Amt für Datenverarbeitung der Bundeswehraußenstelle), WBV VII (Wehrbereichsverwaltung, Außenstelle von Leipzig) und MAD (Militärischer Abschirmdienst). Aber auch von der neuen sächsischen Landesregierung wurden Gebäude übernommen.

Material-Abschub

Im Gegensatz zu den Lehreinrichtungen der Bundeswehr als reine Friedenseinrichtungen war die NVA-Militärakademie auch ein Mobilmachungs-Truppenteil, wohl in der Führungsstruktur eines Armeestabes. Entsprechend umfangreich war natürlich auch die materielle Ausrüstung. Es entsprach rela-

tiv wenig dem westlichen Standard zur Weiterverwendung in der Bundeswehr. Schwere Waffen und Großgerät wurden, immer in Abstimmung mit dem BwKdo Ost in Strausberg, in zentrale Sammelstellen oder ins Materiallager Lindhardt bei Leipzig abgeschoben. Alles geschah immer mit dem vorhandenen Stammpersonal als Wissensträger.



Hptm Liebig in einem abgeschobenen LKW gl. TATRA (tschechisches Produkt) im Materiallager Lindhardt. Auch dieses Fahrzeug wurde offensichtlich mit UN-Logo in Weiß für den Golfkrieg umlackiert und über die ehemalige US-Kaserne Garlstedt in der Nähe meines Wohnortes bei Bremen zur Verschiffung weitergeleitet.

Die vorhandenen Waffen waren schon im Dezember 1990 nicht mehr an der Akademie, sodass wir danach aus Gründen der militärischen Sicherheit keine Bewachung des Objekts mehr für notwendig ansahen.

Nach Erkenntnissen kam es 1991 auch vermehrt zu Materialdiebstahl, weil das verantwortliche Personal größtenteils Ende 1990 entlassen wurde und nachweispflichtiges Material nicht mehr in den Beständen überprüft werden konnte. Aus meiner Erinnerung bildete privat verwertbares Sanitätsmaterial dabei einen Schwerpunkt. Globale Übergabebelege ohne detaillierte Bestandslisten machten eine Klärung und Täterermittlung unmöglich.

In der Zeit unserer Tätigkeit in Dresden fand auch der 2. Golfkrieg statt. Der Irak hatte Kuwait überfallen und besetzt. Durch UN-Resolution Nr. 678 vom 29.11.1990 sollte nach vorherigen politischen Bemühungen die Souveränität

Kuwaitis militärisch wieder hergestellt werden. Daran beteiligten sich aktiv 34 Nationen. Die Bundesrepublik hatte sich für materielle Unterstützung entschieden. In diesem UN-Rahmen wurde auch aus Beständen der Akademie militärische Ausrüstung, primär Zelte und Fahrzeuge, in das Kriegsgebiet geliefert.

Die Bestände der Geheim-Registratur wurden nach Strausberg abgegeben. Große Teile wurden vorher als offen eingestuft und mangels sicherer Entsorgungsmöglichkeiten per LKW bis in eine Müllverbrennungsanlage nach Hannover gefahren.

Bibliotheksbestände zivilen Charakters wurden bei Bedarf an andere Bibliotheken in und außerhalb der Bundeswehr übergeben und teils auch verkauft. Die militärischen Bestände gingen mit Erstzugriff an die Militärbibliothek Dresden. Diese Bibliothek ging 1998 in die Bibliothek und Fachinformationsstelle der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AkBwInfoKom) in Strausberg auf.

Liegenschaftsmaterial wurde primär von den neuen Dienststellen der Bundeswehr in Dresden übernommen. Dazu zählten ebenfalls ausbildungsspezifische Geräte, etwa Lehrsaa-Ausstattungen, welche aber auch an Schulen und Behörden gingen.

Die Druckerei war bei unserer Abreise noch voll arbeitsfähig. Das war darin begründet, weil neue Truppenteile und Dienststellen in Dresden mit hohem Bedarf für die Auslastung sorgten.

Bekleidung und persönliche Ausrüstung wurde meines Erachtens nach uns durch eine zentrale Entscheidung zur Weiterverwertung von einem zivilen Unternehmen abgeholt.

Militärhistorische Geräte und Kettenfahrzeuge wurden mehrheitlich vom Militärhistorischen Museum (MHM) in Dresden übernommen.

Bei der Weiterverwendung bzw. Entsorgung von militärisch unbedeutendem Material gab es Schwierigkeiten. Der Befehlshaber des BwKdo Ost, Generalleutnant Jörg Schönbohm, später im Zivilleben Innenminister in Brandenburg, gab uns bei einem Besuch grünes Licht, mit den Sowjetstreitkräften Kontakt aufzunehmen, ob hier evtl. Bedarf besteht. Für die dafür notwendige Aussonderung wurde eine Kommission gebildet.



Hptm Liebig, StFw Wohlfeil, Oberst Dr. Achmann und Museumsmitarbeiter des MHM vor der Landekapsel SOJUS-29, mit der Sigmund Jähn als erster Deutscher am 03.09.1978 nach 3-monatigem Aufenthalt in der sowjetischen Raumstation SALJUT-6 zur Erde zurückkehrte.



Die Panzerhaubitze SFL 2S3M 152 mm wurde dem Militärhistorischen Museum in Dresden übergeben. Ganz rechts StFw Wohlfeil mit Sowjetsoldaten, die ausgesondertes Material abholen.

Auf Vermittlung des ehemaligen russischen Staatsbürgers und Sprachlehrers an der Akademie, Dr. Boris Korotkow, trafen wir dann mit dem Verbindungsoffizier der sowjetischen 1. Gardepanzerarmee, Oberstleutnant Alexander Kapschin, zusammen. Das sowjetische Nachrichtenregiment gegenüber dem Militärhistorischen Museum wurde dann unser Abnehmer.



Im Gästehaus der Akademie von links Herr Gaudian (Leiter StOV Dresden), OTL Conrad, GenLt Schönbohm (BefH Ost), Maj Schäfer (später NachKdoFhr), StFw Wohlfeil, Hptm Liebig, HptFw Maaß



Dr. Boris Korotkow,
Sprachlehrer, Dolmetscher
an der Militärakademie.



OTL Alexander Kapschin,
sowj. Verbindungsoffizier,
1. Gardepanzerarmee.



OTL Juri Konowalow,
Stellv. Kommandeur des
sowj. NachrRgt.

Besonders begehrt waren bei den russischen Sergeanten die schon unter dem Abschnitt Datenverarbeitung genannten Pappkoffer aus der Geheimregistra-
tur, weil diese für persönliches Gepäck bei der späteren Heimreise geeignet
erschieden.



Materialtransport zum sowjetischen Nachrichtenregiment.
Auch nicht mehr benötigtes elektronisches Gerät wurde übernommen.

Auf den Fotos Hptm Liebig, StFw Wohlfeil und Hptm Weißenburg (Chef SichStKp, von der NVA übernommen).



Auch ausgesonderte Schwarz-Weiß-Fernseher, Tonbandgeräte, Kassetten-Rekorder etc. wurden von Sowjetsoldaten gerne genommen und abgefahren.

Rechts StFw Wohlfeil.

Studiengänge, Diplome und Dissertationen an der Militärakademie

Die Studiengänge und Promotionen an einer militärischen Akademie waren für uns schwer nachvollziehbar. Im Westen waren für anerkannte Studiengänge mit Prüfungsordnung ausschließlich die Kultusministerien zuständig. Diplome und Titel werden nicht an einer rein militärischen Einrichtung vergeben. Hier an der Militärakademie wurde jedoch Lehre, Prüfungsordnung und Prüfungsabnahme in einer Hand geschaffen und praktiziert. Es wurden Diplome für Gesellschaftswissenschaften, Ingenieure und Militärwissenschaften mehrere tausend Mal vergeben.

Allein über 600 Offiziere haben hier promoviert. Wir haben uns einige (Kurz-Dissertationen flüchtig angesehen und grob überprüft. Nach Einschätzung hätten diese nicht alle dem wissenschaftlichen Standard bei uns entsprochen. Fast der gesamte Bestand wurde an das Militärarchiv in Potsdam abgegeben, ein kleinerer Teil von Diplomarbeiten auch an die Militärbibliothek Dresden.

Es gab Dissertationen auf folgenden Gebieten:

- Dr. rer. mil. (rerum militarium), Militärwissenschaften (nur in der DDR);
- Dr. sc. mil. (scientiae militariae), Militärwissenschaften (nur in der DDR);
- Dr. sc. oec (scientiae oeconomiae), Wirtschaftswissenschaften;
- Dr. phil. (philosophiae), Philosophie;
- Dr. sc. phil. (scientiae philosophiae), Philosophie (in dieser Form nur in DDR);
- Dr. sc. pol. (scientiae politicarum), Staatswissenschaften;
- Dr. rer. tech. (rerum technicarium), Technische Wissenschaften;
- Dr. oec. (oeconomiae), Wirtschafts-/Verwaltungswissenschaften;
- Dr. rer. pol. (rerum politicarum), Staats- und Wirtschaftswissenschaften;
- Dr.-Ing., Ingenieur-Wissenschaften

Soziale Beratung für die Akademie-Angehörigen

Besonders in den ersten Tagen und Wochen waren wir für alle Soldaten und Beschäftigten auch Ansprechpartner für ihre Sorgen und Nöte. Das galt besonders auch für neue und ungewohnte Behörden- und Versicherungs-Angelegenheiten, aber auch wegen Zukunftsängsten und Arbeitslosigkeit. Diese Unterstützung haben wir aber schon aus menschlich-kameradschaftlichen Gründen im Rahmen unserer Möglichkeiten gern geleistet.

Kommunikationsschwierigkeiten und Heimatkontakte

Die Telefon-Infrastruktur der DDR gab die Vielzahl jetzt nötigen Verbindungen im Beitrittsgebiet nicht her, schon gar nicht in Richtung alte Bundesländer. Für diese Versuche wurde ineffizient viel Zeit verwendet. Unsere alten

Dienststellen und West-Truppenteile konnten zunächst kaum erreicht werden.

Die NVA unterhielt ein S1-Stabsnetz, welches seinen Ursprung im Dienstnetz der früheren Wehrmacht hatte. Die Verbindungen gen Westen waren aber alle gekappt. Für Telefongespräche in das Dienstnetz der Bundeswehr wurden im Bereich der ehemaligen DDR-Grenztruppen eiligst Übergänge geschaffen, welche aber nicht reichten.

Die Übergänge in das Netz der Deutschen Bundespost (Fernmeldedienst) waren zwar häufiger, aber auch immer überlastet. Um mit diesen Mängeln zu leben, haben wir dann oft in den späten Abendstunden Funktionsträger in der Bundeswehr(West) privat angerufen, um dienstliche Angelegenheiten zu regeln.

Um den Engpass bei telefonischen Kontakten zu den Familien im Westen zu verbessern, hatte aus Fürsorgegründen die Bundeswehr mit der Bundespost (Fernmeldedienst) vereinbart, die sogenannte Verhinderungsschaltung aufzuheben, um Gespräche über das Dienstnetz in die Heimat-Kasernen zu führen und dann in das öffentliche Netz weiterzuleiten.

Wegen der ständig überlasteten und schlechten Straßen hatte die Bundeswehr ein Stern-Flugnetz geschaffen, um an den Wochenenden die Familien besser erreichen zu können. Das Drehkreuz war der ehemalige NVA-Flugplatz Wriezen (Neuhardenberg), 50 km nordöstlich von Berlin, ehemals Stützpunkt JG8, TG44 mit DDR-Regierungsfliegern. Unser Start-Flugplatz war der militärische Teil von Dresden-Klotzsche, mein Heimatflugplatz war der Fliegerhorst Oldenburg. Für die Flüge wurden vielfach Maschinen aus Beständen der DDR-LSK eingesetzt. So flog ich mit Honeckers ehemaliger Regierungsmaschine Tupolew 134 wiederholt von Oldenburg nach Wriezen. Mit diesem Verkehrsflugzeug musste der militärische Korridor in ca. 2000 m Höhe mit niedriger Geschwindigkeit geflogen werden. Von Wriezen nach Klotzsche wurde meist eine Antonow AN26 eingesetzt. Aber die Flüge wurden auch mit der Transall oder dem Transport-Hubschrauber CH53 durchgeführt. Das Stern-Flugnetz hatte zeitlich aber auch seine Tücken. Es gab oft lange Wartezeiten beim Umsteigen, weil Zubringer wetterbedingt noch nicht in Wriezen waren. Wegen Nebel sind wir zum Beispiel nach Berlin-Schönefeld oder nach Leipzig umgeleitet worden, wo wir dann lange hängen blieben.



Vergleichsbild TU134, DDR-Regierungsmaschine des TG44, Transportgeschwader in Wriezen.



Hptm Liebig beim Verlassen einer AN26 (Antonow) in Dresden.

Zwischenmenschliche Kontakte, auch zu Sowjet-Soldaten, und Freizeit

Vor dem Akademie-Tor wurde durch die MHO (Militär-Handels-Organisation) der NVA ein Clubhaus betrieben, wo wir auch mit ehemaligen Offiziersschülern und Soldaten ins Gespräch kamen. Wir wurden überall akzeptiert, und gerade diese jungen Soldaten sagten uns offen, dass innerhalb der

NVA der allgegenwärtige Führungsanspruch der SED mit den ideologischen Thesen und der angeblichen Aggressivität des imperialistischen Klassenfeindes immer unglaubwürdiger wurde und auch vermehrt gegenüber Vorgesetzten mutig kritisiert wurde.

Dabei wurde auch oft die Alarmierung und Gestellung von drei Hundertschaften zur Unterstützung der Volkspolizei angesprochen, nachdem die DDR-Flüchtlinge aus der Prager Botschaft mit dem Zug durch den Bahnhof Dresden gerollt waren und es zu Massendemonstrationen kam. Hier hätte sich auch die Führung der Militärakademie besonnen gezeigt, ein Zeichen dafür, dass Erneuerungen notwendig waren und der Ruf, *Wir sind das Volk*, in der Volksarmee Beachtung fand. Viele Offiziere wollten sich dem Diktat der Parteiführung nicht mehr bedingungslos unterordnen. Der Wunsch nach Pluralismus und Veränderungen war sehr groß.

Zu Personen, mit denen man dienstlich häufig zu tun hatte, entwickelte sich auch ein persönlich guter Kontakt. Diese zwischenmenschlichen Beziehungen hielt ich auch für das vertrauensvolle Zusammenwachsen bedeutsam. Private gegenseitige Einladungen waren üblich. Auch als Gäste-/Tourismusführer bis ins schöne Elbsandsteingebirge waren ehemalige Angehörige der Akademie bereit.

Die dienstlichen Kontakte zu den Sowjetsoldaten setzten sich privat besonders zu dem Verbindungsoffizier des Armeestabes und den Offizieren mit Familien des Nachrichtenregimentes sehr freundschaftlich fort. So wurde ich, zusammen mit dem Kameraden StFw Wohlfeil, noch im Sommer 1991 zu der Jubiläumsveranstaltung, 50 Jahre sowjetisches Nachrichtenregiment, eingeladen. Wider Erwarten wurde ich hier vor dem gesamten Führungspersonal (mit Familien) spontan zu einer Rede animiert, in der ich dann aber nicht auf militärische Aspekte einging, sondern auf neue Möglichkeiten der Völkerverständigung in Frieden und Freiheit. Weil der Sprachlehrer, Dr. Korotkow, dolmetschte, hatte ich immer genügend Zeit, um die nächsten Sätze zu formulieren. Gemessen am Beifall gegenüber den Jubiläumsreden der Generale und Kommandeure hatte ich wohl eher die Erwartungen und Sehnsüchte des Publikums getroffen.

Für die Teilnahme in Uniform erhielten wir vom Verteidigungsministerium eine Sondererlaubnis, da die Kontaktpflege zwischen Bundeswehr und Sowjetstreitkräften generell nur im Beitrittsgebiet erlaubt war. Nach Abzug der sowjetischen Truppen gelangte der Verbindungsoffizier Kapschin nach Minsk/Belarus, wohnte zunächst in Ermangelung von Wohnraum mit Familie und anderen in einer Kaserne. Später bezog er eine Neubauwohnung, deren Bau für Rückkehr-Soldaten durch die Bundesrepublik gefördert wurde.

Durch Truppenreduzierung musste auch er den aktiven Dienst beenden. Auf Initiative der Hamburger Kfz-Innung gelang es, Kapschin wegen seiner guten Deutsch-Kenntnisse zu gewinnen, als Manager den Aufbau einer Kfz-Reparatur-Organisation für deutsche Gebrauchtwagen in Minsk zu organisieren. Er wurde dafür mit Fahrzeugen und dem nötigen Material ausgestattet. Deutschsprachige junge Russen sollten dann über den Kfz-Verband in Dresden mit den nötigen Reparatur-Kenntnissen angelernt werden. Die EU wollte das Gesamt-Projekt fördern. Als der weißrussische Präsident Lukaschenko jedoch den demokratischen Weg verließ, starb das Projekt.



Übergabe des Wappens des FüAkBw an den stv. Kommandeur des NachrRgt. OTL Konowalow, heute als Zivilist in Moskau in der Möbelbranche tätig.

Lockere kameradschaftliche Atmosphäre im Kasino des sowjetischen NachrRgt (SF Wohlfeil, OTL Kadenyuk, Galina (Bedienung), Hptm Liebig, Dr. Korotkow (Dolmetscher), HF Becker (FüAk), HF Maaß, OTL Kapschin (VO), vorn sitzend Frau Pfundt (Dolmetscherin).

Vom Gegenbesuch im Gästehaus der Akademie sind leider kaum brauchbare Fotos vorhanden.

Kapschin war in der Folgezeit per Einladungen wiederholt privat bei mir in Deutschland mit Familie und weiteren Angehörigen zu Gast. Seiner Familie wurden dabei Land und Leute Norddeutschlands nähergebracht und auch materielle Unterstützung gegeben, auch von meinen Freunden und Nachbarn. Als praktizierte Völkerverständigung halten die Kontakte bis heute an.

Auch aus dem Bereich der ehemaligen Militärakademie hatte ich mehrere Familien bei mir zu Gast, denn auch hier waren die Wünsche groß, die alten Bundesländer, auch einmal die Nordsee mit Ebbe und Flut, kennenzulernen, oder die Hochseeinsel Helgoland. Es werden sporadisch noch Verbindungen gepflegt, besonders zur Familie Haueis.



Ehepaar Konowalow (stvKdr NachrRgt) und Dolmetscher Dr. Korotkow links während einer Privateinladung durch Hptm Liebig rechts im Elbsandsteingebirge (Bastei).



General der sowjet. NachrTr (WestGrp) im August 1991. Austausch von Abzeichen der FüAkBw und des Gardeabz. der 1. PzArmee.



Gegenbesuch des sowjetischen NachrRgt im Gästehaus der Militärakademie. Links Ehepaar Hauéis, darüber der sowj. OTL Kadenyuk, oben links H. Liebig und HF Maaß.



Links Familie Kapschin aus Minsk nach dem Ausscheiden aus der Sowjetarmee bei mir privat im Raum Bremen zu Gast.

Trotz der knappen Freizeit in Dresden, wurde natürlich, meist an den Wochenenden, versucht, Land und Leute näher kennenzulernen, auch auf kulturellem Gebiet. Ich begab mich auch auf die Spuren meiner Ahnen, die als Weber im 18. Jahrhundert aus Mittweida, vor Beginn der sächsischen Industrialisierung, aus Not nach Schleswig-Holstein kamen.

Die wesentlichsten Baudenkmäler Sachsens wie zum Beispiel Zwinger, Pillnitz, Moritzburg, Augustusburg, andere Burgen, Festungen, Parks etc. waren ein Muss. Auch die Semper-Oper und Museen fehlten nicht. In Verbindung

eines dienstlichen Aufenthalts in Leipzig wurden natürlich auch *Auerbachs Keller* in der Mädler-Passage und das Völkerschlachtdenkmal aufgesucht.

An Wochenenden habe ich mir auch einen Eindruck über die Nachbarländer jenseits der Neiße, bis nach Prag, verschaffen können, Gebiete, welche uns als Bundeswehr-Angehörige geografisch nur von der Karte her bekannt waren.



Schloss Pillnitz, welches Sachsens Kurfürst August der Starke für seine Mätresse, Gräfin Cosel, als Lustschloss im chinesischen Stil an der Elbe bauen ließ.



Nach einem dienstlichen Aufenthalt der UGrp im Mat-Depot Lindhardt und in Leipzig war der Besuch des Völkerschlacht-Denkmal und des historischen Auerbachs Keller (Goethes Faust) obligatorisch.



Unser Abschiedsempfang 1991. Ganz links Günter Möbius, ehemals NVA-OTL, jetzt StOV; zwischen mir und OTL Conrad in der hellen Jacke Renate Haueis, unsere Bürokräft; daneben Maj Roland Schäfer, ehemals NVA, jetzt als Nach-KdoFhr eingesetzt; weiter rechts daneben Herr Gaudian, Leiter StOV Dresden; ganz rechts HptFw Maaß

Fazit

Wir hatten in unserer Zeit mit vielen Menschen Kontakt, uns vertrauensvoll ausgetauscht, und auch die Schönheiten Dresdens und Sachsens kennengelernt. Das Ende der Trennung von der Familie war nun gekommen, trotzdem verließen wir Dresden mit ein wenig Wehmut. Der eingesetzte Major Schäfer als Nachkommandoführer hatte nun bis zum endgültigen Ende der Militära-

ademie seinen Job zu machen. Es war letztlich Volkes Wille, dass wir den Kalten Krieg und diese praktizierte sozialistische Idee im Frieden überwunden hatten, um jetzt in einem wiedervereinigten Deutschland unser Leben in gemeinsamer Freiheit zu gestalten.

Der Mensch kommt als Individuum zur Welt. Auf Dauer lässt sich niemand durch eine staatliche Einheitspartei mit Ideologien unter Beschränkung von Menschenrechten formen. Parolen der Funktionäre wurden durch ausbleibende Erfolge und die zunehmenden Alltagsschwierigkeiten immer unglaubwürdiger.

Trotz mancher Schwierigkeiten, auch in einer Demokratie, wird sich die Einheit in freier Selbstbestimmung zum Wohle aller vollenden lassen. Dazu muss allerdings jeder in weitgehender Eigenverantwortung sein Leben steuern und planen.

Die Wiedervereinigung stand in keiner Dienstvorschrift. Die Zeit in Dresden war daher oft durch weitgehende Handlungsfreiheit mit gesundem Menschenverstand zu gestalten, mit vielen neuen Einsichten und Weisheiten. Es war der bedeutsamste Abschnitt meiner militärischen Laufbahn. Durch die vielen Gespräche und Begleitumstände habe ich mich oft gefragt, ob ich nicht auch in der dortigen Armee gelandet wäre, wenn ich jenseits der Elbe gewohnt hätte. Mangels Alternativen sind viele zur NVA gegangen, auch aus einer Verantwortung gegenüber sich selbst und der Familie. Dazu zählten sichere Existenz, Wohnung, Schulausbildung der Kinder und auch sonstige Vorteile gegenüber dem Normalbürger.

Ich bin dankbar, dass ich aktiv an dem historischen Prozess der Wiedervereinigung teilnehmen und im Rahmen meiner Möglichkeiten auch vertrauensvolle Brücken zu den Menschen bauen konnte, selbst über die Landesgrenzen hinaus.

Nachgereichte Beiträge zu

Militärakademie

Friedrich Engels

Historisch-kritische Nachbetrachtung zum
50. Jahrestag ihrer Gründung

Heinz Weidner

Zur Rolle der Politabteilung der Militärakademie *Friedrich Engels* in den 1970er und 1980er Jahren Erinnerungen, Selbstreflexionen, Wertungen

Meinen Darlegungen möchte ich folgende Bemerkungen voranstellen: Vom September 1973 bis Dezember 1987 war ich als Oberlektor in der Politabteilung der Militärakademie tätig und dem Stellvertreter des Chefs der Militärakademie und Leiter der Politabteilung persönlich unterstellt. Das war meine letzte Dienststellung. Aus ihr wurde ich im Dezember 1987 in den Ruhestand entlassen. Mein Weg dahin begann – nach einem Pädagogikstudium und anschließender Lehrertätigkeit als stellvertretender Schulleiter – am 1. Februar 1953 bei der Hauptverwaltung Deutsche Grenzpolizei. Bis 1960 war ich Oberinstrukteur in der Abteilung Propaganda/Agitation der Politischen Verwaltung. Danach hatte ich Funktionen als Stellvertreter des Leiters der Politabteilung in der Grenzbrigade Magdeburg und als Lehrer an der Offizierschule der Grenztruppen in Plauen. Diese Tätigkeiten waren verbunden mit Qualifizierungsmaßnahmen an der Offizierschule der Grenzpolizei Sondershausen und mehrjährigen Fernstudien an der Parteihochschule *Karl-Marx* und an der Militärakademie.

Mit annähernd 25-jährigem Abstand zu meiner damaligen Tätigkeit, vielem Nachdenken über die Ursachen des Untergangs der DDR und schwerwiegenden Prozessen des Umdenkens halte ich es für notwendig, aufgrund meiner gewonnenen Erkenntnisse einen sachlich-kritischen Rückblick auf die eigene Arbeit und die der Politabteilung vorzunehmen.

Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, dass wir als Mitarbeiter der Politabteilung eingebunden waren in den Auftrag, die führende Rolle der SED, besonders ihre ideologische Komponente, in Erziehung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung an der Militärakademie durchzusetzen. Für uns, die die jetzt zu untersuchende politische Tätigkeit erlebt und auch mit zu verantworten haben, ist eine kritische Analyse dieser Arbeit unverzichtbar. Sie soll der geschichtlichen Wahrheitsfindung gerecht werden und darf weder der Verklärung noch der Dämonisierung der SED und der DDR dienen. Sie muss aus heutiger Sicht unter Beachtung der sich damals immer mehr zuspitzenden gesellschaftlich-politischen Krise des staatsautoritären Sozialismus, der Widersprüchlichkeit von Macht und Demokratie und der Bevormundung der Gesellschaft durch die SED-Führung vorgenommen werden.

Daraus ergab sich auch die Schlussfolgerung, mich persönlich von vielen damals für richtig gehaltenen Auffassungen zu trennen, so schwierig – und

manchmal konfliktreich – dies heute ist. Deshalb möchte ich betonen, dass die folgenden Ausführungen und Wertungen der Arbeit der Politabteilung subjektiv geprägte Erkenntnisse sind, die ich zu einigen Bereichen und Schwerpunkten der Politabteilung äußern möchte und die sicher weiterer vertiefender Gedanken bedürfen.

Zu Stellung, Aufgaben und Struktur der Politabteilung der Militärakademie

Die Führungstätigkeit des Stellvertreters des Chefs und Leiters der Politabteilung wurde bestimmt durch die staatliche Ordnung, die auf ihrer Grundlage basierenden Dienstvorschriften, Befehle und militärischen Grundsatzdokumente des Ministeriums für Nationale Verteidigung sowie durch das Parteistatut der SED, vor allem aber durch die vom ZK der SED erlassenen Instruktionen für die leitenden Parteiorgane (Politorgane) und für die Parteiorganisationen der NVA und der Grenztruppen der DDR von 1972 und 1976.

Entsprechend dieser Instruktionen wurden die Leiter der Politorgane nicht demokratisch gewählt, sondern als Nomenklaturkader vom ZK der SED bestätigt und eingesetzt. Damit wurde die bis dahin gültige Praxis der Wählbarkeit des 1. Kreissekretärs an der Militärakademie beendet, und der befehlsgemäß eingesetzte Leiter der Politabteilung nahm nunmehr die Rechte und Pflichten eines 1. Sekretärs einer Kreisleitung der SED wahr, wie das die gültige Parteiinstruktion festlegte. Gleichzeitig war er Stellvertreter des Chefs und in dieser Funktion Vorgesetzter aller Angehörigen der Militärakademie.

Die Politische Hauptverwaltung der NVA als übergeordnete politische Führungsebene hatte den Status einer SED-Bezirksleitung und der Chef der Politischen Hauptverwaltung den des 1. Sekretärs einer Bezirksleitung. Dieser war Mitglied des ZK der SED und als Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung, der dem Politbüro des ZK der SED angehörte, gleichzeitig militärischer Vorgesetzter der Mitarbeiter der Politischen Hauptverwaltung und aller Armeeangehörigen. Gegenüber dem Leiter der Politabteilung der Militärakademie war er weisungsberechtigt. Insofern waren die Politorgane, begonnen bei der Politischen Hauptverwaltung bis zur Militärakademie, sowohl leitendes Parteiorgan als auch Stellvertreterbereich der jeweiligen militärischen Führungsebene. Daraus resultierte, im Unterschied zu den 1. Kreissekretären im zivilen Bereich, eine doppelte Unterstellung des Leiters der Politabteilung, einerseits unter den Chef der Militärakademie und andererseits unter den übergeordneten Chef der Politischen Hauptverwaltung.

Dies anzumerken erscheint mir notwendig, um die hierarchisch-zentralistische Führung der Politorgane in der NVA auf der Grundlage der militärischen Einzelleitung und der Einheit von politischer und militärischer Füh-

nung als entscheidende Seite der führenden Rolle der SED und der engen Verflechtung von militärischen und Parteifunktionen in der NVA zu verdeutlichen. Diese Einheit von politischer und militärischer Führung sicherte den Macht- und Führungsanspruch der SED, genauer der Parteiführung, in der Armee. Daraus ergab sich für die Politabteilung der Militärakademie die erst-rangige Aufgabe, die zentralen Parteibeschlüsse, Reden des Generalsekretärs des ZK der SED und anderer Mitglieder des Politbüros in Ausbildung, Wissenschaft und Forschung auszuwerten und ihre Realisierung zu überwachen. Daraus resultierte auch, dass wesentliche Entscheidungen und Weisungen der Politischen Hauptverwaltung gegenüber der Politabteilung befehlsmäßigen, keinen Widerspruch duldenden Charakter trugen. Diskussionen und Auseinandersetzungen gab es jedoch in der Politabteilung über politische, ideologische und arbeitsbezogene Auffassungen, die in Grundorganisationen geäußert worden waren und unterschiedlich bewertet wurden.

Die Hauptaufgabe des Stellvertreters des Chefs und Leiters der Politabteilung sowie der Mitarbeiter der Politabteilung war die ständige Vertiefung der kommunistischen Erziehung aller Angehörigen der Militärakademie und ihre politische Motivierung zur vorbildlichen Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten. Im Zeitraum meiner Diensttätigkeit von 1973 bis 1981 war Stellvertreter des Chefs und Leiter der Politabteilung Oberst, später Generalmajor, Rudolf Raubach. Im Dezember 1981 übernahm diese Dienststellung Generalmajor Heinz Bilan.

Generalmajor Rudolf Raubach, Jahrgang 1919, entstammte einer kinderreichen Arbeiterfamilie, war Maler, 1929 bis 1931 Mitglied der Kindergruppe der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1939 inhaftiert, 1940 bis 1945 leistete er Dienst in der faschistischen Wehrmacht. Nach Rückkehr aus amerikanischer Gefangenschaft war er ein Aktivist der ersten Stunde. 1945 trat er in die KPD ein. Seine Entwicklung über FDJ, Volkspolizei seit 1949 und Armee seit 1956 erfolgte unter ständigem Bemühen, seine Bildung zu vervollkommen: Fernstudium an der Parteihochschule der SED, Studium an der Militärakademie 1967 bis 1969. Vor seinem Einsatz als Stellvertreter des Chefs und Leiter der Politabteilung der Militärakademie war er von 1958 bis 1961 1. Sekretär der Kreisleitung der SED an der Militärakademie, von 1962 bis 1965 1. Kreissekretär der SED im Ministerium für Nationale Verteidigung, danach Stellvertreter des Chefs und Chef der politischen Verwaltung eines Militärbezirks.¹

¹ Siehe W. Jahn, R. Jäntsche, S. Heinze, Militärakademie *Friedrich Engels*. Historischer Abriss, Berlin 1988, S. 21.

Mit seinem Eintritt in den Ruhestand folgte ihm ab 01.12.1981 in dieser Funktion Generalmajor Heinz Bilan, Jahrgang 1931. Von Beruf Maschinenschlosser und seit 1948 Mitglied der SED, begann dieser seinen Dienst 1949/50 in der Volkspolizei und durchlief danach alle politischen Führungsebenen in der Kasernierten Volkspolizei. Von 1954 bis 1959 absolvierte er die Militärpolitische Akademie *W. I. Lenin* in Moskau und wurde dann Stellvertreter des Kommandeurs und Leiter der Politabteilung einer Panzerdivision. 1967 bis 1969 studierte er an der Akademie des Generalstabes der Streitkräfte der UdSSR und war danach Stellvertreter des Leiters der Politabteilung eines Militärbezirks. Er verfügte demzufolge über eine umfangreiche Praxis und Erfahrung in der politischen und militärischen Führungstätigkeit und zeichnete sich durch eine hohe politisch-militärische Bildung aus.²

Wie bereits erwähnt, war ich als Oberlektor Generalmajor Raubach, und danach Generalmajor Bilan, unmittelbar unterstellt. Mein Aufgabengebiet umfasste u. a. die Mitarbeit an Konzeptionen und Referaten zu zentralen Parteimaßnahmen wie Parteiaktivtagungen, Delegiertenkonferenzen usw.; die Erarbeitung und Bearbeitung von Vorlagen zur Vorbereitung von Dienstbesprechungen des Leiters der Politabteilung, regelmäßige Teilnahme an ihnen; Überwachung der Termine und Kontrolle der getroffenen Festlegungen des Leiters der Politabteilung; Erarbeitung schriftlicher Materialien zur Vorbereitung von Vorträgen und Vorlesungen vor Lehrgängen leitender Kader, Lehroffizieren und Offiziershörern, aber auch in der Öffentlichkeit zu wissenschaftlichen und militärpolitischen Themen sowie die Teilnahme an Parteileitungssitzungen und Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen und Parteigruppen in den Sektionen und Lehrstühlen.

Eine wichtige Voraussetzung für meine Tätigkeit sah ich in der Entwicklung vieler Kontakte zu den Lehroffizieren der Sektionen, besonders zu den Professoren und Dozenten der I. Sektion (Gesellschaftswissenschaften), sowie in der Teilnahme an wissenschaftlichen Konferenzen, Kolloquien und Promotionsverfahren dieser Sektion. Ich hielt dies für erforderlich, um einen tieferen Einblick in die Lehrtätigkeit und in die wissenschaftliche Arbeit des Lehrkörpers zu erlangen. Alle diese Kontakte waren für mich eine wertvolle geistige Bereicherung und führten zudem zu einem gegenseitigen kameradschaftlichen Vertrauensverhältnis.

² Siehe ebenda, S. 125.

Zur Struktur der Politabteilung

Die Politabteilung gliederte sich in den Bereich des Stellvertreters des Leiters der Politabteilung für Instruktion/Organisation und den Bereich des Stellvertreters des Leiters der Politabteilung für Propaganda/Agitation.

Dem Leiter der Politabteilung unterstanden außerdem der Vorsitzende der Parteikontrollkommission und der Kommandeur der Sektion Gesellschaftswissenschaften. Die Leiter der genannten Bereiche gehörten zum ständigen Führungsgremium des Stellvertreters des Chefs und Leiters der Politabteilung.

Weiter unterstanden dem Leiter der Politabteilung ein Oberlektor; das Musikkorps der Militärakademie; die Wissenschaftliche Bibliothek; das Kultur- und Sportzentrum und die Dokumentenstelle der Politabteilung.

Schließlich war auch die Arbeitsgruppe zur materiellen Sicherstellung der sportpolitischen Arbeit dem Leiter der Politabteilung unterstellt. Sie wirkte in Zusammenarbeit mit der Sportkommission und der Armeesportgemeinschaft Vorwärts Dresden auf vielfältige Weise bei der Unterstützung der einzelnen Sportsektionen und der Sicherstellung der jährlichen Meisterschaften in den verschiedenen Sportarten mit.

Zum Bereich der Politabteilung gehörte auch der Sekretär der Gewerkschaftsorganisation, der für die Führung der Gewerkschaftsarbeit unter den Zivilbeschäftigten verantwortlich war. Er wurde vom Leiter der Politabteilung angeleitet und wandte sich, je nach Notwendigkeit, an diesen zu Problemen seiner Arbeit. Er erstattete ihm regelmäßig Bericht über den Stand der Gewerkschaftsarbeit.

Desgleichen gehörte die Anleitung der FDJ-Organisation, der die Mehrheit der jungen Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten der Militärakademie angehörte, in den Verantwortungsbereich der Politabteilung. Sie wurde im Auftrag des Leiters von einem Oberinstrukteur des Stellvertreterbereichs Instruktion/Organisation wahrgenommen.

In welchen Formen nahm die Politabteilung ihre Führungsverantwortung wahr?

Erstens: Die regelmäßigen Dienstbesprechungen des Leiters der Politabteilung mit dem schon erwähnten Führungskreis bildeten einen vorrangigen Ausgangspunkt für eine zielgerichtete politische Führung und parteiliche Einflussnahme auf Ausbildung sowie Wissenschaft und Forschung. Zu bestimmten Themen wurden die Kommandeure der einzelnen Sektionen, der jeweilige Parteisekretär und der zuständige Oberinstrukteur geladen. Diese Beratungen fanden regelmäßig in zeitlichen Abständen statt, aber auch zu bestimmten

Höhepunkten wie Absolventenprüfungen u. a. Im Mittelpunkt solcher Beratungen standen die Berichterstattung über die Auswertung von Parteibeschlüssen und Dokumenten der Parteiführung für die Lehre und Forschung im betreffenden Verantwortungsbereich. Dazu gehörten unter anderem solche Probleme wie:

- Stand, Niveau und Ergebnisse der wissenschaftlich-theoretischen Arbeit und Forschung sowie der Ausbildung in der Sektion unter Beachtung der weltanschaulichen Durchdringung und Gewährleistung der Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit des Lehr- und Forschungsgegenstandes;
- Übereinstimmung der Zielstellungen und Aufgaben der Lehrstühle mit den Anforderungen und Erfordernissen der jeweiligen Teilstreitkraft;
- Wirksamkeit der Parteiorganisationen hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Prinzipien und Zielstellungen in der Ausbildung der Offiziershörer und Benennung von Problemen und Schwierigkeiten in den Sektionen und Lehrstühlen, die der Erreichung dieser Ziele hinderlich sind;
- Intensivierung des politischen Einflusses der Politabteilung auf die genannten Führungsprozesse über die Parteiorganisationen und Lehrstühle.

Darüber hinaus standen solche Probleme im Mittelpunkt der Beratungen wie:

- Berichterstattung des Leiters der Wissenschaftlichen Bibliothek zum Stand der Nutzung und Auslastung des Buchbestandes der militärischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fachliteratur, besonders auch der VS-Literatur (Dienstvorschriften, Lehrbücher, Vorlesungen etc.) durch den Lehrkörper und die Offiziershörer. Denn seit 1972 gehörte auch die Wissenschaftliche Bibliothek, bis dato dem Stellvertreterbereich des Chefs für Wissenschaft und Forschung zugehörig, aufgrund einer zentralen Weisung des Stellvertreters des Ministers und Chefs der Politischen Hauptverwaltung zum Verantwortungsbereich des Leiters der Politabteilung;
- Ergebnisse der laut Bibliotheksordnung der NVA im Jahre 1981 durchgeführten Gesamtrevision des Buchbestandes;
- Entwicklung und Probleme der Gewerkschaftsarbeit, besonders hinsichtlich der Motivation und der Führung des Wettbewerbs;
- Ergebnisse der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung, Gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung und Politschulung;
- Entwicklung und Probleme der Parteiarbeit und der kommunistischen Erziehung in den Grundorganisationen und weitere Sachthemen.

Diese Dienstbesprechungen endeten mit protokollarisch festgehaltenen Ergebnissen, Festlegungen und Empfehlungen. Der Stellvertreter Instrukti-

on/Organisation hatte über seine Oberinstrukteure zu gewährleisten, dass die Festlegungen in den Sektionen und ihren Parteiorganisationen realisiert wurden.

Zweitens: Über Parteiaktivtagungen nahm die Politabteilung auch entscheidenden Einfluss auf die Forschungsarbeit sowie die Ausbildung und bezog sie in ihre Führungsarbeit ein. Das wurde durch die sachkundige Mitarbeit von Professoren und Dozenten an der Vorbereitung dieser Maßnahmen ermöglicht. So bat zum Beispiel Mitte der 1980er Jahre der Leiter der Politabteilung den Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, Generalmajor Prof. Dr. Rolf Lehmann, um Mitarbeit an der Vorbereitung des Referats. Dieser unterbereitete selbst die Analyse über den Entwicklungsstand auf diesem Gebiet und bat mich, an der Vorbereitung des Referates mitzuarbeiten. So gelang es uns beiden, die wissenschaftlichen und politischen Zielstellungen dieser Problematik in ihrem Zusammenhang herauszuarbeiten, entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen und begründete Aufgaben für die Parteiorganisationen zu stellen. Obwohl solche Parteiaktivtagungen auch zu anderen Fragen der Lehre und Erziehung in größeren zeitlichen Abständen stattfanden, hätte ich mir damals gewünscht, eine solche Arbeitsweise zwischen kompetenten Wissenschaftlern der Militärakademie und der Politabteilung in Vorbereitung solcher Maßnahmen öfter zu praktizieren. In meinen Augen trug diese Arbeitsweise wesentlich dazu bei, die Problematik des zu behandelnden Gegenstandes besser zu erfassen und die kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen Politabteilung, den Lehrstühlen und Sektionen zu festigen.

Drittens: Auch zur Vorbereitung von Delegiertenkonferenzen der Parteiorganisationen der Militärakademie wurde auf Initiative des Leiters der Politabteilung in Absprache mit dem Chef der Militärakademie ein fachkundiger Mitarbeiterstab aus dem Lehrkörper mittels Parteiauftrag in die Erarbeitung des Referates einbezogen. Das ermöglichte es diesen Wissenschaftlern, ihre Kenntnisse und Partiererfahrungen, ihr Wissen über die Ergebnisse der Ausbildung, Wissenschaft und Forschung, aber auch ihre kritischen Wertungen, in Referat und Diskussion einfließen zu lassen.

In der Regel erschienen kurz vor Beginn dieser Konferenzen Kontrollgruppen der Politischen Hauptverwaltung, um das Referat unter dem Gesichtspunkt des politisch-ideologischen und parteilichen Inhalts zu begutachten. Von ihnen vorgebrachte Änderungs- und Ergänzungsvorschläge mussten dann in die endgültige Fassung eingearbeitet werden.

Das war übliche Führungspraxis der Politischen Hauptverwaltung gegenüber den untergeordneten Politorganen und Parteiorganisationen der NVA. Dadurch wurden oftmals die Kreativität sowie die schöpferischen Gedanken

und Vorschläge aus den Parteiorganisationen der Militärakademie missachtet, oder zumindest eingeschränkt. Auch das macht die bestimmende Rolle der SED, die zentralistisch von oben nach unten gerichtete Führung durch das übergeordnete Parteiorgan gegenüber der Politabteilung der Militärakademie und der eigenen Parteibasis deutlich.

Als ein krasses Beispiel sei die Vorbereitung einer Delegiertenkonferenz im Militärbezirk III angeführt, eine der letzten Maßnahmen von Oberst Raubach als Leiter der Politabteilung, unmittelbar vor seiner Versetzung an die Militärakademie. In seiner Autobiografie schildert er, wie nach Fertigstellung des Referates durch eine Reihe von Mitarbeitern des Militärbezirks eine Kontrollgruppe der Politischen Hauptverwaltung unter Leitung von Oberst Vogel erschien. Diese Kontrollgruppe gab eine gute Beurteilung des Rechenschaftsberichtes ab. Wenige kritische und sachliche Bemerkungen wurden ohne großen Aufwand eingearbeitet. Spät abends, einen Tag vor der Konferenz, „...kam E. H. (Ernst Hampf, Generalleutnant und Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung für ideologische Arbeit - d. A.) an. Ernst war der Typ des ‚Neunmalklugen‘. Er hat aus Prinzip das Referat noch einmal zerpfückt. Die Folge war, wir mussten bis zum Morgen durcharbeiten, damit ich mit Konferenzbeginn meinen Vortrag halten konnte. Das Schönste war, E. H. bestand darauf, einen Abschnitt nur kurz zu erwähnen. Der schlaue Fuchs übernahm diesen Abschnitt kurzerhand als seinen Diskussionsbeitrag. Das war E. H. wie ihn viele kannten. Für mich war dieser unredliche Vertreter der vorgesetzten Behörde kein gern gesehener Gast“.³

Dieses Verhalten ist ein Ausdruck von Selbstherrlichkeit, Machtarroganz und Überheblichkeit eines führenden Vertreters der Politischen Hauptverwaltung gegenüber dem unterstellten Politorgan und den Parteiorganisationen dieses Bereiches, der meinte, die führende Rolle der SED persönlich zu verkörpern.

Viertens: Auf den Delegiertenkonferenzen wurde regelmäßig eine Revisionskommission der Parteiorganisation der Militärakademie gewählt. Sie hatte die Aufgabe, die Parteihaushalte der Grundorganisationen (Protokolle der Parteileitungssitzungen und Mitgliederversammlungen, der Beschlüsse und ihre Durchsetzung sowie die Finanzen) zu kontrollieren. Der Vorsitzende der Revisionskommission berichtete dem Leiter der Politabteilung von Zeit zu Zeit über den Stand und die Ergebnisse der Arbeit. Das wurde dann in den Dienstbesprechungen des Leiters der Politabteilung behandelt und Schlussfolgerungen für die Anleitung und Kontrolle der Grundorganisationen gezo-

³ R. Raubach, Biografie, 1919 bis 2003. Erinnerungen, S. 197 f.

gen. Zu den Aufgaben der Revisionskommission gehörte auch die Prüfung der Nachweise über Eingaben und Beschwerden der Armeeingehörigen bei den jeweiligen Kommandeuren und der zur Behebung bzw. Beantwortung eingeleiteten Maßnahmen. Dadurch entstand bei der Politabteilung eine gute Übersicht, wo es Probleme gab, oder wo gegen Befehle und Vorschriften verstoßen wurde.

Fünftens: Die Parteikontrollkommission beschäftigte sich vorwiegend mit dem politischen und moralischen Verhalten, genauer mit Fällen von Fehlverhalten der SED-Mitglieder. Wesentliches Ziel ihrer Tätigkeit war die Disziplinierung der Parteimitglieder. Unter Leitung ihres damaligen Vorsitzenden, Oberst Teschke, untersuchte sie Fälle von politischem, dienstlichem oder moralischem Fehlverhalten von Parteimitgliedern. Nicht immer war ihre Tätigkeit frei von überhöhten Parteistrafen, die bis zum Ausschluss aus der SED reichten. Auch das geschah unter dem Einfluss des Leiters der Politabteilung, dessen Meinung für die Entscheidungen der Parteikontrollkommission ausschlaggebend war, zumindest in wichtigen Fällen.

Zur Arbeit des Stellvertreterbereichs Instruktion/Organisation

Dem Stellvertreter Instruktion/Organisation, Oberst Kramer, unterstand die gleichnamige Unterabteilung. Ihm oblag die Führung der 70 Grundorganisationen der SED (Lehrstühle, Offiziershörergruppen, Stellvertreterbereiche des Chefs der Militärakademie, Zivilbeschäftigte). Er hatte dem Leiter der Politabteilung ständig über die Erfüllung der Parteibeschlüsse durch die Grundorganisationen zu berichten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben standen ihm der Oberinstrukteur für Parteiinformation und der Oberinstrukteur für materielle Sicherstellung und Organisation/Planung zur Verfügung.

Der Leiter der Unterabteilung Instruktion/Organisation, Oberst Werisch, war persönlich für die Anleitung und Kontrolle der Parteiorganisationen der I. Sektion verantwortlich. Im Unterschied dazu, erfüllten diese Funktion in den anderen Sektionen Oberinstrukteure, die aus der jeweiligen Teilstreitkraft kamen. Ihre Auswahl wurde nach dem Gesichtspunkt ihrer Diplomierung und ihrer Truppenpraxis vorgenommen.

Die formale Übernahme der für die gesamte Armee geltenden Struktur und Gliederung dieses Stellvertreterbereiches erwies sich meines Erachtens als nicht sehr effektiv. Da in den Parteigruppen und Grundorganisationen häufig konkrete theoretisch-fachliche und erzieherische Probleme der Ausbildung und Forschung im Mittelpunkt der Parteiarbeit standen, fehlte manchen Oberinstrukteuren, trotz der genannten bildungsmäßigen Voraussetzungen, oftmals die erforderliche spezifische theoretisch-militärische Fachkompetenz. Das führte auch dazu, dass zum Beispiel in den 1970er Jahren ein mehrmali-

ger Wechsel dieser Kader, besonders in der III. Sektion (Luftstreitkräfte/Luftverteidigung), vorgenommen werden musste. Die Möglichkeit der Weiterbildung in postgradualen Kurslehrgängen sowohl der I. Sektion als auch derjenigen Sektionen, für die sie zuständig waren, sowie die Teilnahme an militärtheoretischen Konferenzen der Lehrstühle hätte von ihnen stärker genutzt werden müssen. Die Arbeit der Oberinstruktoren war hauptsächlich auf zwei – gewissermaßen zwiespältige – Aufgabenfelder gerichtet:

Erstens war es ihre Aufgabe, die Parteiorganisationen des Lehrkörpers, der Offiziershörer und der Zivilbeschäftigten anzuleiten und zu kontrollieren. Sie hatten für ein regelmäßiges Parteileben in den Grundorganisationen und eine hohe Beteiligung an den Diskussionen in den Mitgliederversammlungen zu sorgen. Die Grundorganisationen wurden als das Fundament der Partei betrachtet.⁴ Sie entwickelten eine hohe politische Aktivität, um in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich auf die fachliche Tätigkeit Einfluss zu nehmen. Vor allem in den Grundorganisationen erfolgte die parteimäßige Erziehung der eigenen Mitglieder. Die laut Statut geforderte innerparteiliche Demokratie gab es de facto allenfalls innerhalb der Grundorganisationen. Die Parteileitungen der Grundorganisationen waren demokratisch gewählt, Probleme der dienstlichen Aufgaben wurden ausgiebig diskutiert. Mit Mängeln, auch solcher in der Führungstätigkeit mancher Vorgesetzten, setzte man sich kritische auseinander und fasste Beschlüsse zur Verbesserung der Arbeit.

In Vorbereitung der Delegiertenkonferenzen der Parteiorganisation der Militärakademie wurden die Delegierten von den Grundorganisationen gewählt, ebenfalls demokratisch. Die Auswahl von Kandidaten für die Delegiertenkonferenzen der Parteiorganisationen der NVA bzw. Parteitage der SED wurde allerdings von der Politischen Hauptverwaltung, in einigen Fällen auch von der Politabteilung, gelenkt vorgegeben und bestätigt. Hier endeten dann im bestimmten Maße die demokratischen Rechte der Grundorganisationen an der Militärakademie.

Die Oberinstruktoren richteten ihre Anleitung und Kontrolle besonders auf die ideologische Durchdringung der Parteiarbeit zur Erfüllung der Aufgaben in Ausbildung, Wissenschaft und Forschung. Ihr Augenmerk galt der politisch-moralischen Disziplinierung der Parteimitglieder des Lehrkörpers und der Offiziershörer. Auch Vorschläge der Kommandeure und Lehrstuhlleiter für vorgesehene Beförderungen, Auszeichnungen und akademische Graduierungen standen im Blickpunkt ihrer Kontrolltätigkeit. Grundlage dafür war

⁴ Siehe Statut der SED, Berlin 1976, Ziffer 56.

immer die Vorbildlichkeit im persönlichen Verhalten, in den dienstlichen Ergebnissen und nicht zuletzt die Linientreue der Offiziere. Diese Arbeit der Oberinstruktoren verlief nicht immer reibungslos und wurde von den Grundorganisationen manchmal als Bevormundung durch die Politabteilung wahrgenommen.

Zweitens möchte ich aus meiner Sicht sowie auf der Grundlage vielfältiger Kontakte zu den Lehroffizieren hervorheben, dass die Oberinstruktoren auch bemüht waren, durch persönliche Gespräche und durch sachliches Verhalten bei der Klärung von Unstimmigkeiten mit Vorgesetzten, bei persönlichen Problemen familiärer Art oder in der Arbeit zu helfen. Dadurch schufen sie sich eine gewisse Vertrauensbasis, vertieften sie ihre Kontakte zu den Lehroffizieren und Offiziershörern und waren insofern oft auch gern gesehene Helfer und Berater dieses Personenkreises in ihrem Verantwortungsbereich.

Beispielhaft war in dieser Hinsicht die Arbeit des Fregattenkapitän Ernst Börnichen. Er war ein fachlich erprobter, gebildeter und in der Truppenpraxis der Seestreitkräfte erfahrener Offizier. Seine Anstrengungen richtete er auf die Entwicklung einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit den Führungs- und Lehrkräften der IV. Sektion (Seestreitkräfte). Durch sachkundiges Auftreten und helfende Beratung bei der Lösung der parteilichen Aufgaben des Lehrkörpers erarbeitete er sich Ansehen und Autorität bei den Offizieren und fand auch beim Kommandeur der Sektion, Konteradmiral Prof. Dr. Nordin, einen verständnisvollen Partner. Dessen Nachfolger, Kapitän zur See Pöschel, mied im Gegensatz zu Prof. Nordin weitestgehend den Kontakt mit ihm und zeichnete sich auch gegenüber seinen Stellvertretern, Lehrstuhlleitern und Lehroffizieren durch eine von Überheblichkeit und Arroganz geprägte Kontaktarmut aus. Aber Ernst Börnichen ließ sich dadurch nicht entmutigen und führte beharrlich die notwendigen Auseinandersetzungen mit Kapitän zur See Pöschel, auch im Rahmen von Parteileitungssitzungen. Dadurch gelang es ihm, die Grundorganisationen als Korrektiv zu den mangelnden Führungsqualitäten des Kommandeurs zu stärken. Das brachte ihm die Achtung und die Anerkennung der Lehroffiziere und Offiziershörer ein und veranlasste den Sektionskommandeur zu bestimmten Veränderungen in seiner Führungstätigkeit und Verhaltensweise gegenüber seinen Unterstellten.

In ähnlicher Weise bemühte sich auch der Oberinstrukteur für die V. Sektion, der Sektion Technik, Bewaffnung und Rückwärtige Dienste, Oberstleutnant Leipner, um eine gute Zusammenarbeit mit dem Lehrkörper. Fehlende fachliche theoretische Voraussetzungen über die unterschiedlichen Lehr- und Forschungsgegenstände dieser Sektion erschwerten ihm zwar seine Tätigkeit, doch er versuchte durch seine Kontakte zu den Lehrstuhlleitern, Fachgruppenleitern und Lehroffizieren sowie durch sein Interesse an den verschiede-

nen Lehrgegenständen einen tieferen Einblick in die Lehr- und Forschungsarbeit zu erlangen, um so die politische Aktivität der Parteileitungen und Grundorganisationen in Lehre und Forschung zu unterstützen.

Zur Arbeit des Stellvertreterbereichs Propaganda/Agitation

Dem Stellvertreter Propaganda/Agitation, Oberst Heinz Krumscheidt, oblag insbesondere die marxistisch-leninistische Schulung des Lehr- und Stammpersonals als Kernstück der ideologischen Bildung und Erziehung auf der Grundlage der von der Politischen Hauptverwaltung befohlenen Schulungsprogramme, die Einflussnahme auf das Parteilehrjahr der Zivilbeschäftigten und die *Schulen der sozialistischen Arbeit* der etwa 550 Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation an der Militärakademie.

Dazu gehörte vor allem die Organisation und Durchführung der Gesellschaftswissenschaftlichen Weiterbildung (GWW) der Offiziere des Lehr- und Stammpersonals, außer den Lehroffizieren der I. Sektion. Die Politschulung der Soldaten, Unteroffiziere und Fähnriche der Wach- und sicherstellenden Einheiten der Militärakademie sowie die Anleitung für die Durchführung des Parteilehrjahres der Zivilbeschäftigten wurden vom Leiter der gleichnamigen Unterabteilung, Kapitän zur See Horst Engert, verantwortet.

Die Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung der Offiziere, wie auch die Gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung der Offiziershörer, hatten „...die Partei- und Staatsideologie zu propagieren. In ihnen ist die wissenschaftliche Substanz daher stets in engem Zusammenhang mit dem Inhalt der jeweiligen Parteibeschlüsse behandelt worden. Das Studium der Parteibeschlüsse nahm einen zentralen Platz ein und wurde mit dem Theorem der Einheit von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit begründet. So sind Ausbildung, Forschung und Publikation in den Gesellschaftswissenschaften als Bestandteil der ideologischen Arbeit aufgefasst und von den Politorganen und Parteiorganisationen beaufsichtigt worden“.⁵

Der Stellvertreter Propaganda/Agitation verantwortete und leitete die Gesellschaftswissenschaftliche Weiterbildung der Lehroffiziere der II. bis V. Sektion. Er führte die Anleitung der Schulungsgruppenleiter, zumeist Lehrstuhlleiter und Abteilungsleiter des Stabes, selbst durch.

⁵ W. Scheler, Das widersprüchliche Verhältnis von Ideologie, Militär und Wissenschaft, in: Militärakademie *Friedrich Engels*, Historisch-kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009, S. 60.

Die Schulungsprogramme wurden von der Politischen Hauptverwaltung für die gesamte NVA vorgegeben. Das wirkte sich nach meiner Auffassung nachteilig aus, besonders für den Lehrkörper. Es gab keine dem Bildungsniveau der Lehroffiziere entsprechende theoretisch anspruchsvolle Thematik. Mit dieser undifferenzierten Themengestaltung sollte offensichtlich die politisch-ideologische Gleichschaltung des Offiziersbestandes der NVA als Armee der Partei erreicht werden. Mit diesen zentralen Vorgaben wurde auch kein Bezug auf die anwachsenden Krisenprozesse in der DDR der 1980er Jahre genommen. Sie berücksichtigte nicht, dass der von der Parteiführung propagierte real existierende Sozialismus immer mehr in Widerspruch zum Ideal geriet. Aus heutiger Sicht waren die in den Schulungsmaterialien enthaltenen Inhalte auch ein Missbrauch des marxistischen theoretischen Erbes. Mit dem dogmatischen Zitieren aus Werken von Marx, Engels und Lenin, dem Herauslösen ihrer Aussagen aus dem wissenschaftlichen und historischen Kontext, wurde versucht, die negativen Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR und den zunehmenden Vertrauensverlust der SED zu kaschieren.

Von Bedeutung für die realistische Darstellung der Lage war dagegen das auf Initiative der Politabteilung organisierte mehrfache Auftreten des 1. Bezirkssekretärs Hans Modrow vor den Offizieren der Militärakademie. Er verwies in seinen Ausführungen schon damals auf die anwachsenden Probleme und Schwierigkeiten in der gesellschaftspolitischen Entwicklung und mied jede Schönfärberei. Dadurch erhielten die teilnehmenden Offiziere und Zivilbeschäftigten konkrete Vorstellungen über die Lage im Bezirk Dresden, die bestehenden Widersprüche und die Anstrengungen zu ihrer Lösung.

Trotz der Bitten und Vorschläge für eine spezielle, auf das Bildungsniveau und die reale Situation der DDR zugeschnittene GWW-Thematik an den Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung für ideologische Arbeit wurde darauf nicht reagiert. Auch hier zeigte sich, dass das vorgesetzte zentrale Politorgan Bitten und Veränderungsvorschläge kommentarlos ignorierte. Auf eigene Verantwortung versuchte der Stellvertreter Propaganda/Agitation mit Unterstützung von Professoren und Dozenten der I. Sektion des Öfteren theoretische Grundfragen des Marxismus-Leninismus (Ökonomie, Geschichte und Philosophie) in Verbindung mit der aktuellen politischen Situation der DDR in den Seminaren der Schulungsgruppenleiter zu behandeln und in den Schulungsgruppen zu diskutieren.

Erst nach dem Zusammenbruch der DDR musste ich, wie viele andere in der marxistisch-leninistischen Ideologie geschulten Parteimitglieder, sukzessive

erkennen, dass diese Parteiideologie „zur Rechtfertigungsideologie der Politik einer Führungsschicht pervertierte“.⁶ Deshalb konnten Lehroffiziere und Schulungsgruppenleiter, die in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre immer deutlicher werdenden Zweifel an der Richtigkeit und Unfehlbarkeit der SED-Politik bei einer wachsenden Anzahl von Parteimitgliedern nur schwer ausräumen.

In den Aufgabenbereich der Politabteilung fiel auch die kulturelle Bildung und Erziehung der Angehörigen der Militärakademie. Die Kulturarbeit nahm in der durch die Politabteilung geführten politisch-ideologischen Erziehung und Bildung einen breiten Raum ein und gehörte weitgehend zum Tätigkeitsfeld des Stellvertreterbereichs Propaganda/Agitation. So wurden von Beginn der Gründung der Militärakademie an die reichhaltigen Möglichkeiten der Kunststadt Dresden für die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens an der Militärakademie genutzt. Einen besonderen Platz nahmen hier die von der Politabteilung geknüpften Kontakte zu den Kultur- und Kunsteinrichtungen der Stadt ein. „Im Interesse der weiteren Vertiefung der kulturell ästhetischen Erziehung und Bildung der Militärakademie lud die Politabteilung im Februar 1973 über 100 leitende Kunst- und Kulturschaffende des Bezirks zu einem Besuch der höchsten militärischen Bildungsstätte der DDR ein. In seinem Ergebnis schloss die Militärakademie mit der Dresdener Philharmonie und den Staatlichen Kunstsammlungen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit ab.“⁷ Seitdem ist das neue Studienjahr mit einem Konzert der Dresdener Philharmonie eröffnet worden.

Ein bleibendes Erlebnis für die Angehörigen der Militärakademie war der Besuch der im November 1985 wiedereröffneten Semperoper mit der Aufführung der Oper *Der Freischütz* von Carl Maria von Weber. Regelmäßige Veranstaltungen mit Schriftstellern und Filmschaffenden, so mit Konrad Wolf, Walter Heynowski und Gerhard Scheumann, Besuche der Dresdener Galerien und Kunstaustellungen, Aussprachen und Besichtigungen von Kunstwerken Dresdener Künstler waren wertvolle Bestandteile des geistig-kulturellen Lebens an der Militärakademie. Einen nicht unwichtigen Beitrag zur kulturellen Betreuung leistete das Musikkorps der Militärakademie. Es wirkte beispielhaft in der Öffentlichkeit der Garnisonstadt und im Bezirk.

⁶ W. Scheler, Zu den Voraussetzungen und Ergebnissen einer Befragung von Professoren und Dozenten der ehemaligen Militärakademie der DDR, in: Für Entmilitarisierung der Sicherheit, in: DSS-Arbeitspapiere, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. (DSS), DSS-Arbeitspapiere, Heft 100/2010, S. 262 f.

⁷ W. Jahn, R. Jäntsche, S. Heinze, Militärakademie *Friedrich Engels...*, a. a. O., S. 112.

Für die Führung und Organisation der Kulturarbeit war der Oberinstrukteur für Kulturarbeit verantwortlich. In dieser Funktion baute Major Reinhard Klos bis 1981 seine Kontakte zu den Kultureinrichtungen der Stadt aus und ermöglichte so einem großen Interessenskreis von Angehörigen der Militärademie den Erwerb der sehr gefragten Eintrittskarten zu den Kulturstätten Dresdens. Dabei arbeitete er eng mit Oberstleutnant Peter Händel vom Lehrstuhl Philosophie zusammen. Später wurde diese Arbeit in bestimmtem Umfang durch das auf Befehl des Chefs der Politischen Hauptverwaltung geschaffene Kultur- und Sportzentrum fortgesetzt.

Auch die Öffentlichkeitsarbeit war Bestandteil der Tätigkeit des Stellvertreterbereichs Propaganda/Agitation. Eine Reihe von Offizieren und Unteroffizieren des Lehr- und Stammpersonals, sowie auch der Offiziershörer, wirkte als Abgeordnete und Funktionäre im öffentlichen Leben der Garnisonstadt Dresden. 1974 bekleideten 640 Angehörige der Militärademie Funktionen in den vielfältigen Bereichen der Stadt und des Bezirks. „Lehroffiziere übernahmen leitende Funktionen in den Sektionen Militärpolitik der URANIA auf Kreis- und Bezirksebene. ... Offiziershörergruppen unterhielten feste Patenschaftsbeziehungen zu allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen und unterstützten die sozialistische Wehrerziehung.“⁸

Die Koordinierung und Organisation all dieser Maßnahmen erfolgte weitgehend durch den Oberinstrukteur für Öffentlichkeitsarbeit, Oberstleutnant Gerhard Robota, in enger Zusammenarbeit mit den Sektionen der Militärademie. Er hielt engen Kontakt zu Behörden, zur Technischen Universität und zu den Hochschulen der Stadt. Er sorgte für die Popularisierung von relevanten Aufgaben und Ereignissen an der Militärademie in der DDR- und Bezirkspresse. Da er darüber hinaus auch aufgrund seines Wissens und seiner Fähigkeiten zur Erarbeitung von Informationsmaterialien und Vorträgen vom Leiter der Politabteilung hinzugezogen wurde, wirkten wir beide oft zusammen und pflegten einen kameradschaftlichen und freundschaftlichen Meinungsaustausch.

Schließlich gab es noch eine Arbeitsgruppe Agitation unter Leitung des Oberinstruktors Oberstleutnant Kühn. Sie war mit der Rundfunk-Kino-Einrichtung (RKE) ausgestattet. Diese diente der Unterstützung der Ausbildung bei bestimmten militärischen Übungen oder der Beschallung von Freiluftveranstaltungen in der Öffentlichkeit.

⁸ Ebenda, S. 111.

Zur unmittelbaren politischen Verantwortung der Politabteilung gehörte die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung und Forschung an der Sektion Gesellschaftswissenschaften. Sie wurde hauptsächlich durch den Leiter der Politabteilung in Zusammenarbeit mit dem Kommandeur der I. Sektion, Generalmajor Prof. Dr. Horst Syrbe, wahrgenommen. Die politische Einflussnahme war vor allem darauf gerichtet, in den Dienstbesprechungen des Leiters der Politabteilung Ergebnisse der wissenschaftlich-theoretischen Arbeit der einzelnen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen und die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Erziehung in der Ausbildung der Offiziershörer durch die Dozenten und Fachlehrer zu bewerten. Auch die Beratung und Bestätigung der Prüfungsfragen für die Diplomprüfungen und die Analyse der Ergebnisse der Absolventenprüfungen zur Erreichung des wissenschaftlichen Grades eines Diplomgesellschaftswissenschaftlers gehörten zur Verantwortung der Politabteilung.

Aus heutiger Sicht gab es in der Arbeit der Politabteilung einen wesentlichen Mangel, es fehlte eine tiefgründige Analyse der neuen militärtheoretischen Gedanken und ihrer philosophisch-weltanschaulichen Grundlagen. Unzureichend ist von ihr der Paradigmenwechsel im militärtheoretischen Denken der 1980er Jahre zur Kenntnis genommen worden. So konnten dessen Konsequenzen für die wissenschaftliche Arbeit und die Ausbildung nicht rechtzeitig gezogen werden. In den geistigen Auseinandersetzungen um die neuen Auffassungen über Krieg und Frieden, Streitkräfte und Militärtheorie, wie sie vom Stellvertreter des Chefs für Wissenschaft und Forschung, von Gesellschaftswissenschaftlern und Militärwissenschaftlern an der Militärakademie geführt wurden, spielte die Politabteilung eine eher hemmende Rolle. Viel zu wenig wurde der Lehrstuhl Marxistisch-leninistische Philosophie unterstützt, um seine seit Anfang der 1980er Jahre auf diesem Gebiet gewonnenen Erkenntnisse an der Militärakademie und in der NVA zur Geltung zu bringen.⁹

Eine der Ursachen für diesen Sachverhalt lag vermutlich am Widerstand der Politischen Hauptverwaltung gegen solche neue Gedanken und Erkenntnisse und dem Beharren auf bisherige militärwissenschaftliche Theoreme unter den Bedingungen eines atomaren Krieges. Es wäre sicher von Nutzen gewesen, wenn diese neuen Gedanken und Erkenntnisse in der Politabteilung eine gründlichere Beachtung gefunden hätten und mit den betreffenden Wissen-

⁹ Siehe A. Loose, W. Scheler, Philosophen an der Militärakademie. Der Philosophielehrstuhl an der Militärakademie *Friedrich Engels*. Reminiszenzen ehemaliger Mitglieder, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 109/2014, S. 171 ff.

schaftlern, trotz gegenteiliger Auffassungen der Politischen Hauptverwaltung, diskutiert worden wären.

An den Dienstbesprechungen des Leiters der Politabteilung zu den Problemen der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung nahmen in der Regel die Stellvertreter des Sektionskommandeurs für Wissenschaft und Forschung, Oberst Prof. Dr. Urbani, für Ausbildung, Oberst Prof. Dr. Kühne, sowie je nach Notwendigkeit, die zuständigen Lehrstuhlleiter teil.

Dabei setzte der Leiter der Politabteilung auch die Ergebnisse und Folgerungen von Kontrollen der Gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung durch die Politische Hauptverwaltung in der Sektion auf die Tagesordnung und traf Maßnahmen, dass ihnen in der Ausbildung gerecht wurde. In der Zeit, als Generalmajor Raubach Leiter der Politabteilung war, kamen öfter Kontrolloffiziere der Politischen Hauptverwaltung an die Akademie, manchmal auch der Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung für ideologische Arbeit persönlich. Ihre Kontrollen endeten in der Regel mit kurzen Auswertungsgesprächen und entsprechenden Hinweisen an den Leiter der Politabteilung. Daraus resultierten auch bestimmte Probleme im Verhältnis zwischen der Politischen Hauptverwaltung, der I. Sektion und der Politabteilung. Seinerzeit wurde die Politabteilung bezüglich ihrer Aufgaben gegenüber der I. Sektion mehr oder minder von der Politischen Hauptverwaltung, überspitzt ausgedrückt, als Staffage betrachtet.

Das änderte sich aber mit der Übernahme der Dienststellung des Leiters der Politabteilung durch Generalmajor Bilan. Er ließ sich von der Erkenntnis leiten, dass die Achtung der Politabteilung vor allem davon abhängt, wie sie ihre Führungstätigkeit gegenüber den Grundorganisationen, den Sektionskommandeuren, den Professoren, Dozenten, Offiziershörern und allen Mitarbeitern der Militärakademie gestaltete. Die Mitarbeiter der Politabteilung sollten sich den Angehörigen der Militärakademie kameradschaftlich nähern, nicht den bestimmenden Parteifunktionär hervorkehren, sondern ihre Leistungen in Wissenschaft und Lehrtätigkeit würdigen und vertrauensvoll mit ihnen zusammenarbeiten. Die gute Absicht geriet aber in Konflikt mit der Realität, denn Auftrag der Politabteilung war es, den Führungsanspruch der SED in der Lehrtätigkeit, in Wissenschaft und Forschung durchzusetzen.

Dieser Auftrag erhielt umso mehr Gewicht, je stärker die Militärakademie *Friedrich Engels* als höchste militärische Bildungsstätte der DDR in einem besonders engen Verhältnis zur SED-Führung stand. Nach reiflicher Überlegung stimme ich Prof. Dr. Paul Heider zu, dass diese Tatsache, sowie der Gegensatz zwischen militärischen Führungsstrukturen und hochschulgemäßem Lehr- und Forschungsauftrag, von Anfang an ein Spannungsfeld bildeten.

„Die ständige im Geiste des Marxismus-Leninismus betriebene ideologische Indoktrination und die stets aufs Neue beschworene Verstärkung der führenden Rolle der Partei schufen ein Korsett, aus dem auszusteigen bei Strafe des eigenen Untergangs schier unmöglich war.“¹⁰ Davon waren auch die Rolle und die Tätigkeit der Politabteilung bestimmt.

¹⁰P. Heider, Die Militärakademie *Friedrich Engels* von ihrer Gründung bis zur demokratischen Militärreform, in: Militärakademie *Friedrich Engels*, Historisch-Kritische Nachbetrachtung zum 50. Jahrestag ihrer Gründung..., a. a. O., S. 33 f.

Reinhard Klos

Erinnerungen an meinen Dienst im Politorgan der Militäarakademie *Friedrich Engels*

Aus dem persönlichem Erleben in der Funktion des Oberinstruktors für Kulturarbeit

Meine Erfahrungen, Eindrücke und Erlebnisse, die ich im Folgenden beschreibe, stammen vor allem aus den Jahren 1977 bis 1981. In dieser Zeit gehörte ich als Oberinstrukteur für Kulturarbeit der Politabteilung der Militäarakademie an. Es handelt sich also nicht um eine Abhandlung über die Rolle des Politorgans an der Militäarakademie. Wohl aber kann das, was ich in dieser Funktion erlebte und was mir widerfuhr, ein Schlaglicht auf die Rolle des Politorgans werfen.

Die Teilnahme am Kolloquium der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS) e. V. zum 50. Jahrestag der Gründung der Militäarakademie im Januar 2009 und meine anschließende Mitgliedschaft in dieser Studiengemeinschaft haben mich bewogen, endlich, nach vielen Jahren, eine persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema vorzunehmen.

Vom Unterleutnant mit Ingenieurspatent zum Politoffizier

Politoffizier wurde man zu meiner Zeit nicht mehr, ohne eine militärfachliche Ausbildung und Praxis durchlaufen zu haben. Begonnen hatte meine Laufbahn in der NVA Ende August 1966, als ich, 19-jährig und voller Tatendrang, ausgestattet mit einem Abitur von 1965 und abgeschlossener Lehre als Stahlgussformer, 1966 nach Löbau zur Offiziersschule der Landstreitkräfte ging, um dort in einem 3-jährigem Studium in der Fachrichtung II, Panzer- und KFZ-Technik, ein Ingenieurspatent (Ingenieur für KFZ-Technik) und den Dienstgrad Unterleutnant zu erlangen. Wir waren damals die ersten Absolventen der Kfz-technischen Fachrichtung, die bereits nach 3 Jahren Studium Ingenieur werden konnten. Zuvor dauerte dieser Studiengang 4 Jahre. Wir waren die letzten, die noch als Unterleutnant die Offiziersschule verließen. Der Dienstgrad Unterleutnant änderte sich jedoch schon nach einem halben Jahr. Wir, die Abgänger des Jahrganges 1969, wurden am 1. März 1970 zum Leutnant befördert. Man munkelte damals, es wäre Glück dabei gewesen, denn 1970 beendete einer der Söhne des damaligen Ministers für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Hoffmann, der auch in Löbau an der Fachrichtung II studierte, sein Studium. Ab diesem Jahr wurden dann alle Absolventen der Offiziersschulen, zumindest die, die den normalen Zyklus des Studiums durchliefen, direkt zum Leutnant ernannt. Bemerkenswert war damals allerdings, dass wir schon kurz vor der Ernennung zum Offizier von eben die-

sem Sohn des Ministers erfuhren, dass wir bereits nach einem halben Jahr Dienst zum Leutnant befördert würden.

Ich wurde dann als Zugführer des PKW-Zuges der Kfz-Kompanie zum Wach- und Sicherstellungsbataillon in das Kommando des Militärbezirkes 5, dienstansässig in Neubrandenburg, versetzt und dort nach ca. einem Jahr bereits mit der Funktion Oberoffizier für Propaganda betraut. Die Gründe dafür lagen vermutlich in den Ergebnissen, die ich in der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung an der Offiziersschule erreicht hatte und in meinem großen Interesse an den Gesellschaftswissenschaften überhaupt.

Der in der Tätigkeit als Propagandist gereifte Wunsch nach weiterer Qualifizierung erfüllte sich bald. Ab Januar 1971 absolvierte ich erfolgreich einen 10-monatigen Lehrgang zur Heranbildung von Politoffizieren an der Polit-hochschule, später Militärpolitische Hochschule der NVA, in Berlin-Grünau. Danach war ich weiter als Oberoffizier für Propaganda im Wach- und Sicherstellungsbataillon tätig. Wenige Jahre später, ab 1974, erhielt ich dann die Gelegenheit zu einem dreijährigen Studium an der Militärakademie in Dresden, Sektion Gesellschaftswissenschaften. Dort gehörte ich der Offiziershörergruppe 11/74b an.

Nachdem ich das Studium im Sommer 1977 als Diplomgesellschaftswissenschaftler abgeschlossen hatte, wurde ich in die Politabteilung der Militärakademie versetzt. Möglicherweise hat zu dieser Entscheidung auch beigetragen, dass meine Familie ihren Wohnsitz zu Beginn des Studiums von Neubrandenburg nach Dresden verlegen konnte, und ich so nicht gleich die Probleme eines Wohnungssuchenden in die neue Funktion mitbrachte.

Als Oberinstrukteur für Kulturarbeit hatte ich den lang gedienten, damals an der Akademie beinahe legendären Oberstleutnant Erich Göhler abzulösen. Unterstellt war ich dem Leiter der Unterabteilung Propaganda, die zum Stellvertreterbereich des Leiters der Politabteilung für Propaganda/Agitation gehörte.

Ich war seinerzeit sehr stolz darauf, an der höchsten militärischen Bildungsstätte der Republik Dienst tun zu dürfen. Leider stellte sich später heraus, und das sehr schmerzlich, dass es wohl vorteilhafter gewesen wäre, nach dem akademischen Studium zurück in die Truppe zu gehen, so wie fast alle meine Mitstreiter in der Offiziershörergruppe. Doch dazu später mehr.

Zu Aufgaben und Verantwortung der Politabteilung in dieser Zeit

Zu den Aufgaben des Stellvertreters des Chefs der Militärakademie für politische Arbeit und Leiters der Politabteilung „...gehörten die Gewährleistung

der politischen Führung im Sinne der Politik der SED, die soziale und kulturelle Betreuung der Armeeeingehörenden und Zivilbeschäftigten sowie die materielle Sicherstellung der politischen und kulturpolitischen Arbeit“. So nachzulesen in einer Dokumentation der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. von 2008. Ein Stück weiter liest man darin: „Hauptaufgabe der Politabteilung war die Führung der 70 Grundorganisationen der SED, die es in allen Lehrstühlen, den Offiziershörergruppen und in den verschiedenen Bereichen der Führung der Militärakademie gab.“ Und im nächsten Absatz folgt eine weitere wichtige Feststellung: „Nach dem gegebenen Selbstverständnis realisierten die Politabteilung und die Parteiorganisationen die führende Rolle der SED an der Militärakademie. Auf Konferenzen, Aktivtagungen und den monatlichen Mitgliederversammlungen der Grundorganisationen ging es ... um die Durchsetzung der vorgegebenen Linie der Partei ... an der Militärakademie.“¹

Innerhalb der Struktur der Militärakademie, die nach den in den Streitkräften allgemein gültigen Prinzipien der militärischen Einzelleitung geführt wurde, war also die Politabteilung zunächst einer der Stellvertreterbereiche des Chefs der Akademie. Zugleich war sie als leitendes Parteiorgan in der Situation, sich gewissermaßen in einem doppelten Unterstellungsverhältnis zu befinden, nämlich der Unterstellung unter den Chef der Militärakademie und der direkten Unterstellung unter die Politische Hauptverwaltung der NVA. In diesem doppelten Unterstellungsverhältnis befanden sich alle leitenden Parteiorgane in der NVA. Die Bezeichnung, einer der Stellvertreterbereiche, bringt daher den echten Sachverhalt nicht richtig auf den Punkt, sie widerspiegelt nur die halbe Wahrheit.

Ich habe es in meiner gesamten Dienstzeit nur erlebt, dass die Politabteilung der Stellvertreterbereich war, der per Parteiinstruktion verpflichtet wurde, sich über die anderen zu erheben. So war auch das Politorgan der Militärakademie ein Instrument der Politischen Hauptverwaltung, und damit der Parteiführung der SED, zur Durchsetzung ihrer führenden Rolle an der höchsten militärischen Bildungsstätte der DDR. Eine Feststellung im Referat zum Kolloquium der Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, welches anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Militärakademie im Januar 2009 stattfand, bestätigt mich in dieser Meinung. Dort heißt es: „Die Militärakademie ‚Friedrich Engels‘ stand Zeit ihres Bestehens in einem besonders engen

¹ W. Demmer, E. Haueis, Militärakademie *Friedrich Engels* 1959 bis 1990. Eine Dokumentation, Dresden 2008, S. 37 f.

Verhältnis zur SED-Führung. Diese Tatsache sowie der Gegensatz zwischen militärischen Führungsstrukturen und hochschulmäßigem Lehr- und Forschungsauftrag bildeten von Anfang an ein Spannungsfeld. Die ständige im Geiste des Marxismus-Leninismus betriebene ideologische Indoktrination und die stets aufs Neue beschworene Verstärkung der führenden Rolle der Partei schufen ein Korsett, aus dem auszusteigen bei Strafe des eigenen Untergangs schier unmöglich war. Deshalb konnten lange Zeit manche gute Ideen nicht vollständig und nicht schnell genug realisiert werden.“²

Diesen Führungsanspruch erhob die SED gegenüber der gesamten Gesellschaft, und in der Verfassung der DDR von 1968 war er sogar festgeschrieben. In den Streitkräften galt er aber absolut und wurde in einer Weise durchgesetzt, die sich von der Wahrnehmung der führenden Rolle der SED in anderen Teilen der Gesellschaft grundlegend unterschied. So waren die in der DDR existierenden und aktiv tätigen Blockparteien CDU, LDPD, DBD und NDPD an der politischen Tätigkeit in Staat und Gesellschaft überall beteiligt und hatten, wenn auch nur in geringem Maße und mehr formal als wahrhaftig, immerhin die Möglichkeit der politischen Einflussnahme. In den Streitkräften gab es das nicht. In ihnen hatte die SED das alleinige Sagen. Den anderen Parteien war der Zugang zu den Streitkräften in jeder Form verwehrt. Hier besaß die SED das Monopol, Ideologie und Bewusstsein der Militärangehörigen ausschließlich in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Das Politorgan der Militärakademie war also ein Stellvertreterbereich innerhalb der militärischen Führung der Akademie, befand sich aber in einer Sonderstellung gegenüber den anderen Stellvertreterbereichen, weil es auch dort die führende Rolle der Partei durchzusetzen hatte. Es hatte dafür zu sorgen, dass sich die Offiziere in erster Linie als Parteifunktionäre verstanden. Von Anfang bis zum Ende des Bestehens der DDR-Streitkräfte herrschte der Grundsatz: Führung durch die SED heißt vor allem, dass die Kommandeure in erster Linie als Parteiarbeiter tätig sein müssen.

Um diese Führungsrolle der SED in der NVA durchzusetzen, gab es eine stattliche Anzahl von Befehlen, Dienstvorschriften und Instruktionen, zum Beispiel die Parteiinstruktion. Jedem Angehörigen der Armee, vor allem den Berufs- und Zeitsoldaten, aber auch den Zivilbeschäftigten, war das klar. Das wurde auch nicht als hinterfragungswürdig empfunden. Man kann sogar sagen, dass darüber der Nimbus von Unantastbarkeit schwebte. Gleichzeitig

² P. Heider, Die Militärakademie *Friedrich Engels* von ihrer Gründung bis zur demokratischen Militärreform, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009, S. 33.

war damit die Prämisse gesetzt, alles Tun und Handeln in den Streitkräften dem Willen und den Zielen einer Partei, nämlich der SED, unterzuordnen.

Das alles galt in vollem Umfang auch für die Militärakademie in Dresden, sogar in besonderem Maße, war sie doch die wichtigste Kadenschmiede für die Führungskräfte der NVA. Den hier auszubildenden Offizieren sollte die Verwirklichung des Führungsprimats der SED sozusagen in die Gene implantiert werden. Zwar standen, wie man es für die höchste militärische Hochschule der DDR erwarten konnte, Wissenschaft und Forschung, Lehre und Ausbildung, vermittelt durch die Arbeit der einzelnen Lehrstühle, im Zentrum des Wirkens. Aber in erster Linie, so befahl es die Parteiführung, und das Politorgan hatte das umzusetzen, war es die Profilierung des Offiziers als Parteiarbeiter, die in den Vordergrund der Ausbildung, und damit der Lehre und Forschung, gerückt wurde. Erst an zweiter Stelle standen die Ansprüche, die aus der Formung der Offiziere zu militärischen Fachleuten erwuchsen. Der akademisch gebildete Offizier ist in erster Linie Parteiarbeiter – diesen markigen Spruch habe ich noch heute im Ohr.

Die Mitarbeiter der Politabteilung hatten entsprechend der Dienststellungen, die sie innehatten, ständig und überall in diese Richtung zu wirken und dafür Sorge zu tragen, das alles, was sowohl die Offiziershörer als auch die Angehörigen des Lehr- und Stammpersonals taten, unter Berücksichtigung und im Interesse der Durchsetzung der Beschlüsse der SED geschah. So forderte die 7. Delegiertenkonferenz der Parteiorganisationen der SED an der Militärakademie in einer EntschlieÙung die Angehörigen der Militärakademie auf, die Anstrengungen zu erhöhen, „...um das Profil der Militärakademie als Stätte kommunistischer Erziehung und Ausbildung hochqualifizierter sozialistischer Militärkader weiter auszuprägen“.³

An dieser Stelle ist somit der Schluss zulässig, dass auch Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre alle strukturellen und inhaltlichen Gegebenheiten existierten, die die NVA zu einer echten Parteiarmee machten. Seinerzeit wurde uns, den Berufsoffizieren, das aber durch unsere ideologische Prägung und Parteilichkeit gar nicht bewusst. Wir waren immer der Meinung, einer Volksarmee zu dienen – und dafür trat jeder von uns auch gern und mit vollem Engagement ein. Die weiter vorn schon erwähnten Aufgaben des Politorgans und die daraus resultierende Verantwortung für die Parteiorganisationen immer im Blick zu haben, war somit immanenter Bestandteil des Wirkens

³ Militärakademie *Friedrich Engels*, Historischer Abriss, Berlin 1988, S. 115.

aller Oberinstrukteure der Stellvertreterbereiche Organisation/Instruktion und Propaganda/Agitation.

Wirken im Stellvertreterbereich Propaganda/Agitation

Ein strukturbestimmendes Element des Politorgans war der Stellvertreterbereich Propaganda/Agitation. Zu diesem gehörte die Unterabteilung Agitation/Propaganda, in welcher ich wiederum als Oberinstrukteur für Kulturarbeit eingegliedert war. In diesem Bereich war es Befehl und Auftrag zugleich, hauptsächlich meinungsbildend zu arbeiten, also vor allem ideologische Inhalte zu vermitteln. Diese Komponente, die ideologische, war immer der Kern der politischen, und vor allem der Parteiarbeit.

In der Dienststellung Oberinstrukteur für Kulturarbeit war ich dem Leiter der Unterabteilung Propaganda/Agitation unterstellt und mit der inhaltlichen Profilierung und Anleitung der Kulturarbeit beauftragt. Mein Aufgabengebiet umfasste:

- Die Anleitung der Kulturfunktionäre der Parteiorganisationen und -gruppen der Sektionen, Offiziershörergruppen und des Stammpersonals. Sie beinhaltete sowohl ideologische Aspekte mit Schulungscharakter als auch die direkte praktische Unterstützung bei der Planung und Durchsetzung des geistig-kulturellen Lebens in diesen Bereichen;
- die Erstellung eines monatlichen Planes für den Klub der Militärakademie. Hauptinhalte waren zentrale kulturelle Veranstaltungen, welche von Maßnahmen mit teilweise wissenschaftlichem Charakter, zum Beispiel wissenschaftliche Zirkel, bis zu Maßnahmen geistig-kulturellem Inhalts reichten, die höchste Ansprüche befriedigten;
- die Planung und Organisation von herausragenden zentralen kulturellen Maßnahmen wie dem jährlich stattfindenden Eröffnungskonzert des Studienjahres. Diese wertvollen Veranstaltungen wurden ausschließlich von renommierten Klangkörpern getragen, wie der Staatskapelle Dresden oder der Dresdner Philharmonie. An die Vorbereitung eines Konzertes erinnere ich mich ziemlich genau. Es muss zu Beginn des Studienjahres 1978 oder 1979 gewesen sein. Die Staatskapelle Dresden gestaltete es unter der Leitung des hervorragenden Dirigenten Herbert Blomstedt. Er stand von 1975 bis 1985 als Chefdirigent an der Spitze des Orchesters. Ich hatte das Glück, den Dirigenten zweimal vor dem Konzert in Sachen Vorbereitung zu treffen und bekam dadurch auch Einblick in den Vertrag. 14.000 Mark bezahlte seinerzeit Oberst Heinrich, der Kassenchef der Akademie. Allein 10.000 Mark betrug das Honorar für Herrn Blomstedt. Auf den Inhalt des Konzertes hatten wir keinen Einfluss. Man muss wissen, dass so ein Klangkörper nicht sofort alles spielen kann, was man als Noten auf die Pulte legt. Es muss lange vor den Konzerten intensiv einstudiert werden,

damit es so klingt, wie man es schließlich erwartet und erlebt. Nebenbei bemerkt, haben wir in diesem kurzen Treffen kein einziges politisches Wort mit Herrn Blomstedt gewechselt. Dazu waren wir von unseren Vorgesetzten ausdrücklich angehalten worden. Ich hatte einen guten Draht zu Herrn Blomstedt. Wir sahen uns nach dem Konzert noch das eine oder andere Mal, meist im Kulturpalast Dresden.

Zu dieser Form kultureller Veranstaltungen gehörten auch Theateraufführungen, die speziell für die Akademie reserviert wurden, zum Beispiel eine Inszenierung des *Faust* am Staatsschauspiel Dresden. Aber auch periodische Maßnahmen wie der *Ball der Waffenbrüderschaft*, meist in der *Woche der Waffenbrüderschaft* veranstaltet, die jährlich vom 23. 02 bis 01. 03. stattfand, gehörten dazu. Ich habe zwei dieser Bälle organisiert, 1979 und 1981, kurz vor dem Ende meiner Karriere an der Akademie, das sich damals aber noch nicht abzeichnete. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir der Ball 1979. Er wurde von Hans-Georg Ponesky moderiert, der zu jener Zeit die bekannte und beliebte Fernsehsendung *Alles singt* gestaltete. In seiner Art konnte er auch den *Ball der Waffenbrüderschaft* moderieren. Er stellte sich, einigermaßen zackig, als Oberleutnant der Reserve vor und hatte das Publikum sogleich auf seiner Seite. Diese Bälle waren bei den Angehörigen der Militärakademie außerordentlich beliebt. Trotz der Tatsache, dass wir den Kulturpalast in Ballausstattung mit Tischen und Stühlen ganz allein für die Akademie hatten, konnten nicht alle Kartenwünsche berücksichtigt werden, und es war schon beinahe eine Auszeichnung, zu den ausgewählten Teilnehmern zu gehören. Mit Waffenbrüderschaft hatte diese Veranstaltung freilich wenig zu tun, außer dass einige geladene Gäste, hauptsächlich Angehörige der Sowjetarmee, teilnahmen.

- Last but not least gehörte es auch zu meinen Aufgaben, interessierte Kollektive der Akademie an der Teilnahme am kulturellen Leben der Stadt Dresden zu unterstützen, zum Beispiel in Form von Theateranrechten u. a.

Die Tätigkeit des Oberinstruktors für Kulturarbeit war anders gelagert als die der übrigen Oberinstruktore der Politabteilung. Sie war ein spezielles, von Natur aus eher freudbetontes, sinnliches und durchaus greifbar materielles Gebiet der ideologischen Arbeit. Angenehmer Nebeneffekt war übrigens, das über meine Kontakte und Verbindungen die begehrten Eintrittskarten zu hochgeschätzten kulturellen Veranstaltungen der Stadt Dresden zu bekommen waren. Außerdem konnte ich den mit der kulturellen Arbeit befassten Personenkreis in seinem Wirken direkt unterstützen, zum Beispiel bei der Vorbereitung von Kulturveranstaltungen in den Arbeitsbereichen des Lehr- und Stammpersonals und der Offiziershörer-Gruppen. Das geschah auch durch die Nutzung meiner Kontakte zur Konzert- und Gastspieldirektion, zu städtischen Kultureinrichtungen und zu Kulturschaffenden, die ich aufgebaut

hatte und pflegte. Zum Beispiel konnten viele Lehrstühle, Offiziershörerguppen und andere Arbeits- und Tätigkeitsbereiche ein Anrecht an der Dresdner Staatsoper, an der Staatsoperette oder am Staatsschauspiel erwerben.

In der Funktion des Oberinstruktors für Kulturarbeit kam es auch zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Lehroffizieren der Sektion Gesellschaftswissenschaften, speziell mit dem entsprechenden Bereich im Lehrstuhl Philosophie. Ich erinnere mich einer mehr als gut funktionierenden Zusammenarbeit mit dem Fachlehrer Oberstleutnant Peter Händel, der in der einschlägigen Fachgruppe von Oberstleutnant Dr. sc. Lothar Glaß lehrte und für Themen verantwortlich war, die meine Arbeit tangierten. Hier sei vermerkt, dass es keiner es so gut wie Peter Händel verstand, den Studierenden an der Akademie, auch den Angehörigen des Lehr- und Stammpersonals, die Schätze der Kulturstadt Dresden nahe zu bringen. Stundenlange Führungen mit ihm durch die Einrichtungen der Kunstsammlung oder durch aktuelle Kunstausstellungen vergingen wie im Fluge. Sie haben bei mir bis heute ihre Wirkung behalten. Peter Händel unterstützte mich tatkräftig, den Offiziershören, die in der übergroßen Mehrheit aus der Truppe, Ebene Einheit/Truppenteil, kamen und dort von Kultur oft wenig mitbekamen, ein vielfältiges und nachhaltiges Kulturleben zu ermöglichen.

Das wirkte in verschiedene Richtungen. Zu allererst in ideologischer Richtung. Es unterstützte den Prozess der Bewusstseinsbildung bei den Offiziershören. Zum anderen half es ihnen in methodischer Richtung, damit sie als graduierte Militär- und Gesellschaftswissenschaftler sowie als Diplomingenieure nach dem Studium, zurück in der Truppe, in der kulturellen Arbeit in die gleiche Zielrichtung wirken bzw. mitwirken konnten. Nicht zuletzt unterstützte eine niveauvolle kulturelle Arbeit in den Kollektiven, wie es damals hieß, die Entwicklung einer guten sozialen, partnerschaftlichen und kameradschaftlichen Beziehungskultur. Das war für das Erreichen der Ausbildungsziele auf dem geforderten Niveau von Bedeutung. Ich kann resümieren, in meiner damaligen Tätigkeit echte inhaltliche und partnerschaftliche Kontakte zu vielen Wissenschaftlern in den Sektionen aufgebaut und gepflegt zu haben.

Das Verhältnis der Politabteilung zur Wissenschaft und zu den Wissenschaftlern der Militärakademie

Weil die Mitarbeiter der Politabteilung immer und überall das Gedankengut der Partei zu verbreiten hatten, musste diese fragwürdige Prämisse zwangsläufig und automatisch auch das Verhältnis der Politabteilung zur Wissenschaft und zu den Wissenschaftlern in den Sektionen bestimmen. Stoisch wurde darauf hingewirkt, das Primat der Politik und die Führungsrolle der Partei in allen Belangen durchzusetzen. Die eigentliche Aufgabe des Lehrpersonals, der

Wissenschaftler der Sektionen, wurde damit an die zweite Stelle gerückt, fatalerweise auch in der Sektion Gesellschaftswissenschaften. Das musste zwangsläufig zu inneren Widersprüchen führen, die aber nur unterschwellig, in meiner Zeit nicht offen, bekannt und diskutiert wurden.

Im Diskussionsbeitrag von W. Scheler auf dem Kolloquium zum 50. Jahrestag der Gründung der Militärakademie wird dazu ausgeführt: „Ein anderer, nicht minder bedeutungsschwerer Widerspruch war der zwischen selbständigem wissenschaftlichem Denken und dem Führungs- und Wahrheitsanspruch der marxistisch-leninistischen Partei. Ihm unterlagen wir alle, unabhängig von unserer Wissenschaftsdisziplin, denn wir waren Mitglieder dieser Partei.“⁴

In der Politabteilung allerdings, so mein Eindruck aus der damaligen Zeit, herrschte schon die Meinung vor, manche Wissenschaftler der Sektionen und deren Wissenschaftsgegenstand seien eher hinderlich bei der Erfüllung der Hauptaufgaben. Ich erinnere mich sehr ungern, dafür jedoch ziemlich gut, an einen nach meiner Auffassung sehr extremen Fall. Der von den Offizieren des Lehr- und Stammpersonals fachlich hoch geschätzte Lehrstuhlleiter in der damaligen Sektion Rückwärtige Dienste, Oberst Prof. Dr. sc. Oppermann, stand in der Politabteilung mehrfach im Mittelpunkt von Diskussionen. Man setzte sich damit auseinander, ob Prof. Oppermann die politische Motivierung und Qualifizierung zur Führung seines Lehrstuhls fehle und sah Gefahr, dass die Linie der Partei in der Lehre und Forschung nicht die Rolle spiele, die ihr zukäme. Das gipfelte darin, dass auch schon einmal der Begriff Fachidiotismus fiel, ein unrühmliches Schlagwort des damaligen Leiters des Politorgans, Generalmajor Rudolf Raubach, was einigen seiner Mitarbeiter sauer aufstieß. Keiner aber, auch ich nicht, monierte und korrigierte das, wie es notwendig gewesen wäre. Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz dezidiert feststellen, dass ein solches Vorgehen von der Führung der Politabteilung doktrinär vorgegeben und penetrant durchgesetzt wurde.

Andererseits erinnere ich mich aber auch an viele Kontakte und Verbindungen von Mitarbeitern des Politorgans zu ihren Sektionen, die von gegenseitigem Vertrauen und von hoher Achtung der Arbeit des Anderen getragen waren. So pflegten zum Beispiel Mitarbeiter wie die Oberstleutnante Heinz Weidner, Gerhard Robota und der Fregattenkapitän Ernst Börnichen gute oder sehr gute inhaltliche und kameradschaftliche Kontakte zu den Sektionen.

⁴ W. Scheler, Das widersprüchliche Verhältnis von Ideologie, Militär und Wissenschaft, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 95/2009, S. 59.

Leider hat das meiner Auffassung nach bei Weitem nicht ausgereicht, um ein Resümee zu ziehen, es hätte durchgehend ein sachdienliches Verhältnis von Mitarbeitern der Politabteilung zu den Wissenschaftlern der Lehrstühle und Sektionen gegeben. Ich bezweifle auch, dass das überhaupt so sein sollte. Gewollt war, dass die Politabteilung als Wächter der Partei über den Wissenschaftlern stand, diese kontrollierte und bei Notwendigkeit auch korrigierte.

In diesem Zusammenhang ist auch die mehr als anstößige Tatsache und gängige Praxis der Einflussnahme der Oberinstruktoren der Orgabteilung auf Kaderfragen und Belobigungen zu erwähnen. Nur derjenige konnte in eine höhere Dienststellung kommen, belobigt oder ausgezeichnet werden, der nach Einschätzung der Politabteilung dafür geeignet und würdig war. Das hinterließ in den Sektionen berechtigterweise einen bitteren Beigeschmack, war es doch, so meine Auffassung, ein deutlicher Auswuchs von Gängelei der Wissenschaftler und Vorgesetzten in den Sektionen.

Der Absturz

An dieser Stelle komme ich noch einmal auf den Anfang meiner Ausführungen zurück, als ich äußerte, es wäre vorteilhafter gewesen, nach dem Studium an der Akademie in die Truppe versetzt zu werden. Ich musste an der Militärakademie in relativ kurzer Zeit sehr intensive und eklatante Auswüchse der Machtfülle und des Machtmissbrauches des Politorgans erleben, die, wie ich heute weiß, offensichtlich jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrten. Ich und meine Familie wurden auf der Grundlage falsch interpretierter Führungsverantwortung massiven Repressalien ausgesetzt.

Das trug sich so zu: Von Anbeginn der Tätigkeit im Politorgan im Jahre 1977 an wurde ich mit der Forderung konfrontiert, dass es für den Mitarbeiter eines leitenden Parteiorgans selbstverständlich sei, seine Ehefrau davon zu überzeugen, ebenfalls Mitglied eben dieser Partei zu sein. Der Leitung des Politorgans war es in der Folgezeit ein Dorn im Auge, dass ich meine Ehefrau davon nicht überzeugen konnte. Ehrlich gesagt, habe ich mich auch nicht sonderlich darum bemüht. Schließlich kannte ich ihre Einstellung, und ich wollte keinesfalls, dass sie nur mir zuliebe diesen Schritt getan hätte und Mitglied der SED geworden wäre. Zudem war meine Frau damals schon seit längerer Zeit in einem Dresdener Betrieb tätig, der Eigentum der NDPD war, einer sogenannten Blockpartei. Bis vor Kurzem schien es mir, dass das der Leitung des Politorgans nicht bekannt gewesen war. Man sprach mich daraufhin auch nicht an. Andererseits könnte genau das der eigentliche Anlass gewesen sein, warum mir und meiner Familie gegenüber ein so außerordentlicher Druck aufgebaut wurde.

Diese Meinung gewann ich im Zuge weiterer Recherchen und Studien. So stieß ich auf eine Schrift, *Auf Posten – Zum Charakter und zu den Aufgaben des Wachregiments „Feliks Dzierżyński“*, von Lothar Tyb'ł. Der Autor, promovierter Philosoph, bekleidete im Wachregiment des MfS die Funktion des Stellvertreters des Leiters der Politabteilung für politisch-ideologische Arbeit. 1986 wurde gegen ihn ein Parteiverfahren mit der Beschuldigung eröffnet, vom Marxismus-Leninismus abgewichen zu sein und sich auf opportunistische und revisionistische Positionen begeben zu haben. In einer Lektion an einer Bezirksparteischule hatte er auf Gedanken Bezug genommen, die sich im Zuge des Neuen Denkens in der politischen Diskussion befanden, vor allem Fragen des Friedens, einer Koalition der Vernunft sowie einer gemeinsamen Sicherheit. Er erhielt eine strenge Rüge. Das war die zweithöchste Strafe nach dem Ausschluss aus der Partei. Außerdem wurde er aus seiner Führungsfunktion im Wachregiment entfernt. Fortan musste er Dienst in einem Archiv tun, was seiner Qualifikation in keiner Weise gerecht wurde. In seinem Büchlein fand ich folgende Aussage: „Im Mittelpunkt des militärischen Lebens des Wachregimentes stand die als ‚Hauptaufgabe‘ definierte Sicherung der ‚Partei- und Staatsführung‘. Die in Befehlen und Dokumenten, in der politischen und militärischen Ausbildung und im Alltag des Wachregiments verwendete Formulierung setzte den Begriff der ‚Partei‘ mit dem der SED gleich, obwohl in der DDR im Unterschied zur Sowjetunion und China ein Mehrparteiensystem aufgebaut worden war“. In der Tat beschränkten sich die Aufgaben des Wachregiments fast ausschließlich auf die Sicherung der SED- und Staatsführung. Die Sicherung der Parteiführungen der CDU, DBD, LDPD und NDPD war nicht in die Hauptaufgabe des Wachregiments eingeschlossen. Eine offizielle Begründung dafür gab es nicht. Das war unverständlich, da die Gefährdung der jungen DDR auch die antifaschistisch-demokratischen Blockparteien und ihre Führungen betraf. Tyb'ł schreibt weiter: „Die Zugehörigkeit zu einer dieser Blockparteien schloss den Dienst im Wachregiment sogar aus und schränkte somit demokratische Rechte der Soldaten ein.“⁵

Diese ungeheuerliche Aussage bzw. Tatsache, davon bin ich inzwischen fest überzeugt, kann auch der Grund für das Vorgehen gegen mich und meine Familie gewesen sein. Ungeheuerlich sage ich deshalb, weil hier allzu deutlich wird, dass die vielgepriesene, in den übrigen sozialistischen Staaten nicht angewandte Praxis der Vereinigung der politischen Kräfte in der sogenannten Nationalen Front nur ein Lippenbekenntnis und kein Bedürfnis der Führung

⁵ L. Tyb'ł, *Auf Posten*, Eigenverlag 2011, S. 70.

der Partei SED war. Wie sonst könnte es einen derartig abstrusen Niederschlag in der Praxis des Wachregimentes des MfS gefunden haben?

Diese Erkenntnis veranlasste mich, Kontakt zum Autor aufzunehmen. Ich schilderte Lothar Tybäl, was mir widerfahren war. In einem langen, für mich sehr aufschlussreichen und bewegenden Gespräch, erhielt ich die Bestätigung. Auch Lothar Tybäl hält es für möglich und sehr wahrscheinlich, dass die Tätigkeit meiner Ehefrau in einem Betrieb der NDPD den Anlass für das Vorgehen der Leitung des Politorgans im Frühjahr 1981 war.

Die Führung des Politorgans der Militärakademie hatte wohl doch Kenntnis von der Arbeitsstelle meiner Frau erlangt, und man konnte und wollte mir nicht sagen, es geht nicht, dass die Frau eines Mitarbeiters eines leitenden Parteiorgans in einem Betrieb beschäftigt ist, der einer Blockpartei gehört. Also beschritt man den Weg, mich kategorisch dazu aufzufordern, selbst Ordnung zu schaffen und ging davon aus, es gäbe nur die vom Politorgan vorgedachte Lösung.

Anfang 1981 gipfelten dann das ständige Drangsalieren und der vehement gesteigerte Druck darin, dass mir in Person von Generalmajor Raubach und der Oberste Krumscheidt und Teschke (Vorsitzender der Parteikontrollkommission) ein Ultimatum gestellt wurde – nach dem Muster: Wenn deine Frau nicht weiß, wo sie hingehört, dann musst du darüber nachdenken, ob nicht eine Trennung von ihr zu vollziehen ist. Ich war zu dieser Zeit ziemlich karrierebewusst, und mir wurden zwischenzeitlich auch schon einige lukrative Entwicklungsaussichten gemacht: Doktorand, Aufstieg in eine Oberstplanstelle. Deshalb ging man wohl auch davon aus, dass meine Entscheidung nur in eine Richtung gehen konnte, in eine vom Politorgan gewollt.

Natürlich war ich damals ein sogenannter ganzheitlicher Berufssoldat. Ich war Offizier und Parteimitglied, aber immer in dem Bewusstsein, dass mir meine Familie das wichtigste Hinterland im Leben ist. Das hatte die Führungsriege des Politorgans wahrscheinlich übersehen. Nach sehr kurzer Bedenkzeit teilte ich meinen schwerwiegenden Entschluss mit, dass ich mich nicht von meiner Frau, und damit von meiner Familie, trennen würde, sondern notfalls von der NVA. Ich schrieb sofort ein Gesuch nach Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst.

Das schlug ein wie die sprichwörtliche Bombe. Dann ging alles ganz schnell. Es wurde ein Parteiverfahren angestrengt, in dem mir zur Last gelegt wurde, mit dem Entlassungsgesuch den Klassenstandpunkt eines Offiziers der NVA verlassen zu haben. So lautete im Wesentlichen die Anschuldigung. Erschwerend, so wurde weiter festgestellt, käme hinzu, dass eine solche Handlungs-

weise für einen Politoffizier in einem leitenden Politorgan Verrat sei, der nur mit dem Ausschluss aus der Partei zu ahnden wäre.

Ich erinnere mich, dass, nachdem diese Anschuldigungen vortragen waren, ich kann nicht mehr sagen, wem diese Aufgabe zugefallen war, viele Mitglieder der Grundorganisation verstört dreinschauten, unsicher waren und nach unten geschaut haben, sodass keine Diskussion aufkam. Ein Offizier aus dem Stellvertreterbereich Organisation/Instruktion, ich glaube es war Oberstleutnant Wolfgang Vogel, meldete sich forsch zu Wort und sagte, dass es für einen Politoffizier, der einen Antrag auf Entlassung aus dem aktiven Wehrdienst stellt, nur eine Parteistrafe geben kann, den Ausschluss aus der Partei. Die Parteimitglieder Raubach, Teschke und Krumscheidt nickten in einer Art, die mich darauf schließen ließ, dass dieser Ablauf so gewollt und vorbereitet war. Danach stellte der Sekretär der Grundorganisation, Oberstleutnant Günter Werisch, den Antrag, über den Antrag abzustimmen. Es geschah, was für mich bis dahin völlig unvorstellbar war. Mit einer Gegenstimme, nämlich meiner, wurde ich aus der Partei ausgeschlossen.

Am Morgen nach dem Parteiausschlussverfahren, es war noch vor sieben Uhr, passte man mich im Erdgeschoss des Blockes A der Militärakademie ab, direkt vor dem Dienstzimmer des Leiters der Parteikontrollkommission. Ich wurde von Oberst Teschke, es waren noch Oberst Krumscheidt und ein weiteres Mitglied der PKK anwesend, in sein Dienstzimmer gebeten, und mir wurde der Vorschlag gemacht, dass der Ausschluss aus der Partei durch Beschluss der Parteikontrollkommission rückgängig gemacht werden könnte, wenn ich mein Entlassungsgesuch zurückziehen würde. Es sollte wohl ein Befreiungsschlag für die in Nöte gekommene Leitung des Politorgans werden. Ich tat das nicht und übergab dem Vorsitzenden der Parteikontrollkommission mein Parteidokument. Mir zitterten dabei nicht nur die Knie. Damals stürzte eine Welt für mich zusammen.

Wenige Tage später wurde ich durch Ministerbefehl meines Offiziersdienstgrades enthoben und zum Soldaten degradiert, ohne ein disziplinares Vergehen begangen zu haben. Dazu ließ Generalmajor Raubach zu Dienstbeginn des 6. April 1981 alle anwesenden Offiziere sowie einen Fähnrich und einen Feldwebel des Politorgans in seinem Büro antreten. Er verlas selbst den Befehl des Ministers, Armeegeneral Hoffmann, der die Degradierung zum Dienstgrad Soldat enthielt und forderte die anwesenden Unteroffiziere auf, mir die Majors-Schulterstücke abzuschneiden. Danach las er weiter, dass ich mit sofortiger Wirkung aus der NVA entlassen bin und ließ die Anwesenden wegtreten. Wie im Traum habe ich das Dienstzimmer des Generals verlassen, mit einer fürchterlichen Disziplinarmaßnahme belegt, ohne auch nur das kleinste disziplinares Vergehen begangen zu haben. Diffizil an der Sache war,

die um den 1. März 1981 stattfand, dass ich eigentlich zur Auszeichnung mit der Verdienstmedaille der NVA in Silber vorgesehen war und mich, rundum unbescholten, auf halbem Wege zwischen den Dienstgraden Major und Oberstleutnant befand.

Mit Leib und Seele war ich bisher Soldat und Offizier. Nach knapp 15 Jahren Dienstzeit in der NVA nahm meine Karriere, von mir so nie gewollt, plötzlich einen fatalen Verlauf und ging brutal zu Ende. So begann für mich, auf aufgezwungene Weise, bereits Anfang der 1980er Jahre ein ganz persönlicher Prozess des Umdenkens.

Anstelle von Schlussbemerkungen

Nach den schlimmen Erfahrungen, die ich zu Beginn der 1980er Jahre machen musste, stellten sich bei mir zunächst Unverständnis, dann Wut und Verletztheit ein, später gesellte sich auch noch Hass dazu. Hass, nicht nur auf diejenigen, die mich in diese Lage gebracht hatten, sondern auch auf die Inhalte, die einst für mich Grund waren, den Lebensberuf eines Offiziers der NVA zu erlernen. Ich wandte mich von allem ab, auch von meinem Land mit allem, was es ausmachte. Schließlich verließ ich die DDR, noch kurz vor deren Ende, und ging mit meiner Familie in die damalige Bundesrepublik.

Im Laufe der Zeit kam ich zu der Auffassung, dass dieses Thema für mich erledigt sei. Vor einigen Jahren änderte sich das aber, und zwar gründlich. Mehr zufällig als geplant, kam es zu einem Kontakt mit der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik. Auf Einladung von Wolfgang Scheler war ich dann Gast des Kolloquiums zum 50. Jahrestag der Gründung der Militärakademie. Dort traf ich – im wahrsten Sinne des Wortes – alte Bekannte und Freunde wieder. Es war mehr als interessant zu hören, wie inzwischen viele meiner Weggefährten und Hochschullehrer von damals über die Ursachen der demokratischen Revolution von 1989 dachten und denken. Das war für mich ein Grund, zuerst sporadisch, dann regelmäßig, an weiteren Veranstaltungen der Studiengemeinschaft teilzunehmen. Zu Beginn des Jahres 2011 wurde ich schließlich Mitglied. Heute ist die Studiengemeinschaft ein fester Bestandteil meines politischen Lebens.

Autoren

- **Kapitän zur See a. D. Prof. Dr. Wolfgang Scheler, Dresden**
- **Oberst a. D. Dr. Eberhard Haueis, Dresden**
- **Oberst a. D. Prof. Dr. Siegfried Schönherr, Dresden**
- **Oberst a. D. Dr. Rainer Böhme, Dresden**
- **Hauptmann a. D. Hans-Werner Liebig, Schwanewede**
- **Oberstleutnant a. D. Heinz Weidner, Eberswalde**
- **Dr. hc. Reinhard Klos, Dresden**

